

LATEINAMERIKAGRUPPE  
MARBURG (HRSG.)

**MEDIEN UND  
DEMOKRATIE IN  
LATEINAMERIKA**

95

MANUSKRIPTE  
**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG**

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Manuskripte 95



Rosa-Luxemburg-Stiftung

HANNO BRUCHMANN, ANNA DOBELMANN,  
ANNIKA HARTMANN, AYLIN KRUSE,  
MANUEL SCHULZ, SARAH HELEN SOTT (HRSG.)

# **Medien und Demokratie in Lateinamerika**

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 95

ISBN 978-3-320-02281-5

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2012

Satz: Elke Jakubowski

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Printed in Germany

# Inhalt

Vorwort	9
<i>Hanno Bruchmann, Anna Dobelmann, Annika Hartmann, Manuel Schulz, Sarah Helen Sott</i> Einleitung: Lateinamerikanische Pressefreiheit in Gefahr?	11

## 1. TEIL: MEDIEN IN LATEINAMERIKA

### 1. EINFÜHRUNGEN

<i>Dieter Boris</i> Aspekte neuer Medienpolitik in Lateinamerika. Die Mitte-Links-Regierungen im Kampf um Hegemonie	27
---	----

<i>Andreas Hetzer</i> Das Verhältnis von Medien, Politik und Ökonomie in Lateinamerika vor dem Hintergrund aktueller Medienreformen	45
---	----

<i>Aram Aharonian</i> Medien und Gesellschaft neu denken	63
---	----

### LÄNDERBEISPIELE

<i>Malte Daniljuk</i> Mediensystem im Transformationsprozess. Medien und Medienpolitik im Venezuela des 21. Jahrhunderts	74
--	----

<i>Andreas Hetzer</i> Die politische Ökonomie der Medien in Bolivien als Herausforderung für die Regierung Morales. Ansätze einer Reformierung des Mediensystems	99
---	----

<i>Hanno Bruchmann</i> Medienpolitik in Ecuadors »Revolución Ciudadana«. Reformen zwischen Interessen von Oligarchie, Regierung und kommunitären Medien	119
<i>Johannes Schulten</i> Drei Schritte vor und ein halber zurück. Die Medienpolitik der Regierung Fernández de Kirchner	138
<i>Nils Brock</i> Der Teufel im Detail. Eine genealogische Spurensuche zur Legitimation unabhängiger Radios in Brasilien	154
<i>Eliane Fernandes-Ferreira</i> Mit der Welt vernetzt. Die Bedeutung des Internet für indigene Gemeinschaften in Brasilien	177
<i>Fabian Unterberger</i> »Wenn die Medien schweigen, sprechen die Wände«. Gegenöffentlichkeit und Repression in Honduras nach dem Putsch	183
<i>Sebastian Huhn, Anika Oettler, Peter Peetz</i> Zentralamerika: Zum schwankenden Nachrichtenwert von Kriminalität	200
<i>Interview mit Isabel Gámez</i> Ein Basisradio im Widerstand (El Salvador)	221
<i>Liliana Marcela Vargas Vásquez, Darío Antonio García Cruz, José Alejandro Camacho Rodríguez (Bogotá)</i> Massenmedien in Kolumbien. Einige Anregungen zur Gestaltung populärer Kommunikation	231

## **2.TEIL: LATEINAMERIKABERICHTERSTATTUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN MEDIEN**

*Malte Daniljuk*

Wissen im Rahmen. Zur Entwicklung der Berichterstattung  
über Auslandsthemen in Deutschland 247

*Harald Neuber*

Trüber Blick gen Süden. Weshalb der Journalismus  
im globalen Norden bei Lateinamerika versagt  
und wie dem Problem begegnet werden kann 261

*Tobias Lambert*

Kritische Solidarität seit 1973.  
Alternative Lateinamerika-Berichterstattung in (West-)Deutschland  
am Beispiel der Lateinamerika-Nachrichten 268

*Bettina Hoyer*

Immer in Bewegung.  
Das Medienprojekt »Nachrichtenpool Lateinamerika« 276

Autor\_innenverzeichnis 294





## Vorwort

Nach dem Amtsantritt von (Mitte-)Links-Regierung in vielen lateinamerikanischen Ländern sind in einigen Staaten neue Mediengesetze verabschiedet worden oder befinden sich im Entstehungsprozess. Gleichzeitig haben Konflikte um die Kontrolle der Medien in den vergangenen Jahren zugenommen und politische Auseinandersetzungen werden zunehmend über die Medien und mit Medien als zentralen Akteuren ausgetragen. Diese neue Diskussion, Relevanz und veränderte Position der Medien in Lateinamerika steht in starkem Kontrast zu der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema. Fast vergeblich sucht man nach kritischen deutschsprachigen Publikationen über lateinamerikanische Medien und die Berichterstattung deutschsprachiger Medien über Lateinamerika. Der vorliegende Sammelband will einen Beitrag leisten diese Lücke zu schließen. Er ist im Anschluss an die Tagung »¿Los medios de los pueblos? Medien und Demokratie in Lateinamerika« entstanden, die vom 28. bis 30. Januar 2011 an der Philipps-Universität in Marburg stattfand. Organisiert wurde die Tagung von der Lateinamerikagruppe Marburg, deren Mitglieder die Herausgeber\_innen dieses Sammelbandes sind.

Uns ist Interdisziplinarität und Heterogenität besonders wichtig, um einen umfangreichen Überblick zu dem Thema »Medien und Demokratie in Lateinamerika« darzustellen. Deshalb vereint der vorliegende Sammelband Beiträge sowohl von Wissenschaftler\_innen verschiedener Disziplinen, als auch von Medienschaffenden und Aktivist\_innen. Der Band ist somit auch ein Beitrag zur Überwindung der Trennung zwischen wissenschaftlicher Literatur und den Analysen von Basisaktivist\_innen.

An dieser Stelle möchten wir uns ganz besonders bei den Autor\_innen der einzelnen Beiträge bedanken, die unentgeltlich und mit viel Aufwand den Inhalt dieses Sammelbandes geliefert haben. Auch ohne die vielfältige Unterstützung bei der Koordination, beim Lektorat und den Übersetzungen wäre dieser Sammelband nicht möglich gewesen. Die Herausgeber\_innen danken im Besonderen Steffen Lehnert, Nora Strehlitz, Ragna Zehender, Lydia Koblofsky, Bettina Wallon, Zeljko Crncic und Miriam Guckert für ihre Unterstützung.

Auch allen, die uns bei den Vorbereitungen und dem Verlauf der Tagung unterstützt haben, gilt unser Dank. Zu nennen sind hier: Nora Strehlitz, Ragna Zehender, Zeljko Crncic, Lydia Koblofsky, Hannah Balladares, Maren Döpke, Gina Burghard, Silvia Rahm, Therese Gerstenlauer, Anika Oettler. Ohne die Finanzierung der Tagung durch unsere Unterstützer\_innen wäre ihre Umsetzung nicht möglich gewesen. Deswegen bedanken wir uns sehr herzlich bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Deutschland, der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, der

Marburger Stipendiat\_innen Gruppe der Hans-Böckler-Stiftung, Inwent, dem AstA der Philipps-Universität Marburg, der Linken Fachschaft des FB 03, der Fachschaft Kultvolk, dem Zentrum für Gender-Studies und feministischer Zukunftsforschung, dem Zentrum für Konfliktforschung, dem Kuhlmann-Fond der Philipps-Universität Marburg sowie der Philipps-Universität Marburg, insbesondere dem Arbeitsbereich Gesellschaftliche Entwicklung und vergleichende Sozialstrukturanalyse des Instituts für Soziologie, für die gute Zusammenarbeit und kostenlose Bereitstellung der Infrastruktur.

Die Herausgeber\_innen, Marburg im Oktober 2011

Hanno Bruchmann, Anna Dobelmann, Annika Hartmann,  
Manuel Schulz, Sarah Helen Sott

## **Einleitung**

### **Lateinamerikanische Pressefreiheit in Gefahr?**

Glaubt man den größten deutschsprachigen Zeitungen, so ist die Pressefreiheit und damit die Demokratie in Lateinamerika in den letzten Jahren in große Gefahr geraten: »Neue Zwangsjacken für Journalisten« (FAZ vom 19.10.2009), »Schatten über der Pressefreiheit in Argentinien« (NZZ vom 14.09.2009) oder »Ein Land vor dem Blackout. Pressefreiheit in Venezuela« (taz vom 28.05.2010) lauten Schlagzeilen zu den medienpolitischen Initiativen, die in einigen lateinamerikanischen Ländern umgesetzt wurden und explizit eine Demokratisierung der Medien zum Ziel haben. Diese Berichterstattung passt sehr gut zu einer allgemeinen Tendenz der deutschsprachigen Presse, die über die demokratischen Transformationen auf dem Kontinent seit dem Amtsantritt von (Mitte)Links-Regierungen oft pauschal ablehnend berichtet. Bestes Beispiel hierfür ist die Berichterstattung über die Nichtverlängerung der Sendelizenz des venezolanischen Fernsehkanals RCTV im Mai 2007. Ein Ereignis, das auch außerhalb Lateinamerikas eigentlich keine Besonderheit ist, wurde von der deutschsprachigen Presse zur Bedrohung des demokratischen Systems stilisiert, begleitet von Fehlinformationen und heftiger Meinungsmache (vgl. den Beitrag von Dieter Boris in diesem Band). Noch auffälliger ist diese Tendenz in der Berichterstattung über das argentinische Mediengesetz. Während etwa der UN-Sonderberichterstatter für Meinungs- und Redefreiheit, Frank la Rue, die neuen argentinischen Mediengesetze als demokratisches Vorbild weltweit lobt (vgl. Schulten 2009), konzentriert sich die Berichterstattung von weiten Teilen der deutschen Presse auf den Streit zwischen der argentinischen Regierung und der Mediengruppe Clarín (vgl. den Beitrag von Johannes Schulten in diesem Band). Aus der Zivilgesellschaft angestoßene und von der Regierung aufgenommene demokratische Reformen der noch aus der Zeit der Militärdiktatur stammenden Mediengesetze werden so in der medialen Wahrnehmung zu einem Konflikt zwischen Regierung und Medien degradiert. Gerade die in diesen Ländern neu gestaltete oder sich in der Überarbeitung befindende Mediengesetzgebung führt zu teilweise heftigen Reaktionen in den Medien und dient als maßgebliches, wenn nicht sogar alleiniges Kriterium bei der Beurteilung der demokratischen Verfasstheit lateinamerikanischer Gesellschaften. Diese Diskrepanz zwischen der Einschätzung deutschsprachiger Medien einerseits und unserer eigenen Erfahrung auf dem Kontinent sowie der Intention lateinamerikanischer Regierungen auf der anderen Seite ist Anlass genug, das Thema Medien und

Demokratie in den Mittelpunkt des vorliegenden Sammelbandes zu stellen, um an einer differenzierteren Analyse der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse auf dem Kontinent mitzuwirken.

Wir sind nicht der Ansicht, »dass die Forderung nach Meinungsfreiheit und die Forderung nach kultureller und politischer Vielfalt in den Medien nicht mehr ohne, sondern nur noch mit den großen multinationalen Medienunternehmen durchgesetzt werden kann« (Lang/Winter 2005, 128). Vielmehr sollten wir versuchen, eine kritische Perspektive auf die vorherrschenden Paradigmen der verschiedenen Ansätze zu Medienpolitik und Pressefreiheit zu entwickeln.

Im Folgenden wird der Zusammenhang zwischen Medien und Demokratie in theoretischer Perspektive beleuchtet, indem wir versuchen, die eurozentristische Sichtweise (nicht zuletzt der deutschen Presse) in diesem Zusammenhang zu entlarven. So wird ein kritischer Blick auf die Debatte um Pressefreiheit unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen Marktstrukturen und der Konzentrationsprozesse im Mediensektor geworfen. Von besonderem Interesse wird dabei die Frage sein, ob eine völlige Abwesenheit von rechtlichen Eingriffen und Regulierungsansätzen, wie sie häufig gefordert wird, aus demokratietheoretischer Perspektive zielführend ist und wie sich vor diesem Hintergrund die neuen Tendenzen in der medienpolitischen Ausrichtung lateinamerikanischer Länder beurteilen lassen.

## **Pressefreiheit und Profitzwang in der Demokratie**

Die Diskussionen um Demokratie im Allgemeinen und Demokratisierungsprozesse in Entwicklungs- und Schwellenländern im Speziellen sind sehr vielseitig und werden zumeist überaus kontrovers geführt. Ein Grund hierfür liegt unter anderem darin, dass sich keine allgemeingültige Demokratietheorie formulieren lässt. Die dabei notwendigerweise vorzunehmenden definitorischen Kriterien sind zwangsläufig normativer Natur und entziehen sich daher einer werturteilsfreien Fundierung (vgl. Wiesendahl 1981, 2).

Demokratisierung als Ziel politischer Transition zu formulieren, gestaltet sich in Folge dieser Tatsache auch deshalb problematisch, weil es sich historisch betrachtet bei diesem Begriff immer um einen politischen Kampfbegriff handelte und auch heute noch handelt. Je nach historischen Rahmenbedingungen wurde er von verschiedenen politischen Klassen instrumentalisiert und unter Berücksichtigung der jeweiligen Interessenlagen definiert (vgl. Demirovic 2004). Mit den Begriffen Freiheit und Gleichheit sollen deswegen zunächst zwei der grundlegendsten und am wenigsten umstrittenen Grundprinzipien einer demokratischen Herrschaftsform (Wiesendahl 1981, 19; Kaase 1998, 26 ff.) stellvertretend herausgegriffen werden und als Leitlinie der weiteren Ausführungen dienen. Diese beiden Ideale einer Demokratie setzen einander gegenseitig gewisse Grenzen<sup>1</sup> und

erzeugen daher stets politische Spannungsfelder. Eine Austarierung solch konfliktierender Grundprinzipien lässt sich also nur durch politische Entscheidungen herstellen und kommt somit je nach sozialstrukturellen Rahmenbedingungen und der sich darin konstituierenden Vorherrschaft bestimmter Interessenlagen innerhalb einer Gesellschaft zu verschiedensten Ergebnissen (vgl. Wiesendahl 1981, 19). Auf der Basis dieser beiden Grundprinzipien kann sich eine »Selbstregierung des Volkes durch das Volk« (ebd., 14) nur dann realisieren lassen, wenn ein umfassender Prozess der freien Meinungs- und Willensbildung einem jeden Individuum in gleicher Weise möglich ist. Dies stellt eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Partizipation am öffentlich politischen Diskurs dar und befähigt die Bürger\_innen die ihnen zufallende Aufgabe der politischen Kontrollinstanz zu bewältigen (vgl. ebd., 19). Dieser mittels Kommunikation hergestellte Prozess der politischen Willensbildung wird in demokratischen Flächenstaaten zunehmend durch die Massenmedien und ihre vermittelnde Funktion im politischen System geprägt (vgl. Kaase 1998, 33 f., 50; Schenk 1998, 387). So definiert, ließe sich die Rolle der Medien theoretisch als eine Art »neutraler« Dienstleister politischer Kommunikation begreifen, der durch die Bereitstellung von Kommunikationskanälen ein entscheidendes Vermittlungsorgan zwischen Akteuren aus dem politischen System und der Zivilgesellschaft darstellt.<sup>2</sup> Allerdings führt die zunehmende Ausdifferenzierung des Mediensystems in Folge technischer Innovationen und einer Deregulierung auf dem Medienmarkt zu einem Ökonomisierungsprozess mit weitreichenden Folgen (vgl. Jarren 1998, 78). Die Ausweitung der kapitalistischen Produktionslogik auf den Mediensektor und die Abkoppelung von gesellschaftlichen Organisationen (Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Interessenverbänden usw.) führt zu einem Autonomiegewinn der Massenmedien im Bereich der politischen Kommunikation. Hieraus resultiert, dass den Massenmedien zunehmend ein eigener Akteursstatus in diesem Bereich der sozialen Kommunikation zukommt (vgl. ebd., 85; Vowe 2008, 256). Diese Rolle im Prozess der Informationsvermittlung ist jedoch keineswegs die oben angedeutete Position eines politisch einflusslosen Kommunikationsdienstleisters. Die Medienorgane »entwickeln eine eigene Handlungslogik (Form der Umweltbeobachtung; Form des Publikumbezugs), und in ihnen wird intentional und strategisch bezogen auf selbstgesetzte Ziele entsprechend ökonomischer Orientierungen gehandelt (Themenselektion, -aufbereitung und -darstellung)« (Jarren 1998, 85). Die Berichterstattung erhält somit einen Doppelcharakter als Organ von Information und Wissensvermittlung mit der Aufgabe, die für eine funktionierende Demokratie wichtige Kommunikation herzustellen und als Ware, deren Zweck die Gewinnmaximierung ist.

1 Hier sei lediglich beispielhaft die Frage aufgeworfen, wie stark die Freiheit des Einzelnen eingeschränkt werden darf, um die Gleichheit aller zu erlangen oder umgekehrt, inwieweit das Gebot der Gleichheit aufgeweicht werden darf, um ein Maximum an Freiheit des Einzelnen zu ermöglichen.

2 Zur zunehmenden räumlichen und sozialen Reichweite der Medien im Verhältnis zu den traditionellen gesellschaftlichen Organisationen (vgl. Jarren 1998, 84).

Diese zunehmende Orientierung an ökonomischen Parametern im Mediensektor hat zur Folge, dass das Verantwortungsbewusstsein der Medien gegenüber den gesellschaftlichen Verpflichtungen abnimmt (vgl. ebd., 79-81). Dies ist umso bedenklicher, als die Massenmedien in der politischen Kommunikation und dem damit verbundenen Prozess demokratischer Willensbildung eine ausschlaggebende Rolle spielen. Wenn sie auch zumeist keine eindeutig erkennbaren politischen Ziele verfolgen, so verfügen sie doch durch ihre Fähigkeit, bestimmte Themen in die öffentliche Debatte einzubringen und andere auszuspähen,<sup>3</sup> über massiven Einfluss auf das öffentliche Bewusstsein und damit den Meinungs- und Willensbildungsprozess der Bevölkerung (vgl. ebd., 86). Besonders unter monopolistischen oder oligopolistischen Marktstrukturen kann dieser Status eines politischen Akteurs einzelner Medienkonzerne bedenkliche Ausmaße annehmen.

### **Pressefreiheit als Garant für Meinungsvielfalt?**

Unternimmt man nun den Versuch, die bis hierher abstrakt theoretischen Ausführungen über Demokratisierungsprozesse und den Beitrag der Massenmedien daran zu konkretisieren und auf lateinamerikanische Länder zu übertragen, so läuft nicht nur der mediale, sondern auch der wissenschaftliche Diskurs häufig Gefahr, eine allzu eurozentristische Perspektive einzunehmen. Beispielsweise konzentrieren sich die hiesigen Forschungsansätze zumeist ausschließlich auf die lateinamerikanische Massenkommunikation und vernachlässigen dabei andere Formen der sozialen Kommunikation.<sup>4</sup> Zwar haben die Massenmedien in dieser Weltregion einen ähnlich starken Einfluss auf die öffentliche politische Debatte (vgl. Wilke 1992, 13), allerdings sind Kommunikationsformen wie die lokale oder interpersonelle Informationsbeschaffung ein in der Forschung weithin vernachlässigter Aspekt der lateinamerikanischen Alltagsrealität<sup>5</sup> (vgl. Hoffmann 2004, 9; Massmann 2007, 273). Daran anschließend stellt sich im Kontext lateinamerikanischer Länder, mehr als in westlichen Gesellschaften, die Frage nach der infrastrukturellen Verfügbarkeit des jeweiligen Kommunikationsmediums und der darin bestehenden ökonomischen und kulturellen Zugangsschranken<sup>6</sup> (vgl. Hoffmann 2004, 7; Massmann 2007, 270).

Weitestgehend unkommentiert bleibt, vor allem in der journalistischen Debatte zu lateinamerikanischer Medienpolitik, die Frage, was genau unter Pressefreiheit

3 Diese mediale Einflussnahme auf öffentliche Debatten wird in der Fachliteratur als »agenda setting« bezeichnet (vgl. u. a. Eichhorn 2008, 28; Saxer 1998, 63).

4 Zu dem aus der Medienwissenschaft lateinamerikanischer Prägung entlehnten Begriff »comunicación social« (vgl. Massmann 2007, 273).

5 Ursache hierfür ist sicher nicht zuletzt der stets durch westliche Kultur geprägte Referenzrahmen bei der Analyse lateinamerikanischer Gesellschaften (vgl. Thomaß 2007, 27; Massmann 2007, 274).

6 Diese bestehen zumeist in Sprachbarrieren, da in den Massenmedien ausschließlich in spanischer Sprache gesendet wird. Gerade die ohnehin ökonomisch marginalisierten Teile der Gesellschaft sind dieser Sprache allerdings häufig nicht oder nur sehr eingeschränkt mächtig.

zu verstehen ist und wie diese gemessen werden kann. Dies scheint uns Anlass genug, über den Begriff der Pressefreiheit neu nachzudenken und dessen eurozentristischen Bias nachzuspüren. Dabei lässt sich schnell feststellen, dass »Pressefreiheit« (...) ein unbestimmter Begriff [ist]« (Holtz-Bacha 2003, 403). Zwar geben verschiedene Definitionen ein klares Bild über die wichtigsten Merkmale der Pressefreiheit, sie zu messen stellt sich jedoch als fast unmögliche Aufgabe dar. Wie lässt sich allein der Einfluss der Regierung auf Journalisten messen? Wie kann publizistische Selbstzensur operationalisiert werden?<sup>7</sup> Darüber hinaus bleibt die Bestimmung geeigneter Indikatoren für Pressefreiheit letztlich eine normative und ideologische Frage. So lassen sich beispielsweise staatliche Subventionen einerseits als Eingriff des Staates und somit als Indiz für einen Eingriff in die Pressefreiheit verstehen, andererseits können sie ökonomischen Ungleichgewichten entgegenwirken, was wiederum ein Indiz für einen höheren Grad an Pressefreiheit wäre (vgl. ebd., 411).

Auffällig ist jedoch, dass, wenn über die Gefahren, die der Pressefreiheit in ihrer für die demokratische Meinungs- und Willensbildung konstituierenden Rolle (vgl. Weberling et al. 2008, 7) gesprochen wird, stets die staatliche Zensur als vorrangige Bedrohung freier publizistischer Arbeit hervorgehoben wird (vgl. u. a. ebd., 15; Behmer 2007, 92). Der Schwerpunkt dieser etwas einseitig anmutenden Debatte lässt sich anschaulich an der Auflistung »Feinde der Pressefreiheit« ablesen, die jährlich von »Reporter ohne Grenzen (RoG)« herausgegeben wird und die für das Jahr 2011 ähnlich wie in den vorangegangenen Perioden nahezu ausschließlich staatliche Akteure als »Feinde der Pressefreiheit« einstuft (vgl. RoG 2011). Merkwürdig wenig Beachtung in der Debatte findet dagegen ein bereits seit langem diskutiertes Problem,<sup>8</sup> welches im Zuge international agierender Medienkonzerne zunehmend an Brisanz gewinnt. Die bereits erwähnte Ökonomisierung im Mediensektor führt, der kapitalistischen Produktionslogik folgend, zu massiven Konzentrationsprozessen auf den internationalen Medienmärkten. Solche Marktungleichgewichte sind nicht nur aus wettbewerbstheoretischer Perspektive abzulehnen, sondern gefährden neben den Verzerrungen der kompetitiven Marktstrukturen auch die in den Medien vorhandene publizistische Vielfalt und beeinträchtigen damit erheblich die freie Meinungs- und Willensbildung der Bürger\_innen (vgl. Knoche 2007, 123 f.). Somit lässt sich feststellen, dass Oligopolisierungstendenzen das für eine Demokratie unbedingt notwendige Prinzip der Meinungsvielfalt in öffentlichen Debatten schleichend untergraben (vgl. ebd., 123).<sup>9</sup> Folglich stellt sich die Frage, inwieweit eine juristisch garantierte Pressefreiheit in Form von Abwesenheit staatlicher Zensur neben einer notwendigen, auch eine hinreichende Bedin-

7 Zu den verschiedenen (unbefriedigenden) Versuchen, Pressefreiheit zu operationalisieren, siehe Holtz-Bacha 2003.

8 Bereits im Jahr 1966 warnte Hase vor einer zunehmenden Konzentration auf dem deutschen Medienmarkt und erkannte darin eine Gefährdung der Pressefreiheit (vgl. Hase 1966).

9 Jarren (1998, 77) geht davon aus, dass die Medien sich aufgrund ihrer abnehmenden Verflechtungen mit gesellschaftlichen Institutionen zunehmend auf die Generierung von Kaufkraft konzentrieren und weniger die Bürger\_innen für demokratische Willensbildungsprozesse mobilisieren.



gung für die Aufrechterhaltung demokratischer Grundprinzipien ist. Die Forderung nach einer Liberalisierung und Deregulierung der Medienmärkte sowie die Anwendung allgemeingültiger Kartellrechtsmodelle bei den deutschen und europäischen Wettbewerbsbehörden im Mediensektor zeigt, dass Medienprodukte nicht als ein Kulturgut, sondern als eine Ware wie jede andere begriffen werden (vgl. ebd., 125 ff.; Latschan 2008, 97). Ein solches Verständnis von Medienerzeugnissen impliziert, dass publizistische Arbeit über den reinen Konsumcharakter hinaus keinerlei gesellschaftliche Funktion zu erfüllen habe. Bereits Karl Marx erkannte im 19. Jahrhundert, dass eine derartig reduktionistische Sicht auf Medienerzeugnisse eine enorme Gefährdung der Pressefreiheit beinhaltet: »Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein.« (Marx/Engels MEW, Bd. 1, 71).

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, den Begriff der »Pressefreiheit« nicht als alleinigen Indikator für eine pluralistisch und demokratisch verfasste Medienlandschaft heranzuziehen. Nicht zuletzt wegen seiner Unbestimmtheit kann er nicht als einziger Parameter für funktionierende Mediensysteme gelten und muss darüber hinaus als westlich ideologisch konstruiert betrachtet werden.

### **Medienkonzentration und interessengeleitete Berichterstattung**

Richten wir nun den Blick erneut auf den lateinamerikanischen Kontinent, so stellen wir fest, dass dieser Konflikt zwischen Konzentrationsprozessen im privaten Mediensektor und der darunter leidenden öffentlichen Meinungsvielfalt in dieser Region weit verbreitet ist. Bereits in den 1990er Jahren konstatierte Jürgen Wilke eine teils bedenkliche privatwirtschaftliche Besitzkonzentration in diesem Bereich, welche im Zuge der umfassenden neoliberalen Deregulierungsmaßnahmen<sup>10</sup> Ende des 20. Jahrhunderts noch befördert und verschärft wurde (vgl. Wilke 1992, 15; Massmann 2007, 263 f.). Nicht von der Hand zu weisen ist, dass die Eigentümer großer Medienkonzerne, selbst zur Elite gehörend, bestimmte Klasseninteressen vertreten und eben diesen durch ihre publizistische Macht zu einer ideologischen Vorherrschaft im öffentlichen Diskurs verhelfen (vgl. Chomsky 2002, 63). Dies unterstreicht einmal mehr den Status großer Medienkonzerne als einflussreiche Akteure im politischen Meinungsbildungsprozess, wodurch sich vermutlich auch die auffallende politische Einseitigkeit in der hiesigen Berichterstattung erklären lässt.

Betrachten wir nämlich die Ausgangssituation unter Berücksichtigung der vorangehenden Überlegungen zum Antagonismus demokratischer Grundprinzipien

<sup>10</sup> In den 1980er und 1990er Jahren waren in den meisten lateinamerikanischen Ländern medienrechtliche Deregulierungsmaßnahmen zu beobachten, die u. a. den Zufluss ausländischen Kapitals erlaubten und die rechtlichen Rahmenbedingungen für Fusionen im Mediensektor lockerten (vgl. Massmann 2007, 263).

und umfassender Konzentrationsprozesse im privatwirtschaftlichen Medien-sektor, wirkt es verstörend, dass im öffentlich medialen Diskurs die Meinung vertreten wird, die in den letzten Jahren ergriffenen rechtlichen Maßnahmen zur Re-regulierung der Medienmärkte Lateinamerikas seien demokratiefeindlich und stellten einen Angriff auf die Pressefreiheit dar. So diffamierte beispielsweise die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ) den immerhin demokratisch legiti-mierten Präsidenten Ecuadors Rafael Correa als »Diktator« (FAZ 2011a) und die »Süddeutsche Zeitung« bezeichnete die Nichtverlängerung der Sendelizenz des venezolanischen Fernsehsenders RCTV als »Brachialzensur« (SZ vom 12.07.2007). Hierbei fällt auf, dass man es in den meisten deutschen Zeitungs-redaktionen offensichtlich nicht für nötig hält, die Hintergründe dieser rechtlich durchaus legalen und gängigen Maßnahme auszuleuchten. Anstatt die nachweis-lichen Verstrickungen des Senders in einen gewaltsamen Putsch im Jahr 2002 ge-gen den ebenfalls demokratisch gewählten Präsidenten Venezuelas Hugo Chávez zu beleuchten, um den Leser\_innen somit ein möglichst neutrales und umfassendes Bild der Gesamtzusammenhänge zu vermitteln, reklamiert man zunehmende Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Und statt die politisch durchaus kontrovers geführte Diskussion in Venezuela selbst widerzuspiegeln, wird ausführlich über die Produktion von Seifenoperen des Kanals berichtet, und die Schauspie-ler\_innen solcher Sendungen kommen an Stelle von politischen Akteuren zu Wort (vgl. NZZ vom 2010; FAZ 11.06.2007).

Neben den hiesigen Medien spielen auch politische Stiftungen in der Debatte um Pressefreiheit in Lateinamerika eine zentrale Rolle. Das Thema der Presse- und Meinungsfreiheit findet in Veranstaltungen hier und in den betroffenen Län-dern große Beachtung. Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) thematisiert bei-spielsweise mit ihrem »Medienprogramm zu Lateinamerika« die Gängelung der Journalist\_innen, wodurch wiederum die Presseberichterstattung beeinflusst werde. Die Darstellung der Medien als jahrzehntelange Verfechter\_innen der Menschenrechte (Behrens 2010) erscheint jedoch verkürzt. Die Zusammenarbeit vieler Mainstreammedien mit den Diktaturen in den 1970er und 1980er Jahren bleibt unerwähnt. Zwar wird in dem Artikel der KAS darauf hingewiesen, dass es eine starke ökonomische Machtkonzentration auf Seiten großer Medienkonzerne gäbe, allerdings erscheinen die Journalist\_innen als unabhängige Vertreter\_innen dieser Interessen (vgl. ebd.). So schreibt die KAS: »Über Jahre hinweg war die Presse in vielen Ländern Lateinamerikas Sinnbild für den Kampf um Menschen-rechte und Schutz der Demokratie.« (ebd., 97)

Die deutsche Bundesregierung arbeitet in der Region vornehmlich mit den Re-gierungen Kolumbiens und Mexikos zusammen. Die hohe Rate ermordeter Jour-nalist\_innen wird jedoch weniger mit den Regierungen dieser Länder als mit einem allgemeinen Problem auf dem Kontinent in Verbindung gebracht (vgl. ebd., 100). Kritisiert wird mangelnde Presse- oder Meinungsfreiheit kaum in dem Maße, wie in Ländern, die als links gelten. Vielmehr wird paradoxerweise die

Ausweitung rechtstaatlicher Rahmenbedingungen in Ländern kritisiert, in denen wenige Journalist\_innen ermordet werden, die aber den Mediensektor versuchen zu regulieren.

Zwar sollen hier nicht die politischen Maßnahmen der einzelnen lateinamerikanischen Regierungen durchweg befürwortet, geschweige denn pauschal legitimiert werden, allerdings lehnen wir vor dem Hintergrund unseres Demokratieverständnisses, wie bereits gezeigt, eine solch unprofessionelle – weil politisch einseitige und oberflächliche – publizistische Praxis minderer Qualität entschieden ab. An dieser Stelle sei auf ein Dilemma hingewiesen, das bereits in den 1960er Jahren vom damals leitenden Staatssekretär des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung beschrieben wurde: Die Heraufstilisierung des Staates zum natürlichen Feind der Pressefreiheit kann, so führt er aus, letztlich dazu führen, dass eben dieses Instrument zur Durchsetzung freiheitlich demokratischer Grundordnungen in letzter Konsequenz zum Instrument seiner eigenen Beseitigung werden kann (vgl. Hase 1966). Dass die nahezu völlige Abwesenheit von Regeln und die in Folge dessen zunehmend konzentrierten Marktstrukturen im Mediensektor Pressefreiheit genauso wenig gewährleisten können wie ein staatlich kontrollierter Medienmarkt, stellt beispielsweise auch Noam Chomsky mit dem von ihm vor dem Hintergrund des US-amerikanischen Medienmarktes entwickelten Propagandamodell in Frage (vgl. Chomsky 2002). Diesem Modell zufolge »dienen die Medien [...] den eng miteinander verzahnten Interessen der wirtschaftlichen und staatlichen Macht. Diese Interessen beschränken die Berichte und Analysen auf eine den etablierten Privilegien nützliche Weise und begrenzen demzufolge auch die entsprechenden Debatten und Diskussionen« (Chomsky 2002, 65).

Auf Basis dieses Modells gibt es also in jedem von Oligopolisierungstendenzen geprägten Medienmarkt eine die Herrschaftsstrukturen legitimierende Form des medialen Diskurses, der die Konstruktion einer Gegenöffentlichkeit nahezu unmöglich macht. Damit wäre das nicht zuletzt vom Bundesverfassungsgericht geforderte, für eine freie und gleichberechtigte Meinungs- und Willensbildung zwingend erforderliche Prinzip der Rede und Gegenrede (vgl. Wiedemann 2003, 17) eingeschränkt, wenn nicht sogar gänzlich in Frage gestellt. Um sich gegen derart hegemoniale Strukturen bei der Herstellung von politischer Öffentlichkeit zur Wehr zu setzen, scheint es unabdingbar, selbstverwaltete und nichtkommerzielle Kommunikationskanäle zu schaffen und auf diese Weise den gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozess um die eigene Perspektive zu bereichern. Damit erobern dem politischen Mainstream zuwiderlaufende Denkansätze und Weltanschauungen diskursive Macht im öffentlichen Raum und liefern so einen unschätzbaren Beitrag zur Ausgestaltung eines pluralistischen und demokratischen Mediensystems. Diese Form politischer Emanzipation treiben gerade in lateinamerikanischen Ländern zahlreiche Projekte von kommunitären Medien wie z. B. Basisradios voran und reagieren so auf die vielschichtigen ökonomischen und kulturellen Exklusionsprozesse (vgl. Massmann 2007, 270; Hoffmann 2004, 7).

## Neue Paradigmen lateinamerikanischer Mediengesetzgebung

Vor dem Hintergrund unserer theoretischen Reflexionen plädieren wir dafür an Stelle der Pressefreiheit als Indikator für eine funktionierende Demokratie das »Recht auf Kommunikation« zu setzen.

In Lateinamerika wirken Regierungen und andere Akteure in verfassungsgebenden Versammlungen auf die Anerkennung des *Rechts auf Kommunikation* hin. Dabei können sie sich auch auf die Erklärungen des *World Summit on the Information Society (WSIS)* stützen, an denen Vertreter\_innen von Regierungen und Zivilgesellschaft teilnahmen. In den Vereinbarungen von Genf 2003 und Tunis 2005 wird anvisiert, dass jede und jeder Informationen und Wissen schaffen und benutzen kann sowie Zugriff dazu hat. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Kommunen, Indigene und marginalisierte gesellschaftliche Gruppen gelegt. Diesen Vorstellungen kommen die Verfassungen von Ecuador, Venezuela und Bolivien am nächsten. So wird beispielsweise in der 2008 in Kraft getretenen Verfassung Ecuadors das Recht auf eine diversifizierte und partizipative Kommunikation in eigener Sprache gesetzlich verankert (vgl. Art. 16 Abs. 1; WSIS 2005, Art. 32). In Venezuela wird in der Verfassung von 1999 das Recht, Zugang zu Kommunikationsmedien zu haben, festgelegt (Art. 57) und im Telekommunikationsgesetz von 2000 Personen und Kollektiven zugesprochen, das Recht auf Kommunikation frei und plural auszuüben (vgl. Beitrag von Malte Daniljuk in diesem Band). Auch in Boliviens Verfassung wird indigenen Völkern das Recht eingeräumt, eigene Kommunikationsnetze zu schaffen und zu verwalten (vgl. Andreas Hetzer in diesem Band). Dabei kann sich durchaus positiv auf die Gipfel der Vereinten Nationen von Genf und Tunis bezogen werden, bei denen konkrete Forderungen und Absichtserklärungen zur Bildung der notwendigen Fundamente einer auf den allgemeinen Menschenrechten basierenden »Informationsgesellschaft« aufgestellt wurden (vgl. WSIS 2003). Die Reformen in den erwähnten Verfassungen und Mediengesetzgebungen lateinamerikanischer Länder verdienen, folgt man diesen Kriterien, besondere Anerkennung.

Die aufgezeigten rechtlichen Veränderungen in der Mediengesetzgebung der genannten Länder entsprechen also den Absichten der Vereinten Nationen in vielen Bereichen und dehnen Rechte des Zugangs und der Nutzung von Medien auf marginalisierte Gruppen, besonders Indigene, aus. Für einen »Diktator«, um noch einmal das bereits erwähnte Zitat der FAZ zu bemühen, eine erstaunlich demokratische Politik. Neben der kritisch zu beurteilenden medialen Darstellung in den hiesigen Medien, stellen auch die Analysen von »unabhängigen« NGOs, wie die bereits erwähnte »Reporter ohne Grenzen« (RoG) oder »Freedom House«, nicht immer völlig neutrale Beurteilungen der jeweiligen publizistischen Realitäten dar. Problematisch bei RoG sind beispielsweise neben ihrem deduktiven Vorgehen und der damit verbundenen Gefahr einer eurozentristischen Wahrnehmungsverengung auch die hohen Fallzahlen ihrer Untersuchungen, die sicherlich

in guter Absicht entstehen, jedoch durch den sich eben darin begründeten Mangel an Tiefenschärfe an Aussagekraft verlieren (vgl. Thomaß 2007, 27).

Der deutschsprachige Raum bietet bislang kaum wissenschaftliche Literatur, die sich mit Medien und Demokratie in Lateinamerika beschäftigt; ein Desiderat, das es, vor allem angesichts der starken Veränderungen in den dortigen Medien-gesetzgebungen und –landschaften, zu bearbeiten gilt. Auffallend ist zuallererst, dass eine regionalspezifische Forschung in den Medienwissenschaften bislang kaum betrieben wird (vgl. Massmann 2007, 271 f.; Wilke 1992, 13). Neben einem zwar gut strukturierten dreibändigen Werk von Jürgen Wilke aus den 1990er Jahren (vgl. Wilke 1992; 1994; 1996) und einer Reihe von Fallstudien zu einzelnen Ländern<sup>11</sup> gibt es im deutschsprachigen Raum bislang keine systematische Forschung auf diesem Gebiet.<sup>12</sup> Wir wollen mit diesem Sammelband nicht nur einen Beitrag leisten diese Lücke zu schließen, sondern auch eine interdisziplinäre und interkulturelle Debatte zum Thema anregen. Daher versammeln sich in diesem Band Beiträge von Journalist\_innen, Wissenschaftler\_innen und publizistischen Basisaktivist\_innen sowohl deutscher als auch lateinamerikanischer Herkunft.

Selbstverständlich verschließen wir nicht die Augen vor den in Teilen Latein-amerikas stattfindenden antidemokratischen Entwicklungstendenzen, jedoch plädieren wir mit diesem Sammelband, wie eingangs erwähnt, für eine differenziertere Analyse der sich zur Zeit in Lateinamerika abzeichnenden Demokratisierungsprozessen im Bereich der Medienpolitik. Dieser Sammelband soll somit einen Beitrag zu einer ausgewogeneren und pluraleren Debatte um die Demokratisierung der lateinamerikanischen Mediensysteme bieten. Und in der Tat ließe sich unter Berücksichtigung der genannten Argumente doch viel mehr von einer Wiederherstellung demokratischer Strukturen sprechen als von deren Abschaffung.

## **Zentrale Fragen**

Trotz der großen Themenvielfalt orientieren sich die einzelnen Beiträge an zentralen Leitfragen, die uns auf der Tagung sowie im Arbeitsprozess des Sammelbandes begleitet haben, und die wir auch unseren Leser\_innen an die Hand geben wollen.

Ein zentraler Aspekt der Tagung war die Frage nach den Perspektiven für kritische, demokratische Öffentlichkeiten von unten unter den Linksregierungen in Lateinamerika im Spannungsfeld zwischen der Macht des Staates und der Macht

11 Einen Überblick der bis 2007 erschienenen Publikationen aus dem lateinamerikanischen, angloamerikanischen und deutschsprachigen Raum zum Thema gibt Massmann (2007, 271 f).

12 Beachtung sollte der englischsprachige Sammelband »The media in Latin America«, hrsg. von Lugo-Ocando, finden. Auch darin können jedoch weder alle Länder, noch alle Themen Beachtung finden.

des Marktes. Vor dem Hintergrund der oben angestellten Überlegungen zu Demokratie und der Reflektion der eigenen (eurozentristischen) Sichtweise, ist deswegen auf theoretischer Ebene nach den Besonderheiten lateinamerikanischer Medienlandschaften zu fragen. Die Besonderheiten postkolonialer Gesellschaften, Staatsstrukturen und Wirtschaftsstrukturen müssen beachtet werden, wenn wir uns die Frage nach der Funktion der Medien in den einzelnen Gesellschaften stellen und diese sollten aus historischer Sicht betrachtet werden. Welche Rolle spielen Medien bei Herrschaftsstabilisierung und -destabilisierung und bei politischen Umbrüchen? Sind Medien Teil einer Hegemonie oder gegenhegemoniale Kraft? Welche Rolle spielen wirtschaftspolitische Paradigmen (z. B. Neoliberalismus) bei der Gestaltung der Medienpolitik?

Wie sind die ökonomischen Besitzverhältnisse über Medienorgane und Sendefrequenzen in den einzelnen Ländern? Wie wirken sie sich aus? Wie beeinflussen sie Medieninhalte? Wie sind die Besitzverhältnisse zwischen den Geschlechtern, zwischen ethnischen Gruppen und Gesellschaftsschichten verteilt? Wie sind die Medienbesitzenden in das politische Geschehen der Länder eingebunden? Welche politische Ausrichtung haben sie in der Mehrheit? Und welches Potential besitzen die neuen Medienpolitiken zur Veränderung dieser Besitzverhältnisse? Welche gesellschaftlichen Gruppen machen Medien und welche sind auf welche Weise durch Medieninhalte repräsentiert? Auf welche geographischen Regionen (Stadt oder Land) konzentriert sich sowohl die Medienproduktion als auch die Berichterstattung?

Für die einzelnen Länderbeispiele gilt es zu untersuchen, wer die medienpolitischen Reformen angestoßen und gefördert hat. Geschehen sie vor allem auf Initiative und Drängen sozialer Bewegungen und der Zivilgesellschaft oder wurden sie in erster Linie von der Regierung vorangetrieben? Welche politischen Auseinandersetzungen gab es im Vorfeld, während und nach der Gesetzgebungsphase? Was beinhalten die Gesetze? Welches Veränderungspotential haben die Gesetzesinhalte auf Klassen- und Geschlechterverhältnisse, wie wirken sie sich auf verschiedene ethnische Gruppen aus? Wie gestaltet sich der Prozess der Umsetzung? Inwiefern lassen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse eine Umsetzung zu? Schlagen sich Prinzipien indigener Gruppen in den Gesetzes- und Verfassungstexten und in der Umsetzung nieder (z. B. das Prinzip des »buen vivir«)? Welche Ressourcen und Strukturen werden für die Umsetzung zur Verfügung gestellt? Welche Abhängigkeiten entstehen durch geleistete (finanzielle) Ressourcen? Werden dauerhafte Strukturen geschaffen? Können sie auch Regierungswechsel überdauern?

In Lateinamerika haben Basismedien eine lange Tradition und eine wichtige gesellschaftliche Funktion sowohl als lokale Informationsquelle als auch als Teil einer Gegenöffentlichkeit. In Deutschland bilden sie ein Gegengewicht zur oft einseitigen Berichterstattung der Mainstreampresse. Was sind die Besonderheiten der Basismedien in den einzelnen Ländern? Welche Rolle erfüllen sie? Was mei-

nen wir, wenn wir von Basismedien sprechen? Verbindet sich damit ein politischer Anspruch? Oder dienen sie vor allem als lokales Kommunikationsmedium? Was ist ihr Selbstverständnis? Welche gesellschaftlichen Gruppen und Schichten sind sowohl unter den Medienschaffenden als auch in den Medieninhalten der Basismedien vertreten? Wie finanzieren sich Basismedien und von wem erhalten sie Unterstützung? Welche Abhängigkeiten werden dadurch generiert oder vermieden?

Zentraler Diskussionspunkt auf der Tagung war die Medienrezeption, woraus sich die Fragen nach Wirkungsmacht und Funktion der Medien ergeben. Welchen Einfluss haben die Medien tatsächlich auf die politische Meinungs- und Willensbildung? Und welche Unterschiede lassen sich bezüglich des Geschlechts, der ethnischen und Klassenzugehörigkeit, des Wohnortes und des Alters der Rezipient\_innen konstatieren? Wodurch bestimmt sich die Kritikfähigkeit der Rezipient\_innen und wie kritisch und differenziert konsumieren sie unterschiedliche Medien? Bestimmt wird die Antwort auf diese Fragen auch durch den Zugang zu Medien. Wie hoch ist die Mediendichte auf dem Land im Gegensatz zur Stadt? Wer hat Zugang zu welchen Medien?

Wie wir festgestellt hatten, steht die Lateinamerikaberichterstattung der deutschsprachigen Presse den Wandlungsprozessen auf dem Kontinent eher skeptisch gegenüber. Was sind die Ursachen für eine solche Berichterstattung? Äußern sich hierin strukturelle Gegebenheiten (wenige Korrespondent\_innen, Vorherrschaft weniger Presseagenturen, die Arbeitsbedingungen freier Journalist\_innen etc.)? Oder ist sie ein Ausdruck der ideologischen Ausrichtung der deutschsprachigen Presse? Welche Rolle kommt den Presseagenturen in der Berichterstattung zu? Auf der anderen Seite gibt es in Deutschland viele Basismedien, die über Lateinamerika berichten. In den »Lateinamerika-Nachrichten«, der *ila*, im Pressedienst NPLA oder auf *amerika21* berichten Journalist\_innen, oft im Nebenberuf oder als Ehrenamtliche, fundiert und mit viel Insiderwissen über den Kontinent; schreiben Expert\_innen und Wissenschaftler\_innen über Ihre Spezialthemen. Warum wird auf diese Expertise so selten in der Tagespresse zurück gegriffen? Sind es ideologische Gräben, die nicht überwunden werden können, oder fehlen hier lediglich die Kommunikationswege? Wie könnte der Austausch zwischen Journalist\_innen von der Basis mit der Mainstreampresse verbessert werden? Welche Möglichkeiten und Grenzen bieten sich Basismedien, in die Berichterstattung einzugreifen? Welchen politischen Anspruch haben sie und wie werden sie diesem gerecht?

## **Die einzelnen Beiträge**

Der Sammelband gliedert sich in zwei ungleiche Teile. Der erste und größere widmet sich, nach zwei einführenden Beiträgen, den länderspezifischen Analysen. Dabei wurden nicht nur Beiträge zu den Medienreformen mit sogenannten (Mit-

te-)Links-Regierungen aufgenommen, sondern gezielt auch solche, die die Pres-  
slandschaften in konservativ regierten Ländern analysieren. Ebenso wählten die  
Autor\_innen in ihren Länderbeispielen unterschiedliche Herangehensweisen, die  
dem/der Leser\_in damit einen neuen Blick auf die Bedeutung und Dimensionen  
von Medien im Allgemeinen eröffnen. Die Beiträge von Dieter Boris, Andreas  
Hetzer und Aram Aharonian bilden den Auftakt des Bandes und dienen dazu  
den/die Leser\_in inhaltlich und theoretisch in die Thematik einzuführen. In einem  
Überblicksartikel zu den neuen medienpolitischen Initiativen beschreibt Dieter  
Boris zum einen die politische Ausgangssituation und Rolle der Medien in den  
(mitte)links regierten Ländern und erläutert zum anderen die neuen Medien-  
gesetze und deren Wirkungen. Aus einer medientheoretischen Perspektive be-  
schäftigt sich Andreas Hetzer anschließend mit den aktuellen Medienreformen in  
Lateinamerika. Thematisiert werden in seinem Beitrag sowohl die Bedeutung der  
Medien für eine funktionierende Demokratie, die Analyseperspektive der politi-  
schen Ökonomie der Medien als auch die Besonderheiten des lateinamerikani-  
schen Kontextes.

Der Beitrag von Malte Daniljuk zum venezolanischen Mediensystem, ein in  
der deutschen Berichterstattung populärer und heftig debattierter Gegenstand,  
eröffnet die Länderanalysen. Eine detaillierte Aufschlüsselung der Medienland-  
schaft und Medienpolitik der Regierung Chávez erlaubt, ein differenziertes Urteil  
über Medien im venezolanischen Transformationsprozess zu bilden und widerlegt  
den Vorwurf der Zensur.

Daran schließt der Text von Andreas Hetzer an, der durch die theoretische  
Brille der politischen Ökonomie der Medien den Handlungsspielraum der Regie-  
rung Morales in Bolivien eingehend analysiert. Versuche und Probleme bei der  
Demokratisierung der Medien werden detailliert besprochen.

Hanno Bruchmann diskutiert in seinem Artikel vor dem Hintergrund hoher  
Medienkonzentration und des politischen Wandels medienrechtliche Reformen in  
Ecuador. Dabei beleuchtet er den Streit zwischen von oligarchischen Interessen  
geleiteten Medienunternehmen und der Regierung sowie die Forderungen von  
Aktivist\_innen kommunitärer Medien.

In der Länderanalyse zu Argentinien arbeitet Johannes Schulten den Konflikt  
der Regierung mit den nationalen Medien, insbesondere der Mediengruppe  
Clarín, heraus. Grundlegend wird das Demokratisierungspotential der neuen Me-  
diengesetze thematisiert und der Konflikt in historischer Perspektive analysiert.

Nils Brock stellt in seinem Beitrag die Frage nach der gesellschaftlichen Legi-  
timierung kommunitärer Radios in Brasilien. Er zeigt auf, wie sich unabhängige  
Radios im Laufe der Zeit gegenüber der staatlichen Rundfunkregulierung unter-  
schiedliche Legitimationsstrategien aneigneten und dadurch Handlungsspiel-  
räume geschaffen wurden.

Aus ethnographischer Perspektive befasst sich Eliane Fernandes Ferreira mit  
der Bedeutung des Internets für indigene Gruppen in Brasilien. Sie kritisiert das



weit verbreitete, stereotype Bild von Indigenen als natürliche Bewahrer der Tradition, welches nicht nur im Kontrast zu Realität steht, sondern ihnen auch das Recht auf Kommunikation abspricht.

Der Beitrag Fabian Unterbergers markiert den Beginn der Länderbeispiele, die sich mit der Medienpolitik und Medienakteur\_innen in den konservativ regierten Staaten auseinandersetzen. Er analysiert die Öffentlichkeit Honduras vor, während und nach dem Putsch 2009 und hebt die Bedeutung des öffentlichen Raumes für den Widerstand gegen die Putschregierung hervor.

Im Anschluss befassen sich Anika Oettler, Peter Peetz und Sebastian Huhn aus diskursanalytischer Perspektive mit dem »talk of crime« in mittelamerikanischen Printmedien und stellen die Frage nach dem Zusammenhang von Besitzstruktur der Medien und Medieninhalten.

Das folgende Interview mit Isabel Gamez, einer Radiomacherin und Aktivistin aus El Salvador, macht die Bedrohung von Basismedien deutlich, die sich gegen staatlich ökonomische Interessen stellen.

Den Kontext in Kolumbien arbeiten Liliana Marcela Vargas Vásquez, Darío Antonio García Cruz und José Alejandro Camacho Rodríguez heraus. Eindeutig stellen sie die großen Medien als Medien der Desinformation heraus, was in einem Kontext starker politischer Repression besonders deutlich wird.

Der zweite Teil beleuchtet die deutsche Berichterstattung *über* Lateinamerika und alternative Informationsquellen zu Lateinamerika jenseits der Mainstreampresse. Der Beitrag von Malte Daniljuk leitet diesen Teil des Sammelbandes ein, indem er einen Überblick über die deutsche Lateinamerikaberichterstattung gibt.

Im Anschluss geht Harald Neuber der Frage nach, weshalb deutsche Mainstreammedien gerade über die lateinamerikanischen Länder derart einseitig und vorurteilsbehaftet berichten. Er beschreibt diese Berichterstattung als ideologisch begründet, historisch gewachsen und durch vorherrschende Marktmechanismen weiter verschärft.

Tobias Lambert widmet sich im darauffolgenden Beitrag einem alternativen Informationsorgan: den Lateinamerika-Nachrichten. Hierbei beschreibt er, wie die Zeitschrift aus der Solidaritätsbewegung in den 1970er Jahren entstand, welche kritischen Fragen zum Gegenstand heftiger Debatten wurden und weshalb eine alternative Berichterstattung auch (und gerade) heute noch wichtig und nötig ist.

Den Abschluss bildet Bettina Hoyers Schilderung des Medienprojekts »Nachrichtenpool Lateinamerika«. Eingefangen und vereint hat sie dafür die Stimmen verschiedener Medienaktivist\_innen des Nachrichtenpools, die die Arbeitsweisen, Umbrüche und strittige Fragen, beispielsweise der Finanzierung des Projekts, aus ihrer eigenen Perspektive reflektieren.

## Literatur

- Behmer, Markus (2007): Pressesysteme, In: Thomaß, Barbara (2007) (Hrsg.): Mediensysteme im internationalen Vergleich, Konstanz, S. 91-105.
- Behrens, Peter-Alberto (2010): Aló Presidente – Presse und Politik in Lateinamerika, Konrad Adenauer Stiftung, Online verfügbar unter: [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_18944-1522-1-30.pdf?100308134850](http://www.kas.de/wf/doc/kas_18944-1522-1-30.pdf?100308134850), zuletzt geprüft am 28.10.2011.
- Constitución de la República del Ecuador 2008
- Constitución de la República Bolivariana de Venezuela 1999
- Chomsky, Noam (2002): Media Control. Wie die Medien uns Manipulieren. Hamburg u. a.
- Demirovic, Alex (2004): Radikale Demokratie und der Verein freier Individuen. Online verfügbar unter <http://www.suisse.attac.org/Radikale-Demokratie-und-der-Verein>, zuletzt geprüft am 17.06.2011.
- Eichhorn, Wolfgang (2008): Agend-Setting, In: Hachmeister, Lutz (Hrsg.): Grundlagen der Medienpolitik. Ein Handbuch, Bonn, S. 28-32.
- FAZ (2011): Den Diktator freuts – Ecuadorianische Zeitung verurteilt. URL: <http://fazarchiv.faz.net/?q=den+diktator+freut&timeFilter=&KO=&crxdefs=&NN=&CO=&CN=&BC=&submitSearch=Suchen&sex=0&maxHits=&sorting=&toggleFilter=&dosearch=new#hitlist>, zuletzt geprüft am 29.10.2011.
- FAZ (11.06.2007): Venezuela Kampf ums Fernsehen. URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/venezuela-kampf-ums-fernsehen-1434188.html>. Zuletzt geprüft am 25.10.2011.
- Gabbert, Katrin et. al. (2004) (Hrsg.): Jahrbuch Lateinamerika 28. Medien und ihre Mittel.
- Hachmeister, Lutz (2008, Hrsg.): Grundlagen der Medienpolitik. Ein Handbuch, Bonn.
- Hase, Karl-Günther von (1966): Wer gefährdet die Pressefreiheit? Vortrag vor der Evangelischen Akademie Tutzing, Bad Godesberg.
- Hoffmann, Bert (2004): Editorial. Medien und ihre Mittel, In: Gabbert, Katrin et. al. (Hrsg.): Jahrbuch Lateinamerika 28. Medien und ihre Mittel, S. 7-12.
- Holtz-Bacha, Christina (2003): Wie die Freiheit messen? Wege und Probleme der empirischen Bewertung von Pressefreiheit. In: Langenbacher, Wolfgang R. (Hrsg.), Die Kommunikationsfreiheit der Gesellschaft. Die demokratischen Funktionen eines Grundrechts Wiesbaden, S. 403-412.
- Lugo-Ocando, Jairo (Hg.) (2008): The media in Latin America. Berkshire, UK.
- Jarren, Otfried (1998): Medien, Mediensystem und politische Öffentlichkeit im Wandel, In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Bonn, S. 74-94.
- Kaase, Max (1998): Demokratisches System und die Mediatisierung von Politik, In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Bonn, S. 24-51.
- Knoche, Manfred (2007): Medienkonzentration, In: Thomaß, Barbara (Hrsg.): Mediensysteme im internationalen Vergleich, Konstanz, S. 122-144.
- Lang, Günter/Winter, Carsten (2005): Medienökonomie, In: Hepp, Andreas/Krotz, Friedrich/Winter, Carsten (Hg.): Globalisierung der Medienkommunikation. Eine Einführung, Wiesbaden: VS, S. 128.
- Latschan, Thomas/Wessels, Wolfgang (2008): Europäische Medienpolitik, In: Hachmeister, Lutz (Hrsg.): Grundlagen der Medienpolitik. Ein Handbuch, Bonn, S. 94-98.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1969): Pressefreiheit und Zensur. Hrsg. u. eingel. von Iring Fetscher, Frankfurt am Main u. a.
- Massmann, Annette (2007): Lateinamerika. In: Thomaß, Barbara (Hg.): Mediensysteme im internationalen Vergleich. Konstanz.
- NZZ (2010): Venezuela schaltet weitere TV-Sender ab. URL: [http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/venezuela\\_opposition\\_tv-sender\\_1.4602877.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/venezuela_opposition_tv-sender_1.4602877.html). Zuletzt geprüft am 06.10.2011.
- RoG (2011): Feinde der Pressefreiheit. URL: <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/index.php?id=142>. Zuletzt geprüft am 25.10.2011.
- Sarcinelli, Ulrich (1998, Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Bonn.
- Schenk, Michael (1998): Mediennutzung und Medienwirkung als sozialer Prozeß, In: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Bonn, Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 387-407.
- Schulten, Johannes (2009): Mediendemokratie. Argentiniens Kongress beschließt Neuordnung der Radio- und Fernsehlandschaft. Widerstand der Konzerne, In: junge Welt, 13.10.2009.
- SZ (12.07.2007): TV-Zensur in Venezuela – der Medienabkanzler. URL: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/tv-zensur-in-venezuela-der-medienabkanzler-1.895053>. Letzter Zugriff: 06.10.2011.
- Thomaß, Barbara (2007, Hrsg.): Mediensysteme im internationalen Vergleich, Konstanz.

- Thomaß, Barbara (2007): Mediensysteme vergleichen, In: dies. (Hrsg.): Mediensysteme im internationalen Vergleich, Konstanz, S. 12-41.
- Vowe, Gerhard (2008): Medien und Politik, In: Hachmeister, Lutz (2008) (Hrsg.): Grundlagen der Medienpolitik. Ein Handbuch, S. 256-259.
- Weberling, Johannes/Wallraf, Georg/Deters, Andrea (2008) (Hrsg.): Im Zweifel für die Pressefreiheit: Festschrift zur 100. Arbeitstagung der Arbeitsgemeinschaft der Verlagsjustitiare am 29. Juni 2007 auf dem Hambacher Schloss, Baden-Baden.
- Wiedemann, Dieter (2003) (Hrsg.): Die medialisierte Gesellschaft. Beiträge zur Rolle der Medien in der Demokratie, Bielefeld.
- Wiesendahl, Elmar (1981): Moderne Demokratietheorie. Eine Einführung in ihre Grundlagen, Spielarten und Kontroversen, Frankfurt am Main u. a.
- Wilke, Jürgen (1992) (Hrsg.): Massenmedien in Lateinamerika. Teil 1: Argentinien, Brasilien, Guatemala, Kolumbien, Mexiko, Frankfurt am Main.
- Wilke, Jürgen (1994) (Hrsg.): Massenmedien in Lateinamerika. Teil 2: Chile, Costa Rica, Ecuador, Paraguay, Frankfurt am Main.
- Wilke, Jürgen (1996) (Hrsg.): Massenmedien in Lateinamerika. Teil 3: Bolivien, Nicaragua, Peru, Uruguay, Venezuela, Frankfurt am Main.
- WSIS (2003): Declaration of Principles. Building the Information Society: a global challenge in the new Millennium. Online abrufbar unter <http://www.itu.int/wsis/docs/geneva/official/dop.html>. Zuletzt geprüft am 31.10.2011.
- WSIS (2005): Tunis Commitment. Online abrufbar unter <http://www.itu.int/wsis/docs2/tunis/off/7.html>. Zuletzt geprüft am 31.10.2011.

# 1. TEIL: MEDIEN IN LATEINAMERIKA

Dieter Boris

## **Aspekte neuer Medienpolitik in Lateinamerika. Die Mitte-Links-Regierungen im Kampf um Hegemonie**

### **Ausgangssituation und Dimensionen der »Linkswende«**

Die sich seit über zehn Jahren entfaltenden Mitte-Links-Regierungen in Lateinamerika sind aus vergleichsweise fairen und korrekten Wahlprozessen hervorgegangen und zum Teil mit Mehrheiten an die Regierung gelangt, wie sie in manchen Ländern nie zuvor erreicht worden waren (z. B. in Bolivien).

Über die internen, regionalen und externen Bedingungen des Aufstiegs dieser Regierungen, die sich ihrerseits in manchen Aspekten unterscheiden, ist bereits viel publiziert worden (Panizza 2009; Lievesley/Ludlam 2009; Boris 2007 u. a.), was hier nur als Hintergrund knapp angedeutet werden kann.

Die internen sozialen Polarisierungs- und Verarmungsprozesse im Gefolge der »neoliberalen Reformen«, die auffälligen Demokratiedefizite sowie die – auch durch externe Interventionen nicht gebremsten – Entfaltungsmöglichkeiten sozialer Bewegungen haben in einer Reihe von Ländern (wie Venezuela, Brasilien, Argentinien, Bolivien, Ecuador, Paraguay) diesen Umschwung herbeigeführt, wobei nicht vergessen werden darf, dass von einem »generellen Linksruck« deshalb nicht gesprochen werden sollte, da einzelne Länder wie Mexiko, Kolumbien, Peru, neuerdings wieder Chile sowie die meisten zentralamerikanischen Staaten den bisherigen neoliberalen Kurs nahezu unverändert weiter verfolgen und zudem die Abwendung von der neoliberalen Politik in den fortschrittlich regierten Ländern unterschiedlich tief greifend ausgefallen ist.

Dennoch darf nicht übersehen werden, dass die neuen Mitte-Links-Regierungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in den praktizierten Demokratieformen und in der Außenpolitik neue Akzente gesetzt haben.

Der lang anhaltende und kräftige ökonomische Aufschwung von 2002/03 bis 2008 hat in den meisten Ländern, vor allem in den mitte-links regierten, die Armutsquote deutlich verringert, sogar die Ausmaße der Einkommensungleichheit konnten in diesen Ländern leicht reduziert werden. Die Zunahme formaler Beschäftigung und die deutliche Erhöhung der Mindestlöhne sowie die Verbesserung gewerkschaftlicher Handlungsbedingungen haben wesentlich dazu beigetra-

gen. Die Stabilisierung der Alterssicherung (teilweise verbunden mit der Rückkehr zu öffentlich abgesicherten Umlageverfahren, wie im Falle Argentiniens) und vor allem die Sozialtransfers zur Hungerbekämpfung und zur Verbesserung der Bildung bzw. Gesundheit der Kinder von armen Bevölkerungssegmenten (Conditional Cash Transfers, CCT) sind zweifellos in Staaten mit Mitte-Links-Regierungen am deutlichsten und quantitativ relativ umfangreich angewandt worden (Vgl. Lopez-Calva/Lustig 2010).

Die Wirtschaftspolitik basierte häufig auf einer aktiven Währungspolitik (Niedrighaltung der Wechselkurse), auf einer die Binnendynamik und Investitionsvorhaben begünstigenden Industrie- und Infrastrukturpolitik und einer stärkeren staatlichen Regulierung vormals privatisierter Sektoren im Bereich der »öffentlichen Güter und Dienstleistungen«. Die auf Haushalts- und Leistungsbilanzüberschüsse abzielende Politik machte diese Länder in der weltweiten Krise 2008/09 wesentlich weniger verletzlich als die meisten Ökonomien Europas und Nordamerikas. Auf der Basis aufgehäufter Devisenpolster konnten sie rasch eine anti-zyklische Politik mit beträchtlichen Konjunkturprogrammen erfolgreich ins Werk setzen. Schon 2010 befanden sich die meisten lateinamerikanischen Länder wieder auf dem Pfad hoher Wachstumsraten wie vor 2008.

Die Stärkung partizipativer Elemente der Demokratie (Gabriel/Berger 2010), teilweise in Form von bedeutenden Verfassungsänderungen (Venezuela, Ecuador und Bolivien) und die Aufwertung kommunaler Politikmöglichkeiten haben gerade in diesen Ländern zweifellos die Akzeptanz der Demokratie im Allgemeinen und der in den jeweiligen Ländern praktizierten Demokratie deutlich erhöht, was aus den alljährlich durchgeführten Befragungen des in Santiago de Chile ansässigen Forschungsinstituts »Latinobarómetro« hervorgeht (vgl. dazu Economist vom 10.12.2009). Dies schließt keineswegs aus, dass auch in den mitte-links regierten Ländern deren »progressive« Regierungen gelegentlich Popularitätsschwankungen bei ihrer sozialen und elektoralen Basis ausgesetzt sind und die Zufriedenheit mit deren konkreter Regierungsarbeit sich nicht immer auf höchstem Niveau halten konnte (vgl. dazu die Schwerpunktnummer der Zeitschrift »Nueva Sociedad«, Nr. 234, Julio-Agosto 2011).

In der Außen- und Außenwirtschaftspolitik der mitte-links regierten Länder war die stärkere Betonung nationaler bzw. regionaler Eigenständigkeit und Autonomie ebenso deutlich ablesbar wie der Versuch, zum einen die regionalen Integrationsmodelle auszubauen, zum anderen auch jenseits der traditionellen Wirtschaftsbeziehungen zu den USA und den europäischen Ländern vor allem nach Asien, dem nahöstlichen Raum und zu Afrika vielfältige wirtschaftliche und technologische Austauschprozesse zu intensivieren. Dies gilt vor allem für die Länder Südamerikas, kaum jedoch für Mexiko und die zentralamerikanischen Länder.

Allerdings dürfen die angestoßenen Wandlungsprozesse nicht verabsolutiert werden. In manchen Bereichen, wie z. B. der Bildungspolitik, im Gesundheitswesen, aber auch der Finanzpolitik oder im Steuerwesen etc., gibt es auch unter den

Mitte-Links-Regierungen erstaunliche Kontinuitäten gegenüber der neoliberalen Phase. Die Verschränkung von neuen und alten Elementen der Politik ist auch im Bereich der Medien zu konstatieren.

## **Der Kampf um Hegemonie unter den Mitte-Links-Regierungen**

Getragen wurde der Regierungs- und teilweise Richtungswechsel in den entsprechenden Ländern von einem mehrheitlichen Willen, die mit der neoliberalen Politik verbundenen Verschlechterungen der Lebenslage aufzuhalten und eine neue Entwicklungsdynamik zu initiieren. Hierbei sollte der Staat wieder eine größere Rolle spielen, aber auch eine intensivere Partizipation der Bevölkerung, eine tendenziell umverteilende und Armut reduzierende Politik sowie die Betonung einer größeren nationalen bzw. regionalen Eigenständigkeit/Autonomie gehörten zu den programmatischen Leitlinien dieser Regierungen. Es liegt auf der Hand, dass diese Zielsetzungen nicht ohne harte Auseinandersetzungen – trotz zum Teil hoher elektoraler Mehrheiten – durchzusetzen sind. Die Transformationsversuche der Mitte-Links-Regierungen waren und sind mit erheblichen Barrieren konfrontiert. Zum einen darf nicht vergessen werden, dass gerade in der vorausgehenden neoliberalen Ära insbesondere die großen Unternehmen ihre Position stärken und sich noch mehr konzentrieren konnten. Das heißt, der Hauptgegner bei den intendierten Veränderungen war ökonomisch und in seinem politisch-kulturellen Einflussvermögen keineswegs geschwächt, sondern durch die Regierungswechsel allenfalls und zunächst in eine defensiv-abwartende Haltung versetzt worden. Zum zweiten bilden die Akkumulations- und Verwertungschancen dieser Kapitalgruppen gewissermaßen das Rückgrat der jeweiligen Ökonomien, da sie bedeutende Teile des Deviseneinkommens auf sich konzentrieren; eine deutliche Schwächung oder Blockierung ihrer Aktivitäten könnte für die Mitte-Links-Regierungen verhängnisvolle Folgen haben, weswegen diese eine relativ moderate, die Eigeninteressen dieser Kapitalgruppen im Wesentlichen mitberücksichtigende Politik ansteuern mussten.

Drittens konnten manche Mitte-Links-Regierungen nicht in jedem Fall mit einer dauerhaften parlamentarischen oder außerparlamentarischen Unterstützung für ihre Vorhaben rechnen. In manchen Fällen, z. B. dem Brasilien, bestand die Regierung Lula von vorneherein aus einer breiten Koalition vieler (auch zentristischer) Strömungen und umfasste viele Parteien bzw. Positionen.

Zugleich sind private Medienunternehmen, wie überall in der kapitalistischen Welt, einerseits Dienstleister bezüglich der Bereitstellung von Informationen und andererseits auf Gewinn abzielende Unternehmen, gewissermaßen in Personalunion. Sie verdienen allerdings immer weniger durch bloße Informationsvermittlung und das Angebot von Meinungen, sondern zunehmend durch die damit eng verquickte Werbung (ca. 25 Prozent der TV-Sendezeit in Lateinamerika sind die-

sem Zweck gewidmet), wodurch sich ihre Programmgestaltung überwiegend an Gesellschaftssegmenten orientiert, die über Kaufkraft verfügen. Durch vielfältige Prozesse horizontaler Konzentration (z. B. bei einem Medium oder verschiedene Medienarten betreffend) und vertikaler Verflechtung (vor- und nachgelagerte Stufen betreffend bzw. unterschiedliche Produktarten in Konglomeraten zusammenfassend), die in den letzten 20 bis 30 Jahren besonders forciert wurden (und mittlerweile europäische Dimensionen weit übertreffen), stellen diese fast monopolartigen Medienkomplexe per se eine ökonomische Macht dar, die im Übrigen immer mehr internationale Verbindungen und Verflechtungen mit anderen Branchen aufweisen (zuletzt ausführlich zu diesen Aspekten: Becerra/Mastrini 2009). »Die Nationalstaaten sehen sich meistens nicht in der Lage, der Machtkonzentration innerhalb der Medienlandschaft Einhalt zu gebieten, zum einen, weil die Besitzstruktur durch neue Konsortiumsformen und internationale Einbindungen unübersichtlich wird, zum anderen jedoch auch, weil die Politiker selbst zu Medienunternehmern werden oder von den Medien für den eigenen Karriereerfolg abhängig sind« (Costa 2004, 22). Es liegt auf der Hand, dass jene dreiteilige Zweck- und Funktionsbestimmung der Medien (Werbeträger, Informations- und Meinungsübermittler und gewinnorientiertes Unternehmen zu sein) sich zu Haltungen verdichten, die den Zielen der Mitte-Links-Regierungen mehr oder minder direkt zuwiderlaufen. Umgekehrt hängen aber der Bestand dieser Regierungen und eine Vertiefung der von ihnen begonnenen Prozesse wesentlich von den Auseinandersetzungen um Hegemonie im öffentlichen und politischen Raum ab.

Gerade weil Parteien, Parlamente, Verbände und institutionelle Kanäle die politischen Positionen und Interessen von wachsenden Bevölkerungssegmenten in vielen lateinamerikanischen Gesellschaften nicht mehr ausreichend abzubilden vermochten, wurden zunehmend alternative Artikulationsmöglichkeiten gesucht. Da auch öffentliche Kampagnen und Demonstrationen nur ausnahmsweise und zeitlich begrenzt diese Aufgabe erfüllen können, gelangte der Wunsch nach eigenen, selbst bestimmten Medien (meist auf lokaler Ebene) immer häufiger ins Visier sozialer Bewegungen und von Bevölkerungsgruppen, die ansonsten unsichtbar und nicht hörbar geblieben wären. (Hierbei konnte an frühere Ansätze angeknüpft werden, siehe weiter unten).<sup>13</sup> Dem steht gegenüber, dass sich die Medien in ihrer großen Mehrheit in fast allen Ländern Lateinamerikas fest in der Hand großer Medienkonzerne (teilweise auch im ausländischen Besitz, z. B. Bertelsmann) befinden.<sup>14</sup> Deren Botschaften in »ihren« Medien sowie ihre offenen oder verdeckten Aktivitäten sind verständlicherweise gegen grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfte- und Machtverhältnisse gerichtet. Vor dem

13 Auf die internationale Absicherung und vielfältige ökonomische Verflechtung der intern tätigen Medienkonzerne, also die gesamte Problematik der Rolle der Medien im Nord-Süd Konflikt bzw. die Relevanz des »Medienimperialismus« kann hier aus Raumgründen nicht eingegangen werden. S. hierzu schon sehr früh: Becker 1984, 16 ff. und aktuell: Wasko 2008, 33 ff.

14 Vgl. hierzu: Wiebke Priehn 2007, 28-29.

Hintergrund dieser seit Jahrzehnten gewachsenen Herrschafts- und Medienstrukturen (mit vielen Eigenheiten gegenüber der europäischen »Normalkonstellation«) wird erklärbar, warum die Medien in Lateinamerika – und vor allem das Medium, welches die größte Verbreitung und Wirkung entfaltet: das Fernsehen – gerade in den letzten Jahren in den Fokus des allgemeinen politischen und öffentlichen Interesses gerückt sind. Bildet doch die Medienlandschaft (neben dem Bildungswesen, den Versorgungsinstitutionen, der allgemeinen Infrastruktur) das kurz- und mittelfristig wichtigste Kampffeld, auf welchem Mehrheitsmeinungen, Wahlstimmungen, Problemdefinitionen und Situationsdeutungen gebildet werden.<sup>15</sup>

### **Die Medien als besonders wichtiges Kampfterrain**

Wie schon angedeutet, weisen die Strukturen und Entwicklungstendenzen des Mediensektors in Lateinamerika einige Besonderheiten auf, die sich zudem unter neoliberalen Rahmenbedingungen noch verstärkt haben. »In den beiden letzten Jahrzehnten (sind) private, monopolartige Medienkonzerne entstanden, die mit ihrem Interesse an größtmöglichen Gewinnen aus Werbung, Sport und Unterhaltung die Situation in großen Teilen des Kontinents beherrschen. Sie sind zu politischen Akteuren geworden und bestimmen in einigen der lateinamerikanischen Länder die Agenda entscheidend mit« (FES 2008).

Eine neue Untersuchung über sieben Länder Lateinamerikas ergab, dass die jeweils fünf größten privaten Fernsehsender zusammen zwischen 72 und 97 Prozent des jeweiligen Gesamtmarktes dominierten. »Eine derartige Vormachtstellung privater Medienunternehmen ist außerhalb von Lateinamerika extrem selten. Beindruckend sind hier auch die Marktanteile einzelner Konzerne: Der mexikanische Fernsehgigant Televisa beherrscht alleine 85 Prozent des mexikanischen TV-Marktes, Globo in Brasilien bringt es auf einen Marktanteil von 53 Prozent, und in Venezuela vereint die Unternehmensgruppe Cisneros mit ihrem Sender Televisa immerhin 44 Prozent auf sich. Die jeweils fünf größten Tageszeitungen kommen im Länderdurchschnitt auf einen Marktanteil von knapp 50 Prozent.« (Voigt 2007, 43) Diese Tendenz hat sich bis 2004/05 stabilisiert bzw. – je nach Land und Medium – sogar noch weiter akzentuiert (Becerra/Mastrini 2009, 211 ff.).

Die gerade während der letzten beiden Dekaden zu konstatierende wachsende Verflechtung der großen, in der Regel von bestimmten Familien oder ökonomischen Gruppen dominierten Medienkomplexe mit anderen Branchen (Finanzsektor, Agrobusiness, Supermarktketten, Brauereien, Gastronomie und Vergnü-

<sup>15</sup> Es hat den Anschein, dass dies nicht immer so pointiert gesehen wird. So z. B. ist es erstaunlich, wenn jüngst in einer »hegemonietheoretisch« angeleiteten Analyse der Linkstendenzen in Lateinamerika die Medien und deren politisches Potenzial nicht ein einziges Mal explizit erwähnt werden (vgl. Brand/Sekler 2009, 206 ff.).



gungsindustrie etc.) sowie die relativ direkte politische Instrumentalisierung dieser ökonomischen Machtpositionen zählen zu den weiteren Besonderheiten des Mediensektors in Lateinamerika. Die Vormacht bestimmter Medienmogule auch auf regionaler und lokaler Ebene, die in Personalunion nicht nur alle Medien in einem Territorium absolut beherrschen, sondern zugleich maßgebliche Großgrundbesitzer, Fabrikanten, Aktionäre von Handelsketten und Banken und natürlich auch gewissermaßen nebenher noch Politiker sind, stellen gewiss in dieser Offenheit und Ungeschminktheit ein weiteres Charakteristikum Lateinamerikas dar. Dieses wird mit dem dort verbreiteten Klientelismus und Kazikentum in Zusammenhang gebracht. Wesentlich ist gegenüber den meisten europäischen Ländern, dass ein öffentlich-rechtlicher Mediensektor, der gemeinsam von gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen/Institutionen kontrolliert wird und der jenseits von Staat bzw. Exekutive und Privatwirtschaft (zumindest der Theorie nach) angesiedelt ist, in Lateinamerika nicht existiert. Traditionellerweise dominiert der Staat einen sehr kleinen Teil der Medien (einen staatlichen Radio- und Fernsehkanal und/oder eine Regierungszeitung), die aufgrund ihrer überwiegend bloßen Verkündungsfunktion und fast ausschließlichen Propaganda zwecks Legitimierung des Regierungshandelns kaum populär sind und in der Regel wenig beachtet werden. Aus Zeiten der Militärdiktaturen haftet ihnen noch ein negatives Image an, was aber zum Teil durchaus auch für die großen privaten Medienkonzerne gilt, die häufig mit den Diktaturen bestens zusammengearbeitet haben (man erinnere sich zum Beispiel an »El Mercurio« in Chile).

Auch der Umstand, dass sich unter solchen Rahmenbedingungen ein relativ objektiv berichtender und urteilender Journalismus, der auch unter europäischen Bedingungen nur eingeschränkt und stets bedroht realisiert werden kann, in Lateinamerika kaum herausbilden konnte, gehört zu den weiteren Spezifika der lateinamerikanischen Medienlandschaft. Nicht unerwähnt darf hierbei bleiben, dass kritische Journalisten in manchen Ländern, sofern sie sich überhaupt entfalten und artikulieren konnten, nicht nur in ihrer arbeitsrechtlichen Stellung ziemlich ungesichert sind, sondern nicht selten in ihrer physischen Existenz bedroht sind. Mexiko und Kolumbien rangieren gegenwärtig weltweit an der Spitze der Journalistenmorde.

Diese Konstellation einer zunehmenden Kommerzialisierung und Vermachtung der Medien, die noch durch die neuen digitalen Kommunikationsmöglichkeiten akzentuiert wurde, ließ nicht nur die Einsicht in die Deformierung der »eigentlichen« Aufgaben der Medien wachsen, sondern verstärkte zugleich die Exklusionserfahrung wachsender Teile der Bevölkerung. Die Skepsis gegenüber einer nur sehr oberflächlichen und auf formal-elektoraler Ebene stattfindenden Demokratisierung ließ die Kritik an den – diese Tendenzen ideologisch abstützenden – Medien wachsen. Denn die Stimmen der Opposition, der Marginalisierten und Unterdrückten gelangten praktisch nie in diese Bezirke, die sich fast ausschließlich ganz anderen Themen (High Society, Telenovelas, Prominente, Sport, Verbrechen usw.) widmeten.

Dies hat dazu geführt, dass die Medien und der Sensations-Journalismus in den letzten Jahren deutlich an Glaubwürdigkeit – sogar in den Augen moderater und eher konservativer Beobachter – verloren haben. Selbst glühende Apostel von »freier Marktwirtschaft und freiem Pressewesen« bringt dies in Argumentationsschwierigkeiten. Denn einerseits sehen sie die krassen Schwächen und die die Demokratie bedrohenden Defizite des Medienwesens mehr oder minder deutlich, andererseits sind sie nicht bereit, die daraus abgeleiteten Forderungen nach erhöhter bzw. effektiver gesellschaftlicher Kontrolle zu akzeptieren, natürlich erst recht nicht, wenn sie von Repräsentanten der Mitte-Links-Regierungen erhoben werden. So registriert auch der Spezialist der Konrad Adenauer Stiftung für Medien in Lateinamerika, Peter-Alberto Behrens, diese neue gesellschaftliche Tendenz: »Spürbar ist, dass Medien- und Journalistenschelte nicht mehr in dem Maße sozial geächtet wird (>Angriff auf die Pressefreiheit<) wie noch vor einigen Jahren. Der Ruf nach verstärkter Kontrolle der Medien ist mittlerweile fast schon populär und wurde wahrscheinlich deshalb relativ früh von Populisten wie den Präsidenten Chávez und Morales ins Spiel gebracht. Die Forderung, dass auch Medien der Gesellschaft gegenüber Rechnung abzulegen haben, ist offenbar politisch nicht mehr unkorrekt, unabhängig davon, was damit genau gemeint ist« (Behrens 2010, 99).

Wie dieses Postulat umgesetzt werden kann, wird gegenwärtig in Lateinamerika heftiger diskutiert als je zuvor. Lokale Gruppen und soziale Bewegungen haben schon lange zuvor auf die bezeichnete missliche Situation reagiert.<sup>16</sup> Gerade auch die neuen technischen Möglichkeiten wie das Internet, lokale Radio- und TV-Sender sowie Bürgernetzwerke haben die Generierung und Verbreitung von eigenständig gesammelten Informationen und die Artikulation autonomer Meinungen begünstigt; diese Tendenzen wurden häufig in besonderen Konfliktsituationen zwischen Regierung und Medienkomplexen potenziert und beschleunigt (Uriona 2008). »Zum ersten Mal in der lateinamerikanischen Geschichte verfügen ethnische Gruppen, Bürgerinitiativen, Frauenorganisationen und lokale Bürgervereinigungen überwiegend aus der unterprivilegierten Bevölkerung über Mittel und Wege, miteinander zu kommunizieren und ihre Interessen national und sogar darüber hinaus hörbar zu machen.« (FES 2008, 6).

In der Vergangenheit wurden diese Initiativen massiv behindert, stellten sie doch für die oligarchischen Medien eine unliebsame Konkurrenz dar, und sie gerieten schnell bei politischen Instanzen in Verdacht, subversive Botschaften zu verbreiten. So waren die lokalen Radios ständig von Lizenzentzug bedroht und durften keine Einnahmen machen bzw. keine Werbeeinkünfte aufweisen. In einer Reihe von lateinamerikanischen Ländern setzen sich die Mitte-Links-Regierungen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen dieser lokalen Gemeinschafts-

16 Die Geschichte alternativer medialer Kommunikationsformen in Lateinamerika ist sehr verzweigt, vor allem während Diktaturperioden kam es immer wieder auf lokaler Ebene zu entsprechenden Versuchen, die Zensur und Sprachlosigkeit zu durchbrechen, vgl. hierzu Sel 2009, 22-34.

radios und TV-Sender ein. Es geht darum, einen gesetzlichen Rahmen für ein demokratischeres Medienwesen zu schaffen und den gesellschaftlichen Organisationen/Gemeinschaftsmedien die Chance zu eröffnen, ohne allzu große Behinderungen, Rechtsstreitigkeiten, klientelistische Gefälligkeiten und Schikanen so zu arbeiten, dass sie in Ansätzen eine pluralistische Konkurrenz gegenüber den sehr starken privatwirtschaftlichen Medien darstellen können. Zudem war es ohnehin an der Zeit, die teilweise aus den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts oder aus der Periode der Militärdiktaturen stammenden Medien- und Kommunikationsgesetze neu zu fassen.

## **Neue Mediengesetze und ihre Wirkungen**

Mehr noch als die bisherigen Bemerkungen müssen die folgenden Ausführungen, deren Gegenstand eine breite und differenzierte Behandlung erfordert, skizzenhaft und fragmentarisch bleiben. Es dürfte nachvollziehbar sein, dass dort, wo breite Bevölkerungsmehrheiten sich gegenüber der herkömmlichen konservativ-neoliberalen Politik kritisch artikulieren (z. B. in Wahlen, Demonstrationen etc.), das Medienthema schnell auf eine prominente Stelle der politischen Agenda aufrückt. Nicht nur weil die bisher Stimmlosen sich nunmehr aktiv einbringen und realistische, sie betreffende Informationen erhalten wollen, sondern auch umgekehrt, weil – wie Raul Zibechi formuliert – dort »die Neoliberalen die Staaten nicht mehr im Griff haben und die Mehrheitsparteien sie nicht mehr bedingungslos unterstützen, bleibt ihnen nur noch die Presse, um ihre Interessen durchzusetzen« (Zibechi 2007, 8).

*Venezuela* weist traditionellerweise einen hochkonzentrierten privaten Mediensektor auf, der nach dem Niedergang der alten Parteien im Laufe der 1990er Jahre und nach dem Wahlsieg von Chávez 1998/99 eine neue zusätzliche Rolle übernahm: die Organisierung und Anleitung der Opposition gegen den seither in Gang gesetzten »bolivarianischen Prozess«. Venezuela steht seither im Rampenlicht der internationalen Öffentlichkeit. Früher hat kaum ein/e Beobachter\_in, Politiker\_in oder Demokratieforscher\_in aus dem Westen Anstoß an dem hochgradig oligopolistisch-elitär verfassten Mediensektor genommen. Heute findet weltweit ein Aufschrei des Entsetzens darüber statt, wenn die Regierung die Lizenz eines marktbeherrschenden TV-Senders auslaufen lässt. Nicht zuletzt, weil dieser sich aktiv an einem Putschversuch gegen den verfassungsmäßigen Präsidenten beteiligt hatte (2002) und bei anderen rechtlich sehr zweifelhaften Aktionen gegen die Regierung (mediale und praktische Unterstützung des »Unternehmerstreiks« der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA 2002/2003) eine herausragende Rolle gespielt hatte. »Die meisten privaten Medien werden von den alten Eliten kontrolliert und ergreifen offen Partei gegen die Regierung von Hugo Chávez sowie die sozialen Bewegungen. Mit legitimer Kritik hat dies meist wenig zu tun. Medien wie Globovisión attackieren die Regierung fortwährend mit Halbwahrheiten und

Lügen. Im April 2002 waren die wichtigsten privaten Medien maßgeblich am – letztlich gescheiterten – Putsch gegen Chávez beteiligt. Was in den meisten Ländern der Welt schwere strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen würde, führte in Venezuela 2007 lediglich zur Nicht-Verlängerung der öffentlichen Sendefrequenz des oppositionellen Fernsehsender RCTV, der heute nur noch über Kabel und Satellit empfangen werden kann« (Lambert 2009, 18).

Mittlerweile wurde die Rolle der Medien in der neuen Verfassung allgemein festgelegt und durch mehrere konkretisierende Gesetze fixiert. In einem Gesetz aus dem Jahr 2000 wurden zum Beispiel die Rechte der Gemeindesender auf Frequenzen und die Modalitäten ihrer staatlichen Förderung festgelegt, darin wurden 14 Prozent aller Sendefrequenzen nicht-kommerziellen Medien vorbehalten. In dem »Gesetz für Soziale Verantwortung in Radio und TV« (2004) wurden Regulierungen vorgenommen, die wenig spektakulär und in vielen Ländern üblich sind. Zum Beispiel wird darin vorgeschrieben, dass die audiovisuellen Medien 50 Prozent ihres Programms mit Produktionen aus dem Inland bestreiten müssen, dass 90 Minuten pro Tag Programme für Kinder und Jugendliche ausgestrahlt werden müssen und die Sendungen erst zu später Stunde sexuelle oder gewalttätige Inhalte aufweisen dürfen. Werbung für Alkohol und Tabak wird darin verboten, ebenso die Nutzung der Medien, um persönliche Beleidigungen und Diffamierungen vorzunehmen (Azzellini 2006, 226 f.).

Die Zahl der Basis-Radiosender und der lokalen TV-Sender hat sich in den letzten Jahren sprunghaft gesteigert; gab es 2002, zur Zeit des Putschversuchs, nur 13 Basissender, so stiegen sie bis heute auf über 250 an. Deutlich gewachsen ist aber auch die Zahl privater Radiosender, die mittlerweile auf die stattliche Zahl von 472 anstiegen. Dazu kommen noch 79 staatliche Sender. Insgesamt wurden die vergebenen Radiofrequenzen stark erhöht. Gegenüber dem Stand von 2000, als die damals 300 Sender fast allesamt privat geführt worden waren, sind nun die Proportionen deutlich zugunsten der kommunalen Basisradios und der staatlichen Sender verschoben, obwohl die kommerziellen Sender mit über 60 Prozent immer noch die Mehrheit bilden. Ähnlich verhält es sich im TV-Bereich: Hier stehen sich zurzeit 65 private, 37 kommunale und sechs staatliche Sender gegenüber (Lambert 2009, 18). Das Spektrum hat sich also diversifiziert und demokratisiert, wenn auch die privaten Medien aufgrund ihrer finanziellen und personellen Ressourcen nach wie vor eine dominierende – wenn auch nicht mehr eine absolut beherrschende – Rolle spielen. Ähnliches kann von den Tageszeitungen behauptet werden. Die meisten Tageszeitungen gehören einigen wenigen großen Privatunternehmen und sind strikt oppositionell ausgerichtet; die neu gegründete regierungsnaher Zeitung (Vea) und die lokalen basisnahen Blätter von Stadtteilen, sozialen Bewegungen etc. bilden ein kleines, aber keineswegs ein gleichwertiges Gegengewicht. Allerdings sind die beiden größten anti-chavistisch ausgerichteten Tageszeitungen (El Universal und El Nacional) von einer Tagesauflage von jeweils 250 000 auf unter 60 000 abgefallen (Azzellini 2006, 223).

Zwischen Juli und September 2009 liefen die Lizenzen einiger privater Rundfunksender aus, und es fanden administrative und steuerliche Überprüfungen im Mediensektor statt, was rechtlich gesehen kaum anfechtbar zu sein scheint, aber wieder einmal starken politischen Wirbel verursacht hat. Abgesehen von der Ahndung rechtlicher und steuerlicher Verfehlungen, die teilweise auch zur Nichtverlängerung der Lizenzen führten, argumentiert die Regierung, dass durch den teils illegalen Aufbau von Medienoligopolen ein »medialer Großgrundbesitz« entstanden sei, der nun demokratisiert werden müsse.

In *Argentinien*, wo die Struktur des Mediensektors als nicht grundsätzlich verschieden von der Venezuelas anzusehen ist, wurde im Oktober 2009 ein neues Mediengesetz verabschiedet. Im Gegensatz zum Mediengesetz während der Diktaturzeit (1976–1983), wonach nur Privatunternehmer\_innen TV- und Radiostationen betreiben konnten, sollen nun zu je einem Drittel Frequenzen bzw. Marktanteile auf den Staat, gesellschaftliche Gruppen/NGOs und private Unternehmen entfallen. Kabelbetreiber können nicht gleichzeitig terrestrische TV-Sender betreiben. Die Sendelizenzen pro Mediengruppe wurden von 24 auf 10 reduziert, innerhalb eines Jahres sollten diejenigen, die mehr besitzen, diesen »Überschuss« verkaufen. Die Umsetzung des Gesetzes kommt jedoch nur schleppend voran. So haben beispielsweise die zwei größten Medienkonzerne Clarín und die spanische Telefonica bisher noch keine einzige Lizenz abgegeben (vgl. hierzu den Beitrag von Johannes Schulten in diesem Band).

Kein Sender darf in einem regionalen Sendegebiet über mehr als 50 Prozent der dortigen Lizenzen verfügen (Schank/Schulten 2010). Die Einführung neuer technischer Standards müsse stets dem obersten Gebot der Pluralität unterworfen werden (Brock 2010, 16). Mithin können nun erstmals legal und dauerhaft Gewerkschaften, Kooperativen, Universitäten, Stadtteilbewegungen, Frauen- und Indigena-Organisationen etc. ohne behördliche Hürden und Willkür Radio- und Fernsehstationen betreiben. Die Lizenzen sollen von einer siebenköpfigen Regulierungs- und Kontrollkommission vergeben werden, der Vertreter\_innen der Exekutive, der Legislative und der Judikative angehören. Das im Dezember 2009 in Kraft getretene Gesetz ist zwar zwischenzeitlich von Gerichten als verfassungswidrig bezeichnet worden, doch hat dies nicht zur Suspendierung des Gesetzes geführt, da das oberste Gericht im Sinne der Regierung und der Parlamentsmehrheit entschied.

Die Rechte und die betroffenen Mediengruppen – allen voran Clarín, welche 53 Prozent des argentinischen Zeitungsmarkts und 73 Prozent des »Pay-TV« beherrscht – bejammern den angeblichen Untergang der »Pressefreiheit«, der Demokratie etc., – übrigens in trauriger Gemeinsamkeit mit ihren ausländischen »Klassenbrüdern« von der »Neuen Zürcher Zeitung«, der »New York Times«, der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« usw. Sie befürchten, dass die zivilgesellschaftlichen, gemeinnützigen Sender allzu regierungsnah sein könnten (was teilweise zutreffen mag und gewollt ist, teilweise aber auch angesichts deren Unab-

hängigkeit und Autonomie keineswegs zwangsläufig ist). Außerdem meinen Opposition und die großen Mediengruppen, dass die geforderten Verkäufe von Marktanteilen jene Käufer\_innen begünstigen könnten, die der Kirchner-Regierung nahe stehen. Dies mag der Fall sein – oder auch nicht, jedenfalls wird durch das neue Gesetz eindeutig die Konkurrenz und Pluralität im Mediensektor gestärkt und damit die Demokratie vertieft. Vielfach wird in der oberflächlich-ideologischen Kritik seitens der argentinischen Rechten argumentiert, das neue Mediengesetz stelle vor allem einen Racheakt gegenüber den kritischen Medien dar und sei eine Art »Bestrafung« der Clarín-Gruppe, die seit dem Ausstand und Kampf des Agrarsektors 2008 in der Abwehr einer erhöhten Exportsteuer sehr kritisch gegen die Regierung von Cristina Fernández de Kirchner vorgegangen war. Dies übersieht nicht nur den strukturellen und demokratietheoretischen Aspekt des neuen Mediengesetzes, sondern personalisiert die Angelegenheit insofern maßlos, als damit übergangen wird, dass bereits seit über 20 Jahren viele soziale Bewegungen und Gruppen – verstärkt seit 2004 in zahllosen Kommissionen – ihre entsprechenden Vorschläge vorgelegt haben, die nun zu einem Teil von der Regierung aufgegriffen wurden (Uriona 2010).

Auch in *Bolivien* haben sich im Mediensektor unter der Regierung von Evo Morales (seit 2006) einige Veränderungen ergeben, die allerdings als weniger durchgreifend und transformatorisch anzusehen sind, als dies von dem politischen Image der Regierung zu erwarten gewesen wäre.

Auch in *Bolivien* befinden sich die Leitmedien zu ca. 85 Prozent in der Hand privater Akteure, der Konzentrationsgrad ist sehr hoch, andererseits gibt es eine starke lokale Zersplitterung (450 Fernsehkanäle, ca. 800 Rundfunkstationen). Bis 1995 existierte praktisch keine Beschränkungen für Zulassung und Lizenzierung von Sendern, aber auch das »Ley de Telecomunicaciones« von 1995 reguliert zwar letzteres, beschränkt sich aber ansonsten auf technische Aspekte der Rundfunkordnung, ohne Angaben zu Jugendschutzbestimmungen, zu Quoten- und Werbezeitregelungen zu machen (Hetzer 2009, 173). Etwa 80 Prozent der BolivianerInnen verfügen über einen Zugang zu Radio und/oder Fernsehen, und ca. 8-18 Prozent lesen eine Tageszeitung. Die Printmedien sind überwiegend regional ausgerichtet, befinden sich in der Hand einiger einheimischer Familiendynastien und haben Verbindungen zu TV- und Radio-Stationen. Die Verkaufserlöse machen in den meisten Fällen nur ein Drittel der Gesamteinnahmen aus; Werbeeinnahmen und Finanzspritzen der Besitzer\_innen halten selbst die größeren Zeitungen über Wasser. Die politische Funktion dieser Medien gewinnt daher in den Augen ihrer BesitzerInnen, die in ihren sonstigen ökonomischen Machtpositionen durch die Regierung Morales bedroht werden, einen überproportional großen Stellenwert. »Die Politisierung der Medien wird nicht nur gezielt von der neuen Regierung betrieben, sondern lässt sich aus den Besitzverhältnissen und den damit verbundenen Interessensansprüchen herleiten. Es herrscht eine einseitige Berichterstattung vor, die sich nicht selten in rassistischen Ressentiments gegen Indigene äußert.« (ebd., 172)

Gemessen am hohen Anspruch der »Neugründung« Boliviens als »pluri-nationalen Staat« müssen die bisherigen medienpolitischen Initiativen der Regierung Morales als bescheiden bezeichnet werden. Eine gesetzlich geregelte Einschränkung der privaten Medienmacht ist mit dem im Juli verabschiedeten Gesetz zur Neuordnung der Rundfunkfrequenzen entstanden, das die private Medienmacht bedeutend einschränkt. Dieses sieht jedoch eine Übergangsfrist bis 2017 vor (vgl. den Beitrag von Andreas Hetzer in diesem Band). Die Regierung konzentrierte sich bislang vor allem auf die Wiederaneignung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Kommunikationskanäle und die Förderung von zumeist lokalen Medieninitiativen. Es wurde versucht, durch eine entsprechende Kommunikationspolitik seitens der Regierung die Einflussmöglichkeiten der privaten Medien zu unterlaufen (Molina 2010, 204 ff.). Gegenwärtig verfügt die Regierung über einen staatlichen Fernsehsender, einen Hörfunkkanal sowie eine eigene Nachrichtenagentur; eine staatlich finanzierte Tageszeitung (»Cambio«) erscheint seit Januar 2009. Überdies beteiligt sie sich an dem neuen regionalen alternativen Fernsehprojekt »TeleSur« sehr aktiv. Die Umsetzung von bestimmten medienpolitisch relevanten Verfassungsartikeln (z. B. über die Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit in der Berichterstattung und über Vermeidung von Oligopol- und Monopolbildung im Mediensektor) in ein neues umfassendes Mediengesetz wird gegenwärtig heftig diskutiert. Von manchen fortschrittlichen Beobachtern wird die Gefahr wahrgenommen, dass der im Ausbau befindliche staatliche und kommunale Mediensektor zu stark in eine einseitige Abhängigkeit von der Regierung gelangen könnte, damit instrumentalisiert und überpolitisiert werden könnte (so Hetzer 2009, 184). Damit sei eine authentische Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Medien gefährdet. Solange aber die konzentrierte private Medienmacht unangetastet bleibt (bleiben muss?), scheint eine harmonisch-abgewogene und völlig unabhängige basisdemokratisch verfasste Medienstruktur kaum realistisch zu sein. Der Aufbau eines gegenhegemonialen Kommunikationssystems ist wohl unter diesen Bedingungen als alternativlos anzusehen. Wichtig wird dann sein, dass die internen Kontrollen und die Transparenz in der Kommunikation zwischen Exekutive und Basis, zwischen Regierung und den sozialen Bewegungen gewahrt bleiben bzw. realisiert werden können. Dies in extrem angespannten Phasen der Auseinandersetzungen – wie im gegenwärtigen Bolivien – voll zu befolgen, ist zweifellos sehr schwierig.

Eine leichte Entspannung an der »Medienfront« scheint sich nach der – für die Regierung erfolgreichen – Durchführung des Verfassungsreferendums und nach dem erneuten hohen Wahlsieg Evo Morales' (2009) abzuzeichnen (Hetzer 2010, 184).

Seit Ende 2008, mit der Entspannung der allgemeinen politischen Situation in Bolivien infolge der Niederlage der Radikallopposition von Santa Cruz, hat sich auch die starke Polarisierung im Medienbereich reduziert, wobei offenbar auch ein Eigentumswechsel bei der zentralen TV-Station und dem wichtigsten Printmedium hierzu beigetragen hat (Molina 2010, 210 f.). Ob das neue Telekommunikationsgesetz, das ähnlich wie in Argentinien die Radio- und Fernsehlicenzen (bis

2017) zwischen privaten, staatlichen und »zivilgesellschaftlichen« Instanzen zu je einem Drittel aufteilen will (taz vom 1.8.2011), und die seit Anfang 2011 zunehmenden Spannungen zwischen der Regierung Evo Morales und den verschiedenen sozialen Bewegungen an dieser relativen Beruhigung der Mediensituation grundlegendes ändern wird, bleibt abzuwarten.

In *Ecuador* ist die Situation im Mediensektor ähnlich wie in den vorangegangenen Fällen. Schon nach seinem ersten Wahlsieg bzw. Regierungsantritt (2006/07) kam es zu häufigen Konfrontationen zwischen der Regierung Rafael Correas und den großen privaten Medien des Landes. In der im September 2008 mit großer Mehrheit angenommenen Verfassung sind bereits einige Grundsätze zur Neuordnung des Medienwesens festgelegt worden und überdies aufgegeben worden, ein neues Medien – und Kommunikationsgesetz zu erlassen. Letzteres hat die Regierung inzwischen vorgelegt, es ist aber heftig umstritten, teilweise sogar innerhalb der Regierung (Lucas 2010). Aber in der Verfassung sind die Rechte der Bürger\_innen auf freien Zugang zu wahrheitsgemäßen Informationen und die Möglichkeit zu freier Meinungsäußerung in allgemeiner Weise fixiert. Medien dürfen in Zukunft nicht mehr mit Unternehmen aus anderen Branchen verbunden sein. So zum Beispiel gehört der weit verbreitete private Fernsehsender Teleamazonas in Quito dem Chef und Besitzer des größten Geldinstituts in Ecuador, der Pichincha-Bank. Er und einige andere, in ähnlicher Situation befindliche Angehörige der herrschenden Klasse in Ecuador sollten nun bis Oktober 2010 das Medienunternehmen verkaufen, weil »Bank-Besitzer, -Geschäftsführer oder Bank-Aktionäre nach den Bestimmungen der neuen Verfassung kein Kommunikationsmedium mehr besitzen dürfen« (FAZ vom 19.10.2009). Dies gelang bisher jedoch nur im Falle von Teleamazonas (vgl. den Beitrag von Hanno Bruchmann in diesem Band).

Zwar ist es auf dieser allgemeinen Rechtsbasis gelegentlich zu kleinen Strafen gegenüber Sendern und Journalisten und einem zeitweisen (24 bis 72 Stunden) Sendeverbot gekommen, aber außer dem neuen Kommunikationsgesetz hat sich bislang nicht allzu viel oder Grundlegendes geändert. Hier werden noch viele wichtige Elemente genauer zu diskutieren sein, so zum Beispiel die Zusammensetzung und die Kontrollmöglichkeiten eines »Rats für Kommunikation« (der von der Regierung unabhängig sein sollte), nicht zuletzt weil sie die Kompetenz erhalten soll, Lizenzen zu vergeben, sie zu verlängern und die Art der Mediengestaltung nach allgemein akzeptierten Kriterien zu beurteilen. Auch die sehr wichtige Frage nach Höhe und Transparenz von Werbeaufträgen für die Sender und Zeitungen wird Gegenstand des neuen Gesetzes sein müssen (Daniljuk 2009). Ende des Jahres 2009 nahm erstmals eine öffentliche Nachrichtenagentur (Agencia de Noticias del Ecuador y Suramérica, ANDES) die Arbeit auf.<sup>17</sup>

17 »ANDES hat ihren Sitz im Gebäude der öffentlichen Medien des Landes in der Hauptstadt Quito. Dort sind bereits der mit venezolanischer Unterstützung aufgebaute staatliche Fernsehkanal Ecuador TV sowie der öffentliche Radiosender Radio Pública del Ecuador und die junge Tageszeitung El Telégrafo untergebracht« (Graubner 2009).



Immerhin wird selbst von eher konservativen Beobachtern konstatiert, dass die Medien in Ecuador, vor allem das Fernsehen, aber immer mehr auch die Printmedien nicht nur bei der Regierung, sondern auch in der breiten Bevölkerung einen zunehmend schlechten Ruf genießen. Dies bezeugt keineswegs ein notorischer Systemveränderer, sondern ein Redakteur des schweizerischen katholischen Mediendienstes, der sich mit den Medienpraktiken in Ecuador vertraut gemacht hat. »Die Medien gebärden sich in Ecuador – wie in den meisten südamerikanischen Staaten – als politische Akteure. Wie neutrale Beobachter verhalten sie sich dagegen in den wenigsten Fällen. Denn die wichtigen Medien befinden sich in der Regel in der Hand großer Industriekonzerne und Banken, welche die Journalisten dazu drängen, ein rechtes, wirtschaftsnahes Meinungsbild zu zeichnen und Partei gegen die Linksregierung zu ergreifen ... Die Journalisten geraten auf diese Weise zwischen Hammer und Amboss, zwischen Regierung und Arbeitgeber. Wollen sie ihren Beruf weiterhin ausüben, müssen sich die Medienschaffenden wohl oder übel der Meinung der Opposition anschließen. Im Gegenzug müssen sie damit rechnen, immer häufiger von der Regierung angegriffen oder geschmäht zu werden.« (Wenzler 2010, 3)

Das im Mai 2011 abgehaltene und von Präsident Correa knapp gewonnene Referendum enthielt auch eine Abstimmung über eine von der Regierung einzusetzende Medienkommission, die über Regelverletzungen zu entscheiden hat (siehe hierzu den Beitrag von Hanno Bruchmann in diesem Band). Gegenüber anderen – durchaus problematischen – Punkten der Volksabstimmung scheint die Kritik an dieser Medienkommission (auch von linker Seite) »weniger nachvollziehbar«, wie Ralf Ohm bemerkt. »Das teilweise religiös anmutende Hohelied auf die ach so gefährdete Pressefreiheit im Vorfeld des Plebiszits war verlogen und peinlich, wozu die oppositionelle Linke weitgehend schwieg und sich damit zum Verbündeten einer völlig inhaltsleeren Rechten machte« (Ohm 2011, 33). Die gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und oppositionellen Journalisten/Medien – im Zusammenhang mit dem Putschversuch vom 30. September 2010 – haben mittlerweile zu einer – vom höchsten Gericht des Landes bestätigten – scharfen Verurteilung des Kommentators geführt (vgl. FAZ vom 26.7.2011).<sup>18</sup>

## **Erfolge, Defizite und Ambivalenzen**

Auch wenn viele Einzelelemente der Restrukturierung des Mediensektors in Ecuador ebenso wie in Bolivien, Argentinien und Venezuela noch offen sind und Gegenstand weiterer politischer Auseinandersetzungen sein werden, so zeichnen

<sup>18</sup> Ein Leitartikler von »El Universal«, der Correa als Diktator und indirekt als Mörder bezichtigt hatte, und drei Direktoriumsmitglieder dieser Zeitung wurden zu einer Haftstrafe von drei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von vierzig Millionen Dollar verurteilt.

sich doch schon gewisse Demokratisierungs- und Entflechtungstendenzen im Medienwesen ab, welche zum einen die extrem hohe private Machtkonzentration im ökonomischen Sinne einer Revision zu unterziehen versuchen, zum anderen danach trachten, allmählich Gegengewichte in Gestalt von mehr staatlichen und kommunitären oder gesellschaftlichen Artikulationsmöglichkeiten aufzubauen. Beide Seiten dieser erst vor kurzem in Gang gekommenen Prozesse weisen klar in eine neue Richtung. Aus demokratietheoretischer Sicht ist dies auf jeden Fall zu begrüßen. Die Reichweite und die Wirkungen dieser Maßnahmen für die Herstellung einer demokratischen Öffentlichkeit auch in peripheren oder semi-peripheren Ländern werden erst in der Zukunft zu beurteilen sein.

Wichtig ist, dass ein zentrales Thema der Partizipation, der Bewusstseinsbildung und der Politisierung wieder offen und kontrovers diskutiert wird (»steinerne Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden«) und konkrete Veränderungen sich in den einzelnen Ländern abzeichnen. Bemerkenswert ist, dass diejenigen (teilweise als linksliberal angesehenen) Stimmen, die das in fast allen Ländern Lateinamerikas über lange Zeit hinweg vorherrschende Medienoligopol wenig gestört hat, nun in das Geschrei um die »Erhaltung der Pressefreiheit« und gegen die »Maulkorbgesetze« einstimmen und wenig differenzierte Kommentare präsentieren (z. B. auch El Pais vom 7.09.2009 oder Der Freitag vom 11.09.2009).

Erstaunlich ist ebenso, dass die großen Medienkonzerne Brasiliens auch unter der Regierung Lulas offenbar ein Tabu blieben und umgekehrt viele Basis-Radiosender – trotz relativ fortschrittlicher Gesetzeslage von 1998 – in der Ausübung ihrer Tätigkeit und bei Verteidigung bzw. bei Erwerb von Sendelizenzen arg behindert wurden. »Unter der Regierung Ignacio Lula da Silvas wurden inzwischen weitaus mehr Freie und Community Radios geschlossen als unter seinem sozialdemokratischen Amtsvorgänger Fernando Henrique Cardoso.« (Brock 2010, 18) Auch die neue Präsidentin Dilma Rousseff hat erst vor kurzem einen Vorstoß ihrer Partei (PT) zur Demokratisierung und Regulierung des sehr stark von privaten Monopolen/Oligopolen beherrschten Medienwesens zurückgewiesen, was möglicherweise auch mit ihrer (von den Medien unterstützten) Anti-Korruptionskampagne, der bereits fünf Minister aus ihrem Kabinett zum Opfer gefallen sind, zusammenhängt (El Pais vom 20.7.2011 und El Pais vom 6.9.2011). In Peru, Mexiko und Honduras sind die kommunitären Radiostationen nicht selten von Illegalisierung und Verfolgung bedroht (Tamayo 2010, 2). Andererseits kam es in Uruguay (2007) und in Chile (2010) zu neuen Gesetzen, die kommunitäre Radiosender im Vergleich zu ihrem vorherigen (halblegalen) Status begünstigen. Allerdings scheinen die Umsetzungsmodalitäten diesen partiellen Fortschritt – im Falle Chiles – wieder zu verwässern (Mauersberger 2011).<sup>19</sup>

19 Diese Unterschiede in der Medienpolitik der (Mitte-)Links-Regierungen führt Kitzberger auf die differierenden Grade des institutionellen Verfalls oder der Stabilität des politischen Systems (Parteien, Parlament, Justiz etc.) bei deren Regierungsantritt zurück (Kitzberger 2010, 16 ff.).

Es bleibt in mancherlei Hinsicht noch viel zu tun, wenn die Ziele des medialen Gegengewichts oder sogar der Gewinnung einer Gegenhegemonie wirklich erreicht werden sollen. Die Mitte-Links-Regierungen müssten mehr die Bedeutung dieses Kampffeldes und dessen Zentralität für die reale Demokratisierung der Gesellschaften betonen und entsprechend mobilisieren. Gelegentlich kommt es auch zu Konflikten zwischen Basis-Medien und progressiven Regierungen, in solchen Fällen wäre nach institutionellen Kanälen zu suchen, die es ermöglichen, beiden Seiten gerecht zu werden. Die sozialen Bewegungen und fortschrittlichen Gruppierungen ihrerseits müssten diese Dimension des politischen Kampfes stärker akzentuieren und die permanente öffentliche Auseinandersetzung nicht scheuen. Dies ist in vielen Konstellationen durchaus Realität, es gibt aber auch die Tendenz, sich mit dem lokal Erreichten zufrieden zu geben oder (subaltern-paternalistisch) auf die Allzuständigkeit einer linken Regierung zu vertrauen.

Nicht unerhebliche Unterstützung und Anregungen können diese neuen medienpolitischen Tendenzen möglicherweise durch das überstaatliche Projekt TeleSur erfahren. Diese von Präsident Chávez im Juli 2005 geschaffene transnationale Nachrichtenagentur, die zugleich Informations- und Bildungssender ist, versteht sich explizit als Gegenkraft zu den großen privaten nordamerikanischen Fernsehstationen CNN und Univisión sowie der britischen BBC.

TeleSur ist nicht gewinnorientiert und begreift sich als Sprachrohr sozialer Bewegungen und fortschrittlicher Regierungen Lateinamerikas. Die Bekämpfung von Ausbeutung, Ungleichheit und Diskriminierung gehört ebenso zu seinen Grundmaximen wie das Eintreten für die Einheit Lateinamerikas. An TeleSur sind gegenwärtig – in unterschiedlichem Ausmaß – außer Venezuela Argentinien, Bolivien, Kuba, Ecuador, Nicaragua und Uruguay beteiligt. Inwiefern TeleSur, der ein breites Korrespondenten- und Redakteursnetz unterhält und zur professionellen Ausbildung von NachwuchsjournalistInnen beiträgt, wirklich diese antreibende und beispielgebende Rolle für Lateinamerika zu spielen in der Lage ist, wird davon abhängen, ob es diesem Gemeinschaftsprojekt gelingen wird, eine von den Regierungen unabhängige, alternative Medienkultur glaubwürdig zu entfalten. (vgl. hierzu Aharonian 2008, der einige zentrale Probleme auf dem Weg dahin anspricht). Mit dem Aufbau eines Beobachtungszentrums von lateinamerikanischen Medien aller Art und ihrer Arbeitsweise, welches von sozialen Bewegungen getragen ist, soll – nach dessen Vorstellungen – dem enormen Bedeutungsgewinn der – über Medien vermittelten – entpolitizierenden Wirksamkeit privatwirtschaftlicher Profit- und Herrschaftsinteressen entgegen gearbeitet werden (Aharonian 2010).<sup>20</sup>

20 Aram Aharonian ist gegenwärtig Direktor des »Observatorio Latinoamericano en Comunicación y Democracia (ULAC).

## Literatur

- Aharonian, Aram (2008): Ein Gespräch mit Aram Aharonian, dem Vizepräsidenten des lateinamerikanischen Fernsehsenders TeleSur. In: *amerika21.de* vom 6.12.2008.
- Aharonian, Aram (2010): Observatorios, la veeduría social de los medios. In: *América en movimiento*, No. 455 (mayo 2010), S. 16-18.
- Azzellini, Dario (2006): *Venezuela Bolivariana. Revolution des 21. Jahrhunderts?*, Köln.
- Becker, Jörg (1984): Vom Vorurteil zur Abhängigkeit. Konflikte auf dem Weg zu einer Neuen Internationalen Informationsordnung. Eine Einleitung. In: Steinweg, Reiner/Becker, Jörg (Hrsg.): *Medienmacht im Nord-Süd-Konflikt: Die Neue Internationale Informationsordnung*, Frankfurt a. M., S. 16-44.
- Becerra, Martín/Guillermo Mastrini (2009): Los dueños de la palabra. Acceso, estructura y concentración de los medios en la América Latina del Siglo XXI, Buenos Aires.
- Behrens, Peter-Alberto (2010): Aló Presidente – Presse und Politik in Lateinamerika. In: *KAS-Auslandsinformationen*, Nr. 2/2010, S. 97-112.
- Boris, Dieter (2007): Linkstendenzen in Lateinamerika, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus* 7-8, Hamburg.
- Brand, Uli/Sekler, Nicola (2009): «Postneoliberale» emanzipatorische Kräfte in Lateinamerika? In: Gerlach, Olaf u. a. (Hrsg.): *Globale Solidarität und linke Politik in Lateinamerika*, Berlin, S. 207-226.
- Brock, Niels (2010): Ein nie gehörtes Radio ist möglich. Unabhängige Radios in Argentinien, Brasilien, Mexiko und Chile – eine Übersicht über die neuen Mediengesetze in Lateinamerika. In: *Lateinamerika-Nachrichten*, Nr. 428 (Februar), S. 16-20.
- Costa, Sérgio (2004): Der Kampf um Öffentlichkeit: Begriffe, Akteure, politische Dynamiken. In: Gabbert, Karin u. a. (Hrsg.): *Medien und ihre Mittel*, Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte, Münster, S. 13-31.
- Daniljuk, Malte (2009): Ecuador diskutiert neues Mediengesetz. In: *amerika21.de* vom 23.12.2009.
- Friedrich Ebert Stiftung (FES) (2008): *News Letter Lateinamerika*, 1. Halbjahr 2008.
- Gabriel, Leo/Herbert Berger (Hrsg.) (2010): *Lateinamerikas Demokratien im Umbruch*, Wien.
- Graubner, Maxim (2009): Ecuador mit eigener Nachrichtenagentur. In: *amerika21.de* vom 30.12.2009.
- Hetzer, Andreas (2007): Der Kampf um die Deutungshoheit. Die Demokratisierung der Medien in Lateinamerika als Bestandteil politischer Transformation. In: *ILA*, Nr. 308 (September 2007), S. 4-6.
- Hetzer, Andreas (2009): Medienpolitische Initiativen der Regierung Morales. In: Ernst, Tanja/Schmalz, Stefan (Hrsg.): *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales*, Baden-Baden, S. 171-185.
- Hetzer, Andreas (2010): Eine konfliktreiche Beziehung. Politik und Medien bei der Neugründung Boliviens. In: Gärtner, Peter u. a. (Hrsg.): *Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung*, Leipzig, S. 166-186.
- Kitzberger, Philip (2010): *The Media Activism of Latin America's Leftist Governments: Does Ideology Matter?* Hamburg (Giga- Working Papers No. 151, Nov. 2010).
- Lambert, Tobias (2009): Tiefe Gräben. Opposition in Venezuela mobilisiert gegen Medienpolitik und neues Bildungsgesetz. In: *Lateinamerika-Nachrichten*, Nr. 423/424 (September/Oktober 2009), S. 17-19.
- Lievesley, Geraldine/Ludlam, Steve (Hrsg.) (2009): *Reclaiming Latin America. Experiments in radical social democracy*, London.
- Lopez-Calva, Luis/Lustig, Nora (2010): Rückgang der Ungleichheit in Südamerika: Segensreiche Umverteilung. In: *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung*, Juli, S. 3.
- Lucas, Kintto (2010): Mordaza o democratización de los medios? Text abrufbar unter: <http://alainet.org/active/35262> (Zugriff: 13.8.2010).
- Mauersberger, Christof (2011): Kurze Antennen. In: *Lateinamerika-Nachrichten* Nr. 441, (März 2011), S. 27-30.
- Molina, Fernando (2010): De la Polarización a la hegemonía. In: Rincon, Omar (Hrsg.): *¿Porque nos odian tanto?* Bogota, S. 199-215.
- Nueva Sociedad, Nr. 234, julio-agosto de 2011.
- Oehlein, Josef (2009): Neue Zwangsjacken für die Journalisten. In: *FAZ* vom 19. Okt. 2009.
- Ohm, Ralf (2011): Pyrrhussieg für den Präsidenten. In: *Lateinamerika-Nachrichten*, Nr. 444 (Juni 2011), S. 32-33.
- Panizza, Francisco (2009): *Contemporary Latin America. Development and democracy beyond the Washington Consensus*, London.
- Priehn, Wiebke (2007): Mediengigant aus Gütersloh. Der Bertelsmann Konzern in Lateinamerika. In: *ila*, Nr. 308 (Sept. 2007), S. 28-29.
- Rincón, Omar (Hrsg.) (2010): *¿Porque nos odian tanto? Estado y medios de comunicación en América Latina*, Bogota.
- Schank, Kristy/Schulden, Johannes (2010): Die Meinungsmacher von Buenos Aires. In: *junge Welt* vom 7. August 2010.
- Sel, Susana (2009): *Comunicación alternativa y políticas públicas en el combate latinoamericano*. In: dies (Hrsg.): *La comunicación mediatizada: hegemonía, alternativas, soberanías*, Buenos Aires, S. 13-36.

- Sel, Susana (Hrsg.) (2010): Políticas de comunicación en el capitalismo contemporáneo. América Latin y sus encrucijadas, Buenos Aires.
- Tamayo, Eduardo (2010): Asunción: Fructífero diálogo entre comunicadores/as y gobiernos progresistas. In: [alainet.org](http://alainet.org) vom 11. August 2010.
- Uriona, Viviana (2008): Argentinien: Straßenprotest und Mediendemokratie. In: *Welt Trends*, Nr. 61 (Juli/August 2008), S. 71-78.
- Uriona, Viviana (2010): Argentinien: Kampf um Gegenhegemonie in der Mediendemokratie. In: Gabriel, Leo/Herbert Berger (Hrsg.): *Lateinamerikas Demokratien im Umbruch*, Wien, S. 277-299.
- Voigt, Nina (2007): Pressefreiheit und Korruption in Lateinamerika: Auswirkungen der wirtschaftlichen Konzentration der Medien. In: *Lateinamerika Analysen* 17,2, S. 35-68.
- Wasko, Janet (2008): What is Media Imperialism? In: *Journal für Entwicklungspolitik*, Vol. 24, Nr. 1/2008, S. 33-56.
- Wenzler, Michel (2010): Ecuador: Regierungspropaganda gegen private Medienmacht. In: *Medienheft des kath. Mediendienstes*, Zürich, Zugriff 14. August 2010.
- Zibechi, Raúl (2007): Kollaps der Freiheit. Panamericana oder RCTV?. In: *ILA*, Nr. 308 (September 2007), S. 7 f.

## **Das Verhältnis von Medien, Politik und Ökonomie in Lateinamerika vor dem Hintergrund aktueller Medienreformen**

### **Kommunikation als Lebenselixier der Demokratie**

Die Entscheidungsfindung zu Angelegenheiten von öffentlichem Interesse ist ohne Kommunikation nicht denkbar, sodass Kommunikation als »zentraler Operationsmodus« (Marcinkowski 2001, 242) von Politik angesehen werden kann. Es gehört zu den Grundannahmen der Politikwissenschaft, dass eine funktionsfähige Demokratie von der kommunikativen Verfasstheit einer Gesellschaft wesentlich beeinflusst wird. »Kommunikationsbeziehungen zwischen politischen Funktionsträgern und Bürgern, zwischen Bürgern untereinander oder zwischen Funktionsträgern und der (organisierten) Öffentlichkeit gehören zu den kulturellen Grundlagen der Demokratie.« (Grunwald 2006, 57) Diese vielfältigen Beziehungen setzen ein komplexes Kommunikationssystem voraus, das alle Akteure in die Lage versetzt, reziprok und diskursiv miteinander in Austausch zu treten. Nach Möglichkeit sind demnach alle denkbaren Kommunikationsmodi zwischen Einzelnen und Kollektiven darin vereint und von allen Beteiligten gleichberechtigt nutzbar, um den demokratischen Grundgedanken der Gleichheit auch auf die Kommunikationsrechte zu übertragen. Die Ausgestaltung der kommunikativen Beziehungen hat Konsequenzen sowohl für die Politikvermittlung an die Bürger als auch für die Kontrolle und Legitimation politischer Herrschaft, indem die Interessen der Bürger an die politischen Entscheidungsträger weitergeleitet und als Input in das politische System eingespeist werden (vgl. Gerhards 1998, 268). Da politische Entscheidungen in demokratischen Systemen nicht ohne die Zustimmung der breiten Wählerschaft durchsetzbar sein sollten und einer rationalen Begründung bedürfen, sind sie auf die Veröffentlichungsleistung der Massenmedien angewiesen. Es »ist zu erwarten, dass die Art und Weise, wie kommuniziert wird und welche Transmissionssysteme dabei zur Anwendung kommen, Auswirkungen auf die Qualität der Demokratie selbst haben wird« (Lindner 2007, 72).

Der Gestaltung von Mediensystemen muss daher eine wichtige Funktion zukommen, vorausgesetzt die politisch Verantwortlichen haben ein Interesse an einer dauerhaften Rückkopplung mit der Bevölkerung. Denn es ist keineswegs selbstredend, dass alle politischen Aushandlungsprozesse immer gleichwohl transparent sind. Vielmehr zeigt sich, dass Medien besonders bei der Artikulation politischer Positionen in der Öffentlichkeit über ein hohes Maß an Einfluss verfügen, wohingegen die Ausarbeitung und Verhandlung konkreter politischer Maß-

nahmen in Gremien oder Ausschüssen hinter verschlossenen Türen stattfindet. Die Balance zwischen diskreten politischen Strategien bzw. Kompromissaushandlungen von Entscheidungsträgern einerseits und der Offenheit und Responsivität gegenüber den Staatsbürgern andererseits ist gesellschaftlich umstritten und hängt von verschiedenen Vorstellungen des Verhältnisses von Medien und Politik ab (vgl. Sarcinelli 2009, 33, 75). Prinzipiell werden dazu drei grundlegende Modelle voneinander unterschieden: Das Paradigma der Gewaltenteilung geht von einer strikten Trennung der beiden Bereiche aus, die unabhängig voneinander agieren. Medien gelten dabei als Vierte Gewalt im Staate mit weitgehenden Kontroll- und Kritikrechten gegenüber der Politik. In dieser Funktion sollen sie politischen Missbrauch aufdecken und stehen als neutrale Vermittler im Dienste der Bevölkerung. Mit dem Modell der Instrumentalisierung ist angezeigt, dass entweder die Politik die Medien steuert oder umgekehrt. Letztere Annahme ist durch die These eines Wandels moderner Gesellschaften zur Mediokratie popularisiert worden (vgl. Meyer 2001), die von einer zunehmenden Anpassung der politischen Akteure an die Medienlogik ausgeht. Politik verkomme zu reiner Symbolpolitik und richte sich nach demoskopisch viel versprechenden Marketing- und Inszenierungsstrategien, sodass es zu einer Entleerung politischer Inhalte komme. Das dritte Beziehungsparadigma spricht schließlich von einer Interdependenz zwischen Politik und Medien, indem es zu Tauschgeschäften und engen Verflechtungen beider Systeme komme. Medien garantieren den Politikern Aufmerksamkeit bei der Wahlbevölkerung und erhalten dafür im Gegenzug politische Informationen als Rohstoff für ihre Programme (vgl. Sarcinelli 2009, 120). Es ist nicht zu übersehen, dass diese drei Konzepte der politischen Kommunikationsforschung ökonomische Einflussfaktoren nicht in Betracht ziehen und einen systemischen Bias aufweisen, der die Kopplungen des politischen und medialen Systems in funktional-ausdifferenzierten Gesellschaften isoliert von zivilgesellschaftlichen Kommunikationsbedürfnissen betrachtet. Nichtsdestotrotz taugen sie als Heuristik auch für die Analyse der Beziehung zwischen Staat und Medien im historischen Verlauf für die Länder Lateinamerikas. Ein kurzer, zugegebenermaßen etwas oberflächlicher Abriss zur Situation der Medienlandschaften Lateinamerikas scheint notwendig, um den Handlungsrahmen für die Regierungsmaßnahmen angemessen zu bewerten.

## **Die Politische Ökonomie der Medien in Lateinamerika**

Zu Beginn der Formierung eigener Mediensysteme waren die Regime Lateinamerikas von Auslandsdirektinvestitionen und einem Technologie- sowie Wissenstransfer aus den USA abhängig, insbesondere zum Aufbau erster Radiostationen, die z. T. nur amerikanische Sendungen auf öffentlichen Plätzen reproduzierten. Das lateinamerikanische Rundfunksystem kann oberflächlich betrachtet als eine

Adaption des US-amerikanischen Modells gelten, das sich durch private und kommerziell finanzierte Stationen auszeichnet. Lange bevor das Globalisierungskonzept durch die akademischen Hallen kreiste, können in der frühen Entwicklung der Mediensysteme Lateinamerikas bereits starke Internationalisierungstendenzen und Diffusionsprozesse aus den USA ausgemacht werden. Die auf Privatinitiative fußende Medienentwicklung richtete sich mehr und mehr an ein Massenpublikum, sodass Regierungen nach der Kontrolle über die Informations- und Unterhaltungsquellen trachteten. Paradoxe Weise resultierte daraus ein Hybrid aus einem kaum regulierten Mediensektor einerseits und einem starken politischen Einfluss andererseits. Die führenden Eliten strebten eine ökonomische Akkumulation unter politisch stabilen Bedingungen an, sodass sie aus dem kommerziellen Rundfunksystem weniger eine kritische Kontrollinstanz als vielmehr ein Unterhaltungsmedium mit einer fügsamen Gefolgschaft aus Journalisten machen wollten. Parallel dazu kam es in einigen Ländern auf Druck fortschrittlicher Kräfte aus Zivilgesellschaft und politischen Fraktionen zu Bestrebungen, Medien stärker dem nationalen Interesse unterzuordnen. Ziel war es, eine stärkere staatliche Kontrolle über die nationalen Sender durchzusetzen, um die Verbreitung einheimischer Inhalte und nationale Eigentumsverhältnisse zu forcieren. Allerdings setzte sich weniger ein Modell zur Gemeinwohlorientierung oder für die nationale Entwicklung durch. Die Maßnahmen im nationalen Interesse gingen meist mit einer Stärkung politischer Partikularinteressen einher. Daher kann Lateinamerika im Medienbereich bereits früh auf einen intensiven Staatsinterventionismus durch Maßnahmen wie Lizenzierung, staatliche Werbung oder Zensurmechanismen zurückblicken, wie z. B. in den 1930ern in Brasilien unter Vargas oder nach dem Staatsstreich in Argentinien im September 1930. Neben dem »Mediennationalismus« wurden das Radio und später das Fernsehen auch unter wohlfeilen Vorgaben instrumentalisiert. Nach den Wirren der mexikanischen Revolution gründete die neue Regierung 1924 eine Radiostation, die dem Bildungsministerium unterstand und die kulturelle und ökonomische Integration breiter Bevölkerungsteile avisierte. Zehn Jahre später verteilte der Präsident Lázaro Cárdenas Radioempfänger an bäuerliche Gemeinden und Arbeitervereine, um Bildungsprogramme zu senden (vgl. Fox/Waisbord 2002a, 303).

Anknüpfungen an Medienkonzepte unter Berufung auf das Allgemeinwohl fanden in den 1950er und 1960er Jahren im Zuge modernisierungstheoretischer Diskussionen statt. Über die Vermittlung von Bildung, Informationen und modernen Werten erhoffte man sich einen Bewusstseinswandel der zurückgebliebenen Massen, deren traditionelle Weltbilder und Lebensformen als Hindernisse für eine Modernisierung und Entwicklung der Dritte-Welt-Länder angesehen wurden (vgl. Lerner 1964). Ausgehend von mechanistischen Kommunikationsmodellen und rassistisch fundierten, nekolonialen Entwicklungsvorstellungen wurden große Summen von der UNESCO und der Organisation amerikanischer Staaten für Equipment und Programme ausgegeben, um Massenmedien zur Gesundheitsför-



derung, Bildung, ländlichen Entwicklung und Familienplanung einzusetzen. Ergebnisse solch finanzieller Unterstützungen zeigten sich beispielsweise in Kolumbien, wo Präsident Carlos Lleras 1966 ein TV-Bildungsprogramm ins Leben rief, das als Ergänzung zum Unterricht im Klassenraum gedacht war. Mexiko lancierte 1968 mit Telesecundaria ein ähnliches Projekt für Sekundärschulen. Diese Versuche existierten meist nur, solange die ausländischen Gelder flossen und die internationale Gemeinschaft vom Erfolg der theoretischen Modellannahmen überzeugt war (vgl. Fox/Waisbord 2002a, 304).

Dependenztheoretiker wie Cardoso/Faletto oder Gunder Frank regten auch in der Medienforschung der 1970er kritische Konzepte an, die von einem einseitigen Informationsfluss von Nord nach Süd durch die Hegemonie westlicher Nachrichtenagenturen und einem Medien- bzw. Kulturimperialismus im globalen Maßstab sprachen. Aufgrund der Abhängigkeit der Länder der Peripherie von den kapitalistischen Zentren in Sachen Medientechnologien und Programmproduktion, reproduzierte sich die Ideologie des kapitalistischen Westens in den Ländern des Südens und manipulierte die Gedanken- und Bewusstseinsformen (vgl. Mattelart 1979). Solche Anstöße führten innerhalb der UNESCO zu einem Richtungswechsel und auf Drängen der Blockfreien Staaten zu einer Debatte um eine *Neue Weltinformations- und -kommunikationsordnung (NWIKO)*, die jedoch wenig materielle Konsequenzen für die Staaten Lateinamerikas hatte und nichts an den angeprangerten Ungleichgewichten im einseitigen Kommunikationsfluss änderte. Während liberale Modernisierungstheorien die Frage nach Machtverhältnissen auf dem Medienmarkt vernachlässigt hatten, kann den Mediendependenztheorien in ihrer einseitigen Kapitalismuskritik eine Unterschätzung der Rolle des Staates im Medienbereich nachgewiesen werden (vgl. Waisbord 2000, 53).

Mit Aufkommen der Militärrregime in den 1970er Jahren in den meisten Ländern Lateinamerikas wurden dann Einzelmedien verboten und der staatliche Propagandaapparat aufgerüstet. Zur Legitimierung des Status quo richteten sich Zensurmaßnahmen in erster Linie gegen oppositionelle und kritische Standpunkte in der Öffentlichkeit. Neben den propagandistischen Sprachrohren verfolgten einige Medienorgane eine Art Appeasement-Politik mit den autoritären Regierungen, die überwiegend auf Unterhaltungsprogramme setzte, um möglichen Repressionen aus dem Weg zu gehen. Regierungsnahe Medien wie z. B. die Zeitung *El Mercurio* in Chile unterstützten sogar die autoritären Maßnahmen und hießen die ökonomischen Reformmaßnahmen willkommen (vgl. ebd., 54). Kurioserweise waren es die Militärrregierungen, die in vielen Ländern eine Liberalisierung und Transnationalisierung des Mediensektors in den 1970ern und 1980ern in Gang setzten, indem sie ökonomische Reformen realisierten, die auch den Medien größere Marktfreiheiten gewährten. Vor allem die Belebung des Konsumgütermarktes und die damit einhergehenden Werbemaßnahmen zur Absatzsteigerung bescherten den Medienbetreibern einträgliche Finanzierungsquellen. Aufgrund von Verbindungen zu Regierungskreisen und opportunistischer Berichterstattung verschafften

sich einzelne Medienunternehmen Wettbewerbsvorteile, die sich in einer marktbeherrschenden Stellung ausdrückten. TV Globo in Brasilien wurde beispielsweise erst unter Mitwirken des Militärregimes von 1964 bis 1985 als Mediengigant aufgebaut und musste erst gar nicht kontrolliert, geschweige denn zensiert werden. Globo mit seinem landesweiten Sendernetzwerk versicherte den Militärs die Unterstützung und wurde dafür mit nationalen Lizenzen belohnt. In Mexiko entwickelte sich unter dem Ein-Parteien-Regime der PRI ein politisch-medialer Komplex, der sich dadurch auszeichnete, dass das TV-Monopol Televisa die PRI offen unterstützte und umgekehrt einige Politiker Besitzanteile an medialen Unternehmen hielten. Folglich konnten sich bereits unter dem Protektorat autoritärer Regime einflussreiche Medienmonopole entwickeln, die nach der demokratischen Transformation gegenüber den sich neu konstituierenden Parteien und politischen Kräften einen erheblichen Entwicklungsvorsprung hatten (vgl. Fox 1998, 23; Schmitt-Beck/Voltmer 2007, 87 f.). Dadurch konnten sie gegenüber politisch schwachen Regulierungsakteuren ihre ökonomische Vormachtstellung bewahren, indem sie Eingriffe in das »freie Spiel der Marktkräfte« zu verhindern wussten und nicht selten über die Popularität von politischen Entscheidungsträgern entschieden. »Since commercialization of the media had taken place under the old regime, the structure of the media remained largely unchanged after transition to democracy.« (Schmitt-Beck/Voltmer 2006, 230)

Wo sich jedoch weniger enge Netzwerke zwischen Staat und Medien wie in Peru, Argentinien oder Chile während der Militärregime etabliert hatten und es teilweise zu Enteignungen kam, war der Fernsehmarkt stärker fragmentiert. In Peru wurden die Medien unter der nationalistischen Militärregierung enteignet und erst mit dem Regimewechsel 1980 wieder an die alten Medieneigner zurück gegeben. In Argentinien nahm das Militär die Enteignung der Medienunternehmen unter den Peronisten 1974 nicht zurück und misstraute den privaten Konzernen aus Angst vor dem eigenen Machtverlust, sodass die Rundfunkstationen unter vollständiger Kontrolle der Streitkräfte blieben. Die Re-Privatisierung erfolgte erst 1989 unter der Regierung Menem. In Chile hatte sich ein anderes Modell als in vielen Ländern Lateinamerikas durchgesetzt. TV-Sender waren ursprünglich den staatlichen und kirchlichen Universitäten unterstellt. Nach der brutalen Machtübernahme von Pinochet 1973 litten diese unter einer strengen Zensur, während im Einklang mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik auch im Mediensektor die Gründung kommerzieller Sender erlaubt wurde (vgl. Fox/Waisbord 2002a, 305).

Nach dem Zusammenbruch der Militärregierungen, der in den wenigsten Fällen mit der Unterstützung der Medien herbeigeführt wurde, kam es Ende der 1980er Jahre trotz der ökonomischen Krisen und Staatsverschuldungen in Ländern wie Argentinien, Chile, Mexiko und Brasilien zu einem explosionsartigen Anstieg von Haushalten, die über einen Fernseh- oder Radioapparat verfügten. Nach einer anfänglichen Dominanz des Satellitenfernsehens etablierte sich in diesen Ländern mit einer vergleichsweise kaufkräftigen Mittelschicht Ende der

1990er Jahre die Distribution über Kabel, die schätzungsweise 20 Prozent der Gesamthaushalte abdeckte. Während sich ein Großteil der Bevölkerung nach wie vor mit dem terrestrischen Empfang der nationalen Sender begnügen muss, weichen v. a. die finanziell besser ausgestatteten Schichten zunehmend auf die breite internationale Auswahl an Kabel- und Satellitenprogrammen aus, sodass sich die Medienrezeption an der heterogenen Sozialstruktur orientiert. Diese Beobachtung trifft ebenfalls auf die Printmedien zu, die in den meisten Ländern ein Elitemedium sind, mit einem überproportionalen Einfluss auf die politische Agenda im Vergleich zu ihrer Auflagenstärke.

Die technologischen Entwicklungen, die Etablierung multimedialer Konglomerate und die Intensivierung des transnationalen Tauschverkehrs von Geld und Mediengütern stellte eine staatliche Regulierung des Rundfunks vor zunehmende Herausforderungen. Ohne sich diesen ernsthaft zu stellen, wurden in den 1990ern in vielen Ländern die letzten Ansätze staatlicher oder öffentlicher Verfügung über die Kommunikationskanäle beseitigt. Die Privatisierungswelle griff auch auf die Fernsehindustrie über. Argentinien und Mexiko versteigerten ihre staatlichen Sender, die in den 1970ern verstaatlicht worden waren. Chile gab die Lizenzen der Universitäten für privates Kapital frei und auch Kolumbien schmälerte den staatlichen Einfluss (vgl. ebd., 306). Die lange Ära des Staatsinterventionismus in den Medienmarkt nahm mit dem Übergang zur demokratischen Zivilherrschaft ein rasches Ende und verhalf dem privat-kommerziellen Modell zum absoluten Durchbruch, ohne in irgendeiner Art und Weise ein duales System aus öffentlichen und privaten Medien oder Regulierungsmodelle fernab von Privatisierung und Selbstregulierung zu erproben. Die Abstinenz von kartellrechtlichen Regelungen im Mediensektor und die stückweise Öffnung aller Medienbereiche stärkten die regionalen Multimediakonzerne zusätzlich. Neben den bereits existierenden Quasi-Monopolen in Brasilien und Mexiko kam es auch in Argentinien mit der Grupo Clarín und CEI, in Kolumbien mit Caracol und RCN sowie in Venezuela mit Venevisión und TVC zu Medienkonzentrationsprozessen in der Programmproduktion und -verbreitung, die weltweit ihresgleichen suchen.

Diese politökonomischen Konstellationen hatten natürlich langfristige Konsequenzen für das Verhältnis zwischen Markt, Staat und Medien, sodass die obigen Paradigmen erweitert werden müssen, weil sie quasi selbstredend autonome, ausdifferenzierte Funktionssysteme voraussetzen. Ebenso stellen die Spezifika lateinamerikanischer Mediensysteme die politische Transitionsforschung vor ungelöste Probleme, denn die Minimalbedingungen elektoraler Demokratien erwiesen sich keineswegs als förderlich für den Abbau von Ungleichheiten bei der Verteilung kommunikativer Ressourcen. »The return of liberal democracy has neither disturbed the steady march of companies to engulf substantial media resources nor overturned the intertwined relations between commerce and states.« (Waisbord 2000, 60) Im Gegenteil: Eine Konsolidierung demokratischer Mediensysteme muss in fast allen Ländern Lateinamerikas als gescheitert angesehen

werden, wenn man die oligarchischen Besitzverhältnisse, die mangelnden journalistischen Standards, die Mediengesetzgebung sowie die publizistische Vielfalt betrachtet (vgl. Hughes/Lawson 2005, 9). Welche Gründe lassen sich für die Dauerhaftigkeit derartig defizitärer Medienstrukturen anführen?

Das Konzept des Klientelismus scheint als mögliches Erklärungsmuster geeignet, weil es zum Verständnis der Politischen Ökonomie der Medien beiträgt und auf die Reduktionismen einer einseitigen Marktkritik oder einer strikten Ablehnung jeglichen Staatsinterventionismus verzichtet. Stattdessen kann das dynamische Beziehungsgeflecht zwischen Kapital, Staat und anderen politischen Akteuren je nach historisch-politischer Konstellation handlungstheoretisch auf einer Mikro-Ebene analysiert werden (vgl. Hallin/Papathanassopoulos 2002, 184). Für den Fall Lateinamerika lassen sich damit zwei Entwicklungslinien – wiederum auf einer generellen Ebene – resümieren: Zum einen haben wir es mit einer starken Kongruenz zwischen medialen und politischen Akteuren zu tun. Problematisch sind dabei weniger staatliche Medien, sondern Maßnahmen, die eine Autonomie und eine kritische Unabhängigkeit der Medien kaum zulassen. Beobachtbar sind ein ausgeprägter politischer Parallelismus von Medien und Politik und eine hohe personelle Fluktuation zwischen beiden Feldern. Zudem sind Medieneigentümer nicht selten politisch tätig, sind Parteimitglieder oder kandidieren sogar für die Präsidentschaft (vgl. Voltmer 2008, 104), was ein charakteristisches Merkmal einer mangelnden De-Oligarchisierung von Transformationsgesellschaften ist (vgl. Zinnecker 2007, 204 ff.). Journalistische Qualitätskriterien wie Objektivität und Neutralität finden unter diesen Bedingungen nur begrenzte Anwendung, sodass publizistische Leistungsanforderungen im Dienste des Allgemeinwohls illusorisch werden. Problematisch ist darüber hinaus ein direkter staatlicher Einfluss durch die Verteilung von Lizenzen, Subventionen und Ressourcen. Besonders bei Wahlkämpfen und Regierungskampagnen tritt immer wieder das Phänomen der ungleichen Verteilung von Werbegeldern durch Regierungen in Erscheinung. Diese öffentliche Finanzierungsquelle, wozu auch staatliche Unternehmen und Behörden zählen, ist vor allem in solchen Ländern mit kleinen Konsummärkten und geringen Werbevolumen relevant (vgl. Waisbord 2008, 4; Fox/Waisbord 2002b, 10). Der zweite wichtige Aspekt aus klientelistischer Perspektive betrifft die staatliche Regulierung von Medienmärkten. Spätestens seit den 1990ern führte eine neoliberale Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der makroökonomischen Stabilität und Austerität auch im Medienbereich zu »massiven medienrechtlichen Deregulierungen. Ausländische Kapitalbeteiligungen im Medien- und Telekommunikationssektor werden in großem Maße zugelassen und Gesetzesspielräume für Konzentrationsprozesse erweitert.« (Massmann 2007, 263) Mit dem Ziel, Anreize für ausländische Investitionen zu setzen, hatte diese politische Steuerung eine weitere Zusammenballung ökonomischer und publizistischer Größen zum Resultat, sodass der außenpluralistische Wettbewerb weiter eingeschränkt wurde. »Together with privatization, the removal of cross-media ownership restrictions

and the liberalization of new media industries were the catalysts for a process of rapid concentration of information resources and the consolidation of media corporations.« (Fox/Waisbord 2002b, 10) Dadurch veränderten sich auch die Besitzverhältnisse insofern, als dass durch die Transnationalisierung der Finanzinvestitionen vormals Familienunternehmen in die Hände international agierender Medienkonzerne gelangten. Davon profitierten auch regionale Mediengiganten aus Lateinamerika, für die der gemeinsame Sprachraum ein ideales Terrain für die Mehrfachverwertung von Inhalten darstellt. Entgegen einer weit verbreiteten Annahme ließ sich nach diesen gravierenden Einschnitten für die Medienwirtschaft feststellen, »that there is no necessary connection between commercialization of media and neutral professionalism« (Hallin/Mancini 2004, 286), auch wenn bei Monopolen auf lokal begrenzten Märkten die Nachfrage nach umfassender Nachrichtenversorgung Professionalisierungstendenzen mit sich bringen kann. Beide teils widersprüchliche Entwicklungen zeigen, dass es keineswegs eine einheitliche Klientelpolitik gibt, sondern veränderte Akteurskonstellationen und Loyalitäten sich unterschiedlich auf Machtbeziehungen zwischen Markt und Staat auswirken. Die besondere Brisanz dieser Sachlage liegt für den lateinamerikanischen Kontinent darin, dass sich gesellschaftliche Ungleichgewichte verfestigen und politische Bedürfnisse nicht adäquat artikuliert bzw. in das politische System eingespeist werden können. Es dominiert ein elitäres Demokratieverständnis, das sich durch eine geringe Responsivität gegenüber zivilgesellschaftlichen Forderungen und einem überproportionalen Standing von politischen Akteuren des institutionellen Zentrums in der Medienberichterstattung auszeichnet (vgl. Waisbord 2008, 2). Auch die Medien in Lateinamerika waren seit ihrer massenhaften Verbreitung diesem Elitekonzept unterworfen. »The construction of Latin America's media spaces was not the result of particular struggles for participation and debate. From the beginning, these spaces were derived from elite power, being conceived as (a) commodities to be exploited by the private sector and (b) mechanisms of political and societal control.« (Lugo-Ocando 2008, 1) Das nicht eingelöste Partizipationsversprechen ist umso bedauerlicher, weil die lateinamerikanischen Demokratien von einer aktiven Zivilgesellschaft und einer potentiell lebhaften öffentlichen Sphäre durchsetzt sind, die günstige Voraussetzungen für die Realisierung öffentlicher Deliberation und einer medialen Debattenkultur darstellen. Eine Ablehnung dieser Debatten führt in der Konsequenz zu einer kommunikativen ›Unterversorgung‹ in der politischen Öffentlichkeit und folglich zu einem Stau notwendiger Reformen. Im schlimmsten Fall kann die akkumulierte Frustration zu explosiven Entladungen führen, weil andere Kanäle zur Einspeisung kollektiver Interessen versperrt bleiben. Die Zuspitzung öffentlicher Auseinandersetzungen und die Desintegration der Gesellschaft in einigen Ländern wäre nach dieser Argumentation auch eine Folge defizitärer Medienstrukturen.

Eine Diskrepanz zwischen dargestellter Medienrealität und tatsächlich erlebter Alltagswirklichkeit ließe ein sinkendes Vertrauen in die Medienberichterstattung

erwarten. Dieser pessimistische Schluss kann in Umfragen allerdings nicht vollständig bestätigt werden, wie die Ergebnisse repräsentativer demoskopischer Erhebungen des Instituts Latinobarómetro von 2009 zeigen. Auf die Frage, welchen aufgelisteten Personengruppen oder Institutionen die Menschen am meisten vertrauen, gibt zumindest die Hälfte aller Befragten an, viel oder etwas Vertrauen in die Medien zu haben. Damit stehen die Medien neben der Kirche an oberster Stelle, wohingegen Parlament, Justiz und politische Parteien am Ende der Skala rangieren und ihnen eine katastrophale Leistungsbilanz bescheinigt wird. Der Einfluss der Medien wird zusätzlich verstärkt, weil das Leitmedium Fernsehen zur wichtigsten Informationsquelle für politische Angelegenheiten avanciert (85 Prozent aller Befragten). Bisherige Aussagen über eine defizitäre Öffentlichkeit sind insofern einzuschränken, weil der kausale Schluss von Medienstrukturen auf Medieninhalte und deren Bewertung unzulässig ist. Es ist außerdem auffällig, dass die einseitig politisch ausgerichteten Medien zwar intensiv genutzt werden und in Ländern wie Venezuela, Bolivien oder Ecuador in starker Opposition zur Regierung stehen, nicht aber entsprechende politische Wirkungen bei den Medienkonsumenten erzielen. Konträr zur Medienwirklichkeit stimmten die Wähler für die Linksregierungen, was Manipulationstheorien widerlegt. Die Wähler zeichnen sich entweder durch eine hohe Medienkompetenz aus und wissen die Informationen entsprechend kritisch zu reflektieren oder nutzen eine Vielzahl an Kommunikationskanälen (v. a. auch interpersonale Kommunikation), die die Wirkung der Massenmedien beschränkt. »The cases of Bolivia, Peru and Venezuela, for example, suggest that we can no longer consider the media as effective as a mechanism of hegemony in the traditional sense.« (Lugo-Ocando 2008, 10) Es bedarf detaillierter Fallstudien, um solche widersprüchlichen Befunde in ihrer Komplexität zu erklären.

Demnach sollte nach den bisherigen Erläuterungen von Behauptungen Abstand genommen werden, wonach die Entwicklungen im geographischen Süden des Kontinents als bloße Reproduktion des US-Mediensystems zu verstehen seien, auch wenn ein Einfluss durch den Import an Formaten und Technik nicht völlig von der Hand zu weisen ist. Das komplementäre Verhältnis zwischen medialen und politischen Akteuren, die sich schon in der vordemokratischen Phase in Lateinamerika heraus kristallisiert haben, grenzen die Mediensysteme vom »nordatlantischen Modell« (Hallin/Mancini 2004) ab. Oberflächlich gesehen dominieren zwar sowohl in Nord- als auch in Südamerika liberale Marktphilosophien, allerdings erreichten die Medien Lateinamerikas nie den autonomen Status kommerzieller US-Medien. »The liberal ideology of the US press could not effectively serve as the organizing principle, given that newspaper owners were interested in cultivating close-knit relations with government officials and that press economics were anchored in the state.« (Waisbord 2000, 50) Ebenso wenig waren günstige Rahmenbedingungen für eine irgendwie geartete öffentlich-rechtliche Institutionalisierung von Rundfunkprogrammen gegeben. Durch die Pfadabhängigkeit

des bis hierher schematisch dargestellten Entwicklungsprozesses lassen sich mediensystemische Gemeinsamkeiten herausarbeiten, die für die gesamte Region prägend sind und dazu führen, dass sich aktuelle Regierungen bei ihren Medienreformen mit ganz ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sehen (besonders Venezuela, Bolivien, Ecuador, Argentinien). Auch wenn Autoren davor warnen, von regionalen Ähnlichkeiten auf einen homogenen Mediensystemtypus zu schließen (so z. B. Blum 2005, 6), so seien zusammenfassend im Anschluss an Hallin und Papathanassopoulos (2002, 176 ff.) einige wesentliche Charakteristika festgehalten, die sich in schwächerer Ausprägung auch in Südeuropa wiederfinden:

- Geringe Zeitungsauflage verursacht durch langsamere Industrialisierung und Verstädterung, verschleppte Herausbildung demokratischer Institutionen und spätere Alphabetisierung;
- Schwierige Finanzierungsgrundlage für Printmedien und schwache ökonomische Basis, da kein Massenmarkt; offen für die politische Kooptation und teilweise Subventionierung durch den Staat;
- Meinungsjournalismus: eher Meinung/Kommentar und Abbildung politischer Tendenzen anstatt ausgewogenem Informationsjournalismus;
- Instrumentalisierung privat-kommerzieller Medien für politische und wirtschaftliche Interessen, schwierige Entwicklungsbedingungen des Journalismus als autonome und unabhängige Profession;
- Teilweise gefährliche Arbeitsbedingungen für Journalisten bei bewaffneten Konflikten, in kriminellen Milieus oder in einem politisch aufgeladenen Umfeld, insbesondere in Kolumbien und Mexiko;
- Politisierung des öffentlichen bzw. staatlichen Fernsehens;
- Geringe Regulierungsdichte gegenüber privat-kommerziellen Medien und geringe Verpflichtungen und Auflagen von Seiten des Gesetzgebers; Politisierung der Regulierungsgremien.

Fernab dieser übereinstimmenden Grundmuster ist weder ein panlateinamerikanisches Mediensystem in Zukunft zu erwarten noch eine Diffusion eines bestimmten Systems in andere Länder; dafür sind die differenzfördernden Faktoren wie die Einbettung der Massenmedien in die jeweilige Gesellschaft, die Machtbeziehungen von Staat und Markt, die normativen Erwartungen an die massenmedialen Leistungen und die regionalen Sprachen sowie Ethnien zu schwerwiegend (vgl. Kleinsteuber 2002, 31; Tenschler 2008, 441). Als analytischer Zugang empfiehlt sich eine Kritische Politische Ökonomie der Medien, die sich von Fall zu Fall »mit Eigentum, Struktur und Kontrollmöglichkeiten, angewandt auf das Medien- und Kommunikationssystem« (Grisold 2004, 128), sowie »mit der ideologischen Rechtfertigung herrschender sozialer, institutioneller und gesamtgesellschaftlicher Machtverhältnisse« (Meier 2003, 220) beschäftigt. Damit wird technodeterministischen und ökonomistischen Erklärungsvarianten eine Absage erteilt, weil Strukturen als vorläufiges Ergebnis handelnder Akteure mit Diskursen und Me-

dieninhalten in ihrer wechselseitigen Bedingtheit beleuchtet werden. Den Produktions- und Konsumtionsbedingungen von kommunikativen Gütern wird ein entscheidender Einfluss auf das demokratische Leistungsvermögen von Medien zugeschrieben, wobei der Ist-Zustand als Ausgangspunkt für normative Diskussionen dienen kann. Die Ergebnisse sind dann handlungsleitend für medienpolitische Akteure, um gesellschaftlich wünschenswerte Ziele für das Mediensystem zu erreichen.

## **Herausforderungen für die Regulierung des Medienmarktes**

Über welche Medien die Bürger in einem Land verfügen können, wie die Medienbesitzverhältnisse aussehen und welche Anreize oder Subventionen die Produzenten kultureller Güter erhalten, hat Auswirkungen auf die Medieninhalte. Was bis jetzt als Mediensystem beschrieben wurde, entsteht eben nicht zufällig oder naturwüchsig, sondern ist das Ergebnis bewusster politischer Entscheidungen und komplexer Aushandlungsprozesse. In der Regel formulieren demokratische Regierungen kaum inhaltliche Vorgaben und versuchen stattdessen, »über die Medienstruktur indirekt auf Medieninhalte einzuwirken« (Puppis 2007, 31). So spielt es beispielsweise für die Nutzung multimedialer Inhalte im Internet eine wesentliche Rolle, inwieweit die privaten Haushalte an ein leistungsfähiges Breitband-Netzwerk angeschlossen sind oder nicht. Die technische Infrastruktur als materielles Substrat von Medien ist somit Grundvoraussetzung für die gesellschaftlichen Kommunikationsvoraussetzungen und berührt natürlich das verfassungsmäßig verbrieftete Recht auf Information. Ebenfalls beeinflusst wird die infrastrukturelle Basis durch die technologiepolitische Steuerung, die im Wesentlichen Anreize zur Verbreitung von technischen Innovationen setzt, die nicht selten aus standortstrategischem Kalkül erfolgen. Damit ist jedoch erst ein Politikfeld erfasst, dass für medienpolitische Entscheidungen von Relevanz ist. Weiterhin spielt beispielsweise die grundlegende Ordnungspolitik eine Rolle, die darüber entscheidet, ob ein duales Rundfunksystem etabliert wird, in dem die öffentlich-rechtlichen Sender einem gesellschaftlichen Auftrag verpflichtet werden oder ob die Regulierungsakteure sich eher einem »free flow of ideas« nach dem Marktprinzip verpflichtet fühlen, der die gesellschaftliche Grundversorgung mit Informationen überwiegend den privat-kommerziellen Medien überlässt. Leitbilder der Wettbewerbstheorie zur Verhinderung des Missbrauchs von Marktmacht oder von Wettbewerbsbeschränkungen berühren kartellrechtliche Vorschriften, Fusionskontrollen oder staatliche Beihilfen für kleinere Medienproduktionsunternehmen. Wie gesehen, haben diese Wertvorstellungen über die Maximierung der gesellschaftlichen Wohlfahrt weit reichende Konsequenzen für das Verhältnis von Staat und Markt, sodass Medienpolitik auch immer auf grundlegenden Konflikten um Leitbilder eines »guten Lebens für alle« basiert. Hinzu kommen organisations-



und personalpolitische Entscheidungen, die festlegen, welche Gremien die Medienaufsicht und -kontrolle inne haben, mit welchen Rechten zur Regelsetzung, -durchsetzung und -sanktionierung diese ausgestattet sind und welche gesellschaftlichen Akteure in diesen Aufsichtsbehörden sitzen. Dabei kann die institutionelle Verankerung sowohl auf der Ebene der Zentralregierung als auch nach dem föderalistischen Prinzip erfolgen. Und natürlich sind strafrechtliche Vorschriften nicht zu unterschlagen, die inhaltliche Schranken setzen und z. B. das Verbot der Diskriminierung oder der Gewaltverherrlichung regeln (vgl. Puppis 2007, 36; Sarcinelli 2009, 36).

Allein an dieser knappen Auflistung wird ersichtlich, dass Medienpolitik quer zu einer Vielzahl von Politikfeldern liegt und mehrere Entscheidungsarenen umfasst. In diesen Arenen bewegt sich eine Vielzahl von Akteuren, die direkt oder indirekt Einfluss auf Medienpolitik ausüben können und aufgrund divergenter Interessen zu Kompromissen bereit sein müssen. »Während gestaltende Handlungsträger wie etwa die Akteure des politisch-administrativen Systems formelle und rechtlich verbindliche Entscheidungen (Gesetze, Verordnungen, Lizenzvergabe etc.) herbeiführen können und diese auch verantworten müssen, versuchen beeinflussende Handlungsträger unter Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder politischen Möglichkeiten auf den Gang der Medienpolitik einzuwirken.« (Sarcinelli 2009, 41) Neben den staatlichen Akteuren ist es von den Ressourcen anderer Vetomächte wie Medienunternehmen, der Werbewirtschaft, medienspezifischen Interessenverbänden, politischen Parteien oder sozialen Bewegungen abhängig, welche Rahmenbedingungen gesetzt werden, innerhalb derer eine Gesellschaft mit sich und über sich selbst kommuniziert. Die größte Herausforderung im politischen Prozess besteht sicherlich darin, dass die einzelnen Handlungsträger einerseits berechnete Eigeninteressen vorbringen – z. B. die politische Präsenz in den Medien während des Wahlkampfes oder die Steigerung des Umsatzes eines Unternehmens – und andererseits aufgrund der demokratietheoretischen Bedeutung der Medien auf das Allgemeinwohl verpflichtet bleiben sollen. Die aktuellen Auseinandersetzungen in Lateinamerika zwischen Regierungen und medialen Interessenvertretern zeigen dieses Spannungsverhältnis in aller Deutlichkeit (vgl. ebd., 33; Tzankoff 2002, 48).

Die Dynamik der Medienreformen in diversen Ländern Lateinamerikas in den letzten Jahren zeigt, dass Bewegung in die Debatten um gesellschaftliche Gerechtigkeit auf dem Feld der Kommunikation und eine notwendige Vielfalt an Informationsquellen gekommen ist, die die gesellschaftliche Wirklichkeit adäquat abbilden. Ein kurzer Blick auf diese Reformanstrengungen soll genügen, um eine Einschätzung zu wagen, auf welche Steuerungsformen in erster Linie gesetzt wird. Die ausführlicheren Länderanalysen in diesem Band werden die nationalen Spezifika sowie Wege und Irrwege medienpolitischen Handelns in aller Gänze ausleuchten.

## Medienpolitische Initiativen in den Ländern Lateinamerikas

Als erstes wesentliches Aktionsfeld kann die Veränderung der prinzipiellen Rahmenbedingungen genannt werden, indem gesetzliche Neuregelungen für den Mediensektor entstanden. In Ecuador und Bolivien beispielsweise wurden 2008 und 2009 neue Verfassungen per Referendum verabschiedet, die weit reichende Vorgaben für eine neue Ordnungspolitik beinhalten. Die obersten Gesetzeswerke verbrieften neben dem standardmäßigen Recht auf Information auch das Recht auf Kommunikation. Dies geht wesentlich weiter als das Recht auf freie Meinungsäußerung, weil sich der Staat im Prinzip verpflichtet, entsprechende Kommunikationsinfrastrukturen zu schaffen, die dem Mediennutzer mehr als eine passive Informationsrezeption ermöglichen. Damit ist sowohl der technologische Zugang als auch die dafür notwendige Infrastruktur und entsprechende Medienkompetenz gemeint. Weiterhin verpflichteten sich beide Regierungen zu einer weitgehenden Informations- und Auskunftspflicht aller politisch-administrativen Institutionen. Den Medien wird ein Bildungs- und Kulturauftrag zugeschrieben und der soziale und öffentliche Charakter von Kommunikation betont, der durch die Förderung kommunitärer Medien realisiert werden soll. Über diese gesellschaftspolitischen Normen hinaus gibt es in der bolivianischen Verfassung sogar einen umstrittenen Artikel, der die wettbewerbpolitische Verhinderung von Monopolen und Oligopolen festschreibt. Derartig konkrete Vorgaben zur gesellschaftlichen Kommunikation finden sich in westlichen Demokratien nur selten, weil es dafür spezielle Medien- oder Wettbewerbsgesetze gibt. Diese finden wir auch in Lateinamerika in den letzten Jahren immer häufiger: In Venezuela wurde im Jahr 2000 ein neues Telekommunikationsgesetz verabschiedet, das Festlegungen für Lizenzen beinhaltet. Unter der Regierung Chávez wurde zusätzlich 2004 das Gesetz über soziale Verantwortung in Radio und Fernsehen (*Ley Resorte*) erarbeitet, das ähnlich scharf von Pressevertretern als Zensureingriff gebrandmarkt wurde wie das Gesetz gegen Rassismus und Diskriminierung aus dem Jahr 2010 in Bolivien. Auffällig ist, dass gerade die linken Regierungen, die ihre Popularität in den Anfangsjahren z. T. den Medien zu verdanken hatten, in erbitterte Auseinandersetzungen mit selbigen geraten sind und Handlungsbedarf in der Medienpolitik sehen. Eine ähnliche ordnungspolitische Neuausrichtung strebt neben Bolivien und Venezuela der verbündete Präsident Rafael Correa in Ecuador an. Bis zum Juli 2011 scheiterte die Abstimmung eines neuen Mediengesetzes allerdings noch an der Schaffung und Besetzung eines nationalen Medienrates, der für die institutionelle Absicherung der Regelsetzung und -durchsetzung sorgen soll (*El Telégrafo* 27.05.2011). Wohl am weitgehendsten ist schließlich das Gesetz über die audiovisuellen Medien in Argentinien aus dem Jahr 2009, das nicht nur normativ-inhaltliche Aspekte umfasst, sondern Auflagen zur Neuaufteilung des Frequenzspektrums und der Medienbesitzverhältnisse macht. All diese rechtlichen Vorschriften werden in unterschiedlichem Maße institutionell umgesetzt und haben nicht überall die gleichen Handlungskonsequenzen für die Medienproduzenten.

Das zweite große Betätigungsfeld beschäftigt sich mit dem Ausbau des staatlichen Medienapparats und der Telekommunikationsinfrastruktur. Dazu gehört die Re-Nationalisierung privater Telekommunikationsunternehmen und Netzbetreiber ebenso wie die technologische Aufrüstung staatlicher Sender und die Planung eigener Kommunikationssatelliten wie in Venezuela oder Bolivien. Eine zunehmende Abkoppelung von kommerziellen Anbietern soll auch dadurch erreicht werden, dass öffentliche Behörden mit Open Source Software ausgerüstet werden (z. B. Brasilien), um einen Wissenstransfer zu garantieren und nicht länger von Patenten und geistigen Eigentumsrechten abhängig zu sein. Nicht zu vergessen ist natürlich der transnationale Nachrichtensender TeleSur unter Beteiligung von Venezuela, Ecuador, Argentinien, Bolivien, Kuba, Nicaragua und Uruguay, um dessen Schaffen es recht ruhig geworden ist, nicht zuletzt aufgrund geringer Einschaltquoten (vgl. Cañizález/Lugo-Ocando 2008, 223). Die Verstaatlichungspolitik muss insgesamt als problematisch angesehen werden, weil sie die Parteilichkeit privater politischer Interessen lediglich durch Regierungsnähe ersetzt. Dies dürfte der unabhängigen und kritischen Berichterstattung auch nicht zuträglich sein und wird dort bedenklich, wo Subventionen oder Regierungsgelder für öffentliche Anzeigen willkürlich verteilt werden (vgl. Hetzer 2010, 75). Sinnvoll aber kann die Investition in Infrastruktur sein, sobald private Institutionen nicht in ausreichendem Maße getätigt werden und die Grundversorgung in Gefahr ist.

Wesentlich Erfolg versprechender ist die Stärkung des so genannten Dritten Sektors, also zivilgesellschaftlicher Medienprojekte. In Venezuela, Bolivien und Ecuador wurden komunitäre Radios aller Provenienz entweder technisch ausgestattet, mit Frequenzen versorgt oder legalisiert sowie ihre Rechte und Pflichten fest geschrieben. Diese Prozesse verlaufen natürlich nicht ohne Widersprüche, aber die Projekte bergen ein großes Potenzial zur Steigerung der sprachlichen, ethnischen und sozialstrukturellen Vielfalt an Lebensrealitäten in der öffentlichen Sphäre, auch wenn der Einfluss eher regional begrenzt bleibt.

Auf Seiten der Medienbranche hat der Druck der Regierungen zu Abwehrmaßnahmen geführt, die die Stärkung von Selbstregulierungsmechanismen zum Ziel haben. Verhaltenskodizes für redaktionelle Einheiten, Beschwerdeinstitutionen und Ethiktribunale oder journalistische Fortbildungen sollen die Professionalität und Qualitätssteigerung der Branche unter Beweis stellen. Diese Maßnahmen werden häufig von den Verbänden der Verleger und Medieneigentümern flankiert oder ins Leben gerufen, was ihrer Glaubwürdigkeit nicht gerade zuträglich ist. Über eine reine Interessenpolitik hinaus könnte die Selbstverpflichtung der Branche durchaus Wirkung zeigen, wenn Verleger und Rundfunkbetreiber in einen stärkeren Dialog mit den Pressegewerkschaften oder Monitoring-Institutionen wie dem Netzwerk der *Observatorios de los Medios* treten würden.

Daran anschließend wären diese Runden Tische durch die Mediennutzer zu erweitern, die bei medienpolitischen Entscheidungen meist außen vor bleiben, weil sie über keine eigene Interessenorganisation verfügen. Meist bleiben ihre An-

sprüche diffus. Allein aus Nutzerumfragen lassen sich in den seltensten Fällen Kriterien zur Qualitätsverbesserung ableiten, sodass Medienpolitik meist einen starken paternalistischen Bias aufweist, was laut Regierungen für die Bürger am besten wäre. Interessante Ansätze haben sich in ganz Lateinamerika mit dem Konzept der sozialen Kontrolle oder der Bürgerräte entwickelt. Am weitreichendsten führt diese Idee in der Etablierung von Mediennutzungskomitees in Venezuela zur sozialen Evaluation der Inhalte. Ist damit in erster Linie die Konsumtionsseite angesprochen, so könnten die Schulungen von unabhängigen Produktionsteams oder die digitale Alphabetisierung zur Steigerung der Medienkompetenzen führen. Auch hier lässt sich auf Erfahrungen aus Venezuela mit den *ocpays* verweisen: Gemeindeteams für unabhängige audiovisuelle Produktion, die für Basismedien eigene Inhalte produzieren (vgl. Azzelini 2005).

Insgesamt zeigt sich, dass die linksreformerischen Regierungen sehr stark auf ordnungspolitische Verschiebungen setzen, indem antiquierte Gesetzgebungen erneuert und der Medienbereich insgesamt stärker reguliert werden soll. Ähnlich wie beim Ausbau staatlicher Medien besteht dabei stets die Gefahr opportunistischen Handelns zum eigenen Vorteil. Medienreformen in einem polarisierten politischen Umfeld sind der Unabhängigkeit der Medien nicht unbedingt zuträglich und bewegen sich stets in einem Dilemma. Bei allem Verständnis für ein notwendiges Gegengewicht zu den parteiischen Oppositionsmedien in einigen Ländern, die weit über das Maß berechtigter Kritik an Regierungen hinaus gehen, muss Medienpolitik die demokratische Leistungsfähigkeit ihres Regulierungsobjekts langfristig stärken. Ein Ersetzen privater Interessenvertretung in den Medien durch staatstragende Berichterstattung kann nicht der Anspruch progressiver Regierungen sein. Statt sich dem Staatsfetischismus zu verschreiben, hat die in einigen Ländern in Gang gesetzte Stärkung von Basismedien und Medienkompetenzen wertvolle Debatten eröffnet. Die größte Herausforderung für die Zukunft besteht schlussendlich in der Stärkung öffentlicher Medien jenseits von Staat und Markt, die auf einer gesicherten und unabhängigen Finanzierungsgrundlage stehen.

## **Medienpolitik vor dem Hintergrund eines neuen Akkumulationsregimes**

Die Bedeutung von Kommunikation zur Selbstverständigung und Selbstregierung der Gesellschaft ist von einigen Regierungen Lateinamerikas erkannt worden. Während einige Präsidenten wie Hugo Chávez oder auch Evo Morales ihren politischen Aufstieg sowie ihre Popularität in Teilen den Medien zu verdanken haben, kam es spätestens mit Beginn der ersten radikalen Reformen in fast allen Ländern mit linken Regierungen zum Konflikt mit den medialen Akteuren. Auffällig ist, dass derartige Auseinandersetzungen vor allem in Ecuador, Venezuela, Nicaragua, Bolivien und Argentinien stattfinden und nicht in Ländern wie Chile, Kolumbien

oder Peru, wo das politische und wirtschaftliche Regime unangetastet bleibt. In der erstgenannten Ländergruppe hingegen werden mehr oder weniger radikale Gesellschaftsreformen in Angriff genommen, die das oligarchische Gleichgewicht dieser Gesellschaften ins Wanken bringen, weil es nicht nur um einen ideellen Kurswechsel geht, sondern darüber hinaus um einen institutionellen Umbau und um Ansätze einer Verbesserung der sozioökonomischen Lage subalterner Bevölkerungsschichten. Dies stößt insofern auf heftigen Widerstand, weil sich das Akkumulationsregime der Rentenökonomien verändert (vgl. Becker 2008, 21 ff.). Die oligarchischen Machtstrukturen zeichnen sich dadurch aus, dass historisch gewachsene, enge Verbindungen von politischen, medialen und ökonomischen Akteuren existieren, über die man sich wechselseitig die Abschöpfung politischer und ökonomischer Profite garantiert. Medien fungieren in diesem Zusammenspiel als Legitimationsinstanz, Werbeträger und Geschäftsfeld für Investitionen, wofür im Gegenzug ein günstiges Regulierungsumfeld zur Ermöglichung von Wachstum und Werbeeinnahmen von Staat und Wirtschaft zu erwarten sind. Mit dem Konzept des Klientelismus wurde zu beschreiben versucht, dass eine solche wechselseitige Abhängigkeit zu gegenseitigen Loyalitäten oder zur doppelten Personalunion führt, also Medienunternehmer gleichzeitig in der Politik oder Politiker gleichzeitig im Wirtschaftssektor engagiert sind. Das gemeinsame Interesse aller besteht darin, die alten Verteilungsstrukturen aufrecht zu erhalten, die den Beteiligten über die letzten Jahrzehnte profitable Gewinne bescherten, ohne soziale Umverteilung oder hohe Steuern auf ihre Renten in Kauf nehmen zu müssen. Dies bedeutet nicht, dass es einen homogenen Block einer irgendwie gearteten herrschenden Klasse gibt, die die Staatsapparate nach ihrem Gutdünken steuern.

Selbstverständlich existieren innerhalb dieser Oligarchie divergierende Interessen, die in bestimmten Fällen zu einer Veränderung der oligarchischen Struktur führen können. Eine vollständige De-Oligarchisierung findet allerdings nur statt, wenn sie durch subalterne Kräfte ausgelöst wird und diese den Zugang zum Staatsapparat als Voraussetzung für private Akkumulation in Rentenökonomien verändern (vgl. Zinecker 2007, 209).

## Literatur

- Azzellini, Dario (2005): Schau kein Fernsehen, mach' es! In: *ila*, Nr. 287, Juli/August 2005.
- Baker, C. Edwin (2002): *Media, markets, and democracy*, Cambridge, New York.
- Blum, Roger (2005): Bausteine zu einer Theorie der Mediensysteme. In: *Medienwissenschaft Schweiz*, H. 2, S. 5-11.
- Burkart, Roland (2002): *Kommunikationswissenschaft, Grundlagen und Problemfelder, Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft*, 4., überarb. und aktualisierte Aufl., Wien.
- Cañizález, Andrés; Lugo-Ocando, Jairo (2008): Beyond national media systems: a medium for Latin America and the struggle for integration. In: Lugo-Ocando, Jairo (Hg.): *The media in Latin America*. Maidenhead/New York, S. 211-225.
- El Telégrafo (27.05.2011): Integración del Consejo de Medios bloquea un acuerdo.
- Fox, Elizabeth; Waisbord, Silvio (2002): *Latin Politics, Global Media*. In: Dies. (Hrsg.): *Latin Politics, Global Media*, Austin, S. 1-21.
- Fox, Elizabeth (1998): *Latin American Broadcasting and the State: Friend and Foe*. In: O'Neil, Patrick H. (Hrsg.): *Communicating democracy. The media and political transitions*, Boulder, S. 21-39.
- Gerhards, Jürgen (1998): Öffentlichkeit. In: Jarren, Otfried; Sarcinelli, Ulrich; Saxer, Ulrich (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft, Ein Handbuch mit Lexikonteil*, Opladen, S. 268-274.
- Grisold, Andrea (2004): *Kulturindustrie Fernsehen, Zum Wechselverhältnis von Ökonomie und Massenmedien*, Wien.
- Grunwald, Armin et al. (2006): *Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie, Tendenzen politischer Kommunikation im Internet (Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, Bd. 18)*, Berlin.
- Hallin, Daniel C.; Mancini, Paolo (2004): *Comparing media systems, Three models of media and politics*, Cambridge.
- Hallin, Daniel C.; Papathanassopoulos, Stylianos (2002): *Political clientelism and the media: southern Europe and Latin America in comparative perspective*. In: *Media, Culture & Society*, Jg. 24, H. 2, S. 175-195.
- Heinrich, Jürgen (1999): *Medienökonomie, Bd. 2: Hörfunk und Fernsehen*, Opladen.
- Hetzer, Andreas (2010): *Krieg niedriger Intensität. Der Kampf um die mediale Vorherrschaft in Nicaragua. In: Schnipkowitz, Ivo/Schützhofer, Timm (Hrsg.): Der »neue Sandinismus« in Nicaragua: Autoritärer Selbstbedienungsstaat oder neues Entwicklungsmodell? (OneWorld Perspectives, Working Papers 02/2010)*, Kassel, S. 68-77.
- Hughes, Sallie; Lawson, Chappell (2005): *The Barriers to Media Opening in Latin America*. In: *Political Communication*, Jg. 22, H. 1, S. 9-25.
- Kleinsteuber, Hans J. (2002): *Mediensysteme in vergleichender Perspektive, Zur Anwendung komparativer Ansätze in der Medienwissenschaft: Probleme und Beispiele*. In: Haas, Hannes; Jarren, Otfried (Hrsg.): *Mediensysteme im Wandel, Struktur, Organisation und Funktion der Massenmedien*, 3., völlig überarb. Neuauf., Wien, S. 24-45.
- Latinobarómetro (2009): *Informe 2009. Santiago de Chile: Latinobarómetro*.
- Lindner, Ralf (2007): *Politischer Wandel durch digitale Netzwerkkommunikation, Strategische Anwendung neuer Kommunikationstechnologien durch kanadische Parteien und Interessengruppen*, Wiesbaden.
- Lugo-Ocando, Jairo (2008): *An introduction to the maquilas of power: media and political transition in Latin America*. In: Ders. (Hrsg.): *The media in Latin America*, Maidenhead/New York, S. 1-12.
- Marcinkowski, Frank (2001): *Politische Kommunikation und Politische Öffentlichkeit*. In: Ders. (Hrsg.): *Die Politik der Massenmedien, Heribert Schatz zum 65. Geburtstag*, Köln, S. 237-256.
- Massmann, Annette (2007): *Lateinamerika*. In: Thomaß, Barbara. (Hrsg.): *Mediensysteme im internationalen Vergleich*, Konstanz, S. 259-278.
- Meier, Werner A.; Trappel, Josef; Siegert, Gabriele (2010): *Medienökonomie*. In: Bonfadelli, Heinz; Jarren, Otfried; Siegert, Gabriele (Hrsg.): *Einführung in die Publizistikwissenschaft*, 3., vollst. überarb. Aufl., Bern, S. 239-270.
- Meier, Werner A. (2003): *Politische Ökonomie*. In: Altmeppen, Klaus-Dieter; Karmasin, Matthias (Hrsg.): *Medien und Ökonomie, Bd. 1/1: Grundlagen der Medienökonomie: Kommunikations- und Medienwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft*, Wiesbaden, S. 215-243.
- Meyer, Thomas (2001): *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*, 5. Aufl., Frankfurt a. M.
- Puppis, Manuel (2007): *Einführung in die Medienpolitik*, Stuttgart.
- Sarcinelli, Ulrich (2009): *Politische Kommunikation in Deutschland, Zur Politikvermittlung im demokratischen System*, 2. Aufl., Wiesbaden.
- Schmitt-Beck, Rüdiger; Voltmer, Katrin (2007): *The mass media in third-wave democracies, Gravediggers or seedsmen of democratic consolidation*. In: Gunther, Richard; Montero, José Ramón; Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Democracy, intermediation, and voting on four continents*, Oxford, S. 75-134.
- Schmitt-Beck, Rüdiger; Voltmer, Katrin (2006): *New democracies without citizens, Mass media and democratic orientations – a four-country comparison*. In: Voltmer, Katrin (Hrsg.): *Mass media and political communication in new democracies*, London, S. 228-245.
- Strohmeier, Gerd (2004): *Politik und Massenmedien, Eine Einführung*, Baden-Baden.

- Tenscher, Jens (2008): Massenmedien und politische Kommunikation in den Ländern der Europäischen Union. In: Gabriel, Oscar W.; Kropp, Sabine (Hrsg.): EU-Staaten im Vergleich, Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, 3. Aufl., Wiesbaden, S. 412-447.
- Tzankoff, Michaela (2002): Der Transformationsprozess in Bulgarien und die Entwicklung der postsozialistischen Medienlandschaft, Münster.
- Voltmer, Katrin (2008): »Vierte Gewalt« im Schatten der Vergangenheit – Die Transformation der Massenmedien in neuen Demokratien. In: Pfetsch, Barbara; Adam, Silke (Hrsg.): Massenmedien als politische Akteure, Konzepte und Analysen, Wiesbaden, S. 92-115.
- Waisbord, Silvio (2008): Press and the public sphere in contemporary Latin America, Paper presented at the Harvard-World Bank Workshop, 29-31st May 2008, Harvard. Kennedy School. Online verfügbar unter <http://www.comminit.com/redirect.cgi?m=23f7807441a06392543556c7ceed8482>, zuletzt aktualisiert am 16.05.2008, zuletzt geprüft am 23.07.2011.
- Waisbord, Silvio (2000): Media in South America, Between the rock of the state and the hard place of the market. In: Curran, James; Park, Myung-Jin (Hrsg.): De-Westernizing Media Studies, London/New York, S. 50-62.
- Worsfold, P. J. (2007): Concentration of Media Ownership in Latin America. Online verfügbar unter <http://cruxstrategies.com/content/concentration-media-ownershiplatin-america>, zuletzt geprüft am 14.09.2009.
- Zinecker, Heidrun (2007): Kolumbien und El Salvador im longitudinalen Vergleich, Ein kritischer Beitrag zur Transformationsforschung, Baden-Baden.

## Medien und Gesellschaft neu denken

Das Establishment reagiert geschlossen, um eine öffentliche Debatte über die Aufgaben der Medien bei der Ausübung der Bürgerrechte zu verhindern. Die Debatte soll stattdessen im Rücken der Bürger durch private Diskussionen im professionellen und/oder akademischen Rahmen ersetzt werden, auf der Suche nach technisch-kosmetischen Lösungen.

Man verfällt leicht diesem naiven Optimismus. Darum ist es notwendig, das Ziel, seine Verbreitung zu unterbinden, mit besonderem Gewicht auf die Agenda einer gegen-hegemonialen Bewegung zu setzen.

Diejenigen von uns, die wir seit Jahren für eine alternative und populare\* Konzeption der Kommunikation streiten, haben es nicht verstanden, unsere Aufgabe gut zu erfüllen.

Wir sind dabei, den Kampf um die Ideen haushoch zu verlieren, sowohl in konzeptioneller Hinsicht, als auch auf dem Schlachtfeld.

Abgesehen von den logistischen Aspekten bewegen sich die sog. alternativen Medien in einem bestimmten Rahmen von Erscheinungsformen, je nach hoher oder geringer Beteiligung der Bürger, großer oder geringer Demokratie im internen Betrieb und je nach ihrem Verhältnis zu potenziell störenden Elementen wie Werbung und öffentlicher Verwaltung.

Um zu überleben, muss ein alternatives oder populares Medium sich mit einem seriösen und unverrückbaren Organisationsmodell wappnen. Genauso muss entschieden werden, wie Nachrichten ausgewählt werden, welches Verhältnis man mit den Sozialen Bewegungen und gesellschaftlichen Gruppen hat, über die Qualität der Inhalte, die editorische oder ideologische Linie, die Zielgruppe: richtet man sich an die bereits Überzeugten, den Durchschnittsbürger, an die Menschen der jeweiligen Gemeinschaft oder an die ganze Welt.

Wir müssen sehr anspruchsvoll mit Inhalten, Argumenten, Recherche, Daten, Interpretation, Analyse und Debatte sein. Hat man erst den editorischen, politischen und ideologischen Rahmen abgesteckt, tritt das Problem der Pluralität hinzu.

In vielen Ländern unseres Amerikas wird die sogenannte alternative Presse kriminalisiert, vor allem kommunitäre, unabhängige, bäuerliche, indigene Radio- und Fernsehsender sind davon betroffen. Deswegen muss der Errichtung einer

\* Im Spanischen »popular«: im Sinne von »von der Bevölkerung aus«, Anm. d. Übers.



gegenhegemonialen Kommunikation die Aufgabe aller Menschen und sozialen Organisationen sein – von unten. Denn das einzige, was man von oben herstellen kann, ist ... ein Grube.

### **Einige Provokationen für eine notwendige Debatte**

Um die kommunikative Realität Lateinamerikas und der Karibik zu analysieren, gilt es eine Vielzahl von Themen zu berücksichtigen:

1. Das Hauptproblem von uns Lateinamerikanern ist, dass wir blind uns selbst gegenüber waren: Wir haben uns immer nur mit ausländischen Augen gesehen. Und das tun wir weiter, indem wir Formate und Inhalte kopieren. Wir beten Integration vor, doch die Wahrheit ist, dass wir uns noch nicht einmal selbst kennen. Um anzufangen uns selbst wahrzunehmen, ist es notwendig, die großen Mehrheiten, die Pluralität und Diversität unserer Region sichtbar zu machen, unser historisches Gedächtnis und unsere Traditionen zurückzuerobern. Denn ein Volk, das nicht weiß, wo es herkommt, kann schwerlich wissen, wo es sich hinbewegen soll. Sonst wird das Ziel immer von außen vorgegeben.

2. Das Thema der Medien steht in direktem Zusammenhang zur Zukunft unserer Demokratien da die mediale Diktatur darauf abzielt, die Militärdiktaturen von vor drei Jahrzehnten zu ersetzen. Es sind die großen wirtschaftlichen Gruppen, die medialen Latifundien, die die Medien nutzen und entscheiden, wer das Wort erhält und wer nicht, wer Protagonist und wer Antagonist ist. Sie kreieren eine virtuelle Realität, um die ihren Interessen entgegengesetzte Realität unsichtbar zu machen. Die Demokratie bleibt formal installiert, jedoch ohne eine Aneignung seitens der Bürger, was den Grund für ihre prekäre Institutionalität darstellt. Demokratie zu errichten heißt, eine Bürgerschaft zu errichten, die Armen zu ermächtigen und den großen, anonymen Mehrheiten, die seit über 500 Jahren übergangen und versteckt wurden, Stimme und Bild zu geben.

Vor drei Jahrzehnten nutzte man die Armee, um ein wirtschaftliches und politisches Modell durchzusetzen, mit dem Ergebnis von tausenden Toten, Verschwundenen und Gefolterten. Heute sind es die Massenmedien, die uns mit der hegemonialen Botschaft bombardieren, direkt in unsere Schlaf- und Wohnzimmer, 24 Stunden am Tag, durch Nachrichten, Werbung und Massenkultur beziehungsweise Unterhaltung bohren sie sich in unsere Vorstellungen.

3. Ein Paradigmenwechsel ist notwendig. Wir wurden darauf getrimmt, dass alternative Presse marginale Kommunikation bedeutet. Inzwischen wissen wir, dass die einzige Form, auf dem Schlachtfeld der Ideen zu bestehen, eine massive Kommunikationsstrategie ist, die wirklich alternativ zum konstanten hegemonialen Bombardement funktioniert, das uns aus dem Norden zu Teil wird. Die kommunitären Medien sind ein Schritt auf dem Weg zu Demokratisierung, doch sie allein sind nicht genug. Wir können hunderte kommunitärer Medien haben, aber

wenn weiterhin 90 Prozent des Publikums und der Medien durch eine monopolistische Struktur der korporativen, kommerziellen Medien kontrolliert wird, hätten wir in Richtung der Demokratisierung wenig erreicht.

4. Wir müssen uns klar machen, dass der mediale Krieg gegen den Terrorismus Teil eines kulturellen Krieges, des Kampfes um die Ideen ist. Das ist ein Krieg, bei dem keine Parolen genügen, sondern auf den wir uns angemessen vorbereiten müssen. Dazu müssen wir uns die Technologie aneignen und lernen, sie besser – oder genauso gut – wir der Feind zu benutzen. Wir müssen uns darüber klar werden, wofür wir diese Waffen wollen – letztendlich, damit sie nicht im hegemonialen Arsenal gegen unsere Völker eingesetzt werden.

5. Bereits 1980 zeigte der MacBride-Bericht der UNESCO die Notwendigkeit auf, effektive, juristische Maßnahmen einzuleiten um: »a) Konzentration und Monopolisierung zu beschränken; b) zu erreichen, dass die transnationalen Unternehmen die Kriterien und Bedingungen der jeweiligen nationalen Gesetzgebung und Entwicklungspolitik befolgen; c) die Tendenz von immer weniger Verantwortlichen bei einer gleichzeitig immer höheren Reichweite und Effektivität der Kommunikation umzukehren; d) den Einfluss der Werbung auf die Redaktionen zu reduzieren; e) die Modelle zu perfektionieren, die die Unabhängigkeit und Autonomie der Medienorgane in Führung und Redaktionspolitik stärken, unabhängig davon, ob es sich um öffentliche oder private Medien handelt«. Diese Diagnose ist drei Jahrzehnte später leider immer noch treffend.

6. Ebenso gilt: »Die Menschenrechte können ohne die Freiheit des Wortes, ohne Presse-, Informations- und Redefreiheit nicht bestehen. Die Transformation dieser Freiheiten in breiteres individuelles oder kollektives Recht auf Kommunikation, ist ein evolutionäres Prinzip des Demokratisierungsprozesses.«

7. Der Schutz und die Förderung von Meinungsvielfalt und kultureller sowie sprachlicher Diversität, die Demokratisierung der Medien und die Verteidigung und Verbreitung der Allgemeingüter des weltweiten Wissensschatzes als Teil des öffentlichen Eigentums sind grundlegend. Die Vielfalt an Kulturen und Sprachen, die sich durch mündliche Überlieferungen oder verschiedene Ausdrucksformen erhalten oder übertragen, ernähren die Informations- und Kommunikationsgesellschaften und tragen zum kulturellen Schatz menschlicher Kenntnis bei, der zugleich Erbe des menschlichen Wesens und Ursprung für die Schaffung allen neuen Wissens ist.

8. Die Digitalisierung an sich bedeutet noch nicht die Demokratisierung von Fernsehen und Radio, wenn nicht zugleich das System der Frequenzkonzessionen geändert wird. Die Implementierung dieser Veränderungen hängen nicht nur vom technologischen Wandel sondern vor allem von politischen Entscheidungen ab. Gut, dass sich einige Regierungen Amerikas auf eine einheitliche Norm (die japanisch-brasilianische) zum Beschreiten eines gemeinsamen Weges im digitalen Zeitalter verständigt haben!

9. Die Radiofrequenzen gehören zum Vermächtnis der Welt und die Staaten sind in ihrer Verwaltung souverän – immer im nationalen und allgemeinen Interesse. Die Ansicht, die Frequenzen gehörten den nationalen und transnationalen Unternehmen, die die Konzessionen innehaben, ist verlogen. Folglich ist es notwendig dafür zu kämpfen, dass die Frequenzen in drei Teile dividiert werden: einer für den Staat, einer für die kommerziellen Medien und einer für die Sozialen Bewegungen, die Universitäten, die Gewerkschaften, für das, was wir Öffentlichkeit\* nennen.

10. Der Kampf um Demokratisierung führt über den Wiederaufbau des öffentlichen Raums, der in den Jahrzehnten der neoliberalen Offensive privatisiert und ausgehöhlt wurde. Der öffentliche Raum vereint die staatlichen, regionalen, bildenden, universitären, legislativen und kommunitären Medien und setzt nicht auf die Erschaffung von Konsumenten und politischen und religiösen Lämmern, sondern auf die Herausbildung einer Bürgerschaft und einer gemeinschaftlichen, lateinamerikanischen Identität. In diese Richtung gehen die sich ankündigenden, neuen Normen in Lateinamerika, vor allem das argentinische Mediengesetz.

11. Die Kommunikation ist der entscheidende Artikulationsfaktor für die Wiederbegegnung und Solidarität unser Nationalitäten. Das schließt die Anerkennung eines gemeinsamen Ziels ein und lässt reale oder forcierte Rivalitäten beiseite. Deswegen ist es unabdingbar, eine gemeinsame Kooperationsstrategie unter den Völkern unseres Amerikas zu vereinbaren. Diese würde die Gebiete der Information, Kommunikation, Kultur und des Wissens umfassen, um so eine Potenzierung unserer öffentlichen Kommunikations- und Informationsnetze im Sinne einer Mediengerechtigkeit zu erreichen.

Auf keiner der Agenden der Organe der südlichen Integration findet sich die Kommunikation bisher als zentraler Angelpunkt oder als Sprachrohr eines gegenseitigen Kennenlernens und Wiederbegegngens der lateinamerikanischen Völker – abgesehen von der gemeinsamen Diagnose der Medienkonzentration als destabilisierenden Faktor, die vor allem von den davon geschädigten Regierungen getroffen wurde.

12. Eine öffentliche Kontrolle der kommerziellen (und vielleicht auch der staatlichen) Medien wird immer notwendiger. Sie haben sich in die Hauptgewalt gewandelt – noch über den drei klassischen der Exekutive, Judikative und Legislative. Es gilt eine fünfte Macht zu bilden, die der Bürger, um die vier vorherigen zu überwachen.

13. Es bringt nichts, neue Medien, neue populäre Radio- und Fernsehsender zu besitzen, wenn wir keine neuen Inhalte erstellen und die bestehenden hegemonialen Formate weiter kopieren. Hunderte Radios und Fernsehsender bringen nichts, wenn wir nicht an die Notwendigkeit glauben, uns mit unseren eigenen Augen zu

\* Vgl. »Zivilgesellschaft«, Anm. d. Übers.

betrachten. Denn neue Medienprojekte zu starten, um die Botschaft des Feindes zu wiederholen, bedeutet Komplizenschaft mit dem Feind.

14. Es ist notwendig die alten Paradigmen anzuzweifeln, zu überprüfen und eine neue Theorie zu erarbeiten. Während zu vieler Jahre haben wir nur denunziert und lamentiert und eine Etappe des Widerstandes, der Reaktion durchlebt. Diese Etappe müssen wir überwinden und eine neue, proaktive Etappe initiieren – eine Etappe des Aufbaus unserer neuen Gesellschaften, unserer neuen Demokratien, welche unvermeidlich mit der Demokratisierung von Wort und Bild einhergeht. Doch das erste, was wir demokratisieren und verbürgerrechtlichen\* müssen, ist mit Sicherheit unser eigener Kopf. Es gilt nicht nur ihn zu ändern, sondern unsere Festplatte vollständig zu formatieren. Das erste zu befreiende Territorium sind die 14 000 Kubikzentimeter unseres Gehirns.

### **Warum nicht? Reden wir über Telesur**

Telesur ist ohne Zweifel ein strategisches und politisches Projekt, das durch Nationalstaaten (anfänglich durch Venezuela, Argentinien, Uruguay und Kuba) initiiert wurde. Und ich sage, es »ist«, weil es sich um ein Projekt handelt, das wir retten müssen.

Nach Jahrzehnten voranschreitender Aushöhlung und Privatisierung der Nationalstaaten haben diese, angestoßen von politisch immer reiferen Kollektiven, ihre Rolle zurückerobert, um die Errichtung eines audiovisuellen Mediums von globalem Ausmaß voranzutreiben. Dieses Medium hatte die Mission, eine reale Version der sozialen und kulturellen Diversität Lateinamerikas und der Karibik zu verbreiten, um sie der Welt anzubieten.

Das Ziel war die Entwicklung und Inbetriebnahme einer kommunikativen Strategie des Fernsehens von weltweiter Reichweite, die die Prozesse des Wandels und die regionale Integration antreibt und festigt und als Werkzeug im Kampf um die Ideen gegen den hegemonialen Prozess der Globalisierung funktioniert.

Telesur wurde als Werkzeug konzipiert, um die lateinamerikanisch-karibische Integration zu unterstützen und zugleich um eine Alternative zur kommunikativen Hegemonie, den einheitlichen Gedanken und Bildern, darzustellen, um die Stimme zu befreien, die über Jahrzehnte von Diktatoren, korrupten Politikern und Dienern des Großkapitals gefangen gehalten worden war. Nicht zu vergessen, die unendlich vielen »Experten«, die den Raub an unseren Nationen guthießen und uns davon überzeugen wollten, dass mit der Aushändigung des Staates und der Globalisierung sich alles zum Guten wenden würde.

\* Span. »ciudadanizar«, von »ciudadanización«: Begriff für den progressiven Wandel in Lateinamerika, Anm. d. Übers.

Wir waren davon überzeugt, dass es keine Möglichkeit gibt, die Realität zu verändern, wenn wir nicht anfangen würden, die Welt so zu sehen, wie sie ist. Denn um sie zu transformieren, muss sie greifbar sein. Wir waren es überdrüssig, erklärt zu bekommen, wer wir seien, wie wir seien und was wir zu tun hätten.

Telesur schickte sich an, ein Kanal zu werden, um neue Brücken zu spannen, neue Räume der Integration, des Zusammenkommens und der Zuneigung zu erschaffen. Ein Ort, um uns zu entdecken, uns gern zu haben und uns unter eigenen Vorzeichen neu zu erfinden, um den Stereotypen zu entfliehen, mit denen uns die Blicke von anderen gebrandmarkt hatten. Dazu bedurfte es einer eigenen Sprache, einer visuellen Identität, die es uns erlaubt, uns aus einer anderen Perspektive, der unsrigen, zu betrachten.

Bis dahin war die Parole: Unsichtbar machen. Damit niemand herausfindet, was in Lateinamerika geschieht, wurden die Sozialen Bewegungen stigmatisiert, die brutalste Repression als öffentliche Sicherheit getarnt und Millionen und Abermillionen Ausgeschlossene vergessen.

Lateinamerika ist ein Kontinent der Bewegung, in permanenter Konstruktion, ist ein Ort, der brodelnd und sich immer wieder neu erfindet, voll von Widersprüchen, Freude, Texturen, Rosen und Farben, von Kämpfen, Fehlschlägen, Frustrationen und Reichtum, von Versuchen, von Geschichten, von Ruhm, grün, aus Licht, aus Wasser, von Würde und vor allem von einer unaufhaltsamen Lebenskraft. Telesur ist im Plural geboren, mit dem Anspruch an das Wir, dem gemeinsamen Traum eines Amerika: uns kennen und achten zu lernen, um uns zu integrieren.

Wir waren uns bewusst darüber, wie verheerend es ist, die Wahrheit zu kennen, sie aber nur mit sich selbst teilen zu können. Darum haben wir auf eine Struktur von weltweiter Reichweite und hoher Qualität von fortschrittlichen Inhalten gesetzt, um so die Realitäten des Kontinents unmittelbar, wahrheitsgemäß, glaubwürdig und kontextualisiert zu offenbaren. Wir bekannten uns zu Meinungen zugunsten der Integration unserer Völker, wollten diverse und plurale Perspektiven zu den großen Themen und Sorgen, welche die Gemeinschaften betreffen, verbreiten, um die Debatte und ein kritisches, öffentliches Bewusstsein zu beleben. Das hieß, die Produktion der Inhalte zu demokratisieren, um so Diversität und Pluralität zu garantieren.

Bevor man uns kannte, versuchte man uns bereits zu diskreditieren. Das war offensichtlich und vorhersehbar: Auf dem langen Weg hin zu einer Demokratisierung des Fernsehgespenstes, fingen wir an, die medialen Latifundien Lateinamerikas von Zäunen zu befreien: Nach 513 Jahren überwandnen wir unsere Heiserkeit und entdeckten unsere eigene Stimme.

Ein Testprogramm machte am 24. Juli 2005 den Anfang: genau neun Monate nach dem Beginn des Abenteuers, begann Telesur 24 Stunden aus eigenen Studios in Caracas über Satellit zu senden. Nach und nach wurde das Signal auch durch Fernsehgesellschaften, Kabel, nationale und regionale, universitäre und kommunitäre Fernsehsender und auch über das Internet ausgestrahlt.

So erfüllte sich ein lang gehegter Traum lateinamerikanischer Journalisten und Kulturschaffender, die – mit wenig Erfolg in den letzten Jahrzehnten – immer für die Utopie eines Mediums gekämpft haben, das uns in Lateinamerika zusammenführt.

Von der alternativen Ausstrahlungskraft zeugte wenige Monate später bereits das spanischsprachige Signal des US-amerikanischen Fernsehsenders CNN. Diese sahen sich gezwungen, Persönlichkeiten und Kollektiven Stimme und Bild zu geben, die sie bis dahin immer versteckt hielten. Auf ihrem Bildschirm erschienen Indigene und Schwarze, bis hin zu Präsidenten, die sich nicht dem Washington Consensus verpflichtet sahen. Die Straflosigkeit war zu Ende: Die Menschen erhielten die Möglichkeit, herauszufinden, was geschah, obwohl es das hegemoniale Fernsehen verschleierte.

Filmschaffende, Produzenten, Verleiher und Fernsehsender des ganzen Kontinents wurden durch einen akribischen Anschaffungsplan und der Verabschiedung von strategischen Kooperationsvereinbarungen zu unseren Hauptlieferanten, unabhängig davon, ob diese staatlich, kommunitär oder unabhängig waren.

Unsere drei Säulen waren: informieren, bilden und unterhalten. Auch der letzte Punkt wurde angesichts des verspielten, eigenen Charakters berücksichtigt. Heute jedoch scheint er komplett vergessen.

Zusammen mit der Errichtung des Senders, gründeten wir die Factoria Latinoamericana de Contenidos (FLACO – span.: Lateinamerikanische Inhaltsfabrik), in dem Bewusstsein, dass wir unser gegenhegemoniales Ziel nicht ohne eigene Inhalte und Formate erfüllen konnten. Diese Institution hatte die Aufgabe, horizontale Produktionen zu unterstützen und lateinamerikanische audiovisuelle Medieninhalte zu fördern und zu verbreiten (Kurzfilme, Spielfilme, Dokumentationen, experimenteller Film, Serien oder Einteiler, bereits produziert oder in Planung).

Wir können nicht dem Imperialismus die Schuld dafür geben, dass wir vom Weg abgekommen sind. Die Feinde dieses lateinamerikanischen, integrativen und demokratisierenden Projektes sind wir selbst. Wir haben die Revolution ausgerufen, aber verhalten uns kulturell immer noch kolonialisiert (so war es immer einfacher). Wir, die wir von strukturellen Veränderungen gesprochen haben, kopieren immer noch Agenden und Formate, getreu der Prämisse: »Es ist bereits alles erfunden«.

Es ging nicht darum, ein lateinamerikanisches oder linkes CNN zu machen, sondern um eine Revolution gegen CNN, BBC, Antena 3, TVE usw.; um Wort und Bild zu demokratisieren, auf Pluralität und Diversität zu setzen, eine kulturelle Schlacht zu schlagen, im ideologischen Krieg zu kämpfen.

Wir haben viel Zeit verloren in Lateinamerika, indem wir uns um Antworten an den Feind bemühten. Doch der Feind hat uns im Griff wie einen zu Boden gegangenen Boxer. Ab und zu schlagen wir noch einen Haken, jedoch ohne jemandem damit weh zu tun. Immer antworten wir, zeigen wir an, regen wir uns auf. So kann

man weder Politik machen noch kommunizieren, was man gerade tut. Am Ende bestimmt immer noch der Feind die Agenden.

Seriosität und Wahrhaftigkeit in der Information, journalistische Sorgfalt, eigene Agenden, Qualität und Unterhaltung, Informierung und Bildung der Bürger, darum ging es; nicht ewig den Selben Stimme und Bild zu geben, sondern den Millionen und Abermillionen, die bei der kommerziellen Presse immer stumm erschienen, diejenigen, die dieses neue Lateinamerika in Wirklichkeit aufgebaut haben. Es geht nicht darum, auf die hegemoniale Information zu reagieren, sondern aktiv eine eigene Agenda durchzusetzen.

Die Entscheidung, Telesur zu einem in erster Linie Nachrichtensender zu machen – einem »NNC«, also umgekrempelten CNN – verdammt Telesur dazu, von Anfang an weder treue noch eigene Zuschauer zu haben. Ein Nachrichtensender hat punktuelles, kein Stammpublikum. In Wirklichkeit übertragen sich Information und Bildung durch Dokumentationen, Filme, Kulturprogramme (Publikumsmagneten), die die Zuschauer dazu anregen, auch die Nachrichten und journalistischen Programme zu schauen.

Wir wissen, dass ein neuer Kanal ohne neue Inhalte wertlos ist. Obwohl man sich dessen bewusst war, entschied das Präsidium von Telesur, sich vom Anfangsprojekt der FLACO (mit horizontaler Entwicklung in jedem Land), zu verabschieden und bevorzugte fortan direkte Verträge mit Produzent in einigen Ländern.

Schon bevor Telesur ein Signal hatte, bevor es auf Sendung ging, war es in aller Munde. Bis hin zum US-amerikanischen Repräsentantenhaus, das feststellte, dass die Inhalte antiamerikanisch seien (zu dem Zeitpunkt gab es noch nicht mal ein Testsignal). Heute ist die »Marke« bekannt, doch die Zuschauerzahl gering.

Alle reden von Telesur, wenige schauen es, vielleicht, weil man sich von der Strategie verabschiedet hat, offene und Kabelkanäle zu bespielen. Denn die einzelnen Staaten – die in den Propagandapapieren von Telesur als Partner figurieren – empfinden Telesur nicht als ihr eigenes und merken, dass sie keine Mitspracherechte besitzen.

Oder weil man durch harsche Kritiken Glaubwürdigkeit verloren hat: »ein absoluter Reifall, ein vorhersehbarer, langweiliger Ansatz, ein Projekt, das so in die eigene Bürokratie und konfliktreiche Treuherzigkeiten verwickelt ist, dass es verständlich erscheint, zu sagen, Telesur habe sein Potenzial nicht erfüllt« (Giordano, 2011).

Doch während Telesur zeigte, was in Honduras beim Putsch 2009 geschah fütterte uns CNN mit Details über den Tod von Michael Jackson. Welche politisch-kulturelle Divergenz, über die einige wenige entscheiden, die aber dauerhafte Auswirkungen auf Millionen nach sich zieht.

Dennoch lässt sich ein Mangel an Professionalität konstatieren, die Tatsache, dass über 70 Prozent der Bilder in den Nachrichtensendungen von Telesur von den transnationalen Agenturen APTN und Reuters stammen. Obwohl in der entscheidenden Phase des Libyenkrieges eigene Korrespondenten nach Tripolis geschickt wurden, wurde weiter die Lügen von Aljazeera und CNN verbreitet. Ge-

nauso wenig ist es gelungen, eine lateinamerikanische Bildagentur auf die Beine zu stellen, die Telesur und den Rest der lateinamerikanischen Nachrichtensender mit Bildmaterial versorgen könnte.

Telesur ist in Wirklichkeit noch immer ein venezolanisches Staatsunternehmen. Und es scheint, es bestehe kein Bedarf, es in ein multistaatliches, lateinamerikanisches Unternehmen umzuwandeln, so wie es gedacht war und was die große Stärke Telesurs gewesen ist. In der venezolanischen Regierung scheint es keine Interesse daran zu geben, es zu multinationalisieren, was u. a. bedeuten würde, Programm und editorische Leitlinien zu debattieren, einigen Staaten Rechenschaft abzulegen und kollegiale und kollektive statt vertikaler Entscheidungsfindung zu ermöglichen.

Talentarm – teilweise nach Ausbildung im eigenen Kanal – hat das aktuelle venezolanisch-kubanische Direktorium weder eine lateinamerikanische Vision noch eine Ahnung von ausgeglichener Berichterstattung: Statt dessen sorgt es sich weiter um seine Rolle in der internen Politik Venezuelas und schafft es nicht einmal dort, die nötigen Kontexte zu vermitteln.

Telesur hat mehr als 50 direkt Beschäftigte (die meisten wenig professionell), die es nicht schaffen, eine einzige Fernsehstunde zu produzieren (abgesehen von den Nachrichtensendungen).

Die Journalisten – venezolanische und lateinamerikanische –, die bei Telesur ausgebildet wurden, wurden durch die Autokratie des Kanals »ausgeschieden«: Dissens, Meinungen, Projekte, Pläne, Partizipation, Teamwork werden nicht akzeptiert. Deswegen kam es nicht nur zu Entlassungen sondern zum Mord an der Moral. All jene versuchen weiter, den Traum einer gegenhegemonialen Kommunikation zu verwirklichen, jedoch in einem anderem Umfeld. Niemand ist zum Feind übergelaufen.

Der Austritt der Gründungsgruppe bedeutete für Telesur dort einen Glaubwürdigkeitsverlust, wo das Projekt als eigenes angesehen wird und seine Entwicklung mit Achtung und Hoffnung verfolgt wird. Orientierungslos ist die notwendige Mystik verloren gegangen, um ein Projekt solchen Ausmaßes zu manövrieren. Der Kanal stellte mehrere Ex-Mitarbeiter des Privatsenders ein, dessen Konzession durch die Regierung von Chávez nicht verlängert worden war. Man führte die Entschuldigung an, dass diese es verstünden, die Technologie zu nutzen – eine Art mit dem Feind zu schlafen und ihm den Generalschlüssel in die Hand zu drücken.

Dem Gründungsteam von Telesur gelang es, eine Beratungskommission aus Freunden des lateinamerikanischen Traums ins Leben zu rufen. Sie war durch Persönlichkeiten und Intellektuelle aus Lateinamerika, Europa und den USA besetzt, die sich alle bereit erklärten an dem Versuch auf verschiedene Art und Weise teilzunehmen. Zweimal kamen sie zusammen: das erste Mal beim Sendestart und das zweite Mal im Mai 2007. Nie wurde ihren Vorschlägen über Inhalte, Rücksprachen, Projekte und Mitwirkungen entsprochen.



Die geplante Ausbildungsschule »John Reed«, durch die Kommission vorgeschlagen, geriet in Vergessenheit. Stattdessen wurde die spanische Firma Media-pro für viel Geld damit beauftragt, eine Diagnose des Senders zu erstellen (dabei wurden auch sensible Unterlagen offenbart) und sogenannte Einführungskurse abzuhalten.

In Telesur wurde viel Kraft und Geld investiert. Heute erreicht es leider nur sehr wenige Menschen. Telesur hat einen hypertrophen Körper (der nicht gewachsen, sondern angeschwollen ist) und hat an Glaubwürdigkeit verloren. Durch Unfähigkeit und vor allem durch einen mangelnden Glauben an die Sache und das ewige Kopieren der Formate des Feindes wurde der Traum so vieler Lateinamerikaner zerstört.

Ohne Zweifel markiert Telesur einen revolutionären Meilenstein in der regionalen Informations- und Kommunikationsgeschichte. Es gilt, Telesur zu retten, zu den Wurzeln zurückzukehren, sich seiner Richtschnur zu besinnen, den multinationalen lateinamerikanischen Sender Wirklichkeit werden zu lassen, Transparenz über alle Handlungen zuzulassen, eine Form gemeinsamer Entscheidungsfindung herzustellen und auf eine möglichst breite Ausstrahlung zu drängen. Für letzteres braucht es strategische Allianzen in den Ländern, um den Sender auf frei empfangbarem Signal und über Kabel (oder wie es bspw. Argentinien vorschlägt, als Sender im terrestrischen Digitalfernsehen) zu senden. Das muss in Zusammenarbeit mit den sozialen Organisationen geschehen, die man verlassen hatte.

Als wir die Möglichkeit und Tragfähigkeit des Senders untersuchten, beschäftigten wir uns mit einer soziologischen Studie über das Profil der Lateinamerikaner, über das, was wir gemeinsam haben, was uns verbindet. Abschließend notierten wir, dass wir Lateinamerikaner informell und salopp seien und einen verqueren, mit unter beißenden Sinn für Humor hätten.

Paradoxerweise geben sich die Ansager von Telesur angelsächsisch, spannen ihre Stimme an und sind bemüht zu zeigen, dass sie wirklich seriös sind. Wer sich die Studie zu Nutzen gemacht hat, ist das spanischsprachige CNN, wo die Nachrichten heute in informeller Kleidung (weder Hemd noch Krawatte) präsentiert werden. Die Nachrichten werden umgangssprachlich angesagt, manchmal sogar mit gewissem Humor. Auf diese Art und Weise fühlen sich die Zuschauer wie zu Hause.

»Wie kam es zu ihrer Distanzierung von Telesur?«, werde ich immer wieder in der Hoffnung gefragt, man könne mir ideologische, politische, ethische oder professionelle Differenzen entlocken. In Wirklichkeit war es traurig, ein Gefühl, nicht alle Ziele erreicht zu haben, wie nach dem Todeskampf eines Sohnes. Zugleich bin ich aber auch zufrieden, gezeigt zu haben, dass ein lateinamerikanischer, dekolonialisierter Fernsehsender von weltweiter Reichweite möglich ist. Es hat u. a. dazu gedient, neue audiovisuelle Kommunikationsnormen, sowie die Demokratisierung von Kommunikation und Information in einigen Ländern der Region voranzutreiben.

Die Utopie ist nicht das Ziel, sie hilft uns beim Laufen: Wir haben ein Fenster

geöffnet, nun ist es an den neuen Generationen ein, zehn oder tausend andere Fenster und Türen aufzustoßen, um Wort und Bild, Information und Kommunikation zu demokratisieren.

Wir haben auch den Weg dafür bereit, dass an den Akademien damit angefangen wird, eine neue Kommunikationstheorie zu erarbeiten – populär, demokratisch, lateinamerikanisch, aus Sicht des Südens, welche die von uns erlebte Praxis begleitet.

Übersetzung aus dem Spanischen: Steffen Lehnert

## **Mediensystem im Transformationsprozess Medien und Medienpolitik im Venezuela des 21. Jahrhunderts**

Die Situation von Massenmedien und Journalisten in Venezuela ist seit vielen Jahren Gegenstand ebenso emotionaler wie personalisierter Debatten. »Chávez will Medien kontrollieren« (Die Welt vom 22.7.10) oder »Ein Land vor dem Black-out« (taz vom 28.5.10) lauten die Schlagzeilen von Artikeln, in denen etwa vom »einzig verbliebenen Oppositionskanal« berichtet wird, der »um sein Überleben bangt« (ebd.). Schon das widersprüchliche Detail, dass in der Berichterstattung auf zahlreiche oppositionelle Fernseh- und Radiosender verwiesen wird, von denen jeder jeweils der letzte seiner Art sein soll, scheint eine genauere Untersuchung des venezolanischen Mediensystems und der Medienpolitik des Landes notwendig zu machen.

Mit dem vorliegenden Beitrag soll zunächst einen Überblick über die Medienlandschaft und die Mediennutzung in Venezuela gegeben werden, um dann getrennt privatwirtschaftliche und öffentliche Medien zu beschreiben. Des Weiteren geht der Beitrag auf die medienrechtliche Situation ein und erläutert Besonderheiten im venezolanischen Mediensystem, um es anschließend in eine medien- und kommunikationswissenschaftliche Kategorisierung einzuordnen. Zu den notwendigen Vorbemerkungen gehört auch, dass das zugrundeliegende Zahlenmaterial wenig aktuell und teilweise lückenhaft ist,<sup>21</sup> sodass der Beitrag zwar eine allgemeine Orientierung leisten kann, aber insgesamt den Bedarf an genaueren Untersuchungen eines Mediensystems im Transformationsprozess eher unterstreichen soll. An dieser Stelle beschränke ich mich außerdem auf eine Beschreibung der traditionellen Medien, da diese bisher im Mittelpunkt medienpolitischer Debatten standen. Gleichwohl ist darauf hinzuweisen, dass auch die Netzmedien und die diesbezügliche Technologiepolitik in Venezuela ein vielfältiges und bisher wenig bearbeitetes Themengebiet sind, das aber nicht zuletzt aufgrund seines Umfangs einen eigenen Beitrag erfordern würde.

21 Die benutzten Quellen setzen sich zusammen aus Auskünften staatlicher Stellen, der Registrierung im Rahmen journalistischer Selbstverwaltung, Reichweitenmessungen durch Privatunternehmen zur Bemessung von Anzeigenpreisen, einzelne wissenschaftliche Untersuchungen sowie Publikationen zu medienrelevanten statistischen Materialien. Aus keinem dieser Bereiche liegen bisher kontinuierliche und vergleichbare Erhebungen öffentlich vor.

## Medien und Mediennutzung in Venezuela

Beobachter bescheinigen Venezuela eine der am weitesten entwickelten Medienlandschaften in Lateinamerika: »Compared with other countries in the region, there are more users and subscribers for television and radio per capita than in either Brazil or Mexico. Media consumption in Venezuela is highly sophisticated and media related skills are widely spread among the population.« (Cañizales/Lugo-Ocando 2008, 192) Tatsächlich verfügt Venezuela, wie die meisten Länder der Region, über eine moderne und vielfältige Medieninfrastruktur. Zu 108 terrestrisch sendenden Fernsehstationen kamen im Jahr 2008 insgesamt 794 UKW- und weitere 210 Radiosender im Bereich Mittelwelle (Conatel 2009). Ein Drittel der Haushalte nutzte Kabelanbieter oder Satellitenempfang. Im Jahr 2002 erschienen landesweit 142 Tageszeitungen, hinzu kommen unzählige Wochenzeitungen und Magazine. Auch im Bereich der Internetnutzung hat das Land in den vergangenen zehn Jahren schnell aufgeholt. Daneben existiert ein unübersehbarer Markt für DVD-Produkte, der hauptsächlich von den Straßenhändlern, den *Buhoneros* getragen wird. Bereits im Jahr 2001 verfügten in den Städten fast alle Haushalte über ein Fernsehgerät, etwa 70 Prozent über eine Stereoanlage und fast zwei Drittel über ein VHS, Betamax oder DVD-Gerät (Fundación Polar 2006, 47).

Allerdings weist Venezuela als eines der am stärksten urbanisierten Länder des Kontinents vor allem im Fernsbereich starke Disparitäten zwischen ländlichen und städtischen Gebieten auf. So lag die Zahl der Sendeanlagen für offen zu empfangendes Fernsehen im Jahr 2003 in ländlichen Bundesstaaten wie Delta Amacuro bei fünf oder im größten Flächenstaat Amazonas bei sechs, während in der Hauptstadt 39 Stationen die verschiedenen Sendungen ausstrahlen (ebd., 78). Nur vier große TV-Anbieter verfügten über eine landesweite Infrastruktur. Die meisten Stationen hatte der staatliche Sender *VTV* (45), gefolgt von den privaten *RCTV* (35), *Venevisión* (33), *Televen* (32) und dem katholischen Sender *Vale TV* (27). Daneben existieren etwa 40 Unternehmen, die lokal senden, oder wie *Globovisión* in mehreren Bundesstaaten offen zu empfangen sind (vgl. ebd., 86).

Das Fernsehen kann seit langem als Leitmedium in Venezuela betrachtet werden. Schon im Jahr 1999 beschrieben mehr als 70 Prozent der Bevölkerung im Raum Caracas das Fernsehen als attraktivstes Medienangebot gegenüber der Presse (16 Prozent), Zeitschriften (5 Prozent) und dem Radio (4 Prozent). Alleine dem Fernsehen wird von der Mehrheit der Nutzer Glaubwürdigkeit, Vollständigkeit und Orientierungsfähigkeit zugeschrieben. Selbst bei dem Thema Wirtschaftspolitik verlassen sich mehr Nutzer auf Informationen aus dem Fernsehen als auf gedruckte Medien, in keinem von 15 abgefragten Themengebieten lag ein anderes Medium vor dem Fernsehen (vgl. ebd., 100 f.).

Das Radio kann durch die hohe Anzahl der Sender und seine technische Reichweite sicher als das vielfältigste und am weitesten verbreitete Medium in Venezuela gelten, es verfügt aber über das schlechteste Image. Trotzdem wird es intensiv

als Nebenbei- bzw. als Morgenmedium genutzt, fast 60 Prozent der Bevölkerung hören es am frühen Morgen (vgl. ebd., 110). Radio wird ähnlich wie die Tagespresse als Lokalmedium genutzt. Im Fall der Tagespresse ist der Anteil von landesweit oder regional erscheinenden Produkten sogar stark rückläufig: Im Jahr 2002 erschienen nur noch 18 Tageszeitungen national, gegenüber 26 im Jahr 1990, einen gesamten Bundesstaat deckten nur noch 21 Tageszeitungen ab, gegenüber 29 zwölf Jahre zuvor. Zudem hängt die Nutzung von Tageszeitungen stark vom Bildungsniveau ab, wobei selbst von Menschen mit Abitur nur 31 Prozent angaben, eine Tageszeitung zu lesen (ebd., 219).

### **Private Medien in Venezuela**

Im venezolanischen Mediensystem dominieren privatwirtschaftliche Strukturen. Ganz entgegen der öffentlichen Wahrnehmung hat die Zahl der kommerziellen Medien vor allem seit dem Regierungsantritt von Hugo Chávez zugenommen: Die Anzahl der an private Unternehmen vergebenen Fernsehkanäle verdoppelte sich landesweit von 29 im Jahr 1998 auf 65 im Jahr 2008. Im selben Zeitraum wurden 181 neue Lizenzen an private Radiobetreiber vergeben (Conatel 2009). Auch im Bereich der Kabel-, Satelliten- und Internetanbieter vollzog sich die weltweit zu beobachtende Ausweitung der medialen Ökonomie. Bereits in den 1980er Jahren hatte eine regionale Ausdehnung medienwirtschaftlicher Strukturen eingesetzt, bei der einzelne Unternehmen ihre Aktivitäten von nationalen Märkten auf den gesamten Kontinent erweiterten: »A significant process in the 1980s and 1990s was that [...] Latin American countries such as Venezuela, became exporters of considerable amounts of programming to other countries, not just within the Hispanic geocultural market.« (Hesmondhalgh 2007, 222) Die zentralen Akteure aus Venezuela waren dabei die *Grupo Cisneros*, *Grupo IBC* (RCTV), *Bloque de Armas* und *Globovisión*. Von außen expandierte die spanische Gruppe *Prisa* in Venezuela.

Medienwirtschaftlich liegt zumindest bei *Grupo Cisneros* und *Grupo IBC* (RCTV) eine deutliche konglomerate Konzentration vor. Beide Unternehmen binden nicht nur branchenübergreifend andere Mediensektoren ein, sondern weisen auch enge Verflechtungen mit weiteren Wirtschaftszweigen auf. *Cadena Capriles* (*Ultimas Noticias*), *Unión Radio* sowie die katholische Kirche verfolgen vor allem eine medien-diagonale Konzentrationsstrategie, bei der übergreifend über verschiedene Mediensektoren wirtschaftlich expandiert wird (vgl. Knoche 2007, 140 ff.). In Erwägung, dass auch Anteilseigner mittlerer Medienunternehmen wie *Globovisión* oder die verschiedenen Familienunternehmen weit gefächerte wirtschaftliche Aktivitäten außerhalb des Medienbereichs entfalten, lässt sich feststellen, dass in Venezuela eine sehr kleine Anzahl von Medienunternehmern über erhebliche wirtschaftliche Macht verfügt.

## *Private Unternehmen im TV-Bereich*

Der erste private Fernsehsender Venezuelas wurde bereits im Jahr 1953 als *Radio Caracas Televisión* (RCTV) gegründet. Das Betreiberunternehmen *1-Broadcasting Venezuela* (IBC) geht auf das Jahr 1930 zurück, als der US-Bürger William H. Phelps den ersten privaten Radiosender des Landes in Betrieb nahm.

Im Jahr 2008 verfügten private Unternehmen über insgesamt 65 Frequenzen, was bedeutet, dass über 60 Prozent der vergebenen Lizenzen kommerziellen Anbietern zur Verfügung stehen (Conatel 2009). Der größte Teil von ihnen, nämlich 38 Sender, hat die dafür benötigte Lizenz erst unter der Regierung Chávez erhalten. Bis heute gehören die *Grupo IBC* und *Grupo Cisneros* zu den größten Unternehmen des Landes (Diaz 2004, 77). Gemeinsam mit dem zweitgrößten Sender *Venevisión* erreichte RCTV bis ins Jahr 2007 mehr als 75 Prozent der Zuschauer und 80 Prozent der Werbeeinnahmen im Fernsehbereich.

Zwei weitere wichtige Privatsender sind *Televén* und *Globovisión*. Zwar strahlt letzterer sein Signal nicht in allen Bundesstaaten offen aus, aber alle vier dieser großen privaten Sender sind landesweit auch über Kabel und Satellit zu empfangen. Dies gilt auch für RCTV. Nachdem die Regulierungsbehörde Conatel dem Unternehmen im Mai 2007 die Lizenz für die terrestrische Ausstrahlung nicht erneuerte, verbreitet der Betreiber *Grupo IBC* seine Produkte als RCTV-International über Kabel und Satellit. Im Radio- wie auch im Fernsehbereich spielt außerdem die katholische Kirche als Medienunternehmer eine wichtige Rolle.<sup>22</sup>

Das größte Medienunternehmen des Landes ist mit Abstand die *Grupo Cisneros*. Um ihren Kernsender *Venevisión* besteht ein Netzwerk von Spartensendern wie *Venevisión Continental*, *Clase* und *Caracol Televisión*. Zusätzlich zu nationalen Unternehmen aus dem Medienbereich wie dem Internet- und Kabelanbieter *Claxson Interactive Group*, *Rodven* und der Produktionsfirma *Venevisión Producción* bestehen Beteiligungen an transnationalen Medienunternehmen wie etwa den Satellitenbetreiber *DirectTv* und insgesamt 34 Beteiligungen an anderen Medienunternehmen in Lateinamerika. Mit dem Baseball-Team *Los Leones de Caracas* und der Organisation *Miss Venezuela* kontrolliert Diego Cisneros, der 1960 als politischer Exilant aus Kuba einreiste, außerdem landesweit bedeutende Teile der Unterhaltungsindustrie. Außerdem gehörten zum Unternehmen die Biermarke *Regional* (Peña de Arias 2009, 185).

*Venevisión*, *Telegen* und der Kabelsender *RCTV-International* strahlen hauptsächlich Unterhaltungsprogramme aus, welche die Unternehmen selber für den lateinamerikanischen Markt produzieren. Im Bereich Information importieren die privaten venezolanischen Sender große Teile ihrer Inhalte vor allem aus den USA,

<sup>22</sup> Insgesamt betreibt die katholische Kirche vier Fernsehsender: Vale TV landesweit, Niños Cantores aus Zulia und TV Andina aus Merida sowie Amavisión aus dem Amazonas.

aber auch aus Spanien und Großbritannien. *Globovisión* kooperiert wirtschaftlich eng mit CNN und dem kolumbianischen Medienunternehmen RCN, dessen Nachrichten das Unternehmen in Venezuela vertreibt (vgl. ebd., 188).

### *Private Radiounternehmen*

Bereits die ersten Radiostationen in Venezuela wurden von Privatunternehmen gegründet: Im Jahr 1926 begann AYRE seine Übertragungen (Correa 2004, 47). Bis heute ist das Radio das vielfältigste Medium. Normalerweise verfügen die Sender nur über eine regionale Reichweite, allerdings betreiben die meisten Anbieter Ketten, bei denen die Programme ganz oder teilweise übernommen werden. Die neun Unternehmen, die landesweit über Ketten präsent sind, betreiben 59 Prozent der Stationen. Mit insgesamt 472 UKW-Frequenzen verfügen die privaten Unternehmen auch im Radiobereich über die deutliche Mehrheit (59 Prozent) der vergebenen Ressourcen (Conatel 2009).

Die drei größten Unternehmen im Radiobereich, *FM Center*, *Unión Radio* und *Circuito Nacional Belfort* (CNB) dominieren landesweit die Radiolandschaft, außerdem spielen die Familienunternehmen *Circuito Radial Triple F* mit 31 und *Calixto Rocca* mit 14 Stationen eine wichtige Rolle. Weitere Radiobetreiber sind die verschiedenen Glaubensgemeinschaften, die katholische Kirche betreibt landesweit 21 Sender, darunter die Kette *Fe y Alegría* (Cañizales/Lugo-Ocando 2008, 199).

Auch am Radiomarkt lassen sich die Strukturen transnational agierender Unternehmen deutlich beobachten. Die größte Radiokette, *FM Center*, gehört zur Organisation Cisneros. Die nächste große Unternehmensgruppe im Radiobereich ist *Unión Radio*, die dem spanischen Medienkonzern Prisa gehört, welcher große Anteile an den Radio- und Pressmärkten in ganz Lateinamerika besitzt. Alleine in Caracas betreibt *Unión Radio* vier UKW-Sender<sup>23</sup> sowie landesweit etwa 40 weitere Stationen. Für ihre Informationsbereiche übernehmen die Sender von *Unión Radio* die Nachrichten von CNN und der BBC (vgl. ebd., 198). Das CNB unterhält 52 Radiosender und kooperiert wirtschaftlich eng mit dem Fernsehsender *Globovisión*, dessen Meinungssendung *Aló Ciudadano* als Audiosignal auf allen CNB-Frequenzen übertragen wird.

Die Globalisierung spiegelt sich auch in einem geringen Anteil der Eigenproduktion der Programme wieder. So produzieren nur vier der 22 Radiosender in Caracas selber »die Mehrheit oder einen wichtigen Teil der Inhalte, die sie ausstrahlen« (Pérez 2008). Fast 60 Prozent der ausgestrahlten Inhalte bestehen aus Musik; weitere 26 Prozent sind Magazinsendungen oder thematische Berichte.

23 Actualidad 90.3, Éxitos 99.9, La Mega 107.3, Onda 107.9.

Nachrichten belegen weniger als zwei Prozent aller ausgestrahlten Inhalte (vgl. ebd.).

### *Tageszeitungen und Zeitschriften*

Zwar existiert keine offizielle Registrierung von Medien im Printbereich, aber in der Literatur werden gegenwärtig zwischen 72 (Peña de Arias 2009, 185) und 112 (prensa-escrita.com) Tageszeitungen aufgelistet. Gegenüber 1990 bedeutet dies etwa eine Halbierung des Angebots, wobei der größte Teil bereits in den 1990er Jahren eingegangen ist. Der absolut überwiegende Teil hat regionale Verbreitung, nur acht erscheinen überregional. Dazu kommen etwa 150 Magazine (Bispal 2004, 41).

Die ältesten kontinuierlich erscheinenden Tageszeitungen sind die 1909 gegründete *El Universal* und die seit 1943 erscheinende *El Nacional*. Nach Angaben der *Asociación Nacional de Anunciantes* (ANDA) verzeichneten die beiden ehemals wichtigsten Tageszeitungen des Landes seit den 1990er Jahren einen dramatischen Verlust ihrer verkauften Auflage von damals zusammen 350 000 Stück auf heute 130 000 Exemplare.<sup>24</sup> Allerdings haben beide Blätter aufgrund ihrer ausführlichen Politik- und Wirtschaftsberichterstattung weiterhin eine Meinungsführerschaft für die privaten Medienunternehmen. Die mit Abstand größte Tageszeitung Venezuelas ist gegenwärtig *Ultimas Noticias* mit mehr als 200 000 verkauften Zeitungen pro Tag (vgl. ebd.). Das Blatt wird vom Medienunternehmen *Cadena Capriles* herausgegeben, das nicht nur eine Vielzahl weiterer Print-Titel produziert, sondern auch über relevante Anteile am Radio- und TV-Markt verfügt. Gegründet wurde die Firma im Jahr 1958 von dem Exil-Kubaner Miguel Angel Capriles. Auch das nächst größere Unternehmen im Print-Bereich, *Bloque de Armas*, mit den Titeln *Diario 2001* und *Meridiano* wurde 1968 von einem Exil-Kubaner, Armando de Armas, gegründet. Der Verlag kooperiert wirtschaftlich eng mit der *Hearst Corporation*, deren Magazine (u. a. *Cosmopolitan*, *ELLE*), *Bloque de Armas* in Venezuela vertreibt.

### *Inhaltliche Ausrichtung der privaten Medien*

Im Rahmen einer umfassenden Inhaltsanalyse während der wahlintensiven Jahrgänge 2006/2007 wurden die wichtigsten Themen der politischen Berichterstattung privater Medien erhoben (Calderón/Cañizález/Moret 2008). Dabei stellte sich heraus, dass die Berichterstattung sich regional kaum unterscheidet, außerdem

24 Die Registrierung erfolgt freiwillig und basiert auf Angaben der Verlage. Im Web: <http://www.andaven.org/nuevo/CCMAF1.asp#Hist%C3%B3rico>



gleichen sich die Themen und ihre Gewichtung übergreifend über die verschiedenen Medientypen. Die drei Themen Kriminalität, steigende Lebenshaltungskosten und Arbeitslosigkeit stellten bis zu ein Drittel der gesamten inhaltlichen Berichterstattung dar und wurden in allen Informationssendungen fast täglich thematisiert. Das wichtigste unter diesen »häufigsten Themen« ist mit einem Anteil von etwa 50 Prozent Kriminalität, wobei hier fast ausschließlich über Gewaltkriminalität, also über Mord, Raubüberfälle und Entführungen, berichtet wurde.

Während der Präsidentschaftswahlen 2006 und anlässlich einer Volksabstimmung im Jahr 2009 untersuchte das *Observatorio Global de Medios. Capítulo Venezuela* (Observatorio) die Inhalts- und Meinungsberichterstattung der wichtigsten Medien hinsichtlich der Ausgewogenheit zwischen Opposition und Regierungslager. Bei den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2006 kam die Organisation zu dem Ergebnis, dass »ein starkes Ungleichgewicht überwiegt« (Observatorio 2007). Alle privaten Medien bezogen deutlich Position für den Oppositionskandidaten, Vertretern des Regierungslagers wurde weniger Platz für ihre Selbstdarstellung eingeräumt. Am stärksten ausgeprägt war die parteiische Berichterstattung in den untersuchten Tageszeitungen, bei *Globovisión* und bei den Sendern von *Unión Radio*. Bei letzteren richteten sich im Jahr 2007 sämtliche der untersuchten wahlrelevanten Beiträge gegen Hugo Chávez.

Bis zur Volksabstimmung im Februar 2009 hatte sich an den Ungleichgewichten in der Berichterstattung nur wenig geändert. Bei den untersuchten Fernsehsendungen richteten sich 70 Prozent der Beiträge gegen die Position der Regierung. Die Mehrheit der geladenen Gäste (58 Prozent) vertrat das »Nein« und in 67 Prozent der untersuchten Beiträge unterstützten die Moderatoren die Position der Opposition. Auf alle Mediengattungen gerechnet wurden in über 80 Prozent der Beiträge die Positionen nur einseitig präsentiert (Observatorio 2009). Auch private Medien, die ausgeglichener berichten, wie etwa *Ultimas Noticias* oder *Venevisión* als jeweils größte Anbieter in ihren Branchen, räumen den Regierungspositionen deutlich weniger Platz ein und problematisieren in ihren Informationsangeboten vor allem für die Regierung kritische Themen. Diese Form der parteiischen Berichterstattung ist mit wenigen Ausnahmen auch bei staatlichen Medien deutlich ausgeprägt, hier natürlich unter umgekehrten politischen Vorzeichen.

### *Besonderheiten der privaten Medien in Venezuela*

Eine Gemeinsamkeit mit anderen Ländern Lateinamerikas besteht im Verhältnis zwischen Regierungen vor 1998 und den privaten Medien des Landes. Venezuela wurde als eines der wenigen Länder des Subkontinents in seiner jüngeren Geschichte weder von einer Militärdiktatur noch wie in Mexiko von einem autoritären Ein-Parteien-Regime beherrscht. In diesen Ländern war das Verhältnis

zwischen Staat und privaten Medienunternehmen geprägt von der »verschwiegenen Komplizenschaft mit den [Militär-]Diktaturen« (Poljak 2002, 55). Wie in den anderen lateinamerikanischen Ländern führte die umfassende Interdependenz zwischen staatlicher Macht und privatwirtschaftlichen Interessen aber auch in Venezuela dazu, dass zwischen Autoritarismus des Staates und privatwirtschaftlicher Organisation des Mediensystems kein Gegensatz bestand (Hallin 2000, 101). In der kooptierten Demokratie Venezuela manifestierte sich dieser Zusammenhang über die Einbindung des Führungspersonals der Medienunternehmen in eine der beiden dominierenden Parteien, die Christ- (COPEI) bzw. die Sozialdemokraten (Acción Democrática).

Andrés Cañizalez und Jairo Lugo-Ocando (2008, 201) bezeichnen das Verhältnis von Regierungspolitik und privaten Medien in Venezuela bis 1998 als eine »symbiotische Abhängigkeit« wegen deren Einbettung in den Pakt von Punto Fijo. Der *Puntofijismo* geht zurück auf eine formale Abmachung zwischen Sozial- und Christdemokraten, sowie anderen gesellschaftlichen Akteuren wie der katholischen Kirche, den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden und dem Militär im Jahr 1961. Er beinhaltet die gegenseitige Anerkennung im Falle eines Wahlsiegs und die gleichberechtigte Beteiligung an den nationalen Ressourcen, bei gleichzeitiger Ausgrenzung aller anderen politischen Kräfte, insbesondere der politischen Linken. »[Venezuela's media] became an area for consensus and political negotiation among different elites« (ebd., 202).

Praktisch alle privaten Medienunternehmen des Landes weisen enge biografische Verbindungen zur alten politischen Klasse und jetzigen Opposition auf: *Televen* wurde durch einen ehemaligen Berater von Präsident Jaime Lusinchi (Acción Democrática) gegründet, Federico Ravell, Gründer und Teilbesitzer von *Globovisión*, war Informationsminister unter Carlos Andres Pérez (Acción Democrática). Der ehemalige Direktor von *El Nacional*, Alberto Quiroz Corradi, war führendes Mitglied des Wahlbündnisses *Coordinación Democrática* und bis 2004 die treibende Kraft hinter den politischen Initiativen zur Ablösung von Präsident Hugo Chávez (Britto Garcia 2004, 71 ff.). Selbst viele kleinere Verlage und Tageszeitungen wie *Tal Cual* (Teodoro Petkoff) und *El Nuevo País* (Rafael Poleo) wurden von ehemaligen Politikern gegründet.

In den verschiedenen gesellschaftlichen Krisen, denen die »paktierten Demokratie« bis zum Jahr 1998 ausgesetzt war, ergriffen die privaten Medien aktiv Position zur Stabilisierung der dominanten politischen Ordnung. Erst ab Dezember 2001, als sich abzeichnete, dass die neu gewählte Regierung von Hugo Chávez in keinen neuen Eliten-Pakt einzubinden ist, entdeckten die Betreiber der privaten Medien ihre subversive Fähigkeit und verwandelten sich in eine »Krieg führende Partei« (Teodoro Petkoff).

## Staatliche und öffentliche Medien in Venezuela

Formal betrachtet lässt sich das venezolanische Mediensystem seit der Gründung des ersten staatlichen Radiosenders im Jahr 1936 als duales Mediensystem mit einer Mischung aus staatlichen und privatwirtschaftlich betriebenen Strukturen beschreiben. Bereits seit 1952 sendete mit TVN-5 ein staatlicher Fernsehsender, der bis zum Ende der Diktatur von Pérez Jiménez dem Innenministerium unterstand (Díaz 2004, 70). Im Jahr 1974 kam mit *Cadena Venezolana de Televisión* (CVTV) ein zweiter staatlicher Sender dazu. CVTV war zwar 1964 von der *Time-Warner-Group* als privater Fernsehkanal gegründet worden, allerdings »nationalisierte« Präsident Carlos Andrés Pérez den Kanal, als das Unternehmen zehn Jahre später in Zahlungsprobleme geriet (vgl. Pellegrino 1999).

Keines dieser staatlichen Medien konnte jedoch als öffentliches Medienunternehmen bezeichnet werden, insofern sie niemals institutionell unabhängig von der Regierung oder der Exekutive waren. Auch wenn die Sender nicht immer oder ausschließlich von staatlichen Mitteln abhängig waren – phasenweise konnten sie mit einer Mischfinanzierung aus Werbung und Staatsmitteln operieren – wurden ihre Leitungen von der Exekutive ernannt, namentlich dem Ministerium für Information.

Die mangelnde Unabhängigkeit der privaten und erst Recht der staatlichen Medien führte Mitte der 1970er und Mitte der 1990er Jahre zu medienkritischen Debatten, in denen bereits detaillierte Vorschläge für regierungsunabhängige öffentliche Medien gemacht wurden (vgl. Delgado-Flores 2007, 15). Das Projekt RATELVE aus dem Jahr 1974 beinhaltete den Vorschlag, eine landesweite Medieninfrastruktur zu errichten, die interinstitutionell, also gemeinsam durch die verschiedenen Ministerien, verwaltet wird und als »Nationales Projekt« regierungsunabhängig zu finanzieren ist. Als Ziel wurde ein mit nordeuropäischen Systemen vergleichbarer nationaler Bildungsauftrag formuliert, wobei auch die eigene Produktion von Inhalten (Filme etc.) gewährleistet werden sollte. Der vor dem Hintergrund der aktuellen Medienpolitik interessanteste Aspekt war der Gedanke, auf lokaler Ebene ein Netzwerk von kommunalen Medien einzurichten, um alternative Formen der Medienproduktion zu integrieren. Im Jahr 1995 wurde der Gesetzentwurf für ein *Radio Televisión de Servicio Público* (RTSP) durch eine eigene dafür gegründete Bürgerinitiative ausgearbeitet, mit dem Ziel, die staatlichen Medien zu modernisieren und sie der Kontrolle der beiden dominanten Parteien zu entziehen. Der zentrale Vorschlag bestand darin, eine regierungsunabhängige »republikanische Instanz« zu schaffen, welche die Vergabe von Frequenzen kontrolliert und den öffentlichen Rundfunk verwaltet (ebd., 16).

Die Regierung Chávez übernahm mit ihrem Amtsantritt im Januar 1999 die Kontrolle über den staatlichen Fernsehsender sowie das Netzwerk der staatlichen Radios, beide verwaltet vom Ministerium für Information. Bereits frühzeitig zeichnete sich eine Veränderung der Medienpolitik ab: In einer seiner ersten Ent-

scheidungen stoppte Chávez die Privatisierung der staatlichen Medien. Als im folgenden Jahr die neue Verfassung des Landes diskutiert wurde, spielten medienpolitische Diskussionen um Modelle öffentlicher Medien bereits eine wichtige Rolle. Unter anderem wurde in der neuen Verfassung das Recht auf Kommunikation festgeschrieben (siehe unten).

Die Umsetzung der Verfassung in neue medienpolitische Richtlinien verzögerte sich allerdings, was unter anderem darauf zurückgeführt werden kann, dass die Regierung in äußerst konfrontative Auseinandersetzungen mit den alten Eliten verwickelt wurde, welche im April 2002 schließlich in einem Putschversuch mündeten. Dabei nahmen die privaten Medienunternehmen zumindest eine »sehr aktive« (Cañizales/Lugo-Ocando 2008, 191) Rolle ein. Zentrale Momente der Ereignisse waren die verfälschte Darstellung der Demonstrationen an der *Puente Llaguno* durch die privaten Medien und die Abschaltung des staatlichen Senders VTV am Abend des 11. April durch die oppositionelle *Policia de Miranda*. Als Vertreter der privaten Medienunternehmen unterzeichnete Miguel Angel Capriles das totalitäre Dekret des Putschpräsidenten Pedro Carmona, mit dem die verfassungsmäßigen Institutionen aufgelöst wurden. »Die mächtigste Kraft bei der Durchführung des Putsches waren die Medien«, bewertete Eleazar Díaz Rangel, Herausgeber der Zeitung *Ultimas Noticias*, später die Rolle der Medienunternehmen. In Venezuela gingen die Ereignisse umgangssprachlich als »Medienputsch« in die Geschichte ein (ausführlich u. a. Britto García 2004, Carmona Ulloa 2004).

In der Folge konzentrierte sich die Medienpolitik der Regierung darauf, die medienpolitischen Vorgaben der Verfassung in neue Gesetze mit Verfassungsrang umzusetzen sowie eigene Medien aufzubauen. Darüber hinaus entstanden in Venezuela seit dem Jahr 2000 eine Vielzahl unabhängiger und alternativer Medien, die rechtlich als *medios comunitarios* gefasst sind.

### *Staatliches und öffentliches Fernsehen*

Im Jahr 2008 sendeten landesweit sechs staatliche Fernsehsender. Dies entspricht gegenüber 1998 einer Verdreifachung der staatlichen Kapazitäten. Als erster neuer Fernsehsender ging im November 2003 der Kulturkanal *ViveTve* auf Sendung, im Jahr 2005 folgte der lateinamerikanische Nachrichtenkanal *TeleSur*, und schließlich im Jahr 2007 der Unterhaltungskanal *Tves*. Das venezolanische Parlament, die *Asamblea Nacional*, überträgt seit 2006 ANTV und die Stadtverwaltung von Caracas weihte im Juli 2006 mit *Ávila TV* einen Kanal für urbane Jugendkulturen ein. Die beiden letztgenannten haben nur eine regionale Reichweite, aber alle werden in die Kabelnetze eingespeist und sind teilweise auch über Satellit zu empfangen.

Die Diskussion um Staats- bzw. Regierungsferne öffentlicher Medien schlug sich in unterschiedlicher Form bei allen Neugründungen nieder. Der Kulturkanal

*ViveTve* wird vom Ministerium für Kommunikation verwaltet, das den Präsidenten bzw. die Präsidentin des Senders ernennt. Der Betrieb unterliegt allerdings in großen Teilen der Selbstverwaltung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Direktorinnen und Direktoren sind Mitarbeiter der einzelnen Redaktionen und werden im Rahmen einer Mitarbeiterversammlung in die Leitungsfunktion gewählt. Seit dem Jahr 2006 wird die Arbeit des Senders außerdem von einem Beirat aus *Consejos Comunes*, Gewerkschaften, den sozialen Bewegungen und den Komitees der Mediennutzer begleitet. Dieser Ausschuss der *Contraloría Social* prüft auch die wirtschaftlichen Aspekte des Sendebetriebs (vgl. Daniljuk 2007, 109).

Die Gründung des multinationalen Nachrichtenkanals *TeleSur* war ein Ergebnis des *Mesa Comunicación* auf dem Weltsozialforum 2003 in Porto Alegre. In dessen abschließender Empfehlung wurde die Initiative für einen unabhängigen lateinamerikanischen Nachrichtenkanal angeregt. Ein Jahr später gründeten Argentinien, Uruguay, Kuba und Venezuela die Aktiengesellschaft *Nueva Televisora del Sur CA.* (*TeleSur*). Die Arbeit des Senders untersteht einem Beirat, zu dem insgesamt 36 Personen aus 17 Ländern gehören, außer Lateinamerika sind bisher die USA, Frankreich, Italien und Belgien vertreten. Das siebenköpfige Direktorium von *TeleSur* ist Teil des Beirates und soll an dessen Beschlüsse gebunden sein. Der Sender verfügt über Korrespondenten in den wichtigsten lateinamerikanischen Städten sowie in Washington. An Brennpunkten der internationalen Politik werden vorübergehend Büros eröffnet (vgl. ebd., 111).

Für die Betrieb von *Tves* wurde im Jahr 2007 ein Stiftungsmodell gewählt. Das Direktorium des Senders *Venezolana Social* (*Tves*) besteht aus sieben Personen, von denen fünf aus der Exekutive stammen: Neben dem durch das Ministerium für Kommunikation ernannten Direktor entsenden die Ministerien für Kultur, Bildung, Hochschulen und Telekommunikation jeweils einen Vertreter, zwei weitere stellen die Organisationen der Mediennutzer und der unabhängigen Medienproduzenten (*Gaceta Oficial* 38.681).

Im Gegensatz zu diesen vom Ministerium für Kommunikation verwalteten Sendern sind die kommunitären Fernsehsender institutionell weitgehend unabhängig. Sie werden im Rahmen von freiwilligem Engagement auf lokaler Ebene durch eingetragene Vereine betrieben. Vorstände und Leitungsfunktionen werden jährlich durch die Mitglieder gewählt und dürfen laut gesetzlicher Vorgabe (siehe unten) weder leitende Funktionen in politischen Parteien, staatlichen Institutionen sowie in anderen – privaten oder staatlichen – Medien innehaben. Zudem darf der Verein als Betreiber nur 30 Prozent der ausgestrahlten Inhalte selber produzieren und ist verpflichtet, seine Infrastruktur der gesamten Nachbarschaft zur Verfügung zu stellen.

Da die meisten von ihnen nur lokale Bedeutung haben, lassen sich über die erteilten Lizenzen hinaus nur wenige Informationen finden. Allerdings ist festzuhalten, dass die Zulassung entsprechender Sender erstens ein genuines Ergebnis der

Medienpolitik der Regierung Chávez ist und dieser Bereich, zweitens, das dynamischste Wachstum aufweist. Die ersten Zulassungen für kommunitäre Fernsehprojekte erfolgten im Jahr 2002, zu diesem Zeitpunkt erteilte die Conatel sechs Lizenzen an Projekte in vier Bundesstaaten. Ein Jahr später hatte sich ihre Zahl mit elf Sendern in acht Bundesstaaten fast verdoppelt (Fundación Polar 2006, 87). In einer Aufstellung der *Asamblea Nacional* aus dem Jahr 2006 werden für 13 von 24 Bundesstaaten kommunitäre Fernsehprojekte aufgezählt (Bispal 2006, 71). Zwei Jahre später waren bei der Conatel bereits 37 *televisoras comunitarias* in 19 Bundesstaaten zugelassen (Conatel 2009). Diese Entwicklung lässt sich analog im Bereich der kommunitären Radioprojekte feststellen (siehe unten).

In der Hauptstadt Caracas existierten im Jahr 2009 zwei derartige Fernsehsender, die gleichzeitig die enormen professionellen Spannbreiten der unter diesem Oberbegriff arbeitenden Projekte illustrieren: Während es sich bei *CatiaTve* als ältestem und bekanntestem Projekt dieser Art um einen professionellen Fernsehsender handelt, der im gesamten Stadtgebiet und auch im Kabelnetz zu empfangen ist, ist *TV Petare* ein kleines, sozialpädagogisch geprägtes Projekt zur Medienausbildung von Jugendlichen im größten Armenviertel des Landes.

### *Staatliche und öffentliche Radiosender*

Das Radio ist das venezolanische Medium mit der deutlichsten Zunahme an öffentlichen Initiativen seit Amtsantritt der ersten Regierung von Hugo Chávez. Im Jahr 1998 waren landesweit nur neun Frequenzen im UKW-Bereich vergeben, zehn Jahre später wurden 79 Frequenzen von staatlichen Radios genutzt.

Der größte und älteste staatliche bzw. öffentliche Radioanbieter ist *Radio Nacional de Venezuela* (RNV). Dazu kam die in den 1990er Jahren verstaatlichte Radiokette *YVKE Mundial*. Das einzige neue staatliche Radioprojekt ist mit *Radio del Sur* ein internationales Radionetzwerk, das über eine ähnliche Ausrichtung verfügt wie der multinationale Nachrichtenkanal *TeleSur*, an dessen Betriebs- und Verwaltungsstruktur *Radio del Sur* seit dem Jahr 2011 angebunden ist. Diese drei öffentlichen Sender sind landesweit zu empfangen. Außerdem betreiben die Bundesstaaten sowie die Gemeinden verschiedene Projekte auf lokaler Ebene. Der staatliche Unternehmensverbund der Schwerindustrie verfügt im Bundesstaat Guayana über ein eigenes Netz von Betriebsradios. Zwei weitere Frequenzen werden vom Parlament (*AN Radio*) und dem Armeerundfunk genutzt (vgl. Peña de Arias 2009, 186).

Die deutlichste Zunahme von Medienprojekten lässt sich im Bereich der alternativen und kommunitären Radioprojekte verzeichnen. Sie existierten vor dem Jahr 1998 nur als illegale Sender und waren teilweise drastischen Verfolgungen durch die Behörden ausgesetzt. Im Jahr 2008 verfügten landesweit 234 Projekte über eine Lizenz (Conatel 2009), unzählige weitere senden ohne Konzessionen. In

der aktuellen Debatte um ein eigenes Gesetz für die *radios comunitarios* werden bis zu 500 Projekte genannt (vgl. u. a. *Correo del Orinoco* 10.6.11).

Analog zu den kommunitären Fernsehsendern wird der Betrieb dieser Radios durch eingetragene Vereine organisiert, die sich auf Ebene der Gemeinde bilden. Angesichts der Vielzahl der Projekte ist eine vollständige Erfassung kaum möglich, eine wissenschaftliche Untersuchung hat bisher nicht stattgefunden. Anhand ihres Selbstverständnisses und der medienpraktischen Entwicklung lassen sich bisher folgende Kategorisierungen vornehmen:

In ihrem Selbstverständnis lassen sich freie, alternative und kommunitäre Radios unterscheiden. Die Gruppe der kommunitären Sender versteht sich schwerpunktmäßig als Dienstleistungsfunktion für Bewohnerinnen und Bewohner der Stadtteile und zielt darauf ab, die sozio-kulturelle Integration insbesondere der Armenviertel zu stärken. Anhand der Selbstauskünfte lassen sich dieser Gruppe die meisten Projekte zuordnen. Die Gruppe der freien Medien betont ihre Unabhängigkeit, wobei damit zunächst die Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen gemeint ist. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit drückt sich vor allem im Verzicht auf staatliche Mittel aus, stattdessen finanzieren sich die freien Radios aus kleinen Beiträgen durch die Aktivistinnen und alle, die das Radio zur Informationsverbreitung nutzen. Dazu gehören etwa *Radio 23 Combativa y Libertaria 92.5 FM* und *Radio Libre Negro Primero 101.1 FM* in Caracas (vgl. *El Universal* vom 14.5.08).

Die Gruppe der alternativen Radios bezieht sich stärker auf urbane Subkulturen und definiert sich in lebensweltlicher Opposition zu anderen Milieus. Zurzeit führt kein Radioprojekt diesen Begriff im Titel, aber in verschiedenen Projekten lässt sich eine starke Dominanz jugendlicher Subkulturen feststellen. Eine vierte Gruppe von Radios kann im Zusammenhang mit ihrer Redaktionspraxis als Organisationsmedien bezeichnet werden. Dabei handelt es sich um Projekte, die abweichend von den rechtlichen Vorgaben ausschließlich von Mitgliedern religiöser oder politischer Organisationen betrieben werden. Dementsprechend müssen anhand der redaktionellen Praxis offene, halb-offene und geschlossene Medien unterschieden werden.

Als eine selbstständige fünfte Gruppe können schließlich die kommunitären Radioprojekte der indigenen Bevölkerungsgruppen behandelt werden. In Kooperation mit RNV haben sich in verschiedenen Gemeinden in den Bundesstaaten Amazonas, Barinas und Zulia lokale Radios gegründet, die in indigenen Sprachen eigene Inhalte produzieren und sich im Netz der Sprecherinnen und Sprecher der indigenen Gemeinden (*Renavive*) organisieren (vgl. u. a. RNV vom 12.2.08).

Zusätzlich zum medienpolitisch-kulturellen Selbstverständnis unterscheiden sich die Projekte deutlich hinsichtlich ihrer technischen Ausstattung und Reichweite. Der größte Teil der Projekte verfügt über eine semi-professionelle technische Ausstattung und eine mittlere Reichweite, die auf den eigenen Stadtteil bzw. den Landkreis beschränkt ist. Einige Projekte haben sich inzwischen soweit pro-

fessionalisiert, dass sie nicht nur über moderne Produktions- und Sendetechnik verfügen, sondern auch überregional zu empfangen sind. Dazu gehören etwa in Merida *Radio Ecos 93.9 FM* und in Caracas *Al son del 23 94.7 FM*. Der Sender ist Presseberichten zufolge nicht nur im gesamten Stadtgebiet zu empfangen, sondern auch einer der beliebtesten Radiosender in Caracas (El Universal vom 14.5.08). In der Hauptstadt überschreiten mindestens vier Projekte deutlich den gesetzlich vorgeschriebenen nachbarschaftlichen Rahmen (*CatiaTve, CRP 91.5 FM, Radio Libre Negro Primero 101.1 FM* und *Al son del 23 94.7 FM*).

Eine letzte und am schwierigsten zu erfassende Gruppe stellen die Projekte mit niedriger Reichweite und improvisierter Technik. Oft sind es jüngere Projekte, die sich wie *Radio Ciudad Bendita 100.3 FM* in Caracas erst im Zuge des Aufbaus von direkt-demokratischen Selbstverwaltungsinitiativen (*Consejos Comunes*) gegründet haben. Da diese Projekte zumeist über keine Konzession verfügen und auf eine überregionale Darstellung, etwa im Internet oder der Presse, verzichten, lässt sich ihre Anzahl kaum seriös einschätzen.

Betrachtet man die landesweite und sozial-geographische Verteilung fällt erstens eine gewisse Konzentration auf urbane Räume und zweitens eine feste Anbindung an die soziale Peripherie auf: Die meisten genannten Projekte liegen in städtischen Armenvierteln. Anhand von Caracas lässt sich feststellen, dass die etwa 25 Projekte sich in den vergangenen zehn Jahren von den Armenvierteln im Westen kreisförmig um das von der Mittelklasse dominierte Zentrum herum ausgebreitet haben. In den besser gestellten Stadtteilen im Nordosten existiert kein einziges alternatives oder gemeinschaftliches Medium.

### *Direkte Kommunikation Präsident-Bevölkerung*

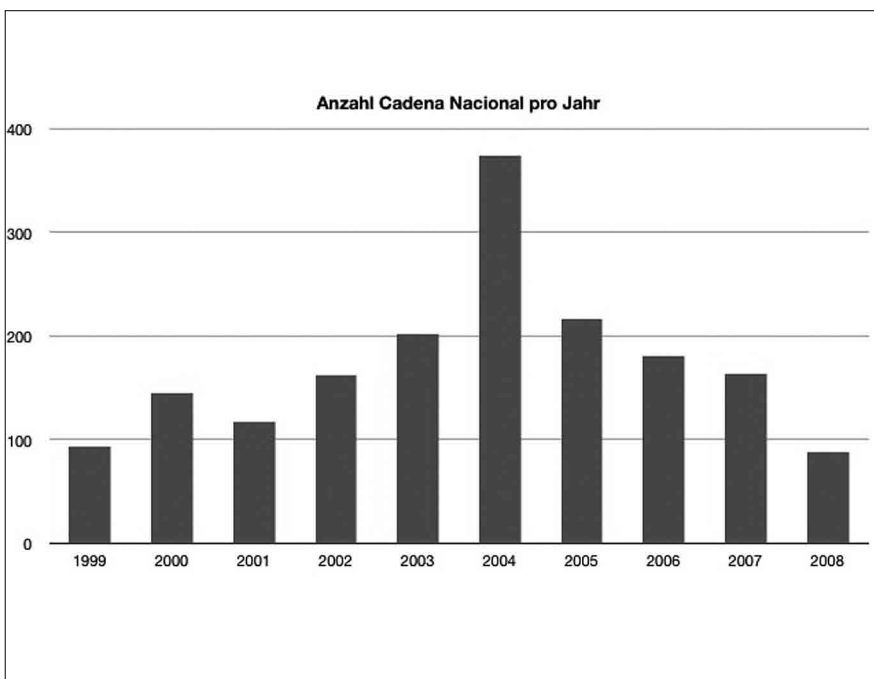
Seit seinem Amtsantritt im Jahr 1999 betreibt Präsident Hugo Chávez eine eigene Fernsehsendung: *Aló Presidente*. Diese sonntägliche Sendung stellt eine zentrale Quelle für die politische Information des Landes dar, sie wird teilweise auch von anderen öffentlichen Sendern übernommen und gehört zu den am häufigsten zitierten politischen Sendungen. Mit gegenwärtig 375 Folgen wurden in den vergangenen elf Jahren durchschnittlich 34 Sendungen pro Jahr ausgestrahlt, die Zeitdauer liegt zwischen vier und sechs Stunden. Normalerweise handelt es sich bei dem Format um eine öffentliche Kabinettsitzung, an unterschiedlichen Orten und mit einem Schwerpunktthema aus der aktuellen Politik oder zur entwicklungspolitischen Agenda der Regierung. Eine Vielzahl der Sendungen widmete sich etwa der Entwicklung landwirtschaftlicher Produktion und nahm die Einweihung entsprechender Projekte zum Thema. Auch andere lateinamerikanische Präsidenten, u. a. der konservative Álvaro Uribe in Kolumbien und der Sozialdemokrat Alán García in Peru betreiben ähnliche Sendungen.

Eine weitere Form der direkten Kommunikation Präsident-Bevölkerung ist die



sogenannte *Cadena Nacional*, eine Kettenschaltung, bei der alle audio-visuellen Medien eine Erklärung des Präsidenten synchron übertragen müssen. Zwar handelt es sich hier weder um ein neues noch um ein speziell venezolanisches Phänomen, allerdings wurde die Kettenschaltung niemals so breit angewendet wie unter der Regierung Chávez. Eine Vielzahl von lateinamerikanischen Ländern kennen ähnliche Regelungen (u. a. Brasilien, Chile, Ecuador, Mexiko, Honduras, Kolumbien). Im venezolanischen Medienrecht ist die Kettenschaltung seit 1941 verankert und stellte einen Kompromiss an das privatwirtschaftlich dominierte Mediensystem dar. Die verschiedenen Regierungen verzichteten auf eine stärkere Regulierung und auf die Entwicklung eines breiten staatlichen Medienangebotes, dafür garantierten die privaten Rundfunkanbieter die Übernahme regierungsamtlicher Informationen im Rahmen der *Cadena Nacional*.

In Venezuela lässt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Zuspitzung der innenpolitischen Situation bis zum Jahr 2004 und dem Einsatz der *Cadena Nacional* erkennen (vgl. Proeva 2009, 46).



Grafik 1

Die von der katholischen Menschenrechtsorganisation Provea erhobenen Daten zeigen einen deutlichen Anstieg der Anzahl der Sendungen vom Jahr 2002 (Putsch), über 2003 (Erdölsabotage) bis zum Jahr 2004 (Abwahlreferendum durch die Opposition). Seitdem nimmt die Anzahl der *Cadenas* kontinuierlich ab, und auch im Jahr der Präsidentschaftswahl 2006 stiegen weder die Anzahl der Sendungen noch die Gesamtdauer pro Jahr, was die häufig geäußerte Kritik relativiert, der Präsident nutze staatliche Mittel, um die eigene Wiederwahl zu unterstützen (ebd.). Die Regierung argumentierte, dass sie mithilfe der *Cadena* die Informationsblockade durch die privaten Medienunternehmen brechen musste, welche die Regierungspositionen verschwiegen oder nur in extrem verzerrter Form wiedergegeben hätten. Die Vertreter privater Medienunternehmen und auch *Provea* kritisieren die *Cadenas* hingegen als Missbrauch amtlicher Macht, welche die Meinungspluralität einschränke. Allerdings belegen die Zahlen auch, dass die durchschnittliche Dauer der Kettenschaltungen 37 Minuten betrug (vgl. ebd.) – ein Zeitrahmen, der für die privaten Anbieter sicherlich ärgerlich ist, aber deren Gesamtprogramm nicht nennenswert beeinträchtigt.

## Medienrechtliche Regelungen

Bereits in der Verfassung war auf Initiative der Alternativmedien ein erweiterter Begriff der Meinungsfreiheit eingeführt worden (zur Beteiligung am verfassungsgebenden Prozess vgl. Azzellini 2007, 27). Nach Artikel 57 wird den Bürgern das Recht zugesprochen, von jedwedem Medium Gebrauch zu machen, um das Recht auf freie Meinungsäußerung auszuüben. Meinungsfreiheit wird um das Grundrecht erweitert, Zugang zu medialen Verbreitungskanälen zu bekommen. Damit benennt die Verfassung ein Recht auf Kommunikation. Außerdem definiert die Verfassung das Mediensystem als frei und plural, sie schließt Zensur aus (Constitución 1999, Art. 58).

Die neuen verfassungsrechtlichen Vorgaben wurde ein Jahr später im *Ley Orgánica de Telecomunicaciones* (LOTel 2000) umgesetzt. In diesem Gesetz wurde das Recht auf die Gründung von eigenen Nachbarschaftsmedien festgeschrieben, für deren Regulierung die *Comisión Nacional de Telecomunicaciones* (Conatel) als autonomes Institut zuständig ist. »In ihrer Eigenschaft als Nutzer eines Dienstes der Telekommunikation hat jede Person das Recht [...] individuell oder kollektiv ihr Recht auf Kommunikation frei und plural auszuüben, indem sie angemessene Bedingungen nutzt, um offene kommunautaire Rundfunkmedien ohne wirtschaftliche Ziele in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung zu gründen.« (ebd., Art. 12.3) Dieser Passus ging wesentlich auf die Beteiligung von unabhängigen Medienaktivisten, namentlich aus dem Umfeld von *CatiaTvé*, am verfassungsgebenden Prozess zurück, die dort ein soziales Eigentum an Medien verankert sehen wollten (CatiaTve 2006).

Bis zum Jahr 2002 erarbeitete die Regulierungsbehörde Conatel in Abstimmung mit den Aktivisten eine Durchführungsbestimmung, welche den Betrieb offener Radio- und Fernsehstationen ohne wirtschaftliche Ziele detailliert regelte (Conatel 2002). Darin werden zunächst grundlegende Begriffe wie *comunidad* und *localidad* spezifiziert, wobei erstere stärker sozial-kulturell als ortsabhängig definiert wird als ein »Zusammenhang von Personen, die an einem oder mehreren Orten leben und durch gemeinsame Problemlagen und gemeinsame historische und kulturelle Zusammenhänge verbunden sind« (Art. 2.3).

Voraussetzung für die Zulassung eines kommunitären Mediums ist die Gründung eines eingetragenen Vereins auf der Basis einer nachbarschaftlichen Vollversammlung. Ausgeschlossen von der Leitung eines solchen Vereins sind Beamte und aktive Militärs, aktive Mitglieder politischer Parteien und Mitarbeiter anderer – also privater oder staatlicher – Medien (Art. 14). Neben technischen und administrativen Vorgaben regelt die Durchführungsbestimmung die Ausstrahlung von Werbung und die Anteile der Inhalte, die unabhängig von den Betreibern durch Menschen aus der Nachbarschaft produziert werden müssen. Dafür werden die Vereine verpflichtet, offene Angebote für die Ausbildung von *productores comunitarios* zu machen (Art. 31). Außerdem wird das Verbot festgeschrieben, mit den ausgestrahlten Programmen »ethnische, religiöse oder geschlechtliche Merkmale, die politischen, parteilichen oder ideologischen Einstellungen oder den sozialen Status« einer Person zu diskriminieren (Art. 34.4) und die Betreiber werden verpflichtet, dass »alle Bürger der Gemeinde, in welcher der Dienst ausgestrahlt wird, und die dies wünschen, ihre Meinungen zu jedweder Angelegenheit im Programm unterbringen dürfen.« (Art. 34.6)

Schließlich wurde im Dezember 2004 das *Gesetz über Soziale Verantwortung in Radio und Fernsehen* (Ley Resorte) von der Nationalversammlung mit knapper Mehrheit verabschiedet. Das Gesetzgebungsverfahren ging zurück auf das Weltsozialforum 2003 in Porto Alegre (Brasilien). Dort hatte eine Expertenkommission die »kriegerische Parteinahme« der privaten Medien sowie den Mangel an Jugendschutz und die Dominanz rassistischer und sexistischer Sendeinhalte in vielen lateinamerikanischen Staaten kritisiert. Das Ministerium für Kommunikation nahm die *Erklärung über Soziale Verantwortung des Radios und des Fernsehens* (Britto García 2004, 251) zum Anlass, in Venezuela einen Runden Tisch einzuberufen, an dem neben den Vertretern von Bürgerrechtsgruppen, Kirchen und staatlichen Akteuren auch Delegierte der Basismedien und Vertreter der privaten Medienunternehmen teilnahmen (vgl. Daniljuk 2005; Daniljuk 2007, 102).

Die wesentlichsten Neuerungen waren verbindliche Regelungen für gewalttätige und sexistische Sendeinhalte sowie für Werbung. Ebenfalls beschränkt wurde die Ausstrahlung von Telenovelas und von *Cadenas Nacionales*. Weitere Regelungen des *Ley Resorte* betreffen medienökonomische Aspekte und die Partizipation der Mediennutzer. Im Sinne der endogenen Wirtschaftsentwicklung müssen beispielsweise 40 Prozent der Beiträge in Venezuela selber produziert werden. Außerdem re-

gelt das Gesetz finanzielle Unterstützungsleistungen für *Nationale Unabhängige Medienproduzenten* (PNI). Diese erhalten günstige Kredite und Unterstützung bei der Gründung von Kooperativen im Bereich der Medienproduktion.

Das Kernstück der partizipativen Medienkontrolle stellen die *Comités de Usuarios* (Komitees der Mediennutzer), die seit der Anlaufphase des Gesetzes gegründet wurden. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, die soziale Kontrolle über gesendete Inhalte auszuüben. Es wurde ein gleichnamiger Fonds gegründet, aus dessen Mitteln die *Comités de Usuarios* Geld erhalten, um Kurse zu veranstalten, die die Medienkompetenz der Bevölkerung erhöhen sollen. Als Kontrollinstanz wurde das *Direktorium für soziale Verantwortung* eingerichtet. Neben einem Vertreter des Ministeriums sind hier verschiedene gesellschaftliche Gruppen vertreten – u. a. die Kirche, die Mediennutzer und die Unabhängigen Produzenten.

### *Persönlichkeitsrechte*

Der wesentliche Teil von juristischen Auseinandersetzungen zwischen Vertretern des Staates und der Medien bezog sich auf das Persönlichkeitsrecht, allerdings stammen die meisten Verfahren aus dem Zeitraum zugespitzter innenpolitischer Auseinandersetzungen von 2003 bis 2006. Das extrem niedrige Niveau der politischen Auseinandersetzung, gekennzeichnet von hochgradiger Personalisierung und Verunglimpfung, bestimmte bis zu den Präsidentschaftswahlen 2006 zunehmend den Medienalltag (ausführlich vgl. Observatorio 2006; Daniljuk 2007, 104 ff.).

Für Diffamierung und Beleidigung mithilfe eines Kommunikationsmediums sind im venezolanischen Strafgesetzbuch seit 1964 Haft- und Geldstrafen sowie Sanktionen gegen die Herausgabe vorgesehen (*Código Orgánico Penal* Art. 442, 443). Seit dem Jahr 2000 wurde das Strafgesetzbuch in drei Schritten an die neue Verfassungsrealität angepasst (2000, 2003, 2005). Das Medienrecht betreffende Ergänzungen waren u. a., dass Behauptungen im Sinne der Wahrhaftigkeit belegbar sein müssen, dass die Darstellung des Sachverhalts ausgewogen erfolgen muss, und dass im Streitfall ein Recht auf Gegendarstellung besteht. Insbesondere der Wahrhaftigkeitsverpflichtung warfen Kritiker vor, dass sie zu unbestimmt sei und zur Selbstzensur führen würde (Correa/Cisneros 2005; Peña de Arias 2009, 177).

Dass die aggressive Art der persönlichen Angriffe seitdem tatsächlich abnahm, kann nicht auf eine veränderte Rechtspraxis zurückgeführt werden, sondern ist eher dem Umstand geschuldet, dass die Opposition mit dieser Strategie im Präsidentschaftswahlkampf 2006 deutlich scheiterte und sich seitdem stärker Sachthemen zuwendete. Tatsächlich zeigt sich auch bei der Durchsetzung von Persönlichkeitsrechten das allgemein niedrige Niveau der Verrechtlichung in Venezuela. Bis zum Jahr 2006 kam es zu nur vier Verurteilungen in Fällen von Berichten, die Amtsträger betrafen (Observatorio 2006). Auch die 2005 neu geschaffene Medienaufsicht *Direktorium für soziale Verantwortung* und Conatel sprachen im

Zeitraum von August 2005 bis August 2006, als der Wahlkampf von Injurien aller Art bestimmt war, nur 28 Rügen im Bereich Fernsehen aus. Die angemahnten Verstöße bestanden in der Überziehung der Werbezeiten, dem Verstoß gegen das Werbeverbot für Alkohol und Tabak und der Ausstrahlung klassifizierter Inhalte (sexistische, gewalttätige Darstellungen) außerhalb der dafür vorgesehenen Zeiten. In nur zwei Fällen lagen Beschwerden der Mediennutzer über den Aufruf zu Hass und Gewalt vor (MinCI 2007).

Dass die Auseinandersetzung um den Umgang mit Persönlichkeitsrechten von Amtsträgern nicht abgeschlossen ist, zeigt der aktuelle Rechtsstreit um die Wochenzeitung *6to Poder*. Das Magazin hatte weibliche Mitglieder des Kabinetts, des Parlaments sowie hochrangige Juristinnen in einer Fotomontage auf dem Titelbild als Cancan-Tänzerinnen dargestellt, im Begleittext wurden die Frauen in die Nähe der Prostitution gerückt. Auf Antrag der Betroffenen erließ der zuständige Strafgerichtshof wegen Diffamierung, Verunglimpfung und Verbreitung von Ressentiments eine einstweilige Verfügung gegen das Blatt. Die Herausgeberin befand sich drei Tage in Untersuchungshaft und das Gericht untersagte die Verbreitung der Wochenzeitung bis zum Gerichtstermin. Der Chefredakteur des Blattes verteidigte die Veröffentlichung als humoristisch und interpretierte die Verfügung als Beweis dafür, dass Präsident Chávez ein Diktator sei (vgl. u. a. El Nacional vom 22.8.11).

### *Frequenzvergabe*

Erhebliche medienpolitische Beachtung fanden Kontroversen um die Vergabe und Überprüfung von Frequenzen für die terrestrische Ausstrahlung von Radio und Fernsehen in Venezuela. Im Mai 2007 wurde die landesweite Konzession für die Übertragung des ältesten und beliebtesten privaten Fernsehsenders Venezuelas, RCTV, nicht verlängert. Damit verlor die *Grupo IBC* einen wesentlichen Teil ihrer Geschäftsgrundlage, denn das Unternehmen hatte den größten Anteil am Werbeumsatz im TV-Bereich eingenommen. Die Entscheidung für die Nicht-Verlängerung der Konzession stellt eine Zäsur in der venezolanischen Medienpolitik dar, weil die großen privaten Unternehmen ihre Verlängerung um Laufzeiten von 20 Jahren bis dahin ohne öffentliche Aufmerksamkeit erhalten hatten und zum gleichen Zeitpunkt dem wichtigsten Konkurrenten, dem Sender *Venevisión*, eine Verlängerung um fünf Jahre eingeräumt wurde.

Eine allgemein politische Dimension erhielt die Kontroverse um die Neuordnung und Legalisierung des Frequenzspektrums vor allem, weil Präsident Hugo Chávez die Nicht-Verlängerung der Konzession für RCTV öffentlich mit dessen Engagement während des Putsches 2002 begründete. In ihrem formalen Ablauf ist die Entscheidung nicht zu beanstanden und das hoheitliche Recht einer jeden Regierung bzw. der dafür zuständigen Medienanstalt. Die venezolanische Regierung verwies im Zusammenhang mit der Neuvergabe der Lizenzen

auf die Notwendigkeit, bestehende Rechtsnormen im Bereich der Frequenznutzung anzuwenden, und verfolgte zweitens das medienpolitische Ziel, im Bereich des offen ausgestrahlten Rundfunks den Anteil von öffentlichen bzw. staatlichen Sendeanstalten zu erhöhen. Insbesondere dieser zweite Punkt findet in Venezuela deutliche Unterstützung vonseiten der politischen Linken und Aktivisten der unabhängigen Medien. So erklärte die Versammlung der kommunitären Fernsehsender: »Das Frequenzspektrum ist eine begrenzte Ressource, ebenso wie Öl oder Wasser, und es sollte auf Grundlage der Prioritäten verteilt werden, die die venezolanische Bevölkerung setzt. Deshalb besteht keine zwangsläufige Notwendigkeit noch einmal eine Frequenz an ein Unternehmen zu erteilen, das ausschließlich an Gewinninteressen und oligarchischen Strukturen orientiert ist« (aporrea 12.1.07).

Im Januar 2009 begann die Conatel mit einer Inventur aller bis dahin vergebenen Frequenzen, deren Lizenzen teilweise bereits aus den 1970er Jahren stammten (vgl. YVKE Mundial 15.7.09). Zum Zeitpunkt der Erhebung besaßen 86 Mittelwelle- und 154 UKW-Stationen sowie 45 Fernsehstationen keine gültige Genehmigung, auf der von ihnen genutzten Frequenz auszustrahlen. Teilweise waren die Frequenzen verwaist, zumeist verbreiteten jedoch die großen privaten Radio- und Fernsehanbieter in den verschiedenen Regionen per Kettenschaltung (*Cadena*) ihre Inhalte, ohne jemals eine Konzession beantragt zu haben. Unter den illegalen Frequenznutzern befanden sich aber auch freie kommunitäre Stationen wie *Radio Zamora Libre 101.9 FM* im Bundesstaat Miranda. Nach Angaben der Aktivisten, die ihr Radio nach dem Putschversuch im April 2002 gegründet hatten, lag ein entsprechender Antrag seit 2004 unbearbeitet bei Conatel (vgl. venezuela.indymedia 20.8.09). Im Zuge der Neubeartragung wurden die meisten Frequenznutzungen legalisiert. Nur 34 Konzessionen – 32 Radio- und zwei Fernsehfrequenzen – wurden neu vergeben. Betroffen davon war auch das private Radionetzwerk *Circuito Nacional Belfort* (CNB), mit offiziell 52 Sendestationen einer der größten Radioanbieter in Venezuela. Das CNB verlor landesweit fünf Frequenzen, unter anderem 102.3 FM in Caracas, wobei unstrittig war, dass die Kette keinerlei Berechtigung für deren Nutzung besaß. Allerdings behauptete ihr Besitzer, Nelson Belfort, er habe die für die Legalisierung notwendigen Papiere rechtzeitig eingereicht, was vonseiten Conatels bestritten wurde (vgl. Venezuelaanalysis 3.8.09). Ab Dezember 2009 wurde die UKW-Frequenz an das Parlament vergeben, das seitdem mit *AN Radio 102.3 FM* einen politischen Informationskanal betreibt.

## Mediensystem im Transformationsprozess

Die venezolanische Medienlandschaft weist überwiegend Gemeinsamkeiten mit anderen lateinamerikanischen Ländern auf. Typische Merkmale sind dominierende privatwirtschaftliche Strukturen, welche wiederum von wenigen transnational ausgerichteten Unternehmen bestimmt werden, wobei sich regional traditionelle Strukturen in Form von Familienunternehmen halten. Gleichzeitig bestanden über die vergangenen Jahrzehnte Rudimente der national-staatlichen Medienentwicklung aus den 1960er Jahren in Form von vernachlässigten staatlichen Radio- und Fernsehsendern fort. Typisch für lateinamerikanische Mediensysteme sind außerdem starke sozialgeographische Disparitäten, welche sich sowohl in unterschiedlichen technischen Reichweiten in ruralen und urbanen Räumen als auch in der fehlenden Repräsentation sozial und kulturell marginalisierter Bevölkerungsgruppen ausdrücken. Insgesamt zeigt sich in Lateinamerika deutlich die mangelnde Integrationsfähigkeit eines vor allem durch wirtschaftliche Interessen getriebenen Mediensystems. Dabei besteht inhaltlich zwischen den privaten Medien regional als auch medienübergreifend eine starke Konsonanz, welche sich auch aus der symbiotischen Verbindung medialer Akteure mit Interessen der alten wirtschaftlichen und politischen Eliten erklären lässt. Dies führt in Venezuela, ähnlich wie in Bolivien, Ecuador und anderen lateinamerikanischen Ländern, zu einer ausgeprägten Konfrontationslinie gegenüber den demokratischen und sozialen Transformationsprojekten der neuen Linksregierungen.

Vor diesem Hintergrund verfolgte die venezolanische Regierung ab dem Jahr 2002 einerseits die Aufwertung und Ausweitung zentraler staatlicher Medienangebote sowie die Entwicklung eines dezentralen Systems unabhängiger kommunitärer Medien. Damit bewies sie zunächst, dass der weltweit einheitliche neoliberale Trend zu rückläufigen öffentlichen Anteilen an den jeweiligen Mediensystemen keinem Naturgesetz folgt. Auch wenn die Anzahl der staatlichen bzw. öffentlichen Fernsehsender bis heute zahlenmäßig weit unter den privaten Sendern liegt, ist es doch gelungen, in einigen Regionen eine Parität beim offen zu empfangenen Fernsehen herzustellen. Dieser Ausbau öffentlicher bzw. staatlicher Sender verlief durch Vergabe zusätzlicher Frequenzen weitgehend ohne Einschränkung des privatwirtschaftlichen Mediensektors.

Die privaten Anbieter bestimmen allerdings weiterhin den Medienkonsum der Bevölkerung. Eine regelmäßig durchgeführte landesweite Erhebung der Zuschauerreichweiten kommt etwa zu dem Ergebnis, dass im September 2010 nur 5,44 Prozent der Fernsehzuschauer die staatlichen oder öffentlichen Kanäle nutzen (Weisbrot/Ruttenberg 2010). Der Zuschaueranteil des staatlichen Fernsehens nimmt demnach vor allem bei politischen Krisen zu. Diese Entwicklung verweist darauf, dass die Inhalte der neu geschaffenen, staatlichen bzw. öffentlichen Sender nicht den Gewohnheiten und Anforderungen eines großen Teils des venezola-

nischen Fernsehpublikums entsprechen, bzw. dass die Präferenzen im Medienkonsum stabiler sind als die politischen Einstellungen.

Alle vier neu geschaffenen staatlichen Fernsehsender weisen unterschiedliche Entwicklungslinien, vor allem aber Nuancen in ihrer Verwaltungsstruktur auf. Gegenüber dem traditionellen reinen Staatssender VTV sind in ihren Konzepten eine teilweise journalistische Selbstverwaltung (*ViveTv*), bzw. Unabhängigkeit durch die Verwaltung durch einen Beirat (*TeleSur*) oder ein Stiftungsmodell (*Tves*) angelegt. Inwieweit diese unterschiedliche institutionelle Selbstständigkeit sich allerdings in tatsächliche redaktionelle Unabhängigkeit niederschlägt, muss genauer untersucht werden. Dabei muss eine inhaltliche Nähe zur Regierungspolitik nicht zwangsläufig ein Indiz für unmittelbare Abhängigkeit sein, da sie möglicherweise der freien Orientierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entspricht. Allerdings existieren durchaus Hinweise, dass das Ministerium für Kommunikation sich in inhaltliche Entscheidungen einmischt und dass die Beirats- bzw. Stiftungsstrukturen ihrem Auftrag nicht in dem vorgesehenen Maße nachkommen. So erklärte der Vizepräsident von *TeleSur*, Aram Aharonian: »Ich bin Vizepräsident eines Direktoriums, das nie zusammengerufen wird und das ausgetauscht werden kann, wenn der Minister es will. Sein Ministerium alleine hat die Handlungshoheit.« (amerika21.de 4.12.08)

Während sich für die Neuerungen im öffentlichen Mediensystem im Rahmen der Neugründungen durch das Ministerium für Kommunikation auch vergleichbare Ansätze in anderen Mediensystemen, vor allem in Europa, finden, stellt die Bewegung der freien, kommunitären und alternativen Medien in Venezuela ein Novum gegenüber den bisher bekannten Formen der Medienpolitik dar. Ihr Ausgangspunkt war die Anerkennung eines Grundrechtes auf Kommunikation im Rahmen der Verfassung. Mit landesweit offiziell 361 Radio- und Fernsehsendern – die wirkliche Anzahl liegt möglicherweise deutlich höher – entstand in den vergangenen zehn Jahren an eine breite soziale Bewegung, deren Akteure im Wesentlichen diejenigen Bevölkerungsgruppen sind, die in der Vergangenheit von der Teilhabe an der Öffentlichkeit ausgeschlossen waren. Diese Repräsentationslücke wurde zunächst auf lokaler Ebene geschlossen, indem die Betroffenen selbstorganisiert eigene Rundfunkmedien etablierten.

Die Orientierung, eigene unabhängige, lokale Medien aufzubauen, knüpft unmittelbar an die Geschichte von Protest und Widerstand der sozialen Bewegungen in der jüngeren venezolanischen Vergangenheit an. Der Kampf der Stadtteilbewegungen um materielle Verbesserungen ihrer Lebenssituation beinhaltete bereits frühzeitig unter der Parole »hacer visible lo invisible« (das Unsichtbare Sichtbar machen) auch die Forderung nach einer symbolischen Anerkennung (vgl. Bolívar 1996, 74). Ein zentraler Ansatzpunkt dafür war die Arbeit von alternativen Medien- und Kulturaktivisten. »Nach den starken Kämpfen, welche die Entstehung der Armenviertel begleiteten (die Kämpfe gegen Räumungsversuche, für die Durchsetzung der Anbindung an die Versorgungsnetze usw.), konzentrierten sich



Aktivitäten meines Erachtens mehr und mehr auf Aktionen mit kulturellem Charakter, die sich auf die Konsolidierung der Identität oder auf die Konstruktion neuer Subjektivitäten orientierten« (Antillano 2005, 207).

Eine zusammenfassende Beschreibung des venezolanischen Mediensystems muss seinen drei Elementen – dominierende transnationale Medienstrukturen, Ausweitung öffentlicher bzw. staatlicher Medien und breite Bewegung kommunitärer Medien – gerecht werden. Zweifelsfrei kann festgestellt werden, dass die Medienkultur in Venezuela stark politisiert ist, wobei die Loyalitäten gegenüber alten Eliten, neuer Regierung und eigenen Interessen der Unterklassen fest an die jeweilige Gruppe von Medien gebunden sind. Formal betrachtet weist das venezolanische Mediensystem die meisten Übereinstimmungen mit europäischen Public-Service-Modellen auf (vgl. Hallin/Mancini 2004). Das Land verfügt über ein demokratisches Regierungssystem und ein Zensurverbot. Die Orientierung der Medienpolitik ist divergierend, sie zielt weder ausschließlich auf ein kommerzielles noch auf ein Public-Service-Modell. Es handelt sich um eine Mischung aus privatem und öffentlichem Medienbesitz, die Medien werden sowohl durch den Staat und als auch privatwirtschaftliche Aktivitäten finanziert. Die Unterschiede zu den europäischen Modellen liegen einerseits in einer stark polarisierten politischen Kultur sowie in einem ausgeprägten politischen Parallelismus. Dass dies kein Widerspruch ist, lässt sich möglicherweise dadurch erklären, dass in Venezuela *de facto* drei Medienbereiche nebeneinander existieren, die sich antagonistischen politischen Lagern zuordnen lassen. Auf einen Begriff gebracht lässt sich das gegenwärtige Mediensystem in Venezuela als polarisiert-pluralistisches Mediensystem beschreiben.

## Literatur

- Antillano, Andrés (2005): La lucha por el reconocimiento y la inclusión en los barrios populares. In: Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales, 2005, Vol. 11 No. 3. S. 205-218.
- Azzellini, Dario (2007): Venezuela bolivariana. Revolution des 21. Jahrhunderts? Neuer ISP Verlag.
- Bisbal, Marcelino (2004): La prensa. In: Bisbal et. al. (2004): Los Medios de Comunicación de Venezuela. FUNTRAPET. Venezuela, S. 17.
- Bisbal, Marcelino (2006): El Estado-Comunicador y su especificidad. in: Comunicación Nr. 134, , Centro Gumilla, Caracas, S. 60-73.
- Blum, Roger (2005): Bausteine zu einer Theorie der Mediensysteme. In: Medienwissenschaften Schweiz 2. S. 5-11.
- Bolívar, Teolinda (1996): Rehabilitación y reconocimiento de los barrios urbanos. Su necesidad y riesgos. In: Bolívar, Teolinda/Baldó, Josefina (Hg.): La cuestión de los barrios. Caracas. Monte Ávila Editores Latinoamericana. S. 73-81.
- Britto García, Luis (2004): Investigación de unos medios por encima de toda sospecha. Hondarribia, España. Ed. Hiru.
- Calderón, Carlos Arcila; Cañizález, Andres; Moret, Jorge B. (2008): Los medios como proyección de las preocupaciones ciudadanas. In: Comunicación Nr. 142, S. 80.
- Cañizález, Andrés; Lugo-Ocando, Jairo (2008): The media in Venezuela. In: Lugo-Ocando, Jairo (2008): The Media in Latin America. Open University Press. S. 193.
- Carmona Ulloa, Ernesto (2004): Economía, poder y medios de comunicación en América Latina: Los dueños de Venezuela, Fondo Ed. Question, Caracas.
- CatíaTve (2006): Contexto en el que se inscribe Catía Tve. Blattsammlung, Caracas. CatíaTve.
- CONATEL (2002): Reglamento de Radiodifusión Sonora y Televisión Abierta Comunitarias de Servicio Público sin fines de lucro. <http://www.analitica.com/bitblo/conatel/comunitarias.asp>.
- CONATEL (2009): Situación actual de los servicios de radiodifusión sonora, TV abierta y difusión por suscripción. [http://www.asambleanacional.gob.ve/index.php?option=com\\_docman&task=doc\\_details&gid=1791&Itemid=184&lang=es](http://www.asambleanacional.gob.ve/index.php?option=com_docman&task=doc_details&gid=1791&Itemid=184&lang=es).
- Constitución (1999): Constitución venezolana de 1999. [http://es.wikisource.org/wiki/Constituci%C3%B3n\\_venezolana\\_de\\_1999](http://es.wikisource.org/wiki/Constituci%C3%B3n_venezolana_de_1999).
- Correa, Carlos (2004): La radio. In: Bisbal et. al. (2004): Los Medios de Comunicación de Venezuela. FUNTRAPET. Venezuela, S. 47.
- Correa, Carlos; Cisneros Mussa, Yubi (2005): El debate público amenazado. In: Comunicación Nr. 130, S. 4.
- Daniļjuk, Malte (2005): Chávez mediale Offensive. In: Lateinamerikanachrichten 372.
- Daniļjuk, Malte (2007): Gestaltung einer neuen Medienpolitik. In: Holm, Andrej (2007): Revolution als Prozess. Hamburg. VSA-Verlag. S. 97.
- Delgado-Flores, Carlos (2007): Dos intentos para una Radio Televisión de Servicio Público en Venezuela, in: Comunicación Nr. 139, Centro Gumilla, Caracas, S. 12.
- Díaz, Gustavo Hernández (2004): La televisión. In: Bisbal et. al. (2004): Los Medios de Comunicación de Venezuela. FUNTRAPET. Venezuela, S. 67.
- Fundación Empresas Polar (2006): Anuario Estadístico Cultural. Las Cifras de los medios de comunicación en Venezuela. Fundación Empresas Polar, Caracas.
- Hallin, Daniel C. (2000): Media, Power and Democratization in Mexico, in: Curran, James; Park, Myung-Jin (2000): De-Westernizing Media Studies, Routledge Taylor & Francis Group, London u. a., S. 97-110.
- Hallin, Daniel C.; Mancini, Paolo (2004): Comparing Media Systems. Three Models of Media and Politics. New York. Cambridge University Press.
- Hesmondhalgh, David (2007): The Cultural Industries. SAGE Publications. London
- Knoche, Manfred (2007): Medienkonzentration, in: Thomaß, Barbara (Hrsg.): Mediensysteme im internationalen Vergleich. Konstanz: UVK, S. 122-144.
- LOTel (2000): Ley Orgánica de Telecomunicaciones. [http://www.tsj.gov.ve/legislacion/lt\\_ley.htm](http://www.tsj.gov.ve/legislacion/lt_ley.htm).
- MINCI (2007): Libro blanco sobre RCTV. Ministro del Poder Popular para la comunicación y la información. Venezuela.
- Observatorio Global de Medios (2006): Acciones Judiciales contra Periodistas. <http://www.observatoriodemedios.org.ve/investigaciones/acciones.asp>.
- Observatorio Global de Medios Venezuela (2007): Los Contenidos de Opinión e Información electoral en Medios de comunicación social nacionales y regionales: Elecciones Presidenciales Venezuela 2006. Informe Pre-electoral. <http://www.observatoriodemedios.org.ve/investigaciones.asp>.
- Observatorio Global de Medios Venezuela (2009): Los Contenidos de Opinión e Información electoral en Medios de comunicación social nacionales y regionales: Referendum Enmienda Constitucional. Caracas. <http://www.observatoriodemedios.org.ve/investigaciones.asp>.

- Pellegrino, Francisco (1999): Los medios de Comunicación Social, Caracas, Centro Gumilla.
- Peña de Arias, María Eugenia (2009): Venezuela. in: Luarte, Alfredo García (Hg.) (2009): Sistemas Informativos en América Latina. Santiago, RIL editores. S. 184.
- Pérez, Fidel (2008): Panorama radiofónico caraceño. In: Comunicación. Caracas, Nr. 143, S. 84.
- Poljak, Vladimir Villegas (2002): Medios vs. Chávez, in: Rangel et. al. (2002): Chávez y los medios de comunicación social, Alfadil Ediciones, Caracas.
- prensa-escrita.com: Periódicos diarios de Venezuela, <http://www.prensaescrita.com/america/venezuela.php>.
- Provea (2009): Derecho a la libertad de expresión e información. in: Comunicación 145 S. 40.
- Siebert, Fred; Peterson, Theodore; Schram, Wilbour (1963): Four Theories of the Press. University of Illinois Press.
- Weisbrot, Marc/Ruttenberg, Tara (2010): Television in Venezuela: Who dominates the Media? CEPR-Issue Brief Dezember 2010. <http://www.cepr.net/index.php/publications/reports/who-dominates-the-media-in-venezuela>.

## **Die politische Ökonomie der Medien in Bolivien als Herausforderung für die Regierung Morales. Ansätze einer Reformierung des Mediensystems**

### **Bolivians politische Transformation als Kontext für die Bedeutung politischer Kommunikation**

Bolivien durchlebt momentan »eine Transformationsphase zu einer neuen Staatsform, deren Konturen immer noch nicht klar sind« (Mayorga 2007, 31).<sup>25</sup> Die Ungewissheit des zukünftigen Entwicklungspfades rührt daher, dass der von Evo Morales in Gang gesetzte Prozess des Wandels an den politisch-kulturellen Grundfesten der Gesellschaft rüttelt. Der Wandel betrifft nicht nur die institutionelle Verfasstheit des Staates, sondern ebenso die Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die kulturelle Identität und das SeJ99

lbstverständnis des Landes. Es »spricht vieles dafür, dass Bolivien sich in einem krisenhaften Prozess der Erneuerung der politischen Repräsentation (Ende der *democracia pactada*) und damit der politischen Eliten, des Sozialkontrakts (Verfassungsgebende Versammlung) und der territorialen Organisation (Autonomien bzw. Dezentralisierung) befindet, also mitten in einem offenen Transformationsprozess, der von einem Machtkampf um politische und soziale Inklusion und um den Zugang zu den wirtschaftlichen Ressourcen angetrieben wird« (Quiroga 2006, 79). Die von Morales ins Zentrum seiner demokratischen Revolution gestellte Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung im Jahr 2006, die schließlich mit dem Verfassungsreferendum im Januar 2009 zum Abschluss kam, ist nur eine, wenn auch wesentliche Säule des Wandels. Die Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasressourcen 2006, die Landreform oder der Autonomie- und Dezentralisierungsprozess sind weitere Konfliktfelder, die z. T. zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führten. Zur Durchsetzung der eigenen Position und zur Mobilisierung der Anhängerschaft gewinnt die Deutungshoheit in der öffentlichen Kommunikation an Relevanz. Der umkämpfte öffentliche Raum hebt die Bedeutung der Medien hervor, die zum einen dem Druck der Anspruchsgruppen ausgesetzt sind und zum anderen selbst aktiv als Akteur in die politische Neugestaltung des Landes eingreifen. Damit ist bereits das Feld der medialen Verfasstheit Boliviens betreten, um das es im Weiteren gehen soll. Die folgenden Gedanken widmen sich der Frage, ob die Medienreformen der neuen Regierung zu einer Demo-

25 Die Übersetzung der spanischen und englischen Originalzitate wurde von mir selbst vorgenommen.

kratisierung der Medienlandschaft beitragen und welche Ausgangsbedingungen für die Reformentscheidungen eine Rolle spielen.

### **Zusammenhänge zwischen Medienkonsum, Medieninhalten und Besitzstruktur**

Bezogen auf die Einwohnerzahl kann Bolivien im quantitativen Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Ländern mit einer breiten Palette an verschiedenen Publikations- und Rundfunkorganen aufwarten. »Bolivien ist weltweit eines jener Länder mit der höchsten Medienverbreitung in Relation zu seiner Bevölkerungsgröße.« (Contreras Baspineiro 2005, 31). Das bevorzugte Informationsmedium ist in den wichtigsten Metropolen des Landes das Fernsehen (fBDM 2009, 78), gefolgt vom Radio und der Presse. Die Intensität und Art und Weise des Medienkonsums hängt von den Charakteristika des Publikums ab. Verschiedenen Umfragen zufolge (CNE 2004, 38 ff.; Gallup 2010; fBDM 2009) hat vor allem das Bildungsniveau einen ausschlaggebenden Einfluss, wohingegen die soziökonomische Situation, das Geschlecht und das Alter nur geringen Erklärungsgehalt für die allgemeine Mediennutzung haben. Spannend ist der Befund, dass das Radio überwiegend im ländlichen Raum von Quechua und Aymara genutzt wird, die Mehrsprachigkeit der Programme und die Anknüpfung an mündliche Traditionen also ein wichtiges Kriterium zu sein scheint. Presse und Fernsehen hingegen werden eher im urbanen Raum von Spanisch sprechenden, weißen Mestizen rezipiert. Daraus lässt sich eine klare Segmentierung der Medienlandschaft erkennen, was bei der Medienwirkung auf die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen zu beachten ist (vgl. CNE 2004, 41).

Schaut man sich Umfragedaten des *Observatorio Nacional de Medios* (ONADEM) aus La Paz in mehreren Großstädten Boliviens im Januar 2008, also kurz nach Beendigung der Verfassungsgebenden Versammlung, zur Zufriedenheit der Bevölkerung (2 444 Befragte) mit der Qualität der Medien an, dann liefern diese sicherlich gute Argumente für eine breitere Regulierung zur Verbesserung der Situation (für die folgenden Nutzerstatistiken und Abb. 1 siehe Poma 2009, 31 ff.). Die allgemeine Zufriedenheit mit der Arbeit der Journalisten liegt im Schnitt bei beachtlichen 64 Prozent, sie sinkt allerdings enorm, wenn man spezifische Bewertungskriterien bewerten lässt. Über die Hälfte der Befragten ist unzufrieden mit der Glaubwürdigkeit der Medien, wohingegen sich lediglich knapp ein Drittel zufrieden damit zeigt.

Für die politische Konfliktkonstellation ist die Frage nach der Überparteilichkeit der Medien von besonderer Relevanz, also der Annahme einer möglichst neutralen Berichterstattung, ohne ein Thema oder einen Akteur entsprechend positiv oder negativ hervorzuheben. Die Durchschnittswerte liefern, bezogen auf dieses Kriterium, eine sehr negative Meinung der Bürger, denn fast 60 Prozent drücken

ihre Unzufriedenheit mit der Neutralität der Medien aus (siehe Abb. 1). Dies könnte ein erster Hinweis darauf sein, dass die Medien aus Sicht der Rezipienten stark in das politische Konfliktgeschehen involviert sind und klar Position beziehen.

Die Rezipientenmeinung ist aber nur eine Seite der Medaille. »Aus diesem Grund ist kritisch zu fragen, ob – oder in welchem Ausmaß – Medien tatsächlich ihre Publikationen und Programme zielgerichtet und einheitlich gestalten, um politische Ziele zu verfolgen.« (Page 1996, 20) Eine erste Annäherung an die Beantwortung der Frage kann nur über die Medieninhalte erfolgen, um schließlich über die Medienbesitzverhältnisse mögliche Rückschlüsse zu ziehen. Zur Untersuchung der Presse liegen interessante quantitative Inhaltsanalysen vor, die uns einen Einblick in die Orientierung der Berichterstattung geben.

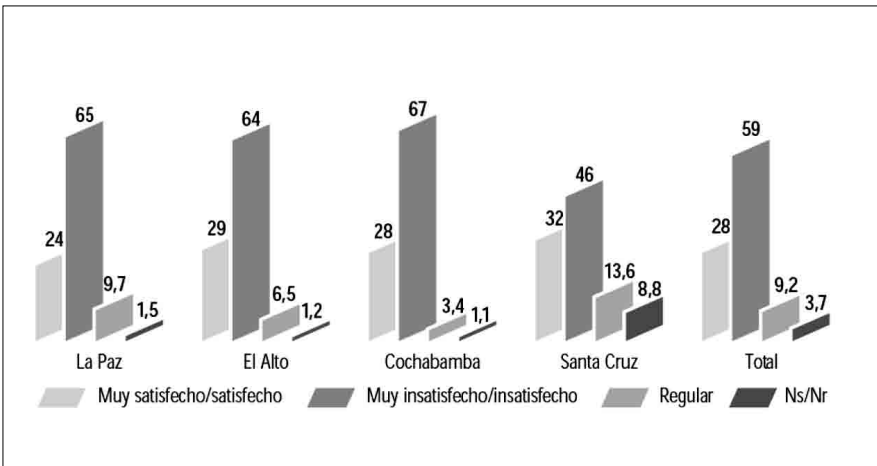


Abbildung 1: Zufriedenheitsgrad der Bürger mit der Überparteilichkeit der Journalisten. Alle Angaben in Prozent. Bewertungsskala von links nach rechts: Sehr zufrieden/zufrieden, Sehr unzufrieden/unzufrieden, mittelmäßig, keine Angabe.

Exemplarisch sollen Ergebnisse zur Verfassunggebenden Versammlung herangezogen werden, weil es dabei um die Auseinandersetzung um die grundlegende Orientierung des neuen Staats- und Gesellschaftsmodells ging. Eine Studie des bereits erwähnten ONADEM zu den Leitartikeln der großen Tageszeitungen für den gesamten Zeitraum der Verfassungsversammlung von 16 Monaten liefert bezüglich der inhaltlichen Orientierung eine Fokussierung auf wenige Konflikte, ohne über konsensuelle Verhandlungsergebnisse der neuen Verfassung zu berichten. Da Leitartikel bekanntlich das Genre darstellen, in dem sich die Leitlinie der

Herausgeber sehr gut herausarbeiten lässt, ist die ausführliche Wiedergabe der Resultate der Studie besonders zielführend für unsere Fragestellung: »Im Großen und Ganzen kann man zeigen, dass die Leitartikel der 15 untersuchten Zeitungen ein homogenes Meinungsspektrum der von ihnen als wichtig erachteten Themen zur AC vertraten. Dieses Meinungsspektrum stimmte mit den Vorschlägen der Opposition überein. Außerdem identifizierte das ONADEM einen »Effekt der Verlagskoordination«, sodass 42 Prozent der Leitartikel um die AC herum in zwei oder mehreren Zeitungen gleichzeitig publiziert wurden. In keinem Fall wies man darauf hin, dass man den Originaltext von einer anderen Zeitung genommen hatte (...). Dieser »Effekt« (...) findet sogar über die etablierten Mediennetzwerke hinaus Anwendung.« (Sandoval Arenas/Gil Rojas 2009, 81) Die Meinungsposition der Tageszeitungen stimmt also mit der Opposition überein und unterstützt deren politische Forderungen. Damit werden die Tageszeitungen zum Sprachrohr gegen die Neugründung des Staates.

Spätestens nach dieser Beobachtung wird offensichtlich, dass normative Theorien, die lediglich den Qualitätsmangel der Medien kritisieren, wenig Erhellendes zu den Ursachen und Hintergründen der Orientierung der Medien beitragen können. Der positiv-idealistischen Sichtweise wird eine »pragmatisch-analytische Sicht der Politischen Ökonomie« vorgezogen, die »die Analyse gesellschaftlicher Strukturen von Macht und Herrschaft« (Grisold 2004, 18) im Medien- und Kommunikationssystem in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt und die tatsächliche Funktionsweise der Massenmedien entsprechend kontextualisiert.

Eine Medienbesitz- und Marktanalyse des Mediensektors scheint deshalb angebracht, um die Ungleichzeitigkeit zwischen politischer und medialer Transformation in Bolivien besser zu verstehen. Hetzer (2010, 172 ff.) und Exeni (2010, 51) haben solche Analysen vorgelegt, die an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholt werden müssen. Im Wesentlichen lassen sich zwei Entwicklungen bei der Ausdifferenzierung des bolivianischen Mediensystems konstatieren. Erstens kann eine begrenzte Tendenz zur Herausbildung von Senderketten oder multimedialen Konglomeraten beobachtet werden. Der Medienmarkt ist unter zahlreichen Unternehmen aufgeteilt, die nur in Ansätzen Verflechtungen miteinander aufweisen. Der Internationalisierungsgrad beziehungsweise der Einfluss von Global Playern bleibt gering. Es handelt sich damit um einen national orientierten Medienmarkt. Das hat einige Autoren zu der These verleitet, von »schwachen Unternehmern« (Archondo 2007, 536) zu sprechen, weil es keinen vergleichbaren Mediengiganten wie die mexikanische *Televisa* oder die argentinische *Grupo Clarín* gibt. Entscheidender für die momentane Konfliktsituation in Bolivien sind aber nicht allein die Größe und die internationalen Aktivitäten der Unternehmen, sondern der qualitative Verflechtungsgrad zwischen Politik, Medien und Wirtschaft (vgl. Contreras Baspineiro 2005, 73). Denn zweitens lässt sich aus politisch-ökonomischer Perspektive festhalten, dass es zwar keine Parteimedien mehr gibt, sich die Marktteilnehmer jedoch entweder direkt aus dem politischen System rekrutieren

oder indirekt über wirtschaftliche Interessen mit politischen Akteuren kooperieren.

Es wäre zu kurz gegriffen, wollte man die Medienbesitzer als einen einheitlichen Block ansehen, aber gemeinsame Wirtschaftsinteressen und die Aufrechterhaltung traditioneller Machtverhältnisse liegen auf der Hand, was dazu führt, dass sie den Reformen der Regierung Morales skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen. Dies konnte exemplarisch am medialen Output nachgewiesen werden (vgl. ausführliche Inhaltsstudien siehe ONADEM 2008; Peñaranda 2007; Peñaranda/Herrera 2008; Paz 2009). Bezieht man die hohen Nutzungsraten von Medien und ihre daraus resultierende Bedeutung für die öffentliche Meinung mit ein, dann dürfte verständlich werden, warum Evo Morales zur Durchsetzung des angestrebten Wandels den Medien besondere Aufmerksamkeit widmete.

### **Das konfliktive Verhältnis von Regierung und Medien während der politischen Transformation**

Die ausgeprägte Verknüpfung von medialen und politischen Akteuren sowie die tendenziöse Berichterstattung zu wichtigen Konflikten des politischen Wandels haben zu einer gespannten Beziehung zwischen dem Präsidenten und den Journalisten geführt. Das bolivianische Staatsoberhaupt seinerseits hat wenig Verständnis für die Position der Medien aufgebracht und durch sein Verhalten den Konflikt mit den Medien weiter angeheizt. Betrachtet man den steilen Aufstieg des Evo Morales, so war dies nicht immer so. Aufgrund seines persönlichen Charismas und seiner Medientauglichkeit stand er als Kokabauernführer permanent im Rampenlicht der Medien, sodass er breite Aufmerksamkeit für seine politischen Positionen genoss. Die Ereignisse um den Konflikt im Chapare, dem Hauptanbaugebiet der Koka im Departement Cochabamba, hatten einen großen Nachrichtenwert, um von den Medien beachtet zu werden und bisweilen auf die Sympathie von Journalisten zu zählen (vgl. Archondo 2007, 538).

Nachdem Morales, der aufgrund seiner Herkunft als moralisch integer galt, 2002 erstmals Mitglied im Parlament war und seinen indigenen Diskurs verschärfte, wandelte sich allmählich die Einstellung der Medien. Im Präsidentschaftswahlkampf schließlich gipfelte die Verschlechterung des Verhältnisses in offener Feindschaft, sodass die Berichterstattung gegenüber dem indigenen Kandidaten mit rassistischen Vorurteilen und persönlichen Anfeindungen durchsetzt war (vgl. Comunican 2005, 9). Die Antwort folgte auf den Fuß: Kurz nach seiner Amtseinführung holte Morales zum verbalen Gegenschlag aus und ließ über den nationalen Radiosender *Fides* verlauten, dass die Medien der oberste Feind der Regierung seien. »Der erste Feind und Gegner, den wir als Regierung der indigenbäuerlichen Bewegung haben, ist der Großteil der Kommunikationsmedien. Jeden Tag bekämpfen sie uns, erniedrigen uns, beleidigen uns mit Lügen, wollen uns



politisch zerstören, wollen die Regierung und die Verfassunggebende Versammlung zerstören.« (Morales, zitiert nach Fuentes 2006, 1). Seitdem betrachtet er die Medien als Verbündete der nationalen Oligarchie und der ehemaligen neoliberalen Partieliten, die sich gegen den Wandel stellen (vgl. Grebe López 2007; Molina 2010, 200; Exeni 2010, 70). Der Kampf um die Köpfe war seitdem ein wichtiger Bestandteil der Regierungspolitik. Gastón Núñez, Kommunikationschef von Morales 2006 bis 2008 in der Nationalen Direktion für soziale Kommunikation (DNCS – *Dirección Nacional de Comunicación Social*), die dem Präsidialministerium untersteht und sich um die Außendarstellung der Regierung kümmert, sprach in einem Interview mit dem Autor dieses Textes von einem konstanten Medienkrieg gegen die Regierung, bei dem sich die Kommunikationsstrategie der DNCS nie voll entfaltete, weil die PR-Akteure kaum aktiv tätig werden konnten und täglich auf Aggressionen der Oppositionsmedien reagieren mussten (Núñez 2010). Höhepunkt der direkten Adressierung von Medienmachern durch Evo Morales war die Veröffentlichung einer Namensliste mit unliebsamen Journalisten in der regierungsnahen Zeitung *Juguete Rabioso* und über die staatliche Nachrichtenagentur ABI im September 2006 (Observatorio Iberoamericana de la Libertad de Prensa 2007). Das Verständnis von Medien als Akteure im politischen Prozess muss deshalb nicht nur die Handlungen der Medien selbst berücksichtigen, sondern auch, inwieweit sie von anderen gesellschaftlichen Akteuren angesprochen und als politische Kontrahenten angesehen werden.

Die Regierungsstrategie zog jedoch zu keiner Zeit der Auseinandersetzung eine Schließung der attackierten Medien in Betracht. »Die Regierung hat keine Einschränkungen vorgenommen, außer dass sie spezifische Medien öffentlich angeprangert hat, indem sie sie als rassistisch, intolerant und gegen das politisch ›progressive‹ Projekt im Land gerichtet bezeichnete.« (Duchén 2008, 146) Nach anfänglichen Angriffen zog es der Präsident Ende 2008 vor, die privaten Medien für ihr Verhalten zu bestrafen und setzte auf eine Strategie der Disziplinierung, indem er die Regierungskommunikation konsequent an ihnen vorbei leitet. »Auf Pressekonferenzen beantwortet er nun lediglich Fragen internationaler Medien und Pressemitteilungen der Regierung werden nur noch über staatliche Nachrichtenagenturen verbreitet. Interviewanfragen oder Fragen bolivianischer Journalisten bleiben unbeantwortet.« (Wendt 2009, 2) Die mangelnde Interaktion zwischen Regierung und Medien führt zu dem Problem, dass private Medien keine Regierungsinformationen mehr aus erster Hand bekommen, sondern auf Verlautbarungsorgane staatlicher Quellen angewiesen sind und der Regierungsagenda folgen, solange sie ihren Nachrichtenauftrag nicht aufgeben wollen. Langfristig besteht dadurch die Gefahr, dass ein kritischer Journalismus verunmöglicht wird, weil kein direkter Zugang mehr zu Regierungsbeamten und Ministerien besteht (vgl. Dinatale/Gallo 2010, 126). Gleichzeitig verlieren die Pressekonferenzen an Bedeutung und Regierungsinformationen an Glaubwürdigkeit, was eine Kommunikation von Regierungszielen gegenüber der Gesellschaft erschwert. Es wäre

aber für den Fall Bolivien zu technizistisch gedacht, wenn man den Zugang zur Bevölkerung auf die mediale Vermittlung verkürzt. Vielmehr ist es das Kennzeichen des ersten indigenen Präsidenten, dass er ständig in der Öffentlichkeit präsent ist und in direkten Austausch mit seinen Anhängern tritt. Die intensive Reisetätigkeit in die abgelegensten Provinzen des Landes und die Nutzung von Messen, Veranstaltungen, Feiern oder Einweihungen als unvermittelte Kommunikation mit den Bürgern ermöglichen eine konsistente Außendarstellung der Exekutive, ohne auf Intermediäre angewiesen zu sein. Die politische Inszenierung eines stimmigen Bildes des Präsidenten kann den scheinbaren Widerspruch erklären, weshalb er trotz seiner negativen Bewertung in den Medien und ihrer Bedeutung als Informationsquelle für die Rezipienten immer noch eine hohe Popularität genießt. Evo Morales hat nach Meinung verschiedener Kommunikationswissenschaftler die Machtbalance im selbst erklärten Medienkrieg zu seinen Gunsten verschoben, weil er die Rolle der Medien marginalisiert und den politischen Kommunikationsfluss einseitig kontrolliert (vgl. Molina 2010, 207; Dinatale/Gallo 2010, 61). Diese direkte Kommunikation mit der Bevölkerung setzt eine kontinuierliche gesellschaftliche Mobilisierungsleistung und eine charismatische Führerschaft eines Evo Morales voraus. Langfristig gesehen ist aber eine Demokratisierung und Pluralisierung des Mediensystems unumgänglich, um der Vielfalt der gesellschaftlichen Positionen eine Stimme zu verleihen und das Regierungshandeln zu kontrollieren. Regierungspolitik ist ohne die Vermittlungsleistung von Medien nicht denkbar. Vor dem Hintergrund der präsidentialen Kommunikationsstrategie gewinnen die Reformen in der Medienpolitik eine tiefer gehende Bedeutung, weil sie fernab der konjunkturellen Regierungskommunikation die Rahmenbedingungen für journalistisches Handeln langfristig verändern. Die Medienreformen sind das komplementäre Pendant zur erfolgreichen Imagepolitik.

### **Mangelnde Regulierung als Kennzeichen der bolivianischen Medienlandschaft**

Zur Begründung der Notwendigkeit medienpolitischen Handelns in Bolivien lassen sich nach dem bisher Gesagten technische (Zugang auch in der Peripherie), wirtschaftliche (Medienbesitzkonzentration und politisch-mediale Verknüpfungen) als auch gesellschaftlich-politische (Qualität der Berichterstattung und deren Bedeutung für eine demokratische politische Öffentlichkeit) Begründungen ins Feld führen (siehe Einleitung von Andreas Hetzer). Diese Argumente gewinnen darüber hinaus an Aussagekraft, wenn man sich das Versagen bisheriger Handlungsnormen und -regeln und die mangelhafte Ordnungspolitik im Mediensektor vergegenwärtigt. Im Laufe der Geschichte Boliviens kam es immer wieder zur Verabschiedung einzelner Bestimmungen, die die journalistische Profession betrafen (vgl. ausführlich Cajias 2007), von einer einheitlichen und effizienten Rah-

mengesetzgebung des Mediensektors ist der Gesetzgeber aber weit entfernt. Dies hat Exeni (2010, 45) dazu veranlasst, von einer »rechtlichen Bulimie« zu sprechen, um zugespitzt zum Ausdruck zu bringen, dass die Medien quasi in einem rechtsfreien Raum agieren würden.

Die Deregulierung ist nur im Zusammenhang »mit der Einführung des Modells der wirtschaftlichen Strukturanpassungspolitik und der Rekonfiguration des kapitalistischen Systems im Land« (Contreras Baspineiro 2005, 15 f.) zu verstehen. Die überwiegende Selbstregulierung des Mediensektors bei staatlicher Abstinenz ermöglichte die Dominanz des kommerziellen Medienmodells. Die parallel zur Einführung des Gesetzes vollzogene Privatisierung der staatlichen Telekommunikationsinfrastruktur übertrug die Verantwortung der medialen Programme an das freie Spiel der Marktkräfte und etablierte das neoliberale Modell auch in der Medienindustrie. Eine weitere Konsequenz aus dieser Konstellation war, dass es bis heute keine wettbewerbsrechtlichen Regelungen in Bolivien gibt, die Medienkonzentration verhindern könnten. Zwar wurde mit dem Gesetz über das sektorale Regulierungssystem (Ley SIRESE) nach der Kapitalisierung vormals staatlicher Unternehmen 1994 aus den Bereichen Telekommunikation, Elektrizität, Erdöl und Erdgas, Transport und Wasser ein Rahmen zur Überwachung dieser Wirtschaftssektoren erlassen, allerdings blieben auch hier Eingriffsmöglichkeiten bei wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen unkonkret. Weder wurden mögliche Konzentrationsformen erfasst (nur Fusionen), noch gab es klare Angaben, wann von einer marktbeherrschenden Stellung im Telekommunikationsbereich ausgegangen werden kann (vgl. Otero 2006, 18 ff.). Es lässt sich daher plausibel argumentieren, dass »es in Bolivien eine Notwendigkeit einer substantiellen Reformagenda auf diesem Gebiet« (Exeni 2010, 45) gibt.

Aufgrund der geringen Regulierungsdichte des Mediensektors einerseits und des gespannten Beziehungsverhältnisses zwischen der aktuellen Regierung und den Medienvertretern andererseits ist es wenig überraschend, dass seit der Verteidigung von Evo Morales zum Staatspräsidenten zahlreiche rechtliche und institutionelle Neuregelungen in Angriff genommen wurden, die die Rahmenbedingungen für den Mediensektor grundlegend ändern.

## **Die medienpolitischen Reformen unter der Regierung seit 2006**

Eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung ab 2006 war die Rücknahme der Privatisierungspolitik der 1990er Jahre unter Gonzalo Sánchez de Lozada und die Re-Nationalisierung strategischer Wirtschaftsbereiche. Dazu zählte in den Augen der Exekutive auch die Telekommunikationsinfrastruktur. Die Regierung kaufte am 1. Mai 2008 die Aktienmehrheit an der *Empresa Nacional de Telecomunicaciones* (ENTEL) per Dekret zurück, die 1995 zu 50 Prozent an das internationale Konsortium *Eurotelecom International* (ETI) im Rahmen des Kapi-

talisierungsgesetzes veräußert worden war. Das Unternehmen, hinter dem sich *Telecom Italia* und der spanische Telefonriese *Telefónica* verbergen, reichte daraufhin eine Klageschrift beim Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) bei der Weltbank ein. Nachdem sich Bolivien aus diesem Gremium zurückgezogen und die Klage wenig Aussicht auf Erfolg hatte, rief der Konzern im April 2010 den Ständigen Schiedshof in Den Haag an, um 700 Mio. Euro Entschädigung einzufordern. Zu einem Gerichtsurteil sollte es aber nicht mehr kommen, da der bolivianische Staat Mitte 2010 die von der Re-Nationalisierung betroffenen Öl-, Elektrizitäts- und Telekommunikationsunternehmen zu entschädigen versprach. Am 3. November 2010 wies Morales nach einer Einigung mit ETI eine Zahlung von 100 Mio. USD per Dekret an, die von der staatlichen Telefongesellschaft ENTEL gedeckt wurden. Damit ist der Rechtsstreit für beendet erklärt (vgl. Bolpress 2010; Los Tiempos 05.11.2010). Laut der *Autoridad de Fiscalización y Control Social de Telecomunicaciones y Transportes* (ATT), die seit April 2009 als sozialer Kontrollrat unter Beteiligung der Nutzer die SITTEL als sektorspezifisches Aufsichtsorgan abgelöst hat, war ENTEL im zweiten Quartal 2010 mit über 40 Prozent Marktanteil führend im Mobilfunksektor.

Das wohl ambitionierteste und kostspieligste Infrastrukturprojekt der Regierung Morales wurde mit der Unterzeichnung des Vertrages mit dem chinesischen Konsortium *Great Wall Industries Corporation* (CGWIC) am 1. April 2010 zur Installation eines bolivianischen Telekommunikationssatelliten mit dem Namen »Túpak Katari« avisiert. Die Regierung erhofft sich davon einen Quantensprung im Telekommunikationssektor. Die Installation des Satelliten, die Ausbildung von Fachkräften und der Aufbau irdischer Überwachungsstationen sollen bis 2014 abgeschlossen sein. Die bolivianische Raumfahrtbehörde, die im Dezember 2010 die Arbeit aufgenommen hat, wird den Satelliten betreiben und ist für die kommerzielle Vermarktung der Satellitentechnologie für private und staatliche Unternehmen zuständig. Neben der positiven Zukunftsaussicht, dass sich die Gesamtkosten von 300 Mio. USD amortisieren würden, wird das Megaprojekt mit dem in der neuen Verfassung fest geschriebenen Kommunikationsrechten begründet, um auch abgelegene Regionen in der ländlichen Peripherie an die digitalen Kommunikationsmedien anzuschließen. Damit schließt Bolivien zu anderen lateinamerikanischen Staaten wie Venezuela, Brasilien, Mexiko, Argentinien oder Chile auf, die ebenfalls über eigene Satelliten verfügen, aber eben auch über eine wesentlich größere Marktnachfrage nach Dienstleistungen alternativ zur terrestrischen Verbreitung (vgl. Erbol 13.01.2011; ABI 14.01.2011).

Leisten diese beiden Unternehmungen durchaus einen Beitrag zur öffentlichen Grundversorgung, so verhält es sich bei dem staatlichen Medienapparat etwas anders. Das Modell des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems kann nur begrenzt auf lateinamerikanische Länder übertragen werden, denn die *medios estatales* unterstehen in Bolivien direkt dem Präsidentsministerium und werden aus dem

Staatshaushalt finanziert. Ein Finanzierungsmodell über indirekte Steuern oder Gebühren wäre nicht realisierbar. Die staatliche Unabhängigkeit ist aus diesem Grund kaum gegeben.

Seit 2006 haben die staatlichen Medien einen enormen Schub erfahren. Der staatliche TV-Kanal *Empresa Nacional de Televisión Boliviana* (ENTB) wurde 2009 aufgrund der hohen Verschuldung aufgelöst und durch den Sender *Bolivia TV* ersetzt, dessen technische Ausrüstung grunderneuert wurde. Das Programm des staatlichen Senders mit nationaler Reichweite belastete den Staatshaushalt allein im Jahr 2008 mit ca. 2,4 Mio. USD, mehr als der Kanal durch Werbung im gesamten Haushaltsjahr eingenommen hatte (vgl. *La Prensa* vom 30.08.2009). Neben dem TV-Kanal als eigenständiges staatliches Unternehmen unterstehen dem Präsidentsministerium der reichweitenstarke Hörfunkkanal *Red Patria Nueva* (ehemals *Radio Illimani*), die via Internet arbeitende Nachrichtenagentur *Agencia Boliviana de Información* (ABI) und die im Januar 2009 von Evo Morales lancierte und in La Paz erscheinende Tageszeitung *Cambio*. All diese Medien befanden sich bis Ende 2010 unter dem Dach der bereits erwähnten DNCS, die darüber hinaus für die Regierungs-PR zuständig ist und über ein beträchtliches Werbeetat für Kampagnen verfügt, von dem auch die privaten Medien profitieren. Ohne die ca. 400 Mitarbeiter von *Bolivia TV* zählt die Kommunikationsabteilung der Behörde laut dem ehemaligen Direktor Gastón Núñez um die 120 Mitarbeiter und erhielt in den Jahren 2006 bis 2008 bis zu 1 Mio. USD jährlich aus dem staatlichen Budget. In Zeiten von Kampagnen wie z. B. den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung, als Anzeigen und *Cadenas* im ganzen Land geschaltet wurden, verdoppelte sich dieser Betrag (vgl. Núñez 2010). Berechnungen verschiedener Tageszeitungen zufolge liegen die Kosten für den staatlichen Medienapparat jedoch um ein Vielfaches höher. *Los Tiempos* (07.01.2009) geht beispielsweise für die Jahre 2007 und 2008 von insgesamt 27,5 Mio. USD aus. Die Zahlen sind nicht ohne Weiteres zu verifizieren, weil die einzelnen Kommunikationsposten in öffentlichen Dokumenten des Staatshaushalts nicht getrennt aufgeschlüsselt werden.

Dies dürfte in den nächsten Jahren wesentlich transparenter ablaufen, weil im Februar 2011 per Dekret die DNCS aufgelöst wurde und in einem neu gegründeten, eigenständigen Kommunikationsministerium aufgeht, das der bisherige Regierungssprecher Iván Canelas leitet. Mit dieser Entscheidung soll die Binnenkommunikation zwischen den Ministerien effizienter gestaltet werden, um eine konsistentere Außendarstellung mit gemeinsam abgestimmten Zielen zu erreichen. Offizielle Stellungnahmen werden stärker reglementiert und mit dem gesamten Kommunikationsapparat auf eine Linie gebracht, der selbstverständlich dem Ministerium unterstellt ist (vgl. Erbol 15.02.2011). Diese strukturellen Änderungen sind ein reines Projekt der Exekutive und lassen eine Trennung zwischen Regierung und staatlichen Medien immer unwahrscheinlicher werden, sodass deren öffentlicher Auftrag zur Meinungsbildung auf die Sprachrohrfunktion der Re-

gierung herabgestuft wird. Eine Demokratisierung der Kommunikation kann die Bevölkerung davon wohl kaum erwarten.

Der bolivianische Staat beteiligt sich außerdem am multinationalen Nachrichtensender *TeleSur (Nueva Televisión del Sur SA)*, der zur Vertiefung der regionalen Kooperation beitragen soll. Das Unternehmen wurde von Venezuela 2005 auf Initiative des Weltsozialforums gegründet und versteht sich mit seiner Kombination aus Informations-, Bildungs- und Unterhaltungssendungen als gegenhegemoniales Projekt zum nordamerikanischen Nachrichtensender CNN. Die starke Variationsbreite der Programmqualität und die geringen Zuschauerzahlen offenbaren allerdings die starke Diskrepanz zwischen dem Anspruch des Senders und der Wirklichkeit (vgl. Cañizález/Lugo-Ocando 2008, 223).

Die massive Indienstnahme der staatlichen Medien macht Alternativen notwendig, die der Zivilgesellschaft einen breiteren Zugang ermöglichen. Der Aufbau eines kommunitären Radionetzwerks wird zwar ebenso von der Regierung unterstützt, allerdings müssen sich diese Radios selbst finanzieren und arbeiten mit eigenem Personal. Die kommunitären Sender haben in Bolivien eine lange Tradition, doch die Schaffung eines geeigneten gesetzlichen Rahmens ließ lange auf sich warten. Auch das Telekommunikationsgesetz von 1995 enthielt keine speziellen Frequenzregelungen, sodass die kommunitären Sender zur Lizenzierung formal als kommerziell betrachtet wurden (vgl. Aguirre Alvis 2007). Seit dem Jahr 2000 verstärkte die *Asociación Mundial de Radios Comunitarias (AMARC de Bolivia)* ihre Bemühungen zur Legalisierung der indigenen und bäuerlichen Radios und erarbeitete in Kooperation mit der staatlichen SITTEL (*Superintendencia de Telecomunicaciones*) 2004 ein Dekret zur Bestimmung der Rechte und Pflichten kommunitärer Radios und Fernsehsender. Unter der Übergangsregierung von Eduardo Rodríguez wurde gar ein Dekret erlassen, dass zur Entbürokratisierung der Lizenzierung dieser Kanäle führen sollte. AMARC sollte in Koordination mit der Telekommunikationsbehörde Frequenzanträge nach den Bestimmungen der im Dekret festgelegten Bedingungen entgegennehmen und prüfen können. Zusätzlich wurde die Sonderrolle der kommunitären Medien erstmals festgeschrieben, indem ihnen zehn Prozent des Frequenzspektrums in Städten mit weniger als 10 000 Einwohnern zugesichert wurden (vgl. ebd.).

Die *Reglamento de Servicios de Telecomunicaciones en Áreas Rurales* vom 20. Juni 2007 ist im Vergleich dazu eher als Rückschritt zu betrachten, da damit der Weg zur Erarbeitung eines eigenen Gesetzes verschlossen bleibt. Die Rolle von AMARC bei der Frequenzvergabe wurde eliminiert und das Verfahren wieder unter die Obhut staatlicher Aufsichtsbehörden gestellt. Dazu wurden, im Gegensatz zu den Lizenzlaufzeiten der Privatmedien von zwanzig Jahren, die der kommunitären Medien auf zehn Jahre festgesetzt. Außerdem wird die Reichweite auf ländliche Ortschaften begrenzt, was besonders in Gegenden wie dem Altiplano problematisch ist. Das Betreiben dieser Sender ist kirchlichen Funktionsträgern, Politikern und staatlichen Repräsentanten verboten. Inhaltlich solle sich das Pro-

gramm auf Bildung und Kultur beschränken, parteiische und politische Botschaften sollen vermieden werden (vgl. ebd.; Duchén 2008, 154).

Unabhängig davon hat die Regierung seit 2006 mit der finanziellen und technischen Unterstützung Venezuelas ein *Sistema Nacional de Radios de Pueblos Originarios* aufgebaut. Ziel ist es, dreißig entlegene Indígena-Gemeinden eine eigene Kommunikationsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen, die sich via Satellitenverbindung des staatlichen Radios auf das gesamte Staatsgebiet erstrecken soll. Die Empfangbarkeit wird also auch in den Städten gewährleistet, was der neu geschaffenen Regelung über kommunitäre Sender widerspricht. »Das Thema dieses indigenen Radionetzes ist heikel. Auf der einen Seite begünstigt ihre Schaffung die davon profitierenden Gemeinden, aber auf der anderen Seite hat es die Sensibilität anderer Gemeinden geweckt, die sich über Jahre für Frequenzen zur Gründung ihrer eigenen Radios beworben haben, aber diese niemals erhielten. [...] Der andere heikle Punkt betrifft die Nutzung des Radionetzes zur Verbreitung von Informationen und Programmen, die zentral vom Informationsministerium produziert werden.« (Gumucio Dagron 2007, 20). Zwar verweist die Regierung darauf, dass die Radios unabhängig seien, aber ihre Entstehungsgeschichte lässt sie eher als politisches Instrument der MAS erscheinen. Selbst der internationale Dachverband für kommunitäre Medien in Bolivien sieht die Entwicklung kritisch (vgl. AMARC 2007). Am drastischsten formuliert es sicher die konservative bolivianische Vereinigung für Politikwissenschaft: »Diese von der MAS eingesetzten kommunitären Radios und die Medien im Besitz des Staates wurden grundlegend in eine politische Propagandaplattform zugunsten von Evo Morales und seiner Politik des ›Wandels‹ überführt (...)« (ABCP 2008, 16). Inwieweit die kommunitären Sender in Zukunft eine eigene Agenda definieren, ohne dem politischen Einfluss zu stark zu erliegen, wird die tägliche Produktionspraxis erst noch zeigen.

Soweit zur institutionellen Neuordnung, die auf eine Aufrüstung der Kommunikationsapparate als Alternative zu den privat-kommerziellen Medien setzt. Letztere sehen sich davon in ihrer Handlungsautonomie nicht eingeschränkt, allerdings gibt es eine ganze Reihe von rechtlichen Veränderungen, die weitreichende Konsequenzen haben dürften. Der oberste Rechtsrahmen zur Ausgestaltung einer neuen Kommunikationsordnung wurde in der Verfassungsgebenden Versammlung verhandelt, in der die Stimmen und Vorschläge der indigenen Nationen und Völker gehört wurden und starken Einfluss auf die Formulierung kommunikationsrelevanter Artikel hatten (vgl. beispielsweise die Vorschläge des Plan Nacional Indígena Originario de Comunicación Audiovisual, in: Gumucio Dagron 2007, 22). In Art. 21 der neuen Verfassung werden unter den Staatsbürgerrechten die Informations- und Meinungsfreiheit genauer dargelegt. Erwähnenswert ist darüber hinaus der Art. 30, Abschnitt 8, in dem den indigenen Völkern das Recht eingeräumt wird, ihre eigenen Kommunikationssysteme und -netze zu schaffen und zu verwalten. Im Vergleich zur bis dato existierenden Verfassung

gibt es zwei weitere Artikel, die ausführliche Regelungen zum Thema Kommunikation beinhalten und auf deren Stellenwert für die Neugründung Boliviens aufmerksam machen.

Im Art. 106 verpflichtet sich der Staat, seinen Bürgern das Recht auf Kommunikation zu garantieren und somit für die entsprechende Infrastruktur zu sorgen. Dieses Recht stellt ein Spezifikum der neuen Magna Charta dar, das westlichen Verfassungen unbekannt ist. Es geht über die üblichen Grundrechte des Art. 21 hinaus, weil das Recht auf Verbreitung mittels Zugang und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien inbegriffen ist. Das bedeutet, dass der Staat für die Bereitstellung von Kommunikationsmöglichkeiten für seine Bürger zu sorgen hat, wie im Art. 103, Abschnitt 2 noch einmal bekräftigt (vgl. Exeni 2010, 56 f.). Vor diesem Hintergrund gewinnt der Ausbau der kommunitären Medien durch die Regierung Morales eine besondere Legitimation, denen im Art. 107 die Unterstützung des Staates zugesichert ist.

Einiges an Konfliktpotential enthält der Art. 107 Abs. I, in dem die Medien inhaltlich auf die »Förderung ethischer, moralischer und ziviler Werte der verschiedenen Kulturen des Landes mittels der Produktion und Verbreitung mehrsprachiger Bildungsprogramme« verpflichtet werden. Diese habe sich an »Prinzipien der Wahrhaftigkeit und Verantwortung« (Asamblea Constituyente de Bolivia 2008, 24) zu orientieren. Der Absatz eröffnet die Möglichkeit des Missbrauchs, da die Definitionsmacht über die Prinzipien bei den Regierenden liegt und solche berufsethischen Standards eher in journalistischen Selbstverpflichtungskodizes verankert sind. Besonders letztere Formulierung ist bei den Presseverbänden und -vertretern auf scharfe Kritik gestoßen, da diese ethischen Prinzipien nicht zum Gegenstand juristischer Regelungen erhoben werden dürften. Durch Morales' Erklärung der Presse zum Feind der Regierung fürchtet die Nationale Pressevereinigung (ANP) gar eine gezielte Strategie zur Herabsetzung der Kommunikationsmedien und verlangte erfolglos die Streichung des Absatzes (vgl. Infolatam 2008).

In Abs. 3 desselben Artikels setzen sich die Schwierigkeiten fort, da Monopol- und Oligopolbildung im Bereich der Massenmedien untersagt werden. Die Erläuterung, wann ein Medienmonopol erreicht ist, bleibt der Absatz schuldig. Was in Deutschland im Rundfunkstaatsvertrag durch Zuschauerreichweiten festgelegt ist und kartellrechtliche Bestimmungen berührt, wird hier auf verfassungsrechtlicher Ebene zu regeln versucht. Dieser Absatz ist deshalb von Bedeutung, weil es bis heute – wie oben bereits problematisiert – keine gesetzlichen Bestimmungen zur Unterbindung von Monopolen gibt, die hier speziell für Medienmärkte fest geschrieben werden und in Zukunft eine detailliertere Gesetzgebung erwarten lassen (vgl. Giavedoni 2010). Die Gewerkschaft für Angestellte der Presse in La Paz hatte sogar weiter gehende Beschränkungen gefordert, indem Medienbesitzern das Engagement in anderen wirtschaftlichen Bereichen untersagt und branchenübergreifende Konzentration verhindert werden sollte (vgl. Observatorio Iberoamericana de la Libertad de Prensa 2007, 1). Dies hätte einen Eingriff in die Un-



ternehmerfreiheit und die sofortige Entflechtung zahlreicher kommerzieller Medienunternehmen bedeutet, zu denen sich die Versammlung nicht durchringen konnte.

Des Weiteren regelt die Verfassung die Kompetenzverteilung zwischen Zentralstaat und föderalen Untereinheiten der Departments und Kommunen. Der Staat behält sich in Art. 298 das exklusive Recht vor, die Rahmengesetzgebung im Bereich der Kommunikation und Telekommunikation auszugestalten. Zu den geteilten Kompetenzen zwischen Staat und autonomen territorialen Einheiten gehören in Art. 299, Abschnitt 6 die Verteilung der elektromagnetischen Frequenzen des nationalen Territoriums. Im Rahmengesetz über die Autonomien und die Dezentralisierung (*Ley Marco de Autonomías y Descentralización*) vom Juli 2010 wird diese Formulierung noch einmal bekräftigt, indem sich der Staat die politische Steuerung des gesamten Informations- und Kommunikationssektors vorbehält. Auch die indigenen, autonomen Territorien bekommen in diesem Punkt keine Sonderrechte eingeräumt. Ihnen wird lediglich erlaubt, im Rahmen ihrer Autonomiebestimmungen den Aufbau und die Funktionsweise kommunitärer Radios zu regeln (vgl. Exeni 2010, 62). Demnach bleibt der Mediensektor in Bolivien strikt zentralstaatlich reguliert; Autonomierechte werden in diesem Punkt nicht auf die subnationalen Einheiten übertragen.

Zu wiederholter Polemik gegen die Regierung führten in den vergangenen zwei Jahren einige Gesetze, die inhaltliche Restriktionen gegenüber den Medien formulieren. Im Oktober 2010 wurde das Gesetz gegen Rassismus und Diskriminierung verabschiedet, das aufgrund der Geschichte Boliviens aus Sicht der MAS-Regierung zur Dekolonialisierung des Staates beitragen soll. Für Diskussionsstoff sorgte vor allem der Art. 16, der jedem Kommunikationsmedium, das die Publikation rassistischer und diskriminierender Gedanken erlaubt, ökonomische Strafzahlungen bis hin zum Lizenzentzug für ein Jahr auferlegt. Die Sanktionen werden im Art. 23 genauer ausformuliert und haben eine Erweiterung des Zweiten Strafgesetzbuches zu Delikten gegen die Würde des Menschen zur Folge. Die Strafregelung ist auf Personen und Personengruppen bezogen. Die Verbreitungsmedien sind davon betroffen, sofern sie Beleidigungen und verbalen Aggressionen aus rassistischen oder diskriminierenden Motiven abdrucken oder anderweitig in der Öffentlichkeit verbreiten. Einmal mehr wird die gesetzliche Regelung der sozialen Kontrolle des ATT unterworfen sein, die journalistische Berichte über die Einhaltung der Normen einholen und deren Erfüllung überwachen soll. Die Kompetenzen der ATT, die früher als Aufsichtsbehörde lediglich die Infrastruktur und Funktionsfähigkeit der Telekommunikation sicher stellte, werden somit erheblich erweitert (vgl. Los Tiempos vom 06.01.2011).

Vehementer Protest kam von den nationalen journalistischen Organisationen, die in La Paz 15.000 Unterschriften gegen die beiden Artikel sammelten, auch wenn insgesamt die Richtigkeit eines solchen Gesetzes hervorgehoben wurde. Die Interamerikanische Pressegesellschaft (SIP) unterstützte die Privatmedien

und sprach von der größten Gefahr der Einschränkung der Pressefreiheit in Bolivien seit dem Sturz der Militärdiktatur. Der besagte Art. 16 erlaube der Regierung die ökonomische Zerstörung von Publikationsorganen, wenn sie ihnen rassistische Botschaften unterstelle und setze damit einen Mechanismus der Vorzensur in Kraft. Aus Angst vor Strafen nahmen große Tageszeitungen des Landes und Webangebote ihre Meinungsportale und Kommentarfunktionen aus dem Netz, weil nicht klar sei, ob man damit bereits der Verbreitung bezichtigt werden könne (vgl. Los Tiempos vom 08.11.2010). Diese Reaktion diene nicht zuletzt einer gezielten Kampagne gegen das Gesetz, denn auch in Bolivien gibt es eine Impressumspflicht und Meinungen von Rezipienten müssen nicht denen der Redaktion entsprechen. Ziel des Antidiskriminierungsgesetzes ist es vielmehr, Medien dann zur Verantwortung zu ziehen, wenn sie vorsätzlich rassistische Meinungen und Kommentare redaktionell erlauben. In zahlreichen demokratischen Ländern gibt es verschiedenste Strafgesetzparagrafen, die Volksverhetzung, Diskriminierung oder Anstiftung zum Mord untersagen, wovon selbstverständlich die Publikationsorgane wie jede andere juristische Person auch betroffen sind. Die Pressefreiheit darf sich dabei nur soweit entfalten, solange sie sich im Rahmen der allgemeinen Gesetze bewegt – eine Formulierung, die sich in jeder Verfassung demokratischer Staaten wieder findet.

Einen ähnlichen dramaturgischen Verlauf provozierte das neue Wahlgesetz vom Juni 2010, das auf Basis der Informationsgrundrechte der Bürger einen gleichen und fairen Wettbewerb der zur Wahl stehenden Personen garantieren soll. Das Gesetz formuliert in Art. 82 einige Vorgaben zur Wahlwerbung über die Medien, die eine einseitige Parteinahme für bestimmte Kandidaten verhindern soll. Im Oktober 2011 standen die Wahlen zur Gerichtsbehörde und zum Verfassungsgericht an, was Evo Morales auf Druck der Presseorganisationen dazu veranlasst hat, das Parlament um die Überarbeitung des umstrittenen Artikels zu bitten (vgl. Exeni 2010, 61). Diese selbstkritische Maßnahme führte zu heftigen Debatten in beiden Kammern und zur Streichung tatsächlich problematischer Formulierungen und Sätze. Trotzdem schlossen sich dieses Mal alle journalistischen Interessenvertreter und Gewerkschaften zusammen und unterschrieben eine Erklärung, die das überarbeitete Gesetz für verfassungswidrig und unvereinbar mit den Freiheitsrechten der Staatsbürger und Journalisten erklärte, weil der besagte Artikel genaue Vorgaben macht, wie und in welchem Ausmaß die Kandidatendarstellung und -bewerbung in den Medien auszusehen habe (vgl. ANP 27.05.2011).

Wesentlich weitreichender dürfte aber das Allgemeine Gesetz zur Telekommunikation und Informations- und Kommunikationstechnologien (*Ley General de Telecomunicaciones, Tecnologías de Información y Comunicación*) sein. Der erste Vorschlag wurde im Mai 2011 von einer Kommission der Abgeordnetenkammer erarbeitet und zur Diskussion gestellt. Ohne das Regelwerk in seiner Gänze darstellen zu können, sei hier nur angemerkt, dass es sich um den Versuch handelt, auch die privaten Netzbetreiber zur Garantie der Kommunikationsrechte anzuhalt-

ten und die digitale Kluft zwischen Stadt und Land zu schließen. Weiterhin sind Strafdelikte wie Cyberkriminalität, unbefugtes Manipulieren von Informationsnetzwerken oder das Überwachungsverbot privaten Mailverkehrs Bestandteil der Normierung (vgl. Assunção 2011). Die mangelnde Partizipation der Zivilgesellschaft beim Gesetzesentwurf wurde von dem Bildungsnetzwerk der Radios (Erbol) und den kommunitären Medien eingeklagt, die sich nicht genug berücksichtigt sahen. Tatsächlich reservierte der Entwurf 80 Prozent der zur Verfügung stehenden Frequenzen für private und kommerzielle Anbieter, die durch öffentliche Ausschreibung vergeben werden sollten, und 20 Prozent für den Staat. Kommunale, gemeinnützige oder kommunitäre Organisationen wurden gar nicht erst erwähnt, was den Verpflichtungen gegenüber indigenen Völkern und Nationen zur Betreibung eigener Medien in der Verfassung und im Autonomiegesetz widersprochen hätte. Zudem habe die Exekutive bei der Frequenzvergabe zu viel Einfluss, sodass es bei wechselnden Regierungen eine Unsicherheit für die Sender gebe (vgl. Erbol/AMARC 01.06.2011). Unter anderem diese Problematik war Gegenstand der viertägigen Parlamentsdebatten zur Verabschiedung des Gesetzes. Schließlich entstand Ende Juli 2011 eine komplette Neuordnung der Rundfunkfrequenzen, denn nach einer Übergangsregelung werden im Jahr 2017 jeweils 33 Prozent des Spektrums an den Staat (inkl. Lokalregierungen und Universitäten) und den kommerziellen Sektor gehen und jeweils 17 Prozent an sozial-kommunitäre Organisationen (inkl. Stiftungen und Kirche) sowie die indigenen Nationen und Völker. Diese Verteilung orientiert sich an der Auffassung, dass das Frequenzspektrum als natürliche Ressource zu betrachten sei, und am Modell der »gemischten Ökonomie« in der Verfassung. In gewisser Weise wird die in der Verfassung untersagte Oligopolbildung zumindest von technischer Seite eingeschränkt, auch wenn nicht wie in Argentinien die Medienbesitzanteile reglementiert werden. Der private Sektor ist zukünftig erheblich marginalisiert und muss besonders beim privat dominierten TV auf die digitale Signalübertragung ausweichen, was überraschend wenig Protest hervorrief. Dies könnte damit zusammenhängen, dass sich der Verband der Privatunternehmer am Gesetzgebungsprozess beteiligt hat und die existierenden Lizenzen Bestandsschutz genießen (vgl. Paco Durán 2011). Die Kritik konzentrierte sich vielmehr auf einen Artikel, der im Falle des nationalen Notstands die Netzbetreiber und den Rundfunk darauf verpflichtet, ihre Kapazitäten der Zentralregierung kostenlos zur Verfügung zu stellen. Einmal mehr wird mit dem Gesetz die Zentralregierung gestärkt, die die Frequenzvergabe exklusiv über die Regulierungsbehörde ATT bestimmt. Daraus ergeben sich nicht nur eine geringe zivilgesellschaftliche Beteiligung, sondern auch Kompetenzkonflikte nach den Paragraphen im Autonomiegesetz. Es wäre lediglich eine Rahmenrichtlinie notwendig gewesen, wobei die konkrete Ausgestaltung und Umsetzung an die territorialen Einheiten delegiert werden müsste (vgl. Erbol 22.07.2011; Ochoa 2011).

## Schlussbetrachtung

Die öffentliche Auseinandersetzung um die Köpfe der Menschen und die konträr zueinander verlaufenden Projekte der politischen Opponenten machten die Medien zu einem strategischen Erfolgsfaktor. »Die dreifache Krise Boliviens zwischen 2000–2005 – des Staatsmodells, der Demokratie und der Regierbarkeit – war der Grund dafür, dass das Land zu einem Experimentierfeld der wechselseitigen Beziehungen zwischen Demokratie (Politik) und Presse (Medien) in Zeiten hoher Instabilität wurde.« (Torrico Villanueva 2006) Es konnte nachgewiesen werden, dass die enge Verflechtung von politischen, medialen und politischen Akteuren (vgl. Tzankoff 2002, 48) zu einer Torpedierung des sozialen Wandels geführt haben. Die Medien füllten das Oppositionsvakuum der traditionellen Parteien, die spätestens seit 2005 fast gänzlich aus der politischen Landschaft verschwunden waren. Unter diesen Umständen macht es wenig Sinn, Medien als neutrale Vermittler politischer Prozesse zu konzeptionalisieren. Zielführender scheint es mir zu sein, Medien selbst als Akteure zu betrachten, die weit davon entfernt sind, als neutrale Berichterstatter normativen Demokratisierungsidealen zu entsprechen: »Medien (...) als Akteure zu begreifen, impliziert eine eigene Handlungsautonomie und eine eigene Logik, die ihr intentionales Handeln strukturiert. Medien in dieser Perspektive sind demnach nicht nur Vermittler oder Forum des politischen Prozesses, sondern vielmehr eine eigenständige relevante Einflussgröße.« (Pfetsch/Adam 2008, 11 ff.) Medien sind demnach immer schon integraler Bestandteil der Politik und haben bisweilen selbst politische Interessen, was der Blick auf die Verlagskoordination während der Verfassungsgebenden Versammlung gezeigt hat. »Die Bolivien teilende, politische Polarisierung zwischen zwei diametral entgegengesetzten Sichtweisen darüber, wie das Land geführt werden sollte, hat auch Medien und Journalisten dazu gebracht, Informationen zu politisieren und Positionen in einer ›militanten‹ Weise zu verteidigen. [...] Es gibt wenige Journalisten und Medien, denen es möglich ist, oder die versuchen, eine neutrale Position einzunehmen.« (Duchén 2008, 148, 153) Die Medien sind also keineswegs nur Opfer des Konfliktes, sondern haben diesen durch ihr Handeln aktiv gefördert und zugespitzt.

Evo Morales reagierte auf diese Herausforderung seit seinem Amtsantritt 2006 auf eine doppelte Art und Weise. Zum einen entschied er sich für die unmittelbare Kommunikation mit der Bevölkerung und schloss die Journalisten der Privatmedien von der Regierungskommunikation aus. Gleichzeitig rüstete er verbal gegen die »Medienoligarchie« auf und verschärfte auf seine Weise die Polarisierung. Zum anderen unternahm er wichtige Regulierungsschritte im Mediensektor, der sich bis dato einem »anarchischen« Regulierungsumfeld erfreute. Allein deshalb lässt sich die Notwendigkeit eines Eingriffs des Staates rechtfertigen, dem im neuen Regulations- und Akkumulationsregime der MAS-Regierung eine bedeutende Rolle zukommt. So hat sich der Staat in der neuen Verfassung auf das Recht

auf Kommunikation und die Versorgung der Bevölkerung mit grundlegenden Kommunikationsmöglichkeiten festgelegt. Die Partizipation der Zivilgesellschaft bei der Ausgestaltung und Umsetzung dieser Prozesse ist allerdings gering geblieben, was sich bei den Entwürfen zum Telekommunikationsgesetz und der Beteiligung kommunitärer Medien bei der Lizenzierung bzw. Frequenzvergabe gezeigt hat. Trotz erheblicher Fortschritte in der Aufteilung des Frequenzspektrums oder in der Verfassung, bleibt der Kommunikationssektor, anders als durch den Autonomieprozess zu erwarten gewesen wäre, stark zentralistisch organisiert. Die Aneignung des staatlichen Medienapparats durch die Regierung und einige inhaltliche, meist deutungsoffene Vorschriften müssen als bedenklich eingestuft werden, weil sie dem willkürlichen Zugriff des Staates auf die Medien Tür und Tor öffnen und je nach politischer Konjunktur eine zukünftige Unabhängigkeit der Medien gefährden. Das polarisierte Umfeld und die Politisierung der Medien haben ihre Spuren in der Regulierung des Mediensystems hinterlassen, auch wenn ausdrücklich zu betonen ist, dass die MAS zu keiner Zeit eine Schließung oder die direkte Repression von Medien ins Auge fasste. Insgesamt setzt aber auch Morales die fragmentierte und bruchstückhafte Mediengesetzgebung mit unzähligen Normen fort, sodass aus den Reihen der Regierungspartei immer wieder der Ruf nach einem *Ley de medios* zu vernehmen war. Die Debatten um die Inhalte haben in Bolivien im letzten Jahr an Fahrt aufgenommen, weshalb ich aus meiner eigenen Beobachtung zum Abschluss die Prognose wage, dass es spätestens zum Ende der zweiten Amtszeit von Evo Morales eine einheitliche Rechtsnorm für den gesamten Medienbereich geben wird.

## Literatur

- ABCP (Asociación Boliviana de Ciencia Política) (Hrsg.) (2008): Medios de comunicación y democracia en Bolivia. Libertad de Expresión, Formación de la Opinión Pública y Manipulación de la Información, La Paz.
- ABI (Agencia Boliviana de Información) (14.01.2011): Satélite será rentable y beneficiará a 22 mil poblaciones sin acceso a la comunicación.
- AMARC (2007): Evo lanzará su red de TV en 2008 con apoyo Venezolano. Online verfügbar unter <http://legislaciones.item.org.uy/index?q=node/452>, zuletzt geprüft am 27.11.2008.
- ANP (Asociación Nacional de Prensa) (2011): Periodismo lamenta aprobación apresurada del artículo 82 de la Ley de Régimen Electoral. Pressemitteilung vom 27.05.2011. La Paz. Online verfügbar unter <http://anpbolivia.com/>, zuletzt geprüft am 01.08.2011.
- Archondo, Rafael (2007): Medios de comunicación en Bolivia. Una conversación. In: Ayo, Diego (Hrsg.): Democracia boliviana: un modelo para des armar. 32 entrevistas, La Paz, S. 531-540.
- Asamblea Constituyente de Bolivia (2008): Nueva Constitución Política del Estado. Aprobada en grande, detalle y revisión. Online verfügbar unter <http://www.presidencia.gob.bo/download/constitucion.pdf>, zuletzt geprüft am 09.08.2011.
- Assunção, Karol (2011): Comisión de la Cámara de Diputados aprueba proyecto de Ley de Telecomunicaciones. In: Adital, 27.05.2011. Online verfügbar unter <http://www.adital.com.br/>, zuletzt geprüft am 30.07.2011.
- Bolpress (06.11.2010): Bolivia paga \$us 100 millones de indemnización a ETI por la nacionalización de Entel. Online verfügbar unter <http://www.bolpress.com/>, zuletzt geprüft am 01.08.2011.
- Cajías, Lupe (2007): Normativa para la Legislación en Comunicación: Insuficiencias, Obsolescencias y Ausencias, La Paz.
- Cañizález, Andrés; Lugo-Ocando, Jairo (2008): Beyond national media systems: a medium for Latin America and the

- struggle for integration. In: Lugo-Ocando, Jairo (Hrsg.): *The media in Latin America*, Maidenhead, New York, S. 211-225.
- CNE (Corte Nacional Electoral) (2004): *Cultura política y democracia en Bolivia*. Segundo Estudio Nacional, La Paz.
- COMUNICAN (La Asociación Latinoamericana para la Comunicación Social) (2005): *Observatorio de Medios de Comunicación. Elecciones presidenciales Bolivia 2005*. Online verfügbar unter <http://www.observatoriodemedios.org.ve/investigaciones.asp>, zuletzt geprüft am 27.11.2008.
- Contreras Baspineiro, Adalid (2005): *De enteros y medios de comunicación. Tendencias en la oferta y el consumo mediático en Bolivia*, La Paz.
- Dinatale, Martín; Gallo, Alejandra (2010): *Luz, cámara... ¡Gobiernos! Nuevos paradigmas de la comunicación presidencial en América Latina*, Buenos Aires.
- Duchén, María Rene (2008): *Bolivia*. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): *KAS Democracy Report 2008, Media and Democracy Vol. II*, Berlin, S. 145-154.
- Erbol (22.07.2011): *Diputados aprueban el proyecto de Ley de Telecomunicaciones*. In: Erbol – Periódico digital. Online verfügbar unter <http://www.erbol.com.bo/>, zuletzt geprüft am 30.07.2011.
- Erbol (15.02.2011): *Evo crea un ministerio para uniformar discurso del MAS y ajusta Trabajo y Culturas*. In: Erbol – Periódico digital. Online verfügbar unter <http://www.erbol.com.bo/>, zuletzt geprüft am 01.08.2011.
- Erbol (13.01.2011): *Bolivia pagará \$us20 MM anualmente por un satélite que tendrá 15 años de vida*. In: Erbol – Periódico digital. Online verfügbar unter <http://www.erbol.com.bo/>, zuletzt geprüft am 30.07.2011.
- Erbol; AMARC (01.06.2011): *Ley masista de Telecomunicaciones es neoliberal y excluyente*. In: Erbol – Periódico digital. Online verfügbar unter <http://www.erbol.com.bo/>, zuletzt geprüft am 30.07.2011.
- Exeni R., José Luis (2010): *Mediocracia de alta intensidad. Bolivia: Medios de comunicación y democracia en contextos de cambio*, La Paz.
- fBDM (Fundación Boliviana para la Democracia Multipartidaria) (2009): *Encuesta Nacional Sobre Valores y Actitudes Frente a la Conflictividad en Bolivia*, La Paz.
- Fuentes, César (2006): *Evo: »Los medios quieren destruir al gobierno«. El papel de la prensa burguesa y de los líderes de opinión »liberales«*. (Juguete Rabioso). Online verfügbar unter <http://www.bolpress.com/>, zuletzt geprüft am 11.12.2008.
- Gallup International (2010): *Informe final de consultoría para la Unión Europea y el Centro Carter*.
- Grebe López, Ronald (2008): *Medios de comunicación en Bolivia: situación y perspectiva*. In: Grebe López, Horst (Hrsg.): *Los actores políticos en la transición boliviana*, La Paz, S. 139-174.
- Grebe López, Ronald (2007): *Evo Morales y los medios*. In: Chasqui, H. 98. Online verfügbar unter <http://chasqui.comunica.org/content/view/552/142/>, zuletzt geprüft am 09.08.2011.
- Grisold, Andrea (2004): *Kulturindustrie Fernsehen. Zum Wechselverhältnis von Ökonomie und Massenmedien*, Wien.
- Hetzer, Andreas (2010): *Eine konfliktreiche Beziehung. Politik und Medien bei der Neugründung Boliviens*. In: Gärtner, Peter et al. (Hrsg.): *Bolivien im Umbruch. Der schwierige Weg der Neugründung*, Leipzig, S. 166-186.
- Infolatam (18.03.2008): *Bolivia: periodistas denuncian la Constitución de Morales*. Online verfügbar unter <http://www.infolatam.com/>, zuletzt geprüft am 09.08.2011.
- La Prensa (30.08.2009): *Canal 7 recibe más recursos por la subvención que la publicidad*.
- Los Tiempos (06.01.2011): *Periodistas rechazan reglamento de la ley antirracismo*. Online verfügbar unter <http://www.lostiempos.com/>, zuletzt geprüft am 01.08.2011.
- Los Tiempos (08.11.2010): *SIP: Libertad de expresión en Bolivia está en riesgo*. Online verfügbar unter <http://www.lostiempos.com/>, zuletzt geprüft am 01.08.2011.
- Los Tiempos (05.11.2010): *Pagaron 100 millones de dólares a ETI por ENTEL*. Online verfügbar unter <http://www.lostiempos.com/>, zuletzt geprüft am 01.08.2011.
- Los Tiempos (07.01.2009): *En dos años, Gobierno gastó Bs 190 millones en medios*. Online verfügbar unter <http://www.lostiempos.com/>, zuletzt geprüft am 09.08.2011.
- Mayorga, Fernando (2007): *Ensayos sobre democracia y reforma estatal en Bolivia*, La Paz.
- Molina, Fernando (2010): *De la polarización a la hegemonía*. In: Rincón, Omar (Hrsg.): *¿Por qué nos odian tanto. Estado y medios de comunicación en América Latina*, Bogotá, S. 199-215.
- Núñez, Gastón (2010): *Mündliches Interview in La Paz* am 19.02.2010.
- Observatorio Iberoamericana de la Libertad de Prensa (2007): *Bolivia – Informe 2007*. Online verfügbar unter <http://www.infoamerica.org/libex/bolivia.htm>, zuletzt geprüft am 06.01.2010.
- Ochoa, Sebastián (2011): *Ley de medios, boliviana*. In: *Página 12*, 30.07.2011. Online verfügbar unter <http://www.pagina12.com.ar/>, zuletzt geprüft am 30.07.2011.
- ONADEM (Observatorio Nacional de Medios) (Hrsg.) (2009): *Medios a la vista. Informe sobre el periodismo en Bolivia 2005-2008*, La Paz.
- Otero, Lorena (2006): *El derecho de la competencia en Bolivia*. In: *Derecho Competencia*, Jg. 2, H. 2, S. 15-31.

- Paco Durán, Mariana (2011): Ley democratizará acceso a los medios y evitará los oligopolios. Entrevista. In: *El Cambio*, 01.08.2011. Online verfügbar unter <http://www.cambio.bo/>, zuletzt geprüft am 02.08.2011.
- Page, Benjamin I. (1996): The Mass Media as Political Actors. In: *Political Science and Politics*, Jg. 29, H. 1, S. 20-24.
- Paz, Martha (2009): Cobertura periodística a la Asamblea Constituyente de Bolivia. In: *Diálogos de la Comunicación*, H. 78.
- Peñaranda Undurraga, Raúl (2007): Políticos y periodistas – enemigos íntimos o aliados funcionales. El caso de la Asamblea Constituyente: cómo informaron los medios de comunicación en Bolivia, La Paz.
- Peñaranda Undurraga, Raúl; Herrera, Karina (2008): Los canales en cuestión: cómo trabajan Unitel y Canal 7, La Paz.
- Pfetsch, Barbara; Adam, Silke (2008): Die Akteursperspektive in der politischen Kommunikationsforschung – Fragestellungen, Forschungsparadigmen und Problemlagen. In: Dies. (Hrsg.): *Massenmedien als politische Akteure. Konzepte und Analysen*, Wiesbaden, S. 9-26.
- Poma, Bernardo (2009): Y la ciudadanía tomó la palabra... In: ONADEM (Hrsg.): *Medios a la vista. Informe sobre el periodismo en Bolivia 2005-2008*, La Paz, S. 31-39.
- Quiroga, Yesko (2006): Bolivien: Revolution in der Demokratie. In: *Lateinamerika Analysen*, Jg. 14, H. 2, S. 75-111.
- Torrío Villanueva, Erick (2006): La narrativa periodística desorganizadora: La prensa en la crisis de hegemonía en Bolivia. In: *Diálogos de la Comunicación*, H. 75.
- Tzankoff, Michaela (2002): Der Transformationsprozess in Bulgarien und die Entwicklung der postsozialistischen Medienlandschaft, Münster.
- Sandoval Arenas, Vania et al (2009): Medidas de presión: eje noticioso de la Asamblea Constituyente. In: ONADEM (Hrsg.): *Medios a la vista. Informe sobre el periodismo en Bolivia 2005-2008*, La Paz, S. 67-74.
- Sandoval Arenas, Vania; Gil Rojas, Karen (2009): Una mirada editorial común sobre la Asamblea Constituyente. In: ONADEM (Hrsg.): *Medios a la vista. Informe sobre el periodismo en Bolivia 2005-2008*, La Paz, S. 75-82.
- Wendt, Susanne (2009): Die bolivianischen Medien. Konrad-Adenauer-Stiftung. Online verfügbar unter <http://www.kas.de/>, zuletzt geprüft am 27.08.2009.

## Medienpolitik in Ecuadors »Revolución Ciudadana«

### Reformen zwischen Interessen von Oligarchie, Regierung und kommunitären Medien

Seit Amtsantritt der Regierung 2007 erlebt Ecuador einen politischen und sozialen Wandel. Am 20. April 2005 wurde der damalige Präsident und Ex-General Lucio Gutiérrez gestürzt, weil er den neoliberalen Kurs seiner Vorgänger eingeschlagen hatte und mit den USA, dem IWF sowie den traditionellen Parteien paktierte (vgl. Minkner-Bünjer 2009, 153). Seit 1990 hatte die indigene Bewegung soziale Proteste angeführt. Die Hauptrolle bei der Absetzung von Gutiérrez im April 2005 spielten jedoch die Proteste der »Forajidos«<sup>26</sup>. Der Protest war sehr heterogen und wurde von diversen gesellschaftlichen Gruppen getragen: auch arme, aber zu großen Teilen urbane Mittelschichten (vgl. Ospina 2009, 201 f.; vgl. Paltán 2005). Die Forderung nach einer verfassunggebenden Versammlung und der eigenen Repräsentanz darin fungierte als Kitt der Proteste (vgl. Paltán 2005, Ramírez 2010).

Nach dem Sturz Lucio Gutiérrez wurde bis zu den Wahlen 2006 der parteilose Alfredo Palacio Staatspräsident. Unter ihm war für kurze Zeit Rafael Correa Wirtschaftsminister. Dieser verließ die Regierung jedoch aus Protest gegen deren neoliberale Wirtschaftspolitik. Correa konnte mit einer Kritik an der Schuldenpolitik, Freihandel, der korrupten politischen Klasse und den Parteien, der US-Militärbasis in Manta und mit dem Versprechen einer verfassunggebenden Versammlung große Teile der Protestgruppen hinter sich vereinen. Während des Wahlkampfes waren private Medien Correa relativ wohlgesonnen (Participación Ciudadana, nach Conaghan/de la Torre 2008, 277).

Ende 2006 wurde Rafael Correa zum Präsidenten Ecuadors gewählt. Er gewann mit Hilfe seiner Wahlplattform Alianza País im zweiten Wahlgang gegen den Unternehmer und Multimillionär Alvaro Noboa mit 56,67 Prozent der Stimmen. Seit Amtsbeginn 2007 reiht sich die Regierung Correa unter dem Slogan der »Revolución Ciudadana« (Bürger\_innenrevolution) in den Block linker und vor allem antineoliberaler Regierungen Lateinamerikas.

Wie in Venezuela und Bolivien sollte die Transformation mit einem Verfassungsprozess begonnen werden (vgl. Meschkat 2008). Nicht zuletzt Medienak-

26 Gutiérrez selbst titulierte die oft spontan gegen ihn und die gesamte politische Klasse Protestierenden als »Forajidos« (Delinquenten). Diese Beleidigung wurde aufgenommen und zum Markenzeichen der Proteste in den urbanen Zentren erklärt (Ramírez 2010b, 29).



tivist\_innen drangen auf eine Ausweitung des öffentlichen und kommunitären Mediensektors in der Verfassung von 2008. Für die Bewegungen, die hinter der *Revolución Ciudadana* stehen, war Partizipation von Beginn an ein elementarer Bestandteil. Eine Medienreform ist seit 2009 anhängig und wird momentan wieder erbittert diskutiert. Währenddessen sehen sich die Reformkräfte mit handfestem Widerstand privater Medien gegen Regulierungen, Umverteilungen sowie die Regierung generell konfrontiert. Für sie ist das beste Gesetz jenes, das nicht existiert. Sie werfen der Regierung also vor autoritär zu sein und die »Presse- und Meinungsfreiheit einzuschränken«. Die Regierung wiederum verweist auf die Interessen der Eigentümer der Medien und bezeichnet die privaten Medien als »korrupt«.

Mit dem Ansatz der politischen Ökonomie der Medien (vgl. Hetzer in diesem Band) werde ich analysieren, warum private Medien, internationale Organisationen von Medienunternehmer\_innen und im gleichen Stil die europäische Presse von Zensur<sup>27</sup>, Einschränkung von Presse- und Meinungsfreiheit sprechen, während sich die Regierung Ecuadors sich gegen Oligopole und für Demokratisierung sowie eine Ausweitung öffentlicher Medien einsetzt.

Zunächst werde ich die Medienlandschaft darstellen, wie sie bei Regierungsantritt 2007 vorgefunden wurde und in historische sowie ökonomische Hintergründe einbetten. Meine These ist, dass aktuelle Konflikte zwischen Regierung und privaten Medien nur vor dem Hintergrund von Besitzstrukturen zu verstehen ist.

Weitgehend ungehört im Schatten des Konflikts zwischen Regierung und privaten Medien bleiben Stimmen kommunitärer Medienverbände, die seit langem für ihr Recht auf Kommunikation und eine Demokratisierung der Kommunikation streiten. Dabei handelt es sich um materielle und rechtliche Grundlagen, damit alle Bevölkerungsgruppen zur Verfügung stehende Kommunikationsmedien auch tatsächlich nutzen können. Das Recht auf freie Meinungsäußerung war bisher vor allem unterdrückten und marginalisierten Gruppen verwehrt geblieben. Für eine Demokratisierung der Kommunikation, wie sie auch vom *World summit on information society*<sup>28</sup> der UN vorgesehen ist, gehört der Zugang zu und die Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen an Medien. Diese Aufgabe, so meine zweite These, übernehmen am ehesten kommunitäre Medien. Sie bilden im ländlichen Raum häufig die einzige Kommunikationsmöglichkeit und haben bedeutenden Anteil für die soziale Organisation großer – oft indigener – Bevölkerungsgruppen. Die Demokratisierung der Kommunikation wird sich also an der Ausweitung kommunitärer Medien messen lassen müssen.

27 Censorship in Ecuador. Lèse-presidente. Rafael Correa seeks to bankrupt his media foes (The Economist vom 30.7.2011).

28 Siehe: [www.itu.int](http://www.itu.int). Vgl. auch Einleitung in diesem Band.

»Eine Politik, die sich darauf beschränkt, kommunitäre Sender zu unterstützen, wird nicht ausreichen, um die Macht zu brechen. Eine integrale Politik ist erforderlich, die Medienkonzentration kontrolliert und Medienmacht begrenzt«, meint Gustavo Gomez von der »Weltvereinigung der kommunitären Radios (AMARC)« (zit. n. Hübener 2009). Die Regierung begrenzt mit ihren Reformen die Macht von Konzernen und Medien. Mono- und Oligopole werden verboten. Gleichzeitig werden staatliche Medien aufgebaut. Damit soll der öffentliche Sektor gestärkt werden. Meine abschließende These lautet, dass die neue Verfassung und das geplante Kommunikationsgesetz einen Beitrag zur Demokratisierung der Kommunikation leisten.

## **Medienlandschaft und Medienkonzentration**

In Ecuador dominieren private Medien, die häufig im Besitz von Konzernen, Banken oder Kirchen sind. Nicht selten unterstützen sie die traditionellen Parteien und ihre Kandidaten. Die hohe Medienkonzentration darf als problematisch angesehen werden, verschafft sie doch den besitzenden Unternehmensgruppen große Macht und verdrängt nicht-profitorientierte (öffentliche und kommunitäre) soziale Kommunikation. An dieser Stelle möchte ich einige Beispiele aus dem Bereich Radio, Fernsehen, Presse und Internet anführen.

Das Radio ist das bedeutendste und am weitesten verbreitete Kommunikationsmedium Ecuadors (vgl. Supertel 2010b et al.). Vor allem auf dem Land ist es für viele das einzige zugängliche Medium.<sup>29</sup> Im Jahr 1929 sendet das Erste Radio in Ecuador und kurz darauf werden staatliche Sender wie »H.C.K.« und »Radio Nacional« in Betrieb genommen<sup>30</sup>. Staatliche Sender schlossen in der neoliberalen Ära, sodass alle Sender rechtlich privaten und kommerziellen Charakters waren. Darunter fielen auch auch kirchliche und kommunitäre Radios. In Ecuador besitzen 45 Familien 60 Prozent der Radiofrequenzen in FM und AM und 19 Familien kontrollieren 29 Prozent der 348 frei zugänglichen TV-Frequenzen (vgl. Villamarín Carrascal).

Das Fernsehen wird in den Ballungsräumen Guayaquil und Quito sehr stark genutzt (vgl. Ayala Marín/ Belén Calvache 2009). Der erste Fernsehsender begann 1959 als Ableger des evangelisch freikirchlichen Radiosenders »HCBJ«, aber auch »Radio Nacional« unterhielt seit 1961 einen staatlichen Fernsehsender. Kommerzieller Nachfolger von »HCBJ« ist der seit 1974 bestehende Fernsehsender Teleamazonas. Er gehörte bis zum Verkauf 2010 der Gruppe Egas, der auch die Kreditkartenfirma Dineros, die Zeitschrift »Gestión« und die Druckerfirma

<sup>29</sup> Siehe dazu den Abschnitt zu kommunitären Medien.

<sup>30</sup> Zu weiteren historischen Daten siehe Zwermann (1994) und Franco Romero (1999). Seitdem sind keine umfassenden deutschsprachigen Analysen der ecuatorianischen Medienlandschaft erschienen.

»Imprenta Mariscal« sowie die Mehrheit der Aktien der »Bank Pichincha« gehörten. Medienunternehmen sind traditionell mit dem Finanzkapital und politischen Parteien verbunden. Die Familie Isaías Dassum etwa war Eigentümerin der bis zu ihrem Kollaps 2001 größten Finanzinstitution des Landes Filanbanco sowie der Fernsehsender »TC Television«, »Gamavision« und »Cablenoticias«, den Radiosendern »Carrusel« und »Super K« aus Guayaquil, zwei Zeitschriften und Aktien der führenden Kabelfernseh-Gesellschaft »CableTV« (vgl. Ayala Marín/ Belén Calvache 2009, 8 f.). Die Brüder William und Roberto Isaías flohen nach Miami, als sie für die Bankenkrise mitverantwortlich gemacht werden sollten (vgl. Abad 2010, 195). Ihre Unternehmen fielen an den Staat, der seither formeller Eigentümer ist und die Direktion einsetzt. An der Funktionsweise und dem Programm der Sender änderte sich jedoch wenig. Der angestrebte Verkauf der Sender ist bis heute nicht geglückt.

Kontrahenten der Isaías war die Gruppe Alvarado Roca. Xavier Alvarado Roca hatte 1957 das bis in die Gegenwart erscheinende Politmagazin »Vistazo« gegründet, besitzt weitere Zeitschriften und den 1967 gegründeten Fernsehkanal »Ecuavisa«, der heutzutage auch einen internationalen Kanal unterhält.<sup>31</sup>

Ähnlich ist das Bild bei den Printmedien. Fernando Aspiazu Seminario gehörte sowohl die »Banco del Progreso«, welche die Finanzkrise 1999 mit ausgelöst hatte und ihr zum Opfer fiel, als auch eine der ältesten Tageszeitungen Ecuadors – der 1884 gegründete »El Telégrafo«. Aspiazu Seminario übernahm die Zeitung mitsamt dem gleichnamigen Radiosender in den 1990er Jahren von der Familie Castillo, die seit 1898 Eigentümerin war. Die Zeitung war ein klassisches Medium der herrschenden Klasse, bis sie im Zuge der Finanzkrise an den Staat fiel.

Die größten Tageszeitungen sind privat und allesamt oppositionell gegenüber der Regierung eingestellt. Auf dem Zeitungsmarkt dominiert die Tageszeitung »El Universal« der Unternehmensgruppe Pérez mit einer Auflage werktags von ca. 130 000 Exemplaren. Die 1921 in Guayaquil gegründete Zeitung unterstützte traditionell Präsidentschaftskandidaten der Küstenregion, wie beispielsweise den autoritärsten und repressivsten Präsidenten nach der Militärdiktatur, Febres Cordero, in dessen Amtszeit von 1984–1988 oppositionelle Gruppierungen und kritische Presse unterdrückt wurden.

Die Tageszeitung »El Comercio« aus Quito hat werktags eine Auflage von etwa 120.000 Exemplaren. Sie gehört der Gruppe Mantilla Mosquera, die gleichzeitig zahlreiche Radiosender und andere Unternehmen betreibt. Jaime Mantilla Anderson spaltete sich 1982 von Mantilla Mosquera ab und gründete die Tageszeitung »El Hoy« in Quito. Auch er besitzt zahlreiche Unternehmen. Weitere Tageszeitungen mit annähernd landesweiter Verbreitung sind die ebenfalls 1982 in

31 Weitere private Fernsehsender mit landesweiter Reichweite sind der 1960 von José Rosenbaum Nebel gegründete »Radio Telesistema (RTS)« aus Guayaquil, der 1993 gegründete »Telerrama« von der Gruppe Eljuri, der weitere freie und Bezahlfernsehsender gehören und der 1992 u. a. von Marcel Rivas und Fernando Aspiazu Seminario als »CRE Televisión« gegründete Kanal »UNO«.

Quito gegründete »La Hora« der Gruppe Vivanco, die auch den Radiosender Planeta FM betreibt und die 1973 gegründete »El Expreso« der Gruppe Martínez aus Guayaquil. Verlässliche Aussagen zu Auflagen und Verbreitung der Blätter lassen sich nicht machen. In viele Regionen gelangen gar keine Tageszeitungen und viele Menschen können sie sich nicht leisten, weshalb sich deren Rezeption vermutlich bis in die Gegenwart im Wesentlichen auf die urbane Ober- und Mittelschicht beschränkt (vgl. auch Zwermann 1994, 157).

Einen Internetzugang hat nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. So erklärt sich vielleicht, dass auf Internetpräsenz der Medien bisher wenig Wert gelegt wurde. Die Internetseiten, die am häufigsten aufgerufen werden, sind die von »El Universo«, dem digitalen Nachrichtenmedium »Ecuadorinmediato« und »Ecuavisa« (vgl. Rivera Costales).

Insgesamt lässt sich eine starke Konzentration privater Medien auf wenige Eigentümer konstatieren. Staatliche Medien wurden eingestellt und die technischen Geräte eingelagert. Laut Gesetz von 1966 waren Hörfunk und Fernsehen Werbeindustrien mit Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und nicht in erster Linie zuständig für die Herstellung demokratischer Öffentlichkeiten. Nach der Militärdiktatur gab es überhaupt kein Presserecht, nur schwammige Regelungen, die es der Regierung möglich machten, einzugreifen. Der willkürlichen Zensur und Frequenzvergabe des autoritären Staates wurde durch neoliberale Deregulierung ersetzt. Die Reform der Mediengesetzgebung von 1995 etwa zeichnete sich aus durch eine starke Lockerung staatlicher Regelungen und die starke Übereinstimmung mit Unternehmensinteressen (Franco Romero 1999, 651 f.). Private Medien waren frei von staatlichen Regulierungen, die eine ausgewogene demokratische Öffentlichkeit ohne Diskriminierungen hätte sicherstellen können. Kommunitäre Radios hingegen durften keine Werbung senden, was ihre Finanzierung erheblich erschwerte. Die Regierungen profitierten von der Zustimmung der ökonomischen und medialen »faktischen Mächte« (Navarro 2006).

## **Konflikte zwischen Correa und privaten Medien**

Spätestens seit Rafael Correa am 15. Januar 2007 das Präsidentenamt übernahm und ein Referendum für eine verfassungsgebende Versammlung ansetzte, stellten sich die alten Eliten, die Oligarchie und die private Presse gegen ihn.

Bereits im März 2007 veröffentlichte die quitenische Tageszeitung »La Hora« einen Kommentar unter dem Titel »Amtlicher Vandalismus«, worin dem Präsidenten vorgeworfen wird, er würde mit »Tumult, Steinen und Stöcken regieren« (La Hora vom 9.3.2007). Dagegen ging Correa gerichtlich vor, ebenso wie gegen das größte Finanzinstitut des Landes, die Bank Pichincha, die ihn absichtlich falsch als »nicht zahlungsfähigen Schuldner« einstufte. Hauptaktionär der Bank Pichincha ist Fidel Egas, dem bis 2010 der private Fernsehkanal Teleamazonas gehörte.

Teleamazonas musste wegen wiederholt und wissentlich verbreiteten Falschinformationen – unter anderem über ein angebliches geheimes Büro zur Wahlfälschung – 2009 eine dreitägige Sendesperre hinnehmen (vgl. Daniljuk 2009).

Damals attackierte Emilio Palacio, Redakteur der auflagenstärksten Tageszeitung des Landes »El Universo«, Correa in der präsidentiellen Fernsehsendung »Sabatina« wegen diesen juristischen Verfahren verbal so heftig, dass eine Diskussion unmöglich und er des Saals verwiesen wurde (vgl. Lucas 2007). Die Fernsehsender Teleamazonas und Ecuavisa zeigten von dem Event zunächst nur den unkontextualisierten Rausschmiss Palacios und reichten die wütenden Angriffe Palacios erst nach, als andere Sendeanstalten das gesamte Geschehen dokumentierten (vgl. ebd.).

Während der bekannte Moderator Carlos Vera sich vom Journalismus verabschiedete, um gänzlich als oppositioneller Politiker aufzutreten (vgl. Abad 2010, 187), schrieb Palacio mit seinen Kommentaren weiter gegen die Regierung an. Im Februar 2011 wurde seine Kolumne in »El Universo« veröffentlicht, in der er Correa »Menschenrechtsverletzungen« vorwirft (vgl. Palacio 2011). Die Vorwürfe beziehen sich auf den 30. September 2010, als der Präsident bei einem Putschversuch von desertierten Polizei- und Militäreinheiten angegriffen, festgehalten und mit dem Leben bedroht wurde (vgl. Lang 2010; Bruchmann 2010 et al.). Er musste durch Spezialeinheiten befreit werden. Mindestens fünf Todesopfer sind durch Kugeln der Putschisten zu beklagen (Tamayo et al. 2011). Correa habe diese Geschehnisse inszeniert und Todesopfer billigend in Kauf genommen, so Palacio. Der Präsident erstattete Anzeige wegen Verleumdung. Palacio sowie die Brüder Carlos, César und Nicolás Pérez, Direktoren der Zeitung, wurden zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Zusätzlich sollen sie 30 Millionen US-Dollar an Correa zahlen, das Zeitungsunternehmen weitere 10 Millionen US-Dollar (vgl. Bruchmann 2011a). Internationale Presse- und Menschenrechtsorganisationen wähten zum wiederholten Male eine Einschränkung der Pressefreiheit. Allen voran tat sich abermals der rechte Presseunternehmerverband der Interamerikanischen Pressegesellschaft (SIP)<sup>32</sup> mit Anschuldigungen gegen die Regierung hervor, sie würde die Meinungsfreiheit beenden (vgl. Bruchmann 2011b). Palacio verließ das Land und wartete den Ausgang des Prozesses von Miami aus ab. Corraera bot mehrfach an, die Anklage zurückzuziehen, wenn sich die Redaktion entschuldige (El Comercio 20.9.2011). Nachdem die Urteile in allen Instanzen bestätigt wurden, hat er, auch ohne Entschuldigung und Richtigstellung, die Strafen nicht vollziehen lassen und den Verurteilten vergeben. Der Staatschef zeigte sich mit dem Ausgang des Verfahrens zufrieden, welches gezeigt habe, dass der medialen Macht der Prozess gemacht werden könne (siehe hierzu sowie zum weiteren Fall »Gran hermano«: [amerika21.de/nachrichten/2012/02/49127/correa-vergibt](http://amerika21.de/nachrichten/2012/02/49127/correa-vergibt)).

32 Kritisch zur SIP: Villamarín Carrascal; alainet.org; [http://www.elciudadano.gov.ec/index.php?option=com\\_content&view=article&id=26283:la-sip-defiende-sus-propios-intereses-manifesto-el-jefe-de-estado-&catid=2:politica&Itemid=43](http://www.elciudadano.gov.ec/index.php?option=com_content&view=article&id=26283:la-sip-defiende-sus-propios-intereses-manifesto-el-jefe-de-estado-&catid=2:politica&Itemid=43)

Der Streit zwischen Correa und den privaten Medien wird mit hoher Intensität und Aufmerksamkeit ausgetragen. Während Correa den »Übergriffen der korrupten Medien« ein Ende setzen möchte, bezeichnen diese die Regierung als »diktatorisches Regime«. In dieser gespannten Atmosphäre finden keine tieferen Debatten statt (vgl. Abad 2010).

Ausdauernde Debatten über eine Demokratisierung der Kommunikation und das Recht auf Kommunikation finden in kommunitären Medien statt. Sie bieten für große Bevölkerungsgruppen das wichtigste Kommunikationsmittel und sind treibende Akteure für Reformen. Forderungen von Verbänden kommunitärer Medien finden weder von der Regierung noch von privaten Medien größere Erwähnung, es sei denn sie wenden sich gegen die Regierung.

### **Der dritte Sektor – Kommunitäre Medien**

Neben privaten und staatlichen Massenmedien gibt es den Sektor der kommunitären Medien. Hiermit sind solche gemeint, deren Eigentum, Verwaltung und Redaktion in Händen von Kommunen, Volksgruppen, Nationalitäten, Kollektiven und sozialen Organisationen liegt. Im ecuadorianischen Kontext hauptsächlich Radios und Bildungsradios, die häufig von indigenen Gemeinschaften genutzt werden. Sie arbeiten als non-profit Organisationen und haben einen sozialen Hintergrund.<sup>33</sup> Kommunitäre Medien haben in Ecuador eine lange Tradition und nehmen eine wichtige Rolle ein. Sie stellen in ländlichen Regionen, für Minderheiten und nicht-spanisch Sprechende oft das einzige zugängliche Kommunikationsmittel dar.

Auch kommunitäre Medien haben Konflikte mit der Regierung, wie im Fall des Radios »La voz de Arutam« des Interprovinziellen Verbands der Shuar (FICSH) in der Provinz Morona Santiago. Das Radio steht in der Tradition kommunitärer bilingualer Bildungsradios, strahlt Programme auf Shuar und Spanisch aus. Es dient dem Verband für die Transmission kultureller, organisatorischer und politischer Programme. Das Radio fungiert als Verlautbarungsorgan des Verbandes und sendet aus deren Sitz in Sucúa. Es wird jedoch auch benutzt um Nachrichten an die Familie zu senden. In die weit entfernten Kommunen im Amazonasgebiet dringt kein Mobilfunksignal, weshalb nach stundenlanger Reise in die Stadt nur über das Radio eine Nachricht an die Angehörigen gesendet werden kann.<sup>34</sup> Jede Person kann hier ein paar Minuten über das Radio kommunizieren. »Das Radio ist das Handy der Shuar«<sup>35</sup> und ein wichtiges internes Kommunikationsmittel für die soziale Organisation.

33 So definiert in Art. 62 des zweiten Gesetzentwurfs der Parlamentskommission (Informe 2010).

34 Für viele weit von der Stadt entfernt wohnende ist diese Funktion sehr wichtig. Bekannt für diese Aufgabe ist auch das abendliche zweisprachige Radioprogramm von Radio Puyo, welches dem Dominikanerorden angehört.

35 [http://ficsh.org.ec/index.php?option=com\\_content&view=article&id=112%3Aradio-arutam-celular-de-los-shuar&catid=1%3Aultimas-noticias&Itemid=18&lang=en](http://ficsh.org.ec/index.php?option=com_content&view=article&id=112%3Aradio-arutam-celular-de-los-shuar&catid=1%3Aultimas-noticias&Itemid=18&lang=en), zuletzt abgerufen am 23.7.2011.

Für großes öffentliches Aufsehen sorgte im Herbst 2009 die versuchte Schließung des Radios. Bei Protesten gegen ein Wassergesetz kam der Lehrer Bosco Wisum, ein Angehöriger der Shuar-Volksgruppe, ums Leben. Er wurde durch einen Schuss tödlich verletzt<sup>36</sup>, wodurch die schon bestehenden Proteste weiter angeheizt wurden. Die Mobilisierung lief auch über das Radio des Verbandes, »Radio Arutam«. Mir gegenüber erklärte der damalige Präsident der FICSH, Pepe Acacho, er hätte über das Radio auf Shuar aufgerufen: »Steht auf! Nehmt eure Lanzen! Zusammen verteidigen wir unser Territorium! Wir müssen stark sein! Aber nicht stark sein um zu töten, sondern stark sein, um ein kollektives Interesse zu verteidigen« (Interview Acacho 12.4.2011). Diese sprachliche und kulturelle Symbolik der Lanzen sei von der Regierung als gewalttätig und damit falsch interpretiert worden, so Acacho.

Nach dem turbulenten Herbst machte die Regierung die Shuar für die Ausschreitungen und den Tod Wisums verantwortlich. Am 17. Dezember 2009 wurde von der Telekommunikationsbehörde CONARTEL die Sendelizenz zurückgenommen, weil über die Frequenz zur Gewalt aufgerufen worden wäre. Die Shuar verteidigten das Radio und die Sendeantennen. Außerdem wurde Acacho wegen Terrorismus und Sabotage angezeigt. Für den Verband FICSH ist »die einzige gültige Erklärung für alle dargelegten Vorwände der Entscheidung die, den transnationalen Konzernen den freien Zugang für den Bergbau im Territorium der Shuar zu gestatten«<sup>37</sup>.

Eine Wahrheitskommission konnte keine eindeutigen Beweise zur Anklage gegen das Radio bestätigen und empfahl, die Lizenz nicht zu entziehen. CONARTEL hielt sich daran.<sup>38</sup> Im Februar 2011 wurde Acacho zusammen mit zwei weiteren Angeklagten ebenfalls vom Vorwurf freigesprochen, den Tod Wisums verschuldet zu haben.<sup>39</sup> Das Radio kann bis heute weitersenden. Doch »Sabotage und Terrorismus« ist ein zurzeit häufig gebrauchter Vorwurf gegen soziale Aktivist\_innen. In Ecuador sind zur Zeit 189 Personen wegen »Terrorismus und Sabotage« angeklagt (vgl. Zibechi 2011). Unter ihnen sind weitere bekannte indigene Anführer wie Marlon Santi (bis vor kurzem Präsident der CONAIE) und Delfin Tenesaca (Präsident der Ecuarrunari). Zuletzt wurde allerdings ein Abkommen zwischen der Zentralregierung und der neuen Führung der Shuar bekanntgegeben,

36 Die Umstände seines Todes sind nicht genau geklärt. Während die Regierung an der These festhält, der tödliche Schuss sei ein Querschläger der eigenen Leute gewesen, halten die Kampfgefährten wie Pepe Acacho dagegen: »Wir sagen es war die Regierung, die Ordnungsmacht, die infiltriert war von einem Scharfschützen« (Interview Acacho 12.4.2011).

37 [http://ficsh.org.ec/index.php?option=com\\_content&view=article&id=133&Itemid=90&lang=en](http://ficsh.org.ec/index.php?option=com_content&view=article&id=133&Itemid=90&lang=en), zuletzt abgerufen am 23.7.2011.

38 vgl. [http://ficsh.org.ec/index.php?option=com\\_content&view=article&id=137%3Ala-radio-shuar-la-voz-de-arutam-no-perdiera-su-frecuencia-asi-resolvio-el-consejo-nacional-de-radio-y-television-conatel-la-tarde-de-hoy-sin-embargo-los-responsables-de-la-difusion-de-los-mensajes-que-supuestamente-incitaron-a-la-violencia-en-macas-&catid=1%3Aultimas-noticias&Itemid=18&lang=en](http://ficsh.org.ec/index.php?option=com_content&view=article&id=137%3Ala-radio-shuar-la-voz-de-arutam-no-perdiera-su-frecuencia-asi-resolvio-el-consejo-nacional-de-radio-y-television-conatel-la-tarde-de-hoy-sin-embargo-los-responsables-de-la-difusion-de-los-mensajes-que-supuestamente-incitaron-a-la-violencia-en-macas-&catid=1%3Aultimas-noticias&Itemid=18&lang=en), zuletzt abgerufen am 23.7.2011.

39 Vgl. [http://www.elcomercio.com/politica/Dirigentes-shuar-salieron-libertad\\_0\\_424157603.html](http://www.elcomercio.com/politica/Dirigentes-shuar-salieron-libertad_0_424157603.html), zuletzt abgerufen am 23.7.2011.

in der auch eine Ausweitung der Reichweite der Radiosender enthalten sein soll.<sup>40</sup>

Die Präsidentin der 1962 gegründeten »Popularen Radio Schulen Ecuadors (ERPE)« aus Rio Bamba, Bélgica Chela, konnte für ihre Organisation keine wesentlichen Veränderungen unter der aktuellen Regierung feststellen. »Wir sind ständig bedroht« sagte sie mir gegenüber. Die unabhängige Finanzierung ist sehr schwierig und wird hauptsächlich durch Werbung eingespielt. ERPE hat sich mit Bildungsprogrammen und Partizipationsangeboten zum Ziel gesetzt »das Wort zu demokratisieren«. Das Radioprogramm auf ihren Sendern wird zu 50 Prozent in der Sprache eines Großteils der Bevölkerung gesendet, auf Kichwa. Ebenso ist die Praxis von »Radio Iluman« des Jugendverbands der Kichwa der Provinz Imbabura. Sie erhalten von der Regierung keine Unterstützung. Stattdessen wurden sie in der Vergangenheit regelmäßig kritisiert, weil sie sich der indigenen Bewegung zurechnen. »Wir wollen nicht nur kommunitär sein, sondern mehr« sagt Tupak Perukachi von Radio Iluman. Die Aktivist\_innen sind sich einig: kommunitäre Medien sollten 33 Prozent der Frequenzen ausfüllen.

Beide Radios sind Teil der »Koordination der popularen Bildungsradios Ecuadors (CORAPE)«, der die meisten kommunitären Radios des Landes angehören. CORAPE ist mit ihrem Netzwerk von aktuell 35 Radiosendern als Mitglieder und weiteren Assoziierten, Teil des »Lateinamerikanischen Verbands von Bildungsradios (ALER)« und des »Weltverbandes kommunitärer Radios (AMARC)«. Zusammen mit dem Kommunikationsnetz der »Lateinamerikanischen Informationsagentur (ALAI)« und vielen weiteren Journalisten, Kollektiven und Netzwerken populärer Medien, fordern sie seit langer Zeit eine Demokratisierung der Kommunikation und die Umsetzung der Rechte auf Kommunikation.<sup>41</sup>

## **Forderungen von kommunitären Medien – Das Recht auf Kommunikation**

Zunächst setzten sich Aktivist\_innen ein für die Anerkennung dieses dritten Sektors der kommunitären Medien, gleichwertig neben privaten und staatlichen. Darüber hinaus geht es um die Schaffung materieller Voraussetzungen für demokratische kommunitäre Medien. Während der Debatten um ein ausstehendes Kommunikationsgesetz, beziehen sich Forderungen kommunitärer Medienverbände hauptsächlich auf drei Bereiche (vgl. im Folgenden Sánchez 2011 und ALAI et al. 2011).

Erstens eine drittelparitätische Aufteilung der Frequenzen für Radio und TV zwischen staatlichen, privaten und kommunitären Medien. Dies würde eine Auf-

40 Vgl. <http://andes.info.ec/ecuador/la-federacion-shuar-y-el-ministerio-de-coordinacion-de-la-politica-trazan-linea-de-cooperacion-87465.html>, zuletzt abgerufen am 1.9.2011.

41 Zuletzt wurde das Webportal <http://enlacemedios.info> von diesen internationalen Zusammenschlüssen geschaffen.



stockung des kommunitären Sendespektrums auf 33 Prozent der analogen und digitalen Frequenzen für Radio und Fernsehen bedeuten. Dabei dürfen jedoch keine bestehenden Lizenzen von kommunitären Radios zurückgenommen werden. Nur die illegal benutzten Lizenzen privater Sender sollten an öffentliche und kommunitäre Medien neu verteilt werden. Das Recht auf 33 Prozent auszufüllen würde sicherlich noch einige Zeit dauern. Der Staat soll dafür die nötigen Apparaturen oder Gelder zur Verfügung stellen.

Die zweite Forderung ist der in der Verfassung zugesicherte universelle Zugang zu neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Insgesamt haben nur 45 Prozent der Bevölkerung mindestens einmal in der Woche Zugriff auf das Internet, die meisten in öffentlichen Einrichtungen oder Internetcafés (vgl. INEC 2008). Angesichts nur 7 Prozent der Bevölkerung, die einen eigenen Internetanschluss haben, auf dem Land und unter dem ärmsten Fünftel nur 1 Prozent (vgl. ebd.), müssten gezielte Politiken den Zugang zu neuen Technologien garantieren. Dazu gehören auch günstige Tarife für die finanziell ausgeschlossenen Sektoren. Die Verbände drängen jedoch auch darauf gängige analoge Technologien (wie das Telefon) endlich flächendeckend zugänglich zu machen, was längst nicht überall erreicht ist.

Drittens, wird die Einrichtung eines Regulationsrats für Medien gefordert. Dieser sollte sich abweichend von der Regierungsposition nach Ansicht der Verbände mehrheitlich durch drei Repräsentant\_innen der Zivilgesellschaft zusammensetzen und die Exekutive soll eine der zwei vorgesehenen Stimmen an einen Vertreter\_in des Parlaments abgeben. Dadurch käme eine regierungsunabhängige Stimme hinzu. Dazu kämen noch ein\_e Vertreter\_in der Regierung, ein\_e Vertreter\_in der Gleichheitsräte<sup>42</sup> und ein\_e Vertreter\_in der Medien-Bildungseinrichtungen (z. B. Universitäten) (vgl. ALAI et al.).

Insbesondere die letzten beiden Forderungen wurden in ähnlicher Form von der Regierung übernommen und wurden 2008 in die Verfassung aufgenommen, wie aus den folgenden Abschnitten ersichtlich wird.

## **Medien in der Verfassung von 2008**

Bereits der 2005–2007 zwischenzeitliche Präsident Palacio hatte auf Druck sozialer Bewegungen hin angekündigt eine verfassungsgebende Versammlung durch Referendum einzuberufen. Dies war jedoch am Widerstand der Parteien im Parlament gescheitert (vgl. Ramírez 2010, 32). Am Tag seines Amtsantritts unterzeichnete Präsident Correa ein Dekret, mit dem ein Referendum über eine verfassungsgebende Versammlung mit umfassenden Vollmachten eingeleitet wurde.

42 Die neokorporatistischen (Ramírez 2010) Gleichheitsräte werden in der Verfassung in Art. 156 und 157 erwähnt. In den paritätisch zwischen Regierung und Zivilgesellschaft besetzten Räten sollen die Regierung und Verwaltung beaufsichtigt, beobachtet und evaluiert werden. Zunächst sind Räte zu den Bereichen von Geschlecht, Generation, Interkulturalität, Behinderungen und Migration (movilidad humana) vorgesehen.

An den Beratungen zur neuen Verfassung nahm auch das »Forum für Kommunikation« mit Vertreter\_innen der Zivilgesellschaft teil, welches der Demokratisierung der Kommunikation und den Rechten auf Kommunikation Geltung verschaffen wollte.

Die Verfassung Ecuadors beinhaltet das *Recht auf Kommunikation*. Dies geht über das Recht der Meinungs- und Pressefreiheit hinaus. So wird auch der universelle Zugang zu Kommunikationstechnologien durch die Verfassung von 2008 garantiert (Art. 16). Zusätzlich werden das Recht zur Gründung sozialer Kommunikationsmedien und die Nutzung von Frequenzen für Radio und Fernsehen staatlichen, privaten und kommunitären Akteuren zu gleichen Bedingungen garantiert (Art. 16, Abs. 3). Für diese gleichen Bedingungen bürgt der Staat (Art. 17, Abs. 1). Dies umfasst nicht nur die prinzipielle Möglichkeit Medien zu konsumieren oder sich in Medien zu äußern. Der Staat garantiert hier die Möglichkeit der Nutzung von Medien, speziell derjenigen, die bis jetzt keinen Zugang dazu hatten und unterstützt deren Gründung (Art. 17). Die von marginalisierten Volksgruppen eingeforderte »plurale und vielfältige« Kommunikation soll vom Staat gefördert werden. Monopole und Oligopole werden explizit verboten (Art. 17, Abs. 3).

Die neue Verfassung wurde Ende Juli 2008 vorgestellt und am 28. September 2008 per Volksentscheid mit 63,93 Prozent angenommen. Nach Inkrafttreten der neuen Verfassung wurde am 27. April 2009 Rafael Correa mit 51,9 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang als Staatspräsident wiedergewählt. Die Regierungspolitik wurde deutlich bestätigt.

Den Verbänden kommunitärer Medien gehen die Ergebnisse jedoch nicht weit genug. Sie drängen seither auf die in Artikel 384 lose und unspezifisch festgelegte Aufgabe für den Staat durch entsprechende Gesetze ein »System der sozialen Kommunikation« aufzubauen. Darin soll Bürger\_innenbeteiligung gestärkt, der Zugang und die Nutzung von Medien für jede und jeden garantiert werden, wofür der Ausbau des kommunitären und eines öffentlichen Sektors notwendig scheint. Einen Beitrag kann das zurzeit debattierte Kommunikationsgesetz leisten. Die Regierung hat seitdem vor allem den öffentlichen Mediensektor durch staatliche Medien ausgebaut.

### **Veränderungen der Medienlandschaft durch die »Revolucion Ciudadana«**

In der Zeit von 1996 bis 2010 ist die Anzahl der Hörfunksendestationen um 41 Prozent, die frei verfügbarer Fernsehsender um 93 Prozent und die von Bezahlfernsehsendern um 133 Prozent gestiegen (vgl. Supertel 2011a). Das Radio ist nach wie vor das in der Fläche am weitesten verbreitetete Medium. Nach der Anzahl der Sendeanlagen ergibt sich im August 2011 das Bild der Verteilung: 1184 Hörfunksendestationen (62,3 Prozent), 453 frei zugängliche Fernsehsendestationen (23,8 Prozent) und 263 Pay TV-Sendestationen (13,8 Prozent) (vgl. Supertel 2011b).

Seit Verabschiedung der Verfassung von 2008 wird offiziell zwischen privaten, staatlichen und kommunitären Medien unterschieden. Im August 2011 sind 86,1 Prozent der Hörfrequenzen privat genutzt, 12,5 staatlich und 1,4 Prozent kommunitär (im April 2011 noch 0,3 Prozent) (vgl. Supertel 2011c). Die Vergabe von Frequenzen an kommunitäre Radios war bereits 2010 – nach den indigenen Protesten im Herbst 2009 – groß angekündigt worden<sup>43</sup>. Auch wenn die Anzahl kommunitärer und staatliche Sendeanlagen steigt, von Gleichberechtigung ist man noch weit entfernt.

Seit August 2008 hat das staatliche »Radio Pública del Ecuador (RPE)« den Sendebetrieb mit den Anlagen des ehemaligen »Radio Nacional« in Quito aufgenommen. Es erreicht einige Ballungsregionen des Landes und soll perspektivisch das gesamte Territorium Ecuadors abdecken.<sup>44</sup>

Bis 2007 gab es ausschließlich kommerzielle Fernsehsender. Ende November 2007 nimmt der staatliche Fernsehsender »Ecuador TV (ECTV)« mit der Berichterstattung über die verfassungsgebende Versammlung den Sendebetrieb auf. Es war das erste staatliche Medium, welches von der aktuellen Regierung neu gegründet wurde. Der Qualitätsanspruch ist höher als bei den privaten Fernsehsendern. So gibt es keine Boulevardprogramme, dafür viel Raum für Bildung, Partizipation, Kultur und politische Debatte. Als Hauptquellen dient dabei die Regierung, deren samstägliches Programm komplett ausgestrahlt wird. Mit dem Start dieses staatlichen Fernsehsenders verschiebt sich die Verteilung der Frequenzen. Im August 2011 sind 82 Prozent der frei verfügbaren Fernsehfrequenzen privatwirtschaftlich, 18 Prozent sind staatlich (Supertel 2011d). Kommunitäre Fernsehkanäle gibt es nicht.

Durch die starken Überschneidungen von Finanzkapital und Medien, fielen durch den Crash einiger Banken in der Finanzkrise 1999 auch deren Medienunternehmen an den Staat. Darunter die bereits erwähnten Fernsehsender »TC Televisión«, »Gama TV« der Familie Isafas Dassum (Filanbanco), »Canal UNO« und einige Radiosender. Das Finanzministerium fungiert als Eigentümer. Diese Sender sollen verkauft oder von Organisationen der solidarischen Ökonomie übernommen werden. Der Verkauf gelang bisher nicht. Einzig der 2010 von der Gruppe Egas verkaufte Fernsehsender »Teleamazonas« wird heute teils von einem Konsortium der Mitarbeiter\_innen geführt.

Während der Finanzkrise 1999 fiel auch der Besitz von Fernando Aspiazu (Banco del Progreso) an den Staat. Darunter befand sich die Zeitung »El Telégrafo«. Die Herausgabe wurde 2007 übernommen und sie erscheint seit 2008 unter dem Slogan: »Erste öffentliche Tageszeitung Ecuadors«. Ihre Auflage stieg 2009 auf etwa 40 000 Exemplare.

43 Siehe <http://andes.info.ec/actualidad/ecuador-entregara-frecuencias-de-radio-para-uso-comunitario-al-sector-indigena-1395.html> und <http://www.argenpress.info/2010/12/entrega-ecuador-frecuencias-radiales-14.html>.

44 Außerdem gibt es einige regionale Sender, die als Verlautbarungsorgan der Regierungen benutzt werden, aber auch alternativen Projekten Raum bieten. So hat etwa das sozial-kulturelle und ökologische Projekt der Gruppe »La Hormiga« in Puyo einen Sendeplatz beim Radiosender der Stadt (Radio Municipal) bekommen.

Daneben wurde zusätzlich am 29. Dezember 2009 eine eigene Nachrichtenagentur *ANDES* gegründet, die übergangsweise staatlich finanziert wird, aber unabhängig und auch regierungskritisch berichten soll (Graubner 2009). Ecuador ist seit 2007 auch Träger von TeleSur – dem lateinamerikanischen Gegenprojekts zu CNN – und reiht sich damit in die Gruppe der Staaten ein, die das Vorhaben der regionalen Integration mit einem internationalen Fernsehsender unterstützen wollen (siehe hierzu Aharonian in diesem Band).

Die staatlichen Medien werden in den größten Städten Ecuadors, Quito und Guayaquil, bislang erst von einem Viertel der Befragten als öffentliche wahrgenommen. Sehr ausgeprägt ist dagegen die Meinung, wie öffentliche Medien gestaltet sein sollten: Im Besitz und im Dienste der Bürgerinnen und Bürger, nicht der Regierung oder des Staates; Ausgewogen und differenziert in den dargestellten Sichtweisen; eine Stimme der Vielfalt des Landes und mit hohen Anteilen an Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung (Ayala Marín/Belén Calvache 2009).

Inwiefern sich diese staatlichen Projekte zu einem öffentlich-rechtlichen Sektor ausbauen, der unabhängig von Regierungen und durch die Zivilgesellschaft geführt wird, lässt sich noch nicht sagen. Ein wichtiger Schritt dahin wäre ein Kommunikationsgesetz mit entsprechenden Regelungen, welches laut Verfassung schon 2009 hätte Inkrafttreten müssen.

### **Halbherziges Projekt? Das Kommunikationsgesetz**

Bereits im September 2009 wurde eine Sonderkommission für Kommunikation des Parlaments ins Leben gerufen, die im November einen ersten Entwurf eines Kommunikationsgesetzes vorlegte. Besonders die Entflechtung von Medienunternehmen und anderen Wirtschaftszweigen, die Einrichtung eines Rates für Kommunikation, das umfassende Verbot der Verbreitung diskriminierender Inhalte und die rechtliche Verantwortung für die Veröffentlichung derartiger Inhalte wurden damals erbittert diskutiert. Nachdem die Parlamentskommission am 1. Juli 2010 ihren lang debattierten und überarbeiteten zweiten Entwurf präsentierte, lag der Gesetzesentwurf auf Eis. Das kommt den privaten Medien zugute, deren Macht vorerst nicht angetastet wurde.

Diese Knackpunkte der zurückliegenden Debatten wurden im Plebiszit vom 7. Mai 2011 zur Abstimmung gestellt. Die politische Konjunktur und das Bedürfnis nach Bestätigung der Legitimität der Regierung nach dem Putschversuch von September 2010, bewegten Präsident Correa dazu ein Verfassungsreferendum und eine Volksbefragung anzuberaumen. Die Vorschläge der Regierung wurden angenommen. Der Gesetzgebungsprozess kam dadurch wieder in Gang. »Die Absicht ist es, einen Schlusspunkt unter den Einfluss der ökonomischen Macht auf die Medien zu setzen, mit dem Ziel ihre Unabhängigkeit und Pluralität zu sichern« (Informe 2011, 4).

Der am 27. Juli 2011 von der mehrheitlich aus Mitgliedern der Regierungsfraktion zusammengesetzten Parlamentskommission<sup>45</sup> verabschiedete Zusatzbericht für ein Kommunikationsgesetz beinhaltet die entsprechenden Artikel, deren Inhalt ich im Folgenden kurz zusammenfassen werde.

### *Demokratisierung der Kommunikation*

Als Ziel wird bereits in Artikel 1 des Gesetzentwurfs die Garantie der Rechte auf Kommunikation, die freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit ausgegeben. Die Kritik etablierter Medien und oppositioneller Politiker\_innen, die Pressefreiheit sei in Gefahr, entbehrt offensichtlich der Realität. Der Staat soll vielmehr die Rechte auf Kommunikation garantieren und sieht in Artikel 3 die *Demokratisierung der Kommunikation und Information* wie folgt vor: »Die Pluralität und Diversität der Kommunikation wird über Normen und staatliche Politiken entwickelt, die folgendes erlauben: demokratische Kommunikation und kritische Lektüre der Medien; die Stärkung der öffentlichen, privaten und kommunitären Medien; transparenten Zugang zu den Frequenzen unter gleichen Bedingungen; Verbot von Monopolen, Oligopolen und der Konzentration von Medien; Förderung der Bürger\_innenbeteiligung und inländischer Produktionen sowie die Einführung von demokratischen gesellschaftlichen Mechanismen zur Kontrolle.«<sup>46</sup>

Pluralität und Diversität der Kommunikation soll besonders durch Beteiligung der Kommunen, Volksgruppen und Nationalitäten<sup>47</sup> garantiert werden (Art. 6), die bisher keinen Gebrauch von Presse- und Meinungsfreiheit machen konnten.

### *Rat für Regulation und Entwicklung der Kommunikation*

Die Einführung eines Regulierungsrats ist sehr umstritten. Er ist bereits in der Verfassung festgelegt und wurde im Referendum 2011 bestätigt. Laut Entwurf soll der Rat bestehen aus: zwei Vertreter\_innen der Regierung, ein\_e Vertreter\_in der Gleichheitsräte<sup>48</sup>, ein\_e Vertreter\_in aus Medien-Bildungseinrichtungen (z. B. Universitäten) und drei Vertreter\_innen der Zivilgesellschaft bestehen. Ein\_e Vertreter\_in des Parlaments, wie es die Verbände kommunitärer Medien fordern, ist

45 Dafür stimmten Maro Andino Reinoso, Betty Carrillo Gallegos, Ángel Vilema Freire, Emilia Jaramillo Escobar, Rolando Panchana Farra, Diego Falconí Garcés in Vertretung von María Calle Andrade (Alle AP), Nicht getragen wird der Entwurf von den oppositionellen Lourdes Tibán Guala (PK), Cesar Montúfar Macheno (Concertación Nacional), Jimmy Pinoargote Parra (Movimiento Municipalista por Integridad Nacional), Cynthia Viteri Jiménez (Madera de Guerero).

46 Übersetzung Hanno Bruchmann.

47 Kommunen, Völker und Nationalitäten sind in der ecuadorianischen Debatte spezifische Konstrukte sozialer Zugehörigkeit und Form des Zusammenlebens, deren Anerkennung vor allem Indigene, aber auch Afro-Ecuadorianer\_innen und Montubios einfordern.

48 In paritätisch zwischen Regierung und Zivilgesellschaft besetzten Räten sollen die Regierung und Verwaltung beaufsichtigt, beobachtet und evaluiert werden. Außerdem sollen sie an der Ausarbeitung und Transversalisierung ihrer Anliegen in allen Fachbereichen beteiligt werden. Zunächst sind Räte zu den Bereichen von Geschlecht, Generation, Interkulturalität, Behinderungen und Migration (movilidad humana) vorgesehen.

nicht vorgesehen. Außerdem sollen die Vertreter\_innen der Zivilgesellschaft vom Rat für Bürger\_innenbeteiligung nach Qualifikation ausgewählt und nicht mit Mandat gewählt werden.

Aufgabe des Rates wird es sein, die staatliche Medienpolitik zu entwerfen und umzusetzen. Außerdem sollen die sozialen und materiellen Bedingungen geschaffen werden, um die volle Ausübung des Rechts auf Kommunikation zu garantieren (Art 17).

Zu den strittigen Punkten des Gesetzes zählen die Verbote von der Verbreitung diskriminierender Inhalte<sup>49</sup>. Zu Gewalt<sup>50</sup> anstiftende Inhalte würden komplett verboten. Genauere Qualifizierungen der als diskriminierend zu geltenden Inhalte soll der Rat für Regulation und Entwicklung der Kommunikation bestimmen.

### *Haftung*

Die juristischen Auseinandersetzungen mit Medien – wie zuletzt der Fall »El Universo« – haben gezeigt, dass eine Klärung der Frage, wer für verbreitete Inhalte Haften muss, nötig ist. Laut Gesetzentwurf ist jede Person (also Autor\_innen, Interviewpartner\_innen etc.) verpflichtet, sich an geltende Bestimmungen zu halten und kann für die produzierten Inhalte haftbar gemacht werden. Zudem sind die Medien für die Inhalte haftbar, deren Autoren jene Medien sind und die keiner einzelnen Person zurechenbar sind. Im Bericht der Kommission heißt es, dass in der Vergangenheit häufig Journalisten unter Druck standen falsche oder undifferenzierte Meldungen zu verbreiten, weil die Medien sehr eng mit politischen Gruppen, Finanz- oder Wirtschaftsunternehmen in Verbindung stehen. Um ihre Integrität zu wahren und juristischen Konsequenzen vorzubeugen, wurden diese Meldungen oft anonym verbreitet. Nun sollen auch die Medienunternehmen, Direktorien und Besitzer\_innen für anonym verbreitete Inhalte selbst haftbar sein.

### *Verbot von Mono- und Oligopolen*

Durch das Referendum von Mai 2011 wurde der Verfassungsartikel bestätigt, nachdem nicht gleichzeitig Medienunternehmen<sup>51</sup> mit »nationalem Charakter«

49 Diskriminierende Inhalte sind laut Art. 5 des Gesetzentwurfs solche »die hindeuten auf Unterscheidung, Ausschluss oder Beschränkungen aufgrund von Ethnie, Geburtsort, Alter, Geschlecht, Gender-Identität, kulturelle Identität, Familienstand, Sprache, Religion, Ideologie, politische Herkunft (Mitgliedschaft), strafrechtliche Vergangenheit, sozio-ökonomische und migratorische (migrantische) Lebensumstände, sexuelle Orientierung, Gesundheitszustand, HIV-Infektion, Behinderung oder physische Unterschiede und andere, die die Anerkennung und den Genuss von Menschenrechten beeinträchtigen oder aufheben.«

50 Eine Besonderheit ist, dass laut Gesetzentwurf neben Personen und Gruppen auch die Natur Gewalt erfahren kann (Art. 10, Informe 2011) und damit Rechtssubjekt wird. Bereits durch die Verfassung von 2008 hatte die Natur Rechte zugesprochen bekommen (Art. 71).

51 Im Gesetz wird allgemein immer von »empresas de comunicación social« gesprochen, wenn alle Formen von sozialen Kommunikationsmedien gemeint sind. Ich verwende hier den gängigeren Terminus Medienunternehmen.

und andere Unternehmen besessen werden dürfen. Eigner, Direktor\_innen, leitende Angestellte oder Personen, die ein ökonomisches Interesse an den Medien haben, dürfen nicht gleichzeitig Anteile von anderen Unternehmen halten. Im Zusatzbericht (Informe 2011) wird die Schwelle auf 10 Prozent Anteile an einem privaten Kommunikationsunternehmen festgelegt, damit diese Bestimmung greift. Außerdem wird definiert, welche privaten Medien »nationalen Charakter« besitzen. »Nationalen Charakter« besäßen laut Artikel 21 solche Medien, die eine Abdeckung von mindestens 25 Prozent der landesweiten Bevölkerung oder mindestens 10 Provinzen haben. Für Printmedien gelte dies, wenn sie mindestens 0,5 Prozent der landesweiten Bevölkerung mit einem Exemplar erreichen. Der Artikel ist explizit gegen Finanzunternehmen und Banken gerichtet, die viele Medien kontrollieren. Sie hätten bis Juli 2012 Zeit, ihre Anteile an den Medienunternehmen oder in anderen Wirtschaftszweigen zu veräußern.

## Fazit und Ausblick

Die Regierung der »Bürger\_innenrevolution« (Revolución Ciudadana) lehnt die politische Repräsentation der traditionellen Parteien, die »Parteiherrschaft« (partidocracia), in der bisher nur formalen Demokratie lautstark ab. Sie wendet sich gegen die Interessen der Oligarchie, die mit ihren Medien und immer neuen Parteien als Vehikel ihre Kandidaten ins Präsidentenamt brachten. Die Parteien als organisierte oder interessenaggregierender Institutionen verloren, wenn sie diese jemals hatte, an Bedeutung. »Die Medien ersetzen die politischen Parteien. Sie sind die Opposition. Wenn sich jemand die Zeitungen in Ecuador anschaut, wird klar, es sind oppositionelle Medien. Es sind politische Akteure«<sup>52</sup>, sagt Eduardo Tamayo von der Lateinamerikanischen Informationsagentur ALAI. Guillermo Navarro (2006) spricht deshalb von Medien, die in Verbindung mit Unternehmen als »faktische Mächte« der politischen Macht der Regierung gegenüberstehen. Was für ganz Lateinamerika gilt, trifft auch auf Ecuador zu: »Freie Presse ist buchstäblich synonym für Private Presse geworden [...] Private Presse, monopolisch, häufig familiär, wie die hegemoniale Partei der lateinamerikanischen Rechten«<sup>53</sup> (Sader 2008, 109). Die privaten Medien, die bis vor kurzem Kampagnen für oder gegen den einen oder den anderen Kandidaten gemacht haben, sind selbst ins Zentrum der Aufmerksamkeit geraten (Abad 2010). Medienmonopole und -konzentration werden angegriffen, weshalb sich die Oligarchie mit ihren Medien gegen die Regierung stellt. Private Medien sind also nicht nur Austragungsorte für Debatten, sondern bilden eine Konfliktpartei, die gegen soziale Reformen opponiert. Dabei wird Presse- und Meinungsfreiheit allzu oft instrumentalisiert, um den Status Quo zu erhalten.

52 Übersetzung Hanno Bruchmann.

53 Übersetzung Hanno Bruchmann.

Kommunitäre Medien geben insbesondere bisher ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit von Presse- und Meinungsfreiheit Gebrauch zu machen. Sie sind daher für eine Demokratisierung der Kommunikation, also die Ausweitung dieses Sektors, nötig. Indigene, junge Menschen, soziale Organisationen, Frauen und viele mehr konnten ihren Forderungen in der verfassungsgebenden Versammlung direkten Ausdruck geben (vgl. Birk 2009). Verbände kommunitärer Medien versuchten wiederum den Rechten auf Kommunikation und einer Demokratisierung der Kommunikation Nachdruck zu verleihen. Die Verfassung von 2008 enthält das Recht auf Kommunikation und bietet die Grundlage, auf der eine Demokratisierung der Kommunikation eingeleitet werden kann. Durch ein Kommunikationsgesetz besteht die Chance, private Medienmacht zugunsten öffentlicher und kommunitärer Medien umzuverteilen. Kommunitäre Medien werden neben privaten und staatlichen anerkannt. Für kommunitäre Medien hat sich aber bisher wenig verändert. Besonders die drittelparitätische Umverteilung von Frequenzen und die materielle Unterstützung wären entscheidend.

Die Regierung hat ihrerseits begonnen, einen staatlichen Mediensektor aufzubauen. Inwiefern diese Medien unabhängig von der Regierung sein werden und ob eine Art öffentlich-rechtlicher Sektor aufgebaut wird, muss sich noch zeigen. Hierbei geht es um die Frage, was das Öffentliche sein soll (vgl. Costa 2004; Sader 2008; León 2007). »Público« kann staatlich oder öffentlich bedeuten. Sind nicht auch kommunitäre Medien öffentlich? Demokratie braucht jedenfalls eine vielfältige und kritische Öffentlichkeit. Wie bei privaten und kommunitären Medien wird auch bei den staatlichen Medien letztlich die Unabhängigkeit von und die Möglichkeit der Kritik an Regierungen bestimmen, wie weit die Demokratisierung der Kommunikation gehen wird. Dazu könnte nun eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, die gesellschaftlich kontrollierte und regierungsunabhängige Medien materiell garantiert.

## Literatur

- Abad, Gustavo (2010): El club de la pelea ... poder político vs poder mediático. In: Omar Rincón (Hg.): ¿Por qué nos odian tanto? Estado y medios de comunicación en América Latina. Bogotá: Centro de Competencia en Comunicación para América Latina, FES, S. 183-197.
- ALAI et al. (2011): Propuestas de artículos de la ciudadanía para la Ley Orgánica de Comunicación. Online verfügbar unter <http://alainet.org/active/47011&lang=es>.
- Ayala Marín, Alexandra/ Belén Calvache, María (2009): Percepción sobre los medios públicos en Ecuador. Quito: CIESPAL. Online abrufbar unter: <http://www.ciespal.net/mediaciones/images/mediospublicos.pdf>
- Birk, Nanna (2009): The Participatory Process of Ecuador's Constituent Assembly 2007/2008. Master Thesis. Universiteit van Amsterdam, Amsterdam. International School for Humanities and Social Sciences.
- Bruchmann, Hanno (2010): Correa zieht Lehren aus dem Aufstand. In: Lateinamerika-Nachrichten 438, Dezember 2010, S. 22-24.
- Bruchmann, Hanno (2011a): Correa gewinnt gegen Medienunternehmen. Online abrufbar unter <http://amerika21.de/nachrichten/2011/07/38200/correa-el-universo-ecuador>.
- Bruchmann, Hanno (2011b): Ecuador: El Universo strengt neues Verfahren an. Online Abrufbar unter <http://amerika21.de/nachrichten/2011/07/38635/ecuador-universo-follow>.
- Conaghan, C.; La Torre, C. de (2008): The Permanent Campaign of Rafael Correa: Making Ecuador's Plebiscitary



- Presidency. In: *The International Journal of Press/Politics* 13 (3), S. 267-284.
- Costa, Sérgio (2004): Der Kampf um Öffentlichkeit. Begriffe, Akteure, politische Dynamiken. In: Karin et al Gabbert (Hg.): *Medien und ihre Mittel*. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot (Jahrbuch Lateinamerika, 28), S. 14-34.
- Daniljuk Malte (2009): Ecuador diskutiert neues Mediengesetz. Online verfügbar unter [http://www.amerika21.de/nachrichten/inhalt/2009/dez/ley\\_293847\\_medios](http://www.amerika21.de/nachrichten/inhalt/2009/dez/ley_293847_medios)
- El Comercio vom 20.9.2011: Correa ofrece perdonar a El Universo si el diario pide disculpas. Online verfügbar unter [http://www.elcomercio.com/politica/Correa-perdonar-Universo-diario-disculpas\\_0\\_557944288.html](http://www.elcomercio.com/politica/Correa-perdonar-Universo-diario-disculpas_0_557944288.html), zuletzt geprüft: 12.10.2011.
- Graubner, Maxim (2009): Ecuador mit eigener Nachrichtenagentur. Erschienen auf [amerika21.de](http://www.amerika21.de) am 29.12.2009. Online abrufbar unter <http://www.amerika21.de/nachrichten/inhalt/2009/dez/ANDES-291209/?searchterm=ecuador>, Letzter Zugriff: 14.3.2010.
- Hübener, Karl-Ludolf (2009): Mediale Kreuzzüge. Lateinamerikas Medienkonzerne. Online verfügbar unter <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/dasfeature/878690/>, Letzter Zugriff: 14.3.2010.
- INEC 2008: Encuesta ENEMDU. Quito: Instituto Nacional de Estadística y Censos, Dezember 2008.
- La Hora vom 9.3.2007: Vandalismo oficial. Online Verfügbar unter: [http://www.lahora.com.ec/index.php/noticias/show/543753/-1/Vandalismo\\_oficial.html](http://www.lahora.com.ec/index.php/noticias/show/543753/-1/Vandalismo_oficial.html), letzter Zugriff: 12.10.2011.
- Lang, Miriam (2010): Ecuador nach dem Putschversuch. Online verfügbar unter [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte\\_international/Standpunkte\\_int\\_23-2010\\_web.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_international/Standpunkte_int_23-2010_web.pdf)
- León Osvaldo (2007): Ecuador: Elecciones, medios y democracia. In: Chasqui (Revista Latinoamericana de Comunicación) (97).
- Lucas, Kinto (2007): Correa en Guerra a diario. Online verfügbar unter <http://ipsnoticias.net/nota.asp?idnews=41110>
- Meschkat, Klaus (2008): Verfassungsprozesse und soziale Konflikte in den Andenländern: neue Entwicklungen in Bolivien und Ecuador. Heinrich Böll Stiftung. Online verfügbar unter [http://www.boell.de/downloads/Verfassungsprozesse\\_Bolivien\\_Ecuador\\_Meschkat.pdf](http://www.boell.de/downloads/Verfassungsprozesse_Bolivien_Ecuador_Meschkat.pdf).
- Minkner-Bünjer, Mechthild (2009): Zwischen Erfolgen und Ausbootung: Soziale Bewegungen in Ecuador. In: Jürgen Mittag (Hg.): *El pueblo unido? Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 133-166.
- Navarro, Guillermo (2006): Poder económicó, poder políticó y poder fácticó. II parte. Los poderes fácticos. Quito: Ediciones Zitra.
- Ospina Peralta, Pablo (2009): Movimientos sociales y participación política. Los movimientos sociales en el Ecuador de Rafael Correa. In: Ángel Montes del Castillo (Hg.): *Ecuador Contemporáneo. Análisis y alternativas actuales*, S. 199-222.
- Palacio, Emilio (2011): NO a las mentiras. In *El Universo* vom 6.2.2011. Online abrufbar unter <http://www.eluniverso.com/2011/02/06/1/1363/mentiras.html>, Letzter Zugriff: 12.10.2011.
- Paltán, Julio (2005): La Asamblea Constituyente. In: *Entre Voces* (4), S. 12-14.
- Ramírez, Franklin Gallegos (2010): Fragmentación, reflejo y desconcierto. Movimientos sociales y cambio político en el Ecuador (2000-2010). In: *OSAL* (Buenos Aires: CLACSO) XI (28, November), S. 17-47.
- Rivera Costales: Web 2.0 y medios de comunicación. Online verfügbar unter: <http://www.ciespal.net/mediaciones/index.php/investigacion/223-web-20-y-medios-.html>, zuletzt geprüft am 12.10.2011.
- Sader, Emir (2008): Que es una prensa pública? In: María Belén Alborno B. und Mauro Cerbino (Hg.): *Comunicación, cultura y política*. 1. Aufl. Quito: FLACSO; Ministerio de Cultura, S. 109-115.
- Sánchez, Roberto (2011): Propuestas de la sociedad civil para Ley de Comunicación. Online verfügbar unter <http://alainet.org/active/47046&lang=es>, zuletzt geprüft am 21.10.2011.
- Supertel (2011a): Estadísticas de evolución de los servicios de radiodifusión y televisión periodo 1996-2010. Online verfügbar unter [http://www.supertel.gob.ec/pdf/estadisticas/estadisticas\\_evolucion\\_radio\\_tv\\_1996\\_2010.pdf](http://www.supertel.gob.ec/pdf/estadisticas/estadisticas_evolucion_radio_tv_1996_2010.pdf), zuletzt geprüft am 11.10.2011.
- Supertel (2011b): Resumen estadístico del nº de estaciones de radiodifusión, televisión y audio y video por suscripción. Online verfügbar unter [http://www.supertel.gob.ec/pdf/estadisticas/estaciones\\_radiodifusion\\_tv\\_audio\\_y\\_video\\_por\\_suscripcion.pdf](http://www.supertel.gob.ec/pdf/estadisticas/estaciones_radiodifusion_tv_audio_y_video_por_suscripcion.pdf), zuletzt geprüft am 11.10.2011.
- Supertel (2011c): Resumen estadístico de tipos de categorías de estaciones de radiodifusión sonora. Online abrufbar unter [http://www.supertel.gob.ec/pdf/estadisticas/estaciones\\_radiodifusion\\_tv\\_audio\\_y\\_video\\_por\\_suscripcion.pdf](http://www.supertel.gob.ec/pdf/estadisticas/estaciones_radiodifusion_tv_audio_y_video_por_suscripcion.pdf), zuletzt geprüft am 11.10.2011.
- Supertel (2011d): Resumen estadístico de tipo de categorías de estaciones de televisión abierta. Online abrufbar unter [http://www.supertel.gob.ec/pdf/estadisticas/categorias\\_tv.pdf](http://www.supertel.gob.ec/pdf/estadisticas/categorias_tv.pdf), zuletzt geprüft am 11.10.2011.
- Tamayo (2011): A un año del 30 de septiembre (30S). El día que la ciudadanía paró el golpe. Online abrufbar unter <http://alainet.org/active/49786>, zuletzt geprüft am 12.11.2011.
- Villamarín Carrascal, José: Alarmante concentración de medios en América Latina. Online abrufbar unter <http://www.ciespal.net/mediaciones/index.php/analisis/779-alarmanete-concentracion-de-medios-en-america>

latina.html, zuletzt geprüft am 11.10.2011.

Zibechi, Raúl (2011): Ecuador – El Estado fuerte y la criminalización a los movimientos. Hg. v. CIP Americas.

Online verfügbar unter <http://www.cipamericas.org/es/archives/4087>, zuletzt geprüft am 15.08.2011.

Zwermann, Beate (1994): Massenmedien in Ecuador. In: Jürgen Wilke (Hg.): Massenmedien in Lateinamerika.

Zweiter Band: Chile, Costa Rica, Ecuador, Paraguay. 3 Bände. Frankfurt a. M.: Vervuert (2), S. 145-184.

**Amtliche Dokumente (online abrufbar unter <http://www.asambleanacional.gov.ec/>)**

Verfassung der Republik Ecuador von 2008

Informe 2010: 2. Bericht der Parlamentskommission für Kommunikation

Informe 2011: Zusatzbericht der Parlamentskommission für Kommunikation

## **Drei Schritte vor und ein halber zurück. Die Medienpolitik der Regierung Fernández de Kirchner**

Am 10. Oktober 2009 hüllte sich der Platz vor dem Kongressgebäude in Buenos Aires in ein hellblaues Fahnenmeer. Tausende Gewerkschafter,<sup>54</sup> Aktivisten regierungsnaher Jugendorganisationen und Mitglieder von Menschenrechtsgruppen hatten die gesamte Nacht vor dem Palast ausgeharrt, um dem Ausgang der entscheidenden Abstimmung über ein neues Mediengesetz beizuwohnen. Um acht Uhr am Samstagmorgen verkündete der Regierungssprecher das Ergebnis des knapp 20-stündigen Verhandlungsmarathons: Der von der Regierung Cristina Fernández de Kirchner vorgelegte Gesetzesvorschlag zur »Regelung der audiovisuellen Kommunikation« wurde mit 44 zu 24 Stimmen angenommen – 26 Jahre nach Ende der Militärdiktatur (1976 bis 1983) wurde eines der letzten Relikte der Generäle beseitigt. Argentinien bekam ein neues Mediengesetz.

Während die Regierung und ihre Anhänger die Entscheidung als »Sieg für die Demokratie« feierten, verbreitete der Großteil der privaten Medien ein anderes Bild. Von den jubelnden Menschen war in den Liveschaltungen der Sendeanstalten nichts zu sehen. Auch die genauen Inhalte der Regelung blieben vage. In den Schlagzeilen und Kommentaren der großen Tageszeitungen war stattdessen viel von »Mediendiktatur«, »Maulkorbgesetz« oder »Gesetz gegen die Medien« zu lesen.

Die Polemik war wenig überraschend. Der Konflikt über die gesetzliche Neuregelung der hochkonzentrierten argentinischen Medienlandschaft bildete den Höhepunkt einer Ende 2008 beginnenden Auseinandersetzung zwischen der Regierung Fernández de Kirchner und den größten Medienkonzernen des Landes, die bis heute andauert.

Dieser »Medienkrieg« führte nicht nur zu einem bisher nie dagewesenen Bruch zwischen Presse und Politik, er durchzog die gesamte Gesellschaft. Große Teile der argentinischen Bevölkerung, ohnehin schon in ihrem Verhältnis zur Regierung polarisiert, spalteten sich ein weiteres Mal. Für den einen Teil war das Mediengesetz der letzte Schachzug eines ohnehin als autoritär wahrgenommenen Präsidentenpaars<sup>55</sup>, um der freien Presse den Todesstoß zu versetzen. Für den anderen Teil war es der langersehnte Versuch einer linken Regierung, sich der als Meinungs-diktat empfundenen politischen Einflussnahme der privaten Medien entgegenzu-

54 Zu Gunsten der Lesbarkeit verzichtet der Autor auf eine gegenderte Schreibform. Die fortan verwendete Schreibweise impliziert sowohl Männer als auch Frauen.

55 Néstor Kirchner, der Ehemann von Cristina Fernández, regierte das Land von 2003 bis 2007. Er starb am 27. Oktober 2010 infolge eines Schlaganfalls.

setzen und 26 Jahre nach dem Ende der Diktatur die Demokratisierung eines von wenigen Unternehmen dominierten Sektors anzugehen.

Auch international stieß das Gesetz auf höchst unterschiedliche Urteile. Der UN-Sonderberichterstatter für Meinungs- und Redefreiheit, Frank La Rue, lobte dessen »Vorbildfunktion für den Kontinent«. Es sei ein »Schritt vorwärts in Lateinamerika gegen die zunehmende Konzentration des Eigentums an Medien« (CNN en español am 1.09.2009). Nahezu alle internationalen Leitmedien bewerteten die Neuregelung dagegen als demokratiefeindlich und prägten damit die internationale Wahrnehmung. Die spanische »El País« sprach vom »Gesetz zur Medienkontrolle« (El País vom 10.10.2009), die NZZ sah einen »Schatten über der Pressefreiheit« (NZZ vom 14.09.09) und die FAZ sorgte sich: »Die privaten Sender müssen sterben« (FAZ vom 23.09.2010).

Die in diesem Artikel vorgetragene These lautet, dass das Gesetz entgegen dieser Einschätzungen ein Beitrag zur Demokratisierung der argentinischen Medienlandschaft ist. Zentrale Punkte, wie die antimonopolistische Ausrichtung oder die Senkung der Zugangsbarrieren für nicht privatwirtschaftliche Akteure durch die paritätische Verteilung bestehender Lizenzen, unterstreichen dies. Es ist somit ein Angriff auf die während der Militärdiktatur und den neoliberalen 90er Jahren erworbene Vormachtstellung der großen Medienunternehmen, vor allem der Clarín-Gruppe. Diese waren nicht nur ökonomische Profiteure. Durch die Affirmation von Privatisierung und Antietatismus in ihrer Berichterstattung haben sie aktiv dazu beigetragen, die politische Agenda in großen Teilen der Bevölkerung hegemonial zu machen. So kommt Luis Gasulla in seiner beeindruckenden Studie über die argentinischen Medien während der beiden Regierungen unter Carlos S. Menem (1989–1999) zur Schlussfolgerung: »In den von mir analysierten Presseberichten und Kommentaren kam man immer zum gleichen Ergebnis: staatliche Ineffizienz/Privatisierung jetzt!« (Gasulla 2010, 199).

Dass die Initiative zum neuen Gesetz in erster Linie vom machtpolitischen Kalkül der Regierung Fernández de Kirchner ausging, ändert wenig an der Betrachtung. Besonders Clarín begleitet die Regierung seit 2008 durch permanente Negativberichterstattung, was nicht unerheblichen Einfluss auf die Meinungsumfragen hatte. Die konfrontative Ablehnung aller Reformprojekte – und seien sie noch so harmlos – durch die Clarín-Medien geht weit über das Maß einer kritischen Presse hinaus (vgl. Mochkofski 2011, 206 f.).<sup>56</sup>

Fraglos spielte es bei der Entscheidung zum Gesetz eine wichtige Rolle, während der neoliberalen Konzentrationsprozesse verlorengegangenes politisches

56 Die Bewertung der Wirtschaftspolitik der beiden Regierungen Kirchner ist nicht Thema dieses Aufsatzes. Für eine differenziert optimistische Beurteilung vgl. Boris (2010), für eine stärker pessimistische Betrachtung vgl. Borón (2010). Hervorzuheben sind an dieser Stelle die Anhebung des Mindestlohns auf das inzwischen höchste Niveau Lateinamerikas, die Wiederverstaatlichung der Rentensysteme, in deren Folge etwa drei Millionen Rentner Pensionen erhielten, die vorher leer ausgegangen waren, die Einführung einer kinderbezogenen Sozialhilfe sowie eine aktive Industriepolitik (Página 12: 03.08.2011).

Terrain zurückzuerobern oder sich einfach eines politischen Feindes zu entledigen. Anders jedoch als bisherige Versuche argentinischer Präsidenten, Einfluss auf für sie negative Berichterstattung zu nehmen, war die Regierung Kirchner gewissermaßen gezwungen, aufgrund fehlenden Rückhalts im Establishment, auf das Mobilisierungspotential links von ihr stehender sozialer Bewegungen und Organisationen zurückzugreifen und sich derer Konzepte zu bedienen. Das Gesetz nimmt diese Einflüsse in wesentlichen Teilen auf.

Kurz gesagt, das Kalkül der Regierung mag weniger eine umfassende Demokratisierung der Medienlandschaft gewesen sein. Das Gesetz und seine möglichen Folgen können jedoch weiter gehen. Sie ermöglichen langfristig einen Terraingewinn in der Auseinandersetzung mit antineoliberalen Deutungsschemata.

### **»Die Eigentümer des Wortes«: Konzentration und Besitzstrukturen in der argentinischen Medienlandschaft**

Wollte man den hohen Konzentrationsgrad der argentinischen Medien aus einem Ereignis heraus erklären, es wären die Geschehnisse des 2. November 1976. An diesem Tag erwarb die Eigentümerin der Tageszeitung Clarín, Ernestina Herrera de Noble, gemeinsam mit den Blättern La Nación und La Razón den gerade gegründeten und landesweit einzigen Produzenten für Zeitungspapier, Papel Prensa. Vermittelt hatte das Geschäft die Militärregierung. Sie hatte sich keine sieben Monate zuvor mit der gewaltsamen Absetzung der Regierung Isabel Perón ins Amt geputscht.<sup>57</sup>

Für den argentinischen Journalisten Horacio Verbitsky war dieser Tag entscheidend für das Ende einer zuvor durchaus diversifizierten Presselandschaft.<sup>58</sup> Er bildete den Startschuss für den Aufstieg Claríns zum größten Medienkonzern des Landes, wenn nicht gar des Kontinents. »Es entstand so eine Situation, die es in keinem anderen Land der Welt gab: Drei der größten Pressehäuser des Landes verfügten über das Monopol für die Herstellung von Zeitungspapier«, so Verbitsky.

Der Deal war für beide Seiten von Vorteil. Die Generäle vermieden, dass Berichte über die schon zu diesem Zeitpunkt tausenden »Verschwundenen« und unzähligen anderen Menschenrechtsverletzungen an die (internationale) Öffentlichkeit gelangten. Die Zeitungen wiederum sicherten sich einen entscheidenden Vorteil gegenüber der Konkurrenz: Sie konnten die Preise für ihren wichtigsten Rohstoff diktieren, dem Papier, auf das sie gedruckt werden.

57 Die genauen Hintergründe des Falles »Papel Prensa« sind äußerst komplex und werden seit Jahren kontrovers diskutiert. Aktuell wird der Fall vor Gericht verhandelt. Die Richter entscheiden über die Frage, ob die Militärregierung aktiv eingegriffen hat, um den Verkauf des Unternehmens zu ermöglichen (vgl. der 2010 veröffentlichte Regierungsbericht: »Papel Prensa, la Verdad«).

58 Mit dem Autor geführtes Interview. In Teilen erschienen in Tageszeitung junge welt vom 18.10.2010.

Paul Sethe, einer der fünf Gründungsherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, charakterisierte Pressefreiheit in Deutschland 1965 als »die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten« (Spiegel vom 5. Mai 1965). In Argentinien sind es wahrscheinlich kaum 20. Der argentinische Pressesektor gehört zu den am stärksten konzentrierten der Welt. Nach einer Studie des in Lima ansässigen »Instituts für Presse und Gesellschaft« dominieren die vier größten Verlage 83 Prozent des nationalen Marktes in den Bereichen Print, Radio, TV und Telekommunikation (Becerra/Mastrini 2009, 59 ff.).<sup>59</sup> Doch nicht nur auf nationaler Ebene ist die Vorherrschaft weniger Verlage enorm, auch in den Provinzen gehören die Tageszeitungen, Radiostationen oder TV-Sender meist nur einigen großen Häusern. Da einige Provinzstädte vom staatlichen Fernsehen nicht erreicht werden, beschränken sich die Informationsquellen oft auf ein oder zwei private TV-Sender.

Die vier größten Mediengruppen des Landes sind der Clarín-Konzern, die spanische Telefónica (vor allem TV und Telekommunikation), die Gruppe Vila-Manzano-De Narváez<sup>60</sup> sowie die Gruppe Hadad (Radio, TV, Print).

Während sich der Besitz der spanischen Telefónica vor allem auf das Antennen- und Bezahl-TV konzentriert, ist Clarín in allen Bereichen, mit Ausnahme des Telefons, praktisch marktführend. Dem Unternehmen gehören mit »Radio Mitre« der zweitbeliebteste Radiosender des Landes, mit »Canal 13« der wichtigste über Antenne empfangbare TV-Kanal des Landes, derzeitiger Marktanteil 25,5 Prozent, sowie die über Kabel zugänglichen »Todo Noticias« (Nachrichtenkanal) und »TyC Sports«. Dazu kommen die beiden führenden Kabelnetzbetreiber Cablevision und Multicanal sowie Beteiligungen an anderen Anbietern. Gleiches gilt für den Printbereich. Jede dritte Zeitung, die im Land verkauft wird, kommt aus den Druckereien von Clarín. Die bezahlte Auflage liegt bei 288 519 Exemplaren (Stand Juni 2011), am Wochenende kann es das Doppelte sein. Dazu kommen die großen Regionalzeitungen La Voz del Interior (Córdoba) oder Los Andes (Mendoza). Die zweitgrößte Auflage hat die konservative Traditionszeitung La Nación mit einem Anteil von 14 Prozent. Beide Unternehmen betreiben gemeinsam die Nachrichtenagentur Diarios y Noticias und sind die Hauptanteilseigner von Papel Prensa. Der ehemalige dritte Eigner, La Razón, ist inzwischen Teil des Clarín-Konzerns (alle Daten basieren auf Becerra/Mastrini 2009; Instituto Verificador de Circulaciones/IVC, Mochkofsky 2011; Malcher 2008; Sel 2010).

59 Wie hoch der Konzentrationsgrad im Printbereich ist, macht ein vergleichender Blick nach Deutschland deutlich: Dort verkaufen die fünf größten Zeitungsverlage (»lediglich«) 44 Prozent der gesamten gedruckten Auflage (Hautsch 2011).

60 Die Gruppe bietet ein gutes Beispiel für Verquickung von Politik und Medien: Ihre Eigentümer sind der Geschäftsmann Daniel Vila aus Mendoza, der Unternehmer und ehemalige Innenminister der Regierung Menem, José Luis Manzano, sowie der aus Kolumbien stammende Rechtsperonist Francisco de Narváez. Letzterer sitzt aktuell für die Provinz Buenos Aires im Senat, nachdem er sich bei den Regionalwahlen 2009 gegen Néstor Kirchner durchsetzte. De Narváez ist einer der einflussreichsten Repräsentanten des rechten Peronismus.

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung liegt in der fehlenden gesetzlichen Regulierung. Das 1980 von den Militärs dekretierte Mediengesetz (Ley de Radiodifusión) schränkte zwar die Meinungsfreiheit in erheblichem Maße ein – die Aufgabe der Medien sei es, »die Bedürfnisse der nationalen Sicherheit zu bedienen« (22.285 Art. 7). Gleichzeitig garantierte es dem Kapital einen enormen Markt. Der Staat überließ alle rentablen Bereiche des Informationsmarktes dem Privatkapital. In entwickelten kapitalistischen Ländern übliche kartellrechtliche Beschränkungen oder Eingriffe in die Programmgestaltung der Sender wegen Verstößen gegen den Jugendschutz, den Informationsauftrag oder weil Vorgaben für Werbung nicht eingehalten werden, sah das Gesetz nur in sehr geringem Maße vor (Sel 2010; Neues Deutschland 2009; Postolsky 2010).

An dieser Tendenz hat sich in den folgenden Jahren wenig verändert. Die Demokratisierung des Landes im Jahr 1983 bedeutete zwar ein Ende für die staatliche Überwachung der Medien. Doch die entstandenen Charakteristika des Mediensektors blieben bestehen. In 27 Jahren wurde das »Ley de Radiodifusión« 207 mal geändert, doch niemals durch ein neues Gesetz ersetzt. Auch das Monopol für die Produktion von Zeitungspapier wurde von keiner Regierung infrage gestellt. Im Gegenteil: Die ohnehin bestehende Dominanz weniger Privatmedien wurde noch verstärkt. Besonders unter der Regierung Carlos S. Menem (1989 bis 1999) entwickelte sich eine neue Arbeitsteilung (vgl. ausführlich Gasulla 2010, Mochkofsky 2011). Menem privatisierte bis auf den Sender »Canal 7« alle staatlichen TV-Sender sowie die staatliche Telekommunikationsbehörde ENTel. Die beiden einträglichsten Sendeanstalten »Canal 11« und »Canal 13« sicherten sich der Verlag Atlántida, mit 20-prozentiger Beteiligung von Rupert Murdochs News-corporation, und die Clarín-Gruppe. Wo gesetzliche Regulierungen bestanden, wurden sie liquidiert. Beispielsweise wurde das Verbot für Zeitungshäuser, auch im Radio- und TV-Sektor tätig zu sein, mit dem »Gesetz zur Reform des Staates« von 1989 aufgehoben (Gasulla 2010, 93 ff.). Zudem genehmigte Menem Beteiligungen multinationaler Unternehmern an nationalen Medien. Auch wurden die pro Unternehmen zulässigen Lizenzen im TV-Bereich von vier auf 24 erhöht. Grund für diese Deregulierungen war das Entstehen neuer, äußerst profitabler Geschäftsbereiche wie die Vermarktung von (internationalen) Sportevents und der vorwiegend ausländischen Unterhaltungsbranche im aufkommenden kostenpflichtigen Kabelfernsehen. Der Konzentrationsprozess wurde weiter beschleunigt. Gab es Anfang der 90er noch über hundert Anbieter von Kabelfernsehen, waren es zehn Jahre später noch zwei: Multicanal und Cablevision (Clarín), mit 80 prozentigem Marktanteil (vgl. ebd., 48 ff.).

In den beiden letzten Jahrzehnten sind private, monopolartige Medienkonzerne entstanden, die mit ihrem Interesse an größtmöglichen Gewinnen aus Werbung, Sport und Unterhaltung große Teile des Kontinents beherrschen.

Die Kommunikationswissenschaftlerin Susana Sel konstatiert für die Clarín-Gruppe zugleich ein außergewöhnlich hohes Maß an horizontaler wie auch verti-

kaler Konzentration. Durch den Kauf von anderen Produktionsmedien wie Zeitungen oder Sendern ist das Unternehmen beinahe in der gesamten Medienbranche aktiv. Zudem bedient Clarín etwa im Zeitungsbereich die komplette Produktionskette von der Erstellung der Nachricht in der Agentur, die Verarbeitung dieser in der Zeitung bis hin zur Herstellung des Papiers, auf dem die Zeitung gedruckt wird (Sel 2010, 189). Was Clarín verbreitet, wird wahrgenommen.

Diese Statistiken dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die argentinische Presselandschaft im Vergleich zu den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern extrem vielfältig ist. Das gilt sowohl für die Quantität als auch die Qualität der Medien. So gibt es etwa knapp 180 Tageszeitungen im ganzen Land. In Buenos Aires erscheinen täglich allein drei Wirtschaftszeitungen. Mit »Página 12« verfügt das Land wohl über eine der besten links-liberalen Tageszeitungen des Kontinents. Aber auch Mainstreammedien wie Clarín und besonders die konservative La Nación punkten immer wieder durch hochrangige Kolumnisten (für eine lebendige Beschreibung der argentinischen Medienlandschaft vgl. Malcher 2008, 156).

## **Das argentinische Mediengesetz**

Cristina Fernández de Kirchner hat das neue Mediengesetz als »ein Projekt zur Demonopolisierung« (zit. nach La Nación vom 22.09.2009) charakterisiert. Im Wesentlichen sehen die 161 Artikel<sup>61</sup> vier Neuerungen für die Medienlandschaft vor. Erstens: Eine Pluralisierung, die einher geht mit einer Verstärkung der Bedeutung nationaler Produktionen und Programme; zweitens: eine Entmonopolisierung des Sektors; drittens: eine stärkere Regulierung der Inhalte (Einhaltung von Jugendschutzbestimmungen etc.) und viertens wird die Aufsicht des Mediensektors erstmals parlamentarischer Kontrolle unterworfen. Die dem Gesetz zugrundeliegende Idee ist die Neubestimmung von Medien als ein menschliches Grundrecht, das niemandem verwehrt bleiben soll. Damit kontrastiert es eklatant mit dem Leitprinzip der alten Regelung, die kommerzielle Absichten als Voraussetzung des Lizenzierwerks betrachtete.

Die wichtigsten Neubestimmungen sollen im Folgenden kurz dargestellt werden. *Entmonopolisierung*: Die pro Unternehmen zulässigen TV-Sendelizenzen werden von bisher 24 auf zehn beschränkt. Im Bereich Radio dürfen Unternehmen nur noch über 24 Lizenzen verfügen. Sie werden für jeweils zehn Jahre vergeben. Der hohen regionalen Konzentration soll dadurch begegnet werden, dass innerhalb eines Sendegebietes kein Anbieter mehr als die Hälfte der dortigen Lizenzen besitzen darf. Zudem ist es verboten, gleichzeitig TV-Kanäle sowie Anbie-

61 Wenn nicht anders vermerkt, beziehen sich die folgenden Angaben auf den Gesetzestext: <http://www.infoleg.gov.ar/infolegInternet/anexos/155000-159999/158649/norma.htm>



ter für Kabelfernsehen in derselben Zone zu besitzen. Telefongesellschaften dürfen kein Bezahlfernsehen anbieten.

Schätzungen zufolge müsste der Clarín Konzern mehr als ein Drittel seiner Lizenzen abgeben, was eine komplette Umstrukturierung des Unternehmens zur Folge hätte. Ähnliches gilt für Telefónica.

*Pluralisierung:* Alle TV- und Radiolizenzen werden jeweils zu einem Drittel an staatliche, private und nichtgewinnorientierte Träger verteilt. Besonders zivilgesellschaftliche Akteure wie Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen oder Kirchen sollen durch diese Regelung ihre Präsenz in der Medienlandschaft erhöhen. Zudem wird eine Stärkung der nationalen Medienindustrie angestrebt. Jeder TV- und Radiosender ist verpflichtet, 60 Prozent seines Programms durch nationale Produktionen zu bestellen. TV-Sender müssen zudem mindestens acht argentinische Kinofilme pro Jahr senden. Auch regionale Produktionen anderer Mitgliedsländer des Mercosur (Uruguay, Brasilien und Paraguay) werden gefördert. Dem Anspruch den Mediengriff als Grundrecht zu verstehen, wird durch eine Art Sozialabo nachgekommen. Bezahl-TV-Anbieter sind demnach verpflichtet, verbilligte Tarife für arme Familien anzubieten.

Auffällig an einem Großteil der Kritik ist die enorme Personalisierung. Besonders die rechte Opposition, die großen Medien aber auch die internationale Presse reduzieren das Gesetz auf eine Art Privatprojekt der Präsidentin und ihres inzwischen verstorbenen Ehemanns. Gerade dieser Einschätzung ist jedoch zu widersprechen. Die Verabschiedung des Gesetzes war nicht nur durch parlamentarische Abstimmungen legitimiert, bei der sogar die oppositionelle Sozialistische Partei sowie das ansonsten sehr regierungskritische Linksbündnis Proyecto Sur für das Gesetz votierten. Vor allem handelt es sich um kein genuines Regierungsprojekt. Bereits in den 80er Jahren stand die Forderung nach einem neuen, demokratischen Mediengesetz auf der Agenda verschiedenster sozialer Bewegungen. Diese kulminierte in der Gründung der »Koalition für eine demokratische Radiodifusión« im August 2004, einem Zusammenschluss aus über 300 Organisationen, darunter freie Radios, Gewerkschaften, Universitätsdozenten und Menschenrechtsvereinigungen ([www.coalicion.org.ar](http://www.coalicion.org.ar)). Die Koalition erarbeitete ein 21-Punkte-Programm, das die wesentliche Vorlage für das Gesetzesprojekt der Regierung bildete. Bevor das Projekt als Initiative ins Parlament eingebracht wurde, wurde es in 24 offenen Diskussionsforen im gesamten Land noch einmal zur Abstimmung gestellt (Clarín vom 24.03.2009).

Gleichwohl gab es auch Kritik von Links. Etwa daran, dass das neue Gesetz keine Regelung der Finanzierung der nichtgewinnorientierten Medien beinhaltet. Nur die Lizenz allein stelle noch nicht den Betrieb sicher. Während im Bereich Radio darüber gestritten werden kann, ist die Inbetriebnahme eines TV-Senders mit enormen Kosten verbunden. Tatsächlich gibt es eine Reihe von Förderprogrammen, zumindest für Radios. Inwieweit damit politische Einflussnahme verbunden ist, lässt sich allerdings schwer feststellen (vgl. Schank/Schulten 2010).

Weiterhin wurde kritisiert, das Staatsfernsehen und -radio könne als Propaganda-instrument der jeweiligen Regierung missbraucht werden (vgl. etwa Sarlo 2011, Neues Deutschland 2009). Dem ist zunächst einmal zuzustimmen, da es sich nicht um ein öffentlich-rechtlich organisiertes, sondern staatliches System handelt. Es repräsentiert also schon dem Anspruch nach die staatliche Sicht der Dinge. Gleichwohl stehen TV- und Radio-Lizenzen auch den Provinzen und damit zur Nationalregierung oppositionellen Regierungen zur Verfügung. Zum anderen sieht das Gesetz zumindest in der Theorie den zivilgesellschaftlichen sowie den privaten Bereich als Korrektiv staatlicher Medien vor, der jeweils ein Drittel aller TV- und Radiolizenzen erhalten sollen.

Der am heftigsten diskutierte Aspekt des Gesetzes ist die Frage der Kontrolle. Bisher wurde die Vergabe von Lizenzen offiziell durch die demokratisch nicht legitimierte COMFER (Comité Federal de Radiodifusión) abgewickelt. Dem Gremium gehörten drei Vertreter der Streitkräfte, zwei privater Medienhäuser sowie zwei Regierungsrepräsentanten an. Das neue Aufsichtsgremium ist die Autoridad Federal de Comunicación audiovisual (AFSCA): Sie vergibt die Lizenzen, ist für technische Fragen zuständig und wacht über die Einhaltung der Gesetzesbestimmungen.

Die AFSCA hat sieben Mitglieder mit gleichem Stimmrecht: Der Vorsitzende und ein Direktor werden von der Regierung gestellt. Drei weitere kommen von den jeweils drei stärksten Fraktionen im Parlament, d. h. die Regierung als stärkste Fraktion stellt mindestens ein weiteres Mitglied. Die letzten drei Vertreter werden vom sogenannten Federalen Rat für Audiovisuelle Kommunikation ausgewählt, der das eigentliche Herz der Medienwächter bilden soll. Als Beratungsorgan obliegen ihm die Information der parlamentarischen Kommissionen und die Durchführung der Wahlen im AFSCA genauso wie die Formulierung von Stellungnahmen zum Gesetz. Er setzt sich aus Repräsentanten aus jeder der 21 Provinzen zusammen, jeweils drei Vertretern privater und nichtgewinnorientierter Medien, einem Mitglied der Vereinigung der Kommunikationswissenschaftler sowie Repräsentanten von Universitäten, staatlichen Medienanstalten, den zuständigen Gewerkschaften, der Gesellschaften für Autorenrechte sowie den Indigenenverbänden des Landes. Die Amtszeit ist auf zwei Jahre begrenzt.

Auch innerhalb der Linken stieß die Zusammensetzung der AFSCA auf Kritik, da die Regierung in dieser praktisch immer über eine Mehrheit verfügt, so etwa Carlos Gabetta, der ehemalige Chefredakteur der »le monde diplomatique-cono sur«, (Neues Deutschland 2009). Der Journalist der Tageszeitung »Página 12« und Medienexperte Fernando Krakowiak plädiert gleichwohl dafür, die Bewertung anhand der verfassungsrechtlichen Realitäten des Landes vorzunehmen. Dessen präsidentielles Regierungssystem räumt der Regierung ohnehin eine vergleichsweise hohe Unabhängigkeit gegenüber dem Parlament ein (etwa durch Präsidentialdekrete). Für Krakowiak ist es daher schon ein Erfolg, dass die Opposition in der AFSCA vertreten ist und so neben einer Kontrollfunktion auch einer Informationsfunktion nachkommen kann.

Trotz der parlamentarischen Annahme kommt die Umsetzung des Gesetzes nur langsam voran. Bereits im Oktober 2010 lief die Frist für die Unternehmen aus, sich an die neuen Bedingungen anzupassen. Trotzdem haben weder Clarín noch Telefónica eine einzige Lizenz abgegeben, noch hat die AFSCA dahingehende Maßnahmen eingeleitet. Das hat mehrere Gründe: Zum einen versucht Clarín seit Inkrafttreten der Regelung durch Klagen vor Provinzgerichten den Vollzug des Gesetzes zu behindern. Erst im August 2010 bestätigte der Oberste Gerichtshof unwiderruflich die Gültigkeit. Lediglich Artikel 161, der der AFSCA eine Frist von einem Jahr einräumt, um die Neuvergabe der Lizenzen durchzuführen, bleibt unwirksam. Eingriffe in die Konzernstrukturen sind also bis dato noch nicht möglich (Mochkofsky 2011, 191). Aber auch weniger tiefgreifende Bestimmungen des Gesetzes werden von Clarín noch immer ignoriert. So weigert sich der Konzern etwa, den 2010 gegründeten staatlichen Kinderkanal »Pakapaka« in das Programm des Digital-TV-Anbieters Multicanal aufzunehmen (tiempo argentino vom 30.03.2011). Der Journalist Hernán Cocchi fasste die Strategie von Clarín wie folgt zusammen: »Die Anwälte von Clarín haben praktisch drei Möglichkeiten. Auf der einen Seite müssen sie ihre Kritik an den neuen Spielregeln aufrechterhalten und sagen, dass sie diese nicht akzeptieren. Gleichzeitig müssen sie ihre Auftraggeber überzeugen, nicht die Grenzen zu überschreiten, die zu Lizenzentzug führen könnten, was vielleicht die schwierigste Aufgabe ist. So erheben sie Einspruch gegen jede Resolutionen der AFSCA, wissen aber, dass ab einer gewissen Zahl von groben Regelverstößen, ihre Lizenzen entzogen werden können.« (tiempo argentino vom 14.03.2011)

Gleichzeitig fehlt der Regierung scheinbar der politische Wille, einen solchen Schritt zu gehen. Zudem fällt auf, dass sich die regelmäßige von der Regierung oder ihr nahestehender Organisationen geäußerte Kritik an der Nichtbefolgung des Gesetzes fast nur auf Clarín beschränkt. Der Konzern Telefónica, dessen Marktdominanz auch bei weitem das zulässige Maß übersteigt, wird praktisch nie genannt.

### **»¿Qué te pasa Clarín, tenés miedo?«<sup>62</sup>: Die Regierung Kirchner und die Medien**

»Was ist los mit Dir Clarín, hast du Angst?« Direkte Angriffe der Regierung gegen oppositionelle Medien, wie vom damaligen Präsidenten Néstor Kirchner während einer Ansprache im Februar 2009, sind in Argentinien keine Seltenheit. Auch Carlos S. Menem beschimpfte regelmäßig oppositionelle Tageszeitung wegen ihrer kritischen Berichterstattung. Gleichwohl ist es wenig übertrieben zu sagen, dass die Beziehungen zwischen Regierung Cristina Fernández de Kirchner

62 »Was ist los mit Dir Clarín, hast du Angst?«

und den privaten Medien einen bisher nie dagewesenen Tiefpunkt erreicht haben. Das gilt für beide Seiten: Während der Großteil der privaten Medien, vor allem die Clarín-Gruppe, keine Gelegenheit auslässt, die Regierung als »Beinahe-Diktatur« darzustellen, vergeht keine Woche, in der nicht ein Regierungsmitglied wiederum auf die »Monopolmedien« eindrischt.

Viele Beobachter sehen den Grund für die verfahrenere Situation in dem autoritären Presseverständnis von Néstor Kirchner und seiner Frau (etwa Sarlo 2011, Caparós 2011). Bereits als Gouverneur in der Provinz Santa Cruz (1991 bis 2003) wurde ihm ein herrischer Umgang mit Journalisten nachgesagt. Die argentinische Journalistin Graciela Mochkofsky hat insofern Recht, wenn sie schreibt: »Néstor Kirchner war überzeugt, dass es keinen unabhängigen Journalismus gibt. Für ihn konnte ein Journalist nicht von dem Unternehmen getrennt werden, für das er arbeitet: Sie waren Akteure im politischen Machtspiel, mit Interessen und Ideologien.« (Mochkofsky 2011, 145) Pressekonferenzen wurden genauso von Kirchner wie von seiner Frau nur selten einberufen, Journalisten wurden regelmäßig namentlich in aller Öffentlichkeit kritisiert und Interviews nur regierungsnahen Zeitungen gegeben, und selbst das nur höchst selten.

Gegen diese These spricht allerdings, dass das Verhältnis zwischen Kirchner und dem Großteil der Medien bis 2008 recht gut war. Clarín galt sogar als relativ regierungsnahes Blatt. In jedem Fall wurden Kirchners ersten politischen Maßnahmen begrüßt. Nach dem Machtvakuum infolge des Aufstandes und der großen Krise von 2001/2 war Kirchner ein Garant für politische Ordnung, eines »seriösen Kapitalismus«, wie er sein politisches Ziel formulierte. Ihm gelang es, demonstrierende Arbeitslose teils durch Kooptation ihrer Führer, teils durch Erfüllung ihrer Forderungen, von den Straßen zu holen. Durch die Bündelung unkonventioneller wirtschaftspolitischer Maßnahmen, wie etwa Teile der privaten Auslandsschuld nicht zu bedienen, setzte eine schnelle wirtschaftliche Erholung ein. Auch die Aufarbeitungspolitik und Prozessierung führender Militärs der Junta stieß bei der Bevölkerung auf enorme Zustimmung.

Was das Verhältnis zum Clarín-Konzern betrifft, zeigte er sich sogar anfangs als Förderer von dessen Expansionsplänen. Nach der Krise bemühte sich Clarín um eine Übernahme des einzigen ernstzunehmenden Konkurrenten im Pay-TV, Cablevisión. Als der Leiter der Kartellbehörde, José Sbatella, Bedenken äußerte, setzte Kirchner ihn kurzerhand ab (Mochkofsky 2011, 167) und gab sein Okay für den Deal. Mochkofsky berichtet zudem über regelmäßige Treffen zwischen Kirchner und dem Chief Executive Officer (CEO) von Clarín, Héctor Magnetto.

Zum Bruch kam es während des sogenannten Agrarkonflikts. Am 11. März 2008 gab die gerade ins Amt getretene Regierung Fernández de Kirchner die Einführung einer mobilen Exportsteuer für Soja und Sonnenblumen bekannt. Die Abgaben der Agrarunternehmer sollten automatisch entsprechend der Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe angepasst werden. Die Regierung erhoffte sich, stärker als bisher an den aufgrund der hohen Weltmarktpreise immensen Gewin-

nen des Agrarsektors beteiligt zu werden.<sup>63</sup> Die Produzenten fürchteten wiederum um ihre Pfründe. Erschwerend kam hinzu, dass die Regierung die Gesetzesinitiative ohne jegliche Konsultation mit den wichtigen Landwirtschaftsverbänden bekanntgegeben hatte. Besonders kleinere Produzenten trauten der Regierung nicht und fürchteten um ihre Existenz, auch wenn das Gesetz eine Reihe von Ausnahmeregelungen für sie enthielt.

Die Bedeutung des Sojasektors für die argentinische Wirtschaft hat seit den 90er Jahren enorm zugenommen, allein zwischen 2000 und 2009 stieg der Umfang von 25 Mio. auf 50 Mio. Dollar. Argentinien ist laut dem Statistikbüro der UN-Organisation für Essen und Agrikultur (FAO) inzwischen weltweit drittgrößter Exporteur von gentechnisch manipuliertem Soja.<sup>64</sup> Entsprechend hoch ist auch der Einfluss der Produzenten, die binnen weniger Tage einen Streik gegen die Regierung organisierten. Zum ersten Mal in der Geschichte schlossen sich die vier großen Agrarverbände zusammen. Sie setzten die Produktion aus, blockierten wichtige Verkehrsknotenpunkte des Landes. Vor allem die Beteiligung kleiner Produzenten trug dazu bei, dass der Protest bei großen Teilen der Mittelklasse auf Zustimmung stieß. Die Regierung stand vor der größten Krise seit dem Antritt 2003 (Dobelmann 2008, 83 ff.).

Clarín sowie ein Großteil aller privaten Medien unterstützten die Proteste bedingungslos. Ihre Nachrichtensender berichteten fast 24 Stunden live über die Straßenblockaden der wütenden Bauern. TV-Ansprachen der Präsidentin wurden mit den Bildern der Blockade im unteren Bildteil kontrastiert. So wurde der Eindruck vermittelt, das Land befinde sich in einer Art Bürgerkrieg, was trotz der breiten Beteiligung an den Protesten haltlos übertrieben war. Als das Gesetz im Kongress zur Abstimmung kam, verweigerte Vizepräsident Julio Cobos seine Zustimmung.

Eine Studie der Universität Buenos Aires wirft dem Konzern vor, mit seiner Berichterstattung gegen die Presseethik verstoßen zu haben. Die Autoren kritisieren, dass das Unternehmen durch seine Darstellung eine künstliche Realität erzeugt, wissentlich Informationen zurückgehalten und die Rolle der Opposition eingenommen habe.<sup>65</sup>

Doch warum hat sich ein Unternehmen, das kein halbes Jahr zuvor noch die Politik der Regierung unterstützt hatte, sogar von dieser bevorteilt wurde, derart gegen die Regierung positioniert? Für Horacio Verbitsky war das Gesetz schlicht ein Angriff auf die ökonomischen Interessen des Konzerns. Der Agrarsektor ist für Clarín nicht nur als Anzeigekunden wichtig. Das Unternehmen hatte auch

63 Die Einfügung einer Exportsteuer auf Agrarprodukt kann in »semiperipheren« Ländern als gesamtwirtschaftlich sinnvoll erachtet werden. Das gilt besonders, wenn die Landwirtschaft einen hohen Anteil am BIP einnimmt. Exportsteuern stellen vielfach die einzige Möglichkeit für den aufgrund verhältnismäßig geringer Steuereinkünfte stets klammen Staat dar, soziale Leistungen zu finanzieren oder aktive Industriepolitik zu betreiben (vgl. Malcher 2010, 67).

64 <http://faostat.fao.org/site/567/DesktopDefault.aspx?PageID=567#ancor>

65 <http://www.telam.com.ar/vernota.php?tipo=N&dis=1&sec=1&idPub=99533&id=220040&idnota=220040>.

konkrete Interessen. Clarín und La Nación richten jährlich die größte Agrarmesse des Landes, die Expoagro, aus. Zudem soll der Konzern selber über reihenweise Beteiligungen im Agrarsektor verfügen (Página 12 vom 11.10.2009; ähnlich Mochkofsky 2011).

Verbitsky spricht in diesem Zusammenhang von einem »agromedialen-Komplex«. Für ihn stellt das Mediengesetz genauso wie die Erhöhung der Exportabgaben und die Re-Verstaatlichung des Rentensystems im Jahr 2008 einen klaren Angriff auf die Interessen stark miteinander verwinkelter Kapitalfraktionen dar. Und diese verteidigen ihre Privilegien mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln (Página 12 vom 11.10.2009).

War der Bruch einmal erreicht, gingen die medialen Angriffe auf die Regierung auch nach dem Konflikt weiter. »Die Zeitung und der Nachrichtensender verwandelten sich mit dem Agrarkonflikt in das Zentrum der Opposition: Fast ohne Ausnahme waren alle Nachrichten, die in irgendeiner Weise mit der Regierung zu tun hatten, negativ, zeitweise absurd« (Mochkofsky 2011, 206 f.).<sup>66</sup> Diese Berichterstattung stand nicht nur in eklatantem Kontrast zur vorherigen Berichterstattung. Die ständigen Nachrichten über eine drohende Rezession, hohe Verschuldung, schlechte ökonomische Stimmung und die Isolierung des Landes in der Welt kontrastiert zudem mit einer ökonomischen Bonanza, wie sie das Land seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hatte. Zudem verließ der Konzern, namentlich dessen CEO, Héctor Magnetto, das Terrain der Berichterstattung und versuchte sich als Vermittler zwischen den verschiedenen Vertretern der zerstrittenen rechten Opposition. So berichteten verschiedene Medien, dass Magnetto mehrmals die wichtigsten Oppositionspolitiker gemeinsam zu Treffen in sein Haus einlud (La Nación vom 05.08.2010).

Aber auch die Regierung hielt sich wenig zurück. Neben reihenweise öffentlichen Polemiken gegen Clarín und Co. gab es auch einige Maßnahmen, die dem Clarín-Konzern ökonomisch schaden. So ließ die Regierung etwa Claríns Internetprovider Fibertel wegen angeblicher Wettbewerbsverstöße für ein Jahr abschalten. In Anzeigen und Werbespots regierungsnaher Medien wurden Kunden aufgerufen, zu anderen Anbietern zu wechseln. Zuletzt wurde versucht, mit einer Kampagne die Verstrickungen des Konzerns in die Militärdiktatur an die breite Öffentlichkeit zu bringen. Neben dem Vorwurf des unrechtmäßigen Erwerbs von Papel Prensa wurde der Clarín-Eigentümerin, Ernestina Herrera de Noble, vorgeworfen, sie habe ihre beiden Kinder während der Militärdiktatur von »Verschwundenen« adoptiert. Zwar hatte die Menschenrechtsorganisation »Großmütter der Plaza de Mayo« vor Gericht Klage eingereicht, doch Fernández de Kirchner hat in zahlreichen Reden die Großmütter in ihrem Anliegen unterstützt. Es ist schwer zu

66 Die Einschätzung eines weltpolitisch immer mehr isolierten Argentinien war (ist) ein beliebtes Motiv. Dies fand die Zeitung etwa beim Amtsantritt der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff am 1. Januar 2010 belegt. Sie titelte: »Dilma hat ihr Amt angetreten, ohne Argentinien zu erwähnen«. Dass Rousseffs erste Auslandsreise nach Argentinien ging, war der Zeitung jedoch keine Notiz wert.

sagen, wie stark der Medienkrieg die Bilanzen des Konzerns beeinträchtigte. Laut dessen Jahresbericht, Clarín ist an der Börse notiert, hat sich der Jahresgewinn im ökonomischen Rekordjahr 2010 um 14 Prozent gegenüber 2009 erhöht, allerdings bei einer Inflation von mehr als 20 Prozent (Mochkofsky 2011, 199 f.).

Festzuhalten bleibt, dass nach knapp zwei Jahren Auseinandersetzung mit Clarín die Regierung keineswegs mehr medial so isoliert ist, wie sie es noch zu Beginn des Konflikts war. Das liegt zum einen sicher sowohl am qualitativen als auch die Zahl und Reichweite der Sender betreffenden Ausbaus des staatlichen Fernsehens. Hier sind etwa die Gründung des digitalen Kindersenders Pakapaka und des Bildungssenders Encuentro zu nennen. Besonders die seit 2009 laufende medienkritische Sendung »679« erreicht extrem hohe Zuschauerzahlen und gilt als sehr regierungsnah.<sup>67</sup> Zudem hat die Regierung im Jahre 2009 für 600 Millionen Peso die Rechte der Fußballübertragungen der argentinischen Liga AFA erworben. Seit dem sind alle Spiele live und umsonst unter dem Label »Fußball für alle« im staatlichen TV zu sehen. Bisher hatte Clarín die Rechte an den Spielen. Kritiker werfen der Regierung vor, die Partien als Plattform für Werbung in eigener Sache zu nutzen. Zudem hat sich in den letzten Jahren ein kleiner aber feiner regierungsnaher Mediensektor etabliert, der allerdings auf Print und Radio beschränkt bleibt. Große Teile davon gehören dem Unternehmer Sergio Spolski. Der besitzt neben zahlreichen Zeitschriften die Tageszeitung Tiempo Argentino sowie inzwischen auch den beliebten Radiosender América (perfl vom 19.2.2009). Immer wieder wird der Verdacht geäußert, dass Spolskis Zeitungen sowie andere regierungsnahe Medien übermäßig mit Regierungsanzeigen subventioniert werden.<sup>68</sup>

Interessanterweise haben Teile der Journalisten, die während der 90er Jahre sehr kritisch über die Regierung Menem berichtet haben, überhaupt kein Problem damit, sich heute als regierungsnah erkennen zu geben. Vielmehr gilt die Bezeichnung »regierungsnah« vielfach als positive Selbstzuschreibung eines politisch engagierten Journalismus. Das mag damit zusammenhängen, dass das in Europa als erstrebenswert erachtete Ideal eines »objektiven«, allein den Fakten verschriebenen Journalismus sich in Argentinien niemals herausgebildet hat.

67 In dem Format diskutieren Journalisten und Intellektuelle über die Berichterstattung der großen Privatmedien der letzten Tage. Unter ihnen befinden sich regelmäßig landesweit bekannte Intellektuelle wie Horacio Verbitsky, Atilio Borón oder Ernesto Laclau.

68 Aus einer vom Journalisten Federico Poore in seinem Blog veröffentlichte Liste mit Werbeausgaben der Regierung für Radio und Print geht hervor, dass das Volumen der Anzeigen in regierungsnahen Medien inflationsbereinigt mehr oder minder konstant geblieben ist, das Volumen von Regierungsanzeigen in den Clarín-Medien oder La Nación jedoch extrem abgenommen hat (<http://fedebillie.blogspot.com/2010/09/publicidad-oficial-apuntes-para-un.html>).

## Fazit

Dieter Boris hat in diesem Band Medien als eines der kurz- und mittelfristig wichtigsten Kampffelder um »Mehrheitsmeinungen, Wahlstimmungen, Problemdefinitionen und Situationsdeutungen« bezeichnet. Ein kurzer Blick auf die Präsidentschaftswahlen der letzten beiden Jahre bestätigt diese These. Nahezu durchgängig unterstützten die großen Privatmedien die reaktionären Kräfte.

In Chile gewann mit Sebastián Piñera 2009 ein konservativer Politiker die Präsidentschaftswahlen, dem die zweitgrößte TV-Sendergruppe des Landes, Chilevisión, gehörte. Während des Präsidentschaftswahlkampfes 2011 in Peru sah sich Literaturnobelpreisträger Mario Vargas Llosa, beileibe kein Linker, gezwungen, aus Protest gegen »die dreckige Kampagne« (Vargas Llosa<sup>69</sup>) nahezu der gesamten Privatmedien gegen den linksnationalen Kandidaten Ollanta Humala seine über Jahrzehnte im Traditionsblatt »El Comercio« erschienene Kolumne »Piedra de Toque« (Prüfstein) zu kündigen. Sogar in Brasilien, das mit Lula da Silva 2010 den wahrscheinlich beliebtesten Politiker in der Geschichte des Landes verabschiedete, positionierte sich das Gros der Privatmedien gegen die Kandidatin seiner Partei. Stattdessen favorisierten sie den Anwärter der Rechten, José Serra. Der Ausgang der Wahlen in Brasilien und Peru zeigt aber auch, dass Unterstützung durch die großen Medien kein Garant für die Unterstützung durch die Wähler ist. Zu stark scheint der Legimitätsverlust des Politikmodells der 1990er Jahre zu sein.

Vielleicht gerade deshalb greifen Medienunternehmen noch mehr als bisher aus eigenen politischen Interessen heraus ins politische Geschehen ein, setzen in ihrer Berichterstattung moralische und juristische Maßstäbe und entscheiden darüber, welche politische Kraft das für das Land *bzw. für sie adäquate* Modell repräsentiert. In Argentinien wurde dies während des Agrarkonflikts Anfang 2008 deutlich. Mit ihrer tendenziösen Berichterstattung hatten die Massenmedien einen wesentlichen Anteil an der Polarisierung der gesellschaftlichen Stimmung sowie am Scheitern des Gesetzes. Der argentinische Philosoph José Pablo Feimann hat völlig Recht, wenn er schreibt: »Die wirkliche Opposition sind die Medien.« (página 12 vom 15.08.2011)

Der parlamentarische Konservatismus hat sich noch nicht von den Folgen des Aufstandes von 2001 erholt. Er verfügt weder über ein mehrheitsfähiges politisches Projekt noch über Köpfe, die ein solches repräsentieren könnten. Bis zu deren Regenerierung fungiert Clarín als Lückenbüßer. Nicht die Oppositionsparteien sind es, die aktuell die Debatten anstoßen, Gegenentwürfe zur Regierungspolitik präsentieren und Widerstand gegen Reformen organisieren, es sind die Radios, Fernsehsender und Tageszeitung von Clarín.

69 El País vom 8.05.2011



Diesem Trend etwas entgegengesetzt zu haben, ist der Verdienst der argentinischen Regierung. Dass dies zudem nicht nur unter Achtung aller parlamentarischen Normen, sondern auch unter Einbeziehung der sozialen Basis geschehen ist, macht es umso verdienstvoller. Néstor Kirchner ist zuzustimmen, wenn er sagte, dass »die Pressefreiheit nicht mit der Freiheit der privaten Medieneigentümer« (Clarín vom 19.10.2009) verwechselt werden darf.

Wie gezeigt wurde, wird der Anspruch einer Demokratisierung vom argentinischen Mediengesetz zumindest formal weitestgehend erfüllt. Sowohl die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen durch Lizenzvergabe als auch die enthaltenen Demonopolisierungsmechanismen haben das Potential, den Medien-sektor demokratischer zu gestalten. Dazu gehört auch die zumindest in Teilen erfolgte Unterstützung von Basismedien, vor allem der in Argentinien bedeutenden Radios. Gleichwohl gilt jedoch für Basismedien in Argentinien dasselbe wie in Europa. Qualitativ hochwertiger und linker Journalismus kann auf Zeit nur funktionieren, wenn dieser auf einer autonomen, ökonomischen Basis steht. Das heißt, die Medien müssen über genug Ressourcen verfügen, um ihren Journalisten die Sicherung ihrer ökonomischen Existenz zu ermöglichen. Der Konzentrationsprozess der vergangenen Jahrzehnte jedoch zeigt, dass es für kleine Medien immer schwerer wird, sich am Markt zu behaupten. Dass das Gesetz diese Tendenz nicht aufhebt und Partizipation aller »Entrechteten« ermöglicht, liegt auf der Hand. Dies wäre nur durch gesellschaftliche Kämpfe möglich, nicht aber »von oben herab« durch ein Gesetz.

Indes hat die Medienpolitik der Regierung trotz oder wegen der entstandenen Polarisierung dazu beigetragen, dass die Frage der Macht von (privaten und staatlichen) Medien wie nie zuvor in der Gesellschaft diskutiert wird. Davon zeugt nicht zuletzt eine Vielzahl zu diesem Thema erschienener populärwissenschaftlicher »Bestseller«. Fest steht, dass die großen Medienmultis und deren politische Agenda im Vergleich zu den 90er Jahren extrem an Legitimität eingebüßt haben. Ob dadurch ein weiterer Linksruck erfolgen kann, hängt von den linken Kräften ab, deren Artikulationsmöglichkeiten haben sich jedenfalls verbessert.

## Literatur

- Becerra, Martín/Guillermo Mastrini (2009): Los dueños de la palabra. Acceso, estructura y concentración de los medios en la América Latina del Siglo XXI, Buenos Aires.
- Boris, Dieter (2010): Argentinien: Ende der Ära Kirchner?, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Standpunkte International 29/2010.
- Boris, Dieter (2011): Die Mitte-Links-Regierungen und die neue Medienpolitik in Lateinamerika, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 86, Juni 2011, S. 68-83.
- Borón, Altilio (2010): Den Sozialismus neu denken, Hamburg.
- Caparrós, Martín (2011): Argentinismos, Buenos Aires.
- Dobelmann, Anna (2008): Biotechnologie und Landwirtschaft in Staaten der Peripherie am Beispiel Argentinien, unveröffentlichte Magisterarbeit, Marburg.
- Gasulla, Luis (2010): Ralaciones Incestuosas: Los grandes medios y las privatizaciones, de Alfonsín a Menem, Buenos Aires.
- Hautsch, Gert (2011): Bertelsmann und Springer an der vordersten Front. In der deutschen Medienwirtschaft sind die Kapitalstrukturen erstaunlich stabil geblieben – das könnte sich aber ändern. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 86, Juni 2011.
- Junge Welt (7.08.2010) (Schank, Kristy/Schulten, Johannes) (2010): Die Meinungsmacher von Buenos Aires.
- Llonto, Pablo (2007): La Noble Ernestina, El ministerio de la mujer más poderosa de la Argentina, Buenos Aires.
- Malcher, Ingo (2008): Tango Argentino, Potrait eines Landes, München.
- Malcher, Ingo (2010): Agrarwirtschaft und Entwicklung im Mercosur. Der Fall Argentinien In: Gabbert, Karin u. a. (Hg.): Jahrbuch Lateinamerika 33. Analysen und Berichte, Münster, S. 54-71.
- Mochkofsky, Graciela (2011) Pecado Original, Clarín, Los Kirchner y la Lucha por el Poder, Buenos Aires.
- Neues Deutschland (8.10.2009) (Gabetta, Carlos): Einschnitt in die Macht der Medienmultis.
- Página 12 (11.10.2009) (Verbitsky, Horacio): El fin y los medios, Url: <http://www.pagina12.com.ar/diario/elpais/1-133281-2009-10-11.html> (letzter Zugriff: 19.10.2011)
- Página 12 (31.10.2010) (Navarro, Roberto): eEconomía.
- Página 12 (15.08.2011) (Feinman, José Pablo): Con algunos, ni tres pasos.
- Postolsky, Glenn (2010): Continuidades, desplazamientos y transformaciones en las Políticas de Comunicación en Argentina, in: Sel, Susana (Hrsg.): Políticas de comunicación en el capitalismo contemporáneo, Buenos Aires, S. 135-153. Url: <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/grupos/selcom.pdf> (letzter Zugriff: 19.10.2011)
- Sarlo, Beatriz (2011): La Audacia y el Cálculo: Kirchner 2003 bis 2010, Buenos Aires.
- Secretaría de Comercio Interior (2010): Papel Prensa: La verdad, Url: <http://www.argentina.ar/advf/documentos/4c77c60b7d10a.pdf> (letzter Zugriff: 19.10.2011)
- Sel, Susana (2010): Actores sociales y espacio público. Disputas por la Ley de Servicios de Comunicación Audiovisual en Argentina, In: Dies (Hrsg.): Políticas de comunicación en el capitalismo contemporáneo, Buenos Aires, S. 153-183, Url: <http://bibliotecavirtual.clacso.org.ar/ar/libros/grupos/selcom.pdf> (letzter Zugriff: 19.10.2011).

## **Der Teufel im Detail. Eine genealogische Spurensuche zur Legitimation unabhängiger Radios in Brasilien**

Der folgende Artikel fragt nach, wie unabhängige Radios in Brasilien sich als Medien gesellschaftlich legitimieren. Dabei werden sowohl die staatlichen Ansprüche der Definition, Normierung und Regulierung des Rundfunks problematisiert, als auch die Rechtfertigungen abweichender Ideen und Praktiken. Ich entwickle dafür zunächst ein strategisches Legitimitationskonzept, welches die Frage nach der gesellschaftlichen Anerkennungswürdigkeit von Radiomedien gleichermaßen an alle beteiligten Akteur\_innen weitergibt. Im Rahmen einer genealogischen Darstellung wird anschließend deutlich gemacht, in welchen Momenten sich die aktuelle Rundfunkregulierung Brasiliens aus Sicht unabhängiger Radios delegitimieren lässt und wie auf diese Weise Spielräume für das eigene Medienmachen geschaffen werden.

### **Statt einer Einleitung, ein Radiomanuskript lesen<sup>70</sup>**

*»Ship Ahoy« von Frank Zappa  
hochziehen, danach runterziehen  
zu BG (background).*

*»Ship Ahoy« wieder hochziehen  
und dann Feuer frei bis zum Schluss.*

[...]

BIFO: »Rádio Xilik. Freies Radio der Dringlichkeit, auf 106 UKW, offen für alle, außer für: aktive oder pensionierte Generäle, Frauen aus Santana, Schwindler, Mütter, die immerzu lügen, Wort-Aristokraten, Kinder, die immer die Wahrheit sagen, Demagogen, evangelikale Richter.«

B: »Rádio Xilik, das dringende Freie Radio ruft den freien Teil der Hörwelt. Polifonia.«

70 Ein Radiomanuskript liest sich ein bisschen wie ein Drehbuch. Auf der linken Seite sind chronologisch die »Regieanweisungen« für das Einspielen von Geräuschen und Musik angeführt. Auf der rechten Seite ist ebenfalls chronologisch der Sprecher\_inn\_text dokumentiert. So wie das Manuskript sind zum besseren Verständnis auch alle weiteren portugiesischen Zitate vom Autor ins Deutsche übersetzt worden.

»Toxika« von Plastic People  
[of the Universe] hochziehen,  
dann BG

[...]

Arrigo »Clara Crocodilo« Bernabé  
voll aufdrehen. Dann BG.

B: »Sie haben Angst vor den Alten, wegen ihrer Erinnerungen. Sie haben Angst vor den Jungen, wegen ihrer Unschuld. Sie haben Angst vor den Arbeitern. Sie haben Angst vor der Wissenschaft. Sie haben Angst vor Büchern und Gedichten. Sie haben Angst vor Schallplatten und Aufnahmen. Sie haben Angst vor Musik [...]. Sie haben Angst vor der Freiheit. Sie haben Angst vor der Demokratie. Sie haben Angst vor der universellen Menschenrechtserklärung. Sie haben Angst vorm Sozialismus.«

ALSO, WARUM ZUM TEUFEL HABEN WIR  
ANGST VOR IHNEN?

[...]

B: »Die Kammerjäger sind sie...

Wir wünschen uns ein Leben ohne Versteckspiele.«

Rádio Xilik (gesendet am 20.07.1985)

Ein Leben ohne Versteckspiele ist für viele Medienaktivist\_innen der Ausnahmezustand. Auch Franco »Bifo« Berardi ist nach der gewaltsamen Schließung des Freien Radios *Alice* in Bologna am 12. März 1977 ein Stück weit auf der Flucht vor der italienischen Justiz, schreibt und lebt im Exil. Dort überrascht ihn sieben Jahre später die Einladung einer alten Bekannten – Alice. Einmal mehr verlässt sie ihr Versteck, ist auf den ersten Blick wie immer schwer zu erkennen, denn sie »hat tausend Gesichter, verändert ständig den Ausdruck, wühlt sich durch die Städte, die Stadtteile, die Fabriken, die Schulen, wie eine wilde Katze« (Kollektiv A/Traverso 1977, 146). Zudem heißt Alice diesmal Xilik und spricht – von einigen auswärtigen Besucher\_innen abgesehen – fließend Portugiesisch. Denn sie hat sich (zurück?) in den Süden gewühlt, dort eine Antenne und ein Sendegerät gebastelt. Nun verteidigt sie seit Wochen, vom ersten Stockwerk der Katholischen Universität aus, ein Stück Himmel über Sao Paulo.

So wie Rádio Xilik proklamieren zu Beginn der 1980er Jahre Dutzende unabhängige Radios in Brasilien eine »Agrarreform in der Luft« (Machado et. al. 1987), besetzen ohne Sendegenehmigung UKW-Frequenzen. Noch während das Militärregime (1964–1985) seinen Rücktritt zugunsten einer zivilen Übergangsregierung aushandelt, wächst die Kritik am »reaktionären Konsens« (ebd., 1987,

9) der Rundfunkregulierung. Als reaktionär wurde dabei zunächst die staatliche Praxis empfunden, einen Großteil der verfügbaren Radiofrequenzen auf wenig transparente Weise an private Medienunternehmen zu verpachten, während unabhängigen Sendern der Zugang zum elektromagnetischen Spektrum strikt untersagt wurde.<sup>71</sup> Neben Privatradios waren gesetzlich einzig staatlich kontrollierte oder genehmigten Bildungs- und Kultursender vorgesehen. Diese Radios, die nur einen sehr kleinen Teil der verfügbaren Frequenzen nutzen<sup>72</sup>, waren in ihrer Beziehung zu einem autoritären Staat, der bereits vor dem Militärputsch 1964 für eine konstante Zensur der Medien bekannt war, jedoch nicht der Ort, an dem sich eine partizipative Umdeutung des Radiomediums artikulieren konnte.<sup>73</sup> Mehr noch, oftmals wurde (und wird) der formale Bildungsauftrag der Sender zugunsten kommerzieller oder parteipolitischer Zwecke missbraucht (vgl. De Lima 2007, 10). Der Staat in seiner Doppelrolle als Verwalter und Nutzer fiel weniger als reformfreudiger Regulierer als ein Komplize der undemokratischen Medienkonzentration auf.

Doch die Forderungen nach demokratischen Freiheiten, inklusive der Meinungs- und Pressefreiheit, die im Brasilien der 1970er Jahre aufgekommen waren, artikulierten sich in den 1980er Jahren längst auch in praktischen Beiträgen »einer organisierten Bevölkerung« (Lemos 2010, 220). Artikel 9 der Menschenrechtsklärung, welcher das Recht auf »freie Meinungsäußerung [...] über Medien jeder Art [...] zu empfangen und zu verbreiten«<sup>74</sup> garantiert, war inzwischen eine gängige Praktik geworden, die den Weg zu einer »definitiven Invasion und Besetzung der Atmosphäre« (ebd., 1987, 23) ebnet sollte. Als Antwort auf die staatliche Repression antworteten die Radiomachenden mit einer Umdeutung der Broken-Window-Theorie. Für jedes unabhängige Radio, das geschlossen wird, öffnen eben zwei neue (vgl. Coelho 2002, 56). Bereits 1991 stehen 2717 privaten und staatlichen Sendern über 400 unabhängige Radios gegenüber (ebd.).

Doch eine grundlegende Reform der Mediengesetzgebung, die neben den etablierten auch andere Repräsentationen des Radiomachens zulässt, bleibt aus. Die Einführung eines Gesetzes für sogenannte *Community Radios* 1998 veränderte diese Situation nur teilweise. Denn nur ein geringer Teil der interessierten Radioprojekte erhält eine Sendegenehmigung. Andere Radios lehnten damals zudem den Zwang zur Legalisierung kategorisch ab. Heute stehen 4242 legalen *Communi-*

71 Neben dem staatstreuen und dementsprechend privilegierten Mediennetzwerk Rede Globo stieg ab Ende der 1970er Jahre die Zahl zusätzlicher Privatsender rapide an. Radiolizenzen entwickelten sich zu einem inflationären politischen »Zahlungsmittel«, mit dem die Regierenden Gefälligkeiten goutieren oder sich Wählerstimmen sicherten. Bereits zwischen 1979 und 1984 verdoppelte sich die Gesamtzahl zugelassener Radiosender auf 1628. Unter dem Mandat von José Sarney wuchs diese Zahl erneut um 946 private Radiostationen (vgl. Araujo 2007, 98 f., Abert 2009, 47 f.).

72 Ende der 1990er Jahre machte der Anteil staatlicher Sender insgesamt gerade fünf Prozent des Rundfunks aus (vgl. Prado 2004, 85).

73 Für einen historischen Überblick der Medienzensur in Brasilien vergleiche: Fernando: 2008.

74 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte <http://www.un.org/Depts/german/grunddok/ar217a3.html>, zuletzt besucht am 01.07.2011.

nity Radios<sup>75</sup> schätzungsweise drei bis viermal so viele unabhängige Radios ohne Sendegenehmigung gegenüber (vgl. Silveira 2001). Die staatliche Regulierungsbehörde (ANATEL) und die Bundespolizei (PF) schließen somit auch weiterhin täglich Radiosender, verhafteten Medienaktivist\_innen und beschlagnahmen die Sendetechnik.<sup>76</sup> Die erhoffte »Agrarreform in der Luft« ist ausgeblieben. Unabhängige Radios haben einzig die Möglichkeit erhalten, sich auf gesetzlichem Weg um eine Genehmigung als *Community Radio* zu bewerben. Doch dieser Prozess einer Legalisierung ist lang und gespickt mit hohen bürokratischen Hürden. Er begünstigt praktisch eher den Ausschluss unabhängiger Radios als einen erleichterten Zugang zu Sendefrequenzen (vgl. De Lima 2007, 16 f.) Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um eine Anerkennung unabhängiger Radios sowie eine demokratischere Nutzung des elektromagnetischen Spektrums hat in Brasilien deshalb bis heute nicht an Aktualität verloren.

Die Anerkennungswürdigkeit unabhängiger Sender steht damit in einem ständigen Spannungsverhältnis zwischen einem Regulierungsrahmen, den einzelne Radios nicht immer erfüllen können oder wollen, sowie unterschiedlichen Begründungen ihrer Praktiken, welche über bestehende Normen hinausgehen. Um die Nutzung von Radiofrequenzen zu rechtfertigen, werden bestehende Regeln angefochten, bestätigt, re-kombiniert, umgedeutet, erneut verhandelt, ausgesetzt oder ergänzt. Damit scheinen unabhängige Radios eine ständige Übersetzungsleistung zu erbringen, welche ihre Legitimation als Medium betrifft. Und bei eben diesem Prozess möchte ihnen die vorliegende Arbeit ein Stück weit auf die Spur kommen, wenn sie fragt, wie unabhängige Radios in Brasilien ihr Medienmachen gegenüber der aktuellen Rundfunkregulation legitimieren und wie sich dieser Prozess analytisch beschreiben lässt.

## **Legitimation als tanzbare politische Melodie**

Aber warum die Frage gerade so stellen? Schwingt doch im Konzept der Legitimität seit dem Wiener Kongress von 1814 ein konservativer Unterton mit, der vor allem darauf abzielt, einen Herrschaftsanspruch zu rechtfertigen (vgl. Rammstedt 1976, 109). Worin liegt das emanzipatorische Potential eines Begriffs, den Weber exklusiv in staatliche Hände legt, als »ein auf das Mittel der legitimen (das heißt: als legitim angesehenen) Enthaltensamkeit gestütztes Herrschaftsverhältnis von Menschen über Menschen« (Weber 1980, 822)?

75 Vgl. <http://www.mc.gov.br/radiodifusao/dados-de-outorga/23457-dados-gerais>, zuletzt besucht am 01.07.2011.

76 Ein prägnanter Fall stellt die Schließung von Rádio Santa Marta in Rio de Janeiro am internationalen Tag der Pressefreiheit im Mai dieses Jahres dar. <http://www.brasil.agenciapulsar.org/nota.php?id=7649>, zuletzt besucht am 27.07.2011.

Eine nähere Auseinandersetzung mit Legitimität erscheint aus der Sicht unabhängiger Radios in Brasilien aus mindestens drei Gründen relevant. Zunächst kann auf diese Weise nachhaltig der staatliche Herrschaftsanspruch und die Deutungshoheit bei der Regulierung des Radiomediums herausgefordert werden. Denn anstatt wie viele Arbeiten zur Rundfunkregulierung den staatlichen Regulierungsanspruch als nicht hintergebar darzustellen (vgl. Künzler 2009), ermöglicht ein Blick auf die Legitimation der staatlichen Akteursrolle auch eine Analyse dieses scheinbar natürlichen Ordnungsanspruchs. Die Kritik des staatlichen Regulierungsanspruchs als »statisches Paradigma«, welches einer »Demokratisierung der Kommunikation« (Silveira 2007, 50) im Weg steht, deutet bereits an, wie wirkmächtig eine solche Argumentation ist.

Des Weiteren ermöglicht eine perspektivische Annäherung an das Radiomedium über den Zugang der Legitimität auch eine grundsätzliche Debatte über die aktuelle Mediengesetzgebung. Denn die Frage, wie gerechtfertigt ein Gesetz und seine definitorischen, normativen und regulativen Inhalte sind, wird ausgeblendet, wenn stets nur einseitig der legale Charakter eines Radios als Messlatte diskutiert wird, um davon ausgehend seine Anerkennungswürdigkeit abzuleiten. Doch wie legitim sind die Messlatte und der Messvorgang? Diese Frage stellen auch einige brasilianische Richter zu Beginn der 1990er Jahre, als sie die Schließung unabhängiger Radios per einstweiliger Verfügung verhindern, da die Lesart und Anwendung bundesstaatlicher Gesetze gegen die Ausübung individueller Freiheiten verstoße (vgl. Silveira 2001). Erneut wird hier ein soziales Spannungsverhältnis angedeutet, das im Rahmen einer legalistischen Betrachtung nicht fassbar ist.

Schließlich scheinen Radiomacher\_innen aber auch selbst an einer radikalen Umdeutung des Legitimationsbegriffs interessiert zu sein, wenn sie anführen, dass »unabhängige Radios längst ihre Legitimität« besäßen, und es allein darum ginge, ihnen von staatlicher Seite »auch ihre Legalität zu bestätigen«.77 Damit würde der Begriff der Legitimität dem »Bannkreis von Max Weber« (Rammstedt 1976, 13) entrückt und nicht länger nur ein geistiges Staatseigentum betreffen. Offen bleibt jedoch die Frage, was dabei im Einzelnen unter »legitim« verstanden wird – ein Grund mehr, im Folgenden auf analytischer Ebene eine ähnliche Aneignung<sup>78</sup> vorzunehmen.

Aufgrund der konstatierten konzeptuellen Unschärfe muss dabei zunächst gerade ausgeschlossen werden, zu einer »inflationäre[n] Verwendung« (Rammstedt 1976, 118) des Begriffs der Legitimität beizutragen. Ich möchte deshalb drei strit-

77 Interview vom 12.12.2010 mit Maria Pfa Matta, Vorsitzende des Weltverbands der Community Radios (AMARC). Zu einem ähnlichen Schluss kommt im Übrigen Dioclécio Luz, wenn er den unabhängigen Radiomacher\_innen Brasiliens die Legitimität zuspricht, die Besitzfrage im elektromagnetischen Spektrum zu stellen (vgl. Luz: 2007, 16).

78 Dieses Vorgehen lässt sich durchaus als Detournement im Sinne der situationistischen Revolutionstheorie betrachten (vgl. Baumeister/Negator 2005, 116 f.).

tige Punkte betrachten, nämlich worauf sich Legitimität bezieht (1), wie weit der Anspruch einer solchen Anerkennungswürdigkeit reicht (2) und wer als mögliche\_r Legitimationsträger\_in auftreten kann (3).

(1) Legitimität betrifft per Definition zumeist die Anerkennungswürdigkeit eines abstrakten Herrschaftsverständnisses in Form institutionalisierter Normen und Regeln.<sup>79</sup> Begriffsgeschichtlich lässt sich ein solcher exklusiver Fokus auf Herrschaft jedoch in Frage stellen, beziehungsweise als konzeptuelle Aneignung auffassen: »Hatte ‚légitime‘ das Handeln geheißt, das am summum bonum orientiert war, so war jetzt [d. h. ab dem Wiener Kongress, N. B.] das Glück des Volkes der Beziehungspunkt« (Rammstedt 1976, 110). Fortan gerann die strategische Konnotation von Legitimation von einem spezifischen Handeln zugunsten des *summum bonum*, also eines spezifischen gesellschaftlichen Gemeinwohls, zu einem Zustand der Legitimität. Dieser Zustand beschreibt dabei jedoch allein das Verhältnis anerkennenden Gehorsams der Beherrschten gegenüber Herrschenden. Die Beherrschten legitimieren durch den Zustand ihres allgemeinen »Glücklichseins« ihre Beherrschung.

Um den damit stark eingegrenzten Aussagehorizont zu erweitern, bricht die folgende Betrachtung mit metaphysischen Rastern (z. B. »Glück des Volkes«) und bindet die Frage nach Legitimität erneut an ein strategisches Handeln, das sich an einem ebenfalls zu präzisierenden *Gemeinwohl* orientiert. Statt von einer statischen Legitimität wird deshalb von Legitimation als einem Prozess die Rede sein, welcher auch Normen und Regeln umfasst, jedoch nicht abschließend auf deren Anerkennungswürdigkeit zurückgeführt werden kann. Gemeint ist eben nicht ein Legitimationsprozess im Sinne Habermas', der trotz seines kritischen Anspruchs vor allem auf die normativ formalisierte Anerkennungswürdigkeit staatlicher Herrschaft ausgerichtet bleibt (vgl. Habermas 1976, 50 f.). Vielmehr werden die beständigen gesellschaftlichen Aushandlungen in den Blick genommen. Normen werden als Teil solcher Prozesse deutbar und in ihrer sozialen Gemachtheit exponiert. Legitimationen beschreiben dabei immer ein spezifisches Handeln, wie beispielsweise die Regulierung des elektromagnetischen Spektrums im Allgemeinen und des Rundfunks im Besonderen. Damit betrifft Legitimation nicht länger ein abstraktes »judgement about the right to rule« (Scaff 1996, 464), sondern die Aushandlung von Radiomachen im Sinne eines davon betroffenen – wenn man so will – *radialen* Gemeinwohls.

(2) Den Begriff der Legitimation erkenntnistheoretisch über die Frage nach abstrakter (staatlicher) Herrschaft hinauszuführen, bedeutet auch eine Absage an ei-

79 Vgl. Ansell 2001, 8704; Beetham zit. in ebd., 8704; Berger/Luckmann zit. in: ebd., 8705. An dieser Stelle kann keine ausführliche Betrachtung der weiteren Typologisierung von legitimer Herrschaft im Sinne Webers (vgl. Weber 1980) oder ihrer konzeptuellen Kopplung an spezifische systemische Verfahren (Luhmann 1978) beziehungsweise eine evolutionistisch-universelle Rationalitätsgenese (Habermas 1973/1976) erfolgen. Vielmehr soll die weitere konzeptuelle Ausdeutung an der Operationalisierung eines empirischen Zugangs zu Legitimation interessieren, die sich nicht exklusiv auf Herrschaft bezieht.



nen daran gekoppelten universellen Fokus, sei es als zwischenstaatliches Anerkennungsprinzip (vgl. Rammstedt 1976, 111), als »normativer Gehalt allgemeiner Kommunikationsvoraussetzungen«, »als Stufenmodell des moralischen Bewusstseins« (Habermas 1976, 59) oder weiterer Vorschläge. Doch anstatt damit *de facto* inflationär und undeutlich zu werden, unterstreicht die Abkehr von einem allgemeingültigen Legitimationsbegriff lediglich die analytische Notwendigkeit, seine Gültigkeit empirisch einzugrenzen. Darin liegt nicht die Gefahr deskriptiver Beliebigkeit, sondern die Chance einer differenzierteren Betrachtung.<sup>80</sup>

Perspektivisch rückt damit noch weiter die Aushandlung von *dem Handeln* in den Vordergrund, das in einer bestimmten Situation als legitim gilt. Meist als eine Konsensfindung dargestellt, gehen die theoretischen Vorannahmen jedoch auseinander, wenn es darum geht zu definieren, wann dabei von Legitimation zu sprechen ist. Da der hier vorgeschlagene Begriff nicht um die Anerkennung abstrakter Herrschaft kreist, lässt sich zum Beispiel die Frage nach einem legitimen Radio machen nicht als schlichte »Gehorsamerfüllung« (Hennis 1976, 15) im Rahmen der Rundfunkregulierung aufmachen. Denn die Artikulation von Zustimmung stellt lediglich einen Teil von Aushandlungen dar, welche als Legitimationen rekonstruierbar sind, nicht jedoch ihr dezisives Moment bilden. Vielmehr ist bedeutend, dass einem Handeln abverlangt wird, am allgemeinen Wohl orientiert zu sein. Doch wie kann man wissen, ob dieser Anspruch der »Wohltätigkeit« auch erfüllt wird? »Legitimität ist immer nur auf Forderung erbracht worden« (Rammstedt 1976, 118) – und sie ist verlierbar, nicht nur durch den Entzug von Zustimmung, sondern auch durch ein erneutes Aushandeln dessen, was als legitim gilt. Mit einer *Delegitimation*, also der Vakantsetzung des bestehenden Konsenses, beginnt eine erneute Aushandlung eines am Gemeinwohl orientierten Handelns.

(3) Innerhalb solcher Aushandlungen werden in der Literatur verschiedene Akteur\_innenrollen mit unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten beschrieben. Dabei fallen drei zentrale Prämissen auf. Erstens, die Setzung eine\_r zentralen Akteur\_in, welche\_r Legitimationshilfe für spezifische Handlungen leistet (Habermas 1976, 52). Zweitens, eine Reihe weiterer privilegierter Akteur\_innen, die über »adäquate Machtressourcen wie der Herrschende verfü[en]« (ebd., 118) und damit den Nachweis von Legitimation fordern können. Und drittens eine Masse von Beherrschten, denen als »subordinate actors« (Beetham zit. Ansell 2001, 8705) lediglich die Möglichkeit zugestanden wird, ein bestimmtes Handeln entsprechend seiner Orientierung am Gemeinwohl anzuerkennen oder nicht.<sup>81</sup>

80 Die staatliche Regulierung des Rundfunks beispielsweise wäre demnach nicht länger deshalb legitim, weil sie auf das seit 1912 zwischenstaatlich verbrieft »principle of national sovereignty over frequency use on a country's territory and on their ships at sea« (Horvitz 2005) rekurriert. Denn benannt wird auf diese Weise zunächst nur der allgemeine »letzte Rechtsgrund« (vgl. Hennis 1976, 20) staatlicher Regulierung. Warum dieser immer und überall anerkannt werden sollte, bleibt jedoch offen. Exemplarisch wird deutlich, warum die Frage nach Legitimation nicht normativ, sondern empirisch zu stellen ist, in Bezug auf spezifische Situationen und nicht entlang feststehender Typologien diskutiert werden sollte.

Doch *a priori* auf diese Weise zwischen mächtigen Makro- und weniger mächtigen Mikroakteuren zu unterscheiden, bringt die Gefahr mit sich, vor einer empirischen Analyse anteilig ein vermutetes Machtgefälle mitzuproduzieren, »giving aid to the winner and giving the losers the ›vae victis‹« (Callon/Latour 1987, 280).

Anstatt ontologisch bereits eine unumstößliche Loser-Kategorie (»Beherrschte«) anzulegen, kann Legitimation aber auch auf eine symmetrischere Weise gedacht werden. Aussagen zu den Handlungsmöglichkeiten von Akteur\_innen werden dabei aus der empirischen Untersuchung ihrer Beziehungen zueinander gewonnen und nicht einfach vorab formuliert. Statt eine\_r zentrale\_r Legitimationshelfer\_in, lässt sich legitimes Handeln dann als zwischen unterschiedlichen Akteur\_innen distribuiertes Prozess vorstellen.<sup>82</sup> Aushandlungen laufen nicht länger auf die Affirmation eines Zustands (Legitimität) hinaus, sondern beschreiben einen Vorgang sich verändernder Legitimationsforderungen, emergenter »sources of legitimation« (Scaff 1996, 464).

Im Rahmen eines solchen analytischen Vorgehens kann die weiter oben zitierte Aussage, unabhängige Radios besäßen längst ihre Legitimität (vgl. S. 3), auch analytisch einfangen und zugleich kritisch betrachtet werden. Denn anstatt *a priori* jedem unabhängigen Radio ein Handeln im Sinne eines Gemeinwohls zuzusprechen, in dem sich *Alice* spiegelt, schafft die symmetrische Betrachtung medialer Anerkennungswürdigkeit auch eine analytische Distanz. Eine mögliche Infragestellung der Legitimation der brasilianischen Rundfunkregulierung als undemokratisch (vgl. Bolaño 2005, 31) heißt beispielsweise noch lange nicht, dass jedes davon abweichende unabhängige Radiomachen im Umkehrschluss legitim weil demokratischer sein muss. Vielmehr muss der Anspruch gelten, den Akteur\_innen in ihren Aushandlungen über solcherlei Dichotomien hinaus zu folgen, »diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen [zu] zwingen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!«<sup>83</sup>

## Medien als legitime soziale Mediatoren

Die Frage, wie sich unabhängige Radios als spezifische Medien legitimieren, verlangt vor ihrer weiteren Beantwortung nach einer kurzen Auseinandersetzung mit dem Begriff des Mediums. Wenn Akteur\_innen gefolgt wird, um empirisch die Legitimation ihres Handelns zu analysieren, dann ist davon im Fall unabhängiger

81 Auch Civil Disobedience im Sinne Thoreaus ist eher eine individualistische Verweigerungshaltung. Zwar macht er das »right of revolution« (vgl. Thoreau 1949, 3) wieder sichtbar, welches bei der Frage nach legitimer Herrschaft lange Zeit unterschlagen wurde (vgl. Rammstedt 1976, 109). Seinen Hinweis, nicht Gesetze, sondern das individuell als gut Empfundene zu respektieren, verbindet Thoreau jedoch nicht mit Vorschlägen, die anleitend für dessen gesellschaftliche Aushandlung wären. Vielmehr tritt er den Rückzug in die Blockhütte an.

82 »[S]i la acción es deslocalizada, no pertenece a ningún sitio específico; es distribuida, variada, múltiple, dislocada y es un acertijo para los analistas y los actores« (Latour 2008, 92).

83 Karl Marx, MEW, Band 1, S. 381.

Radios besonders ihr spezifisches Medienmachen betroffen. Eingrenzen möchte ich dieses im Sinne einer sozialen Mediation, die impliziert, »dass Medien nur im operativen Gebrauch zu Medien werden« (Thielmann 2008, 212).<sup>84</sup> Damit wird eine im Einzelnen zu analysierende prozessuale Gemachtheit veranschlagt, welche die Vorstellung eines universellen Radiomediums als »standardisiertes Paket« unterläuft.<sup>85</sup> *Radio* beschreibt hier also keine spezifische Anordnung von Geräten, keine (institutionelle) Organisationsform, keine reinen medienästhetischen Eigenschaften. Stattdessen werden Radios perspektivisch als eine situative Mobilisierung heterogener Akteur\_innen betrachtet, welche dazu beitragen, das Senden eines Signals im elektromagnetischen Spektrum zu realisieren.<sup>86</sup> Und da die Nutzung des Spektrums umstritten ist, scheint unabhängiges Radiomachen anteilig auch stets eine Legitimation dieser Nutzung zu beinhalten.

Die gesellschaftliche Anerkennungswürdigkeit von *Radio* lässt sich dabei in dreifacher Weise beschreiben. (1) Zunächst ist sie seine Voraussetzung, sei es, weil ein Sender sich in die bestehende Regulierung einschreibt und diese als legitim anerkennt, sei es, weil er die Anerkennungswürdigkeit der Regulierung in Frage stellt und auf diese Weise ein davon abweichendes Radiomachen rechtfertigt. Aus Sicht unabhängiger Radios erscheint dieses zweite Moment der Delegitimation entscheidend für die weitere Aushandlung ihres Medienmachens. (2) Diese Aushandlungen umfassen die strategische Mobilisierung unterschiedlicher Legitimationsquellen, welche die Anwesenheit eines Radiosignals im elektromagnetischen Spektrum rechtfertigen. Anders gesagt, handelt es sich um eine prozessuelle Konsensfindung für die Anerkennung *einer* Radiorepräsentation. (3) Schließlich kann Legitimation jedoch auch als ein Effekt des Medienmachens betrachtet werden, als ein Konsens auf Zeit zwischen unterschiedlichen Akteur\_innen und den ihnen zugeschriebenen Rollen. Hier ließe sich beinahe von medialer Legitimität sprechen, aber nur dann, wenn dieser Zustand nicht als statisch, sondern als temporäre Stabilisierung medialen Handelns verstanden wird.

84 Das konzeptuelle Vorgehen von Canclini und Martín-Barbero, die universelle Medien zugunsten einer Analyse, hybrider sozialer, kultureller, ökonomischer und symbolischer Mediationen aufkündigen, wird nicht geteilt, da die von ihnen so beschriebenen interagierenden Abstraktionsebenen immer abzüglich einer technologischen Dimension betrachtet werden (vgl. Martín-Barbero 1993). Martín-Barbero spricht zwar an einigen Stellen den Mediationen von Technologien durchaus ein widerständiges Potential zu (vgl. ebd., 183). Wenn er jedoch von der kulturellen Nutzung des Radiomediums durch die populäre urbane Bevölkerung spricht (ebd. 253 f.) wird deutlich, dass er bei den von ihm beschriebenen Mediationen die technologische Dimension von Radio nicht als immanenten Teil der Mediation betrachtet.

85 Zum Konzept des standardized package vgl: Rottenburg 2009, 72.

86 Als Situation wird im Rahmen des Artikels allgemein ein Ausschnitt aus einem Akteurs-Netzwerk verstanden, welche durch die Beschreibung anwesender Akteur\_innen und ihrer Beziehungen beschrieben ist.

## Zur Legitimation unabhängiger Radios in Brasilien

Der weitere Artikel kann im Fall brasilianischer Radiomedien keine vollständige Analyse der hier angedeuteten Dimensionen medialer Legitimation leisten.<sup>87</sup> Vielmehr soll genealogisch ein Stück weit die spezifische Legitimationskrise des brasilianischen Rundfunks aus Sicht unabhängiger Radios rekonstruiert werden. Der Fokus ist dabei maßgeblich auf (De-)Legitimation(en) als Voraussetzung unterschiedlicher Entwürfe des Radiomachens gerichtet. Um den daran beteiligten Akteur\_innen auf die Spur zu kommen, greife ich auf Vorschläge der Akteur\_innen-Netzwerk-Theorie zur Untersuchung kollektiver und hybrider Akteur\_innen (vgl. Latour 2008, 51 f., 118 f.) zurück. Im Einzelnen werden dabei die konkurrierenden Narrationen von *Radio* in Brasilien, seine Modifikationen und die ihm allgemein zugeschriebenen gesellschaftlichen Mediationen nachgezeichnet.<sup>88</sup> Akteur\_innen folgen, heißt dabei auch ihre Kategorien aus dem Material aufzugreifen und nicht durch eigene externe Begriffe zu überschreiben. Die so erarbeiteten perspektivischen Zugänge in die »battle[s] of negotiation« (Callon/Latour 1987, 279) legitimen Radiomachens liegen der folgenden analytischen Spurensuche zugrunde.

### *Ursprünge*

Bis heute wird darüber gestritten, wann und wo das Radiomedium in Brasilien seinen Ursprung hat. Die von dem katholischen Priester Roberto Landell de Moura 1894 in Sao Paulo durchgeführten Übertragungen von Tonsignalen werden zwar in Brasilien gern als Anlass genommen, den italienischen Physiker Guglielmo Marconi als dessen »Vater« in Frage zu stellen und die empirisch-experimentelle Geburt des Radios nach Südamerika zu verlegen (vgl. Tavares 1997, 22 f.; Siqueira 1997, 41). Als »offiziell« erste Radioübertragung gilt hingegen nahezu unwiderrprochen die Ausstrahlung einer Ansprache des brasilianischen Präsidenten Epitácio Pessoa (1919–1922) anlässlich der Feierlichkeiten zum 100-jährigen Jubiläum der brasilianischen Unabhängigkeit 1922 in Rio de Janeiro. Deren pompöse Aufführung sollten in Zeiten gesellschaftlichen Aufruhrs als ein »Deckmantel« (Sec 2003, 31) dienen und nach Außen hin zugleich den »Reichtum und die Modernität« des Landes darstellen (Calabre 2002, 10 f.). Als erster Radiosender mit regelmäßigem Programm wird der dort ein Jahr später gegründete philanthropische Club *Radio Sociedade* angesehen, der sich der Mission verschrieben

87 Der in diesem Artikel angedeutete Forschungsansatz wird im Rahmen einer Dissertation als medienethnographische Untersuchung fortgeführt, welche die Legitimationen unabhängigen Radiomachens über die im Folgenden angerissene Genealogie als eine vollständige Akteur\_innen-Netzwerk-Studie weiterverfolgt.

88 Als Textkorpus beziehe ich mich dabei auf eine Reihe von Arbeiten zur allgemeinen brasilianischen Rundfunkgeschichte sowie der unabhängigen Radios im Besonderen (siehe Bibliographie).

hatte, von den Terrassen der Stadtpaläste aus Bildung und Kultur bis in Landesinnere zu senden (vgl. Sec 2003, 5).

So anfechtbar diese tendenziösen Ursprungsmythen im Einzelnen auch sind,<sup>89</sup> die Frage, ob sie ein legitimes Radiomachen begründen, stellte sich anfangs nicht. Denn zu dieser Zeit gab es in Brasilien keinerlei Regeln zur Nutzung elektromagnetischer Wellen und nur eine recht vage Vorstellung, wie sie gebraucht werden könnten. Die hohen Kosten für Sende- und Empfangstechnik schlossen den Großteil der Bevölkerung bis in die 1940er Jahre ohnehin von einer individuellen Nutzung aus (vgl. Calabre 2002, 30). Auch wenn die These, seit der Ankunft des Radios in Brasilien kämpfte die Bevölkerung um einen breiteren Zugang zu dieser Übertragungstechnik (vgl. Luz 2007, 14), sich punktuell vielfach bestätigen lässt,<sup>90</sup> wird der allgemeinen gesellschaftlichen Organisation und Nutzung des Radiomediums erst Anfang der 1980er Jahre im Sinne einer *Forderung* Legitimation abverlangt. Denn aus anfangs vereinzelt und heterogenen Radioinitiativen formierte sich eine Kritik, die das brasilianische Rundfunkmodell nicht nur verbal sondern auch praktisch herausforderte.

Hinweise auf unabhängiges Radiomachen lassen sich dabei sowohl in den Baseltarbeiten einer befreiungstheologischen Gruppe in der Peripherie Sao Paulos 1985 (vgl. Machado et. al. 1987, 42) sowie in den Sendungen einiger Student\_innenradios im gleichen Jahr und in der gleichen Stadt zurückführen (vgl. Krohling 1998, 244). Ihnen voraus geht jedoch die oft als »apolitischer Flirt« (Machado et. al. 1987, 38) beschriebene spontane Aneignung von Radiofrequenzen in der Provinzstadt Sorocaba zwischen 1981 und 1983. Mehr als 40 von Schüler\_innen technischer Hochschulen konstruierte UKW-Sender bereicherten damals den lokalen Äther, vorwiegend mit Musik und Grußbotschaften.<sup>91</sup> Erst die polizeiliche Repression macht die Vorgänge als »Liverpool Brasiliens« (Coelho 2001, 27) bekannt. Dennoch, die lokale »technische Schlacht« um die Aneignung der Sendetechnik gewonnen und politisch zumindest zeitweilig »das Monopol des Familienklatsch« gebrochen zu haben, stellt einen wichtigen Ausgangspunkt dar (vgl. Machado et. al. 1987, 38 f.). Viele unabhängige Ausdeutungen des Radiomediums beziehen sich bis heute auf den »Sommer von Sorocaba«, während dem erstmalig massiv die gewohnte Rundfunkregulierung im Rahmen abweichender Praktiken in Frage gestellt wurde.

89 Der früheste dokumentierte Empfang von Funkübertragungen hat 1912 im Bundesstaat Bahia stattgefunden. Auch der erste Radiosender lag wahrscheinlich außerhalb der damaligen brasilianischen Hauptstadt. Bereits ein paar Monate vor Radio Sociedade begann in Recife der Rádio Club Pernambuco mit ersten regelmäßigen Übertragungen (vgl. Araujo Torres 2007, 61 ff.).

90 Dazu gehört bereits in den Anfangsjahren des Radiomachens die Konstruktion und der nicht legalisierte Verkauf sogenannter rádio galenas, die im deutschen Sprachgebrauch Bleiglanzempfänger genannt werden (vgl. Calabre 2002, 22, 25; Sec 2003, 19).

91 Es lassen sich viele Hinweise finden, dass bereits in den 1970er Jahren vereinzelt unabhängige Radios auf Sendung waren, dabei jedoch in der Lage waren, die bestehende Rundfunkregulierung in ihrer Legitimation herauszufordern (vgl. Krohling 2004, 243 f.; Coelho 2001, 96).

## Kategorien und Normen

Die schwarze Kiste<sup>92</sup> der Rundfunkregulierung zu öffnen, um die bestehende Ordnung im Detail zu delegitimieren, schlägt jedoch auch auf unabhängige Radios zurück. Von Beginn an waren sie herausgefordert, ihr *Machen* als gesellschaftlich erwünscht zu rechtfertigen. Dies wird exemplarisch bereits an Kategorien wie *partizipativ, populär, frei* oder *community* deutlich, anhand welcher unabhängige Radios sich beschreiben (vgl. Krohling 2004, 216 ff.). Bis zu ihrer medialen Artikulation Mitte der 1980er fand die Beschreibung einzelner Radiorepräsentationen in Brasilien vor allem im Rahmen legaler, technischer und organisatorischer Kategorien statt. In legaler Hinsicht wurde dabei bis 1988 meist dichotomisch zwischen genehmigten Bildungssendern und konzessionierten Privatradios unterschieden (vgl. Do Lago 1969, 52; De Lima 2007, 3), quantitativ allerdings mit so starkem Übergewicht zugunsten Letzterer, dass einzelne Autor\_innen Radio mitunter auch als »Privatmedium unter staatlicher Kontrolle« (Calabre 2002, 12) beschreiben<sup>93</sup>. Dabei sieht die Verfassung von 1988 in Artikel 223 eigentlich »eine Komplementarität zwischen privaten, öffentlichen und staatlichem Rundfunksystem« vor, welche bisher jedoch rechtlich nicht weiter operationalisiert wurde.<sup>94</sup> Vielmehr wurde 1998 im Rahmen eines Gesetzes für *Community Radios* (Lei 9.612/98) eine weitere Rechtsform geschaffen – die Einzige, welche bis heute unabhängigen Radios unter bestimmten Auflagen eine legale Anerkennung ermöglicht.

Aus blieb dabei jedoch eine Begründung der aus Sicht der *Community Radios* technisch und organisatorisch nachteiligen Normierungen und Regulierungen gegenüber anderen Radiorepräsentationen. So ist zum Beispiel unklar, warum Privatradios im Vergleich mit bedeutend mehr Sendeleistung operieren dürfen als *Community Radios*, deren maximale Sendeleistung auf lediglich 25 Watt festgeschrieben ist.<sup>95</sup> Hinsichtlich der vor der Gesetzesänderung geforderten »Agrarreform in der Luft« (siehe S. 2) wurde dieses Gesetz deshalb auch als die »Formalisierung eines Hühnerstalls« (Luz 2007, 15) kritisiert.

Einer solchen kategorischen Benachteiligung begegnen unabhängige Radios in Brasilien bis heute vor allem im Rahmen von zwei Strategien. (1) *Rádios Livres*, also Freie Radios, verweigern sich der legalen Anerkennung zunächst vollständig,

92 Als Schwarze Kiste wird hier im Sinne der ANT eine asymmetrische, selbstevidente Anordnung von Assoziationen verstanden, welche einen bestimmten Zustand – wie in diesem Fall die Rundfunkregulierung – stabilisiert, d. h. sie vor ständigen Aushandlungen abschirmt (vgl. Callon/Latour 1987, 284 f.).

93 Einer aktuellen Statistik des brasilianischen Kommunikationsministeriums zufolge stehen derzeit 9682 private Sender 230 staatlichen Bildungsradios gegenüber. Vgl. <http://www.mc.gov.br/radiodifusao/dados-de-outorga/23457-dados-gerais> (Zuletzt besucht am 01.07.2011).

94 Seit 2007 erfolgt im Rahmen eines besonderen Gesetzes (Lei 11 652/2008) eine Vereinheitlichung bereits existierender staatlicher hin zu einem öffentlichen Kommunikationssystem. Dieser Prozess ist jedoch nicht abgeschlossen, sein Ausgang auch angesichts einer möglichen Reform des Mediengesetzes unbestimmt. Vgl. <http://www.etc.com.br/empresa> (Zuletzt besucht am 01.07.2011).

indem sie ein Radiomachen, welches »ohne die Kontrolle der Regierung« auskommt, »oder gerade [so angelegt ist], um diese Kontrolle zu bekämpfen« (Silveira 2001, 3) veranschlagen. Die staatliche Regulierung wird generell als exzessiver, nicht-legitimer Eingriff in »individuelle Rechte« unter dem Deckmantel der »Legalität« (ebd.) gewertet. Sich nicht legalisieren lassen zu wollen, bedeute jedoch nicht, wie oftmals unterstellt, überhaupt nicht an der Aushandlung eines gesellschaftlichen Kompromisses für die Nutzung von Radiofrequenzen interessiert zu sein. In den Schriften aus den 1980er Jahren wird durchaus die Notwendigkeit einer einvernehmlichen Nutzung des elektromagnetischen Spektrums angesprochen, jedoch sei »diese Verhandlungen bestmöglich im Sinne des bestmöglichen Kräfteverhältnisses für emanzipatorische Bewegungen zu führen« (Machado et. al. 1987, 11). An der Frage, ob eine stark eingeschränkte Legalisierung wirklich das bestmögliche Verhandlungsergebnis sei, schied sich zu Beginn der 1990er Jahre die unabhängige Radiobewegung Brasiliens.

(2) *Rádios Comunitarias*, also *Community Radios*<sup>96</sup> (im Folgenden ComRad), die sich anfangs oft noch »freie« oder »populäre« ComRads nannten (vgl. Krohling 2004, 252), entschieden sich dafür, eine Legalisierung im Rahmen des Gesetzes 9.612/98 als »einzigem damals möglichen Konsens«<sup>97</sup> zu akzeptieren. Das heißt jedoch nicht, dass ComRads die geltenden Rundfunkgesetze uneingeschränkt affirmieren würden. Vielmehr halten sie an eigenen Ausdeutungen der Kategorie ComRad fest, die nicht mit den Definition und Regulierungen des Gesetzestexts übereinstimmen.<sup>98</sup> Zudem stellen sie auch die Regulierung privater und staatlicher Radiorepräsentationen als unzureichend und wenig transparent in Frage (vgl. De Lima 2006, 100/112/120). Dies habe sowohl zu einem starken Übergewicht privater Radios geführt als auch die politisch motivierte Genehmigung nicht-legitimer Bildungsradios begünstigt (vgl. Luz 2007, 6).<sup>99</sup> Durch diese Praktiken würden die verfügbaren Frequenzen für unabhängige Radios künstlich verknappt und die scheinbar unausweichliche Beschränkung von maximal einem ComRad pro Gemeinde gerechtfertigt.

Auch wenn bei dieser Argumentation die Rolle des Staates als Legitimationshelfer\_in nicht so radikal wie von Freien Radios angegriffen wird, lässt sich neben einer punktuellen Kritik der Regulierungspraktiken auch eine weiterführende Delegitimierung des handlungsleitenden Gesetzesrahmens konstatieren. Anstelle

95 Diese Normierung ist auch deshalb problematisch, weil die so standardisierte Eingrenzung einer Gemeinde weder die geringere Einwohnerdichte und größere Zersiedlung auf dem Land reflektiert, noch unterschiedliche geographische oder architektonische Gegebenheiten wie Höhenprofile oder hohe Gebäude, welche die Reichweite eines Radiosignals beeinflussen. Das den ComRads per Gesetz zugeschriebene Handeln kann oft allein schon wegen der starren Normierung nicht erreicht werden.

96 Auf eine Übersetzung des Terminus ins Deutsche wird aus ideologiekritischen Gründen (»Gemeinschaft«) verzichtet.

97 Interview mit Octavio Penna Pieranti, Beauftragter für Community Radios im Kommunikationsministerium vom 21.03.2011.

98 Vgl. u. a. Luz 2007; Girardi et. al. 2009.

99 Für eine ausführliche Kritik der Regulierung »falscher« Bildungsradios vgl. De Lima 2007, 10 ff.

eines einheitlichen Mediengesetzes regulieren in Brasilien größtenteils Gesetze und Erlasse die Telekommunikation (inklusive des Rundfunks), welche vor oder zur Zeit der Militärdiktatur beschlossen wurden. Das damalige Rechtsverständnis der Medienregulierung hatte den Anspruch, »Verhalten zu disziplinieren und Mentalitäten zur Erlangung einer reiferen Freiheitsvorstellung« (De Lago 1972, 50 f.) zu formen. Auch wenn das öffentlich heute wohl niemand mehr behaupten würde, sind beispielsweise das Telekommunikationsgesetz (Lei 4.117) von 1962 und das Pressegesetz (Lei 5250) von 1976 weiterhin in Kraft. Sie erklären *au pie de la lettre* nicht genehmigtes Radiomachen bis heute zu einer »Straftat« (Krohling 2004, 246).

ComRads greifen die Legitimation dieser legalistischen Lesart vor allem in Hinblick auf die brasilianische Verfassung von 1988 an. Darin wird in Artikel 128-I (Lei 9.472/97) festgelegt, dass die »Freiheit die Regel« sei und »Verbote, Restriktionen und Einmischungen der Behörden« die Ausnahme (vgl. Coelho 2002, 144).<sup>100</sup> Damit wird sowohl die seit dem Putsch von 1964 vorherrschende »legalistische Orientierung« (Calabre 2002, 50) hinterfragt als auch der daran gekoppelte »Regelungsvollzug«.<sup>101</sup> Denn vor dem Hintergrund einer »juristisch schlecht definierten Situation« das Senden ohne Genehmigung zur Straftat zu stempeln, gewaltsame Räumungen von Radios und die Zerstörung der Sendetechnik vorzunehmen, mache das Handeln der Regulierungsbehörde und der Bundespolizei zum »Amtsmissbrauch« (Coelho 2002, 152/155).

Die damit in die Kritik geratenen staatlichen Regulierer\_innen, aber auch die Repräsentant\_innen privater Radios, stellen die Legitimation unabhängiger Radios ihrerseits ebenso in Abrede. Zunächst tun sie dies bezüglich der Legalität einzelner Handlungen, wenn sie Radios ohne Sendegenehmigung als »Diebe, Banditen, Marginale und Piraten« (Luz 2007, 15/23) bezeichnen. Die Kategorie *Piratenradio* wird auch formell von Behörden benutzt, um unabhängigen Radios als eigentliche Motivation ihres Handelns finanzielle Interessen zu unterstellen. Der Begriff *Piraten* suggeriert darüber hinaus auch eine gewisse Gefahr, die sich in der Anschuldigung erhärtet, mit nicht-legalen Transmissionen Flugzeuge zum Absturz bringen zu können. Ein Nachweis dieses Vorwurfs ist jedoch bis heute nicht erbracht worden (vgl. Tome et. al. 2008), weshalb der wiederholte Gebrauch der Freibeuter\_innen-Kategorie von Kritiker\_innen als strategische Diffamierung beschrieben wird: »Bereits die Sprachwahl der Richter beweist, was für uns [unabhängige Radios, N. B.] als kennzeichnend betrachtet wird« (Coelho 2001, 143).

Interessant ist an diesen und weiteren Anschuldigungen, dass sie Kritik an unabhängigen Radios nicht auf konzeptueller, sondern fast immer auf der Ebene des

100 Dieser Artikel geht auf die Unterzeichnung der Amerikanischen Menschenrechtskonvention (Pakt von San José, 1969) durch Brasilien zurück, die allerdings erst innerhalb der Verfassung von 1988 verbindlich für die nationale Rechtsprechung wurde (vgl. Silveira 2001).

101 Zum Konzept des Regelungsvollzug vgl. Künzler 2008, 54.



Handelns entfaltet wird.<sup>102</sup> Meist werden dabei Verstöße gegen technische Normen angesprochen, viel seltener dagegen die politische Kooptation unabhängiger ComRads in einem »System von Verbindlichkeiten« (De Lima 2007, 4). Im Besonderen geht es dabei um die Beschleunigung und Erleichterung laufender Anträge für die Erlangung einer Sendegenehmigung im Tausch gegen Wählerstimmen oder als Dank für politische Gefälligkeiten (vgl. ebd., 14/49). Dass die Reproduktion dieser Praktiken, welche seitens staatlicher Institution bereits seit längerem bei Privaten- und Bildungsradios angewandt wurden, so selten denunziert wird, lässt auf eine gewisse Akzeptanz schließen. Die Auseinandersetzung mit solchen und ähnlichen Praktiken, die gegen ein prinzipiengeleitetes Handeln zum Wohl einer *Community* wird, wird seitens der ComRads jedoch äußerst verhalten geführt (vgl. Luz 2007, 22).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Regulierer\_innen und Legalist\_innen ein Handeln im Rahmen des Gesetzes als bestimmendes Kriterium gesellschaftlicher Anerkennungswürdigkeit etablieren. Unabhängige Radios fordern die Selbstevidenz dieses legalen Rahmens heraus. Sie fragen ihrerseits nach, wie legitim gesetzliche Normen im Einzelnen sind und formulieren dazu konkurrierende Handlungsanleitungen und -spielräume. Dabei exponieren die unterschiedlichen Akteur\_innen sehr anschaulich die vermittelnde Rolle normativer Vorgaben, die sich für eine symmetrische Analyse aufgreifen lässt. Denn zum einen formulieren sie den Anspruch, alle genannten Radiorepräsentationen daraufhin zu untersuchen, inwiefern die von ihnen affirmierten Prinzipien und Normen (in oder außerhalb des Gesetzes) auch anhand eines korrespondierenden Handelns verfolgt werden. Zum anderen wird auch den Normen der Nachweis abverlangt, ein Handeln zugunsten des gesellschaftlichen Gemeinwohls anzuleiten.

### *Modifikationen, Modernisierung und radiales Gemeinwohl*

Die hier dargelegte kategorische Eingrenzung legitimen Radiomachens ist nur ein Schauplatz der Aushandlungen. Diese lassen sich entlang der einzelnen Elemente und Akteur\_innen weiterverfolgen, welche für die Anerkennungswürdigkeit einer Radiorepräsentation mobilisiert werden. Dass die Bestimmung des darin artikulierten Gemeinwohls in einem nicht abgeschlossenen Prozess angelegt ist, lässt sich besonders anschaulich am Verhältnis der als technisch verstandenen Innovationen des Radiomediums und der daran gekoppelten Rolle als gesellschaftlicher Mittler\_innen nachverfolgen. Zunächst standen und stehen unabhängige Radios

102 Dass dabei oft der gefährliche Zugriff auf elektromagnetische Wellen im Fokus steht, hat Tradition. Bereits seit den 1920er Jahren wird ihr nicht-staatlich geregelter Gebrauch in den USA mit »Chaos im Äther« gleichgesetzt, ein strittiges Argument, dass sich seither jedoch viele Regulierer\_innen zu eigen gemacht haben (vgl. Horvitz 2005; Hazlett/Porter 2009). Auf eine Kritik an der staatlichen Spektrumsregulierung und alternativer Vorschläge (z. B. Open Spectrum) kann aus Platzgründen nicht weiter eingegangen werden. Als Einführung in die diesbezügliche Debatte in Brasilien vgl: Pacheco Fiorillo 2000; Da Silveira et al. 2007.

dabei vor der Aufgabe das »technologische Trajekt« (Degele 2002, 49), das heißt den evolutionär gedachten Entwicklungsrahmen des Radiomediums, aufzubrechen. Als »technikhistorische Meilensteine« (Thielmann 2008, 222) werden dabei in Brasilien vor allem die Miniaturisierung der Empfängergeräte, der Ausbau eines immer leistungsstärkeren UKW-Netzes seit den 1960er Jahren und die landesweite Retransmission von Programmen durch den Anschluss lokaler Radios an private Mediennetzwerke sowie deren zunehmender Digitalisierung benannt.<sup>103</sup>

Während die Massifizierung der Empfangsgeräte auch unabhängigen Radios entgegenkommt, um gehört zu werden, impliziert die auf der Senderseite beschriebene Sofistikation im Namen der Audioqualität eher den Ausschluss von »Radioamateuren« (vgl. Krohling 2004, 242). Die Konstruktion von Sendern und ihre alltägliche Nutzung zeigten jedoch, dass die Aushandlung des Radiomediums nicht abgeschlossen ist und dass ständig eine weit verbreitete Aneignung und Erkundung der Radiotechnologie stattfindet (vgl. Santoro 1981, 97 f.). Mit der Feststellung, dass Technik auch »hausgemacht« zu haben sei und jeder Gruppe mit einem »Minimum an Ressourcen und elektronischem Wissen« (Machado et al. 1987, 18) zur Verfügung stehe, wird das Monopol nur eines technologischen Trajekts und seiner dazugehörigen »Gesetzgebung« (ebd.) um weitere konkurrierende Projekte ergänzt. Herausgefordert wird die scheinbare Natürlichkeit gesetzlich festgeschriebener technischer Normen, wie beispielsweise der Mindestabstand zwischen zwei Radiofrequenzen. Je nachdem wie groß dieser Abstand gewählt wird, lässt sich die Anzahl verfügbarer Lizenzen und Genehmigungen variieren. Mit dem Argument einer »Sättigung« der Frequenzen wird oftmals die Möglichkeit ausgeblendet, durch eine andere Normierung Platz für weitere Sender zu schaffen.<sup>104</sup> Die Forderung nach Legitimation betrifft hier die technische Seite des Radios und unterstreicht seine gesellschaftliche Gemachtheit.

Während diese Kritik in Brasilien besonders von Freien Radios artikuliert wird, sind bei der Umdeutung des radialen Gemeinwohls ComRads tonangebend. Seit der Gründung von *Radio Sociedade* hatte dieses zunächst in einem Bildungsauftrag bestanden, der neben Alphabetisierungskampagnen auch eine »kulturelle Expansion« (Sec 2003, 33) oder gar »einen Ausweg aus den kulturellen Übeln des Landes« (Calabre 2002, 9) versprach. Dieser Anspruch einer radialen Leitkultur wurde ab den 1930er Jahren weiter aufgeladen. Das Radio wurde als perfektes Werkzeug nationalen Fortschritts, Entwicklung und »Integration« (ebd., 9) gefeiert. Über Radiowellen sollte »die Modernität in Haus und Heim vordringen« (ebd., 23). Doch seit den 1960er Jahren wurde die »Schaffung einer Entwick-

103 Vgl. Sec 2003, 18; Calabre 2002, 32; Araujo 1972, 145; Siqueira 1997, 85/93/85/92.

104 Diese Darlegung geht auf ein Gespräch mit freien Radiomacher\_innen in Campinas zurück (31.05.2010). Dass solcherlei technische Überlegungen mitunter auch seitens von ComRads thematisiert werden, zeigt die Arbeit der Organisation *Oboré* in Sao Paulo und ihren Studien zur Frequenznutzung im metropolitanen Raum (Interview mit Sergio Gomes vom 05.03.2010).

lungsmentalität« (Do Lago 1969, 12) zunehmend dem Fernsehen anvertraut.<sup>105</sup> Der bis dahin konkrete Beitrag des Radiomediums zur Modernisierung verlor zunehmend an Schärfe und Bedeutung.

Nach seiner vielfach angekündigten, dann aber »ausgebliebenen Abschaffung« (Do Lago 1969, 34) stand das Medium mit einer »neuen Formel« wieder auf, deren Erfolg neben einer drastischen Senkung der Produktionskosten vor allem in einer »Segmentierung und Regionalisierung seines Profils« bestand (Sec 2004, 56 f.). Bis heute wird dabei jedoch die Bedeutung dieser medialen Umdeutung für die Legitimation des Radiomachens übersehen. Sein bis dahin verpflichtender – wenn von privaten Sendern auch oft ignoriertes – gesetzlicher Bildungsauftrag wurde abgeschafft. Ein Dekret (*Decreto 49.259*) aus dem Jahr 1960 entkoppelte das Medium von seinem bisher obligatorischen Beitrag zum Gemeinwohl und überließ dessen Ausdeutung nun stärker den einzelnen Radiomachenden (vgl. Jambeiro 2002, 58).

Statt eine »dezentralisierende Lücke für unabhängige Lokalradios« (vgl. Machado et. al. 1987, 19) zu schaffen, artikuliert(e) sich die neue Formel jedoch maßgeblich als eine »aggressive Politik des Anschlusses« (De Lima 2006, 80). Große Radioketten wie *Rede Globo* (vgl. Calabare 2005), versuchten, lokale Privatsender an sich zu binden. Kommerziell erweist sich diese Strategie bis heute als erfolgreich. Doch kann sie sich auch hinsichtlich eines radialen Gemeinwohls legitimieren? Unabhängige Radios beantworten diese Frage in dreifacher Weise negativ. Zunächst weisen sie auf die mangelnde Begründung des starken Übergewichts von Privatsendern hin, welches sich auf 98 Prozent aller verfügbaren TV- und Radiofrequenzen erstreckte (vgl. Luz 2007 37) und vor allem dafür genutzt würde, »Waren zu verkaufen und das Kapital zu vermehren« (Machado et. al. 1987, 17). Des Weiteren wird privaten Radionetzwerken abgesprochen Repräsentanten eines demokratischen Verständnisses von Radio zu sein, da der Erwerb von Sendelizenzen vor und nach der Militärdiktatur weder formell noch in seinem Anspruch der Bevölkerung dient(e) – der Zugriff auf Radiofrequenzen bleibt das Privileg einiger weniger (ebd., 94).<sup>106</sup> Schließlich wird auch Kritik am »kommerziellen Unterhaltungscharakter« (Sec 2004, 32/41) der Privatsender geübt. Dabei wird vor allem die Frage aufgeworfen, ob man dem Anspruch, »die Qualität menschlichen Lebens zu verbessern« (Siqueira 2007, 95), wirklich gerecht wird, wenn als einziger Indikator für den Erfolg eines Senders eine möglichst zahlreiche Hörer\_innenschaft gemessen wird (Araujo 1972, 152; ECR 2004, 50).

105 Heute wird Brasiliens nationale Entwicklung programmatisch vor allem als »digitale Inklusion« (Da Silva/Cassino 2003) projiziert.

106 Der Kommentar des ehemaligen Präsidenten des brasilianischen Medienunternehmerverbandes ABERT, Flávio Cavalcanti Junior, unterstreicht diese These vom Standpunkt der Gegenseite aus: »Die Bevölkerung ist am anderen Pol der Aktivitäten« industrieller Radioproduktion definiert (vgl. Cavalcanti Júnior 2008, 174).

Gegenüber solchen Delegitimierungen bringen Medienunternehmer\_innen das Argument vor, dass Radio »nicht nur ein Geschäft, sondern eben auch ein Geschäft« (Cavalcanti Júnior 2008, 174) sei. Außerdem führen sie das Konzept »sozialer Verantwortung« (De Lima 2006, 153 f.) an, welches den ethischen Anspruch formuliert, ökonomische Ziele »dem demokratischen Prozess und der Aufklärung des Publikums« (ebd.) unterzuordnen. Davon grenzt sich das seitens der Freien Radios und der ComRad veranschlagte radiale Gemeinwohl insofern ab, als dass das Radiomedium selbst Ziel einer »Demokratisierung der Kommunikation« (vgl. Luz 2007, 6) werden soll. Dazu gehört neben einer stärkeren Partizipation der Hörer\_innen (vgl. ebd., 17) auch die strategische »Aneignung der Massenkommunikationsmittel« (Machado et. al. 1987, 94). Diese besteht zunächst darin, gesellschaftliche Mediationen zu gewährleisten, die ihrer Meinung nach von privaten oder staatlichen Radios nicht länger oder nur unzureichend erfüllt werden. Dazu gehört zum Beispiel die Verbreitung von Kultur und Information (Luz 2007, 36 f.). Entscheidend ist neben einer konzeptuellen Ausdeutung dieser Kategorien vor allem die daran gekoppelte Verlagerung eines solchen Gemeinwohls von einer abstrakten nationalen Ebene in konkrete Situationen, wie beispielsweise einen Stadtteil, einen Wahlkreis oder eine *Community*, die sich als spezifische Gruppe definiert.<sup>107</sup>

Deutlich werden innerhalb der hier skizzierten Prozesse zum einen Momente, in denen sich die Legitimationen des Medienmachens Freier Radios und ComRads überschneiden und andere, in denen sie voneinander abzuweichen scheinen. Ob und unter welchen Umständen aus dieser Differenz ein produktiver Nutzen »für den Kampf um die Demokratisierung der Kommunikationsmedien« gezogen wird, kann hier nicht geklärt werden und scheint ohnehin nicht allgemein beantwortbar zu sein (vgl. ebd., 40 ff.). Viel entscheidender für die Frage nach der Legitimation des Radiomachens ist jedoch die aus beiden Praktiken ableitbare Infragestellung nur *eines* allgemeingültigen Mediums. Denn sowohl die konkurrierenden technologischen Trajekte als auch die situativen Ausdeutungen verdeutlichen die Möglichkeit, das etablierte Medienverständnis und Medienmachen in der Exklusivität ihrer gesellschaftlichen Anerkennungswürdigkeit zu widerlegen.

## **Der Teufel im Detail – Schlussbetrachtung**

Die Legitimation des Radiomachens in Brasilien lässt sich in den hier zusammengetragenen Hinweisen als die Nutzung elektromagnetischer Wellen zur Signalübertragung unter Berufung auf ein daran gekoppeltes spezifisches (radiales) Ge-

107 In einem Handzettel der freien Radiogruppe Cinderela aus den 1980er Jahren werden bereits einige solcher Gruppen benannt, in deren Dienst sich unabhängige Radios bis heute häufig stellen: Frauen, Homosexuelle, Afrobrasilianer\_innen, Umweltschützer\_innen, Psychatriepatient\_innen, Gefangene oder »die Jugend« im Allgemeinen (vgl. Machado et. al. 1987, 36 f.).

meinwohl zusammenfassen. Im Weg stand einer solchen Annäherung jedoch ein wesentliches konzeptuelles Hindernis: der *Rundfunk*. Denn solange konkurrierende Radiorepräsentationen vor dem Hintergrund eines als statisch gesetzten nationalen Rundfunksystems erfolgte, blieb dieses bei der Betrachtung von Legitimationen entweder unberücksichtigt oder begünstigte asymmetrische Interpretationen.

Wie nationale Gesetze in ihren Definitionen, Normen und Regeln die Nutzung eines spezifischen Radiomachens eingrenzen, ist nicht mehr als *eine* mögliche, in diesem Fall *legale* Interpretation des Mediums. Inwiefern damit ein spezifisches *Gemeinwohl* verfolgt und erfüllt wird, ist keine *a priori* festlegbare Gewissheit sondern eine empirische Frage. Die Besonderheit des staatlich regulierten Rundfunks gegenüber der Rechtfertigung Freier Sender oder ComRads liegt in seinem Anspruch begründet, nicht nur eine, sondern alle divergierenden Radiopraktiken innerhalb eines Territoriums be- und vorzuschreiben. Ob dieser Anspruch berechtigt ist, was die Ausdeutung des Radiomediums aber auch die staatliche Deutungshoheit angeht, lässt sich nicht nur fragen. Wie der Artikel dargelegt hat, lässt sich darüber hinaus auch seine Legitimation einfordern.

Der brasilianische *Rundfunk* muss seine Legitimation im Rahmen der von ihm beschriebenen Radiopraktiken und deren spezifischen Mediationen eines Gemeinwohls nachweisen. Dieser legitimatorische Nachweis unterscheidet sich in seinem Wesen nicht von einem einzelnen ComRad im Amazonas, oder einem Freien Radio in der Peripherie Sao Paulos. Denn der Unterschied zwischen *dem* Rundfunk und weiteren Radiorepräsentationen ist nicht qualitativ. Vielmehr hängt er von einer größeren Anzahl nicht hinterfragter Assoziationen ab (z. B. Gesetze, Ursprungsnarrative, technische Normen), auf welche sich der staatliche Rundfunk stützt und welche der Betrachtung von Legitimation scheinbar erhaben sind (vgl. Callon/Latour 1987, 283). Sobald Gesetze und technologische Trajekte aber als veränderlich beschreibbar werden, lässt sich auch fragen, inwiefern ihre aktuelle Konfiguration gesellschaftlich gerechtfertigt ist. Damit sind auch »größere« etablierte Akteur\_innen, wie *der* Rundfunk oder darin angelegte weitere Radiorepräsentation wie konzessionierte Privatsender gezwungen, ihre Legitimation mit der »gleichen Intensität« (ebd., 284) unter Beweis zu stellen wie unabhängige Radios.

Implizit ist in der geleisteten Gleichbehandlung jedoch auch deutlich geworden, dass die Legitimation unabhängiger Radios in Brasilien sich nicht ausschließlich auf die Delegitimation des gesetzlichen Rundfunkmodells berufen kann. Die Beanspruchung von »unabhängigen« Handlungsspielräumen im elektromagnetischen Spektrum muss ebenfalls gerechtfertigt werden. Hier beginnt die eigentliche Rekonstruktion des Radiomediums und seines Verhältnisses zum gesellschaftlichen Gemeinwohl. Wie der Artikel zeigt, umfasst diese mediale Baustelle eine Vielzahl heterogener Elemente, Akteur\_innen und Handlungsprogramme<sup>108</sup>,

108 Zum Begriff der Handlungsprogramme vgl. Belliger/Krieger 2006, 37.

welche als spezifische *Ensembles*, in diesem Fall einzelne Radiokollektive, nach einer weiteren detaillierteren empirischen Untersuchung verlangen.<sup>109</sup>

Die hier skizzierte Betrachtung kann deshalb in keinem Fall erschöpfend sein. Dennoch lassen sich drei weitreichende Schlüsse ziehen. (1) Der Erste betrifft die Frage nach dem Verhältnis des Radiomediums und des Gemeinwohls. Sobald das »Radiomedium selbst Ziel einer Demokratisierung der Kommunikation« (Vgl. S. 17) wird, lässt sich *Radio* nicht mehr nur als reines Mittel zum Zweck eines ihm äußerlichen Gemeinwohls betrachten. Radiomachen zu können, ist immanenter Teil des vermittelten Gemeinwohls. Bei einer perspektivischen Untersuchung der Legitimation unabhängigen Radiomachens wird es analytisch möglich, ihr Handeln nicht als reine Mediennutzung oder -umnutzung sondern auch als Medienmachen, als eine aktive Konstruktion des Mediums zu betrachten. Jedes einzelne Radio (re-)formuliert in seiner Praxis dessen mediale Dimensionen neu. Brasiliens Freie Radios setzen sich dabei nach wie vor besonders intensiv mit dem technologischen Trajekt und seinen politischen Implikationen auseinander. ComRads haben sich dagegen im Laufe ihres Bestehens auf vielfältige Weise praktisch mit dem Verhältnis eines spezifischen Gemeinwohls zu einzelnen *Communities* auseinandergesetzt. Eine Demokratisierung des Mediums bedeutet deshalb immer auch, die Möglichkeit zu haben, ein legitimes Radiomachen erkunden zu können.

(2) Der zweite Schluss entfaltet sich aus dem Problem der wenig trennscharfen Unterscheidung zwischen Radiomachen und Radiomedium. Im Text wurde bisher impliziert, dass viele konkurrierende *Macharten* ein (nationales) Radiomedium beschreiben. In Rückbezug auf die eingangs veranschlagte Perspektive, *dass Medien nur im operativen Gebrauch zu Medien werden* (Vgl. S. 8) lässt sich jedoch weiterführend formulieren, dass es dann eigentlich nicht eines, sondern viele *Radiomedien* gibt.<sup>110</sup> Der analytische Gewinn liegt dabei gerade in der Absage an einen universellen Bezugspunkt zugunsten einer empirischen Rekonstruktion einzelner Medien. Auch für unabhängige Radiomacher\_innen bietet diese Sichtweise ein strategisches Potential. Denn bei der ausstehenden Revision der brasilianischen Mediengesetzgebung<sup>111</sup> beispielsweise, ließe sich gerade aus der medialen Diversität, der Veranschlagung vieler Radios, eine unbequeme Kritik entfalten. Die Subsummierung unter der vereinheitlichenden engen legalen Kategorie der

109 Damit wird auch die analytische Grenze der in diesem Artikel beschriebenen Aushandlungen deutlich, da diese sich lediglich auf veranschlagte oder unterstellte Mediationen unterschiedlicher Radiopräsentationen beziehen. Eine vollständige symmetrische Betrachtung zur Legitimation unabhängiger Radios würde dagegen empirisch auch die Übersetzungen dieser Ansprüche untersuchen. Denn ob ein Radiomedium legitim ist oder nicht, lässt sich erschöpfend nur entlang der Beschreibung seines spezifischen Handelns diskutieren.

110 Eine solche Sichtweise trifft sich mit medienethnographischen Studien, die seit Längerem die Vorstellung eines universellen, latent ethnozentristischen Mediums unterlaufen (vgl. Dracklé 2005).

111 Bereits im Jahr 2010 wurde per Präsidentialdekret eine spezifische Kommission geschaffen, welche Vorschläge für eine Gesetzesreform bezüglich der Telekommunikationsdienste und des Rundfunks entwickeln soll. Vgl. [http://www.planalto.gov.br/ccivil\\_03/\\_Ato2007-2010/2010/Dnn/Dnn12700.htm](http://www.planalto.gov.br/ccivil_03/_Ato2007-2010/2010/Dnn/Dnn12700.htm) Für diesen Hinweis danke ich João Malerba von AMARC Brasil (Interview vom 19.05.2010).

ComRads erschiene in ihrer Berechtigung obsolet – eine mögliche Delegitimierung, die sich in zusätzlichen legalen Spielräumen in die Ausdeutung unterschiedlicher Radiomedien übersetzen ließe.

(3) Diese Ausdeutung verweist abschließend auf die mögliche Ablösung des Staates als zentralen Legitimationshelfer\_in zugunsten distribuerter Praktiken. Damit lässt sich an Forderungen Freier Radios zu Beginn der 1980er Jahre anknüpfen, welche neben einer allgemeinen Kritik des Staates bereits eine konkrete Kritik an der Regulierung des elektromagnetischen Spektrums artikulierten. Entscheidend ist dabei gerade die Debatte über die unterkomplexe Alternative zwischen einem zentralen staatlichen Ordnungsanspruch und einem »Chaos im Äther« (vgl. Fußnote 33) hinauszuführen. Die unabhängigen Radiomacher\_innen Brasiliens können dabei mit einer Vielzahl von Vorschlägen aufwarten. Diese betreffen sowohl alternative technologische Trajekte des Mediums, wie beispielsweise Übertragungstechniken, die eine zentrale Regulierung überflüssig machen (vgl. Werbach 2007; Doyle 2009) oder auch die Vervielfältigung verfügbarer Frequenzen im Rahmen einer Digitalisierung der Übertragungssignale.<sup>112</sup>

ComRads, wiederum haben sich stärker mit Modellen für eine egalitäre Aufteilung und Administration verfügbarer Radiofrequenzen zwischen staatlichen, privaten und *Community Radios* beschäftigt. Vor allem die brasilianische Vertretung des Weltverbands für *Community Radios*, *AMARC Brasil* hat dabei die Idee einer »Spektrumsreserve« populär gemacht, welche darauf abzielt, dauerhaft eine größere Anzahl von Frequenzen für *Community Radios* und weitere nicht-kommerzielle Radio- und TV-Stationen durchzusetzen (vgl. AMARC 2009, 337 ff.). Die Infragestellung des Staates als Regulierer wird dabei erneut unterschiedlich radikal formuliert. Während ComRads die zivilgesellschaftliche Kontrolle über unabhängige staatliche Regulierungsbehörden erhöhen wollen (ebd., 339), gehen Freie Radios einen Schritt weiter und sind daran interessiert, Regulierungen in einem, wenn man so will, Netzwerk von Akteur\_innen umzuverteilen.<sup>113</sup> Eine weiterführende Konfrontation dieser Positionen, die aus unterschiedlichen Blickrichtungen die Frage nach der Legitimation von Radiomedien stellen, scheint äußerst fruchtbar, steht allerdings noch aus. Anstatt dabei nach einer Zauberformel zu suchen, steht eine detaillierte Dokumentation ihres hypothetischen aber vor allem ihres stattfindenden Medienmachens aus.

112 Ein wichtiger Akteur bei der Aushandlung des digitalen Radiostandards in Brasilien ist das Netzwerk DRM Brasil, an dessen Artikulation auch viele freie Radiomacher\_innen beteiligt sind. Ausgehend von den unterschiedlichen Eigenschaften und Möglichkeiten einzelner Standards wird dabei im Rahmen empirischer Untersuchungen die Frage ihres Potentials für eine Demokratisierung des Radiospektrums in seiner digitalen Dimension gestellt. Dabei wird gegenüber dem US-amerikanischen Standard IBOC und einem eigenen brasilianischen Modell die Einführung von Digital Radio Mondiale (DRM) befürwortet. Vgl. Diniz 2011.

113 Dabei wird die stärkere Distribution bisher zentralisierter Entscheidungen im Rahmen alternativer technologischer Trajekte jedoch nicht als pauschale Lösung verstanden, sondern durchaus die Ambivalenz sogenannter protokollarischer Kontrolle reflektiert. »The contradiction at the heart of protocol is that it has to standardize in order to liberate« (vgl. GALLOWAY 2004: 95). Explizit beziehen sich auf das Protokoll-Konzept unter anderem Radiomacher\_innen der Gruppe Saravá. (Interview vom 24.04.2010).

Erneut stellt sich dabei die Frage nach Legitimation auf synchrone Weise. [Radio] Alice sei der Teufel, der in vielfältigen Erscheinungen (»Miau«) auf die Erde zurückgekehrt sei (Kollektiv A/Traverso 1977, 146), behaupteten die freien Radiomacher\_innen Ende der 1970er Jahre. Doch auch Radios, die sich als emanzipative (Re)Inkarnation des Bösen (das stets das Gute schafft) ausgeben, kommen nicht umhin, diese Behauptung auch nachweislich in die Praxis zu übersetzen. Die Betrachtung unabhängiger Radios in Brasilien zeigt, dass der Teufel im Detail steckt, oder besser gesagt, in der permanenten Aushandlung der Anerkennungswürdigkeit medialen Handelns.

## Literatur

- ABERT. (2009): Radiodifusão – Uma Abordagem Numérica. Url: <http://www.abert.org.br/site/index.php?/Artigos/radiodifusao-uma-abordagem-numerica.html>. (Zuletzt besucht am 11.09.2011).
- AMARC. (2009): Las Mordazas Invisibles. Nuevas y viejas barreras a la diversidad en la radiodifusión. Buenos Aires.
- Ansell, Christopher K. (2001): Political legitimacy. In: Smelser, Neil J./Bates, Paul B. (Hrsg.): International Encyclopedia of the Social and Behavioral Science, Oxford, S. 8704-8706.
- Araujo, Carlos Brasil de (1972): O Escritor, a comunicação e o radiojornalismo. Brasília.
- Araujo Torres, Bruno (2007): Las Voces Radiofónicas: Las Radios Comunitarias en Brasil. València.
- Baumeister, Biene/Negator, Zwi (2005): Situationistische Revolutionstheorie. Eine Aneignung, Stuttgart.
- Belliger, Andréa/Krieger, David J. (2006): Anthology. Ein einführendes Handbuch zur Akteur Netzwerk-Theorie, Bielefeld.
- Bolaño, César (2005): Mercado Brasileiro de televisão, 40 anos depois. In: Cruz Brittos, Valério/Siquera Bolaño, César Ricardo (Hrsg.): Rede Globo. 40 anos de poder e hegemonia. São Paulo, S. 19-34.
- Calabre, Lia (2002): A Era do Rádio, Rio de Janeiro.
- Calabre, Lia (2005): O poder nas ondas do rádio. A construção do sistema Globo de rádio. In: Cruz Brittos, Valério/Siquera Bolaño, César Ricardo (Hrsg.): Rede Globo. 40 anos de poder e hegemonia. São Paulo, S. 287-306.
- Callon, Michel/Latour, Bruno (1981): Unscrewing the big Leviathan: how do actors macro-structure reality and how sociologists help them to do so. In: Knorr, Karin/Cicourel, Aaron (Hrsg.): Advanced Social Theory and Methodology: Toward an Integration of Micro and Macro Sociologies, London, S. 277-303.
- Cavalcanti Júnior, Flávio (2008): Radiodifusão, democracia e regulamentação da mídia. In: Cruz Brittos, Valério/Siquera Bolaño, César Ricardo (Hrsg.): Rede Globo. 40 anos de poder e hegemonia. São Paulo, S. 163-175.
- Coelho Neto, Armando (2002): Rádio Comunitária não é Crime. Direito de Antena: o espectro electromagnético como bem difuso, São Paulo.
- Cruz Brittos, Valério/Siquera Bolaño, César Ricardo (Hrsg.) (2004): Rede Globo. 40 anos de poder e hegemonia. São Paulo.
- Da Silveira, Sérgio Amadeu/Cassino, João. (2003): Software livre e inclusão digital. São Paulo.
- Da Silveira, Sérgio Amadeu et.al. (2007): Comunicação digital e a construção dos commons. Redes virais, espectro aberto e as novas possibilidades de regulação, São Paulo.
- De Lima, Venício A. (2006): Mídia: Crise política e poder no Brasil. São Paulo.
- De Lima, Venício A./Aguiar Lopes, Cristiano (2007): Rádios Comunitarias. Coronelismo eletrônico de novo tipo (1999-2004). Url: [http://www.observatoriodaimprensa.com.br/download/Coronelismo\\_eletronico\\_de\\_novo\\_tipo.pdf](http://www.observatoriodaimprensa.com.br/download/Coronelismo_eletronico_de_novo_tipo.pdf) (Zuletzt besucht: 01.07.2011).
- Degele, Nina (2002): Einführung in die Techniksoziologie, Stuttgart.
- Diniz, Rafael (2011): O sistema Digital Radio Mundial no contexto de escolha da norma técnica para o Sistema Brasileiro de Rádio Digital. Url: <http://www.drm-brasil.org/node/52> (Zuletzt besucht am 26.08.2011).
- Dracklé, Dorle (2005): Medienethnografie. In: Hepp, Andreas (Hrsg.): Globalisierung der Medienkommunikation: eine Einführung in Medien im globalen Kontext. Wiesbaden, S. 187-207.
- Dolago, Benjamin (1969): Radiodifusão e desenvolvimento, Rio de Janeiro.
- Doyle, Linda E (2009): Essentials of Cognitive Radio, New York.
- Fernando, Jorge (2008): Cale a boca, jornalista! O ódio e a fúria dos mandões contra a imprensa brasileira. São Paulo.
- Galloway, Alexander R. (2004): Protocol. How control exists after decentralization. Cambridge/London.
- Girardi, Ilza/Jacobus, Rodrigo (2009): Para fazer RÁDIO COMUNITÁRIA com »C« maiúsculo. Porto Alegre.



- Habermas, Jürgen (1976): Legitimationsprobleme im modernen Staat. In: Kielmansegg, Peter Graf (Hrsg.): Legitimationsprobleme politischer Systeme. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 7, Wiesbaden, S. 39-61.
- Hazlett, Thomas W./Porter, David (2009): Radio Spectrum and the disruptive clarity of Ronald Coase. Url: [http://ssrn.com/abstract\\_id=1583098](http://ssrn.com/abstract_id=1583098) (Zuletzt besucht am 01.07.2011).
- Hennis, Wilhelm (1976): Zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. In: Kielmansegg, Peter Graf (Hrsg.): Legitimationsprobleme politischer Systeme. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 7, Wiesbaden, S. 9-38.
- Horvitz, Robert (2005): Media Licensing, Convergence and Globalization. Url: [http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=895060](http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=895060) (Zuletzt besucht am 20. September 2010).
- Jambeiro, Othon (2002): A TV no Brasil do século XX. Salvador.
- Kielmansegg, Peter Graf (Hrsg.) (1976): Legitimationsprobleme politischer Systeme. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 7, Wiesbaden.
- Kollektiv A/Traverso (1977): Alice ist der Teufel. Praxis einer subversiven Kommunikation, Berlin.
- Kneer, Georg/Schoer, Markus/Schüttpelz, Erhard (2008): Bruno Latours Kollektive. Frankfurt am Main.
- Knorr, Karin/Cicourel, Aaron (Hrsg.) (1987): Advanced Social Theory and Methodology: Toward an Integration of Micro and Macro Sociologies, London.
- Krohling Peruzzo, Círcia Maria (2004): Comunicação nos Movimentos Populares. A participação na construção da cidadania, Petrópolis.
- Künzler, Matthias (2008): Die Liberalisierung von Radio und Fernsehen. Leitbilder der Rundfunkregulierung im Ländervergleich, Konstanz.
- Kuper, Adam (Hrsg.)(2004): The Social Science Encyclopedia, London.
- Latour, Bruno (2008): Reensamblar lo social. Una introducción a la teoría del actor-red. Manantial. Buenos Aires.
- Lemos Sólha, Hélio (2010): A conferência nacional de comunicação: da liberdade de expressão à censura midiática. In: Sel, Susana (Hrsg.): Políticas de comunicación en el capitalismo contemporáneo, Buenos Aires, S. 211-230.
- Luhmann, Niklas. 1978 [1969]: Legitimation durch Verfahren, Frankfurt am Main.
- Luz, Dioclécio (2007): A arte de pensar e fazer Rádios Comunitárias, Brasília.
- Machado, Arlindo/Magri, Caio/Masgão, Marcelo (1987): Rádios Livres. A reforma agrária no ar. São Paulo.
- Martín Barbero, Jesús (1993): Communication, Culture and Hegemony. From Media to Mediations, Thousand Oaks/London/New Delhi.
- Pacheco Fiorillo, Celso Antonio (2000): O direito de antena em face do direito ambiental no Brasil. São Paulo.
- Prado Pimentel, Fábio: O rádio educativo no Brasil. Uma visão histórica, Rio de Janeiro.
- Rammstedt, Otthein (1976): Zum Legitimationsverlust von Legitimität. In: Kielmansegg, Peter Graf (Hrsg.): Legitimationsprobleme politischer Systeme. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 7, Wiesbaden, S. 108-122.
- Rottenburg, Richard (2009): Far-Fetched Facts. A Parable of Development Aid, Cambridge/London.
- Scaff, Lawrence A. (1996) Legitimacy. In: Kuper, Adam (Hrsg.): The Social Science Encyclopedia, London, S. 464-468.
- SECRETARIA ESPECIAL DE COMUNICAÇÃO SOCIAL (SEC) (Hrsg.) (2003): O Rádio Educativo no Brasil, Rio de Janeiro.
- SECRETARIA ESPECIAL DE COMUNICAÇÃO SOCIAL (SEC) (Ed.) (2004): Novos rumos, uma velha fórmula. A mudança do perfil do rádio no Brasil, Rio de Janeiro.
- SEL, Susana (Hrsg.)(2010): Políticas de comunicación en el capitalismo contemporáneo. Buenos Aires.
- Silveira, Paulo Fernando (2001): Rádios Comunitárias, Belo Horizonte.
- Siqueira, Ethevaldo (1997): The Brazilian Telecommunications Saga from Emperor Pedro II to the Digital Revolution, São Paulo.
- Smelser, Neil J./Bates, Paul B. (Hrsg.) (2001): International Encyclopedia of the Social and Behavioral Science, Oxford.
- Tavares, Reinaldo C. (1997): Histórias Que o Rádio Não Contou, São Paulo.
- Thielmann, Tristan (2008): Der ETAK Navigator. Tour de Latour durch die Mediengeschichte der Autonavigationssysteme. In: Kneer, Georg /Schoer, Markus/Schüttpelz, Erhard (Hrsg.): Bruno Latours Kollektive, Frankfurt am Main, S. 180-214.
- Thoreau, David Henry (1849) Civil Disobedience. Url: <http://thoreau.eserver.org/civil.html> (Zuletzt besucht am 01.07.2011).
- Tome, Takashi/Bottessi, Carlos/Solha, Hélio (2008): Rádio Comunitária derruba avião? Em busca de respostas a um mito. Unveröffentlichter Vortrag.
- Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. Url: <http://www.zeno.org/nid/20011439998> (Zuletzt besucht am 01.07.2011).
- Werbach, Kevin (2007): Espectro Aberto: O novo paradigma da comunicação sem fio. In Da Silveira, Sérgio Amadeu et.al. (Hrsg.): Comunicação digital e a construção dos commons. Redes virais, espectro aberto e as novas possibilidades de regulação, São Paulo, S. 57-90.

## **Mit der Welt vernetzt – Die Bedeutung des Internet für indigene Gemeinschaften in Brasilien**

Die ersten Bilder, die bei den Begriffen Indigene und Internet entstehen, scheinen Gegensätze zu markieren. Während Indigene eher mit Tradition, Naturverbundenheit oder gar als Opfer von Modernisierungsprozessen assoziiert werden, steht das Internet für das 21. Jahrhundert, Fortschritt und technologische Revolutionen. Das Thema Indigene und Internet impliziert somit auch eine Auseinandersetzung mit eigenen (postkolonialen) Bildern »des Anderen«. In diesem Beitrag setze ich mich vor allem mit diesen stereotypen Bildern von Indigenen am Beispiel Brasiliens auseinander.

Stellen wir uns also zunächst der rassistischen und von kolonialen Bildern geprägten Frage: »Aber warum brauchen Indigene Internet?« Wenn wir uns vorstellen, was es bedeuten würde, ohne Kommunikation zu leben, isoliert von der Welt und ohne die Möglichkeit, Entscheidungen über unser Leben oder unsere Rechte zu treffen oder zu beeinflussen, können wir uns möglicherweise in die Lage von Minderheiten versetzen, die darüber hinaus oftmals um ihre Existenz, wie im Fall vieler indigener Gemeinschaften Brasiliens, bangen müssen. Minderheiten unterliegen meistens den Entscheidungen des dominanten Teils der Gesellschaft und müssen dementsprechende Strategien entwickeln, um ihre Anliegen gegenüber der Gesamtgesellschaft durchzusetzen. Mittels moderner Kommunikationstechnologien haben diese Gruppen nun die Möglichkeit, ihre Angelegenheiten, Beschwerden und eigene Projekte selbst öffentlich bekannt zu machen, während sie früher auf die Hilfe von Ethnolog\_innen, Organisationen oder Menschenrechtler\_innen angewiesen waren. Das Internet verhilft diesen Gemeinschaften sowohl der geographischen (zumindest virtuell) als auch der sozialen Isolation zu entkommen. Indigene Gruppen in der Stadt und in demarkierten Gebieten, aber auch nicht-indigene Gemeinschaften, wie im Fall der Kautschukzapfer-Siedlungen in schwer zugänglichen Gebieten, können auf diese Weise schneller mit der Außenwelt kommunizieren.

Während früher ganze Gruppen unter der staatlichen Bevormundung, Integrationspolitik und Gewalt des Diktatur-Regimes (1964–1985) in Brasilien beinahe vernichtet wurden – und meistens blieben diese Taten der Öffentlichkeit unbekannt –<sup>114</sup> können diese Gemeinschaften heute, wenn sie über einen lokalen Inter-

114 Mehr über Gräueltaten und Misshandlungen an indigene Gruppen in den 1960er Jahren siehe Survival International (2000, 16 ff.).

netzusage verfügen, Gewalttaten, Invasionen oder Ähnliches den Behörden, Organisationen oder Bekannten auf der ganzen Welt melden. So etwa die brasilianischen Ashaninka am Fluss Amônia, die sich von peruanischen Holzfirmer 2004 und ebenfalls derzeit, im September 2011, bedroht fühlten und immer noch fühlen. Innerhalb weniger Minuten verfassten sie eine E-Mail und verschickten diese an die brasilianischen Regierungsbehörden, Organisationen und Solidaritätsgruppierungen auf der ganzen Welt, mit der Bitte um Verbreitung und Unterstützung. Über einen Weblog (<http://apiwtxa.blogspot.com/>), der mit der Unterstützung einer brasilianischen Ethnologin betrieben wird, veröffentlicht die Ashaninka-Vereinigung des Flusses Amônia verschiedene Nachrichten und Mitteilungen, die unmittelbar mit ihrer Gemeinschaft oder den indigenen Selbstbestimmungsrechten zu tun haben.

Vor allem die Funktion der Bekanntmachung und Verbreitung von Informationen durch das Medium Internet darf nicht unterschätzt werden. Es handelt sich wahrscheinlich um eins der wichtigsten Merkmale dieser Kommunikationsform, neben der schnellen Weiterleitung und Erreichbarkeit, wie die Welt in diesem Frühjahr durch den Widerstand in Ägypten erfahren konnte (Kremp 2011). Besonders für die von Exklusion bedrohten Gesellschaftsgruppen stellt das Internet aufgrund der einfachen und erschwinglichen Bedienbarkeit ein wichtiges Kommunikationsmedium dar, Nachrichten oder Anliegen zu verbreiten.

Dennoch verfügen bislang nur wenige indigene Gemeinden in Brasilien über einen Internetzugang. Es ist ein langwieriger Prozess, bis ein Großteil der Gemeinschaften Zugriff auf dieses Kommunikationsmedium hat. Der Zugang zum neuen Medium wird vom brasilianischen Staat oder durch Nichtregierungsorganisationen wie Rede Povos da Floresta (zu Deutsch »Netzwerk der Regenwaldbewohner«)<sup>115</sup> nicht erzwungen. Bei Rede Povos da Floresta beispielsweise entscheiden die Bewohner der Gemeinschaften selbst über den Internetzugang. Mitarbeiter\_innen der Organisation besuchen zuerst die Gemeinschaften oder nehmen Kontakt mit diesen auf und beraten sie über die Nutzung des Internet. Erst wenn die jeweilige Gemeinde sich für die Aneignung dieser modernen Technologie entscheidet, werden die notwendigen Dokumente und Anträge ausgefüllt, damit die Gemeinschaft über alle Geräte verfügt, die zur Nutzung des Internet per Satellit erforderlich sind. Die Zusammenarbeit mit dem Kommunikationsministerium Brasiliens ist essentiell, um das Projekt zu finanzieren.

Trotz des Wunsches indigener Gemeinden, Teil der Kommunikations- und Informationsgesellschaft zu sein, gibt es Widerstand von einigen Nicht-Indigenen Brasiliens, die diesen Schritt eher als eine Gefahr für die Kultur indigener Gruppen betrachten. Meines Erachtens wäre es ein Versuch der Bevormundung, entscheiden zu wollen, ob sie die Technik brauchen oder nicht. Die Entscheidung

115 Webseite der NGO Rede Povos da Floresta: <http://www.redepovosdafloresta.org.br/> (Letzter Zugang: 10.09.2011)

liegt bei den Gemeinschaften selbst. Indigene, mit denen ich sprach, kritisierten, dass die Nicht-Indigenen am liebsten den Indigenen jede Bewegung Richtung Modernisierung verweigern und sie lieber nackt im Urwald und entfernt von den Städten aufbewahren würden. Eine Yawanawá-Frau sagte mir einmal: »Die ›Weißen‹ möchten am liebsten, dass wir in der Zeit stehen bleiben«. Der Ashaninka-Anführer Isaac Piyãko führt aus: »Dieses Kommunikationssystem ist für uns nichts Neues. Es ist die Konsequenz von dem, was bereits vor mehr als vier Jahrhunderten stattfand, als unsere Gruppe das erste industrialisierte Messer aus den Händen des ›weißen‹ Mannes bekam. Seitdem erhöhten sich nur die Folgen der Begegnung und der Einfuhr von Objekten, die nicht zu unserer Kultur gehören, sowie anderer Religionen und Bräuche. Wir lebten nie mehr ganz nach unserer Kultur aufgrund all dieser Einflüsse.« (Fernandes Ferreira 2009, 139)

### **Das Beispiel der Ashaninka des Flusses Amônia**

In meiner Forschung beschäftigte ich mich u. a. mit der Arbeit der NGO Rede Povos da Floresta. In Zusammenarbeit mit der NGO Comitê para a Democratização da Informática (CDI – Komitee zur Demokratisierung der Informatik) initiierte Rede Povos da Floresta 2003 ein Pilotprogramm, das entfernt liegenden Gemeinden Internetzugang ermöglichen sollte. Zunächst wurde im September 2003 Satelliteninternet in vier indigenen Gemeinschaften installiert.<sup>116</sup> Genau zu dieser Zeit begann ich, über die Nutzung des Internet durch indigene Gemeinschaften in Brasilien zu forschen. So konnte ich die Anfangsstadien dieses Aneignungsprozesses untersuchen, nämlich wie die Ashaninka aus dem Fluss Amônia und die Yawanawá des Flusses Gregório das Medium Internet in ihre Gemeinschaften aufgenommen haben. Der Schwerpunkt meiner Forschung lag auf der Untersuchung der Bedeutung des Mediums für diese Gemeinschaften sowie ihren Wünschen und Vorstellungen in Bezug auf die Nutzung dieser Kommunikationsform. Gleichzeitig beschäftigte ich mich mit den Veränderungsprozessen, die in den Gemeinden durch die Einführung dieser Technologie stattfanden. Extrem wichtig ist hier die Anmerkung, dass das Internet bei beiden Gemeinschaften nicht die erste moderne Kommunikationstechnologie war, die sie nutzten (Fernandes Ferreira 2009, 138). Die Yawanawá waren zum Beispiel seit den 1990er Jahren auf der Suche nach einer geeigneten Technologie, um Kontakt mit Verwandten in der Stadt, Behörden oder Organisationen aufrechterhalten zu können. Sie besaßen für kurze Zeit ein Satellitentelefon, gaben dies aber bald aufgrund der ho-

116 Bei den Yawanawá des Flusses Gregório und den Ashaninka des Flusses Amônia sowie in dem Ausbildungszentrum der NGO Comissão Pró-Índio do Acre (CPI/AC – Kommission Pro-Indigene des Bundesstaats Acre) in Acre sowie in zwei weiteren indigenen Gemeinschaften in den Bundesstaaten Minas Gerais und Rio de Janeiro (vgl. Fernandes Ferreira 2009, 79 f.).

hen Kosten wieder auf. Die Ashaninka am Fluss Amônia nutzten bereits seit Ende der 1990er Jahre eine Videokamera, um ihre Kultur zu dokumentieren und eigene Beiträge über ihre Gemeinschaft zu produzieren.<sup>117</sup> Davor setzten die beiden Gruppen, genauso wie auch andere indigene Gemeinden im Bundesstaat Acre, Funkradio zur Kommunikation ein.<sup>118</sup> Der Ashaninka-Anführer Francisco Piyāko erzählt: »Lange Zeit ist es her, in der Zeit meiner Großeltern, da brauchten wir Monate, um eine Nachricht zu bekommen oder zu schicken. Um zu reisen oder eine bestimmte Stelle des Flusses zu erreichen, war zum Teil ein ganzer Monat nötig. Meine Großeltern erzählten mir, wie es damals war. Später kamen Radio, Telefon und das Internet, was vieles für uns und andere Gemeinschaften einfacher machte. Diese Art von Kommunikationsmitteln bedeutet keine Gefahr mehr. Ganz im Gegenteil: diese Kommunikationsmittel nicht zu haben, bedeutet für uns eine Gefahr!« (Fernandes Ferreira 2009, 172)

Francisco Piyākos Worte erlauben eine kleine Vorstellung davon, was Kommunikation für die Gruppe bedeutet. Ohne die modernen Kommunikationsmöglichkeiten waren sie auf die mündliche Überlieferung von Informationen angewiesen. Die Reisenden dienten als Boten der Nachrichten und diese konnten häufig erst nach Tagen überbracht werden. Die Existenz moderner Vernetzungsformen im Bereich der Kommunikation in ihren Gemeinschaften gibt indigenen Gemeinschaften das Sicherheitsgefühl, sich mit Anderen wegen verschiedener Anliegen austauschen zu können. Die primären Besorgnisse der Ashaninka des Flusses Amônia, eine neue Technologie in ihre Gemeinschaft einzuführen, mit der sich die Gruppe bisher noch nicht befasst hatte, wurden mittels der langen Einarbeitung- und Aufklärungsphase in Zusammenarbeit mit der Nichtregierungsorganisation Rede Povos da Floresta überwunden. Die Ashaninka-Lehrer, die sich als erste Personen aus ihrer Gemeinschaft mit der neuen Technologie beschäftigen sollten, wurden ausführlich in der Nutzung eingeführt und über mögliche »Gefahren«, wie zum Beispiel Bekanntgabe und Wirkung von Informationen oder Angriffe durch Hacker, Viren und Trojaner informiert.<sup>119</sup>

Der Vorteil für die beteiligten indigenen Gruppierungen lag beim beschriebenen Pilotprojekt darin, dieses Medium für sie zugänglich zu machen und ihnen so die Möglichkeit zu geben, sich aus der geographischen und sozialen Isolation zu befreien. Nur auf diese Weise und aufgrund der notwendigen finanziellen Unterstützung von außen konnten sich diese und andere Gemeinschaften, die an diesem Projekt heute beteiligt sind, einen Internetzugang aneignen.

117 Dies geschah dank des brasilianischen Projekts Video nas Aldeias (Video in the Villages, <http://www.videonasaldeias.org.br/>), das brasilianischen indigenen Videomachern beibringt, Beiträge über ihre Gemeinschaften selber zu produzieren.

118 Funkradios werden bis heute in den Gemeinschaften eingesetzt. Aufgrund ihrer begrenzten Reichweite findet die Kommunikation jedoch nicht so effektiv statt wie mittels des Internets.

119 Für mehr Informationen siehe Fernandes Ferreira (2009, 130 ff.).

Im Anschluss an das Pilotprojekt erhielt die NGO Rede Povos da Floresta die Unterstützung des brasilianischen Kommunikationsministeriums durch das Projekt GESAC (Governo Eletrônico – Serviço de Atendimento ao Cidadão – Elektronisches Informationssystem der Regierung für Staatsbürger), das als Ziel die digitale Inklusion von Regionen mit einem niedrigen Entwicklungsindex verfolgt. So erweiterte Rede Povos da Floresta seit 2006 das Projekt auf verschiedene indigene und nicht-indigene Gemeinschaften.

## Fazit

Während meiner Forschung (2003–2007) stellte ich fest, wie wichtig moderne Kommunikationsmedien wie das Internet sowohl für indigene Gruppen in Städten als auch in indigenen Gebieten Brasiliens sind. Sie erleichtern einerseits den Kontakt mit Verwandten in Städten oder indigenen Gebieten, mit anderen Gruppierungen, Behörden und NGOs. Andererseits haben die Indigenen die Möglichkeit, sich selbst darzustellen und verfügen somit über eine Möglichkeit, eine selbstbestimmte Medienpräsenz ihrer Kultur voranzutreiben. Das Internet ist für die Indigenen Brasiliens<sup>120</sup> in erster Linie eine Plattform zur Kommunikation und Information. Aber auch in der Freizeit nutzen immer mehr Indigene das Internet und sind präsent in den verschiedenen Online-Plattformen wie Weblogs, Orkut, Youtube, Facebook, LinkedIn und vielen mehr. Dessen ungeachtet muss ich auf die Unterschiede der Lebensformen der verschiedenen indigenen Gemeinschaften Brasiliens hinweisen. Diese können aus Indigenen bestehen, die auf indigenen Gebieten leben, die vom brasilianischen Staat demarkiert worden sind sowie aus Indigenen, die vereinzelt oder in Gemeinschaften in Städten und in deren unmittelbarer Umgebung leben. Desgleichen unterscheiden sich die Lebensformen der Gemeinschaften in ihrer geographischen Entfernung zu anderen Ortschaften. Je weiter eine Gruppierung von einer Ortschaft entfernt liegt, desto schwieriger ist ihr Kontakt mit anderen Gruppen, Institutionen, Behörden und der restlichen Gesellschaft. Im Fall der Ashaninka des Flusses Amônia im Bundesstaat Acre wird das Internet weniger zu privaten Zwecken eingesetzt, da die Nutzungszeit in den abgelegenen Gebieten mit der Einschränkung des Stroms zusammenhängt, der durch Sonnenlicht mittels Photovoltaikanlagen erzeugt wird. Während der Regenzeit im Amazonasgebiet (etwa von Oktober bis April) erschwert die häufig starke

120 Als Indigene bezeichne ich die autochthone Bevölkerung Brasiliens, die Nachkommen der Gruppen, die das Land bereits vor der Ankunft der europäischen Kolonisatoren bewohnten und sich selbst als Indigene bezeichnen. Laut der letzten Volkszählung des brasilianischen Instituts für Geographie und Statistik IBGE (Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística) soll die indigene Bevölkerung Brasiliens etwa 0,40 Prozent der gesamten brasilianischen Bevölkerung ausmachen. Dennoch schwanken die Zahlen zwischen 400 000 und 700 000 Indigenen je nach Informationsquelle (FUNAI, IBGE, CIMI und ISA), was ungefähr 0,2 bis 0,4 Prozent der brasilianischen Bevölkerung entspricht (Ricardo 2000, 15, Fernandes Ferreira 2009, 39).

Wolkendichte den Gewinn von Solarstrom, was die Nutzung von elektronischen Geräten in den jeweiligen Gemeinden einschränkt. Obwohl die meisten Gemeinschaften Dieselgeneratoren zur Stromerzeugung besitzen, ist die Nutzung von solchen Geräten kostspielig und nicht immer möglich. Oft liegt die nächst gelegene Ortschaft einige Bootsstunden von den Gemeinschaften entfernt und bevor ein Gerät mit Diesel eingesetzt wird, berechnen vorher die Nutzer die Kosten und wägen die Notwendigkeit des Einsatzes ab. Dementsprechend werden die elektronischen Geräte meistens nur in dringenden Fällen benutzt.

Modernisierungsprozesse gehören zum Leben indigener Gemeinschaften oder Individuen genauso wie zum Alltag der übrigen Gesellschaft. Wenn indigene Gruppen diese Form von Kommunikationstechnologien benötigen, um sich gegenüber dominanten gesellschaftlichen Akteuren zu behaupten, werden sie dies auch tun. Es ist Teil einer »Empowerment«-Strategie. Nachdem indigene Gruppierungen durch die koloniale und postkolonialen Regierungen massiv unterdrückt und beinahe vernichtet wurden, entschieden sie sich für die Aneignung und Einverleibung von politischen Strategien, Technologien und Handlungsformen der nicht-indigenen Gesellschaft, um sich in dieser behaupten zu können. Dies ist ein kultureller Prozess, der durch mehrere Gesellschaftsgruppen in Gang gesetzt wird. Es handelt sich dabei nicht nur um eine Form, der Mehrheitsgesellschaft eine Antwort zu geben (vgl. Ginsburg/Abu-Lughod/Larkin 2002, 7). Es sind nach Ginsburg (1997) eine Form des kulturellen Aktivismus zur Veränderung von Machtstrukturen und der Versuch dieser Gruppen, aktiv an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen und nicht mehr passiv erleben zu müssen, welche Entscheidungen die nicht-indigene Gesellschaft über sie fällt.

## Literatur

- Fernandes Ferreira, Eliane (2009): Von Pfeil und Bogen zum »Digitalen Bogen«. Die Indigenen Brasiliens und das Internet, Bielefeld.
- Ginsburg, Faye (1997): »From little things, big things grow«: Indigenous media and cultural activism. In: Fox, Richard und Starn, Orin (Hrsg.): *Between resistance and revolution: Cultural politics and social protest*, London, S. 118-144.
- Ginsburg, Faye; Abu-Lughod, Lila und Larkin, Brian (2002): Introduction. In: Ginsburg, Faye; Abu-Lughod, Lila und Larkin, Brian (Hrsg.): *Media worlds: anthropology on new terrain*, Berkeley et al., S. 1-36.
- Kremp, Matthias (2011): Internet-Kampagne. Web-AktivistInnen drohen Ägyptens Regierung. In: *Der Spiegel* (27.01.2011), <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,741990,00.html> (Letzter Zugang: 07.07.2011)
- Ricardo, Carlos A. (2000): *Povos indígenas no Brasil – 1996–2000*, São Paulo: Instituto Socioambiental.
- Survival International (Hrsg.) (2000): *Disinherited Indians in Brazil*, London.

## »Wenn die Medien schweigen, sprechen die Wände«. Gegenöffentlichkeit und Repression in Honduras nach dem Putsch

### Einleitung

»Wenn die Medien schweigen, sprechen die Wände«. Dieses während der Putschwochen in Honduras häufig zu lesende Graffiti bringt uns schon mitten in die Auseinandersetzungen des vorliegenden Beitrages. In Phasen gesellschaftlicher Umbrüche und Krisen, wie sie das zentralamerikanische Honduras seit 2009 erlebt, wird um den Zugang zu Information besonders heftig gerungen. Die Massenmedien des Landes unterstützten unisono die Putschist\_innen, die Präsident José Manuel Zelaya Rosales ob seiner linksreformistischen Politik kurzerhand aus dem Land geschafft und sein politisches Experiment damit jäh beendet hatten. Der sich formierende Widerstand gegen den Putsch sah sich hingegen mit der Herausforderung konfrontiert, das Schweigen der Medien über Widerstand und Repression zu durchbrechen und die honduranische und internationale Öffentlichkeit über ihre Sicht der Verhältnisse im Land zu informieren.

Zugang zu Informationen und die Verfügung darüber ist ein Schlüssel gesellschaftlicher Handlungs- und Gestaltungsmacht. Information wird in den Köpfen ihrer RezipientInnen zu Realität. Dadurch schafft sie sichtbare und unsichtbare Räume und definiert diese gleichzeitig. Nur darüber, was uns als Information bekannt ist, können wir sprechen. Information schafft benennbare Realitäten einerseits und außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung stehende »Randzonen« andererseits, Räume des Sprechens und Räume der Sprachlosigkeit. Das Kaleidoskop öffentlicher Wahrnehmung dreht sich genauer gesagt im Wesentlichen um *Begriffe*. Nicht nur, *dass* wir über etwas sprechen, sondern vor allem mit welchem Vokabular, mit welchen Begriffen wir darüber sprechen, ist wesentlich für die einzelnen Positionen, die den Beteiligten im Diskurs zukommen. Ob Mordopfer beispielsweise als Opfer von Alltagskriminalität oder von politischen Morden bezeichnet werden, bedeutet jeweils völlig unterschiedliche diskursive Möglichkeiten für die potentiell Gefährdeten. Im ersten Fall lässt sich lediglich ein Sicherheitsdiskurs bemühen, im Zweiten geht es um Fragen politischer Repression und Menschenrechte. Melucci stellt daher zu Recht fest: »Die Macht der Information ist im Wesentlichen die Macht der Benennung« (Melucci 1996, 226 [Orig.: power of naming, Übers. Verf.]).

Mit dem Putsch am 28. Juni 2009 begann in Honduras ein regelrechter Informationskrieg, ein Ringen um Begriffe und Subjektpositionen, um Repräsentation



und Deutungshoheit. In diesem Ringen erfährt die »power of naming« ihre Grenzen wiederum durch die jeweilige Ausprägung des öffentlichen Raumes selbst. Ein öffentlicher Raum ist ein ideologischer Raum mit einer sozial begrenzten Reichweite, welche bestimmt ist durch Sprache, Medium, Genre etc. (Warner 2002, 117). In diesem Raum entscheiden institutionalisierte Machtformen (wie beispielsweise das Mediensystem) über die jeweilige Handlungsfähigkeit einer Öffentlichkeit, und damit auch darüber, welche Öffentlichkeit ihren Diskurs eher als andere, als dominanten, als *den* öffentlichen Diskurs etablieren kann. Die Botschaften von Öffentlichkeiten, denen dieser Raum verwehrt bleibt, kann man in Anlehnung an das oben zitierte während der Putschmonate in Honduras häufig zu findende Graffiti nur von den Wänden ablesen.

Öffentlicher Raum als »Raum für Wörter, Raum für Benennungen« (Melucci 1996, 221, [Übers. Verf.]) wird in Konsequenz hier als umkämpfter Raum konkurrierender Öffentlichkeiten verstanden, konkret die sich formierende Gegenöffentlichkeit der Widerstandsbewegung gegen den Putsch einerseits und der dominanten Öffentlichkeit der Putschisten andererseits. Öffentlichkeit transzendiert die Grenzen von Nationalstaatlichkeit und Parteiensystemen, bildet aber doch einen Teil des politischen Systems. In ihr wird verhandelt, was zur *Polis* und was zur privaten Sphäre gehört, um die Sichtbarmachung von Subjektpositionen gekämpft und gesellschaftliche Widersprüche artikuliert. So besteht das Anliegen von Gegenöffentlichkeiten häufig darin, vermeintlich als »privat« Begriffenes als »politisch« wahrnehmbar zu machen. Dieser Beitrag veranschaulicht dies anhand des Kampfes des Widerstandes, die Morde an ihren Aktivist\_innen nicht als gewöhnliche Kriminalität, sondern als politische Repression zu benennen.

Gegenöffentlichkeiten stellen den umfassenden Wahrheitsanspruch und die Totalität der dominanten Öffentlichkeit in Frage. Die sozialen Praxen von Gegenöffentlichkeiten weichen von den Prämissen der dominanten Öffentlichkeit ab, brechen diese häufig bewusst und zeichnen sich außerdem durch einen mehr oder weniger starken Protestcharakter aus (vgl. Warner 2002, 113; Spehr 2002, 1). Durch vielfältige Kommunikationsformen grenzt sich Gegenöffentlichkeit bewusst von der dominanten Öffentlichkeit ab und fordert Räume der Repräsentation ein, die im hegemonialen Diskurs verschlossen bleiben.

Für unser Thema, die Folgen des Putsches in Honduras, bedeutet dies, zu untersuchen wie sich die Widerstandsbewegung angesichts der Mediensperre in den Monaten nach dem Putsch artikuliert. Welche Kommunikationsformen und Diskurse bediente sie, um ihrer Version der Ereignisse angesichts der Nichtrepräsentation innerhalb der dominanten Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen?

Im Spannungsfeld zwischen medialer Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit ist außerdem bestimmend, welche Spielräume das jeweilige Mediensystem zulässt. »Mediensysteme zu betrachten bedeutet, die politischen, ökonomischen, rechtlichen und technologischen Aspekte von Medien in ihrem Zusammenwirken zu analysieren« (Thomaß 2007, 18). Öffentlichkeiten unterliegen damit den

materiellen und institutionellen Bedingungen, in die sie eingebettet sind (Warner 2002, 67).

Besonderes Augenmerk legt dieser Beitrag daher auf die Verschiebungen innerhalb des honduranischen Mediensystems durch den Putsch und deren Auswirkungen auf Öffentlichkeiten bzw. *die* (dominante) Öffentlichkeit im Land.

Die demokratischen Qualitäten eines Mediensystems müssen sich daran messen lassen, welchen Raum es sozialen AkteurInnen für deren eigene Repräsentation zugesteht. Demokratie bedeutet so betrachtet unter anderem die Freiheit, Identitäten in einem vor Repression und Kontrolle geschützten sozialen »öffentlichen Repräsentationsraum« (Melucci 1996, 219, [Übers. Verf.]) zu zeigen und zu leben.

Nach diesen knappen einleitenden Ausführungen wird ein kurzer medienhistorischer Abschnitt ein Verständnis der konfliktiven Realitäten Honduras leisten, um dann mit einer Vorgeschichte des Putsches in die ereignisreiche aktuelle Periode der Geschichte des Landes einzusteigen. Diese selbst unterscheide ich hier in drei Phasen: erstens die Amtszeit Zelayas, die von der zweiten Phase, dem Putschregime unter Roberto Micheletti beendet wurde. Diese fünfmonatige Periode wiederum fand ihr Ende mit den Wahlen im November 2009, welche die umstrittene Amtszeit von Profirio Lobo Sosa von der rechten *Partido Nacional* einläuteten.

## **Mediensystem und Gegenöffentlichkeit in Honduras**

Die erste Radiostation des zentralamerikanischen Landes, »HRV – La Voz Trópica« wurde 1921 durch die *United Fruit Company* gegründet, was die Problematik der Außenabhängigkeit des Landes fast schon ironisch vor Augen führt. Ihr Moderator, Rafael Ferrari, wird später einen der mächtigsten Medienkonzerne des Landes führen, die *Compañía Televisora Hondureña, S. A.* (Kreussler 2008, 19). Dass es in der Enklavenökonomie, die jahrzehntelang von einer Militärdiktatur regiert wurde, nicht gerade eine breit gefächerte publizistische Öffentlichkeit gab, liegt nahe. Trotzdem werden heute in Honduras vier große Tageszeitungen publiziert, die ihre Leser\_innenschaft vor allem in den zwei größten Städten des Landes, Tegucigalpa und San Pedro Sula haben. Für die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung hingegen blieb das Radio lange Zeit das Medium erster Wahl, Analphabetismus und schlechte ländliche Infrastruktur gaben ihm den Vorzug vor Printmedien und Fernsehgeräten. Die meisten der über 700 im Land registrierten Stationen sind Basisradios, unerlässlich für die lokalen Gemeinschaften und identitätsstiftend in deren Auseinandersetzung mit Marginalisierung und Armut (Calderón 2007, 6). In jüngerer Zeit hingegen erlebte das Fernsehen eine rasante Expansion. Mittlerweile verfügen beinahe ebenso viele Haushalte über einen Fernsehanschluss wie über Radio (Daten von CONATEL 2011). Diese Expansion

des Fernsehens ist unter anderem auf einen gestiegenen Konsum zurückzuführen, der sich wiederum mit einem Entwicklungsmodell erklären lässt, in welchem die *remesas*<sup>121</sup> eine zentrale Rolle spielen. Trugen diese *remesas* 2001 noch 6,1 Prozent zum BIP bei, lag ihr Anteil 2006 schon bei 21,3 Prozent (BCH 2011), um unter der Regierung von Zelaya wieder zu sinken. Während durch Förderung der Migration so einerseits der Konsum ausgedehnt werden konnte, wurden andererseits bedeutende Umwälzungen des Mediensystems vorgenommen. Dessen ohnehin schon ausgeprägte Oligopolstruktur festigte sich 1995 durch die Entmachtung der staatlichen Telekommunikationsbehörde HONDUTEL zusätzlich, da das außenorientierte Entwicklungsmodell wenig inländische Kapazitäten schuf und die Behörde seine Hand nicht mehr »schützend« über den Sektor hielt. Hatte HONDUTEL gemäß dem Telekommunikationsgesetztes von 1977 noch den Auftrag, den Telekommunikationssektor als einen Bereich öffentlichen Interesses zu schützen, bringt die an ihre Stelle tretende CONATEL eine den Zeichen der Zeit entsprechende Privatisierungsagenda auf den Plan (Kreussler 2008, 24). Der Sektor wurde dem öffentlichen Bereich entrissen, beschleunigte Konzentration der Besitzverhältnisse war die Folge. Heute teilen sich wenige Eigentümer\_innen den Umsatz, unter ihnen Namen wie Jaime Rosenthal, Rafael Ferrari oder Carlos Flores Facussé. Sie gehören gleichzeitig zu den größten privaten InvestorInnen der zentralen Wirtschaftsektoren des Landes. Ihre Kapitalien liegen im Bankensektor, der Agrarindustrie, der *Maquila*industrie, dem Energiesektor oder in Tourismusprojekten. Jeder dieser Sektoren ist durch Institutionen wiederum aufs engste mit dem Staatsapparat verbunden (Calderón 2007, 17). Dieses klientelistische Netzwerk aus Investor\_innen, Medienbesitzer\_innen und Teilen des Staatsapparates dominiert den öffentlichen Diskurs und damit die Grenzen des Sagbaren. Gleichwohl kam es schon in den 90ern zu einer erhöhten sozialen Konfliktivität und Mobilisierungen (Sosa 2010). Unter der von Carlos Flores geführten Regierung (1998–2001) verschärfte sich der Widerspruch zwischen diesen Bewegungen und den Versuchen, sie stumm zu halten. Das Pendel schlug zurück: vier der unzähligen unter Flores suspendierten, bedrohten und verfolgten Journalist\_innen legten 2001 bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission Klage ein und gründeten das *Comité por la Libre Expresión en Honduras (C-Libre)*. *C-Libre* dokumentiert seither Verletzungen des Menschenrechts auf freie Meinungsäußerung und Angriffe auf die Pressefreiheit, thematisiert den repressiven Umgang mit Gegenöffentlichkeiten und stellt die Legitimität der etablierten und dominanten Öffentlichkeit damit grundlegend in Frage.

Den rechtlichen Rahmen des Mediensystems in Honduras bildet in erster Linie die Verfassung. Bei allem berechtigten Zweifel über deren tatsächlichen demokratischen Gehalt<sup>122</sup> schützt sie das Recht auf freie Meinungsäußerung in den Artikeln

121 Überweisungen von im Ausland arbeitenden emigrierten Verwandten und Bekannten.

122 Noch immer sind die Privilegien der Militärs und deren Autonomie in Sicherheitsfragen durch die Verfassung weitgehend geschützt (Ruhl 1996, 38).

72 und 74. Artikel 73 verbietet die Beschlagnahme oder Schließung von Medien und deren Infrastruktur. Im Strafrecht war lange Zeit vor allem der Artikel 345 relevant, der die »Herabsetzung oder Beleidigung von Amtspersonen« mit Gefängnisstrafen bedrohte. 2005 gestrichen (FH 2010, 125), sollte sich der Artikel für die Putschregierung 2009 doch als unentbehrlich erweisen und in ähnlicher Form vermittels Dekret 124-2009 wiederkehren (CIDH 2010, 10).

Unter diesen Voraussetzungen versuchen verschiedene sozial marginalisierte Gruppen und Bewegungen ihrer Subjektposition Ausdruck zu verleihen, ihren Realitäten in dem von enormer Ungleichheit und Armut gezeichneten Land ein Gesicht zu geben. Die größte Bedeutung für die Schaffung von Gegenöffentlichkeit hat dabei das Radio.

Wiewohl diese Gegenöffentlichkeiten oft auch als »new publics« bezeichnet werden (Costa 2004, 17), reicht ihre Geschichte häufig weit in die Vergangenheit sozialer Kämpfe zurück. *Radio Progreso* etwa, ein Basisradio im Norden des Landes, ging 1970 erstmals *on air*. Seine Empathie für den Kampf der Bäuer\_innenbewegung trug ihm schon 1979 eine dreimonatige Schließung durch die Militärregierung ein. In den 90ern sah es sich mit harter Aggression lokaler Unternehmer\_innen konfrontiert, da es sich die Arbeitsverhältnisse in der *Maquiladora*-Industrie auf die Agenda gesetzt hatte. Es versteht sich als partizipatives Radio und spielt selbst produzierte Sendungen von Graswurzelorganisationen, Frauenorganisationen, Bäuer\_innen und Gewerkschafter\_innen (ERIC-SJ 2010). Getragen wird es heute von der jesuitischen NGO *Equipo de Reflexión, Investigación y Comunicación* (ERIC-SJ), die 2010 ihr dreißigjähriges Bestehen feierte und neben dem Radio auch noch eine Quartalszeitschrift (*Envío*) und eine Monatszeitschrift (*A Mecate Corto*) veröffentlicht.

Neben *Radio Progreso* betreiben im Norden des Landes auch die *Garifuna*, eine ethnische Minderheit mit afrikanischen Wurzeln, eine Radiostation namens *Radio Faluma Bimetu*. Sie kämpfen damit gegen die ihre Gemeinden bedrohenden Tourismusprojekte und die Einrichtung der im Jänner 2011 durch die Regierung von Porfirio Lobo Sosa beschlossenen »Speziellen Entwicklungszonen« (Unterberger 2011a; Volonté 2011). Im Süden Honduras bietet seit April 2010 *La Voz de Zacate Grande*, ein Basissender der lokalen BäuerInnenbewegung, den zweifelhaften Besitzansprüchen des Agroindustriellen Miguel Facussé auf ihr Gemeindeland die Stirn. Die Widerstandsbewegung gegen den Putsch *Frente Nacional de Resistencia Popular* (FNRP) selbst produziert auf *Radio Globo* ihr eigenes Programm, *La Voz de la Resistencia*. Die mittlerweile von Finanzierungsschwierigkeiten bedrohte tägliche Sendung verzeichnete 2010 landesweit die höchsten Einschaltquoten unter allen Programmen und wurde von zahlreichen Lokalsendern übernommen.

## Aufbruch unter Zelaya

Die Bühne der Weltöffentlichkeit betrat Honduras durch den ersten erfolgreichen rechten Putsch Lateinamerikas im 21. Jahrhundert, der das linksreformistische Projekt José Manuel Zelaya Rosales zu einem jähen Ende brachte. Zelaya wurde 2005 als Kandidat der *Partido Liberal* mit einem moderaten Programm zum Präsidenten gewählt, und stellte ab 2006 die soziale Frage in den Mittelpunkt seiner Legislaturperiode. Er hob den Mindestlohn um 60 Prozent an, initiierte ein Alphabetisierungsprogramm, machte die Hochschulen frei zugänglich und führte kostenlose Schulspeisung ein (Brevé 2009; Molina 2007, 1; Gobierno del Presidente José Manuel Zelaya Rosales 2009, 4).

Privatisierungsprogramme im Gesundheits- und Energiesektor wurden gestoppt (Calix 2010, 414), eine Niedrigzinspolitik stimulierte Investitionen im Land und verhinderte eine Währungsabwertung (Briceño 2010, 177). Zusätzlich wurden Förderprogramme für kleine und mittelständische Unternehmen ins Leben gerufen.

Obwohl Zelaya mit dieser Politik den sozialen Bewegungen sehr nahe stand, bedurfte es doch deren permanenten Drucks, um den Reformprozess lebendig zu halten. Als Abkömmling der Viehzuchtoligarchie verkörperte er in keiner Weise den Linksextremisten, den seine GegnerInnen in ihm sehen wollten. Im Gegenteil: er schloss Freihandelsverträge etwa mit Chile und Taiwan ab, auch mit der EU führte er Verhandlungen (ebd.). Sein Programm entsprach dem einer neuen Wachstumsstrategie durch Binnenmarktorientierung und regionaler Integration. Weit davon entfernt, private Initiative einzuschränken, wurde der Erfolg seines Richtungswechsel durch ein Wirtschaftswachstum von sieben Prozent und gestiegenen Investitionen bestätigt (ebd.; Unterberger 2011b).

Sein Reformkurs nahm zudem einen zentralen Schwachpunkt der honduranischen Politik ins Visier: die Verfassung des Landes. Zelaya erließ schon wenige Tage nach Amtsantritt ein Gesetz zur »BürgerInnenbeteiligung« (La Gazeta 2006, 1). Es ermöglichte durch die Instrumente des Plebiszits und des Referendums eine Stärkung öffentlicher Kontrolle und der Zivilgesellschaft. Wirklicher Meilenstein aber hätte eine Verfassungsgebende Versammlung werden sollen, die zum Ziel hatte, den sozialen Reformprozess im Verfassungsrang zu verankern. Als Zelaya aber die Bevölkerung befragen wollte, ob diese über die Einberufung einer solchen Versammlung abstimmen möchte oder nicht, war für die traditionellen Eliten des Landes der Bogen überspannt. Am Tag der geplanten Befragung, dem 28. Juni 2009, putschten das Militär und die politische Rechte, Zelaya wurde aus seinem Wohnsitz entführt und nach Costa Rica geflogen.

## P wie »Partizipation«... und »Putsch«

Der Putsch kam keineswegs aus heiterem Himmel. Die hohe soziale Konfliktivität und die schwache Legitimität der traditionellen Institutionen und Parteien ergaben eine Mischung, die schon zuvor als hochexplosiv bekannt war (Gonzales/Kmaid 2008, 36). Zelaya versuchte, sich in diesem Klima mit einer Gratwanderung zwischen den Interessen der InvestorInnen einerseits und denen der sozialen Bewegungen auf der anderen Seite. »Sein Diskurs, wenn man ihn ideologisch einordnen möchte, war der eines Liberalen, der erkannt hatte, dass der Markt nicht fähig war die gesamte Gesellschaft zu integrieren, und folglich ein durch Bürgerbeteiligung [Anm.: *participación ciudadana*] dynamisierter Staat eine Verteilungsfunktion erfüllen müsse, um die soziale Kluft zu schließen.« (Calix 2010, 416).

Doch es sollte ihm nicht gelingen, das Land zu einen und die Wogen zu glätten. Die Eliten misstrauten seiner ausgestreckten Hand, die Massenmedien des Landes boykottierten die neue Regierung. Auf diesen Medienboykott reagierte Zelaya wiederum mit verordneter Berichterstattung über die Reformen seines Kabinetts und wurde damit selbst Teil des Konflikts (CIDOB 2011). Ab 2008 brachte er einen eigenen Fernsehkanal gegen die Übermacht der privaten Massenmedien in Stellung. *Canal 8* mit dem Beinamen *Red Informativo del poder ciudadano* [übersetzt etwa »Informationsnetz für Bürgermacht«] und eine gratis Wochenzeitung mit dem Titel *Poder Ciudadana* sollten die mediale Schiefelage ausbalancieren. Als Honduras im Oktober 2008 dem Kooperationsabkommen ALBA-TCP<sup>123</sup> beitrug, schlug das Misstrauen der privaten Medien in offene Feindschaft um. Einem »medialem Terrorismus« gleich (Calderon 2010, 24) wurde die Regierung dämonisiert und in Kalter Kriegsrhetorik die kommunistische Gefahr beschworen. In einem derart aufgeheizten Klima suchte Zelaya verstärkt Stütze bei den sozialen Bewegungen. Er bediente sich deren Terminologie und lehnte sich diskursiv an ihren Kämpfen an (Briceño 2010, 176). Sein Prinzip der Bürger\_innenbeteiligung und ein Transparenzgesetz erfüllten alte Forderungen verschiedener Basisorganisationen und NGO's an einen korrupten Staat. Zelaya stärkte damit einerseits die Subjektposition der Bewegungen, andererseits hingegen bedrohte er deren Autonomie über ihren eigenen Diskurs. Dementsprechend ambivalent begegnete ihm diese auch. Harte Kritik etwa an der mangelhaften Umsetzung des Gesetzes oder der Unterfinanzierung des öffentlichen Bildungswesens (Molina 2008, 2) wechselten mit kritischer Solidarität. Als aber ein sozialer Wandel spürbar wurde und Zelaya die Oligarchie des Landes immer offener herausforderte (CIDOB 2011), begannen die Bewegungen, die sich öffnenden »Möglichkeitenfenster« zu nutzen. Die seit 2006 stattfindenden Gespräche zwischen Zelaya und

123 Bolivarianische Allianz der Völker unseres Amerikas – Handelsvertrag der Völker [Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos].

der Bäuer\_innenorganisation *Movimiento Unificado de Campesinos de Aguan* (MUCA) im Landkonflikt in Bajo Aguan etwa endeten im Juni 2009 mit der weitgehenden Erfüllung der Forderungen der Organisation, der Indigenenverband COPINH erreichte ein Verbot von Minen unter freiem Himmel und den Stopp von Staudammprojekten und Flusskonzessionierungen (Unterberger 2011a).

Eben diese wachsende Beteiligung sozialer Bewegungen am politischen Alltag in Honduras ließ die Eliten des Landes nervös werden. Auf die Eroberung von »öffentlichen Repräsentationsräumen« durch die ehemals kaum wahrgenommen und nun derart unbequem gewordenen »Randerscheinungen« eines auf neoliberalen Paradigmen basierenden Entwicklungsmodells reagierten sie mit der Schließung des Systems insgesamt, einer radikalen Umwälzung der Spielregeln und Parameter. »Was hat diesen Putsch provoziert?«, fragt sich die kanadische Menschenrechtsaktivistin Jennifer Moore: »Die Organisierung und Partizipation der Basis.« (Magoulas 2009).

## **Mediensystem und Gegenöffentlichkeit im Putsch**

Als am 28. Juni 2009 Militärs das Haus von Präsident Zelaya stürmten, ihn festnahmen und nach einem Zwischenstopp am US-Luftwaffenstützpunkt Palmerola nach Costa Rica ausflogen, sollte die Hoffnung auf einen demokratischen Wandel im Land fürs erste enttäuscht worden sein. Ein gefälschtes Rücktrittsschreiben Zelayas ermöglichte die Ernennung des damaligen Parlamentspräsidenten Roberto Micheletti zum Präsidenten. In Verletzung internationalen und nationalen Rechts verhängte dieser schon am 28. Juni den Ausnahmezustand und eine Ausgangssperre. Der sich spontan formierende Widerstand gegen den Putsch sollte damit schon im Keim erstickt werden. Die sozialen Bewegungen aber reagierten auf die Schließung des Systems mit der Bündelung ihrer Kräfte in der schon wenige Tage nach dem Putsch gegründeten *Frente Nacional contra el Golpe de Estado en Honduras* (FNGH) (UNO 2010, 6; CIPRODEH u. a. 2009; CIDH 2009). Die von dem massiven Widerstand völlig überraschte Putschregierung antwortete wiederum mit Gewalt.

Gegen den Protest auf der Straße wurde hart vorgegangen, verhaftete DemonstrantInnen wie Pedro Madgiel Muñoz tauchten Tage später ermordet wieder auf, den Körper zerschunden von der Folter (CIDH 2009, 62).

Um den Widerstand zum Schweigen zu bringen, wurden auch eine Reihe oppositioneller Kommunikationsmedien und Journalist\_innen angegriffen und bedroht, wobei es die Radiostationen am härtesten traf. *Radio Progreso* wurde schon am 28. Juni 2009 vom Militär besetzt und abgeschaltet. Auch bei *Radio Globo*, *Canal 36* und *Radio La Catracha* klopfte das Militär an (CIDH 2010, 8). Kritische Berichterstattung hatte Drohungen, Verfolgung und Gewalt zur Konsequenz. Nahún Palacios, Direktor des Fernsehsenders *Canal 5* in Aguán, erzählte nach-

dem er aus der Haft freigekommen war: »Ich fühle mich gedemütigt. Sie zerrten meine Kinder mit vorgehaltener Waffe vor die Tür, machten mein Haus dem Erdboden gleich, beschlagnahmten mein Auto. Nachdem sie mich entführt hatten, wurde ich bedroht. [...] Meine Ausrüstung wurde mir nur unter Bedingungen wieder zurückgegeben.«<sup>124</sup> *C-Libre und die Fundación Democracia sin Fronteras* (2009, 2) zählten in den fünf Monaten der de-facto Regierung von Micheletti 127 Fälle von Verletzungen des Menschenrechts auf Redefreiheit und Zugang zu Information. Zusätzlich zu illegalen Festnahmen, Entlassungen, Todesdrohungen, Beschlagnahmungen und Mord wurden auch etablierte Radiosender gezwungen, kritische Programme einzustellen. So geschehen etwa mit der Sendung »Stimmen gegen das Vergessen« auf *Radio America*. Das Programm wurde vom »Komitee der Angehörigen Verschwundener und Verhafteter Honduras« (COFADEH) produziert, deren Präsidentin Bertha Oliva Trägerin der niederländischen »Menschenrechtstulpe« ist.

Im September 2009 holte die Putschregierung zu einem Rundumschlag gegen kritische Medien aus. Dekret 016-2009 beauftragte die staatliche Telekommunikationsbehörde CONATEL, gegen Kommunikationsmedien vorzugehen, welche sich eines der folgenden Vergehen schuldig gemacht hätten: »Publikationen zu veröffentlichen, die in schriftlicher oder auditativer Form die Menschenwürde oder die Würde von öffentlichen Funktionären verletzen, sich gegen das Gesetz oder Regierungsresolutionen wenden, oder in irgendeiner Form gegen den Frieden und die öffentliche Ordnung sind.« (La Tribuna 2009). CONATEL wurde autorisiert, mit Polizei- und Militärgewalt die Suspendierung betroffener Kommunikationsmedien durchzusetzen. Die dekretierte Abschaffung der Meinungsfreiheit und Autorisierung der Verletzung der Verfassung (Artikel 73) komplettierte die Schließung der öffentlichen Sphäre seit dem Putsch. Tatsächlich wurden nur wenige Tage darauf kritische Sender wie *Radio La Catracha*, *Cholusat Radio Sur* und *Canal 36* abgeschaltet. Am 28. September stürmten 260 Soldaten die Räumlichkeiten von *Radio Globo*, die dort anwesenden Journalist\_innen flohen ob des Schreckens über die Feuerleiter. Ohne einen Durchsuchungsbefehl oder eine richterliche Anordnung wurden die Geräte des Senders beschlagnahmt, das Gebäude blieb mehrere Tage vom Militär besetzt (CIPRODEH u. a. 2009). Die einer demokratischen Gewaltenteilung Hohn spottende nahtlose Zusammenarbeit zwischen der Regierung, dem Parlament, der Behörde CONATEL und den Vollzugsorganen verdeutlicht die Hast und auch Entschlossenheit, mit der die Eliten des Landes zum Angriff gegen die Sprachrohre des Widerstandes ausholten. Miguel Angel Rodas, damaliger Präsident von CONATEL, übertraf als dessen Speerspitze im Kampf gegen oppositionelle Medien beinahe noch den Eifer Michelettis. Im Juli 2011 sollte der langerwartete Bericht der im Mai 2010 eingesetz-

124 <http://www.elpregon.org/v2/elmundo/americalatinau/2352-asesinan-al-director-de-televisora-hondurena-del-aguan-> (Zugriff: 10.01.2011).



ten Wahrheits- und Versöhnungskommission feststellen, dass »[...] die Repression gegen Kommunikationsmedien eine systematische und Resultat einer vorangegangenen Planung war.« (CVR 2011, 367). Das Vorgehen der Behörde CONATEL bezeichnet der Bericht als illegal und von dem bloßen Interesse geleitet, unabhängige Berichterstattung zu verhindern.

Vergleichbare Methoden, wie sie das Regime Michelettis einsetzte, sind nur aus der Zeit der Militärdiktatur bekannt (C-Libre 2009, 7). Den Zusammenhang zu dieser herzustellen war ein wichtiges Element in der Kommunikationsstrategie des Widerstandes: »Radio Progreso informiert mit einem Format, das im Speziellen jungen Menschen hilft, zu verstehen, was ein politischer Militärputsch bedeutet, da es seit 1980 keinen mehr gegeben hat.« (Eric-SJ 2010, 3). Während das Wissen um die eigene Geschichte für die eine Seite Handlungsmacht bedeutete, war die andere Seite durch das Verwischen der Geschichtsspuren bemüht, Ohnmacht herzustellen. Die de-facto-Regierung versuchte, die Ereignisse unter dem Terminus »Präsidentennachfolge« zu verkaufen und ihnen damit den Beigeschmack der Diktatur zu nehmen. Die »Stimmen gegen das Vergessen« (so der Titel der Radiosendung von COFADEH) waren da lästige Zerrtöne in der Harmonie der »Rechtsstaatlichkeit«.

Zu Beginn schien das Putschregime damit allerdings auch erfolgreich zu sein. Die etablierten Fernsehsender spielten Zeichentrickfilme, während Polizei und Militär auf der Straße Demonstrationen in Tränengas erstickten und selektiv Aktivist\_innen des Widerstandes verschwinden ließen. Auch die internationalen Medien zogen mit. CNN änderte seine Signatur von »Putsch in Honduras« in »Erzwungene Nachfolge in Honduras«, die spanische Tageszeitung *El País* sprach von der »Absetzung Zelayas« und übernahm die Konstruktion Michelettis, der die »Absetzung« als Konsequenz illegaler Wiederwahlaspirationen des »Ex-Präsidenten« darstellte (Proaño 2009, 4). Auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung<sup>125</sup> stellte die »Absetzung« Zelayas in einen Zusammenhang mit von Micheletti behaupteten »Delikten«. Schlussendlich verglich das Blatt den Sturz des Präsidenten mit dem »[...] des ecuadorianischen Präsidenten Abdalá Bucaram, der 1997 vom Parlament abgesetzt wurde, indem er für geistig unzurechnungsfähig erklärt wurde [...]« (ebd.) und wunderte sich über die Solidarität, die Zelaya im Gegensatz zu Bucaram zukam.

Die Widerstandsbewegung und das exilierte Kabinett Zelayas hingegen standen vor der Aufgabe, in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit um ihre Interpretation der Ereignisse als einem Bruch mit der Verfassung von 1982 und einem Putsch zu kämpfen. Die mittlerweile über 60 Organisationen und Initiativen umfassende, in *Frente Nacional de Resistencia Popular* (FNRP) umbenannte Widerstandsplattform kommunizierte auf vielfältigen Wegen mit der honduranischen

125 Url: <http://www.faz.net/-00yszw> (Zugriff: 10.05.2010).

und internationalen Öffentlichkeit. Als Konsequenz auf die Schließung des Mediensystems griff sie auf alternative Ausdrucksformen zurück. Neben landesweiten und lokalen Demonstrationen und Streiks spielte Kultur eine wichtige Rolle in ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Die *Artistas en Resistencia* (Künstler\_innen im Widerstand) traten als Teil der FNRP dem Stillschweigen der Medien über die Repression durch Graffitis, Widerstandskonzerte, Fotobroschüren und Aktionskunst entgegen. »Wenn die Medien schweigen, sprechen die Wände« ist durchaus im sprichwörtlichen Sinn zu verstehen. Graffitis dienten der Kommunikation im Widerstand, kündigten Demonstrationen an und machten die Namen getöteter Aktivist\_innen bekannt. Ab August 2009 sendete »La Voz de la Resistencia« in einem täglichen Programm auf *Radio Globo*, und während dieses suspendiert war, über Internet. Die von Felix Antonio Molina<sup>126</sup> moderierten Sendungen dienten nicht nur der Information der Bevölkerung, sondern gleichzeitig der Organisation und Mobilisierung. Sie bildeten damit Teil eines reziproken Informations- und Austauschnetzwerkes, formten eine Gegenöffentlichkeit gegen den Putsch. Die Schließung von Radio Globo bedeutete konsequenterweise auch einen Einbruch in der Mobilisierungsfähigkeit der FNRP (Calderon 2010, 26)

Ins Ausland gelangte Berichte, die sich von der offiziellen Version des Regimes abhoben, vor allem durch ein zufällig anwesendes Filmteam des damals in Honduras noch relativ unbekanntes Nachrichtensenders *TeleSur*<sup>127</sup>. Ursprünglich im Land um eine Reportage über die geplante Volksbefragung zu drehen, berichteten sie ab dem 28. Juni live von den ersten Tagen. Der Putsch wurde schlussendlich als solcher auch international verurteilt. Eine der wenigen Ausnahmen bildeten die USA, die in ihren offiziellen Kommentaren den Begriff »Putsch« tunlichst vermieden. In einem inoffiziellen aber im November 2010 von Wikileaks öffentlich zugänglich gemachten Bericht<sup>128</sup> von Hugo Llorens hingegen, dem US-Botschafter in Honduras, findet dieser sehr klare Worte und bezieht sich mehrmals auf die »Illegalität des Putsches«, nicht ohne seine Sympathie für die Absetzung Zelayas klar zu stellen. Juristisch sollte der Bericht der Wahrheits- und Versöhnungskommission (CVR 2011, 202) im Juli 2011 endgültig klarstellen, dass die Ereignisse um den 28. Juni 2009 nichts anderes als einen »Putsch« dargestellt hätten. Den Anstrengungen der FNRP kommt in diesem Erfolg abseits juristischer Plänkeleien um internationales Recht eine wesentliche Rolle zu. Die Benennung von historischen Ereignissen und deren jeweilige in der Öffentlichkeit etablierte

126 Ein Interview mit ihm zum einjährigen Jubiläum des Radios findet sich unter: [Url: http://nicaraguaymasespanol.blogspot.com/2010/08/felix-antonio-molina-la-voz-de-la.html](http://nicaraguaymasespanol.blogspot.com/2010/08/felix-antonio-molina-la-voz-de-la.html) (Zugriff: 25.11.2010).

127 TeleSur ist ein multistaatlicher Satelliten-Nachrichtensender, an dem die Regierungen von Venezuela, Argentinien, Bolivien, Ecuador, Kuba, Nicaragua und Uruguay beteiligt sind. Er hat sich der Integration, Einheit und Selbstbestimmung Lateinamerikas verschrieben und versteht sich als Gegengewicht zu privaten Fernsehstationen wie CNN.

128 Der Bericht ist online verfügbar unter: [Url: http://www.elheraldo.hn/Pa%C3%ADs/Ediciones/2010/11/28/Noticias/Informe-secreto-que-Llorens-envio-a-Washington-sobre-la-crisis-politica-en-Honduras](http://www.elheraldo.hn/Pa%C3%ADs/Ediciones/2010/11/28/Noticias/Informe-secreto-que-Llorens-envio-a-Washington-sobre-la-crisis-politica-en-Honduras) (Zugriff: 10.12.2010).

Interpretation entscheiden über Legitimität oder Illegitimität von Akteur\_innen, damit über Handlungsmacht und Aktionsrahmen. So machten beispielsweise erst die enormen Anstrengungen des Widerstandes, die auch im Bericht der CVR (2011, 309) festgestellten Fälle von außergerichtlichen Exekutionen unter Micheletti als Opfer politischer Repression anzuerkennen, diese erst öffentlich als solche sichtbar. Im sprichwörtlichen Sinn bedeutete daher den Opfern politischer Repression einen Namen zu geben, die Repression »benennbar« zu machen und als solche zu thematisieren.

Nachdem sich die Bezeichnung »Putsch« gegenüber dem von den Medien verfochtenen Terminus »Präsidentennachfolge« durchgesetzt hatte, gingen die Putschist\_innen dazu über, unter dem Schlagwort »Normalität« stabile Verhältnisse im Land zu suggerieren. Die im November unter zweifelhaften Umständen und mit umstrittenen Resultaten durchgeführten Wahlen sollten diesem Bild den entsprechenden Rahmen verleihen. Porfirio Lobo Sosa, der aus ihnen siegreich hervorgegangenen Kandidat der rechten *Partido Nacional de Honduras*, taufte sein Kabinett »Regierung der nationalen Einheit« und verschrieb sich der »nationalen Versöhnung«.

## **Eskalation der Gewalt unter Porfirio Lobo Sosa**

Doch schon in der Interpretation der Wahlen gab es zwei vollkommen verschiedene Perspektiven. Während der Sieger sich durch eine stabile Mehrheit gestützt sah, sprach die Opposition von Wahlbetrug. Die zahlreichen berichteten Unregelmäßigkeiten waren mit ein Grund für die OAS und die Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten, die Wahlen nicht anzuerkennen. Dennoch wurde die scheinbar vollzogene Rückkehr zur Normalität unter Lobo zum Programm. Die Widerstandsbewegung proklamierte hingegen eine ganz andere Version der Verhältnisse im Land, und wurde dabei von Menschenrechtsorganisationen bestätigt. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission etwa stellte bei ihrem Besuch in Honduras eine Kontinuität der Menschenrechtsverletzungen auch unter Lobo Sosa fest. Bertha Oliva, Koordinatorin von CODAFEH, zog eine alarmierende Halbjahresbilanz 2010: »In keinsten Weise können wir sagen, die Menschenrechtsverletzungen hätten abgenommen. Um das klarzustellen: in sechs Monaten Amtszeit von Porfirio Lobo gab es um 45 Prozent mehr registrierte Fälle als in den sieben Monaten des Staatsstreichs. [Anm.: vom Putsch bis zum Amtsantritt Lobos]«<sup>129</sup>. COFADEH sollte bis Jänner 2011 über 100 Opfer politischer Morde, mehr als 1000 Fälle von Menschenrechtsverletzungen und 157 Menschen im Exil zählen (CIDH 2010, 6; Unterberger 2011a; Meza 2010). Trotzdem war in den Massenmedien kaum etwas über Repression oder Proteste zu lesen (Calderon

129 Url: <http://www.honduraslaboral.org/leer.php/7646151> (Zugriff: 10.09.2010).

2010, 27). Um die Illusion eines »Normalzustandes« aufrecht zu erhalten, waren Bilder von Demonstrationen unerwünscht. Diese nahmen entgegen der öffentlichen Darstellung jedoch an Intensität noch zu (Zynga 2010).

Ebenso die Repression. Kritische Berichterstattung wurde in Honduras zu einem lebensgefährlichen Unternehmen. Während in den Jahren 2006–2008 durchschnittlich ein Journalist im Jahr Opfer einer Gewalttat wurde, explodierte diese Zahl seit Lobos Amtsantritt regelrecht. Allein in den ersten fünf Monaten seiner Regierung kamen fünf Journalist\_innen ums Leben (C-Libre 2010, 28). Am 14. Juli 2011 starb mit der Erschießung Nery Jeremías Orellana, Direktor von *Radio Joconguera*, der 13. Journalist seit Jänner 2010 eines gewaltsamen Todes. Nach Ablauf des ersten Quartals 2010 erklärte die NGO »Reporter ohne Grenzen« Honduras weltweit zum gefährlichsten Land für Journalist\_innen<sup>130</sup>. Die Morde geschahen aber keineswegs willkürlich. Sie folgten einem räumlichen und zeitlichen Muster, welches den Schrecken auf Dauer stellte. Die tödlichen Angriffe meist Unbekannter ereigneten sich im Jahr 2010 beinahe genau alle zwei Monate, die Tatorte waren über verschiedene Punkte des Landes verteilt (C-Libre 2010, 38).

Am 14. März 2010 wurde Nahún Palacios durch 30 Schüsse aus einer AK-47 in seinem Auto ermordet. Nachdem er schon unter Micheletti verfolgt und schließlich verhaftet worden war (siehe oben), hatte die Interamerikanische Menschenrechtskommission Schutzmaßnahmen für Palacios angeordnet. Während des Besuches der Kommission in Honduras im Juni 2010 musste diese aber feststellen, dass der Staat die Maßnahmen nie ausreichend umgesetzt hatte: »Sowohl die Organisationen der Zivilgesellschaft als auch die geschützten Personen selbst berichteten über ernsthafte Probleme in der Implementierung.« (CIDH 2010, 12). Am 25. Oktober 2010 brachten schließlich mehrere Menschenrechtsorganisationen, darunter auch COFADEH, vor der CIDH eine Beschwerde über die unzureichenden Schutzmaßnahmen ein: der Staat würde die Kosten für PersonenschützerInnen auf die zu Schützenden abwälzen, Schutzpatrouillen ein- bis zweimal auftauchen, um dann nie mehr gesehen zu werden<sup>131</sup>.

Verdiente sich die Regierung Lobo schon bei der Prävention keine Lorbeeren, ergibt die strafrechtliche Verfolgung der MörderInnen von Journalist\_innen und Aktivist\_innen sozialer Bewegungen ein noch düstereres Bild. Keines der Verbrechen wurde bisher aufgeklärt, in vielen Fällen gab es nie Ermittlungen<sup>132</sup>. Die so in völliger Straflosigkeit begangenen Morde erzeugen zusammen mit den unzähligen Todesdrohungen via Telefon, Brief oder einem plötzlichen Besuch ein ausgesprochenes Klima der Angst (CIDH 2010, 23). Das *Observatorio Internacional sobre la situación de Derechos Humanos en Honduras* (OISDHHN) spricht gar

130 Url: <http://en.rsf.org/report-honduras,182.html> (Zugriff: 10.08.2010).

131 Url: [http://www.revistazo.biz/cms/index.php?option=com\\_content&view=article&id=1509:falta-de-voluntad-factor-comun-en-implementacion-de-medidas-cautelares-en-honduras&catid=19:proyectos&Itemid=19](http://www.revistazo.biz/cms/index.php?option=com_content&view=article&id=1509:falta-de-voluntad-factor-comun-en-implementacion-de-medidas-cautelares-en-honduras&catid=19:proyectos&Itemid=19) (Zugriff: 30.10.2010).

132 Url: <http://cejil.org/categoria/pais/honduras?page=1> (Zugriff: 17.07.2011).

von einer »Kumpliceschaft des Staates«<sup>133</sup> in der Tötung unliebsamer Journalist\_innen. Die Regierung selbst macht gewöhnliche Kriminelle für die Morde verantwortlich, ohne das wiederum durch Festnahmen oder gar Verurteilungen zu beweisen. Sie verbannt diese Morde damit aus der *Polis* in die private Sphäre, gemäß ihrer Lesart gibt es kein Problem der politischen Repression, sondern eines der Kriminalität. Die den Morden vorangegangenen Todesdrohungen kommen dem entgegen häufig gar von ranghohen Militärangehörigen, wie etwa im Fall Nahún Palacios.

Dekretierte Schließungen von kritischen Kommunikationsmedien, wie sie dem Land unter Micheletti harte internationale Kritik eingebracht hatten, wichen unter Lobo einer hartnäckigen Drangsalierung und ständigen Bedrohung unabhängiger journalistischer Arbeit. *Radio Faluma Bimetu* wurde schon am 6. Jänner 2010 Opfer eines Angriffes unbekannter TäterInnen, bei dem erst das Mobiliar zerstört, die Geräte entwendet und dann das Gebäude in Brand gesteckt wurde.

*La Voz de Zacate Grande* wurde am 3. Juni 2010 von 300 Soldat\_innen besetzt, der Sender für mehrere Tage stillgelegt. Ein Haftbefehl gegen fünf seiner Mitarbeiter\_innen wegen Besitzstörung der Ländereien Facussés galt als Rechtfertigung für die Repression (C-Libre 2010, 30). In den darauf folgenden Monaten bekam das Radio wechselnd Besuche von Soldat\_innen und auch von Paramilitärs unter dem Befehl Facussés. Das CIDH sah sich am 18. Mai 2011 gezwungen, Schutzmaßnahmen für die im Radio beschäftigten ModeratorInnen zu beantragen, nachdem die Regierung einen Monat zuvor auf die Beschwerden Facussés über das Radio neue Haftbefehle gegen die Journalist\_innen ausgestellt hatte.

Das Klima der Angst, Drohungen und Unsicherheit wird durch das Dekret 124-2009 vervollständigt, welches in Anlehnung an den 2005 abgeschafften Artikel 345 und das Dekret 016-2009 von Micheletti die Suspendierung von Kommunikationsmedien aus einer Vielzahl an schwammig definierten Gründen ermöglicht. So etwa für die Ausstrahlung von »Nachrichten, die Hass auf die Nation widerspiegeln«. »Diese bloße Möglichkeit produziert Angst und Selbstzensur der Kommunikationsmedien, die wissen, dass das Dekret jederzeit zur Anwendung gelangen kann.« (CIDH 2010, 10).

## Fazit

Abschließend gilt es zu beurteilen, welche Dynamik sich in der Verschiebung des Mediensystems durch die drei Perioden hindurch erkennen lässt, und wie sich das wiederum auf die demokratischen Qualitäten von Öffentlichkeit und auf die politische Landschaft in Honduras ausgewirkt hat.

133 URL: <http://www.un-mundo.org/externo/?w=http://cejil.org/comunicados/asesinatos-de-periodistas-en-honduras> .

Manuel Zelaya Rosales wob gegenöffentliche Diskursfragmente in seinen Eigenen ein und machte damit diskursiven Raum für marginalisierte Gruppen auf. Dieser Raum schloss sich mit dem Putsch vom 28. Juni 2009. Repression und Informationssperre sollten die für die Eliten unbequem gewordenen Diskurse wieder an die Randzonen der öffentlichen Wahrnehmung drängen. Damit lösten sie aber gleichzeitig drei Entwicklungen aus, die wahrscheinlich nicht vorausgesehen wurden.

Erstens manifestierte sich die Gegenöffentlichkeit gegen den Putsch in der FNRP, die damit zu einem selbstständigen Subjekt in der politischen Landschaft Honduras wurde. Sie gab dem ehemals eher diffusen Diskurs unter Zelaya einen kraftvollen Ausdruck, eignete sich dessen Projekt der Verfassungsgebenden Versammlung von der Basis aus neu an und wird heute von 33 Prozent der Honduraner\_innen unterstützt (CESPAD 2010, 8).

Zweitens untergrub der Putsch zusätzlich die ohnehin schon geringe öffentliche Legitimität des Zweiparteiensystems und legte die Schwächen des politischen Systems offen, welches sich als unfähig erwiesen hatte, demokratisch artikulierten Forderungen nach einem politischen Wandel zu integrieren. Das Projekt einer Verfassungsgebenden Versammlung, das den Kern der Agenda der FNRP darstellt, unterstützen heute rund 55 Prozent der Bevölkerung (ebd.).

Drittens konnte die FNRP durch die erfolgreiche Durchsetzung des Begriffs »Putsch« für die Ereignisse ab dem 28. Juni 2009 einen großen Teilsieg erlangen, der die Agenda der in ihr gesammelten sozialen Bewegungen unter dem gemeinsamen Ziel des »Kampfes für die Demokratie« einte und zusätzlich legitimierte.

Die Wahlen vom November 2009 hingegen stellten den Widerstand vor neue Herausforderungen. Profirio Lobo Sosa konnte seinen Diskurs der »nationalen Versöhnung« etablieren, obwohl die Gewalt gegen die Demokratiebewegung unter seiner Regierung zunahm. Repressive Gesetze zusammen mit Angriffen auf Aktivist\_innen und Journalist\_innen schufen ein Regime der Angst und Unsicherheit. Während sich Diskurs und Realität damit radikal unterschieden, erwies es sich für die FNRP schwierig, ihre Subjektposition als Opfer politischer Gewalt sichtbar zu machen. Sie bediente sich dafür einerseits alternativer Kommunikationsmedien, politischer Manifestationen und kultureller Ausdrucksformen, andererseits baute sie ein immer breiteres Organisationsnetz auf. Dadurch schaffte sie nicht nur eine Gegenöffentlichkeit zum Diskurs der »Normalität«, sondern verlieh dieser Gegenöffentlichkeit auch Handlungsmacht. Mitte 2011 gründete sie einen politischen Arm der als Plattform funktionierenden FNRP, welcher als *Frente Amplia de la Resistencia Popular* (FARP) bei zukünftigen Wahlen antreten wird und damit eine markante Öffnung des traditionellen Zweiparteiensystems Honduras erwarten lässt. Zum Auftakt des Gründungskongresses der jungen Partei wurden großformatige Porträts der vielen Opfer politischer Repression in den Saal getragen. Sie sollten die 1 500 Delegierten aus 19 Provinzen des Landes ermahnen, dass die Sichtbarmachung der politischen Gewalt wohl noch für einige Zeit zentrale Aufgabe des Widerstandes bleiben würde.

## Literatur

- Banco Central de Honduras (2011): Informe Encuesta Semestral de »Remesas Familiares enviadas por hondureños residentes en el exterior y gastos efectuados en el país durante sus visitas«, Tegucigalpa, Url: [www.bch.hn](http://www.bch.hn) (Zugriff: 10.05.2011).
- Brevé, Marlon (2009): Informe sobre el estado de la educación al cierre del año escolar 2009 (análisis comparativo 2005–2009), Tegucigalpa, Url: <http://www.cedoh.org/documentacion/articulos/files/Educacion.pdf> (Zugriff: 20.03.2010).
- Briceño, Roberto (2010): Honduras: La dictadura de un bloque de clases oligárquicas y el movimiento de resistencia popular. In: Serrano, Israel; Merlo, Melissa; Ramos, Víctor Manuel (Hrsg.): Honduras. Sendero en Resistencia, Tegucigalpa, S. 162-184.
- Calderón, Manuel Torres (2007): El poder de los Señores Mediáticos. In: Meza, Victor; u. a. (Hrsg.): Poderes fácticos y sistema político. Tegucigalpa, Url: <http://alainet.org/active/21524> (Zugriff: 11.03.2010).
- Calderón, Manuel Torres (2010): El rostro mediático del Golpe. In: Envío No. 25, Juni 2010, El Progreso, Url: [http://www.4shared.com/document/ez8F1-2D/E\\_book\\_Envo\\_a8\\_N\\_25.html](http://www.4shared.com/document/ez8F1-2D/E_book_Envo_a8_N_25.html) (Zugriff: 20.10.2010).
- Calix, Álvaro (2010): Honduras: de la crisis Política a la emergencia de un nuevo actor social. In: Mejía R. Joaquín; Fernández, Víctor (Hrsg.): El golpe de Estado en Honduras desde una perspectiva de los derechos humanos, El Progreso, S. 411-432.
- CESPAD – Centro de Estudios para la Democracia (2010a): Ciudadanía hondureña: entre el tradicional pesimismo y la esperanza por un cambio democrático, Tegucigalpa, Url: [http://www.enlaceacademico.org/uploads/media/ENCUESTA\\_CESPAD.pdf](http://www.enlaceacademico.org/uploads/media/ENCUESTA_CESPAD.pdf) (Zugriff: 10.01.2011).
- CESPAD – Centro de Estudios para la Democracia (2010b): Crisis política en Honduras. Escenarios posibles a diciembre de 2011, Tegucigalpa, Url: [http://www.gruposur.eu.org/IMG/pdf/cespad-informe\\_final\\_escenarios\\_011-1-2.pdf](http://www.gruposur.eu.org/IMG/pdf/cespad-informe_final_escenarios_011-1-2.pdf) (Zugriff: 20.07.2011).
- CIDH – Comisión Interamericana de Derechos Humanos (2009): Honduras: derechos humanos y el golpe de Estado. OEA/Ser.L/V/II. Doc. 55, 30 diciembre 2009, Washington, Url: <http://cidh.org/countryrep/Honduras09sp/Indice.htm> (Zugriff: 16.07.2010).
- CIDH – Comisión Interamericana de Derechos Humanos (2010): Observaciones preliminares de la comisión interamericana de derechos humanos sobre su visita a Honduras realizado del 15 al 18 de mayo de 2010. OEA/Ser.L/V/II, Doc. 68, 3. Juni 2010, Washington, Url: <http://www.cidh.org/countryrep/Honduras10sp/Honduras10.Indice.htm> (Zugriff: 10.08.2010).
- CIDOB (2011): Biografías de Líderes Políticos. Manuel Zelaya Rosales. Barcelona, Url: [http://www.cidob.org/es/documentacion/biografias\\_lideres\\_politicos/americas\\_central\\_y\\_caribe/honduras/manuel\\_zelaya\\_rosales](http://www.cidob.org/es/documentacion/biografias_lideres_politicos/americas_central_y_caribe/honduras/manuel_zelaya_rosales) (Zugriff: 10.03.2011).
- CIPRODEH u. a. (2009): Denuncian ante Ministerio Público al régimen de facto por decreto de cierres de medios, Tegucigalpa, Url: <http://www.honduraslaboral.org/leer.php/6089571> (Zugriff: 28.03.2010).
- C-Libre; FdSF (2009): Primer Informe: Estado de situación de la libertad de expresión en Honduras en el contexto de la ruptura del orden constitucional, Tegucigalpa, Url: <http://www.cedoh.org/documentacion/articulos/files/libertad%20de%20expre.pdf> (Zugriff: 13.07.2010).
- C-Libre (2010): Informe sobre libertad de Expresión 2010, Tegucigalpa, Url: [http://www.eric-sj.org/contentsj/index.php?option=com\\_content&view=article&id=174:c-libre-honduras-derechos-humanos-y-golpe-de-estado-diciembre-2009&catid=52:otros-informes&Itemid=27](http://www.eric-sj.org/contentsj/index.php?option=com_content&view=article&id=174:c-libre-honduras-derechos-humanos-y-golpe-de-estado-diciembre-2009&catid=52:otros-informes&Itemid=27) (Zugriff: 10.07.2011).
- Costa, Sérgio (2004): Der Kampf um Öffentlichkeit: Begriffe, Akteure, politische Dynamiken. In: Jahrbuch Lateinamerika: Analysen und Berichte, Band 28, Münster, S. 13-32.
- CVR (Comisión de la Verdad y la Reconciliación) (2011): Para que los hechos no se repitan: Informe de la Comisión de la Verdad y la Reconciliación, San José, Url: <http://www.cvr.hn/assets/Documentos-PDF/Informes-Finales/TOMO-I-FINAL.pdf> (Zugriff: 30.07.2011).
- ERIC-SJ (2010): Historia, El Progreso, Url: <http://www.4shared.com/get/at9ayUeH/Historia.html> (Zugriff: 30.07.2011).
- Freedom House (2010): Freedom of the Press 2010. Broad setbacks to global media freedom, Washington, Url: <http://www.freedomhouse.org/uploads/pfs/371.pdf> (Zugriff: 13.01.2011).
- FOSEDH – Foro social de Deuda Externa y Desarrollo de Honduras (2010): Los cien primeros días de la Administración Lobo Sosa, Tegucigalpa, Url: [http://www.fosdeh.net/archivos/fosdeh\\_boletin\\_100\\_dias.pdf](http://www.fosdeh.net/archivos/fosdeh_boletin_100_dias.pdf) (Zugriff: 10.11.2010).
- Gobierno del Presidente José Manuel Zelaya Rosales: Informe preliminar sobre Golpe de Estado, agosto de 2009, Url: [http://www.elheraldo.hn/var/elheraldo\\_site/storage/original/application/e1246913dbd3679642bfa1b5df00a62b.pdf](http://www.elheraldo.hn/var/elheraldo_site/storage/original/application/e1246913dbd3679642bfa1b5df00a62b.pdf) (Zugriff: 10.05.2011).
- Gonzales, Luis; Kmaid, Gonzalo (2008): Honduras 2008-2009. Desafíos, riesgos y oportunidades. Honduras: Programa de Análisis Político y Escenarios Posibles (PAPEP). UNPD, Tegucigalpa,

- Url: [http://www.undp.un.hn/papep/informeescenarios/pdf/honduras\\_2008-2009\\_desafios\\_riesgos%20y\\_oportunidades.pdf](http://www.undp.un.hn/papep/informeescenarios/pdf/honduras_2008-2009_desafios_riesgos%20y_oportunidades.pdf) (Zugriff: 10.05.2011).
- Kreussler, Claudia (2008): Massenmedien in Honduras und El Salvador. Panorama zu Medienrecht und Medien-geschichte – Eine Bestandsaufnahme von Presse, Hörfunk, Fernsehen und neuen Medien, Saarbrücken.
- La Gazeta. Diario Oficial de la Republica de Honduras. 01.02.2006, Nummer 30917, Tegucigalpa, Url: <http://pdba.georgetown.edu/Parties/Honduras/Leyes/LeyParticipacion.pdf> (Zugriff: 14.03.2010).
- La Tribuna (2009): Decreto Ejecutivo suspende garantías constitucionales, Tegucigalpa, Url: <http://www.latribuna.hn/2009/09/28/decreto-ejecutivo-suspende-garantias-constitucionales/> (Zugriff: 10.07.2011).
- Magoulas, Erasmo (2009): Entrevista a Jennifer Moore, activista canadiense de derechos humanos y periodista independiente, San Jose, Url: <http://www.un-mundo.org/externo/?w=http://www.alterinfos.org/spip.php?article3989> (Zugriff: 20.07.2010).
- Melucci, Alberto (1996): Challenging Codes. Collective action in the information age, Cambridge.
- Meza, Dina (2010): COFADEH: 157 personas están en el exilio, Tegucigalpa, Url: [http://www.defensoresenlinea.com/cms/index.php?view=article&catid=37%3AEmem-y-imp&id=1015%3Acofاده-157-personas-estan-en-el-exilio&option=com\\_content&Itemid=150](http://www.defensoresenlinea.com/cms/index.php?view=article&catid=37%3AEmem-y-imp&id=1015%3Acofاده-157-personas-estan-en-el-exilio&option=com_content&Itemid=150) (Zugriff: 20.12.2010).
- Molina, Félix (2007): Discurso político y realidad social en el primer año de gobierno de José Manuel Zelaya Rosales. In: Envío, Año 5, No. 14, febrero 2007, El Progreso.
- Proaño, Belén (2009): El golpe de estado en Honduras es un magnífico escenario para reconocer las intenciones de la prensa, Tegucigalpa, Url: [http://www.monografias.com/usuario/perfiles/belen\\_proano/monografias](http://www.monografias.com/usuario/perfiles/belen_proano/monografias) (Zugriff: 07.05.2010).
- Ruhl, J. Mark (1996): Redefining Civil-Military Relations in Honduras. In: Journal of Interamerican Studies and World Affairs. Vol. 38, No. 1, (Spring, 1996), Miami, S. 33-66.
- Sosa, Eugenio (2010): La protesta social en Honduras. Del ajuste al golpe de Estado, Tegucigalpa.
- Spehr, Christoph (2002): Gegenöffentlichkeit. Entwicklung und Bedeutung des Begriffs »Gegenöffentlichkeit«, Url: <http://www.linksnet.de/de/artikel/18209> (Zugriff: 07.06.2011).
- Thomaß, Barbara (2007): Mediensysteme vergleichen. In: Thomaß, Barbara (Hrsg.): Mediensysteme im internationalen Vergleich, Konstanz.
- UNO – United Nations Organisations (2010): Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the violations of human rights in Honduras since the coup d'état on 28 June 2009, Url: <http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/docs/13session/A-HRC-13-66.pdf> (Zugriff: 22.05.2010).
- Unterberger, Fabian (2011a): Honduras nach dem Putsch: von Versöhnung keine Spur. In: ak – analyse & kritik – zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 559 / 18.3.2011, Hamburg, Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik, Url: [http://www.akweb.de/ak\\_s/ak559/13.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak559/13.htm) (Zugriff: 15.05.2011).
- Unterberger, Fabian (2011b): Im Brennpunkt konkurrierende Interessen. In: ak – analyse & kritik – zeitung für linke Debatte und Praxis / Nr. 559 / 18.3.2011, Hamburg, S.14.
- Volonté, Emma (2011): Las Radios Comunitarias: La Voz de la Resistencia Hondureña, Url: <http://upsidedownworld.org/main/en-espatopmenu-81/3008-las-radios-comunitarias-la-voz-de-la-resistencia-hondurena> (Zugriff: 05.05.2011).
- Warner, Michael (2002): Publics and Counterpublics, New York.
- Zynga, Marius (2010): Keine Ruhe für Putschisten. In Honduras gehen die Proteste gegen die Regierung weiter. In: Lateinamerika-Nachrichten Ausgabe 435/436 – September/Oktober 2010, Berlin, Url: <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?/print/3935.html> (Zugriff: 10.09.2010).



## **Zentralamerika: Zum schwankenden Nachrichtenwert von Kriminalität in einer heterogenen Printmedienlandschaft\***

### **Die soziale Gewalt der zentralamerikanischen Gegenwart aus einer diskursanalytischen Perspektive**

Fünfzehn Jahre nach dem Ende des letzten innerstaatlichen Krieges in Zentralamerika verbindet die internationale Öffentlichkeit nach wie vor in erster Linie Gewalt und Unsicherheit mit der Region. Die politische Gewalt, die die Region in den 1970er und 1980er Jahren prägte, scheint von einer Explosion von Alltagsgewalt und einer Verhärtung endemischer Gewalt abgelöst worden zu sein. Die aus dieser Vorstellung resultierende Kriminalitätsfurcht drückt sich vorrangig in der Angst vor Überfällen, physischer und hier vor allem sexualisierter Gewalt und Wohnungs- bzw. Hauseinbrüchen aus. Nicht zuletzt die Medien (re-)produzieren und verstärken dabei die entsprechenden Angststrukturen und etablieren eine öffentliche Meinung über die Gewaltdynamik, die diese insbesondere in El Salvador, Honduras und Guatemala auf die Entwicklung der Jugendbanden zurückführt.

Der vorliegende Beitrag geht von der These aus, dass hinsichtlich der tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung keine gesicherten Erkenntnisse vorliegen. In Anbetracht von mangelnden polizeilichen Strafverfolgungs- und Erhebungskapazitäten und einem in den meisten Ländern Zentralamerikas korrupten Justizapparat ist eine insgesamt dürftige Datenlage zu konstatieren.

Ausgehend von der grundsätzlichen Einsicht, dass Wirklichkeit gesellschaftlich konstruiert ist (Berger/Luckmann 1969), haben wir im Forschungsprojekt »Öffentlichkeiten und Gewalt in Zentralamerika« (2006–2009) die medialen, politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen über die Gewaltentwicklungen in Costa Rica, Nicaragua und El Salvador untersucht. Dabei ging es darum, Gewaltdynamiken nicht ausschließlich als »reale« und eindeutige soziale Prozesse zu untersuchen, sondern die Wahrnehmung von sozialen Ursachen und Tätergruppen ebenso zu untersuchen wie die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Folgen und Lösungsansätzen. Dabei geht es nicht darum, eine Gewaltproblematik zu verharmlosen. Vielmehr werden die dieser Problematik zugrundeliegenden diskursiven Muster aus einer sozialkonstruktivistischen Perspektive kritisch beleuchtet.

\* Der vorliegende Artikel ist eine stark überarbeitete und kombinierte Version der englischen Artikel Huhn/Oettler/Peetz 2006 und Huhn/Oettler/Peetz 2009. Die Autor\_innen danken Miriam Guckert für die Übersetzungsarbeit.

Im Zentrum des vorliegenden Beitrags stehen die Medien als eine machtvolle Diskursarena, in der soziale Images produziert und politische Strategien vorbereitet werden. Auflagenstarke Zeitungen repräsentieren keine Meinungen. In ihnen werden vielmehr Meinungen produziert, transformiert und multipliziert (Bourdieu 1998, 28, Burguess 1990), indem sie gleichzeitig ein großes Publikum erreichen und bestimmen, worüber öffentlich diskutiert wird und wer in diesen Diskussionen zu Wort kommen darf. Hier schließt der Beitrag an theoretische Erkenntnisse der Agenda Setting-Forschung an.

Während zwar in allen zentralamerikanischen Gesellschaften der Fokus des medialen Gewaltdiskurses auf der omnipräsenten Gefahr durch Morde, Überfälle und Vergewaltigungen liegt, variieren die dominanten Kriminalitätsbilder von Land zu Land. So verschieden wie die wirtschaftliche und soziale Situation, so unterschiedlich ist auch die politische Vergangenheit und Gegenwart der drei Länder. Während Costa Rica lange Zeit als eine Musterdemokratie Lateinamerikas galt, sind El Salvador und Nicaragua Länder mit einer langen Phase der bewaffneten politischen Auseinandersetzung – und hier ist Nicaragua das Land, das auf eine erfolgreiche Revolution (1979) und einen zehrenden konterrevolutionären Krieg zurückblickt. In El Salvador hingegen war die Guerilla nicht erfolgreich. Vor diesem Hintergrund bestehen insbesondere Unterschiede in der Einschätzung und Deutung der Jugendbandenproblematik. In Costa Rica werden Jugendbanden (*pandillas, maras*) als marginales Problem eingestuft, während Jugendkriminalität in El Salvador bereits seit fast zwei Jahrzehnten als ernstzunehmendes Problem wahrgenommen wird. Politiker und Militärführer tendieren dazu, die *maras* als imminente Bedrohung der nationalen Sicherheit einzustufen. Außerdem wird zentralamerikanischen Jugendbanden nachgesagt, Teil eines hierarchischen, transnationalen kriminellen Netzwerkes zu sein, das ein integraler Bestandteil des Drogenhandels ist (Huhn/Oettler/Petz 2010). Diese »Supergangs« (Arana 2005) gelten als »more violent, more organized, and more widespread than ever before. They pose one of the greatest threats to the safety and security of all Americans« (Swecker 2005).

Tatsächlich liegen empirische Daten zu Wachstum und Wesen von Jugendbanden in der Regel eher auf lokaler als auf nationaler oder internationaler Ebene vor (DINIPRO 2004; Rodgers 2006). Obwohl es meist keine Beweise dafür gibt, wird die Mehrheit der Verbrechen der Bandenkriminalität zugeschrieben.

Die zentralamerikanische Diskussion über Jugendkriminalität verdeutlicht, auf welche Weise öffentliche Diskurse kollektive Interpretationsmuster erzeugen und reproduzieren. Ein weiterer Aspekt, der nur selten gründlich untersucht wird, ist die Frage, auf welche Weise Massenmedien die öffentlichen Diskurse über Gewalt und Verbrechen prägen. Die Massenmedien spielen eine entscheidende Rolle dabei, wie Probleme wie Verbrechen, Gewalt und Unsicherheit behandelt werden sollen. In der gesamten Region wird die sozioökonomische Entwicklung durch die wachsende Unsicherheit und Marginalisierung der Menschen bestimmt. Dem-

nach steht in der Debatte um Verbrechen und Unsicherheit nicht zuletzt die Frage der sozialen Klassifikation auf dem Spiel. Die Medien produzieren und verbreiten nicht nur Gewaltkonzepte, sie erschaffen Gruppen: Gruppen von Opfern und Tätern, Gruppen, die Kriminalität bekämpfen und diejenigen, die bekämpft werden müssen. Normative Diskurse in diesen Medien tendieren zu einer Verteidigung des Status quo und des Machtgleichgewichts. Laut Scheerer (1978) wird Kriminalität in Zeiten der Krise und des gesellschaftlichen Wandels als Meta-Symbol für soziale Probleme benutzt. Medienkampagnen, die Furcht oder »law-and-order«-Politiken verbreiten, sind gleichzeitig Ablenkungsmechanismen, die den Blick auf Krisen und gravierende soziale Ungleichheiten verdunkeln (z. B. Hall et al. 1978).

Der vorliegende Beitrag beruht auf zwei Artikeln, die im Rahmen eines Forschungsprojektes über »Öffentlichkeiten und Gewalt in Zentralamerika« entstanden sind (Huhn/Oettler/Peetz 2009, 2006). Um die vorherrschenden medialen Diskurse zu analysieren, wurden drei Jahrgänge (2004–2006) von sechs zentralamerikanischen Tageszeitungen gesichtet und einer Grobanalyse unterzogen. Die nochmalige Publikation der Ergebnisse rechtfertigt sich also nicht mit der hohen Aktualität der Daten, im Gegenteil: inzwischen sind neue Präsidenten im Amt und neue politische Prioritäten gesetzt. Der analytische Beitrag zu diesem Sammelband ist eher grundsätzlicher Natur. Im ersten Abschnitt des Artikels wird die grundlegende Frage thematisiert, *weshalb und auf welche Weise überhaupt Zeitungen in Ländern der Peripherie analysiert werden sollten*. Ausgehend von der Überlegung, dass Printmedien einerseits von politischen Entscheidungsträgern rezipiert werden und zweitens nicht nur eine Themensetzungs-, sondern auch eine Archivierungsfunktion haben, wird im zweiten Abschnitt die Printmedienlandschaft in Costa Rica, El Salvador und Nicaragua untersucht, wobei das Problem der Besitzverhältnisse besonders fokussiert wird. Der darauffolgende Abschnitt erläutert die Makro-Struktur der Nachrichtenproduktion in den sechs untersuchten Zeitungen und skizziert die wesentlichen thematischen Cluster, die den medialen Diskurs über Gewalt in den Jahren 2004–2006 konstituiert haben. Im letzten Abschnitt wird die Bedeutung des medialen Diskurses für die politischen Entwicklungen der zentralamerikanischen Gegenwart kurz zusammenfassend diskutiert.

### **Warum und wie zentralamerikanische Zeitungen untersuchen?**

Laut van Dijk ist wissenschaftliches Interesse an Zeitungen »justified when we realize how important news is in our daily lives. Most of our social and political knowledge and beliefs about the world derive from the dozens of news reports we read or see every day« (van Dijk 1991, 110, Übersetzung SH/PP/AO). Doch wie verhält es sich mit der Presse in Nicht-OECD-Staaten wie Costa Rica, El Salvador oder Nicaragua? Es gibt offensichtlich eine Reihe von Faktoren, die den Einfluss

von Pressenachrichten in Zentralamerika beeinflussen. Die Mehrzahl der abgelegeneren Regionen wird vor allem über Radio und Fernsehen mit Nachrichten versorgt. Zunächst sind Analphabetismus und funktionaler Analphabetismus weit verbreitet. Außerdem konzentriert sich der Verkauf von Tageszeitungen häufig eher auf die urbanen Zentren. Darüber hinaus versuchen viele Menschen dem Einfluss der Massenmedien nicht zuletzt gänzlich zu entgehen. Eine zunehmende Zahl vertraut in Zentralamerika heute stattdessen auf die religiösen Interpretationsangebote protestantischer Sekten.

Was – wenn überhaupt – kann eine Zeitung in dieser Region zum öffentlichen Kriminalitätsdiskurs beitragen? Es kann hier festgehalten werden, dass Politiker, Sozialwissenschaftler und der Mittelstand dazu tendieren, sich auf die Berichterstattung der Printmedien zu stützen. Unsere Erfahrungen in Zentralamerika zeigen, dass sowohl der Mittelstand als auch die Eliten die Medienberichterstattung äußerst ernst nehmen. Adrián Vergara Heidke (2006) zufolge »leitet sich der gesellschaftliche Einfluss [der costa-ricanischen Zeitung *La Nación*] von der Tatsache ab, dass die Zeitung von dominanten Gruppen (Mittelstand, Oberschicht) gelesen wird. Das bedeutet, dass diese Leser sich auf eine Zeitung beziehen, die eventuell deren Meinung über die gesellschaftliche Wirklichkeit beeinflusst«. Dies wird ferner durch den Umstand verstärkt, dass die elektronischen Archive von Printmedien zunehmend eine archivarische Funktion einnehmen, indem sie einen zentralen Speicher für »historische Fakten« darstellen. Wer jemals selbst über zurückliegende soziale oder politische Entwicklungen in Zentralamerika geforscht hat, weiß um diese dokumentarische Funktion der Medien.

## **Die zentralamerikanische Printmedienlandschaft**

Aus der Sicht der Anbieter ist der zentralamerikanische Medienmarkt zwar klein, aber attraktiv (siehe Tabelle 1). Dem UNDP zufolge beträgt der Wert des cost-ricanischen Medienmarktes etwa 120 Mio. Dollar pro Jahr, der salvadorianische Markt erbringt einen Netto *cash flow* von 84 Mio. Dollar. Der nicaraguanische Medienmarkt ist der kleinste und erwirtschaftet 30 Mio. Dollar pro Jahr. Die Struktur des Marktes ist von Land zu Land verschieden. Die verfügbaren Daten ermöglichen folgende Annahmen: In Nicaragua ist das Fernsehen das primäre Segment des Medienmarktes (64 Prozent Fernsehen, 22 Prozent Presse). Die Subsysteme von Presse und Fernsehen sind in Costa Rica und El Salvador ausgewogener, wobei das Zeitungswesen in Costa Rica (34,8 Prozent Fernsehen, 36,7 Prozent Zeitungswesen) und das Fernsehen in El Salvador (44,0 Prozent Fernsehen, 36,7 Prozent Presse) wichtiger sind (UNDP 2003, 277).

Abbildung 1: Circulation of newspapers in 2002

Country	Estimated circulation	Newspapers/ thousand inhabitants
Costa Rica	317.000 (La Nación: 118.000; Extra: 90.000; Al Día 80.000)*	79,25
El Salvador	280.000 (La Prensa Gráfica: 110.000; Diario de Hoy: 95.000)	44,44
Nicaragua	84.000 (La Prensa: 42.000; El Nuevo Diario 40.000)	16,15

\* In general, the tabloid Extra is not perceived as an important newspaper. For instance, UNDP is referring to La Nación and Al Día as the leading newspapers. »Le siguen Extra (90,000), La República (15,000) [...]« - »it is followed by [...]« (UNDP 2003: 280).

Source: UNDP 2003: 280. How can we describe the quality of press coverage in Central America?

Der Freedom House Index zu Pressefreiheit wird häufig als Hauptindikator benutzt, um allgemeine Informationen über die Medienlandschaft zu erstellen. Die Ergebnisse zeigen verschiedene Ebenen der Pressefreiheit in Zentralamerika ebenso auf, wie bedeutende Veränderungen im Laufe der Zeit, wie es in Nicaragua der Fall ist.

Abbildung 2: Freedom House Index of press freedom

Country/region	1993	2002
Costa Rica	16	14
El Salvador	41	38
Nicaragua	56	40
Latin America	37	40
Western Europe	16	15

Source: UNDP 2004 b: 116.

Worüber geben diese Daten Aufschluss? Der Freedom House Index erfasst gesetzliche, politische und ökonomische Einschränkungen der Pressefreiheit. Die Skala reicht von 0 (hoher Freiheitsgrad) bis 100 (geringer Freiheitsgrad). Die Daten leiten sich von einem Fragebogen her, der die verschiedenen Arten von Restriktionen anspricht. Experten werden gebeten, folgende Fragen zu beantworten: »Schränken das Strafgesetzbuch, Sicherheitsgesetze oder andere Gesetze die Berichterstattung von Journalisten ein und werden sie mit Verweis auf diese Gesetze bestraft?« (0-6 Punkte), »Besteht die Freiheit den Journalistenberuf zu wählen und auszuüben?« (0-4 Punkte), »Ist die Berichterstattung robust und reflektiert sie ein breites Meinungsspektrum?« (0-4 Punkte), »In welchem Maß sind die Medien verstaatlicht oder von der Regierung kontrolliert und inwiefern beeinflusst dies das Meinungsspektrum?« (0-6 Punkte). Diese Beispiele deuten den großen Interpretationsspielraum an, den die befragten »Experten« bei der Einschätzung der Pressefreiheit haben.

Demokratie-Ratings müssen im Allgemeinen mit Vorsicht behandelt werden. Bei der Suche nach verlässlichen Quellen können weder internationale Organisationen noch wissenschaftliche Veröffentlichungen automatisch Glaubwürdigkeit beanspruchen. Das United Nations Development Program (UNDP 2003, 2004) beruft sich ganz wesentlich auf Freedom House.

Wenn über die Qualität der zentralamerikanischen Berichterstattung nachgedacht wird, ist es hilfreich, das Konzept der Nachrichtenfilter heranzuziehen. Herman und Chomsky (1988) haben fünf solcher Nachrichtenfilter ausgemacht, die das beeinflussen, was später zur Nachricht wird:

1. Profitinteressen: Konzentrierte Besitzverhältnisse im Mediensektor verweisen unmittelbar auf politische Ambitionen und Gewinnerorientierung.

2. Werbung als Einnahmequelle: Die große Abhängigkeit von Werbeeinnahmen hat Einfluss auf die Berichterstattung. Die Presse muss sich sowohl nach den Interessen der Privatwirtschaft als auch nach den Regierungsvorgaben orientieren.

3. Informationsquellen: Journalisten stützen sich oft auf Informationsquellen, hinter denen die Interessen der Eliten stehen (regierungsamtliche Quellen, Unternehmerverbände, profitorientierte Beratungsagenturen etc.).

4. »Vergeltungsschläge« (»Flak«): Zielgerichtete Kampagnen gegen eine unliebsame Berichterstattung, die von Geschäftsverbänden und PR-Firmen organisiert werden und die auf beträchtlichen Ressourcen basieren.

5. Laut Herman und Chomsky fungiert Anti-Kommunismus als Nachrichtenfilter. In der heutigen Zeit dürfte die Bezeichnung »dominante Ideologien« zutreffender sein.

Auch in Zentralamerika sind es vor allem die Strukturen der Medienlandschaft, die Nachrichten selektieren und verzerren. Die oben genannten Nachrichtenfilter wirken auch im zentralamerikanischen Fall. Während einerseits die Besitzverhältnisse (und damit verbundene politische Ambitionen) über die Ausrichtung der Be-

richterstattung bestimmen, sind andererseits auch betriebswirtschaftliche Erwägungen und dominante Ideologien Nachrichtenfilter, die sich gegenseitig verstärken oder auch abschwächen können.

Konzentrierte Besitzverhältnisse und vor allem die Existenz des Medienkonglomerats Grupo Nación prägen die Struktur des Medienmarktes in Costa Rica. Dieses Konglomerat besitzt eine Vielzahl von Zeitschriften und Magazinen (*El Financero, Sabores, Perfil, Su Casa, El Comerciante*), wobei *La Nación* und *La Teja* die führenden Produkte sind. In Guatemala besitzt Grupo Nación ungefähr 50 Prozent des täglich erscheinenden *Siglo XXI* (Gutiérrez 2004, 986). Hohe Gewinnspannen erlaubten dem Unternehmen, externe Märkte (die Tageszeitung *Al Día* in Guatemala und die Wochenzeitung *Capital* in Panama) und andere Marktsegmente (GLR Radio und Druckereien) zu erschließen.

*La Nación* wurde im Jahr 1946 von einer Gruppe von Agrar-Exporteuren und Sozialdemokraten in der Absicht, den Kommunismus abzuwenden, gegründet (Vergara Heidke 2006, 9). Nachdem die Sozialdemokraten ihre Anteile 1950 verkauft hatten, setzte sich die unternehmerische Linie durch. Obwohl *La Nación* sich selbst als eine Zeitung darstellt, die den qualitativ hohen internationalen journalistischen Standards (wie Genauigkeit und Objektivität) gerecht wird, wurde darauf hingewiesen, dass *La Nación* konservative und neoliberale Ideologien unterstützt. »Während proklamiert wird, die Stimme des Volkes zu sein, stimmt man mit diesem niemals überein« (Vergara Heidke 2006, 12; Übersetzung SH/PP/AO).

Die nicaraguanische Printmedienlandschaft hat ein relativ hohes wissenschaftliches Augenmerk auf sich gezogen, weil verschiedene Zweige einer Familie – der Familie Chamorro – die nationalen Zeitungen besitzen. Die antisandinistische *La Prensa* wurde von Pedro Joaquín Chamorro Z. (1891–1951) finanziert, befand sich im Besitz der früheren Staatspräsidentin Violeta Barrios de Chamorro und wurde von Pedro Joaquín Chamorro C. (1924–1978) geleitet. Derzeit setzt sich das Redaktionsgremium aus Jaime Chamorro Cardenal, Hugo Holmann Chamorro, Ana Maria Chamorro de Holmann, Violeta Barrios de Chamorro, Cristiana Chamorro B. und Felipe Chamorro A. zusammen.

Xavier Chamorro Cardenal, ein Bruder von Pedro Joaquín Chamorro Z., war der Eigentümer des FSLN-unterstützenden *El Nuevo Diario*. Der Chefredakteur der sandinistischen Parteizeitung, *Barricada*, war Carlos Fernando Chamorro Barrios (ein Sohn von Violeta Chamorro Barrios und Pedro Joaquín Chamorro C.) (Jones 2002, 78). Wie ist dieses breite Spektrum politischer Überzeugungen innerhalb einer einzigen »traditionellen« nicaraguanischen zu deuten?

Carlos M. Vilas hat die Bedeutung von Familiennetzwerken und Verwandtschaft in der Politik Nicaraguas herausgearbeitet. Er kommt zu der Erkenntnis, dass der revolutionäre Prozess in den 1980er Jahren von einer Allianz Konservativer und Sandinisten und von »the existence of a broad and dense matrix of family interconnections« (Vilas 1992, 325) geprägt war. Die Chamorro-Familie, als eine der traditionellsten Familien Granadas, bildet ein zentrales Cluster innerhalb die-

ser Matrixstruktur. In Nicaragua verhinderten die traditionellen Familiennetze, dass soziale Veränderungen aus politischen Brüchen entstehen konnten. Das traditionelle oligarchische System reproduzierte sich selbst innerhalb des Sandinismus und innerhalb des neoliberalen Systems der 1990er Jahre. Daher sollte man anstelle von (Um-)Bruch und Veränderung vielmehr von Kontinuitäten und graduellen Wandlungsprozessen sprechen. Der Regimewechsel im Jahr 1990 spiegelte außerdem die dominante Kultur der Elite wider. Die damals regierende antisandinistische Parteikoalition – Unión Nacional Opositora UNO – bestand aus zwei Fraktionen (Bendel 1996, 209 i ff.). Die eine Fraktion wurde von Staatspräsidentin Violeta Barrios de Chamorro angeführt, Angehörige der alteingesessenen Chamorro-Familie, und die zweite Fraktion war um Virgilio Godoy und Arnoldo Aléman Lacayo zentriert, Repräsentanten der Oberschichtsfamilien ohne Verbindungen zur traditionellen Elite. Vor diesem Hintergrund von Verwandtschaftsstrukturen und politischem Wandel erschließt sich auch die aktuelle politische Position beider Zeitungen, die Arnoldo Aléman und Daniel Ortega zu ihren Lieblingsfeinden erklärt haben, da beide korrupte Politiker außerhalb der traditionellen Verwandtschaftsmatrix sind.

Auch in El Salvador sind die führenden Zeitungen in Familienbesitz. *La Prensa Gráfica* wurde im Jahr 1915 von José Dutriz gegründet. Mit einer täglichen Auflage von 110 000 Exemplaren ist sie die wichtigste Zeitung des Landes. Ihr Rivale, *El Diario de Hoy*, wurde 1936 von Napoléon Viera Altamirano gegründet. Die beiden Zeitungen stehen seit Jahrzehnten in hartem Wettbewerb miteinander, die Konkurrenz fußt jedoch vielmehr auf kommerziellen als auf ideologischen Ursachen. Das ideologische Spektrum reicht von der Rechten (*La Prensa Gráfica*) bis zur extremen Rechten (*El Diario de Hoy*). Dennoch gilt es zu beachten, dass beide Zeitungen in den letzten Jahren einen fundamentalen Wandlungsprozess durchlaufen haben. In den 1980er Jahren spiegelte die Presseberichterstattung die politischen Ansichten der Eigentümer wider. Enrique Altamirano machte keinen Hehl aus seinen antikomunistischen Ansichten, so schrieb er 1984 über eine »Informationsverschwörung als Hauptwaffe der totalitären Kräfte in ihrem tödlichen Kampf gegen den Westen« (Altamirano 1984, 195, Übersetzung SH/PP/AO). In diesem Artikel kritisierte er US-amerikanische Zeitungen wegen ihrer Berichterstattung über staatliche Repression in El Salvador. 1984 beschuldigte der frühere US-Botschafter Robert White Enrique Altamirano öffentlich, zu der Gruppe zu gehören, die die von Roberto D'Aubuisson geführten Todesschwadronen finanzierte (Sheehan 1998, 278). Abgesehen von der Tatsache, dass dem Besitzer nachgesagt wird, er sei in rechtsradikale politische Terrorakte involviert, muss man sich vor Augen führen, dass die meisten Zeitungen aus Furcht vor Einschüchterung, Bombenattentaten, Folter und Ermordung eine gewisse Selbstzensur durchführten. Als der Krieg beendet war, verbesserte sich die Pressefreiheit und die Publikationsstrategien veränderten sich.

In einem Interview mit *Confidencial* (der Wochenzeitung Nicaraguas, die von Chamorro, dem Gründer von *Barricada* herausgegeben wird) konstatierte Alta-



mirano, dass seine Zeitung niemals politische Parteien, sondern immer die freie Marktwirtschaft unterstützt habe. Seine damalige redaktionelle Strategie war relativ simpel: »newspapers modernise or die« (Confidencial N° 116, 1998, Invitado de la Semana). Aber was bedeutet »Modernisierung«? Laut *La Prensa Gráfica* investierte die Dutriz-Familie kontinuierlich und schaffte sowohl neue Gebäude als auch modernste Druckerpressen an.<sup>134</sup> Tatsächlich sind Investitionen in neue Technologien eine fundamentale Voraussetzung, um den auf dem Medienmarkt herrschenden Wettbewerb für sich zu entscheiden. Diese Anstrengungen verstärkten sich in dem Maße, indem das »15th departamento« wuchs: in den USA lebende Salvadorianer wurden zu einer wichtigen Zielgruppe der Zeitungsverkäufer, da sie durch neue Informationen und Kommunikationstechnologien mit ihrem Heimatland in Verbindung standen. Die Zeitungen El Salvadors folgten dem allgemeinen Trend: der Fusionierung von Print- und Online-Medien. Da beide Zeitungen versuchten, die Informationsbedürfnisse einer vielfältigen Leserschaft zu befriedigen, entwickelten sie neue Lifestyle-Magazine und andere Beihefte wie Frauenmagazine oder das »Wall Street Journal Americas«. Im Laufe der Zeit wurde auch die journalistische Tätigkeit selbst ambitionierter. Journalisten wurden dazu ausgebildet, qualitativ hochwertige Informationen zu erzeugen, indem sie den internationalen Standards von Genauigkeit, Integrität und ethischem Verhalten folgten, wie sie beispielsweise aus den Regelungen der Associated Press Standards of News Values and Principles hervorgehen.<sup>135</sup> Auf der anderen Seite war der investigative Journalismus natürlich noch immer durch Korruption, Einschüchterung und die rechten Einstellungen der Redaktionen beeinflusst.

Die »Modernisierung« bezieht sich auch auf den Nachrichtenstil. Journalisten müssen Regeln befolgen und korrekte Informationen über Ereignisse (die Basisfakten wer, was, wann und wo, vgl. Bell 2006, 240) liefern. Zu ihren Maßgaben gehört es ferner, ein breites Themen- und ein ausgewogenes Meinungsspektrum darzustellen. In Zentralamerika lässt sich insgesamt feststellen, dass die politische Ausrichtung der Redaktionen nach wie vor eindeutig ist, andererseits aber auch gegenläufigen Positionen ein Platz eingeräumt wird. *El Diario de Hoy* veröffentlicht beispielsweise häufig Leitartikel, die von Joaquín Villalobos verfasst wurden, einem früheren *comandante* der Guerilla und heutigem freien Politikberater. Auch auf anderer Ebene ist das Spektrum der veröffentlichten Meinungen breiter geworden. Ein besonderes Instrument sind hier die *campos pagados* (etwa: bezahlte Bereiche), in denen politische Parteien, nichtstaatliche Organisationen, Unternehmensverbände oder Regierungsbehörden ihre Ansichten zu bestimmten Problemen darlegen können. Dies hat zur Folge, dass das in den Zeitungen sichtbare Meinungsbild durch die Anzeigen finanzstarker Institutionen verzerrt werden kann.

134 [www.laprensagrafica.com/GrupoDutriz/default.asp](http://www.laprensagrafica.com/GrupoDutriz/default.asp), letzter Zugriff am 9.10.2006.

135 [www.ap.org/pages/about/whatsnew/wn\\_112905.html](http://www.ap.org/pages/about/whatsnew/wn_112905.html), zuletzt besucht am 9.10.2006.

Die untersuchten Zeitungen weisen eine zentrale Gemeinsamkeit auf: sie verstehen sich selbst als »modern« und »professionell«. Die genauere Analyse der zentralamerikanischen Nachrichtenproduktion zeigt aber, dass die Etiketten der teils »rechtsgerichteten« oder »oligarchischen« Zeitungen in die Irre führen, da sie das tatsächliche Spektrum der (re-)präsentierten Ereignisse und Ansichten nicht zu beschreiben vermögen. Welche Nachrichten gelangen tatsächlich durch die Filter?

Die Breite des in den Zeitungen sichtbaren Meinungsspektrums zeigt sich in der Berichterstattung über konkrete Ereignisse. Das topic management in zentralamerikanischen Zeitungen lässt sich am Beispiel der Berichterstattung über die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen in Spanien am 30. Juni 2005 ebenso gut »kartographieren« wie am Beispiel der Proteste, die auf die Ratifizierung des CAFTA-Abkommens in Guatemala am 10. März 2005 folgten. Diese beiden Ereignisse wurden ausgewählt, weil sie sich außerhalb der territorialen Grenzen der untersuchten Länder zutrugen, aber gleichwohl mit zentralen kulturellen und politischen Kontroversen in allen drei Gesellschaften verzahnt sind. In den letzten Jahren hat sich die Diskussion über die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen in vielen Weltregionen zu einer politischen Kontroverse entwickelt. In Zentralamerika, wo Sexualität in der Öffentlichkeit weitgehend tabuisiert wird, ist die Haltung der Medien ambivalent. Sex sells, und häufig schmücken Schönheitsköniginnen die Titelseiten der Zeitungen. Auf der anderen Seite sind sexuelle Tabus weiterhin besonders einflussreich in Bezug auf die Medienberichterstattung. Während das »policing of sex« (Foucault 2006, 517), ein Schlüsselmoment in der Entwicklung der modernen Gesellschaften darstellt, ist die Presseberichterstattung über die spanische Gesetzgebung – aus unserer Sicht – besonders aufschlussreich in Bezug auf die Methoden von Medien Priming und Agenda Setting. Auf dem Spiel steht die Regulierung des Diskurses über Sex und somit die Regeln in Bezug auf soziales sexuelles Verhalten in den christlichen Gesellschaften Costa Ricas, El Salvadors und Nicaraguas.

Unser zweiter Schritt zur Identifikation der Charakteristika des *topic management* ist die Berichterstattung der Ratifizierung des CAFTA-Abkommens in Guatemala am 10.3.2005. Hier wäre zu vermuten, dass zentralamerikanische Zeitungen unisono den Freihandel befürworteten und soziale Protestbewegungen verschwiegen oder kritisierten.

Die Analyse der Presseberichterstattung über die beiden ausgewählten Ereignisse zeigt, dass auch das Thema der gleichgeschlechtlichen Ehe in Europa nicht ignoriert wurde. Dieser Umstand dürfte eng mit der starken Bedeutung der internationalen Presseagenturen für die Themensetzung zusammenhängen (siehe Abb. 3). Die vernetzte globale Kommunikationsstruktur (Castells 1996) schafft damit nicht nur die Bedingungen für einen »professionelleren« Journalismus, sondern auch für die Ausbreitung eines polymorphen Diskurses in Nicht-OECD-Gesellschaften.

Insgesamt zeigt dieses Beispiel, dass die sechs analysierten Zeitungen dahingehend »modern« und »professionell« sind, als dass sie weder globale noch regionale Themen ignorieren, die in den nationalen Debatten tendenziell eher verschwiegen werden. Gleichwohl ist zu betonen, dass die Aufmerksamkeit der Printmedien in letzter Instanz immer auch von den politischen Interessen der Eigentümer angetrieben zu werden scheint. Die Leitartikel – eine wichtige Bastion der Meinungsbildung – spiegeln häufig die konservative oder neoliberale Haltung der Redaktionen wider. Ein Fall veranschaulicht das ambivalente Verhältnis zwischen internationalen Standards und lokalen Tabus. Die nicaraguanische *La Prensa* veröffentlicht regelmäßig Kommentare, die von Mario Vargas Llosa, einem weltbekannten Verteidiger des ökonomischen und politischen Liberalismus, verfasst werden. Nachdem Vargas Llosa einen zustimmenden Kommentar in Bezug auf den spanischen Entschluss zur Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen verfasst hatte, veröffentlichte *La Prensa* einen zweiten Kommentar, diesmal verfasst von Lucía de Boehmer, Präsidentin der Anafem, der rechtsgerichteten Frauenorganisation Nicaraguas. Wenig überraschend kritisierte der zweite – und letzte – Kommentar den Artikel Vargas Llosas heftig und beschuldigte den Schriftsteller, die »Perversion« zu unterstützen. Dieses Beispiel zeigt, dass auch der Verlauf von Diskursereignissen beachtet werden muss: Wer hat das letzte und entscheidende Wort? Die costa-ricanische Zeitung *La Nación* veröffentlichte hingegen zunächst einen gleichgeschlechtliche Ehen ablehnenden Artikel und danach einen zweiten – und letzten – der sie befürwortete.

Das CAFTA-Beispiel illustriert, dass Themen von den Medienbesitzern benutzt werden können, um Einfluss auf das politische Agenda Setting zu nehmen und bestimmte Politiken zu fördern. Daher scheint sich die vage Vorstellung einer dominanten Freihandelsideologie recht gut auf die untersuchten Zeitungen anwenden zu lassen. Natürlich repräsentiert die auf die Ratifizierung des CAFTA-Abkommens folgende Berichterstattung nicht in vollem Umfang die redaktionelle Einstellung zu Freihandel und verwandten Themen. Vielmehr sollte man sich der Tatsache bewusst sein, dass die Berichterstattung mit den nationalen Ratifizierungsprozessen in ihren unterschiedlichen Phasen verbunden war. Das Parlament von El Salvador bestätigte das CAFTA-Abkommen am 7. Dezember 2004. In Guatemala endete der Ratifizierungsprozess am 10. März 2005. Während Guatemala das dritte zentralamerikanische Land (nach El Salvador und Honduras) war, das den Vertrag ratifizierte, war es gleichsam das erste Land, in dem auf die Ratifizierung eine Welle von Protest folgte. Im März 2005 herrschte eine andauernde Ratifizierungsdebatte in Nicaragua und Costa Rica. Obwohl die sandinistische Führung Nicaraguas ausgleichende Sozialprogramme zur Voraussetzung der Ratifizierung machte, bestätigte der Kongress das CAFTA-Abkommen im Oktober 2005 – im Anschluss an den Besuch des US-amerikanischen Handelsrepräsentanten Robert Zoellick. In Costa Rica wurde der Vertrag zum Wahlkampfthema. Im Zuge seiner Wahlkampagne versprach Oscar Arias eine zeitnahe Ratifizierung.

Ottón Solís erklärte hingegen, dass er beabsichtige, Teile des Vertrags erneut zu verhandeln. Im Allgemeinen unterstützen Leitartikel und Kommentare deutlich die nationale Freihandelspolitik. Die Artikel über die Proteste in Guatemala als Reaktion auf die Ratifizierung, stellen indes keine Verbindung zu nationalen Ereignissen oder Debatten her.

Abschließend lässt sich feststellen, dass zentralamerikanische Zeitungen zwischen den Imperativen der »Modernisierung« und »Professionalität« und den konservativen Haltungen der Redaktionen changieren. Darüber hinaus ist die politische Ausrichtung der Berichterstattung von Thema zu Thema verschieden. Während die Berichterstattung in Bezug auf den Freihandel ausschließlich kommerzielle Interessen unterstützt, scheinen andere Themen auf liberalere Weise gehandhabt zu werden.

### **Kriminalität als Nachricht**

Die meisten Studien über Nachrichtendiskurse sind systematische Inhaltsanalysen, deren Fokus auf der Berichterstattung über bestimmte Ereignisse liegt. Nur wenige Studien befassen sich hingegen mit dem Zusammenhang zwischen »Nachrichten« und »verschwiegenen Nachrichten«. Wie bereits erläutert worden ist, beruht das Hauptaugenmerk dieses Artikels auf der Makro-Organisation des Nachrichtendiskurses, das heißt auf dem *topic management*.

Auf der Makro-Ebene wurde die allgemeine Struktur des Nachrichtendiskurses in den führenden Zeitungen Costa Ricas, El Salvadors und Nicaraguas anhand der Titelseiten untersucht. Der erste Schritt zur Identifikation der Techniken des *topic management* bestand deshalb darin, alle Titelseiten von *Al Día*, *La Nación*, *El Diario de Hoy*, *La Prensa Gráfica*, *El Nuevo Diario* und *La Prensa* zu sichten, die in den Jahren 2004, 2005 und 2006 veröffentlicht wurden.

Unterstützt von der Wissenschaftssoftware atlas.ti wurden alle Titelseitenartikel, die sich mit »gewöhnlicher Gewalt« befassen, in eine Datenbank eingespeist (dieser Datensatz enthielt außerdem alle Leitartikel). Anfangs sollte der Fokus hauptsächlich auf den »gewöhnlichen« Verbrechen wie Raub, Mord und Vergewaltigung liegen. Wirtschaftsverbrechen, Korruption und politisch motivierte Gewalt (wie etwa Terrorakte in Madrid und London, die in diesen Zeitraum fielen) wurden vernachlässigt. Darüber hinaus wurde ein chronologischer Index für alle Zeitungen angefertigt, in dem die Hauptthemen der Berichterstattung aufgelistet wurden. Während einige Titelseitennachrichten als außergewöhnliche Begebenheiten (Naturkatastrophen, politische Skandale, Streiks, gewaltsame politische Konfrontationen, Wahlen) charakterisiert werden konnten, bezogen sich die anderen auf alltägliche Ereignisse (politische Entscheidungen, Sport, Schönheitsköniginnen). Im Gegensatz zu der deduktiven Herangehensweise vieler Sozialwissenschaftler (z. B. Briceño-León 2001), war unser Ansatz vielmehr induktiv. Die

thematischen Cluster wurden nicht a priori gesetzt, sondern erst nach der Sichtung von ca. 1 000 Texten als solche identifiziert.

Ausgehend von der Überlegung, dass erst die Zeitungen darüber bestimmen, welche Ereignisse zu Nachrichten werden, gilt es zu untersuchen, wie sie öffentlichen Druck schaffen und soziale Gruppen identifizieren, die zu schützen oder zu bekämpfen sind. Das Hauptergebnis der Zeitungsanalyse ist die Einsicht, dass zentralamerikanische Zeitungen keinen homogenen Sicherheitsdiskurs verbreiten, sondern einen heterogenen Diskurs (re-)produzieren, der sich von Land zu Land, von Zeitung zu Zeitung und von Jahr zu Jahr unterscheidet. In der Zeitungsberichterstattung werden höchst unterschiedliche Gesellschaftsordnungen mit verschiedenen Problemlagen und Lösungsansätzen sichtbar.

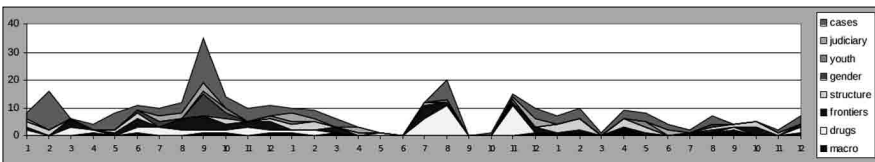
### *Nicaragua*

Die nicaraguanische Zeitung *La Prensa* etabliert eine zweifache Ordnung von Kriminalität, die sich durch die Wirtschaftsverbrechen der nicht-traditionellen Elite und den »gewöhnlichen Morden« der niederen Gesellschaftsschichten konstituiert. Nicaragua erscheint generell von Desintegration gefährdet. Auf der einen Seite wird Kriminalität in den autonomen Regionen der Karibik seitens der Berichterstattung von *La Prensa* große Beachtung geschenkt. Für gewöhnlich werden diese Ereignisse mit räumlicher Regierbarkeit, dem Verlust der Kontrolle durch die Regierung, der »Mentalität der indigenen Bevölkerung« und dem Wachstum transnationaler krimineller Netzwerke und des Drogenhandels in Verbindung gebracht. Auf der anderen Seite wird die soziale Segregation in der Hauptstadt von Nicaragua kaum als strukturelles Problem dargestellt. Im Allgemeinen repräsentiert *La Prensa* den elitären Diskurs, der Nicaragua als sicheres Land portraitiert. Und wenn *La Prensa* von der Explosion der Bandenkriminalität und den Morden in Managua (z. B. am 4. Oktober 2004 und am 10. Oktober 2004) berichtet, gewinnt der Leser den Eindruck, dass es sich bei diesem »Nachrichtenereignis« um einen Blitz aus heiterem Himmel handelt. Die Mehrzahl der Leserschaft gehört dem reichen Managua an, einer Stadt, »that can be said to have been ripped out of the ›palimpsest‹ city, and is neither superimposed on it nor within it, but completely separate« (Rodgers 2004, 15). Es ist daher nicht überraschend, dass auf den Titelseiten von *La Prensa* kaum über das Wachstum der pandillas (Jugendbanden) berichtet wird. Üblicherweise werden Gewaltverbrechen als Problem dargestellt, das im Ausland entsteht und dort zu finden ist. Erstens berichtet *La Prensa* regelmäßig über Nicaraguaner, die im Ausland Verbrechen zum Opfer fallen (in Guatemala oder in den USA). Im Falle von Verbrechen, die in Costa Rica an nicaraguanischen Migranten verübt wurden, erweckt *La Prensa* ein Gefühl der Dringlichkeit. *La Prensa* hebt außerdem die Rolle von Drogenhändlern hervor, indem sie regelmäßig über verborgene Flugplätze und Schmuggelboote berichtet (und diese Reportagen visualisiert). Aus dieser Perspektive scheint der

Pressediskurs *La Prensa*s hauptsächlich von Räumlichkeit und Segregation geprägt zu sein.

Es existiert ein zweites übergreifendes Thema in *La Prensa*s Diskurs über Kriminalität, das sich unter der Rubrik »Mord, Entführung und die Justiz« zusammenfassen lässt. Die Opfer gehören hierbei dem oberen Mittelstand an, die Straftäter entstammen hauptsächlich dem Bandenmilieu. Auf diese Weise scheinen einige Kriminalfälle die größte Aufmerksamkeit der Printmedien zu erlangen. Die Ermordung von Carlos Guadamuz im Februar 2004 wurde zum Aufmacher der Zeitung, gefolgt von 14 Ausgaben, die sich auf der Titelseite mit diesem Thema befassten. Im September 2004 erregte eine Serie von Entführungen breite Aufmerksamkeit. In sieben Leitartikeln wurden die Ereignisse ausführlich erörtert. Auch hier gilt es, sich zu vergegenwärtigen, dass Nachrichten niemals in einem sozialen und politischen Vakuum entstehen. So war der September des Jahres 2004 ein politisch »ereignisloser« Monat. Während die Berichterstattung in diesem Monat einerseits einige Kriminalfälle hervorhob, richtete sie die Aufmerksamkeit andererseits auf ein verstreutes Themenspektrum. Aus dieser Perspektive betrachtet, behandelte die Berichterstattung über einen Kriminalfall gleichzeitig breitere Themen, wie die strukturelle Schwäche der Justiz, die Verbreitung des organisierten Verbrechens und das Ungleichgewicht der Geschlechter.

Abbildung 3: (*La Prensa* 2004–2006 (Nicaragua))<sup>136</sup>



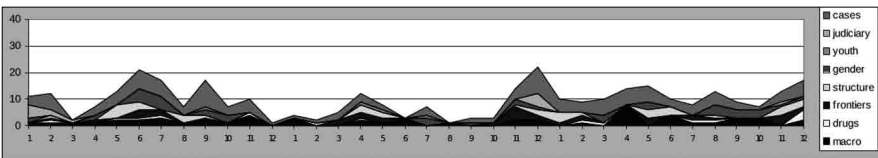
Die zweite nicaraguanische Zeitung, *El Nuevo Diario*, repräsentiert einen anderen Teil der Gesellschaft. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Fokus der Berichterstattung sich im Gegensatz zu *La Prensa* eher auf den Lebensraum der unteren Gesellschaftsschichten konzentriert. Während die Ermordung von Journalisten oder eine Serie von Entführungen die Aufmerksamkeit von *La Prensa* auf sich zog, berichtete *El Nuevo Diario* ausführlich über Kindesmissbrauch, »außergewöhnliche Morde« und Morde an Busfahrern. Während die Berichterstattung im Allgemeinen in einem sachlichen Ton erfolgte, bildeten Kindesmord und die

136 macro = Gewalt und Gesellschaft; frontiers = Grenzen und Gewalt; drugs = Drogen und Gewalt; gender = Gender, Familie und Gewalt; youth = Jugendgewalt; structure = Sozialstruktur, Raum und Gewalt; judiciary = Justiz und Gewalt; cases = Fälle.

Gewalt gegen nicaraguanische Gastarbeiter in Costa Rica eine bemerkenswerte Ausnahme.

Wie bereits angedeutet wurde, ist der allgemeine politische Kontext eine der unabhängigen Variablen, die die Berichterstattung über »gewöhnliche Kriminalität« beeinflussen. Eine langwierige Krise auf dem Energiesektor, ein Grenzdisput (zwischen Costa Rica und Nicaragua), *der Pakt* zwischen Aléman und Ortega und eine, die nicht-traditionelle Elite diskreditierende Korruptionsaffäre (der Argüello-Skandal), erregten die Aufmerksamkeit von *El Nuevo Diario* im Jahr 2005. In den Jahren 2004 und 2006 berichtete die Zeitung im Gegensatz dazu über ein breites Spektrum an Geschichten über kriminelles Verhalten. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass *El Nuevo Diario* die Dimensionen der Unsicherheit betont, die die unteren Gesellschaftsschichten betreffen. Besonders bemerkenswert ist hierbei die Tatsache, dass *El Nuevo Diario* auf leidenschaftslose Weise Nachrichten von besonderem menschlichem Interesse publiziert.

Abbildung 4: (El Nuevo Diario 2004–2006 (Nicaragua))

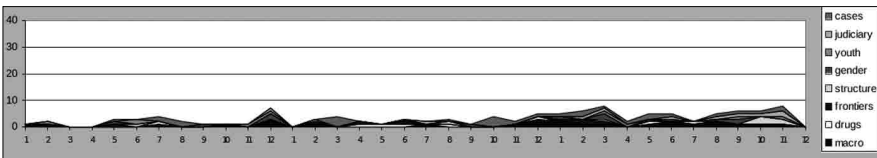


### Costa Rica

Wie bereits erwähnt, unterscheidet sich die Berichterstattung über »gewöhnliche Gewalt« in der costa-ricanischen Zeitung *La Nación* maßgeblich von der in *Al Día*. Das Thema Gewalt wird in *La Nación* nicht hervorgehoben, aber intensiv behandelt. Obwohl »gewöhnliche Gewalt« betreffende Artikel häufig auf der Titelseite erscheinen, werden Themen wie Freihandel, Politik, Armut, Korruption und der Wahlkampf für wichtiger erachtet. Im Oktober 2004 entstand aufgrund der Verhaftungen der costa-ricanischen Ex-Präsidenten Rodríguez und Calderón eine regelrechte Nachrichtenwelle, und das Thema Korruption hielt sich lange Zeit auf den Titelseiten. Die Debatte um Korruption schreibt sich insgesamt in einen breiteren Diskurs über den sozialen und politischen Verfall des Landes ein. Aufgrund politischer Skandale und instabiler parlamentarischer Unterstützung war die Pacheco-Regierung (2002–2006) eine der schwächsten Regierungen, die das Land je hatte. Vor diesem Hintergrund wird in den Medien an prominenter Stelle über ein breites Spektrum an Politikfeldern verhandelt (Sozialpolitik, Migration, Freihandel, Gesundheit, Privatisierungen, usw.). Das Thema »gewöhnliche Gewalt«

ist jedoch häufig explizit mit diesen Themen verbunden und wird in *La Nación* konstant, aber nicht maßlos behandelt. Die meisten Verbrechensnachrichten berichten über konkrete Delikte, die Erhebung von Statistiken (z. B. Estado de la Nación), internationale Berichte oder saisonbedingte Verbrechen (Weihnachten, Karwoche). Darüber hinaus lassen sich die Berichte über »gewöhnliche Kriminalität« in vier Themenbereiche unterteilen. *La Nación* verweist permanent auf die Wechselwirkungen zwischen Armut, dem Zerfall des Sozialstaates, dem Bildungssystem, sozialer Segregation und Jugendkriminalität. Zweitens und drittens liegt der Fokus der Zeitung auf den Themenfamilien »häusliche Gewalt« und »Drogen und Kriminalität«. Besonders bemerkenswert ist, dass sich *La Nación* nicht auf die Darstellung der Fakten beschränkt, sondern eine darüberhinausgehende Analyse der zeitgenössischen Gesellschaft bietet. Laut dieser führenden Zeitung Costa Ricas ist das Gewalt- und Brutalitätsniveau in den letzten Jahren wesentlich gestiegen. Vorherrschend ist die permanente Besorgnis, dass die costaricanische Gesellschaft einem unaufhaltbaren Verfall ausgesetzt ist. Während sich die Fundamente des Sozialversicherungssystems auflösen, wird das soziale Gefüge der Gesellschaft (Werte, Familien) ebenfalls als sich permanent verschlechternd dargestellt. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass *La Nación* dazu tendiert, vor allem moralische Besorgnisse und die einmalige historische Situation Costa Ricas darzustellen.

Abbildung 5: (La Nación 2004–2006 (Costa Rica))



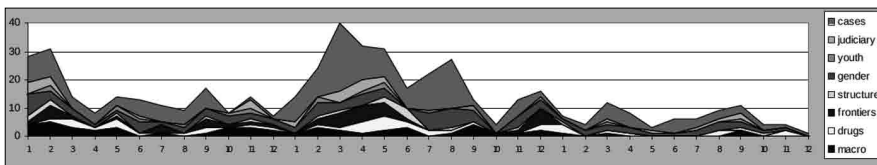
Im Gegensatz zu den »seriösen« Zeitungen ist die Berichterstattung über Gewalt und (Un)Sicherheit in *Al Día* eher skandalorientiert. Es besteht generell die Tendenz zur Auswahl von Nachrichten, die den »Mann und die Frau von der Straße« involvieren. Die Bedrohung durch Mord, Raub und Gesetzesübertretungen, häufig mit Psychopathologie in Verbindung gebracht, wird als allgegenwärtig porträtiert. Aus diesem Grund ist es wenig überraschend, dass individuelle Tragödien einen bedeutenden und regelmäßig wiederkehrenden Platz in der Regenbogenpresse Costa Ricas einnehmen. Ein Großteil des von *Al Día* repräsentierten Pressediskurses über Gewalt konzentriert sich auf Minderjährige und die von ihnen eingenommen Räume. Zunächst nimmt die Berichterstattung über Gewalt in Schulen, Drogenmissbrauch und illegalen Drogenhandel einen führenden Platz ein. Des Weiteren widmet sich eine Vielzahl der Titelseiten der Berichterstattung



über Kindesmissbrauch und häusliche Gewalt. Den Kern dieses Themas bildet die Verwundbarkeit von Minderjährigen. Ausführliche Berichte über Kindesmissbrauch, häusliche Gewalt und Gewalt an Schulen schüren ein permanentes Gefühl der Furcht und Hilflosigkeit.

Es wurde bereits mehrfach erwähnt, dass die Aufmerksamkeit der Medien von Ereignissen und dem allgemeinen politischen Kontext angetrieben wird. *Al Día* bildet hierin natürlich keine Ausnahme. Die Berichterstattung unterscheidet sich von Jahr zu Jahr: Obwohl im Jahr 2004 eine recht hohe Häufigkeit der Kriminalberichte zu verzeichnen war, waren die Einzelfälle nicht so wichtig wie in 2005. Morde, Raub, Sexualverbrechen, Entführungen und Banküberfälle prägten die Berichterstattung zu Beginn des Jahres 2005. Einige Monate darauf verlagerte sich der Fokus *Al Días* jedoch auf Fußball, Naturkatastrophen, nationale Grenzen, Freihandelspolitik und Korruption. Im Jahr 2006 richtete *Al Día*, unterstützt von der nationalen Hysterie, ihr Hauptaugenmerk auf die FIFA Weltmeisterschaft (Eröffnungsspiel: Deutschland gegen Costa Rica). Im selben Jahr wurden Verkehrsunfälle, eine Vielzahl von Missbrauchsfällen und Gewalt gegen Frauen extensiv thematisiert. Im Allgemeinen sticht die Berichterstattung der costaricanischen Boulevardzeitung durch ihre didaktische Herangehensweise heraus, was sich in der detaillierten Beschreibung von Vorsichtsmaßnahmen manifestiert.

Abbildung 6: (*Al Día* 2004–2006 (Costa Rica))



### *EL Salvador*

Der salvadorianische Pressediskurs weist durch seine Zuspitzung auf »gewöhnliche Gewalt«, insbesondere auf Morde und Jugendkriminalität (González 2004) eine Konstanz auf. Downs arbeitete bereits vor 30 Jahren heraus, dass jedes zentrale Problem der Gesellschaft »leaps into prominence, remains there for a short time, and then – though still largely unresolved – gradually fades from the center of public attention« (Downs 1998, 100). Im Pressediskurs erscheinen und verschwinden Themen als Gegenstand des öffentlichen Interesses. Downs zufolge beginnt der »issue attention cycle« üblicherweise mit einer Serie von dramatischen Ereignissen, die aus einer »alarmed discovery« und »euphoric enthusiasm«

(ebd.), das Problem zeitnah lösen zu können, entstehen. In El Salvador lässt sich beobachten, dass sich die Thematik von Morden und Jugendbanden (*maras*) über Jahre hinweg an erster Stelle in den Medien hält. Die *issue attention cycles* drehen sich immer wieder um das Problem der tödlichen Jugendgewalt, nähren sich aber jeweils von anderen Ereignissen und (oft gewalttätigen) Kontexten. Während die Berichterstattung einerseits immer wieder das Stereotyp der gefährlichen Jugendbande untermauert, tendieren dennoch beide Zeitungen zur Neuentdeckung von Nachrichten, die mit alarmierenden, dramatischen Ereignissen (z. B. außergewöhnliche Gewalt, gewaltsame Aufstände und Massaker in Gefängnissen) ebenso konnotiert sein können wie mit neuen Lösungswegen (z. B. repressive oder präventive Maßnahmen gegen die Jugendbanden, die sogenannten Operationen *mano dura*, *super mano dura* und *mano amiga*). Tatsächlich existiert so eine Vielzahl von Aufmerksamkeitskreisläufen, die ineinander verzahnt sind.

Während beide Zeitungen El Salvadors die gleichen thematischen Cluster behandeln, ist die Haltung der Leitartikel recht unterschiedlich. Während *La Prensa Gráfica* die *maras* vor allem in Bezug auf Jugendkriminalität, extreme Gewalt und transnationale (kriminelle) Netzwerke beschreibt, assoziiert *El Diario de Hoy* explizit die *maras*, Jugendkriminalität, extreme Gewalt und transnationale kriminelle Netzwerke mit der linken *Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional* (FMLN).

Das Interesse der Zeitungen wird offensichtlich von Ereignissen und dem allgemeinen politischen Kontext gesteuert. Die Berichterstattung von *La Prensa Gráfica* veränderte sich von Jahr zu Jahr. Während sie sich im Jahr 2004 mit dem Problem der *maras* beschäftigte, gelangte 2005 hauptsächlich die allgemeine hohe Kriminalitätsrate auf die Titelseiten. Dies war eng verbunden mit der Dynamik des nationalen Agenda Setting, die im Zeichen der Präsidentschaftswahlen vom März 2004 stand. Tony Saca (ARENA), der mit 58 Prozent der Wählerstimmen gewählt wurde, hatte eine auf Angst und Unsicherheit basierende Wahlkampagne durchgeführt. So beschuldigten ARENA-freundlich gesinnte Fraktionen die FMLN der Rekrutierung von *mareros*, um das Land zu destabilisieren. Die Operation *super mano dura*, die der Wahlkampagne zugrunde lag, wurde 2004 aufgelegt. Hunderte junger Männer wurden in regelrechten Verhaftungswellen inhaftiert, die sich über das ganze Jahr ausdehnten. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Frage der *maras* und der Nulltoleranzstrategien nicht aus der nationalen Agenda des Jahres 2004 verschwand. Die Nulltoleranzstrategie führte jedoch nicht zu einer Reduktion von Kriminalität und Unsicherheit. Öffentliche Diskussionen konzentrierten sich zu Beginn des Jahres 2005 häufig auf die Wahrnehmung zunehmender Gewalt. Der Präsident reagierte auf die wachsende Kritik mit einer Kursänderung und betonte fortan vor allem das Problem der sozialen Gewalt. Außerdem berichteten beide Zeitungen ausführlich über die hohe allgemeine Kriminalitätsrate und die verheerenden Effekte der Proliferation von Handfeuerwaffen. Das Thema der kriminellen Banden rückte hingegen zusehends in den Hintergrund. Beide Zeitungen veröffentlichten 2006

eine Vielzahl von Leitartikeln, die sich mit verschiedenen, die Kriminalität betreffenden Themen, wie Jugendbanden, Drogenhandel, der (Abschiebungs-) und Migrationspolitik der USA, Polizeibeamten und der Justiz beschäftigen. Dementsprechend berichtete *La Prensa Gráfica* über den vom Präsidenten angekündigten »nationalen Kreuzzug gegen das Verbrechen«.

Ein weiteres Thema sind die Grenzen. In beiden Zeitungen El Salvadors erregen Berichte über Migration, Abschiebung und Kriminalität kollektive Aufmerksamkeit. Bei der Analyse der Wurzel des Problems konzentrieren sich *La Prensa Gráfica* und *El Diario de Hoy* auf die transnationalen Dimensionen. Der Fokus der Berichterstattung liegt häufiger auf der Abschiebung von kriminellen Bandenmitgliedern als auf anderen Problemen. Dennoch gelangen ausführliche Berichte über Salvadorianer, die in Guatemala oder anderswo ausgeraubt worden sind, häufig ebenfalls auf die Titelseiten. Aus der Sicht der salvadorianischen Zeitungsmacher liegt die Wurzel der kriminellen Gewalt eher in der US-Abschiebepolitik oder der Gewaltkultur als in Armut, (sozialer) Ungerechtigkeit oder anderen Problemen.

Abbildung 7: (*La Prensa Gráfica* 2004–2006 (El Salvador))

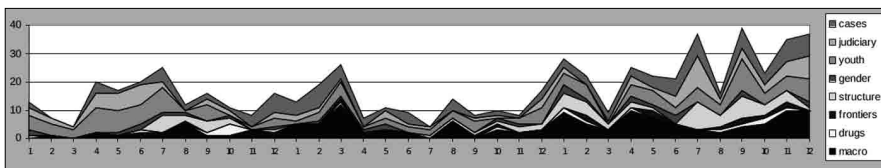
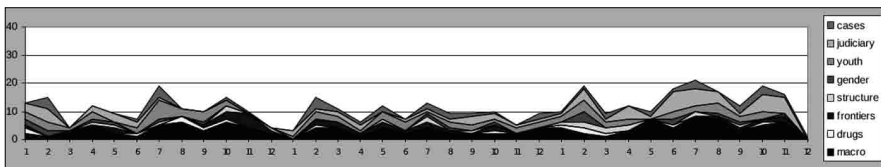


Abbildung 8: (*El Diario de Hoy* 2004–2006 (El Salvador))



## Zentralamerikanische Medien und Gewaltverhältnisse

Ausgehend von der Überlegung, dass Medien eines der einflussreichsten Instrumente zur Erschaffung und Erhaltung kultureller Werte und sozialer Normen (Bourdieu 1998) sind, stellt sich die grundsätzliche Frage nach der Bedeutung zentralamerikanischer Printmedien als gesellschaftlicher Diskursarena, in der über das Ausmaß und die Einhegung von Gewalt debattiert wird.

Das zentrale Ergebnis der Auswertung der zentralamerikanischen Presseberichterstattung in den Jahren 2004–2006 mutet auf den ersten Blick banal an: es gibt keinen homogenen Pressediskurs, der sich dauerhaft auf ein Thema wirft und dabei immer und eindeutig Stellung bezieht. Die systematische Sichtung der Presseberichterstattung hat erstens die hohe Kontextabhängigkeit der Themensetzung gezeigt. Vereinfacht ausgedrückt: »wenn der Papst im Sterben liegt, sind die Jugendbanden egal«. Dies bedeutet, dass einerseits in Ermangelung alternativer Themen über Gewaltverhältnisse und Gewaltereignisse berichtet wird, andererseits aber auch mittels medialer Berichterstattung von anderen Themen abgelenkt werden kann.

Zweitens ist der Umstand relevant, dass die Schwerpunkte und die politische Ausrichtung der Medienberichterstattung von Land zu Land, von Zeitung zu Zeitung und von Jahr zu Jahr variieren. Im Kontext der Debatten über die politischen und sozialen Entwicklungen in den Ländern des sogenannten Südens wird vielleicht dem zweiten Aspekt bislang zu wenig Aufmerksamkeit zuteil. Für alle drei hier untersuchten Länder gilt, dass sich die Berichterstattung über Gewalt, Kriminalität und Unsicherheit sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht von Zeitung zu Zeitung deutlich unterscheidet. Dies gilt nicht nur – wie im costaricanischen Fall – für die unterschiedliche Berichterstattung in Boulevardblättern und »Qualitätszeitungen«, sondern auch für Zeitungen, die sich primär an ein mittelständisches Publikum richten (El Salvador, Nicaragua), aber unterschiedliche politische Ausrichtungen haben. Während in den zentralamerikanischen Öffentlichkeiten hier weitgehend ein allgemeines Bewusstsein für den politischen Bias der Zeitschriften besteht, ist eine für uns unbeantwortete und spannende Frage die, ob Journalisten und Wissenschaftler außerhalb des jeweiligen Landes, die die online-Archive der zentralamerikanischen Zeitungen als »Faktenpool« nutzen, sich dieser politisch eingefärbten Berichterstattung bewusst sind. Vielleicht stellt gerade jener unreflektierte Umgang mit den Erzeugnissen zentralamerikanischer Medienunternehmen, der das Ausmaß und die Inhalte der Berichterstattung über dämonische Jugendbanden für ein getreues Abbild der zentralamerikanischen Realitäten hält, eine weit größere Gefahr dar als der Einfluss der zentralamerikanischen Medien auf die (teilweise sehr medienkritische) zentralamerikanische Öffentlichkeit.

## Literatur

- Altamirano, Enrique (1984): Los medios de comunicación y la política exterior de Estados Unidos, in: Facultad de Comunicaciones, Pontificia Universidad Católica de Chile: Cuadernos de Información N° 1, S. 181-195.
- Arana, Ana (2005): How the Street Gangs Took Central America, Foreign Affairs, May/June 2005, S. 98-111.
- Bell, Allan (2006): News Stories as Narratives, in: Jaworski, Adam/Coupland, Nikolas (Hrsg.): The Discourse Reader, London/New York, S. 236-251.
- Bendel, Petra (1996): Parteiensysteme in Zentralamerika. Typologien und Erklärungsfaktoren, Opladen.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1966): The Social Construction of Reality: A Treatise its the Sociology of Knowledge, New York.
- Bourdieu, Pierre (1998): On Television, New York.
- Briceno-León, Roberto (ed.) (2001): Violencia, sociedad y justicia en América Latina, Buenos Aires, URL: [www.clasco.org/wwwclasco/espanol/html/libros/violencia/violencia.html](http://www.clasco.org/wwwclasco/espanol/html/libros/violencia/violencia.html), Letzter Zugriff: 10.09.2006).
- Castells, Manuel (1996): The Rise of the Network Society, The Information Age: Economy, Society and Culture, Vol. I. Cambridge, MA; Oxford, UK.
- DIRINPRO (2004): Muerte arriba. Las pandillas en Nicaragua 1999–2004, Managua.
- Downs, Anthony (1998): Up and Down With Ecology. The »Issue-Attention Cycle« [1972], in: Downs, Anthony: Political Theory and Public Choice, Northampton, Mass, S. 100-112.
- Fairclough, Norman (2006): Linguistic and Intertextual Analysis within Discourse Analysis, in: Jaworski, Adam/Coupland, Nikolas (eds.): The Discourse Reader, London/New York, S. 183-212.
- Foucault, Michel (2006): The Incitement to Discourse, in: Jaworski, Adam/Coupland, Nikolas (Hrsg.): The Discourse Reader, London/New York, S. 514-522.
- González, Luis Armando (2004): Medios de comunicación y construcción social de la violencia, ECA 567, S. 391-405.
- Gutiérrez, Sonia (2004): Medien in Mittelamerika: Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama, in: Hans-Bredow-Insitut (Hrsg.): Internationales Handbuch Medien 2004/2005, Baden-Baden, S. 982-992.
- Hall u. a. (1978): Policing the crisis. Mugging, the State, and Law and Order, Houndmills, London.
- Herman, Edward S./Chomsky, Noam (1988): Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media, London.
- Huhn, Sebastian/Oettler, Anika/Peetz, Peter (2006): Exploding Crime? Topic Management in Central American Newspapers: GIGA Working Paper N° 33, November 2006, Hamburg: GIGA.
- Huhn, Sebastian/Oettler, Anika/Peetz, Peter (2010): Jugendbanden in Zentralamerika – Zur sozialen Konstruktion einer teuflischen Tätergruppe, in: Imbusch, Peter (Hrsg.): Jugendliche als Täter und Opfer von Gewalt, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 213-242.
- Huhn, Sebastian/Oettler, Anika/Peetz, Peter (2009): Contemporary Discourses on Violence in Central American Newspapers, in: The International Communication Gazette, 71(4): S. 243-261.
- Jones, Adam (2002): The Press in Transition. A Comparative Study of Nicaragua, South Africa, Jordan, and Russia, Hamburg.
- Rodgers, Dennis (2004): Disembedding the City: Crime, Insecurity, and Spatial Organisation in Managua, Nicaragua, LSE Development Studies Institute Working Paper N°04-50.
- Scheerer, Sebastian (1978): Der politisch-publizistische Verstärkerkreislauf, in: Kriminologisches Journal, 10/1978, S. 223-227.
- Sheehan, Thomas (1998): Friendly Fascism: Business as Usual in America's Backyard, in: Golson, Richard J. (Hrsg.): Fascism's Return: Scandal, revision, and Ideology since 1980. Lincoln/London: University of Nebraska Press, S., 260-300.
- Swecker, Chris (2005): Statement of Chris Swecker, Asistent Director, Criminal Investigative Division Federal Bureau of Investigation of Subcommittee on the Western Hemisphere, House International Relations Committee, 20 April. URL: [ciponline.org/facts/050420swec.pdf](http://ciponline.org/facts/050420swec.pdf), letzter Zugriff: 22. Januar 2009.
- UNDP (2004): Democracy in Latin America: Towards a Citizens' Democracy, New York.
- UNDP (2003): Segundo Informe sobre Desarrollo Humano en Centroamérica y Panamá, San José.
- Van Dijk, Teun A. (1991): The interdisciplinary study of news as discourse, in: Bruhn-Jensen, K./Jankowski, N. (Hrsg.): Handbook of Qualitative Methods in Mass Communication Research, London: Routledge, S. 108-120.
- Vergara Heidke, Adrián (2006): Uso de la estrategia de autolegitimación por el periódico La Nación, unveröffentlichtes Dokument.
- Vilas, Carlos M. (1992): »Family Affairs: Class, Lineage and Politics in Contemporary Nicaragua«, Journal of Latin American Studies, 24/2, S. 309-341.

# Ein Basisradio im Widerstand

## Gespräch mit María Isabel Gámez von Radio Victoria aus El Salvador Das Interview führte Lydia Koblofsky am 17. August 2011

Wegen ihrer kritischen Radioarbeit musste sie ihr Heimatland verlassen: María Isabel Gámez ist eine nach Deutschland exilierte Journalistin aus Zentralamerika. Bis vor kurzem arbeitete sie für den kommunalen Rundfunksender *Radio Victoria* im Department Cabañas im Norden El Salvadors an der honduranischen Grenze. Dort versuchen internationale Bergbauunternehmen seit einiger Zeit Gold abzubauen, doch die lokale Bevölkerung leistet Widerstand. Das Basisradio, bei dem Isabel Gámez bis zu ihrer Flucht aus El Salvador gearbeitet hat, ist Teil einer Kampagne gegen den Goldbergbau.

»Im April 2010 habe ich El Salvador verlassen. Ich ging aufgrund von Morddrohungen. Bereits zweimal gab es Anschläge auf mein Leben und der Staat war nicht in der Lage, mich zu schützen. Die Situation war für mich und meinen Sohn einfach zu gefährlich, deshalb bin ich gegangen.«

Verschiedene Ereignisse sind dem Exil von Isabel Gámez vorausgegangen. Zunächst weckte das Gold in der ressourcenreichen Region Cabañas im Norden El Salvadors das Interesse transnationaler Konzerne. Eines dieser Unternehmen ist der kanadische Bergbaukonzern *Pacific Rim*, der bereits 2002 erste Erkundungsbohrungen durchführte, um zu bestimmen, wie rentabel der Standort für den Goldabbau wäre.<sup>137</sup> Seit 2005 gibt es sichtbaren Protest aus der Bevölkerung gegen das lukrative Geschäft des kanadischen Konzerns. *Radio Victoria* ist Teil dieser Widerstandsbewegung, die die ökologischen und sozialen Folgen des Bergbaus anprangert.<sup>138</sup> Seit dem Lautwerden des Protests wird gegen diese Kritiker\_innen enorme Repression und Gewalt ausgeübt: Mindestens drei Aktivist\_innen wurden ermordet – unter ihnen eine im achten Monat schwangere Frau. *Amnesty International* hat eine schnelle Aufklärung der Mordfälle gefordert und die Gewalt ans Licht der internationalen Öffentlichkeit gebracht.<sup>139</sup> So wurde die Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte<sup>140</sup> auch auf die Situation der Radiomitarbeiterin Isabel Gámez aufmerksam: »Zu meinem Schutz habe ich von der Stiftung ein Jahresstipendium in Hamburg bekommen, das noch um weitere sechs Monate verlängert wurde«, erzählt die Journalistin, die nun in der norddeutschen Hansestadt lebt.

137 [http://www.cispes.org/index.php?option=com\\_content&task=view&id=855&Itemid=98](http://www.cispes.org/index.php?option=com_content&task=view&id=855&Itemid=98).  
Zugriff am 22.09.2011.

138 <http://www.oneworld.at/start.asp?ID=231524>. Zugriff am 22.09.2011.

139 <http://www.amnesty.org/en/region/el-salvador>. Zugriff am 22.09.2011.

140 <http://www.hamburger-stiftung.de/>. Zugriff am 22.09.2011.

Seit ihrem 13. Lebensjahr engagiert sich Isabel Gámez in der kommunalen Rundfunkstation *Radio Victoria*, die bereits 18 Jahre auf Sendung ist. Nach dem Ende des Bürgerkrieges in El Salvador und der Unterzeichnung des Friedensabkommens 1992 entstand *Radio Victoria* als praktischer Ausdruck des Bedürfnisses nach politischer Mitbestimmung der Gemeinde von Santa Marta in Cabañas.

Wie *Radio Victoria* gegen die Aktivitäten der multinationalen Konzerne kämpft und welches Selbstverständnis der Sender als politisches Basismedium vertritt, stellt María Isabel Gámez im Gespräch mit Lydia Koblofsky dar.

## **Radio von der Gemeinde, für die Gemeinde**

*Isabel, deine Heimatgemeinde Santa Marta liegt im Department Cabañas nahe der honduranischen Grenze. Dieser Ort galt bereits während des Bürgerkriegs Ende der 1980er Jahre als Anlaufstelle für Salvadorianer\_innen aus Honduras, die zu Beginn des bewaffneten Konflikts geflüchtet waren.<sup>141</sup> Wie kam es dazu, dass Radio Victoria genau dort gegründet wurde und welche Bedeutung hat die Radiostation vor diesem Hintergrund für die Menschen in der Region?*

»Nach den Erfahrungen des Bürgerkrieges war die Gründung von *Radio Victoria* vom Bestreben motiviert, die bestehende Situation zu verändern. Die Rückkehrer\_innen wollten Einfluss auf die Politik und die Zukunft ihres Landes nehmen. Gegen Ende des Krieges beschloss die Gemeinde, ein Radio aufzubauen, um ihre demokratische Mitsprache einzufordern. Das partizipative Kommunikationsmedium sollte der Gemeinde den Raum geben, dem Staat gegenüber Forderungen zu stellen, aber auch sich selbst zu organisieren. Das Radio diente außerdem als Plattform, um die häufigen Menschenrechtsverletzungen in der Nachkriegszeit anzuprangern. Denn der Friedensschluss der rechten Regierung El Salvadors unter der Partei Arena (*Alianza Republicana Nacionalista*) mit der ehemaligen Guerillaorganisation FMLN (*Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional*) im Jahre 1992 beendete zwar formell den 12 Jahre dauernden Bürgerkrieg, doch die Gewalt setzte sich in vielen Regionen fort. Die Medien sprachen oft vom Friedensprozess und der Demokratisierung. Doch sie schwiegen zu Menschenrechtsverletzungen, zur Situation der ehemaligen Guerilleras, der »verschwundenen« Kinder<sup>142</sup>, der Kriegswitwen oder der gesellschaftlich ausgeschlossenen armen

141 <http://www.oeku-buero.de/info-blatt-78/articles/schweigen-ist-gold.html>. Zugriff am 22.09.2011.

142 Das »Verschwindenlassen« von Menschen wurde vor und während des salvadorianischen Bürgerkriegs (1980–1992) als Mittel der Aufstandsbekämpfung von staatlichen und/oder quasi-staatlichen Organen systematisch gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Dabei ging es darum, die vermeintliche »soziale Basis der Guerilla« zu zerstören, indem Kinder und Erwachsene entführt und meist nach monatelanger Folter getötet wurden. Die Angehörigen erfuhren nichts über den Verbleib der »Verschwundenen«. Jegliche Verantwortung des Staates wurde geleugnet. Verschiedene Gruppen setzen sich für die Suche nach den »Verschwundenen« ein, so z. B. die salvadorianische Menschenrechtsorganisation Pro-Búsqueda de Niñas y Niños Desaparecidos (Vereinigung für die Suche nach den verschwundenen Kindern): <http://probusqueda.org.sv/>. Zugriff am 22.09.2011.

Bevölkerung. Somit blieben die strukturellen Probleme der Nachkriegsgesellschaft ausgeblendet – von Seiten der etablierten Medien war nicht viel zu erwarten. Bis heute herrschen sowohl im Zeitungssektor als auch im Bereich des Rundfunks starke Monopolstrukturen, die einseitig die Machtinteressen der ökonomisch privilegierten Bevölkerungsschichten stützen. Es gibt (lediglich) eine alternative Zeitung, *Colatino*, die den marginalisierten Bevölkerungsteilen als Informationsquelle zur Verfügung steht. Hier wird die andere Seite des Landes gezeigt. Auch die Online-Zeitung *El Faro* beleuchtet Ereignisse im Land aus einer anderen Perspektive – wie unser *Radio Victoria*.«

*Das Radio in die Gemeinden zu bringen – es aus der Gemeinde heraus »zu entwickeln« – ist eines der Anliegen kommunitärer Rundfunksender. Radio Victoria arbeitet nun schon seit 18 Jahren zu Themen der Basis. Wie siehst du selbst deine Rolle als Radiomacherin?*

»Ich bin eine Vermittlerin. Ich bin Journalistin, aber auch Aktivistin. Wir sind nicht die super tollen Radiosprecher mit einem großen Team. Wir möchten, dass die Leute aus der Gemeinde zu Protagonisten werden. Dabei wollen wir nicht mit anderen Sendern konkurrieren. Bis heute ist die Beteiligung der lokalen Gemeinde ein wichtiger Eckpfeiler der Radioarbeit: Die Idee war ein Radio von der Gemeinde für die Gemeinde. Doch wir wollten die bestehenden Grenzen eines Basisradios sprengen und mit verschiedenen Sektoren des Landes zusammenarbeiten. Das Radio fungiert auch als Bildungseinrichtung, es leistet politische Bildungsarbeit. Wenn du anfängst, im Radio zu arbeiten und die strukturellen Probleme und Realitäten des Landes erkennst, wirst du von einer Berichterstatlerin zur Aktivistin.«

*Euer Radio in Santa Marta wird überwiegend von jungen Menschen gestaltet. Seht ihr euch dabei in erster Linie als Medium, als Sprachrohr für die Anliegen der sozialen Bewegungen oder versteht ihr euch stärker als Teil der Bewegungen selbst?*

»Ganz eindeutig versteht sich der Sender nicht als unbeteiligtes Organ der Berichterstattung, sondern als Teil der Gemeinschaft, mit der zusammen Themen, Aktivitäten und Kampagnen erarbeitet werden. Das Kommunikationsmedium ist ein wichtiger Teil der Selbstorganisation und der kritischen Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde. Dementsprechend sind die Mitarbeiter\_innen des Radios vor allem Jugendliche aus der Umgebung, die sich häufig über die Medientätigkeit Probleme und Zusammenhänge ihrer eigenen Lebensrealität erschließen. Dadurch befindet sich der Sender ständig im Prozess und im Wandel. Und es fehlt nie an Nachwuchs – beides Zeichen und Garantie dafür, dass das Radio aus der Basis heraus wächst und nicht außerhalb steht.«



*Du sagst, Eure Radiostation ist ein Produkt der Selbstorganisation einer kritischen Öffentlichkeit – aber das »öffentliche Interesse« ist naturgemäß immer sehr heterogen strukturiert und bündelt verschiedenste Bedürfnisse. An welchen Grundsätzen orientiert ihr euch? Nach welchen Kriterien setzt ihr die Schwerpunkte in eurem Radioprogramm?*

»Das Programm des Basisradios deckt verschiedene Querschnittsthemen ab – wir versuchen, die Identität und Kultur der Menschen El Salvadors zu berühren. Dabei geht es vor allem um die Frage der Menschenrechte, um Gender- und Umweltthematiken und immer auch um Mitbestimmung. An eben diesen Leitlinien orientieren sich die Organisation, Produktion oder Pressearbeit des Senders. Die Geschlechterfrage etwa haben wir auch innerhalb des Radioteams über einen langen Zeitraum diskutiert und so sind momentan etwa gleich viele Frauen wie Männer bei *Radio Victoria* aktiv. Ich glaube sogar, dass die Frauen leicht in der Überzahl sind. Frauen sind vor allem als Korrespondentinnen aktiv, d. h. im Sektor der Informationsbeschaffung und -verbreitung; dort arbeiten weit mehr Frauen als Männer.«

*Das ist ein weites Themenspektrum, das sicherlich nicht nur in Santa Marta oder Cabañas die Lebensrealitäten der Menschen betrifft! Welche Reichweite haben eure Programme?*

»Der Sender hat eine Lizenz für das Department Cabañas im Norden des Landes. Durch einen überregionalen Verbund von 16 Basisradios und -programmen – genannt ARPAS (*Asociación de Radios y Programas Participativos de El Salvador*) – erreichte *Radio Victoria* nach und nach auch nationale Aufmerksamkeit über die Ursprungsgemeinde hinaus. Bestimmte Thematiken und Aktivitäten durchbrechen eben die regionalen Grenzen. Vor allem beim Thema der Naturressourcen ist es wichtig, dass die Leute aufgeklärt werden und Bewusstsein entwickeln. Denn die Probleme einer Gemeinde betreffen ja eigentlich das ganze Land. Hier hat *Radio Victoria* auch landesweit sehr viel Aufmerksamkeit geschaffen. Soziale Netzwerke haben in den letzten Jahren die Reichweite des Radios zusätzlich erweitert und die Botschaften auch über die Grenzen El Salvadors hinausgetragen. Somit konnten wir in vielen Bereichen nicht nur inhaltlich unsere Gebiete ausweiten, sondern auch geographisch.«

## **Schweigen ist Gold?**

*Ein Thema, das Radio Victoria seit einigen Jahren in Atem hält, ist die Ausbeutung der Bodenschätze in der Nordregion El Salvadors und die Auswirkungen für Mensch und Natur. Besonders das Gold der ressourcenreichen Region an der honduranischen Grenze hat internationale Konzerne auf den Plan gerufen. Wie positioniert ihr euch in dieser Sache?*

»Der kanadische Konzern Pacific Rim wollte in der Gegend Gold abbauen und zu diesem Zweck die Mine El Dorado reaktivieren, die in den 40er Jahren stillgelegt worden war. Doch davon haben Land und Leute nichts. Denn die Gewinne gehen an die transnationalen Konzerne, die das Gold ausbeuten. Dem Staat und der Bevölkerung bleiben die ökologischen und sozialen Auswirkungen. Deshalb hat unser Radio klar Position gegen den Goldabbau in unserer Region bezogen. El Salvador hat sieben Millionen Einwohner\_innen und ein hohes Bevölkerungswachstum, doch die Fläche des Landes beträgt nur 21 000 km<sup>2</sup>. Außerdem hat das Land eine hohe Entwaldungsrate und Menschen und Umwelt leiden unter gravierender Wasserknappheit. Zusätzlich sind die Folgen des 12 Jahre dauernden Krieges (1980–1992) noch immer spürbar – auch für die Umwelt. Trotz dieser Einwände vergab die Regierung Konzessionen zur Erkundung und Ausbeutung von Bodenschätzen. Der Staat war sich völlig im Klaren über die möglichen Konsequenzen solch eines Eingriffs oder hat sie zumindest ignoriert. Besonders für das sensible Ökosystem der Nordregion El Salvadors ist der Bergbau fatal. Die Abbauregion befindet sich im Gemeindegebiet von San Isidro, Cabañas, in der Nähe des größten Flusses des Landes – dem Rio Lempa – der große Teile von Cabañas und El Salvador mit Wasser versorgt. Alarmierend ist dabei der hohe Wasserverbrauch des Goldbergbaus, der bereits jetzt zur Austrocknung von Wasserquellen geführt hat sowie die Verschmutzung des Wassers durch Chemikalien, die zur Gewinnung von Gold benötigt werden.«

## **Unsicherheit in der Bevölkerung**

*Du beschreibst verheerende Eingriffe durch den Bergbau in die Natur, die wohl auch für die betroffene Bevölkerung massive Unsicherheiten mit sich bringen. Wie ist der politische Entscheidungsprozess im Vorfeld dieser Maßnahmen abgelaufen. Wurde die Bevölkerung in Entscheidungsprozesse einbezogen oder wenigstens über die Vorhaben des Bergbauunternehmens informiert?*

»Nein, niemand wusste, wer sie waren. Sie kamen 2001 und hatten eine Genehmigung in der Tasche, Erkundungen anzustellen. Die damalige Arena-Regierung hatte ihnen auch eine Abbaugenehmigung in Aussicht gestellt, nicht nur im Gemeindegebiet von San Isidro, sondern an verschiedenen Orten unseres Departments. Sie behaupteten, es gäbe einen Entwicklungspfad. Nach der Erkundungs- bzw. Prospektionsphase käme der Abbau und dies würde die Rettung des Landes bedeuten. Durch den Bergbau würden Arbeitsplätze geschaffen werden und nationale Unternehmer\_innen könnten investieren. Doch die wenigen salvadorianischen Bergbauunternehmen haben kaum Interesse, in das Projekt einzusteigen. Dennoch nahm *Pacific Rim* Fahrt auf. Immer mehr Arbeiter\_innen wurden angestellt und schweres Gerät kam in die Region. Sie bohrten überall. Das Land gehörte irgendwelchen Leuten aus Cabañas, aber das Unternehmen hatte eine Abbaugenehmi-

gung der Regierung und kümmerte sich nicht darum, wem das Land gehörte. Die Bewohner\_innen der Region, die bereits vor der Ankunft des Bergbaukonzerns mit Wasserknappheit zu kämpfen hatten, spürten die Auswirkungen der Minenaktivität immer stärker: Sie gruben und gruben und gruben mit ihren Maschinen und das Wasser wurde immer knapper. Die Bewohner\_innen begannen, den Politiker\_innen Fragen zu stellen und fanden in *Radio Victoria* ein Sprachrohr für ihre Belange. Wir berichteten über die Vorgänge, wussten aber selbst nicht genau, was eigentlich vor sich ging. Nach und nach kamen weitere Organisationen und Gruppen hinzu, die Aufklärung über die Vorkommnisse forderten. Die Menschen begannen, sich in Komitees, in ihren Gemeinden zusammenzuschließen. Das Radio übernahm eine wichtige Rolle bei der Informationsvermittlung und der Organisation der Proteste innerhalb der Gemeinden.«

## **Widerstand gegen die Minen**

*Wasserknappheit und Umweltverschmutzung, Landraub und Entrechtung: Die Zustände, die du schilderst, betreffen ja nicht nur Einzelne, sondern eine ganze Region. Wie sind die Menschen damit umgegangen? Ist der Widerstand über die Jahre stärker geworden?*

»Im Jahre 2005 wurde der Protest sichtbar. Es wurden Gemeindefeste veranstaltet und Versammlungen abgehalten. Die Leute begannen, auf die Straße zu gehen und gegen Umweltschäden und soziale Folgen zu demonstrieren. Die Menschen forderten die lokalen Politiker\_innen und Bürgermeister\_innen auf, Stellung zu beziehen. Die politischen Vertreter\_innen reagierten allerdings abweisend: Sie sagten, wenn es Schäden gibt, dann wollen wir die sehen. Das hieße ja, erst sollten Umweltschäden verursacht werden, um einen Beweis zu haben. Radio Victoria beschloss daraufhin, eine Kampagne auf nationaler Ebene ins Leben zu rufen und eine soziale Bewegung anzustoßen. Wir haben offiziell Position bezogen und die Proteste begleitet. Wir wollten die Stimme der Bewegungen im Widerstand sein. Die alten und neuen sozialen Bewegungen sollten animiert werden, sich zu engagieren. Ziel war es, beispielsweise Frauen und Jugendgruppen, aber auch staatliche Umweltbehörden, die mit ihrer Arbeit kein Gehör gefunden hatten, an der Kampagne zu beteiligen. Es wurden Treffen, Besuche und Märsche organisiert, aus denen die *Mesa Progresista de Cabañas* – ein Runder Tisch gegen die Ressourcenausbeutung – entstand.«

*Im Jahr 2009 fanden in El Salvador Wahlen auf lokaler und nationaler Ebene statt. Zum ersten Mal seit Ende des Bürgerkriegs bzw. in der Geschichte El Salvadors hat sich ein Kandidat der linken Partei FMLN gegen die extrem rechte Arena durchgesetzt. Hat sich durch den Sieg der vormaligen Opposition die Position der*

*Menschen in den vom Goldbergbau betroffenen Regionen verändert? Wie haben sich die politischen Parteien positioniert?*

»Als die Parteien des Widerstandes gewahrt wurden, sprach sich sogar die rechte Arena-Partei für ein Abbaumoratorium aus. Der damalige Arena-Präsident Antonio Saca sagte, dass der Ressourcenabbau gestoppt werden würde. Aber das war bloß eine politische Strategie, weil das ganze Land gegen den Bergbau eingestellt war. Es gab kein Gesetz, es gab nur Worte. Und das Wort wird in El Salvador vom Wind fortgetragen. Die Bewegung forderte jenseits hehrer Worte und Lippenbekenntnissen ein Gesetz gegen den (Gold-)Bergbau, der mehr Schaden als Nutzen bringt. Solch ein Gesetz ist jedoch bis jetzt nicht beschlossen worden. Auch der aktuelle Präsident der FMLN Mauricio Funes hat keine klare Gesetzeslage geschaffen. Bis jetzt hat Funes den transnationalen Unternehmen die Tür einen Spalt breit offen gelassen.«

## **Klima der Angst**

*Wie sieht die aktuelle Lage in Cabañas aus?*

»Die sozialen Bewegungen, und mit ihnen Radio Victoria, haben einen Teilerfolg erzielt. Zurzeit wird in der Region kein Bergbau betrieben. Dieser Abbaustopp hat dem Land eine Klage des Konzerns vor dem internationalen Investitionsschiedsgericht der Weltbank<sup>143</sup> eingebracht. Die kanadische Firma *Pacific Rim* beschuldigt den Staat El Salvador, für »entgangene Gewinne« im Bergbaugeschäft des Unternehmens verantwortlich zu sein. Da eine US-amerikanische Tochtergesellschaft von *Pacific Rim* vor Gericht zieht, konnte das Unternehmen mit dem Freihandelsvertrag zwischen den USA, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik (CAFTA-DR) argumentieren. Auf dieser Grundlage fordern sie eine Schadensersatzsumme von 77 Millionen Dollar aufgrund des Gewinnausfalls sowie die Wiederaufnahme der Prospektionsaktivitäten in Cabañas.<sup>144</sup> In einem anderen Klagefall des Minenunternehmens *Commerce Group* hatte das Schiedsgericht zu Gunsten El Salvadors entschieden. Die Klage wurde jedoch vor allem aus formalen Gründen abgelehnt.<sup>145</sup> *Pacific Rim* hält seine Forderungen allerdings weiterhin aufrecht.«

143 Offizielle Homepage des Internationalen Investitionsschiedsgerichts der Weltbank, ICSID (International Centre for Settlement of Investment Disputes): <http://icsid.worldbank.org/ICSID/Index.jsp> (Zugriff am 22.09.2011). Das ICSID ist nach eigenen Angaben eine unabhängige internationale Institution zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Zivilpersonen anderer Staaten. Das multilaterale Abkommen des ICSID wurde von der Weltbank formuliert und trat 1966 in Kraft. Insgesamt sind im Schiedsgericht 140 Staaten Mitglied.

144 [http://cispes.org/index.php?option=com\\_content&task=view&id=855&Itemid=98](http://cispes.org/index.php?option=com_content&task=view&id=855&Itemid=98). Zugriff am 22.09.2011.

145 [http://cispes.org/index.php?option=com\\_content&task=view&id=816&Itemid=98#](http://cispes.org/index.php?option=com_content&task=view&id=816&Itemid=98#)  
Zugriff am 22.09.2011.

*Neben den umweltschädlichen Auswirkungen hat mit den Minenaktivitäten auch die Gewalt zugenommen. Beobachter\_innen sprechen von einem »Klima der Angst«, das sich in der Region ausgebreitet habe. Der Konzern Pacific Rim weist jegliche Verantwortung dafür zurück. Wie seht ihr den Zusammenhang zwischen den Interessen des Bergbaus und der Repression, der ihr als Teil des Protests, als Radio und auch als Individuen nun schon seit einiger Zeit ausgesetzt seid?*

»Für uns als Mitarbeiter\_innen von *Radio Victoria* ist klar, dass es einen Zusammenhang gibt. Nachdem die Aktivität des Bergbauunternehmens von staatlicher Seite gestoppt wurde, kam es zu einem Sabotageakt gegen die Radiostation. Sie stahlen die Antenne des Radios und wir konnten nicht mehr auf Sendung gehen. Außerdem wurden erste Morde an Umweltaktivist\_innen<sup>146</sup> gemeldet. Dies betraf vor allem führende Persönlichkeiten des Widerstands. Im Juni 2009 wurde der Umweltaktivist Marcelo Rivera gefoltert und getötet. Ramiro Rivera Gómez und die schwangere Dora Alicia Sorto wurden im Dezember des gleichen Jahres Opfer der Gewaltwelle, auch sie waren im Widerstand gegen den Goldbergbau organisiert und hatten zuvor Drohungen erhalten.<sup>147</sup> Jüngstes Todesopfer in der Region ist Francisco Durán Ayala, der im Juni 2011 umgebracht wurde.<sup>148</sup>«

*Von offizieller Seite werden die von dir aufgezählten Morde als »gewöhnliche Kriminalität« bezeichnet. Hat die Regierung denn kein Interesse daran, die Gewalttaten in Cabañas aufzuklären?*

»Es wird von persönlichen Abrechnungen, vom Bandenwesen oder Jugendkriminalität gesprochen. Doch wir als soziale Bewegungen sehen einen eindeutigen politischen Hintergrund der Taten. Bis heute gab es in keinem der Mordfälle juristische Aufarbeitung. Die Regierung hat nie einen Zusammenhang zwischen der Einschüchterungskampagne und den wirtschaftlichen Interessen der Konzerne hergestellt. Dabei scheint es gerade um die demobilisierende Wirkung von Mord und Einschüchterung zu gehen. Hinzu kommt, dass die Gewalttaten zu einer Spaltung innerhalb der Gemeinden geführt haben, denn viele der Übergriffe wurden von Personen aus den Gemeinden selbst begangen. Dies schließt jedoch nicht aus, dass die Unternehmen und auch Teile der Regierung an den Taten beteiligt waren. Bis heute wurde in keinem der Fälle Gerechtigkeit geschaffen. *Radio Victoria* wird immer noch bedroht. Gerade vor zwei, drei Monaten gab es seitens einer Gruppe von Auftragsmördern ein Ultimatum an die Radiostation. Sie solle binnen dreier Tage schließen oder ihr gesamtes Personal werde umgebracht.<sup>149</sup> Daneben

146 Die im Folgenden angeführten Namen der Opfer der Gewalt werden im Interview mit Isabel Gámez nicht genannt, sondern sind zitiert aus den Berichten von Amnesty International et al.

147 <http://www.amnesty.org/en/news-and-updates/salvadoran-environmental-activists-killed-radio-station-staff-threatened-20100105>. Zugriff am 22.09.2011.

148 <http://www.cidh.oas.org/Comunicados/English/2011/62-11eng.htm>. Zugriff am 22.09.2011. Siehe auch: [http://www.cispes.org/index.php?option=com\\_content&task=view&id=844&Itemid=98](http://www.cispes.org/index.php?option=com_content&task=view&id=844&Itemid=98). Zugriff am 22.09.2011.

149 <http://www.amnesty.org/en/library/asset/AMR29/003/2011/en/493e13ae-e839-463c-956d-63b50ed10235/amr290032011en.html>. Zugriff am 22.09.2011. Zugriff am 22.09.2011.

werden aber auch diejenigen bedroht oder getötet, die als Zeug\_innen auftreten oder Mörder\_innen, die Auftraggeber\_innen und Drahtzieher\_innen verraten könnten. Die Gewalt in Cabañas geht auf eine stille Art und Weise weiter, sie hat die Leute aber nicht gelähmt. Die Menschen fordern vom Staat weiterhin, dass er Gerechtigkeit walten lässt und die Türen für die multinationalen Konzerne endgültig schließt.«

*Nicht zuletzt aufgrund des nationalen und internationalen Drucks sah sich der Staat gezwungen, die Präsenz der Sicherheitskräfte in der Region aufzustocken. Hat sich für Radio Victoria und die Anti-Bergbau Aktivist\_innen die Situation dadurch verbessert, haben die Drohungen und Angriffe aufgehört?*

»Nein, im Gegenteil. Im Juni 2011 wurde wieder ein Umweltaktivist umgebracht. Die Mitarbeiter\_innen von Radio Victoria misstrauen den lokalen Behörden und der Generalstaatsanwaltschaft, die den Aktivist\_innen Personenschutz garantieren soll. Wir wissen nicht genau, wer diese Menschen sind, die uns beschützen sollen und wir vermuten Zusammenhänge zur Repression, der wir ausgesetzt sind. Eben aus diesem Gefühl der Unsicherheit konnte ich nicht länger in El Salvador bleiben. Man hatte ja bereits versucht, mich umzubringen. Seit 2009 mussten bereits vier Mitarbeiter\_innen des Radios das Land verlassen – sie hatten alle Todesdrohungen erhalten. Im Ausland sind sie sicher, während sie in El Salvador weitere Angriffe auf ihr Leben fürchten müssten. Würde ich zurückkehren, wäre ich automatisch wieder Teil des Konflikts und somit in Gefahr. Außer Landes stelle ich keine Bedrohung dar.«

## **Exil an der Elbe**

*Morde, Einschüchterung, Ignoranz seitens der Politik und die Flucht vieler Aktivist\_innen: Wie siehst du in der aktuellen Lage den Fortbestand und die Zukunft des Engagements von Radio Victoria?*

»Das Radio ist wie ein Saatfeld, das ständig neue Pflanzen hervorbringt. Eine\_r geht und Andere kommen nach, die die Arbeit übernehmen. Deshalb können sie das Radio nicht stoppen. Sie müssten alle Mitglieder der sozialen Bewegung zum Schweigen bringen, um das zu erreichen.«

*Zum Abschluss noch eine persönliche Frage an dich: Als du nach Deutschland kamst, sah es ja so aus, als könntest du nach einem Jahr wieder zurückkehren. Diese Hoffnung hat sich leider zerschlagen. Wie siehst du die aktuelle Situation für dich persönlich und was bedeutet das für deine politische Arbeit?*

»Ich habe 14 Jahre bei Radio Victoria gearbeitet und das Land nicht freiwillig verlassen. In El Salvador ist zwar ein Verfahren anhängig, das die Mordversuche aufklären soll, doch bis jetzt ist kein Licht ins Dunkel gekommen. Dabei hatte ich

die Lage zunächst ganz anders eingeschätzt. Ich dachte, in einem Jahr ist Gras über die Sache gewachsen, aber die Situation ist nach wie vor schwierig, deshalb bleibe ich hier. Es fällt mir noch immer schwer, mich in meinem neuen Umfeld zurechtzufinden. Oft fühle ich mich hilflos, bin frustriert und weiß nicht, was die Zukunft bringen wird. Für die Situation in El Salvador engagiere ich mich jedoch weiterhin, ich möchte Informationen weitertragen und Öffentlichkeit schaffen. Die Kontakte zu *Radio Victoria* sind nach wie vor sehr eng. Ich kann zwar nicht mehr direkt an den Prozessen vor Ort teilnehmen, doch ich bin noch immer Teil der Bewegung. Auch von hier aus kann ich über die Konflikte in Cabañas informieren und meine Compañer@s von *Radio Victoria* unterstützen. Diese Einstellung und dieses Selbstverständnis teile ich mit vielen meiner Mitstreiter\_innen, die jetzt im Ausland leben: Die Erfahrungen, die wir gemacht haben, sind nach wie vor Teil von mir, egal, wohin ich gehe.«

*Und das Radio wird weiterleben, hasta la victoria...*

Übersetzung aus dem Spanischen Zeljko Crncic

Text Zeljko Crncic, Lydia Koblofsky und Johannes Maaser

Marcela Vargas Vásquez, Darío Antonio García Cruz,  
José Alejandro Camacho Rodríguez<sup>150</sup>

## **Massenmedien in Kolumbien** **Einige Anregungen zur Gestaltung populärer Kommunikation<sup>151</sup>**

»Die wichtigste Bedingung eines guten Kommunikators ist es,  
gut zuhören zu können.«

MARIO KAPLÚN

In Kolumbien befinden sich die Massenmedien, wie in den meisten anderen Ländern Lateinamerikas, im Dienst der dominierenden Klassen und sind zudem konzentriert. Auf gesetzlicher Ebene befördert der kolumbianische Staat die Bildung von Informationsmonopolen, die mit Hilfe der nationalen Unternehmerschaft, die den Landbesitz sowie die wichtigsten Exportprodukte kontrolliert, errichtet werden. Es besteht eine intime Verbindung zwischen denjenigen, die das Monopol der Güterproduktion besitzen und denjenigen, die landesweit Informationen produzieren und verbreiten. Die Massenmedien haben dem neoliberalen Entwicklungsmodell, das die Schere der sozialen Ungleichheit weiter auseinander klaffen ließ, gedient. Einem Modell, dessen Umsetzung von internationalen Institutionen wie der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds oder fremden Regierungen, wie derjenigen der USA, vorangetrieben wird.

Die verbreiteten Informationen haben das Ziel, Maßnahmen der Regierung zu legitimieren. Würde das Regierungshandeln einer kritischen Rezeption unterworfen, hätten die Maßnahmen das Potential, Kritik zu generieren, die zu einem alternativen Entwicklungsmodell führen würde. Gleichzeitig werden Proteste derjenigen delegitimiert, die unter den Auswirkungen des genannten Modells leiden. Auf

150 In dieser Reihenfolge: Anwältin (Universidad Nacional de Colombia) und Koordinatorin der Kommunikationsstrategie der Asociación de Trabajo Interdisciplinario, Sozialwissenschaftler der Universidad Pedagógica Nacional und Mitglied des Forums über Kommunikation im Jugendnetzwerk Red Juvenil Itoco sowie Erziehungswissenschaftler der Universidad Pedagógica Nacional und Mitglied der Initiative Escuela Casa Taller Amauta. Die drei Autoren stellten die Dokumente der verschiedenen Organisationen zusammen und systematisierten sie, um ein Bild über die Lage der Medien in Kolumbien zu zeichnen, auf die Stigmatisierung populärer Mobilisierungen hinzuweisen sowie die Organisationsanstrengungen des regionalen Netzwerkes für eine populäre Kommunikation zu präsentieren.

151 Dieser Artikel stellt eine Zusammenfassung der Positionen von Organisationen aus dem Großraum Bogotá dar, zu denen das Jugendnetzwerk Red Juvenil Itoco, die interdisziplinäre Gruppe Asociación de Trabajo Interdisciplinario ATI, die Initiative Colectivo Cultural Traverso, die Escuela Casa Taller Amauta und das Kollektiv Colectivo Popular Rukwa gehören. Soziale und populäre Organisationen, die in unterschiedlichen Teilen Bogotá, der Sabana sowie in verschiedenen Gebieten des Departements Cundinamarca u. a. zu sozialen Fragen, der Kommunikation und der Ernährungssouveränität arbeiten. Im vorliegenden Artikel stellen sie ihre Position als regionales Kommunikationsnetzwerk dar.



Ebene der Printmedien, im Fernsehen, im Radio, ja sogar in den Seifenopern und Reality-Shows werden die sozialen Bewegungen und ihre Forderungen verspottet und stigmatisiert. Vor diesem Hintergrund treiben soziale und populäre Organisationen landesweit die Bildung eigener Medien sowie die Schaffung anderer Kommunikationsformen voran, die der Bevölkerung einen weiteren und tieferen Blick auf die kolumbianische Wirklichkeit gestatten sollen.

In diesem Rahmen ist der vorliegende Artikel von einem Netzwerk von populären Organisationen aus Bogotá und der Sabana verfasst worden. Ihr Ziel ist, die Produktion und Verbreitung kritischer und analytischer Informationen über die kolumbianische Wirklichkeit, die Erarbeitung politisch/pädagogischer Vorschläge in ihren Wirkungsräumen sowie die Schaffung regionaler Kommunikationskanäle, die die Realität jenseits der vorherrschenden Meinung über das »Normale« und »Akzeptierte« problematisiert und in Frage stellt. Vor dem Hintergrund einer räumlichen Etablierung und zum Zwecke einer höheren politischen Reichweite der Aktionen, haben wir uns zu Wort gemeldet, um eine größere Verbreitung, die Vertiefung des Wissens über populäre und alternative Kommunikation und eine Vergrößerung unseres Handlungsradius zu erreichen, dies mit Hilfe der Sensibilisierung für die sozialen Probleme und mögliche Handlungsoptionen im politischen und sozialen Feld.

Im Folgenden sollen die hier skizzierten Punkte ausgeführt werden. Zunächst werden die kolumbianische Gesetzgebung sowie die Monopolstellung der Medien angesprochen. Auch soll es um das Verhältnis der Massenmedien zu den sozialen Bewegungen gehen und abschließend wird die Schaffung alternativer Kommunikationsnetzwerke in Bogotá und Cundinamarca beschrieben.

## **Das Recht auf Kommunikation in Kolumbien**

In Kolumbien ist das Recht auf Kommunikation gesetzlich indirekt geregelt. Es schlägt sich in der Meinungs- und Pressefreiheit, im Recht, Massenmedien zu gründen, im Recht, Informationen zu produzieren und zu empfangen, im Recht auf demokratische Teilhabe, im Recht auf kulturelle Teilhabe, in der Chancengleichheit beim Zugang zum Frequenzspektrum sowie in der Meinungsvielfalt nieder.<sup>152</sup> Es existiert jedoch keine Norm, die dieses Recht explizit festschreibt, was in einem Kontext, in dem der Zugang zu Informationen und dem Wissen immer wichtiger wird, um autonome und demokratische Gesellschaften zu konstituieren, jedoch nötig wäre. »Die Grundidee hinter dem Recht auf Kommunikation ist, dass angesichts der Wichtigkeit der neuen Informations- und Kommunikationstechniken für die Gesellschaft, sich der Zugang zum Wissen und zur Infor-

152 Die Artikel 20, 40, 70 und 75 der kolumbianischen Verfassung.

mation unter gleichen materiellen Bedingungen in ein subjektives Recht aller Individuen verwandeln sollte, dass er nicht einfach den Bedingungen des Marktes unterworfen werden kann, und dass er eines spezifischen gesetzlichen Schutzes bedarf.« (Saffon 2007,1)

So wird das Recht auf freie Meinungsäußerung wesentlich zwischen den Medien als Hauptproduzenten der Information und dem Staat, mit der Einschränkung, dass er den freien Fluss der Ideen nicht beschneidet oder verhindert, geregelt. Auf der anderen Seite entspringt das Recht auf Information dem Bedürfnis, nicht nur die Anbieter, sondern auch ihre Empfänger zu schützen (Loreti 2005, 20).<sup>153</sup> Tatsächlich wird das Recht auf Information mit der Wichtigkeit der Information bei der Bildung einer starken sowie informierten öffentlichen Meinung gerechtfertigt, die für eine demokratische, aktive und bereichernde Partizipation essenziell erscheint.<sup>154</sup> Trotz der ersichtlichen Notwendigkeit, dass die Kommunikation zu einem Recht wird, das den Zugang zu und die Generierung von Informationen sichert, ist im aktuellen Kontext, in dem derjenige, der die Informationen besitzt, ihre Realität auch beeinflusst, das Recht auf Information weit davon entfernt, ein autonomes Recht im juristischen Sinne zu sein. Dies bedeutet jedoch auch nicht, dass es sich hier lediglich um eine rhetorische Figur ohne jegliche rechtliche Relevanz handelt. Die Fortschritte in den normativen Diskussionen und der alltäglichen Praxis legen nahe, dass aktuell ein interessanter Prozess der Bildung über das Recht auf Kommunikation stattfindet.

In diesem Sinne wurde im Jahre 2009 das Gesetz 1341 über die Informationstechnologie in Kolumbien verabschiedet, das dem Land einen normativen Rahmen bei der Entwicklung des Informationssektors geben soll. Dabei sollen der Zugang und die Nutzung der Informationstechniken verbreitet, der freie Wettbewerb gesichert, die effiziente Nutzung der Infrastruktur sowie des Frequenzspektrums gewährleistet und vor allem der Schutz der Verbraucherrechte garantiert werden. Es entsteht zunächst der Eindruck, dass es sich hier um eine Demokratisierung der Kommunikation handelt. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie das Gesetz im kolumbianischen ökonomischen und sozialen Kontext umgesetzt wird.

Aktuell bestehen extreme Ungleichheiten beim Zugang zu den neuen Informationstechniken, ein Phänomen, das digital gap<sup>155</sup> genannt wird. Auch wenn die kolumbianische Regierung Zahlen präsentiert, wonach die Hälfte der Bevölkerung Zugang zum Internet hat, wird aus diesen nicht ersichtlich, ob die Benutzer\_innen

153 Siehe auch z. B. das Urteil C-650 des kolumbianischen Verfassungsgerichtes im Jahre 2003. Genauer bei Manuel José Cepeda Espinosa.

154 Siehe auch z. B. das Urteil C-010 des kolumbianischen Verfassungsgerichtes des Jahres 2000. Genauer bei Eduardo Cifuentes Muñoz.

155 »...die Anhäufung der bedeutenden, vorherrschenden Ungleichheiten im Zugang zu den neuen Kommunikationstechnologien und zu den breiten und vielfältigen Möglichkeiten und Vorteile, die diese bieten.« (Rosabal, Eriberto (2003): Inforicos e infopobres: La brecha digital. In: www.rebellion.org (Zugriff am 10.12.2003).

Zugang zu Informationen haben, die zu einer Demokratisierung der Kommunikation beitragen. Es bestehen also keine Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen dem Zugang zum Internet und der Verbreitung demokratischer Gedanken. Es ist für den Staat und die Internetanbieter eine große Herausforderung, diesen Zustand zu überwinden, der eine Stärkung des Wissens über eine sinnvolle Nutzung des Internets beinhalten würde. Dieses sollte ein Instrument des Wissens und der Beobachtung öffentlichen Handelns sein. Es ist wichtig, dass alle Personen die gleichen Bedingungen beim Zugang zum Internet haben, und dass andererseits die Inhalte die Vielfalt in Kolumbien und weltweit widerspiegeln. Auch müssen Mechanismen der Ausbildung im Umgang mit den neuen Technologien geschaffen werden.

Auf der anderen Seite – jenseits der Sphäre der neuen Informationsmedien – befinden sich die traditionellen Kommunikationskanäle: das Fernsehen und der Rundfunk, die weiterhin die wichtigsten Informationsquellen der Kolumbianer\_innen sind. Diese Medien werden durch verschiedene Gesetze und Dekrete<sup>156</sup> geregelt, die konstant modifiziert werden. Diese Tatsache manifestiert eine rechtliche Instabilität auf diesem Feld und darüber hinaus zeigt sie, wie Partikularinteressen die rechtliche Entwicklung beeinflussen. Als Ergebnis besteht eine Rechtsprechung, die sich, im Bezug auf die Garantie des Rechtes auf Kommunikation sowie ihrer Demokratisierung, in den Kinderschuhen befindet.

## **Die Medien als Agenten der Desinformation über sozialen Protest**

Im Folgenden soll die Beziehung von Massenmedien, der Stigmatisierung und dem Kapitalismus analysiert werden. Als Ausgangspunkt werden die politischen und ökonomischen Verbindungen zwischen den bürgerlich-oligarchischen Sektoren und den Medienkonzernen aufgezeigt. Dabei soll ein besonderer Fokus auf den Mechanismus der Stigmatisierung sozialer Forderungen und Proteste gelegt werden. Aber bevor dieser Abschnitt begonnen wird, erscheint es lohnend, eine Klarstellung im Bezug auf die so genannten Massenmedien zu treffen. Denn: der kommunikative Akt impliziert einen Dialog von Wissen zwischen zwei oder mehreren Subjekten, und nicht einen Prozess des Aufzwingens zwischen einem Sender und einem Empfänger. Im letzteren Falle handelt es sich um einen Fall scheinbarer Kommunikation, denn die Akteure hinter den Ereignissen werden nicht sichtbar (Algarra 2004, 169). Unter diesen Umständen wird eine Form des Informierens betrieben, bei der das Gesagte von den Besitzern der produzierenden Sektoren dominiert wird und die Medien sich zu Sprachrohren parteiischer Dogmen sowie eines offiziellen Diskurses machen. Ihr Diskurs reproduziert das Mo-

156 So das Gesetz 14 von 1991, das Gesetz 182 von 1995, das Gesetz 335 von 1996, das Gesetz 506 von 1999, das Gesetz 680 von 2001 und das Dekret 2805 von 2008.

dell des Dominierenden und des Dominierten, was sie befähigt, zu lügen oder Informationen zu manipulieren, um dieses Ziel zu erreichen. Im Folgenden werden die Massenmedien »Medien der Massendesinformation« genannt.

Es ist wichtig zu verstehen, dass weltweit ein Prozess im Gange ist, bei dem das System des Kapitalismus sich als einziges, hegemoniales und naturwüchsiges Modell aufdrängt. Dies geschieht unter Rückgriff auf eine Reihe von Dispositiven, die das Politische, Ökonomische, Soziale und Kulturelle einer Transnationalisierung unterwerfen. Zentren dieser Entwicklung sind die USA, die Europäische Union und China. Ausgeführt wird dies mit Hilfe eines Machtmonopols durch die Ansiedlung militärischer Stützpunkte der imperialistischen Mächte, durch die politische Einmischung in Nationalstaaten, die wirtschaftliche Unterwerfung durch Institutionen wie dem internationalen Währungsfonds oder der Weltbank sowie durch die Durchsetzung ideologischer Dispositive, die den Konsum im Zusammenhang mit der kapitalistischen Produktionsweise rechtfertigen.

Diese ideologischen Dispositive sind im Zusammenhang mit dem Entstehen der Medien der Massendesinformation wichtig geworden, denn in den zeitgenössischen Dynamiken des Kapitalismus »[...] besteht eine enge Verbindung zwischen der Welt der Nachrichtenproduktion und derjenigen der Produktion und der Normen« (Santos 2004, 37). Dies macht die Verbindung zwischen den großen Medienkonzernen und den nationalen und internationalen ökonomischen Sektoren, die von der Bourgeoisie kontrolliert werden, deutlich.

Im Falle Kolumbiens schlägt sich diese Verbindung in einem transnationalen Desinformationsnetz nieder, das von der spanischen Gruppe PRISA kontrolliert wird. Diese bestimmt den Informationsfluß in Spanien und ihr Hauptvertreter ist die Zeitung *El País*. Auch ist die Gruppe Mehrheitseignerin der Gruppe Planeta und des Schulbuchverlages Aguilar, der auf dem Feld der Sozialwissenschaften eine historisch eurozentrische Weltansicht reproduziert. Hier herrscht die Figur des weißen, evangelisierenden und zivilisierenden Eroberers vor, der den amerikanischen Doppelkontinent aus der Barbarei errettet hat. Die Gruppe PRISA hält weltweit große Anteile an Medienunternehmen. In Kolumbien ist sie an den Fernsehkanälen CARACOL und RCN beteiligt. Auch hält sie am lokalen Privatsender City TV in Bogotá sowie an Zeitungen wie *El Tiempo* durch das Verlagshaus Planeta<sup>157</sup> Anteile.

Gleichzeitig sind die Desinformationskonzerne Teil der ökonomischen Monopole der nationalen Bourgeoisie. So steht hinter RCN die Gruppe Ardilla Lülle, die ebenfalls den Erfrischungsgetränkkonzern Postobón besitzt. Dieser ist Sponsor des gleichnamigen Fußballwettbewerbs sowie des Fußballvereins Atlético Nacional. Incauca, ein Zuckerproduzent, dessen Zuckerrohrschneider in der Vergangenheit über schlechte Arbeitsbedingungen klagten ist ebenso an diesem Fern-

157 Die Desinformationsstruktur, die im Dokument *Fábrica del consentimiento* Uribista aufgezeigt wird (Fernández Saénz 2009).

sehsender beteiligt wie die Plattenfirma Sonolux sowie die Automobilfabrik Los Coches. Hinter dem Sender CARACOL, dem zweitbekanntesten Privatsender Kolumbiens, steht die Gruppe Santo Domingo, die politisch zu den einflussreichsten Gruppen des Landes gezählt werden kann.

Wie gezeigt wurde, sind die Massendesinformationskonzerne Teil der ökonomischen Monopole der kolumbianischen Bourgeoisie. Im Folgenden wird dargestellt wie diese den Interessen der ökonomischen Klasse dienlich sind, indem sie ihre Diskurse legitimieren, indem sie die Informationen verfälschen und manipulieren, Nachrichten einschränken sowie die sozialen Kämpfe gegen das kapitalistische System planvoll stigmatisieren.

### *Zwei Fälle, eine Absicht*

Beginnend muss festgestellt werden, dass innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise eine Reihe von Strukturen existieren, die eine hierarchische und vertikale Machtlogik darstellen, an deren gesellschaftlicher Spitze sich der Besitzer der Produktionsmittel befindet. Ihm untergeordnet ist der Rest der Gesellschaft, der als Konsumbasis und Arbeitskraft verstanden wird. So ist in der sozialen Arbeitsteilung klar die Figur des Chefs und des Angestellten festgeschrieben. Auf politischer Ebene entspricht dies der Beziehung von Caudillo und Volk, in der Schule derjenigen von Lehrer und Schüler. Daraus folgt, dass die ersteren immer diejenigen sind, die bestimmen, was akzeptiert wird und was nicht.

Diese vertikale Struktur ist das dem Kapitalismus eigene Muster der Kommunikation, in dem ein Sender eine Botschaft an den Empfänger schickt und von ihm eine Antwort in Sinne der Interessen des Senders erwartet.

»Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Propagandisten, Politiker, Publizisten, Journalisten und Professoren genug Erfahrung besitzen, um über den konkreten Effekt einer Botschaft abschätzen zu können. Auch ist ihnen klar, wie sie das Wissen und die Meinung der Empfänger wirkungsvoll ändern können.« (Van Dijk 1997, 23)

Diese Überlegungen vor Augen, zeichnet sich ein Prozess ab, der zum Ziel hat, die Information zu manipulieren, die die Gesellschaft empfangen soll. Auf diese Weise werden soziale Vorstellungen ausgesendet, die als Referenzpunkte bei der Konstruktion sozialer und politischer Meinungsbildung fungieren. Dieser Prozess wird von den Massendesinformationsmedien konstant durchgeführt. Sie überhöhen kapitalistische Wertvorstellungen, während sie das Bild der sozialen Proteste verfälschen und diffamieren. Auch werden Strukturen der Abwertung denjenigen gegenüber, die Dissens artikulieren oder alternative Entwicklungsmodelle, die mit den Lebensumständen der Völker korrespondieren, in Stellung gebracht. In Kolumbien wird jede Form des sozialen oder popularen Protestes von den Medien parteiisch dargestellt und in die Nähe des Terrorismus und der Aufstandsgruppen gerückt.

Ein konkreter Fall des oben erwähnten Verhaltens sind die Geschehnisse vom Mai 2011 in der Gemeinde Chigorodó (Departement Antioquia). Hier entschied sich eine Gruppe – vormalig – vertriebener Bauern, eine Landbesetzung durchzuführen, um den Landbau wieder aufzunehmen sowie neue Häuser aufzubauen. Die Reaktion der Regierung, an ihrer Spitze Präsident Juan Manuel Santos, Mitglied einer Oligarchenfamilie und Besitzer der auflagenstärksten Tageszeitung *El Tiempo*, beschränkte sich auf die Entsendung einer Militäreinheit sowie der ESMAD (Escuadrón Móvil Anti Disturbios), einer zur Bekämpfung sozialer Unruhen gebildeten Sondereinheit. Diese vertrieben die Bauern und beendeten die Proteste. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Verhältnisse, der Medienstruktur und der sozialen Probleme wurde dieses Ereignis von den wichtigsten Fernsehkanälen RCN und CARACOL sowie von den auflagenstärksten Zeitungen *El Tiempo* und *El Espectador* verfälscht dargestellt. Die Bauern sollten als bewaffnete Invasoren gesehen werden, die Hilfe von Aufstandsgruppen erhielten. Diese tendenziöse Darstellung verhindert eine reale und kritische Perspektive auf die strukturellen Probleme der Landkonzentration sowie der Vertreibungen.<sup>158</sup>

Ein anderes Beispiel ist die Stigmatisierung der Studierendenbewegung. Diese wurde im Zusammenhang mit der Privatisierung des Erziehungssektors zum Angriffsziel der Medien, die die öffentlichen Hochschulen als Ausbildungsstätten des Aufstandes unter Einfluß der »terroristischen Gruppen« ansahen (als solche werden die kolumbianischen Guerilla-Gruppen mit einer sozialistischen Orientierung bezeichnet).

Ein exemplarischer Fall ereignete sich im Jahr 2008. Die Zeitungen und Nachrichtensendungen verkündeten, dass städtische Einheiten der Guerilla die öffentlichen Universitäten infiltriert hätten. Diese Behauptung ging auf die Geheimdienste zurück, die Teile des von den Studierenden benutzten organisatorischen und politischen Diskurses als dem der Guerilla ähnelnden identifizierten. Dies führte dazu, dass die Studierenden öffentlicher Universitäten, die Kritik am aktuellen Entwicklungsplan im Zusammenhang mit der Bildungsreform äußerten, unter den Generalverdacht der Zusammenarbeit mit der Guerilla gestellt wurden oder sich auf bestem Wege dort hin befanden.

Die Diffamierungen der Studierendenproteste fanden vor dem Hintergrund von Forderungen gegen die Privatisierungsmaßnahmen, gegen Veruntreuungen und weitere Entwicklungen im Bildungssektor statt. Der Angriff der Medien auf die Mobilisierungen war konstant, stets wurde die Meinung von Militärs, Polizeikommandanten oder Politikern der extremen Rechten wiedergegeben. In Pro-

158 Kolumbien charakterisiert sich durch einen Gegensatz zwischen Latifundien und Minifundien. In dieser Struktur besitzen 0,4 Prozent der Eigner über 60 Prozent des Bodens, während mehr als 57 Prozent weniger als zwei Prozent der Landfläche besitzen. Aufgrund des bewaffneten Konfliktes, der Vertreibung von rund vier Millionen Personen sowie der Agrarpolitik, die zu einer rückwärtsgewandten Agrarreform führte, ist die Bauernschaft heute ohne Boden, es gibt eine hohe Armutsrate auf dem Land und in der Stadt, in 45 Prozent aller kolumbianischen Haushalte herrscht Nahrungsmittelunsicherheit.

grammen wie La Noche des Kanals RCN, der eine rechte Ausrichtung besitzt und auf nationaler sowie internationaler Ebene die Linke attackiert, verunglimpften sie die studentische Mobilisierung. Hier sahen sie eine Plattform, um die studentischen Anliegen mit Hilfe von Behörden und Teilen der Zivilgesellschaft zu verschleiern und die deren Gründe zu relativieren.

Es handelt sich hier lediglich um zwei Beispiele, die verdeutlichen, wie die Prozesse der Stigmatisierung durch die Medien der Massendesinformation ablaufen. Zunächst wird die Information mit Hilfe der Manipulation von Worten verfälscht, um eine andere Botschaft zu transportieren. Die Schlagworte in den Nachrichten sind »Terrorismus«, »Störung«, »Zerstörung« und »Chaos«. Weiterhin besteht die Dynamik der medialen Stigmatisierung in der Verkettung von Nachrichten. Es werden also Beziehungen zwischen verschiedenen Prozessen sozialer Mobilisierung hergestellt, ohne diese argumentativ zu stützen. Danach werden dann alle sozialen Kämpfe pauschal diffamiert. Es wird also in den Nachrichten der Kampf der Studierenden, Bauern, Indigenen und Arbeitern in einen Zusammenhang mit den Guerilla-Gruppen gestellt. Das Ziel ist, alle linken Forderungen zu verteufeln.

Es muß gesagt werden, dass neben der Delegitimierung der Forderungen und des Kampfes, die mediale Stigmatisierung als Vorbereitung weiterer Maßnahmen zu verstehen ist. In Kolumbien ist es üblich, dass nach einer medialen Stigmatisierung die Verfolgung und Auslöschung der Stigmatisierten folgt.

Andererseits tendieren die kolumbianischen Massendesinformationsmedien dazu, sich in bestimmten Konjunkturen zu vereinen, wenn es darum geht, bestimmte Ideen als Meinungsführer zu positionieren. Um dieses Ziel zu erreichen, greifen sie auf die christliche Moral sowie die »Vernunft« zurück. Hierbei ist eine bourgeoise und oligarchische Vernunft gemeint.

Es wäre unangemessen anzunehmen, dass die Medien die politischen, ökonomischen und sozialen Konjunkturen bestimmten. Noch weniger bestimmen sie das Handeln der Personen in den verschiedenen Situationen in allen Fällen. Aber die Realität in Kolumbien lässt klar die Beziehung zwischen der politisch-ökonomischen Macht und den Medien zu Tage treten. In diesem Zusammenhang ist der Präsidentschaftswahlkampf von 2010 bezeichnend. Hier konstruierten die Medien eine Legitimationsstrategie für Kandidaten Juan Manuel Santos Calderón, den aktuellen Präsidenten Kolumbiens und Ex-Verteidigungsminister in der Regierung Álvaro Uribe Vélez’.

Zunächst sprachen die Medien während der Kampagne kaum die mögliche Verantwortung Santos für die extralegalen Hinrichtungen – auch bekannt als falsos positivos – an. Mit diesem Begriff wurden Tötungen von Zivilisten bezeichnet, die während der Vorgängerregierung im Nachhinein als Guerilla-Kämpfer ausgegeben wurden. Auch beanspruchten die Medien die Aufmerksamkeit der Bevölkerung mit Meinungsumfragen im Bezug auf die Wahlabsicht. Während die erhobene Datenbasis nie veröffentlicht wurde, geschah genau dies mit den Ergebnissen.

Die Medien stießen »demokratische« Debatten an, während derer die Journalisten versuchten, diejenigen KandidatInnen lächerlich zu machen oder sie in Schwierigkeiten zu bringen, die nicht der Politik der demokratischen Sicherheit Álvaro Uribes anhingen. Es war klar, dass die Medien die Kandidatur des heutigen Präsidenten unterstützten und sein Wahlsieg ist in großem Maße dieser Medienstrategie geschuldet.

Aber nicht nur die Kandidatur eines Präsidenten wird in den Medien als legitimes Anliegen präsentiert, andere Ideen werden delegitimiert. Während die Regierung Uribes endete und diejenige von Santos begann, äußerten die Massendesinformationsmedien eine Reihe von Verbalinjurien gegen den Präsidenten von Venezuela, Hugo Chávez, den Präsidenten von Ecuador, Rafael Correa sowie den Präsidenten Boliviens, Evo Morales. Hier könnten viele weitere Beispiele angeführt werden, die den Rahmen dieses Artikels jedoch sprengen würden. Nur so viel, die Medien haben versucht und es tatsächlich geschafft, die politischen Formen in diesem Land zu beeinflussen.

### **Überlegungen zu einem alternativen Kommunikationskonzept und Projekte der Kommunikation in Bogotá und der Sabana**

Die Erfüllung der Träume der sozialen Transformation von Millionen Kolumbianer\_innen ist weit von ihrer Vollendung entfernt. Die sozialen Organisationen Kolumbiens – und in diesem Fall diejenigen Bogotás und der Sabana – erarbeiten ständig neue Strategien, die die Domination der Massendesinformationsmedien in Frage stellen. Die involvierten Organisationen treiben in ihren Stadtteilen und Gemeinden die Kommunikation mit der Absicht voran, das Wissen zu vertiefen. Durch Erziehungskonzepte und populäre Kommunikation sollen alternative Kommunikationskampagnen das Bewusstsein über die Wirtschaft, den Bergbau und räumliche Fragen in den Gemeinden schärfen. Darüber hinaus soll so die Bildung zu diesen Themen verbessert werden. Aufgrund der schwierigen ökonomischen Lage und dem nicht vorhandenen Zugang zu Massenmedien, haben diese Gruppen beschlossen, sich in Anlehnung an Kommunikationskonzepte sowie mit Hilfe von Unterstützernetzwerken zu organisieren. Auf diese Weise soll die Reichweite ihrer Botschaft vergrößert werden. So wurde das Red Regional de Comunicación Popular (regionales Netzwerk der populären Kommunikation) gegründet. Diese Initiative entstand im Umfeld der Asamblea Popular Por la Defensa del Territorio (Volksversammlung zur Verteidigung des Territoriums).<sup>159</sup>

159 Die Volksversammlung zur Verteidigung des Territoriums ist ein konstanter Zusammenhang, aus dem Konzepte zur pädagogischen Arbeit und zur Mobilisierung hervorgehen. Hauptschwerpunkte sind Fragen des Territoriums, der Erziehung, der Kommunikation und der Kultur. Hinzu kommen Konzepte über die Bildung sowie alternative Wirtschaftsformen. Die Volksversammlung zur Verteidigung des Territoriums entspringt aus verschiedenen Räumen und wird von den hier aufgeführten sowie weiteren Organisationen ge-



Die kommunikativen Praktiken greifen die Vorstellungen Jugendlicher aus den Gebietseinheiten auf und setzen sie in die Tat um, damit sie sich nicht in unerreichbare Utopien verwandeln. Dabei schöpfen sie aus dem politischen sowie dem pädagogischen Vermächtnis über Kommunikation und Befreiung, das in Lateinamerika erarbeitet wurde, eine andere, mögliche Kommunikation, die u. a. Elemente von Mario Kaplún und Armand Matterlart beinhaltet.<sup>160</sup>

Im Folgenden werden Teile der Gesichtspunkte zur lateinamerikanischen Kommunikation präsentiert, die den sozialen Organisationen, die in der Asamblea Popular Juvenil por la Defensa del Territorio (populare Versammlung der Jugend zur Verteidigung des Territoriums) und folglich des regionalen Netzwerks der Kommunikation vereint sind, als Basis ihrer Arbeit dienen.

### *Über einen »alternativen« Inhalt hinaus*

Die Kommunikation ist, im Gegensatz zu dem, was die Massenmedien verbreiten, nicht bloß ein Bombardement mit Informationen zuvor kodierter Botschaften mit einer vorher geplanten Wirkung, die durch ihre Wiederholung als eigene Ideen aufgefasst werden sollen. Kommunikation ist viel mehr als eine Botschaft zu verstehen, die von einem Sender mit Hilfe eines Kanals an einen Empfänger gerichtet wird. Die Kommunikation ist ein soziales Band, das Personen unter Zuhilfenahme des Dialogs und des Austausches lernen und kollektiv Wissen aufbauen lässt. Es ist der Dialog an sich, die älteste und charakteristischste Kommunikationsform des Menschen. Diese Auffassung von Kommunikation lehnt sich in bestimmter Weise an die Vorstellungen der populären Kommunikation an. Um nun das Gelingen einer konstanten Kommunikation zu gewährleisten, müssen die verschiedenen Interessen berücksichtigt werden. Die Zielperson hat ihre Interessen, ihre Sorgen, ihre Nöte und Erwartungen. Sie geht davon aus, dass ihr Dinge gesagt werden, die sie interessieren, unsere eigenen Interessen stehen zurück. Nur wenn wir an ihren Interessen teilnehmen, wird es möglich, einen Dialog zu knüpfen.

So ist es aus der Perspektive der populären Kommunikation nötig festzustellen, wer mit wem wo und wann spricht und welchen Effekt diese Handlung hat. So soll mit größerer Exaktheit analysiert werden, wer in den Prozess der Kommuni-

tragen. Sie ist als Instrument der sozialen Transformation mit regionaler Ausrichtung gedacht und hat einen organisatorischen sowie pädagogischen Schwerpunkt.

160 Paulo Freire, Mario Cesar Kaplún und Armand Matterlart haben – wie viele andere – Formen, Erfahrungen und Wissen über die Kommunikation in Lateinamerika erarbeitet. Dabei beziehen sie sich auf Formen der Kommunikation sowie der Beendigung hegemonialer Kommunikationsformen. Kaplún, aus Argentinien stammend und bereits verstorben, arbeitete über die Beziehung von Pädagogik, dem Rundfunk sowie der Kommunikation in Lateinamerika. Über dieses Thema veröffentlichte er mehrere Texte. Matterlart, gebürtiger Belgier, der in Chile lebt, entwarf seine Konzepte über Kommunikation und Organisation aufgrund seiner direkten Kontakte zur chilenischen Linken während der Unidad Popular, kurz vor dem Beginn der Militärdiktatur Pinochets. Er war auch ein scharfer Kritiker der »Allianz für den Fortschritt« des US-amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy im Jahre 1965.

kation eingreift und unter welchen partikulären Bedingungen dies geschieht. Dabei soll ihre dynamische Natur nicht vergessen werden. Eine wahrhaftige Kommunikation beginnt mit dem Zuhören, nicht mit dem Sprechen. Sie ist vom kulturellen Kontext abhängig, vom akademischen Grad und der sozialen Rolle, um nur einige Charakteristika zu nennen. Aus diesem Grund vertreten wir, dass Kommunikation kein Akt des Informierens ist, wie es die konventionellen Massenmedien darstellen. Diese sind schließlich autoritär, verführend und manipulierend. Schlussendlich entfernen sie sich komplett von der Meinung der Subjekte oder von der – wie sie sie selbst nennen – »öffentlichen Meinung« des Landes.

Auf diese Weise werden die Interessen der »Gemeinschaft« vorsätzlich und bewusst von Seiten des informativen Apparats sowie der ökonomischen Beziehungen her beeinflusst. So sollen die Leute wählen, handeln oder sich für bestimmte Produkte und Lebensstile entscheiden. Es sollen einseitige Subjektivitäten entstehen, um das Problematische des nationalen Kontextes, der Territorien oder des täglichen Lebens nicht wahrzunehmen.

Angesichts dieser Überlegungen geht das regionale Netzwerk der populären Kommunikation das Thema von der konstanten Reflexion der sozialen Praxis der Organisationen an. Es ist eine fundamentale Strategie, um die Forderungen zu bestimmen und eine politische sowie soziale Wirkung zu erzielen. Ohne diese Handlungsweise könnte sich ein »... alternatives Kommunikationskonzept, das von demjenigen, welches die Bourgeoisie auf den Thron gehoben hat und welches von den Theoretikern der so genannten öffentlichen Meinung, den Propheten des sensorial-technischen Determinismus, vertreten wird, nicht ausmachen lassen.« (Matterlart 1973, 11)

In diesem Sinne vertritt das regionale Kommunikationsnetzwerk (RRCP) im Bezug auf die alternative und populäre Kommunikation: »Für uns ist klar, dass alternative oder populäre Kommunikation nicht nur aufgrund ihres alternativen Diskurses als solche zu charakterisieren ist. Es ist wichtig, die Praktiken alternativer oder populärer Kommunikation abhängig von denjenigen Gruppen zu unterscheiden, mit denen sie erarbeitet oder an die sie gerichtet sind. Z. B. kann die Kommunikation in den Barrios verstärkt aus einer Position des Dialogs und der Idee, Verbindungen zu knüpfen, erfolgen. Auf diese Weise verfestigt sich das Wissen und in den Diskussionen entstehen das nötige Bewusstsein und die Bildung, die mit der Zeit zu einem Organisationsprozess führen. Wir sprechen also von einer populären Kommunikation. Dasselbe kann nicht mit Kollektiven und Organisationen geschehen, denn sie sind bereits kollektive Subjekte, die auf bestimmte Weise ein Niveau der Bewusstseinsbildung besitzen. Zwischen den Kollektiven hat die populäre und alternative Kommunikation einen anderen Charakter. Sie tendiert stärker zur Organisierung und Mobilisierung im Kontext als gemeinsam empfundenen Problemstellungen, die uns als Subjekte der populären Sektoren offensichtlich betreffen. Es geht um das, was uns als Bewohner von Barrios und Mitglieder von Kollektiven geschieht. Hier entstehen Kampagnen gegen ver-

schiedene Probleme, die uns erlauben, gemeinsame Arbeitsagenden zu entwickeln und uns zu mobilisieren.« (Casa Amauta, Grupo de Discusión, Mesa de Comunicación Red Juvenil Itoco)

»Wir sehen, dass die alternative Kommunikation alles Mögliche sein kann, sie muss sich nur von der dominanten Kommunikation unterscheiden. Allerdings muss sie nicht notwendigerweise eine politische Position der sozialen Transformation beinhalten. Wenn es ein alternatives Medium ist, kann es sich von den klassischen Medien unterscheiden. Ein alternatives Medium kann ein Stift sein, um alternative Inhalte aufzuschreiben und zu senden. Aber ihm kann die politische sowie pädagogische Position der sozialen Transformation fehlen. Im Gegensatz dazu, verweist das Populare auf eine pädagogische und politische Position der sozialen Transformation. Ein Wunsch.« (Interview 1, Diego, Col. De Comunicación Alternativa y Popular Baluarte)

So kann über die alternative Kommunikation gesagt werden: »Sie ist eine Kommunikation, die die Charakteristik einer intellektuellen sowie ideologischen Debatte aufweist. Sie ist konfrontativ, wie es z. B. die Zeitung Le Monde ist. Ein kommunikatives Instrument, das die Hegemonie auf akademischem Feld angreifen kann. Das heißt, all dies hat seine Geltung, so lange ein politisches sowie pädagogisches Bewusstsein vorhanden ist. Auch muss Klarheit über den gewünschten Organisationsgrad jeder beteiligten Gruppe herrschen. Dies soll jedoch nicht heißen, dass die Kommunikation in den Barrios einen geringeren intellektuellen Wert hätte oder, dass die Bewusstseinsbildung geringer wäre. Ganz und gar nicht. Allerdings müssen wir die Prozesse der Bewusstseinsbildung, der Kommunikation und Organisation im Kontext der verschiedenen Gruppen sehen. Wir müssen ihre Situation als Gruppen in den Barrios, als Kollektive oder Sektoren der Linken problematisieren« (Colectivo Koncikultura, Grupo de Discusión, Mesa de Comunicación Red Juvenil Itoco).

### *Das regionale Netzwerk populärer Kommunikation: Eine Position zur Kommunikation der Jugendversammlung zur Verteidigung des Territoriums*

Im organisatorischen Umfeld der Jugendversammlung für die Verteidigung des Territoriums wurde in den letzten drei Jahren ein Weg beschritten, um einen Raum der Stärkung, der Reflexion, der Artikulation sowie der Mobilisierung der Jugendlichen zu schaffen. Diese sollte zur Bildung einer sozialen Bewegung beitragen, die einen anderen Typ sozialer, wirtschaftlicher und politischer Beziehungen innerhalb der Konstruktion eines neuen Lebensmodells anstrebt.

Aus diesem Grund empfindet sich die populäre Jugendversammlung des Territoriums als regionale Organisation, die sich aufgrund ihrer Kämpfe verschiedene Schwerpunkte der Bildung, der Mobilisierung und der Aktion gegeben hat. In diesem Zusammenhang hat sich eine der Artikulationspraktiken aus der alternativen und populären Kommunikation der RRCP entwickelt, welche sich auf längere

Sicht die Positionierung als regionaler Referenzpunkt der Kommunikation zum Ziel gesetzt hat. Hier fließen die das Netzwerk ausmachenden sozialen und populären Organisationsformen zusammen. Dies erscheint zur Konstruktion und Festigung einer sozialen Bewegung mit einem anderen Lebensmodell als Ziel wichtig zu sein. Auch dient sie als Kommunikationsplattform, die die verschiedenen Positionen der sie bildenden Organisationen im Bezug auf die Kommunikation vereint. Auf diese Weise soll das Handeln, das in jeder Organisation isoliert stattfand, gestärkt werden.

Bevor das Projekt eines gemeinsamen Kommunikationsnetzwerkes in Form der RRCP existierte, führten die teilnehmenden Gruppen eigene Reflexionen und Aktionen zur populären Kommunikation durch. So organisierte beispielsweise das Colectivo Cultural Traverso mit einer Jugendgruppe wöchentliche Reflexionen über die Rolle der konventionellen Medien und über mögliche neue Formen einer wahrhaft demokratischen und partizipativen Kommunikation. Jeder Teilnehmer bereitet ein Thema vor und die restlichen Teilnehmer nahmen zum Gehörten Stellung, um auf diese Weise Diskussionen und Reflexionen voranzutreiben. So wurde Wissen für alle generiert. Die zuerst behandelten Themen berührten die Geschichte und Theorie der Kommunikation. Das wichtigste Ziel war es, das Gedankengut über den Gegenstand aus einer lateinamerikanischen Perspektive kennenzulernen, um auf diesem Wege die populäre Kommunikation in die Praxis umsetzen zu können.

Diese Praxis schlug sich in einer Publikation mit dem Namen Travesía Urbana (städtische Durchquerung) nieder. Sie enthält die verschriftlichten Erfahrungen der Jugendlichen im Bezug auf politische, soziale, ökonomische und kulturelle Fragen in ihrem Umfeld. Die Veröffentlichung ist die Frucht einer Reihe von Projekten wie Lese- und Schreibwerkstätten, redaktionellen Workshops, Nachrichtenanalysen, vorbereiteten Lesekreisen sowie Analysen der nationalen und lokalen Realitäten.

Darüber hinaus resultierten die Reflexionen über Kommunikation des Jugendnetzwerks Itoco in der Veröffentlichung einer Zeitung, die bereits drei mal jährlich erschienen ist und deren Erlös für die Veröffentlichung sowie für die Organisation im Allgemeinen verwandt wird. In der Zeitung werden aktuelle Themen aus kritischer Perspektive analysiert, die Initiativen der sozialen Bewegungen des Landes dargestellt und es wird ein Raum für die Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung geschaffen, das im nationalen Kontext so stark eingeschränkt ist.

Die akademischsten Reflexionen des Casa Taller Amauta im Bezug auf die populäre Kommunikation als Möglichkeit, die Kommunikation zu demokratisieren, haben die politischen Positionen aller Organisationen bereichert, die sich ihren Diskussionsveranstaltungen genähert haben.

All diese Initiativen zusammengenommen, konsolidiert sich die RRCP als Raum der Informationsverbreitung, der Anklage, der Bildung und Produktion so-

wie der Teilhabe an den Erfahrungen im sozialen Kampf. Dabei hat sie die Schaffung von Kommunikationskanälen im Blick, die die Forderungen aus einer gegenhegemonialen Perspektive fördern sollen.

Als Arbeitsstrategien werden Informationskampagnen über spezifische Themen durchgeführt, die einen Zeitraum von vier Monaten umfassen. Aktuell wird eine Kampagne, die sich auf Fotos stützt, durchgeführt, um die Situation im Bergbau in Bogotá und den angrenzenden Gemeinden zu problematisieren. Hintergrund der Kampagne ist die Diskussion über das aufgezwungene Entwicklungsmodell in Kolumbien. Die Kampagne ist pädagogisch so konzipiert, dass sie sich an die popularen und studentischen Sektoren der genannten Orte richtet.

Die Kampagnen sind in der Art angelegt, dass sie die Aufklärung und Analyse der Realität im Blickfeld haben. So werden Räume der Diskussion, Aufklärung und Verbreitung geschaffen. Im Zusammenhang mit der aktuellen Kampagne werden zunächst Analysen der Problematik durchgeführt. Die wichtigsten Elemente des Modells der Ressourcenausbeutung wurden dargestellt und die Kritikpunkte, die die sozialen Bewegungen an den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen artikulieren, wurden präsentiert. Nachfolgend gab es einen Raum für die technische Aneignung des Instrumentes der Fotografie, das als Werkzeug benutzt werden sollte. Jede Gruppe machte anschließend Fotos, die sich im Moment in einem Auswahlprozess für eine Ausstellung im Zuge der Kampagne befinden.

Die Kommunikationsstrategie der RRDC stellt einen Weg dar, der es erlaubt, die kommunikativen Praktiken mit den Positionen der sozialen Transition der sie bildenden Organisationen zu verbinden. Dies durch die Bewusstseinsbildung in anderen Sektoren der Bevölkerung, die durch die Kampagnen stattfindet.

Abschließend ist zu konstatieren, dass noch viel fehlt, bis Kommunikation als ein Recht aufgefasst und um ihre Demokratisierung zu erreichen. Vor allem unter den aktuellen Bedingungen, in denen sich das Land befindet. Hier ist die Macht des Geldes immer noch zu erdrückend und die Möglichkeiten der Opposition werden durch die Stigmatisierung der sozialen Bewegungen reduziert. Zusätzlich mangelt es an Autonomie und Unparteilichkeit der Massenmedien. Aber die ersten Schritte auf dem Weg wurden getan, die Bildung hat von unten her begonnen und die populäre Kommunikation wird als Alternative angesehen, die Art und Weise, wie die Massenmedien des Landes gestaltet werden, zu transformieren.

## Literatur

- Algarra, Manuel Martín (2004): Teoría de la comunicación: Una propuesta, Madrid.
- Loreti, Damián Miguel (2005): América Latina y la libertad de expresión, Bogotá.
- Matterlart, Armand und Ariel Dofman (1972): Para leer al pato donald. Comunicación de masas y colonialismo, Buenos Aires
- Mattelart, Armand (1975): Documento Conferencia »La comunicación y el capitalismo«, Arrecife (Brasilien).
- Matterlart, Armand (1973): Comunicación masiva en el proceso de liberación, México Ciudad.
- Saffón, María Paula (2007): El derecho a la comunicación: Un derecho Emergente; Bogotá.
- Van Dijk, Teun (1997): Discourse Studies. A multidisciplinary introduction, Band 2, London.

### Weiterführende Dokumente

- Colectivo Cultural Traverso: Sobre Mario Cesar Kaplún.
- Asociación de Trabajo Interdisciplinario ATI: Derecho a la Comunicación en Colombia.
- Colectivo Popular Rukwa: Estigmatización y criminalización al movimiento social en Colombia a Través De los MDM.
- Colectivo Cultural Traverso: Reflexiones y Prácticas Comunicativas de la Organización.
- Dokumente des Red Regional de Comunicación Popular.
- Documento libro de sistematización, La rebeldía se encauza: jóvenes y organización popular. Una experiencia de sistematización participativa, Asociación de Trabajo Interdisciplinario ATI, ARFO Editores, Bogotá D.C., 2011.
- La Mesa de comunicación Red Juvenil Itoco (2011): Las prácticas político-pedagógicas de la otra comunicación en América Latina: Una mirada a algunas organizaciones populares de Bogotá Sabana, Bogotá.
- Infoamerica: Armand Mattelart (1936), URL: <http://www.infoamerica.org/teoria/mattelart1.htm>, zuletzt aufgerufen am: 28.10.2011



## **2. TEIL: LATEINAMERIKABERICHTERSTATTUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN MEDIEN**

Malte Daniljuk

### **Wissen im Rahmen. Zur Entwicklung der Berichterstattung über Auslandsthemen in Deutschland**

#### **Einleitung**

Wer versucht, sich im deutsch sprachigen Raum auf Deutsch über Politik und Gesellschaft in anderen Ländern zu informieren, stößt schnell auf das Problem, dass die etablierten Massenmedien zu diesen Themen nur selten und thematisch isoliert informieren. Dafür treten spezielle regional-thematische Inhalte gleichzeitig und gleich lautend medienübergreifend auf: Die Fußball-WM in Südafrika, der Karneval in Rio de Janeiro oder eine Flutkatastrophe in Pakistan erreichen gegebenenfalls auch die Hörer des kleinsten regionalen Radiosenders. Bei kaum einem anderen Ressort besteht eine derart offensichtliche Diskrepanz zwischen der Vielfalt des Themengebiets und seiner reduzierten Abbildung durch Presse und Rundfunk. Etwa 25 Jahre nachdem der Prozess der Globalisierung eingesetzt hat, lokale Gegebenheiten zunehmend stärker von weit entfernten Entscheidungszentren beeinflusst werden und die medientechnische Revolution die Zeit-Raum-Distanzen drastisch reduziert, sollte zu erwarten sein, dass Beiträge über andere Regionen der Welt immer mehr Platz in den Medien erhalten. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Der Anteil der Auslandsberichterstattung sinkt medienübergreifend seit vielen Jahren, die Beiträge werden kürzer und die Themenvielfalt nimmt immer weiter ab (u. a. Kamps/Meckel 1998, Zschunke 2000, Hafez 2002, Hahn et al 2008).

Dementsprechend schneidet die Bewertung der Auslandskorrespondenz in der Medien- und Kommunikationswissenschaft denkbar schlecht ab. Auf der Tutzinger Medientagung 2002 bescheinigte Sonia Mikich (Monitor) dem Ressort »geistigen Provinzialismus« (Cippitelli/Schwanebeck 2003). Kai Hafez konstatierte, dass Mediensystem bringe »geradezu groteske fragmentarische Weltbilder« hervor (Hafez 2005: 40). Andere Urteile lauten, es handle sich um »Totem-Journalismus« (Kopper 2006: 21), »eine schlichte Weltsicht« dominiere (Morawski 2007: 16), man suche sein Heil »in der Abteilung »ein Kessel Buntes«« (ebd. 55). Die Protagonisten des Themas, die Auslandskorrespondenten selber, scheinen diese Kritiken zu teilen: Außenpolitik sei nicht mehr »prime time fähig« und nur noch

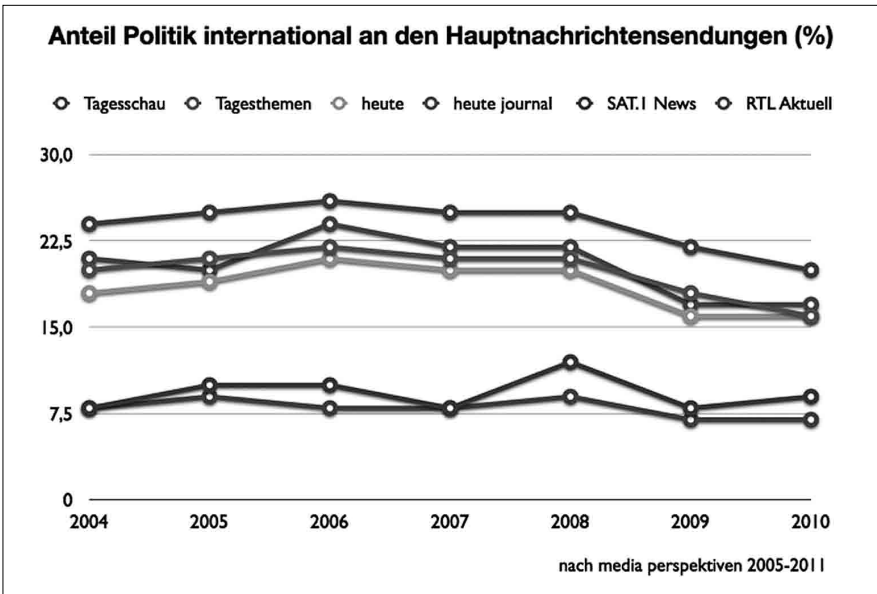


Randprogramm, innerhalb der Redaktionen arbeite man in einem »Ghetto der Nichtbeachtung«, lauten die Einschätzungen namenhafter Journalisten aus den Auslandsressorts (nach Mücke 2008). Neben diesen deutlichen Kritiken lassen sich in der Literatur kaum positiven Bewertungen finden. Dabei kann Deutschland aufgrund seines öffentlich-rechtlichen Rundfunks im internationalen Vergleich noch als eines der Länder mit der umfangreichsten internationalen Berichterstattung gelten, was v. a. bedenkenswerte Folgerungen bezüglich des Zustandes der internationalen Medienproduktion nahelegt.

### **Internationale Politik im deutschen Fernsehen**

Bisher liegen für Deutschland keine die Mediensektoren übergreifenden Untersuchungen zur Entwicklung der Auslandsberichterstattung über längere Zeiträume vor. Die Entwicklung im Fernsehen lässt sich jedoch für die vergangenen sechs Jahre anhand der regelmäßigen Untersuchungen von Udo Michael Krüger zu Themenprofilen im deutschen Fernsehen nachvollziehen (Krüger 2005-2011). Bei dem Vergleich der wichtigsten Nachrichtensendungen von ARD und ZDF, SAT.1 und RTL fällt zunächst auf, dass die Öffentlich-Rechtlichen mehr als doppelt so hohe Anteile auf internationale Berichte verwenden wie die privaten Sender. An der Spitze steht mit fast einem Viertel ihrer Sendezeit die Tagesschau. Insgesamt stieg der Anteil von Informationen über internationale Politik bis zum Jahr 2006 leicht und fällt seitdem wieder kontinuierlich, sowohl bei den Privatsendern als auch den Öffentlich-Rechtlichen. Dieser Rückgang schreibt den generellen Trend der 1990er Jahre fort, unterbrochen nur durch die Dynamisierung internationaler Politik nach den Attentaten vom 11. September 2001 in den USA, welche für einen leichten Anstieg bis zum Jahr 2006 sorgte. »Erstmals seit vielen Jahren [konnte] die Niedergangstendenz der Auslandsberichterstattung in den Medien umgekehrt werden.« (Hafez 2005: 60) (siehe Grafik 1)

Die Defizite der deutschen Auslandsberichterstattung zeigen sich zunächst in der Nachrichtengeografie. Unter den Top-20-Ländern der Auslandsberichterstattung führen die USA in allen Jahren die Liste mit mehr als doppelt so häufiger Erwähnung wie der Zweitplatzierte. Von 2005 bis 2010 schaffte es kein einziges lateinamerikanisches Land in die Liste, der afrikanische Kontinent gelangte nur zweimal auf niedrige Plätze: mit dem Bundeswehreininsatz und der Wahl in Kongo 2006 sowie mit der Fußball-WM im Jahr 2010 in Südafrika. Aus Osteuropa sind regelmäßig nur Russland und mehrmals Polen vertreten. Von den drei Kontinenten des Südens gelangen ausschließlich Krisen- und Kriegsgebiete (Irak, Israel, Iran, Pakistan, Afghanistan) regelmäßig unter die Top-20-Länder. Die Unterschiede zwischen Privaten und Öffentlichen zeigen sich in der Nachrichtengeographie vor allem unterhalb des Top-Level: Die seltener erwähnten Länder werden praktisch ausschließlich in den Nachrichten der öffentlich-rechtlichen Sender thematisiert (Krüger 2006: 64).



Grafik1

Thematisch nehmen übergreifend über die Sender die Themen EU-Politik und Staatsbesuche den breitesten Raum ein, gefolgt von Berichten über Bürgerkriege und innere Unruhen. Die öffentlichen Sender berichten deutlich mehr über internationale Beziehungen, NATO-Politik und Wahlen bzw. Innenpolitik im Ausland (u. a. Krüger 2007: 70). Starke Auswirkungen auf die Themenstruktur haben außergewöhnliche Ereignisse – Kriege, Krisen und Katastrophen. Die Top-3 der gesamten Nachrichtenberichterstattung erreichten an internationalen Themen die Tsunami-Katastrophe in Südost-Asien (2005), der Nahostkonflikt mit dem Krieg im Libanon (2006), die internationale Finanzkrise (2008) und immer wieder der Afghanistan-Krieg (2007, 2009, 2010). Unter den wichtigsten Themen und ihrem Anteil an den Nachrichten besteht übergreifend über die Sendeanstalten eine hohe Übereinstimmung. Gemeinsamkeiten bestehen außerdem beim Thema Terrorismus, dem öffentliche und private Fernsehsender jeweils die gleiche Aufmerksamkeit schenken.

Erst auf den nachrangigen Themenpositionen machen sich bei den Privaten die Kategorien *Human Interest*, Kriminalität und Sport stark bemerkbar (Krüger 2005: 306 ff.). So widmeten RTL und Sat1 im ersten Halbjahr 2005 wesentliche Teile ihrer internationalen Nachrichten dem Prozess wegen Kindesmissbrauch gegen Michael Jackson, während die Tagesschau das Thema in nur drei Beiträgen abhandelte. Ausgedrückt in Sendezeit verwendeten die *RTL II News* für Politikberichterstattung nur 16 Prozent, für Berichte über *Human Interest* aber 38 Prozent (Krüger 2008: 78).

Dieses deutliche Auseinanderfallen der Angebote privater und öffentlicher Sender in Hinsicht auf die internationale Berichterstattung verweist zunächst nur darauf, dass der gesetzlich vorgegebene Grundversorgungsauftrag (vgl. BVerfGE 73, 118), der auch über die Rundfunkgesetze der Länder sowie die Staatsverträge und Gesetze über die Landesanstalten gesichert ist, dafür garantiert, dass umfangreicher über die wesentlichsten internationalen Ereignisse informiert wird. Externe und interne politische Impulse sorgen hingegen nur kurz- oder mittelfristig für eine Ausweitung der Auslandskorrespondenz, während generell eine rückläufige Tendenz besteht, welche von den meisten Autoren auf die zunehmende Ökonomisierung des Medienbetriebs im Rahmen der Globalisierung zurückgeführt wird.

Im Kontext der Globalisierungsdiskussion muss daher zunächst ein Globalisierungsparadox anerkannt werden: Obwohl die Bedeutung internationaler Ereignisse zunimmt und die Produktionskosten für internationale Berichterstattung sinken, nehmen der Umfang und die Themenvielfalt der Auslandskorrespondenz vor allem in privatwirtschaftlich betriebenen Medien ab. Dieser starke Einfluss des Mediensystems auf die Qualität der Auslandsberichterstattung zeigt nicht nur im Binnenvergleich zwischen beiden Sektoren des deutschen Mediensystems sondern auch im internationalen Vergleich.

## Mediensysteme im Vergleich

In ihrer vergleichenden Studie *Media Systems, Public Knowledge and Democracy* evaluierten Curran, Iyengar und andere im Jahr 2008 die internationale Berichterstattung in vier Ländern mit unterschiedlichen Mediensystemen sowie die Informiertheit des Publikums. Insbesondere ging es ihnen darum, das öffentliche Mediensystem in Dänemark und Finnland, das duale System in Großbritannien und das privatwirtschaftliche Modell der USA hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit in Bezug auf internationale Nachrichten ins Verhältnis zu setzen. Der Vergleich zeigte, dass öffentliches Fernsehen den öffentlichen Angelegenheiten und den internationalen Nachrichten größere Aufmerksamkeit schenkt und höheres Wissen in diesen Bereichen fördert als das privatwirtschaftliche Modell (Curran/Iyengar 2009: 5 ff).

Die Inhaltsanalyse ergab große quantitative und qualitative Unterschiede bei den verbreiteten Nachrichten in den vier Ländern. Die öffentlichen Mediensysteme informierten nicht nur insgesamt häufiger über internationale Angelegenheiten, sondern brachten auch deutlich höhere Anteile von *Hard News*. Erwartungsgemäß bewegte sich das duale britische Mediensystem zwischen den Polen der öffentlichen Systeme in Skandinavien und dem privatwirtschaftlichen Modell der USA: Zwar verfügen britische Nachrichten über einen hohen Anteil internationaler Berichte, diese beinhalten jedoch zu großen Teilen *Soft News*. »In short, Finish an Danish pu-

blic service television is more hard news oriented and outward looking than American commercial television, with British television occupying an orbit that is closer to the American than Scandinavian models« (Curran/Iyengar 2009: 17).

Anhand von Befragungen untersuchten die Autoren zudem das in den Gesellschaften verbreitete Wissen, wobei sie sich auf ganz grundlegende Informationen beschränkten (»Wer ist Nicolas Sarkozy?«), die im untersuchten Zeitraum nachweislich Gegenstand der Berichterstattung waren. »The survey results revealed Americans to be especially uniformed about international public affairs« (ebd. 18). Die Stärken des amerikanischen Publikums liegen eindeutig bei *Soft News* aus dem Inlandsbereich, allerdings zeigten sich die Befragten in allen anderen Ländern hier genau so gut informiert. Drastische Unterschiede wurden bei der Verteilung des Wissens über *Hard News* innerhalb der Gesellschaft (*knowledge gap*) deutlich. Während die Gruppen mit niedrigen Einkommen und Bildungsabschlüssen in den skandinavischen Ländern teilweise sogar besser informiert waren als die Eliten, betrug die Wissenslücke beim britischen Publikum mehr als zehn Prozent. In den USA unterschied sich die Zahl der richtigen Antworten abhängig von der Höhe der Einkommen, der Bildungsabschlüsse und von ethnischer Herkunft um bis zu 50 Prozent.

Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass das Modell des öffentlichen Rundfunks internationale Nachrichten und politisches Wissen auf den wichtigsten Fernsehkanälen leichter zugänglich macht und für ein höheres Niveau des Nachrichtenkonsums sorgt. Dies führe dazu, dass Wissensunterschiede zwischen besser und schlechter Informierten in der Gesellschaft minimiert werden und ermögliche ein egalitäres Muster bürgerschaftlicher Teilhabe.

## **Sinkflug von niedrigem Niveau**

Auch im historischen Vergleich zeigt sich, dass die meisten heute vorgebrachten Kritikpunkte bereits vor dem Einsetzen der Globalisierungsprozesses geäußert wurden, dass also der oben beschriebene Abwärtstrend von einem ohnehin schon kritikwürdigen Niveau einsetzte. So zählte bereits der MacBride-Bericht der UNESCO im Jahr 1980 eine Reihe von Kritikpunkten auf, die in dieser Form bis heute fortbestehen (vgl. MacBride 1981: 204 ff.). Aus dem Vergleich zwischen Alltagsgeschehen und Inhalten internationaler Nachrichtenvermittlung schlussfolgerte die Kommission, dass Negativereignisse – Krisen, Katastrophen und Kriege – in der medialen Darstellung deutlich überrepräsentiert sind. Bedeutsame Entwicklungen und Probleme würden nicht dargestellt, während irrelevante Ereignisse überbetont werden. Die internationale Berichterstattung verleite durch Implikationen zu Falschinterpretationen und diene der Feindbildproduktion.

In einer zeitgleich durchgeführten Foreign News-Studie verglich die *International Association of Mass Communication Research* die Inhalte von Presse

und Rundfunk in 29 Ländern (vgl. Sreberny-Mohammadi et al 1985). Sie kam zu dem Ergebnis, dass die Themen auf Eliten zentriert sind und Informationen dekontextualisiert präsentiert werden, während wichtige Strukturprobleme der internationalen Beziehungen ausgeblendet werden. Bei der Länderauswahl herrschte eine Zentrierung auf die Metropolenländer vor: Ereignisse in den USA und Westeuropa finden weltweit deutlich mehr Beachtung als Asien, Afrika und Lateinamerika. Gerade Lateinamerika erweist sich als »in hohem Maße medial isoliert« (Hafez 2005: 48). Darüber hinaus ist geographische Nähe das wichtigste Auswahlkriterium für Auslandsberichte, ein Befund, der seitdem in verschiedenen Forschungen über Nachrichtenflüsse bestätigt wird (vgl. Kamps 1998). »Die Massenmedien sind im Kern überhaupt nicht auf ein ›Weltsystem‹ ausgerichtet, sondern konzentrieren sich auf nationale Märkte«, schlussfolgert Hafez auch noch 20 Jahre nach Erscheinen der Foreign News-Studie und dem MacBride-Bericht (2005: 40/41).

Insbesondere an der Konfliktorientierung der internationalen Medienberichterstattung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nichts geändert. So konnte der World Peace Report 2010 in einer breit angelegten Untersuchung aufweisen, dass positive Geschichten über den Frieden nur 1,6 Prozent internationalen Politikberichterstattung ausmachen. Hingegen richten die meisten Anbieter ihre Länderauswahl am aktuellen Gewalt-Niveau der Länder aus. Über die zehn gewalttätigsten Länder wird etwa weit mehr berichtet als über die zehn friedlichsten Länder. Zudem lässt sich bei Ländern, in denen der Konflikt beendet oder abgeklungen ist, ein dramatischer Abfall im Anteil an der Berichterstattung verzeichnen. Selbst bei relativ friedlichen Regionen besteht die Tendenz, dass einzelne Gewaltakte eine hohe Medienpräsenz erreichen. Am schlechtesten schnitten auch in dieser Untersuchung die US-Nachrichtensender ab: Sie thematisieren Gewalt häufiger als die Sender aus allen anderen Ländern. Einen deutlich positiven Einfluss verzeichnete der World Peace Report hingegen durch die Gründung regionaler Nachrichtensender wie Al Jazeera oder Al Arabya in der arabischen Welt. Während die Berichterstattung über den Mittleren Osten generell dazu tendiert, auf gewalttätige Auseinandersetzungen zu fokussieren, sind die Nachrichtensender aus der Region diejenigen, die am häufigsten auch positive Geschichten etwa über Afghanistan berichten. Außerdem bestätigte diese Studie erneut, dass öffentliche Sender bei der internationalen Nachrichtenberichterstattung am Besten abschneiden. Das höchste Maß an *Media-Accuracy* im Bereich Gewaltberichterstattung erreichten in dieser Reihenfolge die ARD Tagesschau, die südafrikanische SABC, das ZDF Heute Journal, BBC Newslight und die SF Tagesschau.

## Systematische Reduktion

Anhand dieser vorliegenden Untersuchungen lässt sich zunächst feststellen, dass die Defizite in der Auslandsberichterstattung einen systemischen Charakter aufweisen, der wesentlich durch den privatwirtschaftlichen Betrieb von Massenmedien bedingt ist. Darauf verweisen zum einen die starken und international festzustellenden Qualitätsunterschiede zwischen öffentlichen und privaten Medienbetrieben als auch die weiter abnehmende Leistungsfähigkeit vor dem Hintergrund der stärkeren Ökonomisierung im Kontext der Globalisierung.

Daran schließt die Frage an, wie die kritisierten inhaltlichen Merkmale in Verlauf des Produktionsprozesses zustande kommen – eine Debatte, die weit über den Bereich der Auslandsberichterstattung hinaus für Analysen des Mediensystems relevant ist, hier aber kurz unter diesem Aspekt diskutiert werden soll. Neben polit-ökonomischen Ansätzen, welche vor allem wirtschaftliche Merkmale als Handlungsrahmen der Kulturindustrie untersuchen (vgl. Prokop 2000, 2005; Leiding 2003), sind hierfür diejenigen Diskussionen interessant, die in der Tradition von Luis Althusser danach fragen, wie die Produktionsverhältnisse, also der ideologische und institutionelle Rahmen einer Gesellschaftsordnung, sich reproduzieren (Althusser 1970/2010). Stuart Hall benannte als an der Medienproduktion beteiligte Faktoren den aktuellen und spezifischen Wissensrahmen der Akteure, die technische Infrastruktur und die Produktionsbeziehungen als zu untersuchende Merkmale. »Selbstverständlich vollzieht sich der Produktionsprozess [von Nachrichten] nicht ohne seinen ›diskursiven‹ Aspekt – auch er wird durchgängig von Bedeutungen und Vorstellungen gerahmt: vom angewandten Wissen aus Produktionsroutinen, von historisch bestimmten technischen Fertigkeiten, professionellen Ideologien, von institutionellem Wissen, Definitionen und Annahmen, von den Einschätzungen des Publikums etc., die den Aufbau des Programms strukturell mitbestimmen.« (Hall 1973/2004: 68) Während sich in der Tradition der Cultural Studies ausgehend von diesem Text eine breite Forschungstradition um die Fragen der relativen Autonomie von Nachrichten und ihres Dekodierens durch das Publikum entwickelte, blieb die Frage nach der Binnenstruktur der Nachrichtenproduktion weitgehend unbearbeitet. Allerdings lassen sich in der Medien- und Kommunikationswissenschaft zahlreiche Arbeiten finden, die zu ähnlichen Ergebnissen kommen und in diesem Kontext diskutiert werden können. »Ökonomische, organisatorische und technologische Imperative determinieren bis zu einem gewissen Grad, welche Wirklichkeitsentwürfe von den Medien jeweils angeboten werden.« (Weischenberg 1992: 237)

### *Veränderte Produktionsbeziehungen*

Zu den wesentlichen Merkmalen veränderter Produktionsbeziehungen im Bereich internationaler Nachrichtenproduktion gehört, dass die Anzahl von Korrespon-

denten und Auslandsbüros sinkt, während zunehmend stärker auf Agenturmaterial zurückgegriffen wird. »Der besonders seit 2001 steigende ökonomische Druck auf die Medienbranche und die finanziellen Einschränkungen, die darauf folgten, sorgten dafür dass viele Medien die Anzahl ihrer Auslandsbüros und -korrespondenten reduzierten.« (Hahn et al 2008: 19) Dabei verstärkt der Abbau von Auslandsressourcen die ohnehin bestehenden Ungleichgewichte in der Nachrichtengeographie und folgt einer Informationsstrategie, welche eng mit den außenpolitischen, militärischen und wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik abgestimmt ist (Breckl 2006: 32).

Einen wesentlichen Einfluss auf die inhaltliche Verdichtung der Berichterstattung insgesamt, aber insbesondere der Auslandsberichterstattung, kommt der Nutzung von vorgefertigten Texten der Nachrichtenagenturen zu, mit welchen der sinkende Anteil an Eigenberichten kompensiert wird. Die vorliegenden Studien untersuchen vor allem die gedruckte Presse, da hier die Anteile von Agenturmaterial methodisch einfacher nachgewiesen werden können. Die Themengebiete Außen- und Internationale Politik befinden sich stets unter den Ressorts mit den höchsten Anteilen an Agenturmaterial (vgl. Wilke 2000, Veters 2007, Bieber 2011). Die großen westlichen Nachrichtenagenturen stellen zwischen 50 und 80 Prozent der Quellen und bestimmen die Nachrichtenlage maßgeblich (Hafez 2005: 23). Zwar differiert dieser Anteil teilweise auch nach den Regionen der Berichterstattung, insgesamt besteht jedoch Übereinstimmung darin, dass die Tendenz zur Übernahme von standardisiertem Material zunimmt. Mit dem Auslandsressort betrifft dies vor allem den redaktionellen Bereich, der ohnehin am umfangärmsten ist.

Hinzu kommt, dass die Themenwahl von Auslandskorrespondenten nur bedingt selbstständig erfolgt. Alle Auslandskorrespondenten orientieren sich dabei an der Agenda der Agenturen und verstärken damit die ohnehin schon starke Themensetzungsfunktion dieser Organisationen (Nitz 2008: 520). Die Heimatredaktionen sind aufgrund verbesserter Kommunikationsmöglichkeiten über die Situation in den Einsatzländern umfassender informiert und beeinflussen damit auch deutlicher die Nachrichtenauswahl der Korrespondenten. »Manche Korrespondenten haben die Kriterien der Nachrichtenauswahl ihrer Medienorganisation derart verinnerlicht, dass sie nur Themen anbieten, von denen sie annehmen, dass sie bei den Heimatredakteuren auf Interesse stoßen.« Nitz verweist in diesem Zusammenhang auf den Begriff der »Selbstzensur« (ebd. 524, auch Kluge 1980: 101).

Verstärkt wird die Macht der Heimatredakteure nicht nur durch die bessere Informationslage im Bereich Außenpolitik, sondern auch dadurch dass seit den 1990er Jahren deutliche Hierarchisierungstendenzen in der Arbeitsweise von deutschen JournalistInnen festzustellen sind: So hat sowohl die kollegiale als auch die hierarchische Kontrolle in den Redaktionen seitdem stark zugenommen: »Mittlerweile lassen drei von fünf Journalisten (59 Prozent) ihre Beiträge von gleichrangigen Kollegen gegengelesen, während dies 1993 nur für ein gutes Drittel galt. Sogar drei Viertel der Redakteure (73 Prozent) geben ihre Beiträge an die un-

mittelbaren Vorgesetzten« (Weischenberg 2006: 86). Auch diese Zahl hat sich seit den 1990er Jahren fast verdoppelt (vorher 41 Prozent). Damals hatten auch nur 22 Prozent der befragten Journalisten angegeben, dass sie dem Chefredakteur ihre Beiträge vorlegen, was sich bis zum Jahr 2004 auf 41 Prozent erhöht hat. Diese Zahlen diskutiert Weischenberg in dieser Arbeit unter dem Aspekt der Qualitätskontrolle, allerdings ist ihre Bedeutung für die zentrale Steuerungsmöglichkeit von Inhalten sowie ihrer Gewichtung und Bewertung nur schwer zu übersehen. In einer Vorläuferuntersuchung fand Weischenberg nicht nur heraus, dass hierarchische Kontrolle vor allem im Politik- und Wirtschaftsressort stattfindet, sondern er ordnete sie auch als eine »Sozialisationsinstanz« ein (Weischenberg 1992: 315).

### *Werteorientierte Ausrichtung und professionelle Ideologien*

Ein zentrales Instrument im Arbeitsalltag von Journalisten sind die sogenannten Nachrichtenfaktoren. Seit den 1960er Jahren entwickeln sich umfangreiche Kataloge von Merkmalen, die beschreiben sollen, was eine Nachricht berichtenswert macht. Für die internationale Berichterstattung hat die Diskussion um Nachrichtenwerte schon deshalb eine besondere Bedeutung, weil Johan Galtung und Mari Holmboe Ruge (1965) das ursprünglich von Walter Lippmann (1922) erwähnte Konzept aufgriffen, um Verzerrungen in der internationalen Berichterstattung sichtbar zu machen. Zu ihren Ergebnissen gehörte etwa, dass Ereignisse mit einem Bezug zu Elite-Nationen sowie Negativität eine höhere Auswahlwahrscheinlichkeit besitzen. Winfried Schulz (1976) arbeitete diese Merkmale zu den Faktoren Nähe (räumliche, politische und kulturelle) sowie Valenz (Konflikt, Kriminalität, Schaden) eines Ereignisses aus. Der seit Jahren immer wieder bestätigte Befund, dass gerade in der internationalen Berichterstattung Kriege, Krisen und Katastrophen dominieren, kann auch als Produkt einer berufspraktischen Orientierung interpretiert werden, die sich aus scheinbar wissenschaftlichen Ergebnissen legitimiert. Die Debatte um Nachrichtenfaktoren ist in der Kommunikationswissenschaft unter dem Stichwort Nachrichtenforschung verortet, wo sie eine Unzahl deskriptiver Arbeiten mit Wissen über das Alltagshandeln von Journalisten hervorgebracht hat, sie hat jedoch auch einen starken Rückfluss auf die berufliche Formierung von Journalisten, insofern als hier normative Apparate entwickelt werden, mit denen sich Entscheidungen über die Auswahl und Gewichtung von Themen begründen lassen. Insofern stellt die Nachrichtenfaktorendebatte einen zentralen professionel-ideologischen Reproduktionszusammenhang zwischen den gesellschaftlichen Teilsystemen Wissenschaft und Journalismus dar, der die vorherrschende Selektionspraxis und inhaltliche Gewichtung innerhalb der Medienapparate wissenschaftlich relegitiert.

Ein in der öffentlichen Wahrnehmung wenig verankerter Sachverhalt mit erheblicher Wechselwirkung zwischen ideologischer Verfasstheit und Produktionsbereich besteht in der rechtlichen Anerkennung von Medienunternehmen als Ten-



denzbetrieben. »Faktoren wie die redaktionelle Linie des Mediums und das ›Werklima‹ in einer Redaktion können die Gestaltungsfreiheit der Korrespondenten genauso beschränken wie konkrete Zeit- und Zeilenvorgaben.« (Nietz 2008: 514) Journalisten sind nach rechtlicher Definition des Betriebsverfassungsrechtes nicht einfache Angestellte sondern »Tendenznehmer«, eine Beschränkung die für den gesamten Bereich der Berichterstattung und Meinungsäußerung, also auch für rein wirtschaftlich orientierte Medienunternehmen gilt (§ 118 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG). Ein Journalist, der gegen die »allgemeine Linie«, d. h. gegen die werteorientierte Grundausrichtung des ihn beschäftigenden Unternehmens verstößt, genießt nur sehr eingeschränkten arbeitsrechtlichen Schutz, d. h. die innere Meinungsfreiheit bzw. die so genannte Binnenpluralität innerhalb von Medienunternehmen ist in Deutschland gesetzgeberisch deutlich beschnitten. Dies führt zwar in den seltensten Fällen zu öffentlich bzw. juristisch ausgetragenen Konflikten, allerdings gehen zahlreiche Arbeiten davon aus, dass die Herstellung einer konsonanten inhaltlichen Ausrichtung auf beinahe freiwilliger Orientierung durch die Journalisten besteht. »Gerade deutsche Journalisten zeigen sich jedoch mit der redaktionellen Tendenz des eigenen Mediums ausgesprochen einverstanden.« (Donsbach, Rentsch 2010: 156) Zudem seien die institutionellen Mechanismen bei der Aussagenentstehung so subtil, dass sie den einzelnen Journalisten oft nicht bewusst sind (Weischenberg 1992. 315). Diese Mischung aus innerredaktionellem Konsens und fehlender rechtlicher Absicherung dissidenter Meinungen führt dazu, dass sich Journalisten mit abweichenden Einstellungen gegebenenfalls freiwillig von ihrem Arbeitgeber trennen. Öffentlich bekannt wurde der Fall des vielfach preisgekrönten ZDF-Korrespondenten Ulrich Tilgner, der im Jahr 2008 kündigte und mit folgender Begründung zum Schweizer Fernsehen wechselte: »Die Schweiz hat nicht den Formierungszwang eines Nato-Staates. Wenn die Nato-Staaten in Afghanistan kollektiv eingreifen, wollen sie ihr Auftreten dort in ein entsprechendes Licht stellen.« (Tagesspiegel 9.7.08)

### *Spezifischer Wissensrahmen der Akteure*

Mit seinem Verweis auf den spezifischen Wissensrahmen bezog sich Stuart Hall auf die Debatte um den gruppenspezifischen Charakter von Weltwissen. Was einzelne Gruppen als legitime Darstellung von Wirklichkeit empfinden, ist das Ergebnis einer spezifischen konventionellen Prägung, d. h. Wissens- bzw. Deutungsrahmen (*Frames*) sind das Produkt habitualisierter, kultureller Prozesse und damit sozial determiniert (Goffman 1974, Minsky 1975, Fillmore 1982). In Hinsicht auf den spezifischen Wissensrahmen muss daher die beschränkte sozialdemografische Repräsentativität der Berufsgruppe der Journalisten problematisiert werden. Wenn die Annahme zutrifft, dass bestimmte Werthaltungen und Einstellungen sozialisationsbedingt und somit sozialtypisch verdichtet auftreten, dann sollte mit Blick auf die Homogenisierung von Medieninhalten beachtet werden, dass der

Sozialtypus weiß, männlich, verheiratet, über vierzig und mit Hochschulabschluss die Struktur der öffentlichen Meinungsbildung in Deutschland wesentlich prägt (vgl. Weischenberg 1998, 2006). In diesem Umstand liegt eine mögliche Erklärung für die relativ geringe Konfliktivität bzw. das hohe Maß an Konsonanz innerhalb von Medieninstitutionen, die Einverständnis über den Umgang mit Inhalten nicht nur hierarchisch-disziplinarisch herstellen, sondern auch an sozialtypischen Gemeinsamkeiten ansetzen, d. h. daran dass spezifische Verhaltensweisen und Werthaltungen innerhalb dieser Berufsgruppe häufig geteilt werden.

Diese sozialtypische Verdichtung tritt in der Gruppe der Auslandskorrespondenten verstärkt auf. Als deutlichstes Merkmal im Unterschied zum bundesdeutschen Durchschnitt konnten Jungahns/Hanitzsch (2006) herausarbeiten, dass »es sich bei dem Beruf der Auslandskorrespondenten um eine Domäne männlicher Dominanz handelt.« Mit einem Frauenanteil von nur 22 Prozent sind deutsche Journalisten im Ausland deutlich häufiger männlich gegenüber einem Frauenanteil von 37 Prozent im Inland, zudem sind die Auslandskorrespondentinnen im Durchschnitt acht Jahre jünger als ihre männlichen Kollegen. Dies ist umso bemerkenswerter, da deutsche Journalisten im Ausland nicht nur eine überdurchschnittliche Berufserfahrung aufweisen, sondern auch insgesamt älter sind. Auch beim Ausbildungsprofil liegen Auslandskorrespondenten mit 74 Prozent der Befragten mit einem Hochschulabschluss über dem Durchschnitt ihrer Zunft (69 Prozent) (ebd.). In Erwägung, dass diese in sozio-kultureller Hinsicht ohnehin extrem homogene Gruppe von Personen inhaltlich auch eine Vielzahl von Ko-Orientierungen teilt, etwa durch die soziale Nähe einer zunehmend kleineren Zahl von Korrespondenten an ihren Arbeitsorten, oder durch ihre inhaltliche Ausrichtung an den Themen und Bewertungen der dortigen Medien, kann die inhaltliche Verdichtung der Auslandsberichterstattung bereits zu einem Großteil auf akteurspezifische Faktoren zurückgeführt werden.

## **Zusammenfassung**

Während Wissen über geographisch nahe verortete Sachverhalte durch eigene Erfahrung bewertet oder kontrastiert werden kann, entzieht sich die Einschätzung von Problemen entfernter Gesellschaften dem unmittelbaren Zugang. Da persönliche Kontakte in den betreffenden Länder nur in den seltensten Fällen bestehen, kommt der »Sozialisationsagentur Medien« eine besondere Bedeutung für die Wissensvermittlung über internationale Politik zu. Untersuchungen über mögliche Wirkungen der medialen Berichterstattung gehen davon aus, dass Medieninhalte einen besonderen Einfluss auf das Wissen und die Einstellungen des Publikums haben, wenn die Medieninhalte nicht durch Kontextwirkungen, etwa eigene Erfahrungen, relativiert werden können und die verschiedenen Medien das Thema inhaltlich konsonant behandeln (vgl. Bonfadelli 2004, Jäckel 2005). An-

hand der vorliegenden Untersuchungen wird deutlich, dass die Auslandsberichterstattung Themen und Regionen nicht nur hochgradig selektiv abbildet, sondern innerhalb dieser Auswahl auch eine starke Tendenz zur medienübergreifenden Vereinheitlichung besteht, welche sowohl ökonomische und institutionelle als auch akteursspezifische Ursachen hat.

Internationale Politik beinhaltet zu einem erheblichen Anteil Entscheidungen, die von hoher Tragweite für die beteiligten Gesellschaften sind und nicht selten Urteile über Krieg und Frieden begründen. Die Bedeutung der internationalen Berichterstattung kann also kaum unterschätzt werden. Der Alexander von Humboldt zugeschriebene Satz, nach dem die gefährlichste Weltanschauung die derjenigen Menschen ist, welche die Welt nicht angeschaut haben, behält auch 200 Jahre nach der Entstehung der Massenpresse seine Gültigkeit. Weltbilder im engeren und weiteren Sinne sind das Ergebnis konventioneller Wissensrahmen, die gerade im Bereich internationaler Politik nicht selten auf bewusste Framing- und Agenda-Setting-Prozesse zurückgehen, d. h. der dem Publikum bewusste Ausschnitt der Wirklichkeit, die Gewichtung und Bewertung ihrer Elemente ist das Ergebnis professioneller Apparate, die nicht nur wirtschaftlichen Logiken folgen, sondern in denen auch politische Interessen strategisch kommuniziert werden (u. a. Löffelholz 1993, 2004; Beham 2005, Scherer 2005). Die aufgrund von ökonomischem Druck abnehmende Medien- und Quellenvielfalt begünstigt dabei eine Produktion von Konsens (Herman/Chomsky 1988).

Eine kritische Medienpolitik muss daher öffentlich finanzierte Medien fördern, d. h. die Verbreitung von Information weitestmöglich von wirtschaftlichen Interessen und Zwängen entkoppeln. Die Förderung wirtschaftlich unabhängiger Medien sollte zudem auf eine Medienvielfalt ausgerichtet sein, die im Gegensatz zu den öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland strukturell unabhängig von Parteien und etablierten Verbänden ist. Ein wichtiger Ansatz könnte die Förderung von Formen journalistischer Selbstverwaltung sein. Zwar begünstigt der mit dem Durchbruch des Internet einsetzende Medienwandel die Möglichkeit, sich aus verschiedenen Quellen zu informieren, allerdings haben die traditionellen Medienunternehmen sich inzwischen auch hier als wichtigste Anbieter von Inhalten etabliert und dominieren die Online-Nutzung von Nachrichten. Ein kritisches Publikum muss daher bewusst auf Quellenvielfalt achten, gezielt alternative Informationsangebote aufsuchen und nach Möglichkeit Sprach- und Kulturgrenzen überwinden. Die strukturellen Defizite der Auslandsberichterstattung bieten dabei eine Chance für unabhängige Akteure, mithilfe einfacher technischer Mittel alternative Sichtweisen und zusätzliche Informationen erfolgreich zu verbreiten.

## Literatur

- Althusser, Luis (1970/2010): *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, VSA Verlag, Hamburg.
- Beham, Mira (2005): *Kriegstrommeln: Medien, Krieg und Politik*, dtv.
- Bonfadelli, Heinz (2004): *Medienwirkungsforschung*, UVK, Konstanz.
- Breckl, Sylvia (2006): *Auslandsberichterstattung im deutschen Fernsehen*, Frank & Timme.
- Cippitelli, Claudia/Schwanebeck, Axel (2003): *Nur Krisen, Kriege, Katastrophen? Dokumentation der 21. Tutzingener Medientage*.
- Curran, James; Iyengar, Shanto; Lund, Anker Brink; Salovaara-Moring, Inka (2009): *Media System, Public Knowledge and Democracy: A Comparative Study*, In: *European Journal of Communication*, March 2009, S. 5-26.
- Donsbach, Wolfgang; Rentsch, Mathias (2011): *Methodische Designs zur Messung subjektiver Einflüsse auf Nachrichtenentscheidungen von Journalisten*, In: Jandura, Olaf; Quandt, Thorsten; Vogelgesang, Jens (2011): *Methoden der Journalismusforschung*, VS Verlag.
- Galtung, Johan; Ruge, Mari Holmboe (1965): *The Structure of Foreign News. The Presentation of the Congo, Cuba and Cyprus Crisis in Four Norwegian Newspapers*, In: *Journal of Peace Research* 2, S. 64-91.
- Goffman, Erving (1974): *Frame Analysis*, Cambridge: Harvard UP.
- Hafez, Kai (2005): *Mythos Globalisierung. Warum die Medien nicht grenzenlos sind*, VS-Verlag, Wiesbaden.
- Hahn, Oliver; Lönnendonker, Julia/Schröder, Roland (Hrsg.) (2008): *Deutsche Auslandskorrespondenten: Ein Handbuch*, Konstanz, UVK.
- Hall, Stuart (1973/2004): *Kodieren/Dekodieren*, in: *Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften* 4, Argument-Verlag, Hamburg, S. 66.
- Herman, Edward S.; Chomsky, Noam (1988): *Manufacturing consent: the political economy of the mass media*, Pantheon Books, New York.
- Institut for Economics & Peace (2010): *Measuring Peace in the Media. World Peace Report 2010, Special Report October 2010*.
- Jäckel, Michael (2005): *Medienwirkungen. Ein Studienbuch zur Einführung*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Junghanns, Kathrin/Hanitzsch, Thomas (2006): *Deutsche Auslandskorrespondenten im Profil*. In: Hans-Bredow-Institut (Hrsg.): *Medien & Kommunikationswissenschaft* 3/2006, S. 412-429.
- Kamps, Klaus (1998): *Nachrichtengeographie. Themen, Strukturen, Darstellung: ein Vergleich*, In: Kamps, Klaus/Miriam Meckel (1998): *Fernsehnachrichten. Prozesse, Strukturen, Funktionen. Opladen/Wiesbaden*, S. 275-294.
- Krüger, Udo Michael (2005): *Themenprofile deutscher Fernsehnachrichten*, In: *media Perspektiven* 7/2005, S. 302.
- Krüger, Udo Michael (2006): *Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und SAT.1: Strukturen, Themen und Akteure*, In: *media Perspektiven* 2/2006, S. 30.
- Krüger, Udo Michael (2007): *InfoMonitor 2006: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und SAT.1*, In: *media Perspektiven* 2/2007, S. 58.
- Krüger, Udo Michael (2008): *InfoMonitor 2007: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat.1*, In: *media Perspektiven* 2/2008, S. 58.
- Krüger, Udo Michael (2009): *InfoMonitor 2008: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat.1*, In: *media Perspektiven* 2/2009, S. 73.
- Krüger, Udo Michael (2010): *InfoMonitor 2009: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat.1*, In: *media Perspektiven* 2/2010, S. 76.
- Krüger, Udo Michael (2011): *InfoMonitor 2010: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat.1*, In: *media Perspektiven* 2/2011, S. 68.
- Leidinger, Christiane (2003): *Medien, Herrschaft, Globalisierung, Folgenabschätzung zu Medieninhalten im Zuge transnationaler Konzentrationsprozesse, Westphälisches Dampfboot, Münster*.
- Lippmann, Walter (1922/1964): *Die öffentliche Meinung*, München, Original: *Public Opinion*. New York.
- Löffelholz, Martin (1993, 2004): *Krieg als Medienereignis: Grundlage und Perspektiven der Krisenkommunikation*, Westdeutscher Verlag.
- Maier, Michaela; Ruhrmann, Georg; Klietsch, Kathrin (2006): *Der Wert von Nachrichten im deutschen Fernsehen. Ergebnisse einer Inhaltsanalyse 1992–2004*, Düsseldorf.
- MacBride, Sean (1981/2003): *Many voices, one world: towards a new, more just, and more efficient world information and communication order*, International Commission for the Study of Communication Problems, Rowman & Littlefield.
- Meckel, Miriam (1998): *Internationales als Restgröße? Strukturen der Auslandsberichterstattung im Fernsehen*, In: Kamps, Klaus/Miriam Meckel (Hrsg.): *Fernsehnachrichten. Prozesse, Strukturen, Funktionen. Opladen/Wiesbaden* 1998, S. 257-274.
- Minsky, Marvin (1975): *A Framework for Representing Knowledge*, In: Winston, Patrick Henry (ed.): *The Psychology of Computer Vision*. New York: Mc Graw-Hill.

- Mükke, Lutz (2008): »Der Trend geht zum Generalisten und Feuerwehrmann«. Ein Dossier zum Zustand der deutschen Auslandsberichterstattung, nr-Dossier.
- Nitz, Pia (2008): Die Beziehung zwischen Auslandskorrespondenten und Heimatredaktionen, In: Hahn, Oliver/Julia Lönnendonker, Roland Schröder (Hrsg.) (2008): Deutsche Auslandskorrespondenten: Ein Handbuch. Konstanz, UVK, S. 514-525.
- Pohr, Adrian (2001): Indexing im Einsatz. Eine Inhaltsanalyse der Kommentare überregionaler Tageszeitungen in Deutschland zum Afghanistankrieg, In: In: Medien & Kommunikationswissenschaft 2-3/2005, S. 261.
- Prokop, Dieter (2000): Der Medien-Kapitalismus. Das Lexikon der neuen kritischen Medienforschung, VSA Verlag, Hamburg.
- Prokop, Dieter (2005): Der kulturindustrielle Machtkomplex. Neue kritische Kommunikationsforschung über Medien, Werbung und Politik, von Halem Verlag, Köln.
- Renneberg, Vera (2011): Auslandskorrespondenz im globalen Zeitalter. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden.
- Ruhrmann, Georg (2005): Nachrichten zum Fürchten, In: message 1/2005, Hamburg, S. 94-96.
- Scherer, Helmut; Romy, Fröhlich; Bertram, Scheufele; Simone, Dammert; Thomas, Natascha (2005): Die Berichterstattung deutscher Qualitätszeitungen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik 1989 bis 2000, In: Medien & Kommunikationswissenschaft 2-3/2005, S. 277.
- Schulz, Winfried (1976): Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien, Freiburg, München.
- Weischenberg, Siegfried (1992): Journalistik. Theorie und Praxis aktueller Medienkommunikation, Bd. 1: Mediensysteme, Medienethik, Medieninstitutionen, Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Weischenberg, Siegfried/Scholl, Armin (1998): Journalismus in der Gesellschaft. Theorie, Methodologie und Empirie, Opladen/Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Weischenberg, Siegfried; Scholl, Armin; Malik, Maja (2006): Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland, Konstanz, UVK.
- Wilke, Jürgen (2000): Von der Agentur zur Redaktion. Wie Nachrichten gemacht, bewertet und verwendet werden, wiso Sozialwissenschaften.
- Zschunke, Peter (2000): Agenturjournalismus, UVK Medien.

## **Trüber Blick gen Süden. Weshalb der Journalismus im globalen Norden bei Lateinamerika versagt und wie dem Problem begegnet werden kann**

Stellen Sie sich vor, Sie abonnieren eine neue Zeitung. Es handelt sich um ein überregionales Blatt, durchaus renommiert. Die Werbekampagne hat Qualitätsjournalismus versprochen. Nach einigen Tagen liegt die erste Ausgabe in ihrem Briefkasten. Sie schlagen morgens am Küchentisch die erste Seite auf und lesen: »Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im Bundestag eine schwere wirtschaftliche Krise eingestanden. Vom kapitalistischen System will ihr Regime dennoch nicht ablassen.«

Sie wundern sich wahrscheinlich und blättern weiter. Im Wirtschaftsteil ist von der Europäischen Union die Rede. Dieses Bündnis sei, und ich zitiere aus Ihrer Zeitung, »ein Podium für Selbstdarsteller und Polit-Clowns, die sich auf Kosten ihrer Bevölkerung inszenieren«.

Im Politikteil schließlich wird über aktuelle Debatten berichtet. Die dort zitierten Staatschefs erklären aber nichts. Sie sagen auch nichts. Sie »tönen«, »wettern«, »schwadronieren«, »poltern«. Sie »entmachten ihr Volk« und »schimpfen«. Kurzum: Es sind die »größten Nervensägen des Kontinents« (Mattusek 2002, 155). Sie würden das Abo wohl nicht verlängern.

Warum aber diese Beispiele? Alles diese Zitate stammen aus Lateinamerika-Berichten der deutschsprachigen Presse. Ausgetauscht wurden nur die Akteure. Das erste Zitat stammt aus einem Text über die wirtschaftspolitischen Reformen in Kuba. Das Zweite – das mit den »Polit-Clowns« – stammt aus Beiträgen über Venezuela und das anti-neoliberale Staatenbündnis ALBA. Und die wenig schmeichelhaften Verben stammen aus verschiedenen Artikeln über lateinamerikanische Staatschefs. Wie kommt es, dass wir diese Art primitiver Berichterstattung akzeptieren? Weshalb kommt es nicht zu einem kollektiven Aufschrei? Wie ist der doppelte Standard zu erklären? Dazu drei Thesen:

Erstens: Es gibt kaum authentische, vorurteilslose und wahrhaftige Informationen über die aktuellen Prozesse in Lateinamerika. Die Berichte hängen in einem hohen Maße von politisch manipulierten Primärquellen ab (vgl. Neuber 2007). Zudem vernebeln politische Vorurteile und eurozentristische Konzepte ein klares Bild auf die politischen Prozesse in Lateinamerika. Das betrifft vor allem die anti-neoliberalen Staaten.

Zweitens: Unsere Medien haben ihre Informationsaufgabe über Bord geworfen und funktionieren wie transnationale Konzerne. In den vergangenen Jahren war

ein zunehmender Trend der Zentralisierung zu beobachten. Medienkonzerne funktionieren heute nach Marktprinzipien und sind nicht selten in Konsortien direkt mit fremdwirtschaftlichen Interessen verknüpft.

Drittens: Unsere Medien versagen als unabhängige Akteure in einen postkolonialen Konflikt. Die Emanzipationsprozesse in Lateinamerika sind eine Fortführung der antikolonialen Bewegungen (vgl. Neuber 2006). Nicht ohne Grund spricht man von der »zweiten Befreiung«. Die Berichte unserer Medien gleichen zum Teil in erschreckendem Maße der Propaganda zu Kolonialzeiten.

## **Die Herkunft der Information**

Eines der zentralen Probleme der Lateinamerika-Berichterstattung liegt in der zweifelhaften Herkunft der Informationen und den mangelnden Möglichkeiten umfassender Information. Im Zuge der Neoliberalisierung der Medienlandschaft sind in den vergangenen Jahren – vor allem nach der Entfesselung der kapitalistischen Märkte nach 1990 – die Medienbetriebe unter massiven Druck geraten. Die Folgen sind, wie auch in jedem anderen Industriezweig, Einsparungen und personelle Rationalisierung.

Schauen Sie, um die historische Perspektive dieser Entwicklung zu erfassen, eine Nachrichtensendung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in Westdeutschland aus den 1970er Jahren! Sie werden sehen, dass zu fast jedem Beitrag ein Korrespondent vor Ort war. Die großen Namen des investigativen Fernsehjournalismus – Peter Scholl-Latour, Gerd Ruge oder andere – bestimmen bis heute, lange nach Ausscheiden aus ihren Jobs, die politische Analyse in ihren jeweiligen Bereichen. Aber wer ist bisher nachgekommen?

ARD und ZDF unterhalten heute noch sogenannte Hauptstadtbüros im Norden und Süden des lateinamerikanischen Kontinents – Mexiko-Stadt und Buenos Aires etwa. Damit wird eine Nähe am Geschehen suggeriert, die nicht existiert. Tatsächlich macht es keinen Unterschied, ob ein Reporter von Buenos Aires oder von Berlin aus über ein tagesaktuelles politisches Thema in, sagen wir, La Paz berichtet.

Das Problem betrifft nicht nur Deutschland, sondern alle Industriestaaten. Sehen wir uns kurz an, wie die Lage im weiteren deutschsprachigen Raum ist.

Der Schweizer Medienwissenschaftler Linards Udris vom »Observatorium Öffentlichkeit und Gesellschaft« an der Universität Zürich hat die Art der Berichterstattung im letzten Quartal 2009 analysiert. Er kommt zu bedenklichen Ergebnissen (vgl. im Folgenden Udris 2010).

Auf den ersten Blick bestehe in der schweizerischen Medienlandschaft eine große Vielfalt von Themen. Im letzten Quartal 2009 widmeten sich 46 Medientitel insgesamt mehr als 3000 verschiedenen Kommunikationsereignissen. Allerdings: Nur ein knappes Drittel (32 Prozent) widmete sich politischen Themen. Derweil

nimmt der Bereich der boulevardesken Themen immer mehr zu. Spannend ist auch das Verhältnis öffentlicher – also von der Öffentlichkeit finanzierter – und privater Medien. Der generell mit 41 Prozent noch hohe Anteil an Politikthemen im Radio gehe vor allem auf den öffentlichen Rundfunk zurück. Er stellt fest: »Medien also, die dem Service Public verpflichtet sind und/oder sich (noch) an den Staatsbürger und weniger an den Medienkonsumenten richten, geben relevanten Themen besonderes Gewicht« (ebd.). Nachrichtensendungen im öffentlichen Radio widmeten der Auslandsberichterstattung in ihren Aufmacherbeiträgen mit 40 Prozent am meisten, private Fernsehsender mit drei Prozent am wenigsten Aufmerksamkeit. Generell sei ein Trend zu »breaking news« zu beobachten. Kurzen Meldungen, die völlig ohne Kontext und Hintergrundwissen rasch publiziert werden. Unterstützt wird dieser Trend durch neue, durchrationalisierte Redaktionsmodelle wie das sogenannte Newsdesk-Modell.

Udris kommt also zu dem Schluss: »In der schweizerischen Medienarena steigt die Binnenorientierung auf Kosten der Auslandsberichterstattung im Zeitverlauf. Diese Orientierung am Nationalstaat kann zum einen als Ausdruck steigender innenpolitischer Konflikte und Krisen interpretiert werden, zum anderen aber auch als Ausdruck des neuen Strukturwandels der Öffentlichkeit und der Krise der Informationsmedien. Die Fokussierung auf den Medienkonsumenten und die Reduktion von Kosten lässt die Welt ausgerechnet im Zeitalter der Globalisierung zugunsten des Nationalen und Regionalen in den Hintergrund treten.« (ebd.).

Bei den verbleibenden Auslandsinformationen stellt sich ein weiteres Problem. Korrespondenten greifen in zunehmendem Maße auf die überregionale private Tagespresse in den Staaten Lateinamerikas zurück. Dieser Trend ist äußerst problematisch, weil viele dieser Medienkonzerne zugleich politische Akteure sind.

Beispiele dafür finden wir etwa in Venezuela, wo die beiden großen Tageszeitungen »El Nacional« und »El Universal« einen Putschversuch gegen die Regierung von Präsident Hugo Chávez im April 2002 medial unterstützt haben – ebenso wie die privaten Fernsehsender.

Auch in Honduras wurden die privaten Zeitungen und TV-Kanäle zu Hauptunterstützern des Putsches gegen Präsident Manuel Zelaya Ende April 2009. Diese Medien als Maßstab zu nehmen, heißt Partei zu ergreifen. Ob bewusst oder unbewusst.

Nicht wahrgenommen werden die Versuche der neuen, anti-neoliberalen Regierungen Lateinamerikas, die Medienlandschaft zu demokratisieren. In Venezuela und anderen dieser Staaten sind in den vergangenen Jahren hunderte neue Lizenzen an Basisradios vergeben worden, neue Fernsehkanäle sind entstanden. Als Quelle kommen sie nicht vor. Das Attribut der Professionalität wird hier von vornherein mit einer oppositionellen Haltung assoziiert.



## Die Konzentration der Medien in Industriestaaten

Unterstützt wird diese Parteinahme von der Entwicklung unserer europäischen Medienlandschaft. Einhergehend mit dem beschriebenen Trend der Neoliberalisierung konzentriert sich die hiesige Medienmacht in immer größerem Maße. Transnationale Medienkonzerne wie die spanische Gruppe PRISA oder die deutschen Verlagshäuser Heinrich Bauer, Axel Springer oder Gruner + Jahr kontrollieren in immer größerem Maße unsere Kommunikation und Information. Und das übrigens nicht nur in Deutschland. In Polen besaß der Heinrich-Bauer-Verlag schon 2005 22 Zeitschriften, der Axel-Springer-Verlag 16 und Gruner + Jahr 20. Die Zahlen stammen von dem Medienforscher Prof. Dr. Jörg Becker.

Mit dieser Konzentration einher geht eine Ökonomisierung des Journalismus. Die genannten Unternehmen und andere wetteifern heute um Marktanteile, Effizienz und Jahresbilanzen (vgl. Becker 2007). Über den eigentlichen Auftrag, den der Information, der Bildung eines mündigen Bürgers, spricht niemand mehr.

Der spanisch-französische Publizist und Chefredakteur der Wochenzeitung *Le Monde diplomatique*, Ignacio Ramonet, fordert deswegen ein neues Bewusstsein zur Information ein. Auf einer Konferenz in Berlin verglich er vor einigen Jahren die Information mit der Nahrung, die wir aufnehmen. Auch dabei habe sich in den vergangenen Jahren ein Trend zur biologischen Ernährung entwickelt. In Supermärkten sei inzwischen Obst und Gemüse ausgewiesen, das nicht mit Herbiziden und Pestiziden behandelt, bestrahlt oder genetisch verändert wurde. Ebenso brauche es, so Ramonet, einen Trend zur reinen Information.

Die Medien seien über Jahrzehnte hinweg eine vierte Gewalt gewesen, die Legislative, Exekutive und Judikative kontrollierte (vgl. Ramonet 2003). »Seit aber rund 15 Jahren hat diese sogenannte vierte Gewalt im Rahmen der liberalen Globalisierung ihren Sinn und ihre Funktion einer Gegenmacht verloren« (ebd.). Ramonet schlägt vor diesem Hintergrund die Schaffung einer »Fünften Gewalt« vor, einer Struktur aus Journalisten, Wissenschaftlern und Mediennutzern, die eine Kontrolle über die Konzernmedien ausüben (vgl. ebd.).

Diese Kontrolle der mündigen Bürger ist vor dem Hintergrund der Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika umso wichtiger, da sich die Konflikte um den wirtschaftspolitischen Kurs einer immer größeren Gruppe lateinamerikanischer Staaten zuspitzen. Akteure des Nordens versuchen inzwischen in zunehmendem Maße, Einfluss auf die politischen Abläufe im Süden zu nehmen. Eine der aktivsten Gruppen sind dabei halbstaatliche Stiftungen aus Europa und den USA. Mit dem Modell parteinaher Stiftungen haben wir gerade in Deutschland eine der schlag- und aktionskräftigsten Netzwerke in diesem Bereich. Unübersehbar nehmen wirtschaftsliberale Akteure wie die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung oder die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung immer stärker direkten Einfluss auf das politische Geschehen in den umkämpften Staaten Lateinamerikas (vgl. Neuber 2009).

## Postkoloniale Kämpfe

Diese Präsenz und die direkte Einflussnahme stehen in direktem Zusammenhang mit den Mechanismen der postkolonialen Kämpfe, mit dem Ringen um Ressourcen und Souveränität.

In diesem globalpolitischen Kontext können wir beobachten wie etwa die Konrad-Adenauer-Stiftung mit einem Medienprogramm in Lateinamerika gezielt Einfluss auf die medienpolitischen Debatten – auch die Strukturdebatten – ausübt. In Honduras wiederum hat die Friedrich-Naumann-Stiftung den Putsch 2009 direkt unterstützt. Inzwischen bildet das Regionalbüro in Tegucigalpa politische Nachwuchskräfte aus, die auch in den Medien des Landes aktiv werden sollen.

Dieses Agieren legitimiert sich allein in einem semikolonialen Selbstverständnis des globalen Nordens, in dem wie selbstverständlich die Kriterien gesellschaftlicher Ordnung, von Demokratie und Wirtschaftsmodellen vorgegeben wird.

Die radikale Ablehnung alternativer Ansätze, wie wir sie in Lateinamerika beobachten können, ist die Folge. Was in letzter Konsequenz bedeutet, dass die Souveränität lateinamerikanischer Regierungen nur so lange anerkannt wird, wie sie die Interessen des eigenen Wirtschaftsraums wahren.

Die Illegitimität dieser Politik entlarvt sich, wenn man sie umkehrt. Wäre es möglich, dass südamerikanische oder afrikanische Regierungen in Deutschland antifaschistische Gruppen während der jährlichen Februar-Proteste gegen Rechtsradikale in Dresden unterstützen, finanzieren und schulen? Oder wenn sie dies bei Demonstranten in Heiligendamm 2007 getan hätten? Was, wenn auf die gewaltsame Unterdrückung der Proteste wochenlange Medienkampagnen gefolgt wären, dann Sanktionsforderungen und Drohungen? Wie würde die Bundesregierung reagieren?

Wenn wir das Lateinamerika-Bild in den hiesigen Medien beleuchten, ist ein vorbehaltloses Verständnis der dortigen politischen Prozesse kaum anzutreffen. Ein Grund dafür ist auch, dass die politische und wirtschaftliche Polarisierung nicht kritisch reflektiert wird. Das ist ein deutlicher Unterschied zu den 1960er Jahren, als die Debatte über das Nord-Süd-Verhältnis vor dem Hintergrund der Befreiungskämpfe auch in Bezug auf die Medien geführt wurde.

Es gibt aber Alternativen. Als Folge der defizitären Berichterstattung und aus dem Verlangen nach umfassender Information sind in den vergangenen Jahren – übrigens nicht nur in Deutschland – alternative Medienprojekte entstanden. Diese oft ehrenamtlich betreuten Informationsangebote versuchen für Aufklärung und Hintergrundwissen zu sorgen, wo die Konzernmedien versagen. Es gibt im deutschsprachigen Raum klassische Publikationen wie die in Berlin erscheinenden Lateinamerika-Nachrichten oder die in Bonn erscheinende Zeitschrift *ila*. Zudem versuchen neue Onlinemedien tagesaktuell über das Geschehen in Lateinamerika zu berichten. Zu diesen Projekten gehört der Onlinedienst *Poonal* und das

Nachrichtenportal [amerika21.de](http://amerika21.de), das ich vor drei Jahren mit einigen Kollegen gegründet habe. Allerdings können diese Medien nur dann Erfolg haben, wenn sie ein notwendiges Maß an Professionalität gewährleisten und so verlässliche Information produzieren.

Zum einen geht es nicht um einen unkritischen Umgang mit den politischen Prozessen in Lateinamerika. Das Ziel einer wahrhaftigen Berichterstattung muss vielmehr sein, authentische Informationen über die Prozesse auf Deutsch und in einem professionellen Rahmen zur Verfügung zu stellen. Die Erfahrungen des Projektes [amerika21.de](http://amerika21.de) haben gezeigt, dass die Kooperation von wissenschaftlichen Akteuren und Aktivisten aus dem Lateinamerika-Spektrum, erfahrenen Journalisten und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen erhebliche Synergien entwickeln können. Gemeinsam ist es gelungen, einen täglichen Nachrichtendienst mit verlässlichen Informationen über die demokratischen Reformprozesse in Lateinamerika zu schaffen, der inzwischen in deutschen und lateinamerikanischen Medien als Referenzmedium akzeptiert ist. Mehr noch als etablierte Medien bekannter Verlagshäuser steht ein Nachrichtenportal wie [amerika21.de](http://amerika21.de) unter dem Druck, verlässliche Informationen zu liefern. Die Angabe der Quellen, nachrichtenjournalistische Standards und der im Internet oft missachtete Respekt vor Urheberschutz sind daher oberste Gebote, um als alternatives Medium wahr- und ernst genommen zu werden. Das Erstaunliche, vielleicht Erschreckende ist, dass das kollektive Projekt [amerika21.de](http://amerika21.de) binnen weniger Jahre mehr regionalpolitische Kompetenz aufgebaut hat, als manches etablierte Medium zu bieten hat. Dies zeigt der Abgleich der Berichterstattung über Wahlen und andere mediale Großereignisse. Während bei [amerika21.de](http://amerika21.de) in der Regel Kenner des Landes oder der Region auf der Basis verlinkter Originalquellen berichten, verbreiten viele etablierte Medien in der Regel Agenturmeldungen, die ab und an durch Auslandsredakteure »aufpoliert« werden.

Nicht nur die Beobachtung der Medien kann also – wie Ignacio Ramonet schreibt – eine Aufgabe für Nutzer und wissenschaftliche Akteure sein, auch der Aufbau alternativer Medienangebote kann in diesem Zusammenspiel dazu dienen, die Berichterstattung zu bereichern und Hintergründe zu liefern. Der Bedarf an solchen Angeboten ist enorm.

## Literatur

- Becker, Jörg (2007): Mediale Landnahme in Osteuropa. In: Medienimpulse (61), Wien, S. 25-26.
- Mattusek, Mathias (2002): Die Armee ist ein Prachtweib. In: Spiegel 2002/17, Hamburg, S. 155-157.
- Neuber, Harald (2007): Tunnelblick auf Venezuela. In: Neue Rheinische Zeitung. Online abrufbar unter <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=11006>, zuletzt geprüft am 24.10.2011.
- Neuber, Harald (2009): Deutsche Parteistiftungen arbeiten am Sturz linker Regierungen in Lateinamerika. In: Hintergrund.de. Online abrufbar unter <http://www.hintergrund.de/content/view/344/63/>, zuletzt geprüft am 24.10.2011.
- Neuber, Harald (2006): Kampf gegen ›Mr Danger‹ – Lateinamerikanische Antworten auf die neue Geopolitik der USA. Gastvorlesung anlässlich der Ringvorlesung im Rahmen des interdisziplinären Lehrgangs für höhere Lateinamerika-Studien zum Thema Sicherheitspolitik in Lateinamerika, Universität Wien 06.12.2006. Online abrufbar unter <http://tinyurl.com/6x2ohbj>, zuletzt geprüft am 24.10.2011.
- Ramonet, Ignacio (2003): El quinto poder. In: Le Monde diplomatique, edición chilena, Santiago de Chile. Online abrufbar unter <http://www.lemondediplomatique.cl/El-quinto-poder.html>, zuletzt geprüft am 24.10.2011.
- Udris, Linards (2010): Qualitätsvalidierung/Vielfalt. In: Jahrbuch Qualität der Medien 2010, Observatorium Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich. Online abrufbar unter [http://jahrbuch.foeg.uzh.ch/jahrbuch\\_2010/Seiten/default.aspx](http://jahrbuch.foeg.uzh.ch/jahrbuch_2010/Seiten/default.aspx), zuletzt geprüft am 24.10.2011.

## **Kritische Solidarität seit 1973. Alternative Lateinamerika-Berichterstattung in (West-) Deutschland am Beispiel der Lateinamerika-Nachrichten**

Auf den ersten Blick wirken die Lateinamerika Nachrichten (LN) womöglich wie ein Relikt aus längst vergangenen Zeiten. Eine Monatszeitschrift, die nach wie vor auf Papier gedruckt erscheint, von einem ehrenamtlich arbeitenden Redaktionskollektiv erstellt wird und bei der eine Woche zwischen Fertigstellung und Verschicken vergeht, entspricht nicht unbedingt dem Zeitgeist. Die Hoch-Zeiten der Soli-Bewegung mit Lateinamerika sind längst vorbei und Informationen über das Internet heute so leicht zugänglich wie nie zuvor. Auch bei den LN haben sich im Laufe der Jahre viele Dinge verändert. Neben der Reichweite betrifft dies Inhalt, Form und Entstehung der Monatszeitschrift. Dennoch sind sich die LN in wesentlichen Punkten treu geblieben. Die »Blattlinie« steht immer noch in der Tradition der kritischen Solidarität mit linken sozialen Bewegungen sowie emanzipatorischen Politikansätzen »von unten«. Und gelesen wird die Zeitschrift nach wie vor, mit seit Jahren stabilen Abozahlen.

### **Enttäuschte Hoffnungen in Chile**

Die erste Ausgabe erschien Ende Juni 1973 unter dem Namen Chile-Nachrichten.<sup>161</sup> Etwa 15 bis 20 Personen, die in Chile zuvor Faszination und Probleme des sozialistisch-demokratischen Aufbruchs miterlebt hatten, gründeten in Deutschland zunächst das Komitee »Solidarität mit Chile«.<sup>162</sup> Anfangs sollten für die Kommunikation innerhalb des Komitees alle zwei Wochen aktuelle Informationen über die sich zuspitzende politische Lage in Chile zusammengetragen werden (Müller-Plantenberg 1998, 4). Die erste Nummer bestand aus acht eng bedruckten Seiten und enthielt einen Bericht »Über die Ereignisse in Chile« sowie Hinweise auf Informationsmaterial und Veranstaltungen. Insgesamt 50 Exemplare wurden von Matrizen gezogen und an einige Freund\_innen geschickt. Nach ein paar Aus-

161 Die Chile-Nachrichten sind die erste regelmäßige Zeitschrift der Lateinamerika-Solidarität. Bereits zuvor wurden 1970 die »blätter des iz3w« (»informationszentrum 3. welt«, heute sechsmal jährlich) in Freiburg als Zeitschrift über Afrika, Asien und Lateinamerika gegründet. 1974 entstand in Bonn die »ila«, die noch immer zehnmal im Jahr erscheint.

162 1970 war Salvador Allende mit Rückhalt des breiten Linksbündnisses Unidad Popular zum Präsidenten Chiles gewählt worden.

gaben war die Auflage zwar auf 200 gestiegen, das Spendenaufkommen des Solidaritätskomitees war mit insgesamt 780 D-Mark bis September 1973 allerdings gering (Balsen, Rössel 1986, 310). Nach dem blutigen Militärputsch am 11. September 1973 stieg das zuvor mäßige Interesse an Chile innerhalb der westdeutschen Linken sprunghaft an. Die Solidaritätsbewegung erhielt enormen Zulauf. In vielen Städten der BRD gründeten sich »Chile-Komitees«, die unter anderem Demonstrationen, Proteste und Hilfsaktionen für exilierte Chilen\_innen organisierten.<sup>163</sup> Ende 1973 betrug die Auflage der Chile-Nachrichten bereits 6 000 Stück, später erreichte sie zeitweise bis zu 8 000 Exemplare. Der Umfang der einzelnen Ausgaben stieg rasch auf 60 Seiten, die Zeitschrift erschien fortan monatlich. Um die vielen angesammelten Dokumente zu archivieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wurde 1974 das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) gegründet, das mit den LN bis heute eng kooperiert.<sup>164</sup> Wirkte die damals von politischem Sektierertum gekennzeichnete Linke in der BRD durch den Putsch in Chile für kurze Zeit geeint, brachen bald wieder Streitigkeiten aus. Jede politische Gruppierung unterstützte überwiegend die ihnen jeweils nahestehenden Organisationen in Chile (ebd., 323).

Die Chile-Nachrichten wurden im Umfeld des politisch vergleichsweise offenen West-Berliner Chile-Komitees herausgegeben. Sie waren aber nie deren Organ, sondern blieben stets redaktionell unabhängig. Erklärtes Ziel war es, die Bandbreite der chilenischen Linken ohne Tabuisierung einzelner Organisationen zu Wort kommen zu lassen (ebd., 331). Diversen Vereinnahmungsversuchen der Redaktion durch einzelne linke Gruppen war kein Erfolg beschieden. Die von einigen Aktivist\_innen geforderte Zentralisierung der Arbeitsstruktur blieb aus. Das Rotationsprinzip bei der koordinierenden Heftleitung der einzelnen Ausgaben besteht bis heute, eine Chefredaktion gibt es nicht (Müller-Plantenberg 1998, 6 f.).

Thematisch drehte sich in den ersten Jahren fast alles um Chile. Auch nachdem die breite Solidaritätsbewegung ab Herbst 1974 abflaute, prangerte die Redaktion weiterhin die unter der Militär-Junta begangenen Menschenrechtsverletzungen an, benannte westdeutsche Unterstützer\_innen der Junta und analysierte die Fol-

163 Die Bandbreite der Solidarität reichte von politischen Nachtgebeten, Kunstaktionen, Soli-Konzerten und Aktionswochen in Schulen über Blutspendenaktionen bis hin zu der gewerkschaftlichen Kampagne »Ein Stundenlohn für Chile«. Neben vielen kleineren Aktionen gab es auch größere, wie am 4. November 1973, als in Berlin zehntausende Personen gegen den Putsch demonstrierten. Bei einer bundesweiten Demonstration zum ersten Jahrestag des Putsches kamen am 14. September 1974 nochmals zehntausende Menschen zusammen. Viel beachtete Protestaktionen fanden 1974 während der Fußball-Weltmeisterschaft statt, die in Deutschland ausgetragen wurde und an der Chile teilnahm. Während die Militärjunta mit dem Auftritt des chilenischen Teams der Welt ein Stück Normalität vorgaukeln wollte, demonstrierten Aktivist\_innen während der Fernsehübertragungen im Berliner Olympiastadion unter dem Motto »Chile Sí-Junta No« gegen die Militärdiktatur (Balsen, Rössel 1986, 332 ff.).

164 Noch heute teilt sich das FDCL mit den Lateinamerika-Nachrichten und anderen Projekten eine Etage im Mehringhof in Berlin-Kreuzberg. Das Archiv stellt mittlerweile allerdings nur noch einen Teil der Arbeit des FDCL dar. Der Schwerpunkt liegt auf der Herausgabe eigener Publikationen und der Durchführung von Veranstaltungen.

gen der wirtschaftsliberalen Politik in Chile. Zwischen 1976 und 77 lösten sich die meisten Chile-Komitees in der bisherigen Form auf. Auch ohne Komitee im Rücken machte die Redaktion weiter. Mit der Zeit gerieten mehr und mehr Chiles Nachbarländer in den Fokus. Dort regierte ebenfalls das Militär und es herrschten ganz ähnliche politische Bedingungen. Spätestens nach dem Putsch in Argentinien am 24. März 1976 wurde die Berichterstattung der Chile-Nachrichten zunehmend breiter und der Anteil an Chile-Artikeln immer kleiner. Als Konsequenz erschien die Zeitschrift ab der Nummer 51 im September 1977 unter dem bis heute bestehenden Namen Lateinamerika Nachrichten. Elf Jahre später verschwand der alte Name auch aus dem Untertitel.

## Zentralamerika im Fokus

Mit der sandinistischen Revolution in Nicaragua am 19. Juni 1979 und dem Beginn des Bürgerkriegs in El Salvador ab 1980 verschob sich der regionale Schwerpunkt der Berichterstattung in den 1980er Jahren deutlich nach Zentralamerika<sup>165</sup>. Während in Südamerika überwiegend Militärdiktaturen herrschten und aufgrund jahrelanger schwerer Repression kaum politische Spielräume für Veränderungen bestanden, stellte die Situation in Nicaragua einen neuen Hoffnungsschimmer für die westdeutsche Linke dar. Bereits vor dem Sieg der FSLN (Sandinistische Befreiungsfront) wuchs die Soli-Bewegung rasant an. Die klaren politischen Verhältnisse einer gesellschaftlich breit verankerten Guerilla, die gegen die seit Jahrzehnten bestehende Familiendiktatur der Somozas kämpfte, ermöglichten eine breite Solidarisierung.<sup>166</sup> Als nach dem Sieg der Revolution die Widersprüchlichkeit der sandinistischen Regierungspolitik deutlich wurde, ließ die offene Solidarität zunächst wieder nach.<sup>167</sup> Mit der zunehmenden US-Intervention in Form des Contra-Krieges, verzeichnete die Soli-Bewegung jedoch wieder einen Aufschwung und war während der 1980er Jahre immer wieder Schwankungen unterworfen. Ab Mitte der 1980er lag der Schwerpunkt in der Unterstützung einzelner Projekte und der Entsendung von Soli-Brigaden (Balsen, Rössel 1986, 426 ff.).<sup>168</sup>

165 Hier werden lediglich die größeren Konjunkturen der Soli-Arbeit erwähnt, die sich nachhaltig auf die Berichterstattung der LN ausgewirkt haben. Auch zu anderen lateinamerikanischen Ländern wurden im Laufe der Zeit immer wieder eigene Solidaritätsgruppen aktiv. Auch kurzzeitige breite Kampagnen wurden durchgeführt. Ein bekanntes Beispiel ist etwa der Protest gegen die Militärdiktatur in Argentinien zur Fußball-Weltmeisterschaft, die 1978 in dem Land am Río de la Plata stattfand.

166 Da die LN in West-Berlin entstanden, geht es hier nur um die westdeutsche Soli-Bewegung. Die DDR unterstützte die FSLN auch offiziell. Zu den unterschiedlichen Formen der Solidarität in der BRD und der DDR, siehe: Harzer, Erika/Volks, Willy: Aufbruch nach Nicaragua. Deutsch-deutsche Solidarität im Systemwettbewerb, Berlin 2008.

167 Die Enttäuschung von Teilen der Soli-Bewegung begann bereits kurz nach der Revolution, als die FSLN-Regierung etwa einige Medien zensieren ließ. Als bedeutender Streitpunkt erwies sich in den folgenden Jahren das konflikthafte Verhältnis zwischen der FSLN-Regierung und der indigenen Gruppe der Miskito an der Atlantikküste.

In den Lateinamerika Nachrichten und anderen Publikationen der Solidaritätsbewegung spiegeln sich in den 1980er Jahren die innerhalb der Soli-Bewegung geführten Diskussionen wider. Im Kern ging es immer wieder um die Frage, wo Kritik notwendig sei und wo sie schade, beziehungsweise inwiefern offene Kritik an der FSLN von Europa aus überhaupt legitim oder als Einmischung von vornherein abzulehnen sei (ebd., 415 ff., Luger 1998, 15). Ähnliche Diskussionen gab es zu El Salvador.<sup>169</sup> Da sich die Guerilla FMLN (Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí) militärisch nicht durchsetzen konnte, setzte zunächst auch keine Ernüchterung mit den Maßnahmen einer linken Regierung ein. Heftige Diskussionen gab es innerhalb der Soli-Bewegung allerdings über die Art der zu leistenden Unterstützung. Besonders deutlich wurde dies bei der Ende 1980 von der tageszeitung (taz) initiierten Spendenkampagne »Waffen für El Salvador«, die auch von den LN unterstützt wurde.<sup>170</sup> Doch auch das Verhalten der FMLN sorgte manchmal für Ernüchterung innerhalb der Soli-Bewegung, etwa die teilweise gewaltsam ausgetragenen internen Grabenkämpfe. Insgesamt war die Berichterstattung aber eindeutig parteiisch und das Adjektiv »kritische« wurde häufig kleiner geschrieben als das Substantiv »Solidarität« (Goedeking 1998, 12).

### **Ausdifferenzierung in den 1990er Jahren**

Während Zentralamerika einen eindeutigen regionalen Schwerpunkt in der LN-Berichterstattung der 1980er darstellte, wurde weiterhin auch über den Rest des Kontinents sowie länderübergreifende Themen wie Verschuldungskrise und andere Ungerechtigkeiten der Nord-Süd-Beziehungen berichtet. Ab den 1990er Jahren differenzierte sich die Berichterstattung schließlich deutlich aus. Die Abwahl der Sandinist\_innen in Nicaragua (1990) sowie die enttäuschenden Entwicklungen nach den Friedensschlüssen in El Salvador (1992) und Guatemala (1996) sorgten auch bei Lateinamerika-interessierten Linken in Deutschland für Ernüchterung. Die Bezugspunkte für Solidarität waren plötzlich nicht mehr so eindeutig wie vorher. Der grassierende Neoliberalismus, neue soziale Bewegungen wie die Zapatist\_innen im süd-mexikanischen Chiapas, die Landlosenbewegung MST in Brasilien oder die organisierten Arbeitslosen der Piqueter@s in Argentinien boten

168 Die Projektunterstützung war vielfältig und betraf zum Beispiel Kindergärten, Büchereien, Druckereien, Produktionsstätten etc. Die Brigaden fanden in Bereichen wie Gesundheit oder Kaffeenernte statt.

169 Auch hier war das Spektrum politischer Gruppen und Einzelpersonen, die sich mit der FMLN solidarisch zeigten und das Militärregime ablehnten, enorm breit und reichte von kirchlichen Gruppen über Gewerkschaften bis hin zur DKP.

170 Zu der Zeit erhielt die Friedensbewegung in der BRD gerade einen deutlichen Aufschwung. Für Teile der Soli-Bewegung war es undenkbar, Geld für den Kauf von Waffen zu sammeln. Die Befürworter\_innen argumentierten, dass es nun einmal unmöglich sei, einen Befreiungskampf ohne Waffen zu führen und Solidarität mit der FMLN die Gewaltfrage dementsprechend nicht ausklammern dürfe. Bis 1992 sammelte die Kampagne fast fünf Millionen D-Mark, den Großteil davon in der ersten Hälfte der 1980er Jahre.



allerdings auch nach dem vorschnell ausgerufenen »Ende der Geschichte« genügend Motivation, sich kritisch-solidarisch mit Lateinamerika auseinanderzusetzen. Hinzu kamen neue Themengebiete wie Genderfragen, Umwelt, Film oder Literatur, die in den 1970er Jahren auch innerhalb der Linken häufig noch als banal gegolten hatten.

## **Kollektive Entscheidungen**

Neben der inhaltlichen Entwicklung erfuhr auch die Arbeitsweise der LN im Laufe der Jahre Änderungen, wenngleich sich die Redaktion nach wie vor als Kollektiv versteht. Die bis heute wohl kniffligsten Diskussionen über den kollektiven Charakter der Redaktion fanden Ende der 1980er Jahre statt. Zur Debatte standen die grundsätzliche Verwendung von Autor\_innennamen und die Einführung von Computern.

Zuvor wurden die LN-Artikel häufig nicht namentlich gekennzeichnet. Während der Zeit der Militärdiktaturen wollten die Autor\_innen weiterhin unbehelligt in die Länder reisen, deren diktatorische Regierungen sie in ihren Texten scharf angriffen. Die Zeitschrift verstand sich ohnehin nie als Autor\_innenmagazin, sondern ein Produkt von Vielen, die – zumindest symbolisch – alle gemeinsam die Verantwortung über den Inhalt trugen. Die Unterzeichnung der Artikel würde das Kollektive zurückdrängen und zu einer Sonderrolle der Autor\_innen führen, argumentierten damals die Kritiker\_innen. Diejenigen, die hinter den Kulissen die Texte bearbeiteten, das Layout setzten oder das Heft verschickten, blieben hingegen ungenannt. Als Gegenargument hieß es, auch der Name des oder der Autor\_in stelle eine Information dar (Goedeking 1998 11). Letztlich entschied sich die Redaktion für die Veröffentlichung der Autor\_innennamen. Einzig das Editorial, die Kommentierung eines aktuellen Themas, erscheint bis heute im Namen der gesamten Redaktion. Im Gegensatz zu früher, als die meisten Texte aus der Feder von Redaktionsmitgliedern stammten, prägen heute auch externe Autor\_innen das Bild von LN.

Die zweite Grundsatzdiskussion ist aus heutiger Sicht wohl nur noch bedingt nachvollziehbar und muss in ihrem historischen Kontext betrachtet werden. Es ging um die Frage, ob die Redaktion bei der Gestaltung der Zeitschrift auf die Unterstützung von Computern zurückgreifen sollte oder nicht. Die Gegner\_innen der Computernutzung argumentierten, dass dies ein »Spezialistentum« schaffen und Expertenwissen hervorbringen würde, was sich mit der Idee eines Kollektivs nicht vereinbaren ließe. War es bisher üblich, dass alle Redaktionsmitglieder sämtliche Produktionsschritte beherrschten, würde dies zukünftig nicht mehr möglich sein. Anstatt dieses kollektive Grundprinzip dem Zeitgeist zu opfern sei es wichtiger, ein eigenes Profil zu behalten und den Inhalt über ein schickes Layout zu stellen (ebd.). Die Argumente der Computer-Befürworter\_innen setzten

sich schließlich durch. Heute kann sich in der Redaktion niemand mehr vorstellen, die Zeitschrift ohne Computer zu erstellen. Die befürchteten Probleme haben sich dennoch bewahrheitet: Ohne Expert\_innenwissen geht es heute nicht mehr, auch wenn die meisten Dinge nach wie vor grundsätzlich von allen gemacht und erlernt werden können. Somit wird die Definition von Kollektiv heute etwas pragmatischer gehandhabt.

Einzelne Grundmuster der damaligen Diskussionen tauchen noch immer auf. Als sich die Redaktion etwa dazu entschloss, zur 400. Nummer im September 2007 ein neues, moderneres Layout einzuführen, wurde vor allem die Bedeutung von Form und Inhalt diskutiert (LN-Redaktion 2007, 3). Die professionellen (also über »Expertinnenwissen« verfügenden) Grafikerinnen schlugen vor, mehr Raum für weiße Freiräume und Fotos zu lassen, während viele Redakteur\_innen auf keinen Fall Abstriche beim Platz für Texte in Kauf nehmen wollten. In den kollektiven Diskussionen aller Details setzten sich mal die einen, mal die anderen Vorschläge durch. Am Ende waren alle zufrieden, weil das Layout in kollektiven Diskussionen entstanden war. Im Unterschied zu den späten 1980er Jahren zweifelt niemand mehr daran, dass ein guter Inhalt auch ansprechend präsentiert werden sollte, ohne sich dadurch gleich dem medialen Mainstream zu unterwerfen.

### **Alternative Berichterstattung wird gebraucht**

Über die Jahrzehnte ist es den LN immer wieder gelungen, sich zu verändern, ohne sich dabei selbst untreu zu werden. Die Redaktion ist seit jeher offen für alle, die sich mit dem Projekt identifizieren. Alle Entscheidungen werden bis heute kollektiv diskutiert, im Grundsatz können noch immer alle alles machen. Zumindest theoretisch, denn auch wer sich auf eine Aufgabe spezialisieren will, findet ohne Weiteres eine Nische, kann aber auch jederzeit neue Dinge erlernen. Außer einer Bürostelle zur Verwaltung von Finanzen und Abos wird die gesamte Arbeit, vom Schreiben, Fotografieren und Layouten bis hin zum Abwasch ehrenamtlich geleistet. Eine Chefredaktion gibt es nicht, die koordinierende Leitung einzelner Ausgaben rotiert. Das journalistische Handwerkszeug hat im Laufe der Zeit auch bei den LN ein höheres Gewicht bekommen und wird heute ständig weiter gegeben. Journalistische Neulinge können frei von Hierarchien Kenntnisse im Schreiben, Bearbeiten und Layouten von Texten sammeln. Durch das Selbermachen von Medien wird der eigene kritische Umgang mit Informationen geschult, wozu auch eine offene Diskussionskultur innerhalb der Redaktion beiträgt. Diese hat sich dabei regelmäßig verjüngt, was immer wieder neuen Schwung, das Hinterfragen etablierter Vorgehensweisen und nicht zuletzt frischen inhaltlichen Input bedeutet, ohne dass die Erfahrung der Älteren verloren geht.

Heute werden die LN vor allem gelesen, um Hintergrundinformationen zu Lateinamerika zu bekommen, die sich in den Mainstream-Medien nicht oder nur in

Ausnahmefällen finden lassen. Denn das heute vorhandene Überangebot an Information sorgt noch lange nicht dafür, dass sich jemand auch informiert fühlt. Wer keine Zeit hat, regelmäßig verschiedene Quellen zu konsultieren, bekommt in den online-Ausgaben der etablierten Medienhäuser Informationen zu Lateinamerika, die sich kaum voneinander unterscheiden. Im Gegensatz zu etablierten Medien, die häufig nur ein bis zwei Autor\_innen haben, die ganz Lateinamerika medial abdecken müssen, schreiben bei den LN in der Regel ausgewiesene Länderexpert\_innen. Diese verlassen sich bei der Beurteilung von Ereignissen nicht einfach auf die Berichterstattung der (meist rechten) Presse vor Ort, sondern verfügen über vielfältige Kontakte und können Informationen oft in einen breiteren Kontext einordnen. Die Reichweite alternativer Medien wie den LN bleibt dennoch nach wie vor ausbaufähig. Wenngleich die Zeitschrift innerhalb Lateinamerika-interessierter Kreise durchaus eine Multiplikator\_innen-Funktion ausübt, ist der Einfluss auf etablierte Medien gering. Zum Teil liegt dies auch an den begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen für Öffentlichkeitsarbeit, der Kehrseite der Unabhängigkeit von Medienkonzernen, Werbekund\_innen und externen Geldgeber\_innen.<sup>171</sup> Wahrgenommen werden die LN zwar bis in betuchte Journalist\_innenkreise hinein, doch die Themen größerer Medien scheinen allzu oft vom Markt vorgegeben.

Die großen Soli-Bewegungen gibt es trotz der immer noch vorhandenen Ungerechtigkeiten in Lateinamerika und im globalen Nord-Süd-Verhältnis heute nicht mehr. Der Putsch gegen den Mitte-Links Präsidenten Manuel Zelaya in Honduras 2009 etwa mobilisierte in ganz Deutschland zur Hochzeit gerade einmal wenige hundert Personen. In der LN-Redaktion sorgten die Mitte-Links-Regierungen seit der Jahrtausendwende, die häufig von sozialen Bewegungen unterstützt werden, zwar für vorsichtigen Optimismus. Im Gegensatz zu Chile in den 1970ern, Nicaragua in den 1980ern oder auch Chiapas in den 1990er Jahren, stoßen die aktuellen linken Prozesse in Venezuela, Bolivien oder Ecuador aus verschiedenen, nicht immer leicht nachvollziehbaren Gründen, auch innerhalb der deutschen Linken auf Skepsis und teils offene Ablehnung. Auch innerhalb der Redaktion gibt es unterschiedliche Auffassungen. Die Frage darüber, wie viel Kritik erlaubt ist, wird jedoch längst nicht mehr so intensiv diskutiert wie früher. Vor allem geht es darum, den einseitigen und häufig verzerrenden Mainstream-Berichten eine informierte, differenzierte, der kritischen Solidarität verpflichtete Berichterstattung entgegen zu setzen. Das Ziel kann dabei nicht sein, Maßnahmen linker Regierungen grundsätzlich gegen jegliche Kritik zu verteidigen (so wie die Mainstream-Presse diese umgekehrt häufig grundsätzlich verdammt). Im Grundsatz soll der Basis, der emanzipatorischen Politik »von unten« eine Stimme gegeben werden.

171 Nach wie vor finanzieren sich die LN hauptsächlich durch die Abos. Hinzu kommen Spenden und unregelmäßige Fördermittel. Die dadurch gewährleistete Unabhängigkeit bedeutet andererseits eine stets prekäre Finanzsituation.

Neben der Art und Weise, wie die LN gemacht werden, ist das immer noch der Hauptunterschied zu anderen Medien.

## **Literatur**

- Balsen, Werner/ Rössel, Karl (1986): Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln.
- Goedeking, Ulrich (1998): Von Schere, Kordel und dem Kollektiv. Szenen aus elf Jahren Redaktionsarbeit, in: LN 289/290, S. 11-13
- LN-Redaktion (2007): Wir brauchen ein neues layout, aber ..., in LN 399/400.
- Luger, Lisa (1998) : Das Dilemma mit der Solidarität. Nicaragua:!! Hasta la victoria siempre!! Quizás, quizás, quizás ..., in: LN 289/290, Berlin, S. 14-16.
- Müller-Plantenberg, Urs (1998): Und jeden Monat ein kleines Wunder. Gründervater Urs Müller-Plantenberg erzählt aus der Zeit, als die LN noch CHILE-NACHRICHTEN hießen, in: LN 289/290, Berlin, S. 4-7.

## Immer in Bewegung.

### Das Medienprojekt »Nachrichtenpool Lateinamerika«

In den letzten Wochen habe ich viele Interviews geführt, Mitstreiter\_innen mit Fragen genervt, mich mit alten Radiobeiträgen amüsiert, Artikel nachgelesen, hin und wieder ratlos Löcher in die Luft gestarrt. Gründungsmythen erforscht. Gesucht habe ich Stränge aus der 20-jährigen Geschichte des »Nachrichtenpool Lateinamerika«, die bis in die Gegenwart dieses Medienprojekts reichen. Oder zu ergründen versucht, weshalb manches verloren ging oder nicht weiter verfolgt wurde. Oral History. Erinnerungsgeschichte. Über unsere Vereinsgeschichte haben wir fast nichts aufgeschrieben. Waren immer in Bewegung. Haben »halt immer gemacht«. Radio. Print. Online. Stimmen aus Lateinamerika.

Befragt habe ich einen Teil jener Menschen, die beim NPLA aktiv waren, bevor ich selbst im Jahr 2008 ins Vereinsleben hineingestolpert bin. Eine Spurensuche, spannend und unvollständig. Subjektiv. Ohne Anspruch auf den Punkt. Hoffentlich Anlass zu weiteren Fragen und Kommas. Hoffentlich gibt es den Punkt nie. Und wir bleiben. Vernetzt. Und in Bewegung.

#### Fakten



Der gemeinnützige Verein »Nachrichtenpool Lateinamerika« mit Sitz in Berlin wurde 1991 gegründet und ist Mitglied im Bundesverband Freier Radios (BFR). Er versteht sich als Medienprojekt mit kollektiver Struktur, das von den kleinen und großen Ereignissen auf der anderen Seite des Atlantiks berichtet: Von Wahlen und Wahlbetrüger\_innen in Mexiko, von organisierten Arbeiter\_innen in Buenos Aires, von HipHop gegen den

Krieg in Kolumbien oder dem Kampf der indigenen Völker Lateinamerikas um ihre Territorien. Jede und jeder kann kostenfrei auf die NPLA-Homepage zugreifen, um sich zu informieren. Das soll auch so bleiben. Dafür sorgen nicht zuletzt unsere lateinamerikanischen Partneragenturen und Korrespondent\_innen, die ihre Meldungen bzw. ihr Material unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Unter dem Dach des NPLA e. V. arbeiten die vier Projekte npl, poonal, onda und matraca desde berlin.



(pool de nuevas agencias de américa latina) ist ein Pressedienst alternativer, lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen, der 1991 ins Leben gerufen wurde. poonal veröffentlicht aktuelle Meldungen, Hintergrundberichte und Kommentare aus Lateinamerika in deutscher Sprache. Damit wollen wir »Stimmen aus Lateinamerika« transportieren und deutschen Leser\_innen zugänglich machen, was lateinamerikanische Autor\_innen bzw. Agenturen schreiben.

Die Informationen aus Lateinamerika bezieht poonal derzeit (Stand: März 2012) von 20 alternativen Presseagenturen aus verschiedenen Ländern des Kontinents. Zudem hat poonal eine Übereinkunft mit der uruguay-ischen Zeitungskooperative »la diaria« und verschiedenen lateinamerikanischen Autor\_innen getroffen, deren Texte den poonal-Dienst bereichern.

Die Texte sind kostenlos auf der Homepage des NPLA abrufbar und werden in vielen Medien gespiegelt – diese bitten wir allerdings um ein Förderabo.

Die Texte für poonal werden in Berlin ausgewählt und redaktionell bearbeitet.<sup>172</sup> Die Redaktion wählt Artikel aus und stellt sie in das Online-Portal pooble ein. Ein über den ganzen Globus verstreutes Team aus 30 ehrenamtlichen Übersetzer\_innen und Lektor\_innen holt sich die zu bearbeitenden Texte vom Portal und stellt die fertig bearbeiteten Artikel dort wieder ein. Die Redaktion wirft noch mal einen Blick drauf – dann gehen die Artikel auf unserer Homepage online. Alle im Laufe der Woche veröffentlichten Texte werden jeweils sonntags als Wochenausgabe zusammengefasst und per E-Mail-Newsletter verschickt, der abonniert werden kann. poonal wird zudem auf vielen Portalen, Blogs und Newslettern gespiegelt.



npl ist ein kostenpflichtiger Artikelservice. Er wurde 1998 erdacht, um Geld ins Projekt zu spülen, neue Leute zu integrieren und ein breiteres Publikum zu erreichen. Übersetzte und adaptierte Texte, vor allem lateinamerikanischer Autor\_innen, wurden an deutsche Printmedien verkauft, die Einnahmen unter den Autor\_innen, den npl-Mitarbeiter\_innen und dem Verein NPLA aufgeteilt. Seit mehreren Jahren

172 Bis 2008 hat immer jemand (bezahlt oder ehrenamtlich) von Mexiko aus den Kontakt zu den Agenturen gehalten und poonal (mit) koordiniert. Mit dem pooble-Portal für web 2.0 sollte der Koordinationsaufwand verringert und poonal von Berlin aus koordiniert werden. Von 1993–1999 hat Gerold Schmidt in Mexiko poonal gemacht, von Ende 2001 bis 2008 Kristin Gebhardt und Wolf-Dieter Vogel.

ist dieser Projektteil ein »Schläfer«. Diejenigen, die ihn 2008 wiederbeleben wollten, hatten sich dann anders orientiert...



produziert seit 1999 Radio-Reportagen, Magazinsendungen oder Features zu allem, was die lateinamerikanische Welt bewegt. Bei Gründung wurde zunächst an ein kommerzielles Projekt (onda-ko) gedacht: Radiobeiträge aus Lateinamerika für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Später kam onda-li für die freien Radios hinzu: Alle zwei Wochen erstellt seitdem ein Redaktionsteam in Berlin das halbstündige onda-info. Die Mischung aus alten Radiohasen,

Lateinamerika-Heimkehrer\_innen und Nachwuchs-Journalist\_innen sorgt für ein buntes und hintergründiges Programm. Was mit viel Improvisation begann, ist heute mit Hilfe unserer lateinamerikanischen Partnerorganisationen und Korrespondent\_innen zu einer anspruchsvollen Magazinsendung geworden, die von ungefähr 22 freien Radios im deutschsprachigen Raum übernommen wird. Hinzugekommen sind auch bei onda in den letzten Jahren Podcast-Portale, Organisationen und Blogger\_innen, die unsere Beiträge spiegeln. Im Jahr 2008 wurde onda-ko eingestellt.



entstand als jüngstes Projekt im Jahr 2004. Spanischsprachige Migrant\_innen produzieren für freie Radios in Deutschland und Lateinamerika Beiträge, Magazinsendungen oder Reportagen in spanischer Sprache. Idee war, der Migrationserfahrung, die alle Macher\_innen miteinander verbindet, eine Stimme zu geben.

## **Einstiege**

*Markus Plate, freier (Radi-o)Journalist, onda seit 2001, von 2005–2008 Koordination von onda-ko, seither wieder ehrenamtlich im onda-Team*

»Angefangen habe ich wie fast alle: Im Prinzip bin ich reingekommen und hatte noch nie vorher in meinem Leben Radio gemacht. Und selten journalistisch gearbeitet. Gut, ich hatte in meinem ersten Berufsleben als Umweltingenieur viele Texte zum Umweltschutz in Unternehmen geschrieben. Dadurch hatte ich schon eine gewisse Ahnung, wie man Sachen schreibt. Vor allen Dingen, wie man Sachen knapp und verständlich schreibt, ohne ständig blöde Fremdwörter zu benutzen. Das hat

mir sicher ein bisschen geholfen. Und wie ein Mikrofon funktioniert wusste ich, weil ich mal Musik gemacht habe. Aber alles, was Technik ist beim Radio... Schneiden, Schreiben fürs Radio und so weiter – das war mir vollkommen unklar.«

*Gerold Schmidt, freier Journalist, Übersetzer und Dolmetscher, von 1993–1999 als EED-Fachkraft für poonal in Mexiko tätig, bis heute Artikel für den poonal-Dienst*

»Ich bin zu npla bzw. zu poonal gestoßen, als ich nach Mexiko gehen wollte und eigentlich eine kleine Arbeit suchte, übersetzen, selber schreiben wollte. Bei poonal waren einige, die ich über die frühere Mittelamerika-Arbeit, speziell zu Guatemala, kannte. Es ergab sich dann, dass für poonal gerade jemand zum Übersetzen gebraucht wurde und dafür auch bisschen Geld da war. Für mich war das ein guter Einstieg in Mexiko. Wir trafen uns ein paar Wochen bevor ich nach Mexiko umzog, im August 1993 in Berlin, und haben das eingetütet.«

*Claudia Uzcategui, »M. A. in Altamerikanistik«, früher matraca desde berlín, jetzt Büroteam des NPLA*

»Ich habe in einer Bibliothek an der Universität gearbeitet und wurde gefragt, ob ich Lust habe, bei einem Projekt mitzumachen. Nach einem Monat haben wir uns alle getroffen, die mit matraca desde berlín angefangen haben. Das war 2004. Ich kannte niemand von den anderen. Und keiner von uns damals hatte journalistische Erfahrung.«

*Sebastian Landsberger, freier Dipl. Übersetzer, ehrenamtlich bei poonal seit 2000*

»Ich habe bei Gründung des Freien Radios für Stuttgart angefangen, dort mitzumachen. Für Infosendung suchten wir dringend Nachrichten aus aller Welt. Eine der verfügbaren Quellen war der poonal-Newsletter. Diese Nachrichten gaben immer recht interessante Einblicke darüber, was gerade in Lateinamerika los war. Wir haben vor allem die poonal-Kurznachrichten in der Sendung vorgelesen. 1999 zog ich nach Berlin und habe mitbekommen, dass für die Übersetzung des poonal-Dienstes Leute gesucht wurden. Es kam mir sehr gelegen, politische Arbeit mit einer Verbesserung meiner Fähigkeiten als Übersetzer zu kombinieren.«

*Kristin Gebhardt, ehrenamtliche poonal-Redaktion (mit Eva Völpel und Wolf-Dieter Vogel) 2001–2007 Entwicklungshilfe-Fachkraft für Community-Radio-Projekte von (Ende 2001–Ende 2007) über den EED in Mexiko, derzeit NPLA-Vorstand*

»Ich bin in den neunziger Jahren zum Thema freie Radios gekommen. Ich habe in Stuttgart gelebt und in Baden-Württemberg wurde das Landesmediengesetz geändert. Dadurch gab es die Möglichkeit, dort ein freies Radio zu gründen<sup>173</sup> und

173 Das Freie Radio für Stuttgart ging im Oktober 1996 auf Sendung (vgl. <http://www.freies-radio.de/pressespiegel-neues-sendeschema>).



beim Freien Radio für Stuttgart habe ich dann etliche Jahre gearbeitet. Eine Freundin vom freien Radio in Schwäbisch Hall hatte dann die Idee, auf dem Gewerkschaftsgelände in Markelfingen ein Radiocamp<sup>174</sup> zu machen. Dahinter stand der Wunsch, dass es auch auf der Aktivist\_innenebene der freien Radios mehr Vernetzung geben sollte. Irgendwann habe ich Andreas Behn auf das Radiocamp eingeladen. Er stellte dort die Projekte des NPLA vor. Und sowohl uns als auch Andreas war klar, dass die Lateinamerikaner\_innen damals viel weiter waren als wir, was das Einstellen von Audios ins Internet anging. In Berlin gab es damals kein freies Radio – aber auf dem Radiocamp wurde deutlich, dass die deutschsprachigen freien Radios Sendungen zu Lateinamerika senden würden, wenn sie jemand produziert. So entstand die Idee, ein ›info‹ zu machen. Das war die Geburtsstunde des onda-Infos. Auf dem Camp in Markelfingen.«



174 Das Radiocamp am Bodensee wurde 2011 zum 16. Mal veranstaltet.

## Avantgarde

*Andreas Behn, Journalist und Soziologe, lebt derzeit in Rio de Janeiro und arbeitet bei der Community-Nachrichtenagentur Radio Púlsar; Mitbegründer des NPLA und Geburtshelfer bzw. (Mit)Initiator aller NPLA-Projekte*

»Los ging das Ganze schon lange bevor der NPLA als Verein gegründet wurde. Im Januar 1988 entstand in Mexiko-Stadt der Zusammenschluss alternativer Nachrichtenagenturen Lateinamerikas: Pool de las Nuevas Agencias de América Latina.<sup>175</sup>

Viele Agenturen, insbesondere der mittelamerikanischen Befreiungsbewegungen, befanden sich damals in Mexiko im Exil. Zufällig war ich zu der Zeit als Student in Mexiko, hatte von diesem Treffen gehört und bin da einfach hingegangen. Ich kannte Leute von einigen Agenturen, weil ich in der Guatemala-Soli-Bewegung aktiv war und am IDES<sup>176</sup> (Informationsdienst El Salvador) arbeitete. Die Gründung von ponal im Sitz der FELAP<sup>177</sup> war ein schöner Aufbruch mit dem Ziel, sich gegenseitig besser zu unterstützen und gemeinsam zu veröffentlichen. Viel passiert ist dann aber nicht, weil kurze Zeit später die Friedensverhandlungen begannen und die Befreiungsbewegungen und ihre entsprechenden Medienagenturen in die Ursprungsländer zurückgegangen sind.

*El Salvador – Bürgerkrieg von 1980–1991*

*Nicaragua – Kontrarkrieg von 1981–1990*

*Guatemala – Bürgerkrieg von 1960–1996*

Damals dachte ich: Beim IDES sammeln wir alle Infos ein, müssen aber Kontakt zu den verschiedenen Agenturen halten – was relativ kompliziert und aufwändig ist. Wenn sich diese Agenturen nun zusammenschließen, muss man eigentlich die Arbeit von ponal nur noch nach Deutschland spiegeln. Damit würde alles einfacher und wäre zudem eine gemeinsam gewachsene Geschichte.

Petra Pinzler aus Köln hatte völlig unabhängig von mir die gleiche Idee. Sie war damals sogar schon einen Schritt weiter: Petra hatte mit den Leuten aus Mexiko ein ASA-Projekt beantragt, um so die Arbeit von ponal zu unterstützen und

175 »Damals allerdings »ponal« geschrieben. Die geänderte Schreibweise »poonal« wurde bei NPLA-Vereinsgründung eingeführt, weil es Bedenken gab, denselben Namen zu benutzen, wie die Holzklebvereinigung« (Interview mit Andreas Behn, Juli 2011).

176 Wöchentliches Bulletin, herausgegeben von der Zentralamerika-Soli-Bewegung, Auflage ca. 3 000 Stück, finanziert durch Spenden. IDES speiste sich auch durch die alternativen Agenturen, die ponal nutzte – allerdings mit einem anderen Anspruch: ponal verstand sich als Agentur. Der IDES als »Unterstützer\_innenprojekt«. IDES und poonal existierten mehrere Jahre parallel zueinander, dann wurde poonal zur Beilage von IDES. Als die Soli-Bewegung an Bedeutung verlor, hat poonal den IDES »geschluckt« und auch die Abonent\_innen übernommen, weil poonal breiter und auf Dauer angelegt war (Interview mit A. Behn, Juli 2011).

177 Die Föderation Lateinamerikanischer Journalist\_innen FELAP (Federación Latinoamericana de Periodistas) wurde 1976 gegründet. ponal ist bis heute Mitglied der FELAP.

vielleicht auf diese Weise auch die Projektidee mit dem deutschsprachigen Dienst entstehen zu lassen. Jemand hat uns dann zusammengebracht. Dann sind Christiane Schulte und Gerhard Schröder als ASA-Stipendiat\_innen nach Mexiko gefahren, Petra wurde als Tutorin eingeladen und ich als Referent, sodass alle dabei waren.« Das war die Geburtsstunde des deutschen poonal-Dienstes.«

*Sebastian Landsberger, ehrenamtlich bei poonal seit 2000*

»Nachrichten, wie sie so in poonal zu finden waren, gab es um das Jahr 2000<sup>178</sup> nicht. Und in deutschen Tageszeitungen kamen dergleichen Themen überhaupt nicht vor. Insofern: Wenn du dich über die Entwicklung in Lateinamerika aus einer kritischen Position heraus informieren wolltest, warst du meiner Meinung nach auf poonal angewiesen.«

*Andreas Behn, Mitbegründer des NPLA*

»Als wir mit poonal begannen, gab es noch kein Internet – das war gerade im Entstehen. Auch E-Mail entwickelte sich erst. Man musste sich sehr einarbeiten und es war ausgesprochen kompliziert. Aber man konnte alle Infos bekommen, weil es wenige Leute gab, die sich damit auseinandersetzten. Es gab damals schon offizielle und alternative Server. Das war alles sehr aufregend.

Ca. 1989 – Tim Berners-Lee entwickelt die Grundlagen des World Wide Web.

1991 – Berners Lee macht sein Projekt eines Hypertext-Dienstes im Internet mit einem Beitrag zur Newsgroup alt.hypertext öffentlich und weltweit verfügbar.

1993 – der erste grafikfähige Webbrowser namens Mosaic wird veröffentlicht und zum kostenlosen Download angeboten.<sup>179</sup>

Nach wenigen Monaten waren wir soweit, dass wir fast kostenlos über E-Mail an unsere Infos kommen konnten. Ohne diese Möglichkeit wären wir an den Kosten für eventuelle Telex-Standleitungen gescheitert.

Mails, die wir damals per Modem von Mexiko aus geschickt haben, konnten wir regelrecht mitverfolgen. In jeder Mailbox wurden »Pakete« von allen zu verschickenden Mails geschnürt. Diese Pakete wurden zu bestimmten Uhrzeiten weitergeschickt. Die Mails gingen zuerst nach San Francisco, von dort nach London, dann über Hannover usw. Ungefähr 48 Stunden später war die E-Mail in Deutschland am Ziel. Heute geht alles binnen Sekunden – das Technische ist total weit weg. Aber poonal war eins der ersten Medien, die diese neuen Techniken genutzt haben.«

178 Ausnahme waren die Monatszeitschriften *ila* (Informationsstelle Lateinamerika) und *Lateinamerikanachrichten*. Dort wurden und werden poonal-Nachrichten abgedruckt.

179 [http://de.wikipedia.org/wiki/Internet#cite\\_note-9](http://de.wikipedia.org/wiki/Internet#cite_note-9)

*Angela Isphording, 1999–2005 Redaktion des Radiobereichs onda-ko*

»Mit dem Startgeld aus dem ersten Projektantrag zur Nachrichtenproduktion für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk Deutschland mit Korrespondent\_innen von ALER<sup>180</sup> haben wir uns einen Computer gekauft. Da stiegen dann relativ schnell Leute wie die Radiotechnikerin Ute Löhning ein, mit der wir diesen Computer konzipierten.

1998 – NPLA (zu diesem Zeitpunkt: Andreas Behn) zieht vom Homeoffice in das Journalist\_innenbüro im Hausprojekt in der Yorckstraße 59 in Berlin Kreuzberg um.

Es ging um Audioübertragung per Internet – das Dateiformat mp3 war damals nur wenigen Leuten ein Begriff. Wir mussten erstmal herausfinden, welche Technik man dafür benötigt. Von Anfang an im Projekt dabei war auch Wolf-Dieter Vogel<sup>181</sup>. Der wiederum kannte aus Stuttgart Felix Sperandio. Und Felix hatte glücklicherweise gerade seine Diplomarbeit über den XING-Player vom Fraunhofer-Institut<sup>182</sup> geschrieben, der Audio in mp3 umwandeln konnte. Und so waren wir zu diesem Zeitpunkt technisch absolute Avantgarde.«

## **Viele frische Fische**

*Thomas Guthmann<sup>183</sup>, Dipl. Erziehungswissenschaftler, freier Journalist und Medienpädagoge, seit 2001 bei onda/NPLA, zunächst als Praktikant in Mexiko bei poonal, dann ab 2005 onda-info/onda-ko, lange Finanzminister, 2008–2010 Vorstand*

»Die Medienlandschaft ist durch das Internet sehr im Wandel. Als NPLA mit dem Internet begann, mit den Newslettern Mitte der Neunziger<sup>184</sup>, waren wir ganz vorne dabei. Aber in den letzten zehn Jahren hat es auf diesem Gebiet enorm viel Wandel gegeben. Wir haben dadurch ein Alleinstellungsmerkmal verloren und he-

180 Netzwerk der katholischen lateinamerikanischen Basisradios (Asociación Latinoamericana de Educación Radiofónica), vor dem Internet trafen sich Aktivist\_innen, vereinbarten Themen und schickten sich dann Kassetten mit Audiomaterial zu (Kris Gebhardt im Interview, Juli 2011.)

181 Der auch aus Stuttgart stammende Journalist Wolf-Dieter Vogel arbeitete bereits im Journalist\_innenbüro im linken Hausprojekt Yorck 59, als Andreas Behn mit seinem zunächst »virtuellen«, dann aber immer auch menschlich präsenteren Verein ins Hausprojekt umzog.

182 Vgl. »Die MP3-Geschichte: Ein Blick ins Labor«, <http://www.iis.fraunhofer.de/bf/amm/diemp3geschichte/> oder das kostenlose Audio-Hörbuch »MP3 und die Folgen« (2004), ein Interview mit Dr. Karlheinz Brandenburg über Entstehungsgeschichte und Hintergründe von MP3.

183 Zu ergänzen: Thomas Guthmann kommt auch aus der freien Radioszene Süddeutschlands (in der Radio-Initiative Ulm in den Neunzigern aktiv).

184 poonal wurde ab September 1995 bereits per E-Mail verschickt.

cheln den Trends um Web 2.0<sup>185</sup> ein bisschen hinterher, z. B. in der Verlinkung von Inhalten, in der Nutzung sozialer Netzwerke oder offener Kanäle wie youtube.

Als ich 2002 bei onda anfang, haben wir immer auf die ronda von ALER gewartet, denn daraus wurde das onda-info gebastelt, mit deren Nachrichten und O-Tönen. Mittlerweile nutzen wir das Netz und die Situation in Berlin. Hierher werden viele Aktivist\_innen von NGOs aus Lateinamerika eingeladen. Dadurch können wir eigene Interviews machen. Und wir profitieren vom Netz und müssen nicht mehr auf die ronda warten. Das Internet hat einfach eine andere Informationssituation geschaffen. Ob das in Bezug auf Berichterstattung jetzt gut oder schlecht ist, wäre noch einmal eine andere Diskussion.

2006 – Das Internet-Videoportal Youtube geht online

2004 – Das Portal für soziale Netzwerke Facebook geht online

2005 – Die Online-Community studiVZ geht online

Es gibt eine riesige Vielfalt an Material, weil andere Radios oder Aktivist\_innen ihre Aufnahmen mit einer Creative Commons Lizenz<sup>186</sup> ins Netz stellen und wir können diese O-Töne benutzen<sup>187</sup>. Mit jedem Handy kann man ein Video drehen und das ins Netz stellen. Davon profitieren wir auch. Informationen gibt es mittlerweile über viele Kanäle.

Wenn Zuckerrohrarbeiter\_innen in einer kolumbianischen Provinzstadt streiken, ist einen Tag später dazu ein Video auf Youtube zu sehen. Das ist dann zwar nicht journalistisch editiert, aber es ist dennoch Information vorhanden. Angesichts dieser Informationsfülle ist es jetzt wichtiger, sich zu überlegen: Wo will man hin? Was für Nachrichten und was für eine Art von Journalismus wollen wir machen, die auch zu unserem Selbstverständnis passt, von unten zu berichten?«

185 poonal wurde 2008 auf web 2.0 umgestellt: Ein dezentrales Internet-Portal ersetzt seither das Zuschicken der Texte durch die Redaktion. Zum Nutzen des Portals Sebastian Landsberger: »Bei der Umstellung auf das Portal entstanden ganz neue Ideen, etwa die einer Datenbank, um die Übersetzung immer wiederkehrender Begriffe (z. B. von Organisationsnamen) zu vereinheitlichen und Recherchearbeit zu sparen. Vorher gab es auf Übersetzer\_innenebene da keine Abstimmung. Die Methode mit einer Deadline, statt dem freien Aussuchen von Texten auf dem Portal hatte auch Vorteile. Viele Leute, die nicht so diszipliniert sind und den Druck brauchen, sind nicht zum Portal übergewechselt. Auch ist das pooble-System recht komplex. Deshalb ist es gut, dass es immer wieder Workshops dazu gibt. Diese Workshops und die Treffen einer Datenbank-AG haben dann zumindest zeitweise für regen Info-Austausch gesorgt. Trotzdem, diesen Dienst wird es ohne Redaktion nie wirklich geben.«

186 Creative Commons (zu Deutsch etwa: schöpferisches Gemeingut, Allmende) ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die im Internet verschiedene Standard-Lizenzverträge veröffentlicht, mittels derer Autor\_innen der Öffentlichkeit auf einfache Weise Nutzungsrechte an ihren Werken einräumen und damit freie Inhalte schaffen können. (vgl. <http://de.creativecommons.org/was-ist-cc/>).

187 Der NPLA hat auch selbst durch Workshopangebote dazu beigetragen, die Vielfalt an Informationen zu erhöhen. Seit vielen Jahren bietet der Verein jedes Jahr Workshops in entwicklungspolitischer Bildungsarbeit zu Lateinamerika und zur Medienarbeit an. Interessierte werden ermuntert und befähigt, mit Aufnahmegerät und Schnittprogramm einen Podcast zu produzieren, Radio zu machen. Journalistische Texte aus einer Sprache in eine andere zu übertragen. Und nach Möglichkeit sollen diese Weiterbildungen kostenlos angeboten werden.

*Gerold Schmidt, npl-poonal von 1993–1999*

»Eine gute Analyse, eine wirkliche Bewertung leistet diese Fülle an Informationen aber nicht. Früher hatten Korrespondent\_innen in Zeitungen ihren Platz zur Verfügung. Das ist alles eingestampft worden. Man musste mit den Texten ja nicht einverstanden sein, aber Problematiken wurden umfassender abgehandelt als heute. Da ist poonal meiner Meinung nach auch noch enorm wichtig, ebenso bei Meldungen, nach denen man doch ein bisschen länger im Internet suchen muss.«

*Angela Isphording, 1999–2005 Aufbau und Redaktion des Radiobereichs onda-ko*

»In politischen Zusammenhängen wird heute vor allem themenbezogen gedacht. Es gibt vielleicht weniger Sendeplätze zu Lateinamerika – aber die Leute interessieren sich für Themen. Damit könnte man auch neue Leute erreichen, die noch nie in Lateinamerika waren. Was eher gegen uns ist, ist die geforderte Kürze, die ‚bunten Themen‘. In einem dreiminütigen Radiobeitrag kann man nicht viel erklären. Und wer Spanisch kann, hört heute direkt via Internet spanischsprachiges Community Radio und braucht onda nicht mehr für die Übersetzung.«

## **Stimmen aus Lateinamerika**

*Andreas Behn, Mitbegründer des NPLA*

»Wie man den Aktivismus der sozialen Bewegungen auf der einen Seite und das Wesen des Journalismus, also das Veröffentlichen von Informationen auf der anderen Seite zusammenbringt, ist im Kontext von NPLA immer sehr intensiv bearbeitet worden. Diese beiden Ansprüche sind bis heute absolut wichtig und werden normalerweise nicht entsprechend berücksichtigt. Der Anspruch von NPLA, sich eines expliziten politischen Standpunkts zu enthalten und zu sagen, unser politischer Standpunkt ist der einer breiten politischen Bewegung in Lateinamerika, den wir widerspiegeln wollen – das ist meiner Meinung nach viel komplizierter aber auch richtiger als zu sagen: Uns gefällt, was in Venezuela und Bolivien passiert und deshalb schaffen wir ein Medium, das diese Politik in einem gewissen Sinne als Sprachrohrmedium auch unkritisch unterstützt. Derartige Projekte sind auch superwichtig. Aber die Diskussion ist eigentlich tiefer gehend. Wir haben einen riesigen Kontakt- und Erfahrungsschatz und einen sehr modernen Ansatz. Die Diskussion um die Demokratisierung der Medien ist beispielsweise auch etwas, was in den letzten Jahren erst entstanden ist – und wir sind da die ganze Zeit schon mit dabei.«

*Angela Isphording, von 1999–2005 Aufbau und Redaktion des Radiobereichs onda-ko*

»Es nützte nichts, dass man Leute in Lateinamerika für onda-ko damit quälte, dass sie ganze Beiträge für uns schreiben. Es reichte, wenn sie uns O-Töne schickten und eine kurze Einschätzung, in welche politische Richtung das Thema gehen sollte. Wir hatten viele Diskussionen dazu, denn wir wollten anfangs nicht, dass das lediglich O-Ton-Lieferant\_innen sind.«

*Kristin Gebhardt zu ihrer Aufgabe als EED-Fachkraft in Mexiko*

»Bei meiner Stelle ging es ums Brücken schlagen: Formate für ein deutschsprachiges Publikum mit Leuten aus Lateinamerika absprechen, die es so dort oft gar nicht gibt. Das heißt, wenn ich mit jemandem aus einer Umweltorganisation in Mexiko einen Radiobeitrag abgesprochen habe, war das viel Transferarbeit. Zu gucken, dass trotzdem das, was dort wichtig ist, was dem Autor wichtig ist, überkommt. Wie kriegen wir das hin, daraus ein gemeinsames Stück zu stricken?«

*Nils Brock, seit 2005 bei onda/NPLA, freier Journalist, promoviert seit 2009 zu Radioaktivismus und Aneignung von Technologien in Brasilien*

»Wir haben immer versucht, Nachrichten mit Witz zu gestalten, aber platter Anti-Amerikanismus oder eine platte anti-zionistische, verschwörungstheoretische Grundhaltung zur Kooperation mit Militärs in Lateinamerika, das ging nicht. Oder auch umgekehrt: Es gab mal eine zeitlang eine krasse Affirmation von der FARC in Kolumbien. Das hat auch für viele Debatten gesorgt hat: Inwieweit ist die FARC überhaupt ein linker Akteur? Soll man sich nicht lieber mit einer Landkommune solidarisieren als mit einer bewaffneten Pseudo-Guerilla von der auch nicht klar ist, was für politische Ziele sie verfolgt? Es ist immer schwer gewesen, solche Themen aus der Ferne zu beackern. Wir waren auf O-Töne aus Lateinamerika angewiesen, die nicht immer leicht zu bekommen waren. Zudem wurden im Radio auch viele Debatten ausgetragen, die nicht unbedingt mit dem Radio machen zu tun hatten, sondern insgesamt mit der Frage: Was ist Lateinamerika und was passiert da?«

*Markus Plate, onda/NPLA seit 2001, von 2005–2008 Koordination von onda-ko*

»Wir finden zum Beispiel Chávez nicht per se toll, nur weil er sich als links und als Sozialist des 21. Jahrhunderts bezeichnet. Man kann auch mal kritisch und frei Schnauze darüber reden was in einem Land passiert, das uns eigentlich am Herzen liegt. Und wenn Kolleg\_innen aus der etwas linkeren Ecke meinen, das wäre konterrevolutionär, sollen sie das eben meinen. Das halten wir ganz gut aus. Wir schreiben schon seit 20 Jahren gegen rechte Diktaturen, haben das Uribe-System in Kolumbien kritisiert und und und. Dass wir uns rausnehmen, solche Sachen zu sagen, ist glaub ich, durchaus ein wenig unser Eigenständigkeitsmerkmal.«

2005 – Räumung des linken Hausprojekts Yorck 59. NPLA zieht in die Köpenicker Straße um

*Kristin Gebhardt zur Arbeit als poonal-Redakteurin*

»Ein Anspruch war immer, sehr genau zu übersetzen. Affirmative Meldungen und Artikel habe ich für poonal eher nicht ausgesucht. Insofern ist das auch ein Filter – was suche ich aus – und den Begriff ›authentische Berichterstattung‹ finde ich daher überhaupt schwierig. Aber die ausgesuchten Texte haben, wir immer möglichst nahe am Original übersetzt.«

*Andreas Behn, Mitbegründer des NPLA*

»Die Übersetzung ist eine kulturelle Übertragung, keine wortwörtliche Übersetzung. Auch der Kontext sollte ja verstanden werden. Beschäftigt hat uns bei poonal auch die Frage: Wie weit kann man denn gehen mit der Veränderung im Text? Zum Beispiel wenn das Gendern im Originaltext überhaupt keine Rolle spielt?«

*Thomas Guthmann, seit 2001 bei NPLA*

»Wir haben beispielsweise das Thema der Feminizide in Ciudad Juárez mit als erste aufgegriffen. Es ist oft so, dass unsere Themen sich Wochen oder Monate später in den großen Medien wiederfinden. Wir werden ja auch von Journalist\_innen rezipiert. Mit tagesaktuellen Breaking-News sind wir selten dabei, aber mit gut recherchierten Hintergrundberichten. Wir sind ja auch so eine Art Zwitter: Einerseits ein Medienprojekt mit relativ professionellem Anspruch an uns selbst, gut recherchierten Beiträgen und einer guten Expertise. Andererseits sind wir doch dem Konzept der Gegenöffentlichkeit verpflichtet, sind ein Projekt, das aus der freien Radiobewegung kommt. Mit einer hohen Sensibilität gegenüber marginalisierten Gruppen, zum Beispiel beim Thema Transgender in Guatemala.«

## **Mehrgenerationennetzwerk**

Eine lauschige Kneipe in Berlin-Kreuzberg. Spanisch und Deutsch wird wild durcheinander geredet, manche fallen sich in die Arme, andere müssen sich erst einander vorstellen. Manche wissen nicht recht, ob sie überhaupt am richtigen Tisch gelandet sind, weil sie bisher nur virtuell miteinander kommuniziert haben. Es ist NPLA-Stammtisch. Die Kunst des Machens und dann wieder Loslassens ist eine hohe Kunst. Natürlich hat es auch beim NPLA Brüche gegeben, Leute, die komplett ausgestiegen und nie wieder gekommen sind. Generationswechsel gingen vielleicht ab und an etwas holprig vonstatten, weil die Zeit zu knapp für eine sorgfältige Übergabe war, bei der auch das angehäuften Wissen weitergegeben wird. Dass die NPLA-Sympathisant\_innen, Mitglieder und Schläfer\_innen aus verschie-



denen »Generationen« sich doch in schöner Regelmäßigkeit wieder zusammenfinden, spricht für eine gute Mischung aus Loslassen und dabei sein. Mittlerweile gibt es die vierte Generation »Büroteam«: Briefmarken kaufen, Plena organisieren, neue Ideen ausbaldowern, »den Laden zusammenhalten«. Das Büroteam, so ein Beschluss von 2008, soll in Berlin sein. Aber der NPLA ist ein verschränktes Mehrfachgewebe in Zeit und Raum. »Schläfer\_innen« schnuppern beim monatlichen Stammtisch wieder rein, wenn Kinder größer werden oder eine Ausbildung beendet ist. Auch diejenigen, die sich das Projekt ausgedacht haben, steuern ab und an Radiobeiträge oder Artikel bei, melden sich per E-Mail zu Wort, schreiben einen Projektantrag, können angesprochen werden, wenn Kontakte oder Rat nötig sind. Leute, die im Ausland waren, kommen wieder. Andere verschwinden. Oft sorgt diese Komplexität für Verwirrung. Muss reagiert werden auf diesen oder jenen Einwurf aus der »Ferne«? Wann ist jemensch eigentlich »fern«? Wie bekommen wir Transparenz hin, wenn das Netzwerk so weit verzweigt ist und es nicht für alle zur selben Zeit dieselbe Priorität hat? Wie organisieren wir uns?

## **Geld. Macht. Arbeit.**

*Andreas Behn, Mitbegründer des NPLA*

»Wir haben eigentlich zu wenig Mittel um zu tun, was wir tun. Und wir machen sowieso nur etwa 25 Prozent dessen, was wir machen könnten, weil Ressourcen fehlen. Wir könnten poonal um Quellen aus dem Französischen und Englischen erweitern, einen Video-Bereich aufbauen und so weiter. Aber wenn wir größere Anträge stellen, schaffen wir uns neue Probleme. Wir werden aus diesem Spannungsfeld nie herauskommen, weil wir ein politisches Projekt und gleichzeitig ein journalistisches Projekt sind. Um ein gutes journalistisches Projekt zu machen, braucht man Geld. Und man weiß, dass Geld politische Projekte entweder tot macht oder sehr erschwert. Denn Professionalisierung ist abschreckend für neue Leute, die reinkommen müssen, damit ein Projekt politisch bleibt.«

*Claudia Uzcategui, früher matraca desde berlin*

»Das Projekt Matraca hat damals in kein Geldgeberkonzept gepasst, denn wir waren Migrant\_innen, die hier in Deutschland und Europa leben und darüber berichten wollten. Wir passten in keine Schublade. Und ein bisschen war das auch innerhalb des NPLA so. Wir waren ein ganz »neuer Wind«. Es gab aber sehr intensive Gespräche darüber, wie wir zusammenkommen könnten und eine Finanzierung suchen. Da entstanden tolle Sachen: Zum Beispiel sind Gruppen zusammen zu Events gefahren und haben gemeinsam Live-Radio auf Radioforen gemacht. Ich war einmal mit Leuten von onda in Spanien. Das war dann auf einmal eine ganz andere Dynamik und die Zusammenarbeit hat super geklappt. Da hat man sich dann mehr als ein Teil des Gesamtprojekts gefühlt.«

*Andreas Behn, Mitbegründer des NPLA*

»Wer viel tut und viel Geld bekommt, weiß normalerweise auch mehr. Deshalb ist es immer total wichtig, dass diejenigen, die mehr wissen, dieses Wissen auch weitergeben. Eine gewisse Transparenz muss gegeben sein. Angela hat damals einen ganz neuen Wind reingebracht: Da kamen EU-Anträge und sie hat klar gesagt: Ich brauche mehr Geld, wenn ich das machen soll. Aber das führte strukturell zu Problemen. Das liegt nicht an der Person, sondern an der Dynamik, die das mit sich bringt. Ich habe hier bei Radio Púlsar genau denselben Prozess erlebt. Deshalb muss man sich immer wieder überlegen, was für eine Art Projekt man sein will: Eins, in dem sich Leute ihre Jobs schaffen und auch einigermaßen davon leben können? Oder ein Projekt mit Finanzierungen, die nur ein Zubrot sind? Daran hat sich unsere Diskussion immer entlang gehandelt.«<sup>188</sup>

*Angela Isphording, von 1999–2005 Redaktion von onda-ko*

»Wer wird für welche Arbeit bezahlt und was wird ehrenamtlich gemacht? Das ist ein Grundkonflikt, den das Projekt bis heute mitgeschleppt hat. Zu sagen: »Wir sind ein politisches Projekt. Wir wollen Radio machen. Wir machen das ehrenamtlich.« Super! Aber dafür braucht man bestimmte Strukturen. Irgendjemand muss sich um Koordination, Ansprechbarkeit, Steuererklärung, Mietzahlungen oder Berichte kümmern. Zeug, das nicht wirklich Spaß macht. Ich glaube, an diesem Konflikt sind sehr viele andere Organisationen zerbrochen. Da muss man aufpassen. Hinterher heißt es dann: »Das haben wir aber doch so eigentlich nicht gewollt. Wir wollten doch eigentlich nur Radio machen.«

*Andreas Behn, Mitbegründer des NPLA*

»npl verkaufte Artikel von poonal-Agenturen an Zeitungen im deutschsprachigen Raum und es wurden Artikel exklusiv für npl geschrieben. Dazu haben wir ein Korrespondent\_innennetz in Lateinamerika aufgebaut. Aber wer im Projekt und in Lateinamerika war, konnte auch Artikel schreiben. Es war ganz wichtig, dass Gerold das von Anfang an machen konnte. Dann entschied ich: Das wird jetzt mein Job. Ich bekam damals noch Arbeitslosengeld. So konnte ich mit dem Projekt anfangen, bis über npl ein bisschen Geld kam.

188 Andreas Behn, Mitbegründer des NPLA dazu weiter: »Man kann sich überlegen, für eine bestimmte Zeit Personen zu haben, die zu hundert Prozent vom Projekt finanziert werden. Das ist bei den EED-Fachkräften so gewesen. Das war bei Angela so und das war auch bei mir so. Ich hab von npl auch fast komplett gelebt. Ansonsten haben wir immer gesagt: Das ist ein Zubrot und den Rest des Geldes muss man in anderen Bereichen verdienen. Was gemein ist, denn das geht nur mit Leuten, die keine festen Jobs haben. Aber es scheint jetzt auch viel schwieriger zu sein, sich mit verschiedenen kleinen Jobs über Wasser zu halten, als vor sieben Jahren. Damit ist diese Idee immer weniger realistisch. Man wollte, dass jemand über lange Zeit einen Fulltime-Job macht. Aber das war bei Angela der Fall und das war auch sehr gut fürs Projekt. Das ist schon sehr widersprüchlich. Und nicht generell zu lösen.«

Dann druckte die Junge Welt einen Artikel für 50 DM ab und der gleiche Artikel lief auf Seite drei des Hamburger Abendblattes für 800 DM. Wir arbeiteten auch mit Springerzeitungen zusammen, wenn unsere Artikel so abgedruckt wurden, wie sie von uns kamen. Das lief gut. Trotzdem mussten wir für jeden Artikel immer zwei Journalist\_innen bezahlen: Die Korrespondent\_in und die Übersetzer\_in – hinzu kamen noch Koordinationskosten. Dafür waren die Einnahmen auch bei Mehrfachverkäufen zu gering. Wenn Artikel gut in das Format von Zeitungen passen sollten, musste man außerdem bei der Übersetzung sehr glätten. Irgendwann, muss ich selbstkritisch sagen, las man nur noch das Original dreimal durch – und schrieb den Artikel auf Deutsch neu. Das entsprach eher dem deutschen Format und war einfacher. Der Anspruch des Projekts, die Leute drüben sollen sagen, wie Texte und Inhalte aufbereitet werden, begann zu leiden und wir wussten: Das ist nicht mehr so korrekt. Obwohl npl neuen Wind ins Projekt gebracht hat, haben wir aus diesen beiden Gründen mit npl aufgehört.«

*Markus Plate, onda/NPLA seit 2001, von 2005–2008 Koordination von onda-ko*

»Es gab zwei Phasen bei onda-ko: Angela Ispording hat erstmal Kontakte zu Redaktionen herstellen müssen, Vertrauen aufbauen, etc. Und sie hat sich sehr dafür eingesetzt, dass vor allem Journalist\_innen aus Lateinamerika zum Zuge kommen. Das ist auch das Urprinzip von onda: Stimmen aus Lateinamerika hier hörbar zu machen. Das ist unglaublich viel Koordination, Übersetzung, Kontextualisierung. Als ich die Koordination übernahm, bemühten wir uns, mehr Autor\_innen aus Deutschland, vor allem aus dem nichtkommerziellen onda-libereich die Möglichkeit zu geben, onda-ko-Beiträge zu machen. Dadurch wurde vieles einfacher und es sind noch mehr Beiträge geworden. Nur: je mehr Beiträge, desto mehr Arbeit für das gleiche Geld. Das war dann plötzlich ein 30 Stunden-Job! Wir dachten: »Hey, unser eigener Erfolg erdrückt uns gerade. Wem nützt das überhaupt?« Wir entschieden uns dann, künftig lieber für andere Projekte des NPLA Fördergelder zu beantragen.«

## **Landschaftspflege**

Sind die Landschaften üppiger geworden? Bei Gründung von poonal wurde telefoniert, gedruckt, verschickt und persönlich miteinander geredet. Jetzt darf – oder besser: sollte – zusätzlich getwittert, geskyppt, verlinkt werden. In sozialen Netzwerken im Internet ist Präsenz gefordert. poonal-Texte werden nicht einfach nur redigiert. Viele Links und Verweise auf weitere Informationen sind gut für hohe Leserzahlen. Am besten noch ein schniekes Foto dazu. Die Audios möglichst auf Podcastseiten posten. Und mit anderen Lateinamerikabewegten beim Bier neue Pläne schmieden.

*Angela Isphording, von 1999–2005 Redaktion von onda-ko*

»Ein zentraler Aspekt unserer Arbeit war immer die sehr gute Vernetzung mit alternativen Community-Radios und Initiativen in Lateinamerika. Sowohl, dass die uns ihre Beiträge geschickt haben, als auch, dass wir – mit dem Projekt *matraca*, also spanischsprachigen Beiträgen lateinamerikanischer Migrant\_innen aus Deutschland – Beiträge dorthin geschickt haben. Und obwohl *matraca* nie im größeren Stil funktioniert hat: Wo immer ich hinkam, kannten die Leute alle Beiträge von Radio *matraca*!«

*Claudia Uzcatogui, 2004 in der Gründungsgruppe von Matraca, derzeit »Finanzministerin« und Büroteam*

»Wir haben uns gar nicht richtig vorstellen können, wer uns hören könnte. Und wir waren überrascht, über die vielen Rückmeldungen von überall her. Die kamen von echt kleinen Basisradios, irgendwo in Lateinamerika. Einmal erhielten wir eine Rückmeldung von den Zapatist\_innen. Die fanden einen Beitrag ganz toll. Das war echt: »Wow!««

*Andreas Behn, Mitbegründer des NPLA*

»Der direkte Kontakt mit den Leuten ist unheimlich wichtig. Sich sehen, miteinander Bierchen trinken, sich austauschen. Selbst reisen oder andere zu Besuch empfangen, das haucht dem Ganzen immer neues Leben ein. Es kann mal eine Durststrecke von ein oder zwei Jahren geben, aber auf Dauer geht das nicht. Reisen macht nicht nur unheimlichen Spaß, es motiviert auch. Wenn man zurückkommt, egal wo man war – hat man einen Motivationsschub für die nächsten Monate.«

2006 – radio onda und radio *matraca* berichten vom EU-Lateinamerika-Gipfel (EULAC) in Wien (Es entsteht eine CD)

2008 – Live-Berichterstattung von radio onda und radio *matraca* vom G 8 Gipfel in Heiligendamm (Es entsteht eine CD)

2008 – Berichterstattung vom III. Amerikanischen Sozialforum in Guatemala

2009 – Berichterstattung vom Weltsozialforum in Belém

2010 – Berichterstattung von radio onda und radio *matraca* vom Alternativgipfel zum EU-Lateinamerika-Gipfel (EULAC) in Madrid "Enlazando Alternativas IV«

2011 – Rundreise der ASA-Praktikant\_innen von Radio Púlsar Brasil zu freien Radios in Deutschland, Schweiz und den Niederlanden mit radio onda

## Mitmachen!

*Oliver Commer, Ethnologe, onda/NPLA seit 2005, (im 200. onda-info 2009)*

»Ich schätze auch die Lebendigkeit dieses Projekts. Also hier sind im Laufe – ich bin vielleicht gerade erstmal drei Jahre dabei – aber in diesen drei Jahren sind hier schon so viele unterschiedliche Personen vorbeigekommen. Manche für recht kurze Zeit, manche für einen längeren Zeitraum. Manche tauchen dann ganz plötzlich, nach Ewigkeiten wieder auf. Aber diese Bewegung finde ich sehr interessant. Dass eben dieses Projekt grundsätzlich für jeden der Interesse zeigt, erstmal offen ist. Und, dass jeder sich auch hier weiterentwickeln kann.«

*Claudia Uzcategui, 2004 in der Gründungsgruppe von matraca*

»Wir haben gemerkt, dass wir und auch so professionell wie onda arbeiten wollten. Und dass dieser Anspruch sehr schwierig ist, wenn man neue Leute haben will. Nicht alle interessierten Migrant\_innen tun sich gleich so was an wie: Leute auf Deutsch interviewen oder viel Zeitung lesen. Manche haben sich davon gelöst und dann keine Meldungen und Nachrichten produziert, sondern Bandporträts oder Soundexperimente. Aber der Anspruch: ›Wir müssen eine total gute Radiorevista machen!‹, hat damals doch alle ein bisschen fertig gemacht.«

## Hin und weg

Ehrenamtliches Engagement ist ebenso wie Arbeiten für Zubrothonorare eine »flüchtige« Angelegenheit. In den Neunzigern gab es Zeiten, da bestand der NPLA effektiv nur aus Andreas Behn und Gerold Schmidt.<sup>189</sup> Das änderte sich, als radio onda gegründet wurde. Der Verein wuchs, es gab gut besuchte Redaktions-sitzungen mit sieben bis zwölf Teilnehmer\_innen, aber auch da war die Fluktuation aus den genannten Gründen immer hoch. Wo allerdings früher die Leute einfach »mitmachen« wollten, fragen sie heute nach zeitlich begrenzten »Praktika«. Gegenwärtig diskutieren zwischen zwei und sechs Leuten über die Inhalte des nächsten onda-infos. Bei matraca formiert sich eine neue Gruppe. Bei poonal findet zwar ein »Generationswechsel« statt, trotzdem sind 30 ehrenamtliche Übersetzer\_innen dabei.

*Markus Plate, onda/NPLA*

»Früher hast du hier und da arbeiten können und hattest so deine Kohle zusammen. Dann blieb noch Zeit, andere Sachen zu machen. Ohne Arbeit gab's im günstigen Fall Arbeitslosengeld. Das wurde dann zu Hartz 4 zusammengestrichen. Hinzu kam, dass die dir immer mehr auf die Füße getreten sind.

<sup>189</sup> Interview mit Andreas Behn, Juli 2011.

Das Gleiche ist an den Unis passiert: Wir hatten früher mehr als genug Zeit, uns einzubringen. Mit der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge ist das schwieriger geworden. Von Bundesregierung und Familienministerin wird zwar landauf und landab gefaselt, man müsste sich mehr ehrenamtlich einbringen, gleichzeitig werden aber alle Stellschrauben weiter angezogen. Das merken wir natürlich beim NPLA auch. Es wird immer schwerer Leute zu finden, die sich mal einen Abend pro Woche für ein Projekt freinehmen.«

2005 – Die Hartz IV-Gesetze treten in Kraft

1999 – Deutschland unterzeichnet den Bologna-Prozess zur Hochschulreform

*Claudia Uzcatogui, 2004 in der Gründungsgruppe von matraca*

»Ich bin ausgestiegen bei matraca, weil ich mein Studium beenden wollte. Beides gleichzeitig habe ich nicht geschafft. Ich hatte vorher sehr viel Zeit bei matraca verbracht. Ich glaube, wir haben uns damals mindestens zweimal pro Woche getroffen und jedes Mal zwei bis drei Stunden zusammen verbracht. Dann haben wir uns noch extra verabredet, waren auch zusammen bei Veranstaltungen. Ich habe damals studiert und gearbeitet – aber ich habe mir die Zeit genommen.«

## **Summen und Zu-Fälle**

*Andreas Behn, Mitbegründer des NPLA*

»Ich finde es immer ganz wichtig, an Dinge zu erinnern, die dazu führten, dass Sachen weitergegangen sind. Das sind so Zufälle, wo immer wieder Leute auftauchen, die in der Vereinsgeschichte des NPLA oft überhaupt keine Rolle gespielt – die aber die richtigen Leute am richtigen Ort zusammengeführt haben. Dazu gehört auch Jürgen Moritz.<sup>190</sup> Er hat sehr oft Leute zu Treffen nach Lateinamerika eingeladen und dadurch die Gründung des Radiobereichs onda überhaupt erst möglich gemacht. Man kann das nicht alles selber machen, planen und überlegen. Man ist auf solche Zufälle angewiesen.«

190 Jürgen Moritz arbeitete damals als Fachkraft für den Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) in Uruguay bei der Agentur Comcosur. Comcosur produziert zwar auch Text, war aber vor allem im Radiobereich sehr aktiv (Interview mit A. Behn, Juli 2011).

## **Autor\_innen und Herausgeber\_innen**

**Aram Aharonian** ist ein uruguayisch-venezolanischer Journalist, Redakteur der Zeitschrift »Question«, Begründer von Telesur und Direktor des Observatorio Latinoamericano en Comunicacion y Democracia (ULAC).

**Dieter Boris** ist emeritierter Professor für Soziologie an der Universität Marburg. Als ausgewiesener Lateinamerikaexperte beschäftigte er sich vor allem mit der Politischen Ökonomie und Sozialstruktur des Kontinents und sozialen Bewegungen in Lateinamerika, wozu er vielfach publizierte.

**Nils Brock** studierte Politikwissenschaften, Kommunikations- und Medienwissenschaften sowie Nordamerikastudien an der Universität Leipzig, dem *Institut d'Etudes Politiques* in Lyon und der Freien Universität Berlin. Nach mehrjähriger Arbeit als freier Journalist und Medientrainer in Lateinamerika promoviert er im Moment innerhalb des Fachbereichs Politikwissenschaften am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin.  
Kontaktadresse: galapagos@gmx.net

**Hanno Bruchmann** studierte Politikwissenschaft an der Universität Marburg. Nach einigen längeren Aufenthalten in Lateinamerika hat er im Frühjahr 2011 eine Forschungsreise nach Ecuador absolviert und seine BA-Arbeit zu »Partizipativer und direkter Demokratie in Ecuador« verfasst. Er ist Autor für amerika21.de und studiert seit Oktober 2011 Politikwissenschaft an der Freien-Universität Berlin.  
bruchmann@zedat.fu-berlin.de.

**José Alejandro Camacho Rodríguez** studierte Erziehungswissenschaften an der Universidad Pedagógica Nacional und arbeitet in der Initiative Escuela Casa Taller Amauta. Diese Initiative beteiligt sich in einem Netzwerk verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen, das im Großraum Bogotá aktiv ist und sich sozialen Fragen, der gesellschaftlichen Kommunikation sowie der Ernährungssicherheit widmet.

**Zeljko Crncic** studierte Politikwissenschaften in Mainz und promovierte in Marburg zur indigenen Bewegung in Ecuador. Zurzeit ist er als wissenschaftlicher Koordinator an der Universität Kassel tätig.

**Malte Daniljuk** ist Referent für Internationale Politik und soziale Bewegungen in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur des Nachrichtenportals *amerika21.de*. Er studierte u. a. Publizistik und Kommunikationswissenschaften an der FU Berlin. Von 1998 bis 2002 war er Redakteur der Zeitschrift *telegraph*. Seit 1997 besucht er regelmäßig Lateinamerika (Projekte in Venezuela, u. a. *Movimiento*). Schwerpunkte seiner Veröffentlichungen sind die Themen Medienpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Kämpfe sozialer Bewegungen.

**Anna Dobelmann** arbeitet seit 2009 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Philipps-Universität Marburg und promoviert zur Transformation von Agrarstrukturen in Argentinien. Von 2003 bis 2008 studierte sie Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung sowie Neuere deutsche Literatur in Marburg und Córdoba (Argentinien).

**Eliane Fernandes Ferreira** ist seit Dezember 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Ethnologie und Kulturwissenschaft an der Universität Bremen.

**María Isabel Gámez** arbeitete von 1996 bis 2010 als Radiojournalistin bei Radio Victoria in El Salvador. Aufgrund der Bedrohungslage in El Salvador kam sie 2010 mit einem Stipendium der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte nach Deutschland. Im gleichen Jahr wurde sie mit dem Sievershauser Friedenspreis ausgezeichnet.

**Darío Antonio García Cruz** ist Sozialwissenschaftler mit Abschluss an der Universidad Pedagógica Nacional. Er arbeitet für das Forum über Kommunikation im Jugendnetzwerk Red Juvenil Itoco Kolumbien. Das Red Juvenil Itoco ist Mitglied eines größeren Netzwerkes im Raum Bogotá, das zu Themen von sozialen Fragen sowie zur Kommunikation oder der Ernährungssouveränität arbeitet.

**Miriam Guckert** hat Geschichte und Anglistik an der Philipps-Universität Marburg studiert. Derzeit promoviert sie in Nordischer Geschichte an der Åbo Akademi in Turku, Finnland.

**Annika Hartmann** ist seit April 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin am Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bremen, Arbeitsgruppe Geschichte Lateinamerikas. Zuvor studierte sie Neuere und Neueste Geschichte, Spanisch und Kunstgeschichte in Marburg und Alicante (Spanien).



**Andreas Hetzer** studierte »Medien-Planung, -Entwicklung und -Beratung« an der Universität Siegen und der *Universidad Santiago de Compostela* (Spanien). Er war mehrere Jahre im DFG-geförderten SFB/FK 615 »Medienumbrüche« der Universität Siegen tätig und promoviert seit 2007 zu Medien in politischen Transformationsprozessen am Beispiel Boliviens. Als DAAD-Stipendiat reiste er 2010 nach Bolivien, um dort u. a. am *Observatorio de los Medios* zu forschen. Seit 2004 arbeitet er ehrenamtlich bei der Zeitschrift *iLa* der Informationsstelle Lateinamerika in Bonn.

**Bettina Hoyer**, M. A. in Ethnologie, ist Redakteurin des Pressedienstes poonal. Vor vielen Jahren hat sie bei poonal mit dem Übersetzen begonnen und arbeitet heute als freie Autorin, Journalistin und Übersetzerin. Zudem ist sie Mitbegründerin des Übersetzer\_innen-Netzwerks *lingua•trans•fair*.

**Sebastian Huhn** studierte Geschichtswissenschaft und politische Wissenschaften an der Universität Hannover und der Universidad de Costa Rica in San José. Seine Dissertation zu »Kriminalität in Costa Rica. Zur diskursiven Konstruktion eines gesellschaftlichen und politischen Problems« schloss er 2011 an der Universität Hamburg ab. Derzeit arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld.

**Lydia Koblofsky** studierte Kulturwissenschaft (B. A.) und Friedens- und Konfliktforschung (M. A.) an der Philipps-Universität Marburg. Sie hat längere Zeit in Brasilien, Paraguay und El Salvador gelebt und gearbeitet. Seit 2008 ist sie in der El Salvador Solidarität und beim Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. aus München aktiv. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist u. a. das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika.

**Aylin Kruse** studiert Vergleichende Kultur- und Religionswissenschaft mit dem Schwerpunkt Kultur- und Sozialanthropologie an der Philipps-Universität Marburg und an der Universidad Nacional Mayor de San Marcos in Lima.

**Tobias Lambert** ist Politikwissenschaftler, freier Journalist und Autor. Während seines Studiums in Berlin verschlug es ihn 2004 erstmals zu einer Redaktions-sitzung der Lateinamerika-Nachrichten, bei denen er seitdem mitarbeitet.

**Steffen Lehnert** studiert Politikwissenschaften in Marburg. Er lebte zwei Jahre in Uruguay, wo er u. a. in einem Frauenhaus in Montevideo arbeitete. Seit zwei Jahren schreibt er regelmäßig für das Lateinamerika-Nachrichtenportal [amerika21.de](http://amerika21.de).

**Johannes Maaser** ist Absolvent der Studiengänge Friedens- und Konfliktforschung (M. A.) und Kulturwissenschaft (B. A.) der Philipps-Universität Marburg. 2009 hat er für sechs Monate am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) mitgearbeitet. 2010/11 war er am Peace and Conflict Studies Programme (PCSP) der Makerere Universität in Kampala, Uganda, beschäftigt. Derzeit arbeitet er am Marburger Zentrum für Konfliktforschung (ZfK).

**Harald Neuber** studierte an der Freien Universität Berlin Lateinamerikanistik und Altamerikanistik. Er arbeitete bis 2008 als Redakteur bei der Tageszeitung *junge Welt* und ist nun als Deutschland-Korrespondent für die kubanische Nachrichtenagentur Prensa Latina und verschiedene europäische Medien tätig. Er ist zudem Gründungsmitglied des Lateinamerika-Nachrichtenportals [amerika21.de](http://amerika21.de).

**Anika Oettler** ist seit April 2009 Professorin am Institut für Soziologie der Philipps-Universität Marburg. Nach dem Studium der Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum und der Universität Hannover promovierte sie an der Universität Hannover. Von 2003–2009 war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien in Hamburg tätig und leitete dort u. a. das Forschungsprojekt »Öffentlichkeiten und Gewalt in Lateinamerika«.

**Peter Peetz** studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Spanisch an der Georg-August-Universität Göttingen, an der Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM) und an der Universität Hamburg. Seit 2006 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien. Er schloss 2011 seine Dissertation zum Thema »*Maras*, Medien, Militär: Gesellschaftlicher Diskurs und staatliche Politik gegenüber Jugendbanden in Honduras« an der Universität Hamburg ab.

**Johannes Schulten** studierte Politikwissenschaft und VWL an der Philipps-Universität Marburg und Buenos Aires. Zurzeit arbeitet er als Politikredakteur bei der Tageszeitung *junge Welt* in Berlin. Im Frühjahr 2010 war er für einige Wochen in Argentinien, um zu den neuen Mediengesetzen zu recherchieren und Journalist\_innen vor Ort zu interviewen.

**Manuel Schulz** studiert Soziologie und Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität Marburg. Schwerpunkte seines Studiums liegen in der Sozialstrukturanalyse und der Gesellschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas. Im Sommer 2010 arbeitete er zwei Monate in Südmexiko als internationaler Menschenrechtsbeobachter.

**Sarah Helen Sott** ist Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung und promoviert zu den Einflussmöglichkeiten von lokalen Organisationen im Diskurs um Transitional Justice in Kolumbien. Nach ihrem Studium der Soziologie in Bremen und der Friedens- und Konfliktforschung in Marburg, arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie sowie am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg.

**Fabian Unterberger** studiert in Wien und Madrid »Internationale Entwicklung« mit Schwerpunkt auf »Soziale Bewegungen in Zentral- und Südamerika« und nahm im Dezember 2010 an einer Delegationsreise nach Honduras teil, die sich mit Organisationen und Personen über Möglichkeiten und Perspektiven der honduranischen Widerstandsbewegung nach dem Putsch austauschte. Der Autor publizierte Artikel zu diesem Thema in u. a. Lateinamerika-Nachrichten, Analyse und Kritik und International – Das Magazin für internationale Politik.

**Marcela Vargas Vásquez** studierte Jura an der Universidad Nacional de Colombia und ist als Anwältin aktiv. Sie ist die Koordinatorin der Kommunikationsstrategie von ATI (Asociación de Trabajo Interdisciplinario), einer Nicht-Regierungsorganisation, die sich in der Region von Bogotá für Stärkung von zivilgesellschaftlichen Strukturen einsetzt. ATI gehört zu einem Netzwerk im Großraum Bogotá, welches zu sozialen Fragen sowie zur Kommunikation oder der Ernährungssouveränität arbeitet.

In den vergangenen Jahren sind in einigen lateinamerikanischen Ländern neue Mediengesetze verabschiedet worden, und in neuen Verfassungen wurden Paradigmen vom Recht auf Kommunikation verankert. Erklärtes Ziel dieser Initiativen ist eine Demokratisierung der Medienlandschaft.

dietz berlin

ISBN 978-3-320-02281-5  
  
9 783320 022815  
€ 16,90 [D]